BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Drucksache 20/168 S**
Stadtbürgerschaft **19.05.20**
20. Wahlperiode

Mitteilung des Senats vom 19. Mai 2020

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021; Finanzplanung 2019 bis 2023

Der Senat überreicht der Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beratung

— die Entwürfe der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 einschließlich der Begründungen sowie

— die Entwürfe der Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte). Diese Pläne können unter dem Link Bremische Bürgerschaft: Haushalt 2020/2021 abgerufen werden.

Die Entwürfe der Haushaltsgesetze und der Haushaltspläne sind gemäß §§ 29 und 30 Landeshaushaltsordnung (LHO) vom Senat zur Beratung in die Stadtbürgerschaft einzubringen. Die Fachdeputationen haben nach § 2 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über die Deputationen an der Aufstellung der Haushalte mitgewirkt. In Teilen wurden die Haushaltsvorentwürfe, soweit für einzelne Verwaltungszweige parlamentarische Ausschüsse bestehen, diesen vorab zur Beratung vorgelegt.

Die in der Zeit vom 12. bis 14. Mai 2020 stattgefundene Frühjahrs-Steuerschätzung geht von erheblichen Einbrüchen bei den Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen ab dem Jahr 2020 aus. Für den Haushalt der Stadtgemeinde Bremen belaufen sich diese im Saldo auf 223,00 Millionen Euro in 2020 beziehungsweise rund 84,00 Millionen Euro in 2021 (vergleiche Nr. 1.1.1). Darin enthalten sind auch geringere Zahlungen des Landes im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Für den Haushalt 2020 können die erwarteten Steuermindereinnahmen im Sinne der Landesverfassung durch entsprechende Kreditaufnahme kompensiert werden. Anders verhält es sich für das Haushaltsjahr 2021.

Die Schätzung insbesondere für die Jahre ab 2021 ist vor dem Hintergrund der Pandemie mit erheblichen Unsicherheiten versehen. Der Arbeitskreis Steuerschätzung plant – abweichend von den üblichen Schätzterminen (nächste Schätzung im November 2020) – eine (Sonder-)Steuerschätzung im September 2020. In anderen Ländern und auch beim Bund werden die Terminpläne für die Einbringung und die Beratungen der Haushalte 2021 verschoben, um die Haushaltsentwürfe auf eine verlässlichere Basis zu stellen.

Der Senat bittet daher, die vorgelegten Haushaltsentwürfe 2020 und 2021 zwar gemeinsam zu beraten, allerdings nur eine Entscheidung über den Haushalt 2020 zu fassen. Die Stadtbürgerschaft wird gebeten, keinen Beschluss über die Haushaltsgesetze und Haushaltspläne für das Jahr 2021 zu treffen und diese an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss zur erneuten Beratung und Berichterstattung zu überweisen.

Außerdem überreicht der Senat eine Übersicht zu den gemäß § 32 Absatz 1 des Gesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG) gestellten Anträgen der an der Aufstellung der Haushaltsvoranschläge mitwirkenden Ortsämter. Diese Anträge wurden mit einer Stellungnahme der fachlich zuständigen Senatorin oder dem fachlich zuständigen Senator der jeweils zuständigen Deputation beziehungsweise dem parlamentarischen Fachausschuss vorgelegt. Im Sinne der Regelung zu § 32 Absatz 2 BeirOG sollen diese Unterlagen auch den bisher nicht befassten parlamentarischen Ausschüssen (insbesondere den Haushalts- und Finanzausschüssen) zur Kenntnis vorgelegt werden.

Darüber hinaus legt der Senat nach § 31 Absatz 1 LHO in Verbindung mit § 50 Absatz 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) den Finanzplan 2019 bis 2023 mit der Bitte um Kenntnisnahme vor.

Zu den genannten Haushaltsunterlagen sind folgende Bemerkungen zu machen:

Die vorgelegten Haushaltsentwürfe 2020/2021 für die Stadtgemeinde Bremen sind in hohem Maße geprägt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Der wochen- oder sogar monatelange Ausfall von Veranstaltungen sowie rückläufiges Konsumverhalten in verschiedenen Branchen wie Gastronomie, Handwerk, Einzelhandel, Hotellerie aber auch Fern- und Flugverkehr lassen erhebliche Einbußen bei den Steuereinnahmen der Freien Hansestadt Bremen erwarten.

Andererseits sind die Maßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung, der medizinischen Versorgung und zur Abwendung von Notlagen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen mit erheblichen finanziellen Mehrbelastungen verbunden.

Zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind im Haushaltsentwurf der Stadtgemeinde Globalmittel in Höhe von 300,00 Millionen Euro eingestellt, die eine neue Kreditaufnahme erfordern. Diese wurden im neu eingerichteten „Bremen-Fonds“ als eigenständiger Produktplan 95 zusammengeführt und dienen unter anderen zur Finanzierung bereits ergriffener Unterstützungsmaßnahmen und Hilfsprogramme sowie darüber hinausgehender Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie sowie deren Folgen. Die Inanspruchnahme der Ausnahme von der Schuldenbremse (und damit Kreditaufnahme) geht mit besonderen Dokumentations- und Darlegungspflichten einher, um die Verfassungsmäßigkeit der Haushalte zu gewährleisten. Die konkreten Maßnahmen, die aus dem Bremen-Fonds kreditfinanziert werden, müssen im kausalen Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen und zur Bewältigung der Pandemie beziehungsweise deren Folgen erforderlich sowie plausibel hergeleitet sein. Nur Maßnahmen, die eindeutig und nachweisbar zur Bewältigung der Pandemie beziehungsweise deren Folgen erforderlich sind, können innerhalb des Bremen-Fonds kreditfinanziert werden. Die Maßnahmen müssen insofern einen Schadensbewältigungscharakter im Sinne einer Schadensbeseitigung, -minderung, -vermeidung aufweisen.

Die Covid-19-Pandemie stellt eine Naturkatastrophe im Sinne von Artikel 146 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 131a Absatz 3 Satz 1 Bremische Laufbahnverordnung (BremLV) dar. Naturkatastrophen sind unmittelbar drohende Gefahrenzustände oder Schädigungen von erheblichem Ausmaß, die durch Naturereignisse ausgelöst werden. Hierzu wurden bei der Formulierung der Schuldenbremse im Grundgesetz ausdrücklich auch Massenerkrankungen gezählt.

Die Naturkatastrophe hat zudem eine außergewöhnliche Notsituation zur Folge. Sie besteht in der extremen Beeinträchtigung der Wirtschaftsabläufe und der sozialen Strukturen auf Grund der zur Begrenzung der Naturkatastrophe getroffenen präventiven Maßnahmen.

Die haushaltsbedingten Auswirkungen der Corona-Pandemie stellen nach Auffassung des Senats eine Ausnahmesituation innerhalb der Schuldenbremse dar, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Der Senat empfiehlt daher der Stadtbürgerschaft gemäß Artikel 146 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 131a Absatz 3 Satz 1 BremLV zu beschließen, dass wegen der Naturkatastrophe und der außergewöhnlichen Notsituation von den Vorgaben des Absatzes 1 abgewichen werden darf. Der Beschluss erfordert die Mehrheit der Mitglieder der Stadtbürgerschaft und ist mit einer Tilgungsregelung zu verbinden. Die Tilgung soll im Jahr 2024 beginnen und in 30 gleichmäßigen Jahresraten in Höhe von 10,00 Millionen Euro pro anno erfolgen. Der Senat schlägt vor, die erforderlichen Beschlüsse als Bestandteil des Haushaltsgesetzes für die Stadtgemeinde Bremen zu fassen und legt einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor.

1. Hinweise zu den Einnahme- und Ausgabeaggregaten im Einzelnen:

1.1 Einnahmen

1.1.1 Entwicklung der Steuern und steuerabhängigen Einnahmen

Die Werte aus den Haushaltsentwürfen 2020/2021 für die Steuereinnahmen sowie steuerabhängigen Einnahmen basieren auf den bundesweiten Prognosen des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ von November 2019.

Die Entwicklung ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Haushalt der Stadtgemeinde Bremen				07.05.2020
	IST 2018	**Anschlag 2019**	**Ansatz 2020**	**Ansatz 2021**
	in Mio. €			
Steuern, steuerabhängige Einnahmen	967,3	983,8	990,5	1.021,5
Konsolidierungshilfen (in der Stadtgem. als konsumtive Verr./Erstatt. vom Land)	149,7	149,7	49,9	
GESAMT	**1.117,0**	**1.133,5**	**1.040,4**	**1.021,5**

Im Abgleich des Vorjahresanschlages (983,80 Millionen Euro) mit dem tatsächlichen IST-Ergebnis für die Steuereinnahmen in der Stadtgemeinde Bremen für 2019 in Höhe von 934,60 Millionen Euro waren deutliche Steuermindereinnahmen zu verzeichnen. Der Ansatz für die Steuereinnahmen 2020 ist gegenüber dem Vorjahresansatz geringfügig gesteigert.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie müssen die derzeit in den Haushaltsentwürfen vorgesehenen steuerabhängigen Einnahmen der Höhe nach noch deutlich angepasst werden. Die erste Steuerschätzung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Folgewirkungen der Covid-19-Pandemie liegt erst seit Kurzem vor, sodass deren Ergebnisse in den hiermit vorgelegten Haushaltsentwürfen nicht mehr termingerecht berücksichtigt werden konnten.

Kurzübersicht Ergebnisse Steuerschätzung von Mai 2020

	Land Bremen			Stadt Bremen			Stadt Bremerhaven		
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen			Einnahmen		
Veränd. ggü. Okt. 2019	Steuern/BEZ	KFA	Saldo	Steuern/BEZ	KFA	Summe	Steuern/BEZ	KFA	Summe
	Mio. €								
für 2020	-345,0	-82,0	-263,0	-168,7	-54,4	-223,0	-20,9	-28,1	-49,0
für 2021	-145,0	-29,0	-116,0	-64,2	-20,3	-84,4	-8,6	-8,8	-17,4
für 2022	-175,0	-39,0	-136,0	-82,0	-28,4	-110,4	-11,4	-10,2	-21,6
für 2023	-168,0	-36,0	-132,0	-80,5	-26,2	-106,7	-11,4	-9,9	-21,3

Es ist daher vorgesehen, etwaige erforderliche Anpassungen bei der Höhe der steuerabhängigen Einnahmen sowie der Konjunkturbereinigung während der parlamentarischen Beratungen einzubringen.

1.1.2 Konsumtive Einnahmen

Die Entwicklung der in den Haushaltsentwürfen für die Stadtgemeinde angenommen konsumtiven Einnahmen ist der nachfolgen Tabelle zu entnehmen.

Haushalt der Stadtgemeinde Bremen				07.05.2020
	IST 2018	**Anschlag 2019**	**Ansatz 2020**	**Ansatz 2021**
	in Mio. €			
Konsumtive Einnahmen	292,3	276,3	297,1	297,1
Verrechnungen/Erstattungen vom Land (o. Konso.)	1.494,4	1.419,9	1.657,4	1.698,7
GESAMT	**1.786,7**	**1.696,1**	**1.954,5**	**1.995,7**

Es sind bei den konsumtiven Einnahmen aus Verrechnungen/Erstattungen zwischen dem Land und der Stadtgemeinde deutliche Steigerungen gegenüber dem Vorjahresanschlag zu konstatieren. Diese resultieren unter anderem aus deutlich höheren Ansätzen für die Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Vorjahr (fast 170,00 Millionen Euro beziehungsweise 194,00 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahresanschlag). Weitere Ansatzsteigerungen ergeben sich im Bereich der konsumtiven Einnahmen aus Verrechnungen/Erstattungen bei den Kostenerstattungen für die Personalausgaben der Lehrkräfte sowie nicht unterrichtendes Personal.

Zudem sind – wie in den Haushaltsentwürfen des Landes – Rückführungen aus dem Kapitalstock der Versorgungsrücklage in Höhe von 9,30 Millionen Euro (2020) beziehungsweise 9,40 Millionen Euro sowie von der Anstalt für Versorgungsvorsorge in Höhe von 26,70 Millionen Euro beziehungsweise 26,50 Millionen Euro enthalten.

1.1.3 Investive Einnahmen

Die Entwicklung der in den Haushaltsentwürfen für die Stadtgemeinde angenommenen investiven Einnahmen ist der nachfolgen Tabelle zu entnehmen (ohne haushaltsinterne Verrechnungen/Erstattungen).

Haushalt der Stadtgemeinde Bremen				07.05.2020
	IST 2018	**Anschlag 2019**	**Ansatz 2020**	**Ansatz 2021**
	in Mio. €			
Investive Einnahmen	36,4	72,9	29,7	45,6
Verrechnungen/Erstattungen vom Land	75,6	79,8	95,6	82,3
GESAMT	**111,9**	**152,6**	**125,3**	**127,9**

Die in den Haushaltsentwürfen enthaltenen Anschläge für die investiven Einnahmen liegen unter dem Vorjahresanschlag. Hintergrund sind die geringeren veranschlagten Abführungen aus den städtischen Sonstigen Sondervermögen gegenüber dem Vorjahresanschlag. Der Senat hat am 18. Februar 2020 – zwecks Einhaltung der strukturellen Nettokreditaufnahme – Abführungen aus den städtischen Sonstigen Sondervermögen im Umfang von 2,00 Millionen Euro in 2020 und 18,00 Millionen Euro in 2021 in den Haushalt der Stadtgemeinde beschlossen. Die Anschläge für 2018/2019 betrugen jeweils 50,00 Millionen Euro, wobei die tatsächlichen Abführungen aufgrund anderweitiger Verbesserungen lediglich in 2019 in Höhe von 20,00 Millionen Euro herangezogen wurden.

1.1.4 Entnahmen aus Rücklagen

Die in den Haushaltsentwürfen 2020/2021 veranschlagten Entnahmen aus den Rücklagen, die in die Berechnung der Nettokreditaufnahme einfließen (vergleiche § 13 Absatz 4 Nr. 2 LHO), belaufen sich auf 34,40 Millionen Euro in 2020 und 29,70 Millionen Euro in 2021.

Der Haushaltsentwurf 2020 sieht eine Entnahme aus der zentralen Sonderrücklage in Höhe von 34,40 Millionen Euro vor. Diese ist zum Ausgleich der Mehrausgaben aus den Abrechnungsergebnissen 2017 bis 2019 im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Landes-Gemeinde-Aufgaben erforderlich. Im Gegenzug wird ein entsprechender Betrag der zentralen Sonderrücklage im Haushalt des Landes zugeführt.

Für 2021 sieht der Haushaltsentwurf der Stadtgemeinde eine Entnahme aus der Stabilitätsrücklage in Höhe von 25,90 Millionen Euro vor.

Die Haushaltsentwürfe enthalten im Gegensatz zu den Vorjahren keine veranschlagten Entnahmen aus der Kassenverstärkungs- und allgemeinen Ausgleichsrücklage (2018/2019: jeweils 5,00 Millionen Euro). Hintergrund ist die ab 2021 vorgesehene vollständige haushaltstechnische Trennung der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschließlich getrennter Finanz- und Buchungskreise.

1.1.5 Kreditermächtigung

Die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und die Neuregelung zur Schuldenbremse sehen vor, dass ab 2020 kein strukturelles Defizit mehr zulässig ist und die Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind (vergleiche Artikel 131a Absatz 1 BremLV) mit Ausnahme im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen (vergleiche Artikel 131a Absatz 3 Satz 1 BremLV).

Neben dem Finanzierungssaldo stellt ab 2020 die strukturelle Nettokreditaufnahme die zentrale Ziel- und Steuerungsgröße gemäß § 18a Absatz 1 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung dar.

Die strukturelle Nettokreditaufnahme gemäß § 18a Absatz 1 Satz 1 der LHO ist die Nettokreditaufnahme

(1) bereinigt um die finanziellen Transaktionen,

(2) bereinigt um die Konjunkturkomponente (ex-ante Konjunkturbereinigung sowie Steuerbereinigung),

(3) unter Einbeziehung des Sondervermögens nach dem Gesetz über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds,

(4) unter Einbeziehung der Eigenbetriebe und sonstigen Sondervermögen, falls für diese durch Gesetz eine Kreditermächtigung vorgesehen ist.

Unter Berücksichtigung aller einzelnen Komponenten ergibt sich abgeleitet aus den haushaltsrechtlichen Vorgaben folgende veranschlagte Kreditaufnahme:

	2020	2021
	in Mio. €	
Strukturelle Nettokreditaufnahme	0,0	0,0
Bereinigungen		
1. Finanzielle Transaktionen	-4,9	-4,9
2. Steuerabweichungskomponente	23,5	-5,9
3. Bremer Kapitaldienstfonds (Auflösung ab 2020)	0,0	0,0
4. Eigenbetriebe u. Sonstige Sondervermögen	0,0	0,0
5. Hinzurechnungen gem. Art. 131a Abs. 5 BremLV	0,0	0,0
Kreditaufnahme "Bremen-Fonds"	300,0	
Zulässige Kreditaufnahme/Schuldentilgung	**318,6**	**-10,8**
Veranschlagte Kreditaufnahme/Schuldentilgung	**318,5**	**-10,8**
Differenz	**0,1**	**0,0**

Die sich aus der ex ante Konjunkturbereinigung ergebenden Effekte werden bei den Rücklagen berücksichtigt.

1.2 Ausgaben

1.2.1 Konsumtive Ausgaben

1.2.1.1 Personalbereich

Ausgangspunkt der Planwerte der Personalausgaben im Haushalt Stadtgemeinde Bremen waren die Ansätze der auf Basis 2018 fortgeschriebenen Finanzplanung bis 2021. Gegenüber dieser Rahmensetzung wurden in der Eckwert- und Haushaltsaufstellung Änderungen berücksichtigt, die nachstehend erläutert werden:

Kernbereich

Bereits in der Finanzplanung 2018 bis 2021 wurden für die Jahre 2020ff keine Personaleinsparungen geplant. Damit endet das im Jahr 1993 begonnene Personalentwicklungsprogramm (PEP), das durch verschiedene pauschale und sektorale Personalbemessungsvorgaben zur Begrenzung steigender Personalausgaben beigetragen hat.

Aufgrund der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2017 bis 2021, die zum Teil deutlich über der Tarifvorsorge von 1,5 Prozent pro Jahr lagen, wurde der Personaleckwert der Stadtgemeinde um rund 1,30 Millionen Euro pro Jahr zur Finanzierung dieses Effektes dauerhaft erhöht.

Anpassungen im Besoldungs- und Beihilferecht sowie bei den im Angestelltenverhältnis beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen zu einer Eckwertausweitung um dauerhaft rund 6,00 Millionen Euro pro Jahr. Hierunter fallen zum Beispiel die geänderten gesetzlichen Regelungen zu paritätischen Krankenversicherungen (Arbeitgeber beteiligt sich wieder zu gleichen Teilen), Wegfall des dreijährigen Weihnachtsgeldverzichts bei neu eingestellten Beamten und diverser Zulagenänderungen sowie die Wahlmöglichkeit eines pauschalen Zuschusses zur gesetzlichen Krankenversicherung anstatt einer privaten Krankenversicherung mit Beihilfebeteiligung.

Zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung hat der Senat Personalaufstockungen in verschiedenen Bereichen beschlossen. Dies betrifft im Stadthaushalt insbesondere die Bereiche Soziales und Gesundheit zur Umsetzung des Bundeteilhabegesetzes mit jeweils 5,60 Millionen Euro und 0,60 Millionen Euro sowie den Bereich Inneres mit rund 1,00 Millionen Euro für den Ausbau des Ordnungsdienstes.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Zielzahlentwicklung in Vollzeiteinheiten in den einzelnen Produktplänen des Stadthaushalts dar.

Beschäftigungszielzahlen in Vollzeiteinheiten

Produktplan	Soll 2019	Soll 2020	Soll 2021	2019 vs. 2020	2020 vs. 2021
	VZE				
03 Senat, Senatskanzlei	43	52	56	8	4
07 Inneres	712	854	854	142	-
21 Kinder und Bildung	5.339	5.669	5.770	330	101
22 Kultur	-	28	28	28	-
41 Jugend und Soziales	590	701	701	111	0
51 Gesundheit und Verbraucherschutz	103	137	137	34	-
68 Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau	203	209	209	6	-
71 Wirtschaft	15	18	18	2	-
Insgesamt	**7.005**	**7.666**	**7.771**	**661**	**105**

Temporäre Personalmittel

Im Stadthaushalt sinken die temporären Personalmittel, da das Projekt „Weiterentwicklung des Jugendamtes (JuWe)“ und die Mittel für „Kindeswohl“ im Kernbereich verstetigt wurden.

Das in den letzten Jahren eingestellte und über die Handlungsfelder „Bürgerservice“, „Digitalisierung“ und „Sichere und Saubere Stadt“ finanzierte Personal wird als temporäre Personalmittel verbucht. Diese Handlungsfeldmittel werden allerdings im konsumtiven Haushalt fortgeschrieben und im Vollzug nachbewilligt.

Temporäre Flüchtlingsmittel

Aufgrund sinkender Flüchtlingszahlen wird ein Abbaupfad der flüchtlingsbezogenen Personalausgaben des dritten Sofortprogramms und des Integrationsbudgets verfolgt. Dieser sieht einen Abbau des Personals bis Ende 2021 vor.

Ausbildung

Die Ausbildungsmittel im Stadthaushalt belaufen sich auf rund 2,50 Millionen Euro pro Jahr. Die Mittel wurden um dauerhaft rund 1,00 Millionen Euro aufgestockt. Die bedarfsbezogene Ausbildung der Feuerwehr wird im Stadthaushalt dargestellt.

Versorgungsausgaben

In der Versorgung waren die höchsten Steigerungsraten in den Jahren zwischen 2010 und 2019 zu verzeichnen. Entsprechend der Prognosen der letzten Jahre sollte die mengenmäßige Entwicklung der Versorgungszahlen ihren Höhepunkt im Finanzplanzeitraum erreicht haben beziehungsweise leicht absinkend sein. Allerdings war bereits in der Finanzplanung aus dem vorausgegangenen Haushaltsaufstellungsverfahren das Ausgabeniveau in der Versorgung der Stadtgemeinde – insbesondere bei den Versorgungsbeihilfen – zu niedrig eingeplant, sodass der Senat eine Aufstockung der Versorgungsausgaben um 6,00 Millionen Euro beschlossen hat.

Zur Gegenfinanzierung von Versorgungsausgaben wurden die Entnahmen aus dem Sondervermögen Versorgungsrücklage gegenüber 2019 für 2020 und 2021 um jeweils 6,00 Millionen Euro erhöht. Insofern trägt das Sondervermögen anteilig zur Gegenfinanzierung des gestiegenen Personaleckwertes bei. Das Sondervermögen wird Ende 2021 aufgelöst sein. Danach werden die refinanzierten Versorgungsanteile wieder im Haushalt abgedeckt.

Erstmalig ab 2020 wird der Kapitalstock der Anstalt für Versorgungsvorsorge in Höhe von rund 26,70 bis 30,00 Millionen Euro pro Jahr an

den Stadthaushalt für Versorgungs- und Personalausgaben zurückgeführt (vergleiche 1.1.2). Dieser wird im Gegensatz zu den Mitteln aus dem Sondervermögen Versorgungsrücklage haushaltstechnisch nicht zweckgebunden an spezifische Versorgungsausgaben geknüpft. Stattdessen stehen die Mittel zur Finanzierung von Versorgungs- und Personalausgaben dem Gesamthaushalt zur Verfügung und ermöglichen damit zum Beispiel die Finanzierung von konsumtiven Personalkostenzuschüssen für die Versorgungsausgaben der Gesundheit Nord.

Globale Personalvorsorgemittel

In 2021 endet der laufende Tarifvertrag der Länder (TV-L). Am Verhandlungsergebnis des TV-L orientieren sich auch die Besoldungs- und Versorgungserhöhungen der Beamteninnen und Beamten. Aufgrund der Tarifabschlüsse der letzten Jahre wurde die Tarif- und Besoldungsversorge von 1,5 Prozent auf 2,5 Prozent erhöht.

Zur Finanzierung zukunftsorientierter Personalausgaben, die sich unter anderem aus den Ergebnissen verschiedener noch laufender Personalbemessungsverfahren ergeben können, wurde ein Betrag von 3,00 Millionen Euro als zusätzliche Vorsorge veranschlagt.

In die Vorsorgemittel für Personalausgaben im konsumtiven Bereich, zum Beispiel Sonderhaushalt, Eigenbetriebe, Stiftungen und so weiter, wurden zusätzlich 3,00 Millionen Euro eingestellt. Diese sollen bedarfsbezogen Mehrausgaben kompensieren, die sich durch den Landesmindestlohn und die Vermeidung prekärer Beschäftigung ergeben.

1.2.1.2 Sachhaushalt

Für die Sozialleistungsausgaben der Stadtgemeinde Bremen hat der Senat insgesamt 952,80 Millionen Euro in 2020 und 971,50 Millionen Euro in 2021 veranschlagt (ohne haushaltsinterne Verrechnungen/Erstattungen). Davon entfallen auf den Produktplan 21 Kinder und Bildung 30,10 Millionen Euro (2020) beziehungsweise 30,80 Millionen Euro (2021) für Leistungen im Zusammenhang mit Bildung und Teilhabe. Auf das Sozialressort entfallen veranschlagte Sozialleistungen in Höhe von 922,70 Millionen Euro (2020) und 940,70 Millionen Euro (2021).

Gegenüber dem Anschlag des Vorjahres für Sozialleistungen haben sich die Ansätze insgesamt um rund 21,10 Millionen Euro (2020) beziehungsweise 39,80 Millionen Euro (2021) erhöht.

Hierbei sind insbesondere Verschiebungen zwischen den Minderbedarfen im Bereich der flüchtlingsbedingten Sozialleistungen und den Mehrbedarfen bei den übrigen Sozialleistungen zu konstatieren.

Sozialleistungen	IST 2018	Anschlag 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
	in Mio. €			
kons. Ausgaben	909,7	930,5	950,8	969,4
Verrechn./Erstatt. an das Land	1,4	1,2	2,0	2,2
GESAMT	**911,1**	**931,7**	**952,8**	**971,5**

1.2.2 Investive Ausgaben

Die Entwicklung der in den Haushaltsentwürfen der Stadtgemeinde enthaltenen Ansätze für die investiven Ausgaben kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Haushalt der Stadtgemeinde Bremen				07.05.2020
	IST 2018	Anschlag 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
	in Mio. €			
Investive Ausgaben (HGr. 7 u.8)	332,1	303,8	329,3	340,4
Investive Verrechnungen/ Erstattungen an das Land	22,5	22,4	22,4	22,4
GESAMT	**354,6**	**326,1**	**351,7**	**362,7**

Während die Ausgaben bei den investiven Ausgaben über Verrechnungen/Erstattungen zwischen Land und Stadt weitgehend konstant gegenüber dem Vorjahresanschlag geblieben sind, lässt sich bei den investiven Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 ein Anstieg in Höhe von 25,50 Millionen Euro (2020) beziehungsweise 36,60 Millionen Euro (2021) gegenüber dem Vorjahresanschlag konstatieren.

Dieser ist unter anderem auf globale investive Mittel in Höhe von 10,00 Millionen Euro, die im Zusammenhang mit dem „Auffangtopf" eingestellt worden sind, zurückzuführen. Weitere Steigerungen bei den investiven Ansätzen gegenüber dem Vorjahresanschlag sind beispielsweise bei den investiven Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr ASV zu verzeichnen (gegenüber Vorjahresanschlag 23,80 Millionen Euro). Höhere investive Ansätze sind auch im Produktplan 21 Kinder und Bildung im Zusammenhang mit der Umsetzung des Digitalisierungspaktes sowie dem Sofortprogramm Schule vorgesehen.

Für kleinere Um- und Beschaffungsmaßnahmen wurden 32,20 Millionen Euro (in 2020) beziehungsweise 32 Millionen Euro (in 2021) veranschlagt.

Weitere Einzelheiten können den produktplanbezogenen Übersichten zur maßnahmenbezogenen Investitionsplanung entnommen werden.

1.2.3 Globale Mehr- und Minderausgaben

Die Haushaltsentwürfe für die Jahre 2020 und 2021 berücksichtigen globale Mehrausgaben und Minderausgaben mit folgenden Schwerpunkten:

Für das Haushaltsjahr 2020 sind im Haushaltentwurf der Stadtgemeinde Bremen zur Bewältigung der Naturkatastrophe und außergewöhnlichen Notsituation im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie 300,00 Millionen Euro berücksichtigt. Die Veranschlagung dieser Globalmittel erfolgt im neu eingerichteten Produktplan 95 in Form eines kreditfinanzierten „Bremen-Fonds". Die zusätzliche Kreditaufnahme in entsprechender Höhe erfolgt rechtlich nach den Vorgaben der Schuldenbremse in Fällen außergewöhnlicher Naturkatastrophen und daraus resultierender außergewöhnlicher Notsituationen (Ausnahmetatbestand gemäß Artikel 146 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 131a Absatz 3 Satz 1 BremLV). Die Verteilung der Mittel erfolgt im Haushaltsvollzug durch Nachbewilligung nach Zustimmung des Senats und des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses.

Darüber hinaus enthalten die Haushaltsentwürfe für die Jahre 2020 und 2021 Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitalisierung und Bürgerservice. Diese belaufen sich im Haushalt der Stadtgemeinde auf 13,20 Millionen Euro in 2020 und 13,00 Millionen Euro in 2021, die mit jeweils 15,00 Millionen Euro für die Jahre 2022/2023 fortgeschrieben wurden. Die Mittel für die Handlungsfelder sind als globale Mehrausgaben im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Sie werden im Vollzug der Haushalte über Nachbewilligung den projektdurchführenden Produktplänen gemäß Beschluss des Senats vom 18. Februar 2020 bereitgestellt. Weitere globale Mehrausgaben in Höhe von 0,50 Millionen Euro (2020) beziehungsweise 0,75 Millionen Euro (2021) aus den Haushaltsentwürfen 2020/2021 sind für die Förderung lebendiger Quartiere vorgesehen.

Neben den veranschlagten globalen Mehrausgaben sehen die Haushaltsentwürfe 2020/2021 zur Einhaltung der strukturellen Nettokreditaufnahme und des Sanierungspfades globale Minderausgaben in Höhe von 30,00 Millionen Euro in 2020 beziehungsweise 23,30 Millionen Euro in 2021 vor. Für deren Auflösung sind im Vollzug der Haushalte entsprechende Vorschläge zu entwickeln.

1.2.4 Rücklagenzuführungen

Die in den Haushaltsentwürfen für die Jahre 2020/2021 veranschlagten Rücklagenzuführungen, die in die Berechnung der Nettokreditaufnahme einfließen (vergleiche § 13 Absatz 4 Nr. 2 LHO), belaufen sich auf 27,10 Millionen Euro in 2020. Sie sehen unter anderem eine Zuführung an die Stabilitätsrücklage in Höhe 26,40 Millionen Euro in 2020 vor.

Im Vergleich zu den Vorjahren sehen die Haushaltsentwürfe 2020/2021 – in Analogie zu den Entnahmen – auch keine veranschlagten Zuführungen an die Kassenverstärkungs- und allgemeine Ausgleichsrücklage vor (2018: 5,00 Millionen Euro, 2019: 5,00 Millionen Euro). Hintergrund ist die stringente Umsetzung der Land-Stadt-Trennung einschließlich der Einführung getrennter Finanz- und Buchungskreise für das Land und die Stadtgemeinde Bremen ab 2021.

1.3 Gesamtbetrachtung

Aus den vom Senat vorgelegten Haushaltsentwürfen ergeben sich für den Haushalt der Stadtgemeinde Bremen folgende Gesamtzahlen:

Haushalt der Stadtgemeinde Bremen				07.05.2020
	IST 2018	Anschlag 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
	in Mio. €			
Steuern, steuerabhängige Einnahmen	967,3	983,8	990,5	1.021,5
Konsolidierungshilfe	149,7	149,7	49,9	
konsumtive Einnahmen	1.786,7	1.696,1	1.954,5	1.995,7
investive Einnahmen	111,9	152,6	125,3	127,9
Globale Mehr-/Mindereinnahmen		25,0		
Zwischensumme bereinigte Einnahmen	**3.015,6**	**3.007,2**	**3.120,1**	**3.145,1**
Haushaltsinterne Verrechnungen/Erstattungen	73,8	11,5	12,6	13,0
Rücklagenentnahmen	34,1	5,0	34,4	29,7
Kreditaufnahme	1.445,3	423,8	318,5	0,0
Zwischensumme besondere Finanzierungsvorgänge	**1.553,2**	**440,3**	**365,5**	**42,7**
Gesamteinnahmen	**4.568,8**	**3.447,5**	**3.485,6**	**3.187,8**
Personalausgaben	731,9	746,4	851,2	867,3
konsumtive Ausgaben	1.759,9	1.756,1	1.959,3	1.943,4
investive Ausgaben	354,6	326,1	351,7	362,7
Zinsausgaben	204,7	186,9	0,0	0,0
Globale Mehrausgaben/Minderausgaben	0,0	13,5	283,7	-9,5
- davon Bremen-Fonds (Corona-Pandemie)			*300,0*	
- davon Handlungsfelder	*0,0*	*15,0*	*13,2*	*13,0*
- davon weitere globale Mehrausgaben	*0,0*	*0,0*	*0,5*	*0,8*
- davon globale Minderausgaben		*-1,5*	*-30,0*	*-23,3*
Zwischensumme bereinigte Ausgaben	**3.051,1**	**3.029,0**	**3.445,9**	**3.164,0**
Haushaltsinterne Verrechnungen/Erstattungen	73,9	11,5	12,6	13,0
Rücklagenzuführungen	85,3	5,7	27,1	0,0
Schuldentilgung	1.358,6	401,4	0,0	10,8
Finanzierungsvorgänge	**1.517,7**	**418,5**	**39,7**	**23,8**
Gesamtausgaben	**4.568,8**	**3.447,5**	**3.485,6**	**3.187,8**
Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt (Saldo Kreditaufnahme/Schuldentilgung)	86,7	22,4	318,5	-10,8
Rücklagenbewegung (Saldo Rücklagenentnahmen/-zuführungen)	-51,2	-0,7	7,3	29,7
Finanzierungssaldo (einschließl. Konsolidierungshilfe) (bereinigte Einnahmen/Ausgaben)	-35,5	-21,8	-325,8	-18,9
Finanzierungssaldo (ohne Konsolidierungshilfe)	-185,2	-171,5	-375,7	-18,9

Zu den Ableitungen des Finanzierungssaldos und der strukturellen Nettokreditaufnahme wird auf die anliegende Finanzplanung verwiesen.

2. Einrichtung eines neuen Produktplans 95 „Bremen-Fonds“

Der Senat hat am 28. April 2020 die Einrichtung eines „Bremen-Fonds“ mit einem Volumen im Haushalt der Stadtgemeinde in Höhe von 300,00 Millionen Euro zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie beschlossen. Bereits vom Senat beziehungsweise vom städtischen Haushalts- und Finanzausschuss beschlossene Corona bedingte Maßnahmen werden zuerst aus diesem Mittelvolumen

finanziert (per Nachbewilligung im Vollzug). Hierbei handelt es sich derzeit um ein Volumen von bis zu insgesamt rund 153,00 Millionen Euro Budgetrahmen (Stand 7. Mai 2020, davon rund 152,00 Millionen Euro Land, rund 1,00 Millionen Euro Stadt).

Der „Bremen-Fonds“ dient zum einen der Finanzierung der bereits vom Senat und städtischem Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen und erfolgten sowie gegebenenfalls erforderlicher weiterer kurzfristiger Unterstützungsmaßnahmen. Er soll darüber hinaus aber auch mittel- und langfristige Maßnahmen zur Verhinderung der Destabilisierung und zur nachhaltigen Stabilisierung der Wirtschafts- und Sozialstruktur im Bundesland Bremen ermöglichen, die aufgrund der Corona-Pandemie erforderlich sind.

Im Rahmen des Produktgruppenhaushalts wurde zur Abbildung des „Bremen-Fonds“ ein neuer Produktplan 95 mit jeweils zwei Produktbereichen (einer für Land und einer für die Stadtgemeinde) sowie zwei Produktgruppen eingerichtet. Die bisher im Zusammenhang mit den vom Senat und vom städtischen Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung und Bewältigung der Covid-19-Pandemie eingerichteten Haushaltsstellen wurden diesem Produktplan zugeordnet. Die Bewirtschaftung der Haushaltsstellen im Produktplan 95 erfolgt als Fremdbewirtschaftung durch die jeweiligen Fachressorts.

3. Land-Stadt-getrennte Struktur der Produktpläne

Die im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 umgesetzte eindeutige Zuordnung von Produktbereichen und Produktgruppen entweder zum Haushalt des Landes oder zum Haushalt der Stadtgemeinde wurde im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 konsequent fortgeführt und nunmehr auch auf der Produktplanebene vollumfänglich umgesetzt.

Die Trennung umfasst eine nach Land und Stadtgemeinde Bremen getrennte Eingabe und damit Ausweisung der Angaben zu „Kurzbeschreibung“, den „Strategischen Zielen“, der „Auftragsgrundlage“ und den „Zuzuordnenden Kapiteln“ auf der Produktplanebene. Eine Änderung der bisherigen Numerik der Produktpläne in Form getrennter Numerikbezeichnungen für die Anteile des jeweiligen Produktplans im Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde war nicht erforderlich.

4. Entwürfe der Haushaltsgesetze 2020/2021

Neben diversen Anpassungen an die aktuelle Rechtslage beziehungsweise aufgrund der parallel angestoßenen Übernahme einiger Regelungen in die Landeshaushaltsordnung ergibt sich eine wesentliche inhaltliche Änderung für die Ressorts dadurch, dass die konsumtiven Verrechnungshaushaltsstellen mit der Gruppierung 985 und 986 im Haushalt der Stadtgemeinde aufgrund der vollständigen Trennung von Land und Stadtgemeinde Bremen zukünftig bei der Übertragbarkeit, Deckungsfähigkeit, Nachbewilligungen und Planungssicherheit gleich behandelt werden.

Die Haushaltsgesetzentwürfe 2020 beinhalten zudem – wie in dieser Mitteilung einleitend geschildert – eine Regelung zur Feststellung des Ausnahmetatbestandes von der Schuldenbremse im Zusammenhang mit den zu erwartenden Mehrbelastungen aus der Corona-Pandemie.

5. Wirtschaftspläne für die Jahre 2020/2021 für die bremischen Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen sowie Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts

Im Rahmen der Aufstellung der Haushalte 2020/2021 ist auch eine Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen

Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts erforderlich.

Die Wirtschaftspläne enthalten zusätzlich Informationen über den Finanzplanungszeitraum 2022 bis 2023, die allerdings nur nachrichtlichen Charakter haben. Es handelt sich dabei um Orientierungswerte der Fachressorts, deren Konkretisierung und Fixierung im Rahmen der Haushaltsberatungen für diese Jahre zu erfolgen hat.

Für das Sondervermögen Immobilien und Technik (Stadtgemeinde), das unmittelbar dem Senator für Finanzen zugeordnet ist, erfolgt die Genehmigung des Wirtschaftsplans erst im Rahmen des weiteren Haushaltsaufstellungsverfahrens aufgrund der Gremienidentität des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses. Daher hat der Senat diesen Wirtschaftsplan lediglich in der Entwurfsfassung zur Kenntnis genommen.

Zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens Immobilien und Technik der Stadtgemein-de Bremen ist anzumerken, dass das Investitionsvolumen (siehe Anlage zum Investitionsplan) in 2020 und 2021 um 13,70 Millionen Euro beziehungsweise 5,50 Millionen Euro über dem Haushaltsanschlag für Sanierungsinvestitionen liegt. Die Abweichung ergibt sich durch den Abgleich der im Gebäudesanierungsprogramm laufenden Maßnahmen und inhaltsgleicher Übernahme in den Wirtschaftsplan. Diese Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung und müssen fortgesetzt werden. Eine zusätzliche Haushaltsfinanzierung ist damit nicht verbunden, da die Finanzierung im SVIT sichergestellt ist.

6. Finanzplan 2019 bis 2023 für die bremischen Gebietskörperschaften

Mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs ist der Stadtbürgerschaft auch eine fünfjährige Finanzplanung vorzulegen (vergleiche § 30 Absatz 1 LHO). Dabei handelt es sich um einen finanzwirtschaftlichen Orientierungsrahmen für die zukünftigen Jahre.

Der – unter Berücksichtigung der Entwürfe zu den Haushalten 2020/2021 erstellte – Finanzplan 2019 bis 2023 beinhaltet die Planungsdaten für das Land und die Stadtgemeinde Bremen sowie Kernaussagen zum Stadtstaat Bremen.

Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2020

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Stadtbürgerschaft beschlossene Ortsgesetz:

§ 1

Feststellungsklauseln

(1) Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird in Einnahme und Ausgabe auf 3 485 589 880 Euro, die Verpflichtungsermächtigungen werden auf 594 113 000 Euro festgestellt. Der Gesamtplan wird diesem Ortsgesetz als Anlage beigefügt.

(2) Das im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 für den Personalhaushalt ausgewiesene Stellenvolumen wird auf 8 007 festgesetzt. Der Stellenindex beträgt 1,28. Daneben werden für

den Personalhaushalt	834,
die Betriebe nach § 26 der Landeshaushaltsordnung	2 804,
die Anstalten des öffentlichen Rechts	1 078,
die Stiftungen des öffentlichen Rechts	115

als refinanziertes Stellenvolumen ausgewiesen. Des Weiteren werden für den Personalhaushalt 168 Stellenvolumen als temporäre Personalmittel, 221 Stellenvolumen als temporäre flüchtlingsbezogene Personalmittel und 200 Stellenvolumen als Flexibilisierungsmittel im Haushaltsjahr 2020 ausgewiesen.

§ 2

Deckungsfähigkeiten

(1) Auf der Grundlage von § 20 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung sind innerhalb einer Produktgruppe gegenseitig deckungsfähig

1. die nicht übertragbaren Ausgaben der Gruppen 422 und 428,
2. die sonstigen nicht übertragbaren Ausgaben der Hauptgruppe 4 mit Ausnahme der Gruppe 441,
3. die Ausgaben der Hauptgruppe 5,
4. die Ausgaben der Hauptgruppe 6,
5. die konsumtiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986.

(2) Ausgenommen von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit nach Absatz 1 sind diejenigen Ausgaben, für die durch Haushaltsvermerk eine andere Regelung getroffen worden ist.

§ 3

Nachbewilligungen, Sperrenaufhebungen, Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen

(1) Die Produktgruppenverantwortlichen werden ermächtigt,

1. innerhalb einer Produktgruppe Ausgaben bei den Hauptgruppen 7 und 8 und den investiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986 zulasten von Ausgaben der Hauptgruppen 5 und 6 und der konsumtiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986 nachzubewilligen,
2. alle übrigen produktgruppeninternen Nachbewilligungen bis zur Höhe von 100 000 Euro im Einzelfall vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Nachbewilligungen
   a) zugunsten nicht übertragbarer Ausgaben der Gruppen 422 und 428,

b) zulasten der Gruppe 441,

c) zugunsten von Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 und 6 sowie der konsumtiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986 bei Einsparung von Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 sowie der investiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986,

3. innerhalb einer Produktgruppe unter Beachtung des Stellenvolumens und des Stellenindexes Veränderungen bei Planstellen bis Besoldungsgruppe A 14 sowie bei planmäßigen Stellen bis Entgeltgruppe 14, Tarifverträge für den öffentlichen Dienst (TV-L und TVöD), vorzunehmen, soweit das Finanzvolumen der Maßnahme 100 000 Euro im Jahr nicht überschreitet. In allen anderen Fällen ist die Zustimmung des zur Einrichtung, Streichung und Hebung von Planstellen und Stellen ermächtigten Haushalts- und Finanzausschusses erforderlich. Die Ermächtigung nach Satz 1 und 2 schließt ein, Planstellen und Stellen in dem Umfang zu schaffen, wie Personalausgaben dauerhaft eingespart werden,

4. innerhalb einer Produktgruppe im Rahmen einer gesicherten Refinanzierung Planstellen und Stellen für Tarifbeschäftigte in fachlich gebotener Menge und Struktur einzurichten. Die Ermächtigung gilt sinngemäß für die Personen, die für Betriebe der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) nach § 26 der Landeshaushaltsordnung oder Stiftungen des öffentlichen Rechts verantwortlich sind, soweit diese nicht als Produktgruppe im Produktgruppenhaushalt geführt werden; ein etwaiges Zustimmungserfordernis des jeweiligen Aufsichtsgremiums bleibt hiervon unbenommen.

(2) Die Produktbereichsverantwortlichen werden ermächtigt, Nachbewilligungen innerhalb ihres Produktbereichs bis zur Höhe von 100 000 Euro im Einzelfall vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Nachbewilligungen

1. zugunsten nicht übertragbarer Ausgaben der Gruppen 422 und 428, außer in Fällen des Absatz 6,

2. zulasten der Gruppe 441,

3. zugunsten von Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 und 6 sowie der konsumtiven Ausgaben der Gruppe 985 und 986 bei Einsparung von Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 sowie der investiven Ausgaben der Gruppe 985 und 986.

(3) Die Produktplanverantwortlichen werden ermächtigt, Nachbewilligungen innerhalb ihres Produktplans bis zur Höhe von 100 000 Euro im Einzelfall vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Nachbewilligungen

1. zugunsten nicht übertragbarer Ausgaben der Gruppen 422 und 428; außer in Fällen des Absatz 6,

2. zulasten der Gruppe 441,

3. zugunsten von Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 und 6 sowie der konsumtiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986 bei Einsparung von Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 sowie der investiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986.

(4) Soweit im Rahmen der Ermächtigungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2, Absatz 2, 3 und 5 längerfristige Verpflichtungen, die über die Ermächtigungen nach § 38 der Landeshaushaltsordnung hinausgehen, eingegangen werden sollen, ist die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses erforderlich.

(5) Die Ermächtigungen nach Absatz 1 Nummer 2 und 4, Absatz 2 und Absatz 3 gelten auch für produktgruppeninterne, produktgruppenübergreifende sowie produktbereichsübergreifende Nachbewilligungen mit Deckung aus bereits erzielten Mehreinnahmen, soweit diese Mehreinnahmen nicht

zum Ausgleich von Mindereinnahmen an anderer Stelle des Produktplans dienen müssen.

(6) Für produktgruppenübergreifende sowie produktbereichsübergreifende Nachbewilligungen von nicht übertragbaren Ausgaben zwischen den Gruppen 422 und 428 gelten die Regelungen der Absätze 2 und 3. Dies schließt die Ermächtigung ein, Planstellen und Stellen innerhalb des Produktbereichs oder des Produktplans bis zu einem Finanzvolumen von 100 000 Euro zu verlagern.

(7) Die Produktbereichsverantwortlichen werden ermächtigt, Sperren nach § 22 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung gemäß § 36 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung für solche Baumaßnahmen aufzuheben, deren Gesamtkosten 500 000 Euro nicht überschreiten.

(8) Die Produktbereichsverantwortlichen werden ermächtigt, veranschlagte Verpflichtungsermächtigungen für in sich abgeschlossene Maßnahmen mit einem Gesamtbetrag von bis zu 500 000 Euro zu erteilen, sofern die Abfinanzierung im Rahmen des nächstjährigen Haushalts oder in der geltenden Finanzplanung gesichert ist.

(9) Die Ermächtigungen nach den Absätzen 1 bis 3 und Absatz 6 gelten nur, soweit die Finanz-, Personal- und Fachziele nach § 1a Satz 2 der Landeshaushaltsordnung nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Die Inanspruchnahme von Rücklagen für die Einstellung unbefristeten Personals ist nicht zulässig.

(10) Die Rechte der Fachdeputationen bleiben durch die Regelungen der Absätze 1 bis 9 unberührt.

(11) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, die nach den Absätzen 1 bis 9 erforderlichen Verfahrensregelungen zu treffen.

§ 4

Planungssicherheit

(1) Aus Gründen der Planungssicherheit stehen für den Bereich der konsumtiven Ausgaben (Hauptgruppen 5 und 6 und Gruppen 985 und 986) und für den Bereich der investiven Ausgaben (Hauptgruppen 7 und 8 und Gruppen 985 und 986) für den Gesamthaushalt jeweils 95 vom Hundert der Anschläge zur Verfügung. Der Senat wird ermächtigt, in diesem Rahmen die Anteilsätze der Produktbereiche auf der Grundlage von Verpflichtungsgraden festzulegen. Insoweit werden die Eingriffsrechte des Senats nach § 41 der Landeshaushaltsordnung eingeschränkt.

(2) Soweit sich im Verlauf des Haushaltsjahres, bis spätestens 15. Oktober, allgemeine Haushaltsverschlechterungen ergeben, die Bewirtschaftungsmaßnahmen nach § 41 der Landeshaushaltsordnung erforderlich machen, sind diese aus den im Gesamthaushalt verbleibenden 5 vom Hundert zu finanzieren.

(3) Sofern der Senat seine Ermächtigung nach Absatz 1 Satz 2 in Anspruch nimmt, ist der Haushalts- und Finanzausschuss über die sich daraus ergebenden Anpassungen der im Produktgruppenhaushalt vereinbarten Personal- und Leistungsziele zu unterrichten. Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, das nähere Verfahren zu regeln.

§ 5

Übertragbarkeiten

Nach § 19 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung werden die Ausgaben der Gruppe 441, der Hauptgruppen 5 und 6 und die konsumtiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986 für übertragbar erklärt. Die Übertragbarkeit kann durch Haushaltsvermerk ausgeschlossen werden. Eine Übertragung erfolgt nicht, sofern die Ausgaben zum Ausgleich von Mehrausgaben oder von Mindereinnahmen herangezogen werden müssen.

§ 6

Rücklage für Versorgungsvorsorge

(1) Die aus der Verbeamtung von Tarifbeschäftigten entstandenen Entlastungseffekte bei den Dienstbezügen, den Versorgungszuschlägen bei refinanzierter Beschäftigung und den Versorgungsumlagebeträgen ausgegliederter Einrichtungen sowie durch den Senator für Finanzen festgestellte Minderausgaben bei den Gruppen 422 und 428, die aus Teilzeitbeschäftigung nach § 63 des Bremischen Beamtengesetzes, nach dem Tarifvertrag zu flexiblen Altersteilzeitregelungen für ältere Beschäftigte vom 27. Februar 2010 (TVFlexAZ) oder aus dem Altersteilzeitgesetz resultieren, sind als Rückstellungen der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen zuzuführen.

(2) Der nach Absatz 1 bei refinanzierter Beschäftigung abzuführende Versorgungszuschlag beträgt bei Beamten und Richtern 30 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge einschließlich der gegebenenfalls zustehenden anteiligen Sonderzahlung und bei ruhelohnanwartschaftsberechtigten Tarifbeschäftigten 14,29 vom Hundert des Arbeitnehmerbruttos. Der Versorgungszuschlag wird grundsätzlich auch bei Abordnungen an andere Dienstherren erhoben, wenn die Abordnung im Interesse des aufnehmenden Dienstherrn erfolgt. Eine entsprechende Verbuchung der Fälle auf refinanzierten Ausgabehaushaltsstellen der Gruppe 422 ist sicherzustellen.

(3) Die nach Absatz 1 von (ausgegliederten) Einrichtungen der Stadtgemeinde für die bei ihnen tätigen Beschäftigten zu leistende Versorgungsumlage beträgt bei Beamten und Richtern 35 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge einschließlich der gegebenenfalls zustehenden anteiligen Sonderzahlung und bei ruhelohnanwartschaftsberechtigten Tarifbeschäftigten 14,29 vom Hundert des Arbeitnehmerbruttos. Im Gegenzug wird die spätere Versorgung der Beschäftigten vom Haushalt getragen.

(4) Die jährlichen Einnahmen, die aus dem Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag) resultieren, sollen zur Deckung der diesbezüglichen jährlichen Ausgaben verwendet werden. Gegebenenfalls anfallende Mehreinnahmen sollen zum Aufbau einer Risikovorsorge an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt werden.

(5) Bei jeder neuen Gewährung von Altersteilzeit im Blockmodell sind die während der Aktivphase entstehenden Budgetentlastungseffekte als Rückstellung zum anteiligen Ausgleich der Folgeeffekte der Altersteilzeit der Anstalt für Versorgungsvorsorge zuzuführen. Dies gilt für alle Altersteilzeitfälle nach § 63 des Bremischen Beamtengesetzes, nach dem Tarifvertrag zu flexiblen Altersteilzeitregelungen für ältere Beschäftigte vom 27. Februar 2010 (TVFlexAZ) oder des Altersteilzeitgesetzes, denen nach dem 1. Januar 2008 Altersteilzeit gewährt wurde. Zum Ausgleich der Folgeeffekte der Altersteilzeit werden die gebildeten Rückstellungen bei der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen im Rahmen der Veranschlagung in den Folgejahren auf ein außerhaushaltsmäßiges Konto, auf dem die Altersteilzeitfälle während der Passivphase gebucht werden, zurückgeführt.

(6) Bei der Gewährung von Teilzeitbeschäftigung im Rahmen eines sogenannten Sabbatjahres können Budgetentlastungseffekte als Rückstellung zum anteiligen Ausgleich der Folgeeffekte des Sabbatjahres (zum Beispiel Finanzierung einer Ersatzkraft) der Anstalt für Versorgungsvorsorge zugeführt werden. Über die Zuführung und Entnahme entscheidet die zuständige senatorische Behörde. Die Höhe des Budgetentlastungseffekts muss beim Senator für Finanzen nachgewiesen werden. Die Regelung gilt für die Kernverwaltung sowie kameral buchende Sonderhaushalte.

(7) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, das nähere Verfahren zu regeln.

§ 7

Unterjähriges Controlling/Berichtswesen/Vollzug der Sondervermögen nach § 26 der Landeshaushaltsordnung/Umsetzung und Vollzug steuerrechtlicher Rahmenbedingungen

(1) Ziel des unterjährigen Controllings ist es, auf der Grundlage des Produktgruppenhaushalts unter Einbeziehung von Daten aus der Kosten- und Leistungsrechnung, Entwicklungen zu erkennen und aufzugreifen, soweit diese von finanzieller, personalwirtschaftlicher oder leistungsbezogener Bedeutung sind, bei Abweichungen rechtzeitig Gegensteuerungs-maßnahmen einzuleiten und Vorschläge zur Einhaltung des Budgetrahmens, der Personalziele und der Leistungsziele aufzuzeigen.

(2) Der Senat ist verpflichtet, dem Haushalts- und Finanzausschuss auf den Ebenen des Gesamthaushalts, der Produktbereiche und Produktpläne sowie für die Betriebe, sonstigen Sondervermögen, Beteiligungen und Zuwendungsempfänger periodisch Berichte vorzulegen. Für den Investitionsbereich des Haushalts sind dabei auch sämtliche Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre – nach Jahren getrennt – darzustellen. Im Übrigen wird der Haushalts- und Finanzausschuss ermächtigt, Form, Inhalt und Periodizität des Berichtswesens festzulegen.

(3) Das parlamentarische Budgetrecht des Haushalts- und Finanzausschusses bleibt von dem Berichtswesen nach den Absätzen 1 und 2 unberührt.

(4) Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, zum Vollzug der Wirtschaftspläne der Betriebe und sonstigen Sondervermögen nach § 26 der Landeshaushaltsordnung das nähere Verfahren zu regeln.

(5) Die Rechte der Fachdeputationen bleiben durch die Regelungen der Absätze 1 bis 3 unberührt.

(6) Der Senator für Finanzen darf die zur Realisierung eines alle Einrichtungen der Stadtgemeinde umfassenden Personalmanagements und –controllings erforderlichen Daten im Datenbanksystem PuMa (Personalverwaltung und Management) unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorschriften verarbeiten. Dies schließt die der Budgetierung zugrunde liegenden Daten, Daten über krankheitsbedingte Fehlzeiten, zum Arbeitsschutz und nach dem Landesgleichstellungsgesetz sowie zur Abwicklung der Altersteilzeitregelung gemäß § 6 Absatz 5 ein. Hierzu gehört auch die Unterstützung des dezentralen Personalcontrollings und der dezentralen Personal- und Stellenverwaltung einschließlich Gehaltssachbearbeitung. Die in Absatz 2 genannten Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), deren Personaldaten im Rahmen des Datenbanksystems PuMa nicht oder nur teilweise zur Verfügung stehen, sind verpflichtet, dem Senator für Finanzen diese periodisch und automatisiert zur Verfügung zu stellen. Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, die hierzu erforderlichen Verfahrensregelungen zu treffen.

(7) Der Senator für Finanzen darf zur Berechnung von Pensionsrückstellungen und ähnlicher Verpflichtungen der Freien Hansestadt Bremen die dafür notwendigen Daten aus dem Verfahren PuMa und dem Bezüge- und Gehaltsabrechnungsverfahren KIDICAP unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorschriften verarbeiten. Dies schließt die anonymisierte Weitergabe der Daten an für die Durchführung der Berechnung der Pensionsrückstellung beauftragte Dritte ein.

(8) Es wird ein unterjähriges Controlling

1. für Beteiligungen und Sondervermögen und
2. über die Maßnahmen der Investitionsplanung

eingerichtet. Die hierfür erforderlichen Daten sind periodisch und automatisiert zur Verfügung zu stellen. Der Senat wird ermächtigt, die hierzu erforderlichen Verfahrensregelungen, insbesondere die Festlegung der Berichtspflichten und der Zuständigkeiten für die Berichterstattung, zu treffen. Der Senator für Finanzen und die zuständigen Fachressorts dürfen die jeweils erhobenen Daten, insbesondere zur Realisierung eines alle Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen umfassenden Controllings der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, in einem Datenbanksystem verarbeiten.

(9) Der Senator für Finanzen darf in das Rechnungswesen-System und das Vertragswesen der Stadtgemeinde Einsicht nehmen und steuerlich relevante Daten verarbeiten, soweit dies

1. zur Umsetzung des § 2b des Umsatzsteuergesetzes und damit im Zusammenhang stehender Vorbereitungshandlungen sowie
2. zur Erfüllung der bundesgesetzlichen Steuererklärungspflichten der Stadtgemeinde Bremen, ihrer Betriebe gewerblicher Art, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und anderen Organisationseinheiten

erforderlich ist. Dies gilt auch, wenn diese Daten ursprünglich zu anderen Zwecken erhoben wurden. Datenschutzrechtliche Bestimmungen sind zu beachten, soweit bundesgesetzliches Steuerrecht nicht entgegensteht. Der Umfang der Daten, auf die sich die Berechtigung zur Einsichtnahme und Verarbeitung des Senator für Finanzen bezieht, bestimmt sich nach den Anforderungen, die an eine ordnungsgemäße Rechnung im Sinne des § 14 des Umsatzsteuergesetz zu stellen sind sowie nach den diesen Rechnungen zu Grunde liegenden vertraglichen Vereinbarungen. Dies gilt entsprechend für Daten im Zusammenhang mit Entgelten, die auf öffentlich-rechtlicher Grundlage erhoben oder geleistet werden. Nach Ablauf der in § 257 des Handelsgesetzbuches und in § 147 der Abgabenordnung bestimmten Aufbewahrungsfristen sind die verarbeiteten Daten sowie die dazugehörigen vertraglichen Vereinbarungen zu löschen oder zu vernichten. Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Verfahrensregelungen zu treffen.

§ 8

Sonstige Ermächtigungen des Haushalts- und Finanzausschusses

(1) Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, wesentliche Änderungen der im Produktgruppenhaushalt festgelegten Zielvorgaben zu beschließen.

(2) Der Haushalts- und Finanzausschuss wird darüber hinaus ermächtigt,

1. Nachbewilligungen auf den Haushalt im Rahmen von Deckungsmöglichkeiten im laufenden Haushaltsjahr zu beschließen,
2. anstelle veranschlagter Verpflichtungsermächtigungen andere (über- oder außerplanmäßige) Verpflichtungsermächtigungen zu erteilen,
3. Ausnahmen vom Bruttoprinzip in Fällen zuzulassen, in denen ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Einnahmen und Ausgaben besteht,
4. Bei Vorliegen eines unabweisbaren Bedarfs, der ein Hinausschieben bis zur Verkündung des nächsten Haushaltsgesetzes ausschließt, die erforderlichen Stellenplanänderungen vorzunehmen, die sich ergeben aus

a) den bundesrechtlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Personalrechts, die für die Freie Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) verbindlich sind,

b) etwaigen Änderungen des bremischen Besoldungs- und Laufbahnrechts,

c) dem Bremischen Abgeordnetengesetz,

d) dem Bremischen Personalvertretungsgesetz.

5. Planstellen und Stellen innerhalb eines Haushalts umzusetzen und in Fällen der Umsetzung zwischen dem Landes- und dem Stadthaushalt in dem aufnehmenden Haushalt entsprechende Planstellen und Stellen neu zu schaffen, und die in dem abgebenden Haushalt nicht mehr benötigten Planstellen und Stellen zu streichen,

6. alle mit der Gründung von Betrieben nach § 26 Absatz 1 und 2 der Landeshaushaltsordnung verbundenen haushaltsmäßigen Umsetzungen vorzunehmen,

7. Ausgabebeschränkungen unter Berücksichtigung der Regelungen nach § 4 festzulegen, die zur Absicherung von Haushaltsrisiken dienen; dazu kann insbesondere das den Ressorts zur Verfügung stehende Haushaltsvolumen begrenzt und der Liquiditätsabfluss zeitlich eingeschränkt werden,

8. Betragsgrenzen für

a) für die Zustimmungsbedürftigkeit des Betriebsausschusses und der Stadtbürgerschaft zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen gemäß § 18 Absatz 3 Satz 2 des Bremischen Sondervermögensgesetzes,

b) für die Veranschlagung von Anschaffungskosten gemäß § 20 Absatz 1 Satz 3 des Bremischen Sondervermögensgesetzes,

c) für die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 20 Absatz 2 Satz 3 des Bremischen Sondervermögensgesetzes und

d) für die Zustimmungsbedürftigkeit der Bürgerschaft gemäß § 20 Absatz 6 Satz 1 des Bremischen Sondervermögensgesetzes

festzusetzen; eine Überschreitung der Betragsgrenzen bedarf jeweils der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses.

9. über die Verwendung von Minderausgaben in Höhe von mehr als 1 000 000 Euro, die sich bei einzelnen Investitionsvorhaben aufgrund einer Unterschreitung des festgestellten Kostenrahmens innerhalb eines sonstigen Sondervermögens ergeben, zu entscheiden.

(3) Die aufgrund der Ermächtigungen in § 9 Absatz 2 Nummer 4 des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2019 durch den Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Stellenplanänderungen und die für das Haushaltsjahr 2019 ohne Befristung bewilligten Stellen gelten auch für das Haushaltsjahr 2020.

(4) Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, die Deckungsfähigkeiten nach § 2, die Übertragung der Nachbewilligungsbefugnis, die Befugnis zur Sperrenaufhebung und zur Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen nach § 3, die Übertragbarkeiten nach § 5 sowie die Möglichkeit zur Rücklagenbildung nach § 62 Absatz 2 Landeshaushaltsordnung gegebenenfalls im Einzelfall zu begrenzen oder aufzuheben.

(5) Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, zur Sicherung der Personalhaushalte für Produktpläne

1. einen Beförderungsstopp,

2. einen Einstellungsstopp,

3. die Rücknahme dezentraler personalwirtschaftlicher Befugnisse

(6) zu beschließen. Er kann die Personalhaushalte für Produktpläne in Teilen oder in Gänze zu Personalüberhangbereichen erklären, in denen fluktuationserhöhende und mobilitätsfördernde Instrumente bis hin zum dienststellenübergreifenden Personaleinsatz auszuschöpfen sind.

§ 9

Kreditermächtigungen

(1) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite bis zur Höhe von 318 497 680 Euro aufzunehmen.

(2) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, Kredite aufzunehmen

1. zur Tilgung von in dem Haushaltsjahr 2020 fällig werdenden Krediten,

2. zur vorzeitigen Tilgung von Schulden,

3. zur Tilgung kurzfristiger Kredite sowie

4. zum Kauf von Inhaberschuldverschreibungen der Stadtgemeinde, der aus Gründen der Marktpflege erforderlich ist.

(3) Der Zeitpunkt der Kreditaufnahme ist nach der Kassenlage, den jeweiligen Kapitalmarktverhältnissen und den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu bestimmen.

(4) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zu 8 vom Hundert des in § 1 Absatz 1 festgestellten Betrages der Einnahme und Ausgabe aufzunehmen. Dieser Betrag erhöht sich um die noch nicht aufgenommenen Darlehen am Kreditmarkt nach Absatz 1 und 2. Auf die Kreditermächtigung sind die Beträge anzurechnen, die aufgrund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen worden sind.

(5) Zur Umsetzung des zentralen Cashmanagements wird der Senator für Finanzen nach Zustimmung durch den Haushalts- und Finanzausschuss für den jeweiligen Einzelfall ermächtigt, Sondervermögen, Eigenbetrieben, Stiftungen, Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Eigengesellschaften, die zuvor Teile der Gebietskörperschaft der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) waren oder deren Aufgaben wahrnehmen, im Haushaltsjahr 2020 verzinsliche Liquiditätshilfen unter Anrechnung auf die in Absatz 3 Satz 1 festgelegte Höhe zu gewähren. Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, Regelungen zur Umsetzung des zentralen Cashmanagements zu treffen und hierin die allgemeinen Grundlagen und Kriterien für verzinsliche Liquiditätshilfen zu definieren und festzulegen. Die am Cashmanagement beteiligten Vertragspartner haben einen Rahmenvertrag zu vereinbaren, in dem die Regelungen zum zentralen Cashmanagement bei dem Senator für Finanzen berücksichtigt sind. Die Bestände der Sondervermögen können bis zu ihrer konkreten Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden.

(6) Ab dem 1. Oktober des Haushaltsjahres 2020 dürfen in Vorgriff auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von sechs vom Hundert des in § 1 Absatz 1 festgestellten Betrages der Einnahme und Ausgabe aufgenommen werden. Diese Kredite sind auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(7) Im Rahmen der Kreditfinanzierung kann der Senator für Finanzen auch ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungs-, Liquiditäts- und Währungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen und ähnlichen Zwecken bei bestehenden Krediten, neuen

Krediten sowie Anschlussfinanzierungen für fällig werdende Tilgungen dienen. Die Summe der für derartige Vereinbarungen aufgewandten Beträge darf 25 vom Hundert des in § 1 Absatz 1 festgestellten Betrages der Einnahmen und Ausgaben nicht übersteigen. Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, im Rahmen dieser Vereinbarungen Sicherheiten zu stellen sowie entgegenzunehmen. Für die Finanzierung der zu stellenden Sicherheiten dürfen Kredite mit einer maximalen Laufzeit von zwei Jahren aufgenommen werden. Bei Prämieneinnahmen und -zahlungen, die in der Summe über fünf vom Hundert des veranschlagten Betrages für Zinsausgaben hinausgehen, ist die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses erforderlich.

§ 10

Sonstige Verfahrensvorschriften

(1) Durch zweckgebundene Einnahmen gedeckte Ausgaben für Baumaßnahmen gelten als entsperrt.

(2) In Höhe der in den Vorjahren erteilten Verpflichtungsermächtigungen gelten die entsprechenden Ausgaben, soweit sie unter die Sperre des § 22 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung fallen, als entsperrt.

(3) In den Vorjahren erteilte und nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen, die aus Ausgabemitteln des laufenden Haushaltsjahres nicht abgedeckt werden können, gelten fort.

(4) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt,

1. mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses nicht benötigte Ausgaben zu sperren,
2. in Höhe vorjähriger Verlustvorträge Beträge bei den konsumtiven Ausgaben zu sperren oder zum Ausgleich Mehreinnahmen heranzuziehen,
3. Nachbewilligungen auf den Haushalt bis zur Höhe von 100 000 Euro im Rahmen von Deckungsmöglichkeiten einschließlich damit verbundener oder für sich erforderliche Veränderungen bei den Beschäftigungszielzahlen, dem Stellenvolumen und dem Stellenindex vorzunehmen; dies schließt die Ermächtigung ein, Veränderungen bei Planstellen und Stellen im Sinne von § 3 Absatz 1 Nummer 3 mit produktplanübergreifendem Ausgleich innerhalb einer Dienststelle unbeachtlich der Besoldungs- und Entlohnungsgrenzen des § 3 Absatz 1 Nummer 3 vorzunehmen,
4. über- oder außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bis zu 500 000 Euro zu erteilen, sofern die Abfinanzierung im Rahmen des nächstjährigen Haushalts oder in der Finanzplanung sichergestellt ist,
5. die Sperre für alle Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Baumaßnahmen nach § 22 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung aufzuheben,
6. Anzahl und Struktur der Stellen für Auszubildende an die beschlossene und finanziell gesicherte Ausbildungsplanung anzupassen,
7. innerhalb der von den Deckungsfähigkeiten nach § 2 Absatz 1 Nummer 2 ausgenommenen Ausgaben der Gruppe 441 und den für die Nachversicherung ausgeschiedener Beamter und Richter veranschlagten Mitteln produktplanübergreifend einen Ausgleich vorzunehmen.

(5) Soweit veranschlagte Einnahmen, die der Haushaltsdeckung dienen, nicht erzielt werden, sind die verantwortlichen Personen nach § 9 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung verpflichtet, entsprechende Mehreinnahmen oder Minderausgaben an anderer Stelle nachzuweisen. Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, das Verfahren zu regeln.

(6) Bei Anfall nicht veranschlagter zweckgebundener Einnahmen, außer bei Kreditaufnahmen, dürfen die entsprechenden Ausgaben nach Maßgabe der von dem Senator für Finanzen einzurichtenden Titel über- oder außerplanmäßig geleistet werden.

(7) Bei der Nutzungsüberlassung von Grundstücken und Grundstücksteilen darf mit Zustimmung des Senators für Finanzen von den Vorschriften des § 63 Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 3 der Landeshaushaltsordnung abgewichen werden.

(8) Erstattungen von Bediensteten für die genehmigte private Nutzung von Geräten und Einrichtungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

(9) Die Gewährung von Prämien und Zulagen nach der Bremischen Leistungsprämien- und -zulagenverordnung kann nur im Rahmen der Personalbudgets erfolgen. Zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Gewährung von Prämien und Zulagen kann ein Ausgleich im jeweiligen Produktplan hergestellt werden.

(10) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, im Falle außerordentlicher Inanspruchnahme in Haftpflichtfällen, die nicht aus in der Haushaltsstelle 3992/681 50-0, Schadenersatzleistungen bei Haftpflichtfällen, veranschlagten Mitteln finanziert werden kann, bis zur Endabrechnung über den Haftpflichtschadenausgleich der deutschen Großstädte vorschussweise Zahlungen zu leisten, die im Rahmen der Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenkrediten nach § 9 Absatz 2 zu finanzieren sind.

(11) Der Senat wird ermächtigt, im Vorgriff auf Besoldungs- und Tarifanpassungen Zahlungen zu leisten, wenn und soweit die Anpassungen dem Grunde und der Höhe nach hinreichend konkretisiert sind. Die Zahlungen sind unter Vorbehalt der endgültigen Regelung zu stellen.

(12) Im Zusammenhang mit der Umbuchung von Altersteilzeitfällen während der Passivphase auf ein außerhaushaltsmäßiges Konto gemäß § 6 Absatz 5 darf der Senator für Finanzen dort entsprechende Stellen – auch über Besoldungsgruppe A 15 hinaus – einrichten und auflösen.

(13) Mehrausgaben für ein Einzelvorhaben innerhalb eines sonstigen Sondervermögens oder Eigenbetriebs, die einen im Investitionsplan festgesetzten Betrag um bis zu dem vom Haushalts- und Finanzausschuss nach § 8 Absatz 2 Nummer 8 zu bestimmenden Betrag überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Sondervermögensausschusses oder des Betriebsausschusses.

§ 11

Kosten- und Leistungsrechnung

Die mit der Durchführung der Kosten- und Leistungsrechnung beauftragten Personen stellen die Einrichtung und den Betrieb der Kosten- und Leistungsrechnung sicher. Sie haben das Recht, die für diesen Zweck notwendigen Datenbestände des Rechnungswesens einzusehen und zu verarbeiten.

§ 12

Bürgschaften, Garantien, sonstige Gewährleistungen

(1) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen in folgender Höhe zu übernehmen:

1. zur Förderung von Verkehrsbetrieben bis zu 52 000 000 Euro,
2. zur Absicherung von Betriebsmitteln der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH bis zur Höhe von 103 000 000 Euro,
3. zur Absicherung von Investitionsdarlehen der Bremer Straßenbahn AG bis zur Höhe von 65 900 000 Euro,
4. im Übrigen bis zu 170 000 000 Euro,

5. zur Deckung des Risikos der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) und von Zuwendungsempfängern der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) aus der Haftung für Leihgaben im Bereich von Kunst und Kultur bis zu 310 000 000 Euro,

der Senator für Finanzen darf die Ermächtigung nach Nummer 1 und 4 an eine juristische Person übertragen.

(2) Gewährleistungen, die nicht in Euro übernommen werden, sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

(3) Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Kredite, die im laufenden Haushaltsjahr übernommen und zurückgeführt worden sind, sind nicht auf die Höchstbeträge anzurechnen. Dies gilt auch für Haftungsübernahmen gemäß der Ermächtigung des Absatzes 1 Nummer 4.

§ 13

Technische Ermächtigungen

Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, im Haushalts-, Produktgruppen- oder Stellenplan notwendige technische Anpassungen vorzunehmen.

§ 14

Feststellung einer Naturkatastrophe und Tilgung

(1) Im Haushaltsjahr 2020 besteht wegen der COVID-19-Pandemie gemäß Artikel 146 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 131a Absatz 3 Satz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen eine Naturkatastrophe und außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt.

(2) Der Betrag, um den die strukturelle Nettokreditaufnahme den Wert Null ausnahmebedingt überschreitet, ist nach Maßgabe des als Anlage 2 beigefügten Tilgungsplans, beginnend im Jahr 2024, über den Zeitraum von dreißig Jahren in jährlichen Raten zu tilgen.

(3) Der Senator für Finanzen wird zur Anpassung des Tilgungsplans gemäß § 18c der Landeshaushaltsordnung sowie zur Verkürzung der Laufzeit und vorzeitigen Tilgungsleistungen ermächtigt. Mit der Abrechnung der Produktplanhaushalte sind dem Haushalts- und Finanzausschuss die erfolgten Anpassungen zur Kenntnis zu geben.

§ 15

Inkrafttreten

Dieses Ortsgesetz tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Anlage

HAUSHALTSPLAN

der Freien Hansestadt Bremen
(STADTGEMEINDE)

für das Haushaltsjahr

2020

GESAMTPLAN

Haushaltsübersicht
Finanzierungsübersicht
Ableitung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 131a BremLV
Kreditfinanzierungsplan
Tilgungsplan

FREIE HANSESTADT BREMEN

Haushaltsübersicht – Zusammenstellung der Einnahmen und der Ausgaben

EINNAHMEN						
EINZEL-PLAN	BEZEICHNUNG	2020		2019	2018	2017
		Anschlag	Anschlag Verpfl.-ermächt.	Anschlag	Rechnung	Rechnung
		in Tsd. EUR (gerundet)				
30	Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Inneres	50.276	0	54.777	53.235	50.394
31	Sport	323	0	323	648	590
32	Bildung und Kultur	669.773	0	503.024	535.913	496.889
33	Arbeit	73	0	73	121	85
34	Jugend und Soziales	491.737	0	447.367	486.021	517.679
35	Gesundheit	2.553	0	2.553	3.904	3.979
36	Bau und Umwelt	39.605	0	44.524	55.838	47.719
37	Wirtschaft	6.877	0	26.963	18.236	14.154
38	Häfen	64.104	0	71.327	58.294	39.335
39	Finanzen	2.160.269	0	2.296.579	3.356.601	2.568.557
	Summe der Einnahmen	**3.485.590**	**0**	**3.447.509**	**4.568.811**	**3.739.379**

AUSGABEN						
EINZEL-PLAN	BEZEICHNUNG	2020		2019	2018	2017
		Anschlag	Anschlag Verpfl.-ermächt.	Anschlag	Rechnung	Rechnung
		in Tsd. EUR (gerundet)				
30	Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Inneres	135.562	8.050	118.188	137.047	133.062
31	Sport	30.551	0	15.962	20.985	15.729
32	Bildung und Kultur	1.244.630	93.045	1.046.063	1.060.051	991.250
33	Arbeit	89	0	89	207	144
34	Jugend und Soziales	1.063.191	0	1.036.610	1.036.110	1.059.783
35	Gesundheit	32.971	0	26.864	28.856	29.662
36	Bau und Umwelt	261.945	100.748	208.670	244.293	231.874
37	Wirtschaft	49.414	39.000	43.246	52.604	47.510
38	Häfen	111.732	93.670	100.290	102.395	82.366
39	Finanzen	555.505	259.600	851.528	1.886.263	1.148.000
	Summe der Ausgaben	**3.485.590**	**594.113**	**3.447.509**	**4.568.811**	**3.739.379**

FREIE HANSESTADT BREMEN (STADTGEMEINDE)

FINANZIERUNGSÜBERSICHT 2020

I. Ermittlung des Finanzierungssaldos

-Mio. Euro-

Einnahmen	**3.120,1**
-ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen sowie haushaltstechnische Erstattungen-	
Ausgaben	**3.445,9**
-ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages sowie haushaltstechnische Erstattungen-	
Finanzierungssaldo	**-325,8**

II. Deckung des Finanzierungssaldos

1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	**318,5**
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	318,5
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	0,0
2. Rücklagenbewegung	**7,3**
2.1 Entnahmen aus Rücklagen	34,4
2.2 Zuführungen an Rücklagen	27,1
3. Abwicklung der Vorjahre	**0,0**
3.1 Einnahmen aus Überschüssen	0,0
3.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	0,0
4. Haushaltstechnische Erstattungen	**0,0**
4.1 Einnahmenseite	12,6
4.2 Ausgabenseite	12,6
Summe	**325,8**

Abweichungen in den Summen durch Runden

Ableitung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 131a BremLV

-Mio. Euro-

Strukturelle Nettokreditaufnahme *(§ 18 Abs. 1 LHO)*	**0,0**
Bereinigungen gem. § 18a LHO um	
1. Finanzielle Transaktionen *(§ 18a Abs. 1 Satz 1 Nr.1 LHO)*	-4,9
1.1 Finanzielle Transaktionen Einnahmen	4,9
1.2 Finanzielle Transaktionen Ausgaben	0,0
2. Steuerabweichungskomponente *(§ 18a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 LHO)*	23,5
3. Bremer Kapitaldienstfonds (Auflösung ab 2020) *(§ 18a Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 LHO)*	0,0
4. Eigenbetriebe u. Sonstige Sondervermögen *(§ 18a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 LHO)* 0,0	
5. Hinzurechnungen gem. Art. 131a Abs. 5 BremLV *(§ 18a Abs. 1 Satz 2 LHO)*	0,0
Kreditaufnahme Bremen-Fonds *(§ 131a Abs. 3 Satz 1 BremLV)*	300,0
Zulässige Kreditaufnahme	**318,6**
Veranschlagte Nettokreditaufnahme	**318,5**
Über- bzw. Unterschreitung d. zulässigen Kreditaufnahme	**0,1**

Nachrichtlich: Stand des Kontrollkontos zum 1.1.2020 *(§ 18b LHO)* 0,0

FREIE HANSESTADT BREMEN (STADTGEMEINDE)

KREDITFINANZIERUNGSPLAN 2020

-Mio. Euro-

I. Kredite am Kreditmarkt

Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	318,5
Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	0,0
Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	**318,5**

II. Kredite im öffentlichen Bereich

Einnahmen aus Krediten aus dem öffentlichen Bereich	0,0
Ausgaben zur Schuldentilgung im öffentlichen Bereich	0,0
Netto-Neuverschuldung im öffentlichen Bereich	**0,0**

Anlage 2

Tilgungsplan

Die Nettokreditaufnahme gemäß § 16 Absatz 2 Haushaltsgesetz von insgesamt 300 000 000 Euro ist über den Zeitraum von 30 Jahren beginnend im Jahr 2024 in jährlichen Schritten von 10 000 000 Euro p. a. zu tilgen.

Begründung zum Entwurf des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2020

Zu den Vorschriften im Einzelnen:

Zu § 1 Feststellungsklauseln

Absatz 1 enthält die Feststellungsklauseln mit den für das Haushaltsjahr 2020 maßgebenden Gesamtbeträgen an Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen.

Absatz 2 weist die Feststellungen des Stellenvolumens für das Haushaltsjahr 2020 aus.

Zu § 2 Deckungsfähigkeiten

Die parallel vorgelegte Änderung der Landeshaushaltsordnung sieht die Aufhebung von § 20 Absatz 1 vor; die bisherige Regelung in Absatz 1 kann damit entfallen. Mit der vollständigen Trennung von Land und Stadtgemeinde Bremen wird ergänzend zur Gruppe 985 auch die Gruppe 986 gegenseitig deckungsfähig. Die Vorschriften der Absätze 2 und 3 wurden ansonsten unverändert aus dem Haushaltsgesetz 2019 übernommen.

Zu § 3 Nachbewilligungen, Sperrenaufhebungen, Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen

Mit der vollständigen Trennung von Land und Stadtgemeinde Bremen wird ergänzend zur Gruppe 985 auch die Gruppe 984 aufgenommen. Zur Klarstellung wird in Absatz 2 und 3 jeweils Nummer 1 auf Absatz 6 verwiesen, wonach zwischen den Produktgruppen 422 und 428 nachbewilligt beziehungsweise eingespart werden darf. Die Vorschriften wurden ansonsten unverändert aus dem Haushaltsgesetz 2019 übernommen.

Zu § 4 Planungssicherheit

Mit der vollständigen Trennung von Land und Stadtgemeinde Bremen wird ergänzend zur Gruppe 985 auch die Gruppe 986 aufgenommen. Die Vorschriften wurden ansonsten unverändert aus dem Haushaltsgesetz 2019 übernommen.

Zu § 5 Übertragbarkeiten

Mit der vollständigen Trennung von Land und Stadtgemeinde Bremen wird ergänzend zur Gruppe 985 auch die Gruppe 984 aufgenommen. Die Vorschrift wurde ansonsten unverändert aus dem Haushaltsgesetz 2019 übernommen.

Zu § 6 Rücklage für Versorgungsvorsorge

Der bisherige Verweis in Absatz 1 auf den Tarifvertrag der Altersteilzeit vom 5. Mai 1998 wird gestrichen, weil es keine Altersteilzeitfälle mehr nach dieser Vorschrift gibt. In Absatz 6 wird eine neue Regelung zur Bildung von Rückstellungen aufgrund von Budgetentlastungseffekten durch die Gewährung eines Sabbatjahres aufgenommen. Die Innenrevision des Senators für Finanzen hat angemerkt, dass auch hierfür Rückstellungen gebildet werden sollen. Die Budgetentlastungseffekte können der Anstalt für Versorgungsvorsorge zugeführt werden, wenn sie zuvor beim Senator für Finanzen nachgewiesen wurden. Der bisherige Absatz 6 wird zu Absatz 7. Die Vorschriften wurden ansonsten unverändert aus dem Haushaltsgesetz 2019 übernommen.

Zu § 7 Unterjähriges Controlling/Berichtswesen/Vollzug der Sondervermögen nach § 26 Landeshaushaltsordnung/Umsetzung und Vollzug steuerrechtlicher Rahmenbedingungen/Einführung eines Einheitspersonenkontos

Die Vorschriften der Absätze 1 bis 9 wurden unverändert aus dem Haushaltsgesetz 2019 übernommen.

Der bisherige § 10 Absatz 10, der die Einführung des Einheitspersonenkontos geregelt hat, ist in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen worden.

Zu § 8 Sonstige Ermächtigungen des Haushalts- und Finanzausschusses

Die Vorschriften wurden unverändert beziehungsweise entsprechend angepasst aus dem Haushaltsgesetz 2019 übernommen.

Zu § 9 Kreditermächtigungen

Gestützt auf Artikel 131a, 146 Absatz 1 Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen und §§ 18, 18a, 118 Absatz 1 Landeshaushaltsordnung sieht Absatz 1 zum Ausgleich der Bereinigung um finanzielle Transaktionen und um Auswirkungen einer Abweichung von der wirtschaftlichen Normallage eine Nettokreditaufnahme in benannter Höhe vor.

Der neue Absatz 2 nimmt die bisher im Haushaltsgesetz 2019 in Absatz 1 verankerte Regelung zur Kreditaufnahme von im Haushaltsjahr fällig werdenden Krediten auf.

Der Inhalt des bisherigen Absatz 3 wurde neu gegliedert. In Absatz 3 finden sich die Regelungen zu den Kassenverstärkungskrediten. In Absatz 4 finden sich die Regelungen zum Cashmanagement.

In Absatz 5 wurde die bisherige Regelung aus Absatz 1 Nummer 4 aufgenommen.

Absatz 6 entspricht im Wesentlichen dem Absatz 5 im Haushaltsgesetz 2019. Die Kreditermächtigung für neue Derivate, die bisher auf das Doppelte der Kreditermächtigung festgelegt war, wird aufgrund der Änderung von Absatz 1 nunmehr betragsmäßig auf 25 Prozent des Haushaltsvolumens, das heißt in gleichwertiger Höhe wie bisher, festgelegt. Es wird ein neuer Satz eingefügt, der analog zur Regelung anderer Länder zur Stellung von Barsicherheiten ermächtigt. Im Rahmen dieser Vereinbarung zu stellende Sicherheiten dürfen durch Kredite mit einer Laufzeit von maximal zwei Jahren finanziert werden. Die Laufzeit ist aus der Geldmarktdefinition abgeleitet, danach werden auf dem kurzfristigen Geldmarkt Papiere mit Laufzeiten oder Fälligkeiten von bis zu zwei Jahren gehandelt.

Zu § 10 Sonstige Verfahrensvorschriften

In Absatz 4 wurde die Regelung zur Liquiditätssteuerung der Investitionsausgaben durch die weggefallene Steuerung über den Finanzierungssaldo gestrichen. Ergänzend wurde im Interesse der zügigen Abwicklung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verhütung der Übertragung und zur Bekämpfung des Coronavirus und COVID-19 eine Ermächtigung für den Senator für Finanzen aufgenommen, auf Grundlage von Senatsbeschlüssen im Haushaltsvollzug bedarfsgerecht über Nachbewilligungen auf die einzelnen Produktpläne zu entscheiden. Die Vorschriften wurden ansonsten unverändert aus dem Haushaltsgesetz 2019 übernommen.

Zu § 11 Kosten- und Leistungsrechnung

Die Vorschrift wurde unverändert aus dem Haushaltsgesetz 2019 übernommen.

Zu § 12 Bürgschaften, Garantien, sonstige Gewährleistungen

Die Vorschrift wurde unverändert aus dem Haushaltsgesetz 2019 übernommen.

Zu § 13 Technische Ermächtigungen

Die Vorschrift wurde unverändert aus dem Haushaltsgesetz 2019 übernommen.

Zu § 14 Feststellung einer Naturkatastrophe und Tilgung

Auf Grund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die nahezu alle Bereiche der Gesellschaft erfasst und die staatliche Maßnahmen in erheblichem Umfang erfordert, bestehen eine Naturkatastrophe (Massenerkrankungen) und eine außergewöhnliche Notsituation im Sinne von Artikel 131a Absatz 3 Satz 1

der Landesverfassung der Freie Hansestadt Bremen. Die Naturkatastrophe und Notsituation ist in ihrem Ausmaß außergewöhnlich und bisher einmalig, ihr Eintritt hat sich der Kontrolle des Staates entzogen und sie beeinträchtigt die staatliche Finanzlage erheblich.

Zur Bekämpfung der unmittelbaren gesundheitlichen Auswirkungen der Pandemie sind umfangreiche Maßnahmen erforderlich. Darüber hinaus sind die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in nahezu allen Bereichen durch die ergriffenen Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie führen sollen, betroffen.

Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)für das Haushaltsjahr 2021

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Stadtbürgerschaft beschlossene Ortsgesetz:

§ 1

Feststellungsklauseln

(1) Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 3 187 829 740 Euro, die Verpflichtungsermächtigungen werden auf 578 504 000 Euro festgestellt. Der Gesamtplan wird diesem Ortsgesetz als Anlage beigefügt.

(2) Das im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 für den Personalhaushalt ausgewiesene Stellenvolumen wird auf 8 139 festgesetzt. Der Stellenindex beträgt 1,28. Daneben werden für

den Personalhaushalt	833,
die Betriebe nach § 26 der Landeshaushaltsordnung	2 869,
die Anstalten des öffentlichen Rechts	1 085,
die Stiftungen des öffentlichen Rechts	115

als refinanziertes Stellenvolumen ausgewiesen. Des Weiteren werden für den Personalhaushalt 168 Stellenvolumen als temporäre Personalmittel, 177 Stellenvolumen als temporäre flüchtlingsbezogene Personalmittel und 200 Stellenvolumen als Flexibilisierungsmittel im Haushaltsjahr 2021 ausgewiesen.

§ 2

Deckungsfähigkeiten

(1) Auf der Grundlage von § 20 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung sind innerhalb einer Produktgruppe gegenseitig deckungsfähig

1. die nicht übertragbaren Ausgaben der Gruppen 422 und 428,
2. die sonstigen nicht übertragbaren Ausgaben der Hauptgruppe 4 mit Ausnahme der Gruppe 441,
3. die Ausgaben der Hauptgruppe 5,
4. die Ausgaben der Hauptgruppe 6,
5. die konsumtiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986.

(2) Ausgenommen von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit nach Absatz 1 sind diejenigen Ausgaben, für die durch Haushaltsvermerk eine andere Regelung getroffen worden ist.

§ 3

Nachbewilligungen, Sperrenaufhebungen, Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen

(1) Die Produktgruppenverantwortlichen werden ermächtigt,

1. innerhalb einer Produktgruppe Ausgaben bei den Hauptgruppen 7 und 8 und den investiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986 zulasten von Ausgaben der Hauptgruppen 5 und 6 und der konsumtiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986 nachzubewilligen,
2. alle übrigen produktgruppeninternen Nachbewilligungen bis zur Höhe von 100 000 Euro im Einzelfall vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Nachbewilligungen
   a) zugunsten nicht übertragbarer Ausgaben der Gruppen 422 und 428,

b) zulasten der Gruppe 441,

c) zugunsten von Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 und 6 sowie der konsumtiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986 bei Einsparung von Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 sowie der investiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986,

3. innerhalb einer Produktgruppe unter Beachtung des Stellenvolumens und des Stellenindexes Veränderungen bei Planstellen bis Besoldungsgruppe A 14 sowie bei planmäßigen Stellen bis Entgeltgruppe 14, Tarifverträge für den öffentlichen Dienst (TV-L und TVöD), vorzunehmen, soweit das Finanzvolumen der Maßnahme 100 000 Euro im Jahr nicht überschreitet. In allen anderen Fällen ist die Zustimmung des zur Einrichtung, Streichung und Hebung von Planstellen und Stellen ermächtigten Haushalts- und Finanzausschusses erforderlich. Die Ermächtigung nach Satz 1 und 2 schließt ein, Planstellen und Stellen in dem Umfang zu schaffen, wie Personalausgaben dauerhaft eingespart werden,

4. innerhalb einer Produktgruppe im Rahmen einer gesicherten Refinanzierung Planstellen und Stellen für Tarifbeschäftigte in fachlich gebotener Menge und Struktur einzurichten. Die Ermächtigung gilt sinngemäß für die Personen, die für Betriebe der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) nach § 26 der Landeshaushaltsordnung oder Stiftungen des öffentlichen Rechts verantwortlich sind, soweit diese nicht als Produktgruppe im Produktgruppenhaushalt geführt werden; ein etwaiges Zustimmungserfordernis des jeweiligen Aufsichtsgremiums bleibt hiervon unbenommen.

(2) Die Produktbereichsverantwortlichen werden ermächtigt, Nachbewilligungen innerhalb ihres Produktbereichs bis zur Höhe von 100 000 Euro im Einzelfall vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Nachbewilligungen

1. zugunsten nicht übertragbarer Ausgaben der Gruppen 422 und 428, außer in Fällen des Absatz 6,

2. zulasten der Gruppe 441,

3. zugunsten von Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 und 6 sowie der konsumtiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986 bei Einsparung von Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 sowie der investiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986.

(3) Die Produktplanverantwortlichen werden ermächtigt, Nachbewilligungen innerhalb ihres Produktplans bis zur Höhe von 100 000 Euro im Einzelfall vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Nachbewilligungen

1. zugunsten nicht übertragbarer Ausgaben der Gruppen 422 und 428, außer in Fällen des Absatz 6,

2. zulasten der Gruppe 441,

3. zugunsten von Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 und 6 sowie der konsumtiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986 bei Einsparung von Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 sowie der investiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986.

(4) Soweit im Rahmen der Ermächtigungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2, Absatz 2, 3 und 5 längerfristige Verpflichtungen, die über die Ermächtigungen nach § 38 der Landeshaushaltsordnung hinausgehen, eingegangen werden sollen, ist die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses erforderlich.

(5) Die Ermächtigungen nach Absatz 1 Nummer 2 und 4, Absatz 2 und Absatz 3 gelten auch für produktgruppeninterne, produktgruppenübergreifende sowie produktbereichsübergreifende Nachbewilligungen mit Deckung aus bereits erzielten Mehreinnahmen, soweit diese Mehreinnahmen nicht

zum Ausgleich von Mindereinnahmen an anderer Stelle des Produktplans dienen müssen.

(6) Für produktgruppenübergreifende sowie produktbereichsübergreifende Nachbewilligungen von nicht übertragbaren Ausgaben zwischen den Gruppen 422 und 428 gelten die Regelungen der Absätze 2 und 3. Dies schließt die Ermächtigung ein, Planstellen und Stellen innerhalb des Produktbereichs oder des Produktplans bis zu einem Finanzvolumen von 100 000 Euro zu verlagern.

(7) Die Produktbereichsverantwortlichen werden ermächtigt, Sperren nach § 22 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung gemäß § 36 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung für solche Baumaßnahmen aufzuheben, deren Gesamtkosten 500 000 Euro nicht überschreiten.

(8) Die Produktbereichsverantwortlichen werden ermächtigt, veranschlagte Verpflichtungsermächtigungen für in sich abgeschlossene Maßnahmen mit einem Gesamtbetrag von bis zu 500 000 Euro zu erteilen, sofern die Abfinanzierung im Rahmen des nächstjährigen Haushalts oder in der geltenden Finanzplanung gesichert ist.

(9) Die Ermächtigungen nach den Absätzen 1 bis 3 und Absatz 6 gelten nur, soweit die Finanz-, Personal- und Fachziele nach § 1a Satz 2 der Landeshaushaltsordnung nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Die Inanspruchnahme von Rücklagen für die Einstellung unbefristeten Personals ist nicht zulässig.

(10) Die Rechte der Fachdeputationen bleiben durch die Regelungen der Absätze 1 bis 9 unberührt.

(11) Dier Senator für Finanzen wird ermächtigt, die nach den Absätzen 1 bis 9 erforderlichen Verfahrensregelungen zu treffen.

§ 4

Planungssicherheit

(1) Aus Gründen der Planungssicherheit stehen für den Bereich der konsumtiven Ausgaben (Hauptgruppen 5 und 6 und Gruppen 985 und 986) und für den Bereich der investiven Ausgaben (Hauptgruppen 7 und 8 und Gruppen 985 und 986) für den Gesamthaushalt jeweils 95 vom Hundert der Anschläge zur Verfügung. Der Senat wird ermächtigt, in diesem Rahmen die Anteilsätze der Produktbereiche auf der Grundlage von Verpflichtungsgraden festzulegen. Insoweit werden die Eingriffsrechte des Senats nach § 41 der Landeshaushaltsordnung eingeschränkt.

(2) Soweit sich im Verlauf des Haushaltsjahres, bis spätestens 15. Oktober, allgemeine Haushaltsverschlechterungen ergeben, die Bewirtschaftungsmaßnahmen nach § 41 der Landeshaushaltsordnung erforderlich machen, sind diese aus den im Gesamthaushalt verbleibenden 5 vom Hundert zu finanzieren.

(3) Sofern der Senat seine Ermächtigung nach Absatz 1 Satz 2 in Anspruch nimmt, ist der Haushalts- und Finanzausschuss über die sich daraus ergebenden Anpassungen der im Produktgruppenhaushalt vereinbarten Personal- und Leistungsziele zu unterrichten. Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, das nähere Verfahren zu regeln.

§ 5

Übertragbarkeiten

Nach § 19 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung werden die Ausgaben der Gruppe 441, der Hauptgruppen 5 und 6 und die konsumtiven Ausgaben der Gruppen 985 und 986 für übertragbar erklärt. Die Übertragbarkeit kann durch Haushaltsvermerk ausgeschlossen werden. Eine Übertragung erfolgt nicht, sofern die Ausgaben zum Ausgleich von Mehrausgaben oder von Mindereinnahmen herangezogen werden müssen.

§ 6

Rücklage für Versorgungsvorsorge

(1) Die aus der Verbeamtung von Tarifbeschäftigten entstandenen Entlastungseffekte bei den Dienstbezügen, den Versorgungszuschlägen bei refinanzierter Beschäftigung und den Versorgungsumlagebeträgen ausgegliederter Einrichtungen sowie durch den Senator für Finanzen festgestellte Minderausgaben bei den Gruppen 422 und 428, die aus Teilzeitbeschäftigung nach § 63 des Bremischen Beamtengesetzes, nach dem Tarifvertrag zu flexiblen Altersteilzeitregelungen für ältere Beschäftigte vom 27. Februar 2010 (TVFlexAZ) oder aus dem Altersteilzeitgesetz resultieren, sind als Rückstellungen der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen zuzuführen.

(2) Der nach Absatz 1 bei refinanzierter Beschäftigung abzuführende Versorgungszuschlag beträgt bei Beamten und Richtern 30 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge einschließlich der gegebenenfalls zustehenden anteiligen Sonderzahlung und bei ruhelohnanwartschaftsberechtigten Tarifbeschäftigten 14,29 vom Hundert des Arbeitnehmerbruttos. Der Versorgungszuschlag wird grundsätzlich auch bei Abordnungen an andere Dienstherren erhoben, wenn die Abordnung im Interesse des aufnehmenden Dienstherrn erfolgt. Eine entsprechende Verbuchung der Fälle auf refinanzierten Ausgabehaushaltsstellen der Gruppe 422 ist sicherzustellen.

(3) Die nach Absatz 1 von (ausgegliederten) Einrichtungen der Stadtgemeinde für die bei ihnen tätigen Beschäftigten zu leistende Versorgungsumlage beträgt bei Beamten und Richtern 35 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge einschließlich der gegebenenfalls zustehenden anteiligen Sonderzahlung und bei ruhelohnanwartschaftsberechtigten Tarifbeschäftigten 14,29 vom Hundert des Arbeitnehmerbruttos. Im Gegenzug wird die spätere Versorgung der Beschäftigten vom Haushalt getragen.

(4) Die jährlichen Einnahmen, die aus dem Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag) resultieren, sollen zur Deckung der diesbezüglichen jährlichen Ausgaben verwendet werden. Gegebenenfalls anfallende Mehreinnahmen sollen zum Aufbau einer Risikovorsorge an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt werden.

(5) Bei jeder neuen Gewährung von Altersteilzeit im Blockmodell sind die während der Aktivphase entstehenden Budgetentlastungseffekte als Rückstellung zum anteiligen Ausgleich der Folgeeffekte der Altersteilzeit der Anstalt für Versorgungsvorsorge zuzuführen. Dies gilt für alle Altersteilzeitfälle nach § 63 des Bremischen Beamtengesetzes, nach dem Tarifvertrag zu flexiblen Altersteilzeitregelungen für ältere Beschäftigte vom 27. Februar 2010 (TVFlexAZ) oder des Altersteilzeitgesetzes, denen nach dem 1. Januar 2008 Altersteilzeit gewährt wurde. Zum Ausgleich der Folgeeffekte der Altersteilzeit werden die gebildeten Rückstellungen bei der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen im Rahmen der Veranschlagung in den Folgejahren auf ein außerhaushaltsmäßiges Konto, auf dem die Altersteilzeitfälle während der Passivphase gebucht werden, zurückgeführt.

(6) Bei der Gewährung von Teilzeitbeschäftigung im Rahmen eines sogenannten Sabbatjahres, können Budgetentlastungseffekte als Rückstellung zum anteiligen Ausgleich der Folgeeffekte des Sabbatjahres (zum Beispiel Finanzierung einer Ersatzkraft) der Anstalt für Versorgungsvorsorge zugeführt werden. Über die Zuführung und Entnahme entscheidet die zuständige senatorische Behörde. Die Höhe des Budgetentlastungseffekts muss beim Senator für Finanzen nachgewiesen werden. Die Regelung gilt für die Kernverwaltung sowie kameral buchende Sonderhaushalte.

(7) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, das nähere Verfahren zu regeln.

§ 7

Unterjähriges Controlling/Berichtswesen/Vollzug der Sondervermögen nach § 26 der Landeshaushaltsordnung/Umsetzung und Vollzug steuerrechtlicher Rahmenbedingungen

(1) Ziel des unterjährigen Controllings ist es, auf der Grundlage des Produktgruppenhaushalts unter Einbeziehung von Daten aus der Kosten- und Leistungsrechnung, Entwicklungen zu erkennen und aufzugreifen, soweit diese von finanzieller, personalwirtschaftlicher oder leistungsbezogener Bedeutung sind, bei Abweichungen rechtzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten und Vorschläge zur Einhaltung des Budgetrahmens, der Personalziele und der Leistungsziele aufzuzeigen.

(2) Der Senat ist verpflichtet, dem Haushalts- und Finanzausschuss auf den Ebenen des Gesamthaushalts, der Produktbereiche und Produktpläne sowie für die Betriebe, sonstigen Sondervermögen, Beteiligungen und Zuwendungsempfänger periodisch Berichte vorzulegen. Für den Investitionsbereich des Haushalts sind dabei auch sämtliche Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre – nach Jahren getrennt – darzustellen. Im Übrigen wird der Haushalts- und Finanzausschuss ermächtigt, Form, Inhalt und Periodizität des Berichtswesens festzulegen.

(3) Das parlamentarische Budgetrecht des Haushalts- und Finanzausschusses bleibt von dem Berichtswesen nach den Absätzen 1 und 2 unberührt.

(4) Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, zum Vollzug der Wirtschaftspläne der Betriebe und sonstigen Sondervermögen nach § 26 der Landeshaushaltsordnung das nähere Verfahren zu regeln.

(5) Die Rechte der Fachdeputationen bleiben durch die Regelungen der Absätze 1 bis 3 unberührt.

(6) Der Senator für Finanzen darf die zur Realisierung eines alle Einrichtungen der Stadtgemeinde umfassenden Personalmanagements und –controllings erforderlichen Daten im Datenbanksystem PuMa (Personalverwaltung und Management) unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorschriften verarbeiten. Dies schließt die der Budgetierung zugrunde liegenden Daten, Daten über krankheitsbedingte Fehlzeiten, zum Arbeitsschutz und nach dem Landesgleichstellungsgesetz sowie zur Abwicklung der Altersteilzeitregelung gemäß § 6 Absatz 5 ein. Hierzu gehört auch die Unterstützung des dezentralen Personalcontrollings und der dezentralen Personal- und Stellenverwaltung einschließlich Gehaltssachbearbeitung. Die in Absatz 2 genannten Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), deren Personaldaten im Rahmen des Datenbanksystems PuMa nicht oder nur teilweise zur Verfügung stehen, sind verpflichtet, dem Senator für Finanzen diese periodisch und automatisiert zur Verfügung zu stellen. Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, die hierzu erforderlichen Verfahrensregelungen zu treffen.

(7) Der Senator für Finanzen darf zur Berechnung von Pensionsrückstellungen und ähnlicher Verpflichtungen der Freien Hansestadt Bremen die dafür notwendigen Daten aus dem Verfahren PuMa und dem Bezüge- und Gehaltsabrechnungsverfahren KIDICAP unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorschriften verarbeiten. Dies schließt die anonymisierte Weitergabe der Daten an für die Durchführung der Berechnung der Pensionsrückstellung beauftragte Dritte ein.

(8) Es wird ein unterjähriges Controlling

1. für Beteiligungen und Sondervermögen und
2. über die Maßnahmen der Investitionsplanung

eingerichtet. Die hierfür erforderlichen Daten sind periodisch und automatisiert zur Verfügung zu stellen. Der Senat wird ermächtigt, die hierzu erforderlichen Verfahrensregelungen, insbesondere die Festlegung der Berichtspflichten und der Zuständigkeiten für die Berichterstattung, zu treffen. Der Senator für Finanzen und die zuständigen Fachressorts dürfen die jeweils erhobenen Daten, insbesondere zur Realisierung eines alle Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen umfassenden Controllings der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, in einem Datenbanksystem verarbeiten.

(9) Der Senator für Finanzen darf in das Rechnungswesen-System und das Vertragswesen des Landes Einsicht nehmen und steuerlich relevante Daten verarbeiten, soweit dies

1. zur Umsetzung des § 2b des Umsatzsteuergesetzes und damit im Zusammenhang stehender Vorbereitungshandlungen sowie
2. zur Erfüllung der bundesgesetzlichen Steuererklärungspflichten der Stadtgemeinde Bremen, ihrer Betriebe gewerblicher Art, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und anderen Organisationseinheiten

erforderlich ist. Dies gilt auch wenn diese Daten ursprünglich zu anderen Zwecken erhoben wurden. Datenschutzrechtliche Bestimmungen sind zu beachten, soweit bundesgesetzliches Steuerrecht nicht entgegensteht. Der Umfang der Daten, auf die sich die Berechtigung zur Einsichtnahme und Verarbeitung des Senator für Finanzen bezieht, bestimmt sich nach den Anforderungen, die an eine ordnungs-gemäße Rechnung im Sinne des § 14 des Umsatzsteuergesetzes zu stellen sind sowie nach den diesen Rechnungen zugrunde liegenden vertraglichen Vereinbarungen, Dies gilt entsprechend für Daten im Zusammenhang mit Entgelten, die auf öffentlich-rechtlicher Grundlage erhoben oder geleistet werden. Nach Ablauf der in § 257 des Handelsgesetzbuches und in § 147 der Abgabenordnung bestimmten Aufbewahrungsfristen sind die verarbeiteten Daten sowie die dazugehörigen vertraglichen Vereinbarungen zu löschen oder zu vernichten. Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Verfahrensregelungen zu treffen.

§ 8

Sonstige Ermächtigungen des Haushalts- und Finanzausschusses

(1) Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, wesentliche Änderungen der im Produktgruppenhaushalt festgelegten Zielvorgaben zu beschließen.

(2) Der Haushalts- und Finanzausschuss wird darüber hinaus ermächtigt,

1. Nachbewilligungen auf den Haushalt im Rahmen von Deckungsmöglichkeiten im laufenden Haushaltsjahr zu beschließen,
2. anstelle veranschlagter Verpflichtungsermächtigungen andere (über- oder außerplanmäßige) Verpflichtungsermächtigungen zu erteilen,
3. Ausnahmen vom Bruttoprinzip in Fällen zuzulassen, in denen ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Einnahmen und Ausgaben besteht,
4. bei Vorliegen eines unabweisbaren Bedarfs, der ein Hinausschieben bis zur Verkündung des nächsten Haushaltsgesetzes ausschließt, die erforderlichen Stellenplanänderungen vorzunehmen, die sich ergeben aus

a) den bundesrechtlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Personalrechts, die für die Freie Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) verbindlich sind,

b) etwaigen Änderungen des bremischen Besoldungs- und Laufbahnrechts,

c) dem Bremischen Abgeordnetengesetz,

d) dem Bremischen Personalvertretungsgesetz.

5. Planstellen und Stellen innerhalb eines Haushalts umzusetzen und in Fällen der Umsetzung zwischen dem Landes- und dem Stadthaushalt in dem aufnehmenden Haushalt entsprechende Planstellen und Stellen neu zu schaffen, und die in dem abgebenden Haushalt nicht mehr benötigten Planstellen und Stellen zu streichen,

6. alle mit der Gründung von Betrieben nach § 26 Absatz 1 und 2 der Landeshaushaltsordnung verbundenen haushaltsmäßigen Umsetzungen vorzunehmen,

7. Ausgabebeschränkungen unter Berücksichtigung der Regelungen nach § 4 festzulegen, die zur Absicherung von Haushaltsrisiken dienen; dazu kann insbesondere das den Ressorts zur Verfügung stehende Haushaltsvolumen begrenzt und der Liquiditätsabfluss zeitlich eingeschränkt werden,

8. Betragsgrenzen für

a) die Zustimmungsbedürftigkeit des Betriebsausschusses und der Stadtbürgerschaft zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen gemäß § 18 Absatz 3 Satz 2 des Bremischen Sondervermögensgesetzes,

b) für die Veranschlagung von Anschaffungskosten gemäß § 20 Absatz 1 Satz 3 des Bremischen Sondervermögensgesetzes,

c) für die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 20 Absatz 2 Satz 3 des Bremischen Sondervermögensgesetzes und

d) für die Zustimmungsbedürftigkeit der Bürgerschaft gemäß § 20 Absatz 6 Satz 1 des Bremischen Sondervermögensgesetzes

festzusetzen; eine Überschreitung der Betragsgrenzen bedarf jeweils der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses.

9. über die Verwendung von Minderausgaben in Höhe von mehr als 1 000 000 Euro, die sich bei einzelnen Investitionsvorhaben aufgrund einer Unterschreitung des festgestellten Kostenrahmens innerhalb eines sonstigen Sondervermögens ergeben, zu entscheiden,

(3) Die aufgrund der Ermächtigungen in § 9 Absatz 2 Nummer 4 des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2020 durch den Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Stellenplanänderungen und die für das Haushaltsjahr 2020 ohne Befristung bewilligten Stellen gelten auch für das Haushaltsjahr 2021.

(4) Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt,

1. die Deckungsfähigkeiten nach § 2,

2. die Übertragung der Nachbewilligungsbefugnis,

3. die Befugnis zur Sperrenaufhebung und zur Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen nach § 3,

4. die Übertragbarkeiten nach § 5 sowie

5. die Möglichkeit zur Rücklagenbildung nach § 62 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung zu begrenzen oder aufzuheben.

(5) Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, zur Sicherung der Personalhaushalte für Produktpläne

1. einen Beförderungsstopp,
2. einen Einstellungsstopp,
3. die Rücknahme dezentraler personalwirtschaftlicher Befugnisse

zu beschließen. Er kann die Personalhaushalte für Produktpläne in Teilen oder in Gänze zu Personalüberhangbereichen erklären, in denen fluktuationserhöhende und mobilitätsfördernde Instrumente bis hin zum dienststellenübergreifenden Personaleinsatz auszuschöpfen sind.

§ 9

Kreditermächtigungen

(1) In dem Haushaltsjahr 2021 nimmt die Stadtgemeinde keine Kredite zur Deckung von Ausgaben auf. Die folgenden Absätze bleiben hiervon unberührt

(2) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, Kredite aufzunehmen

1. zur Tilgung von in dem Haushaltsjahr 2021 fällig werdenden Krediten,
2. zur vorzeitigen Tilgung von Schulden,
3. zur Tilgung kurzfristiger Kredite sowie
4. zum Kauf von Inhaberschuldverschreibungen der Stadtgemeinde, der aus Gründen der Marktpflege erforderlich ist. Der Zeitpunkt der Kreditaufnahme ist nach der Kassenlage, den jeweiligen Kapitalmarktverhältnissen und den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu bestimmen.

(3) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zu 8 vom Hundert des in § 1 Absatz 1 festgestellten Betrages der Einnahmen und Ausgaben aufzunehmen. Dieser Betrag erhöht sich um die noch nicht aufgenommenen Darlehen am Kreditmarkt nach Absatz 1 und Absatz 2. Auf die Kreditermächtigung sind die Beträge anzurechnen, die aufgrund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen worden sind.

(4) Zur Umsetzung des zentralen Cashmanagements wird der Senator für Finanzen nach Zustimmung durch den Haushalts- und Finanzausschuss für den jeweiligen Einzelfall ermächtigt, Sondervermögen, Eigenbetrieben, Stiftungen, Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Eigengesellschaften, die zuvor Teile der Gebietskörperschaft der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) waren oder deren Aufgaben wahrnehmen, im Haushaltsjahr 2021 verzinsliche Liquiditätshilfen unter Anrechnung auf die in Absatz 3 Satz 1 festgelegte Höhe zu gewähren. Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, Regelungen zur Umsetzung des zentralen Cashmanagements zu treffen und hierin die allgemeinen Grundlagen und Kriterien für verzinsliche Liquiditätshilfen zu definieren und festzulegen. Die am Cashmanagement beteiligten Vertragspartner haben einen Rahmenvertrag zu vereinbaren, in dem die Regelungen zum zentralen Cashmanagement bei dem Senator für Finanzen berücksichtigt sind. Die Bestände der Sondervermögen können bis zu ihrer konkreten Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden.

(5) Ab dem 1. Oktober des Haushaltsjahres 2021 dürfen in Vorgriff auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von sechs vom Hundert des in § 1 Absatz 1 festgestellten Betrages der Einnahmen und Ausgabe aufgenommen werden.

Diese Kredite sind auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(6) Im Rahmen der Kreditfinanzierung kann der Senator für Finanzen auch ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungs-, Liquiditäts- und Währungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen und ähnlichen Zwecken bei bestehenden Krediten, neuen Krediten sowie Anschlussfinanzierungen für fällig werdende Tilgungen dienen. Die Summe der für derartige Vereinbarungen aufgewandten Beträge darf 25 vom Hundert des in § 1 Absatz 1 festgestellten Betrages der Einnahmen und Ausgaben nicht übersteigen. Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, im Rahmen dieser Vereinbarungen Sicherheiten zu stellen sowie entgegenzunehmen. Für die Finanzierung der zu stellenden Sicherheiten dürfen Kredite mit einer maximalen Laufzeit von zwei Jahren aufgenommen werden. Bei Prämieneinnahmen und -zahlungen, die in der Summe über fünf vom Hundert des veranschlagten Betrages für Zinsausgaben hinausgehen, ist die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses erforderlich. Die Regelungen dieses Absatzes gelten ab dem 1. Januar 2022 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2022 fort.

§ 10

Sonstige Verfahrensvorschriften

(1) Durch zweckgebundene Einnahmen gedeckte Ausgaben für Baumaßnahmen gelten als entsperrt.

(2) In Höhe der in den Vorjahren erteilten Verpflichtungsermächtigungen gelten die entsprechenden Ausgaben, soweit sie unter die Sperre des § 22 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung fallen, als entsperrt.

(3) In den Vorjahren erteilte und nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen, die aus Ausgabemitteln des laufenden Haushaltsjahres nicht abgedeckt werden können, gelten fort.

(4) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt,

1. mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses nicht benötigte Ausgaben zu sperren,
2. in Höhe vorjähriger Verlustvorträge Beträge bei den konsumtiven Ausgaben zu sperren oder zum Ausgleich Mehreinnahmen heranzuziehen,
3. Nachbewilligungen auf den Haushalt bis zur Höhe von 100 000 Euro im Rahmen von Deckungsmöglichkeiten einschließlich damit verbundener oder für sich erforderliche Veränderungen bei den Beschäftigungszielzahlen, dem Stellenvolumen und dem Stellenindex vorzunehmen; dies schließt die Ermächtigung ein, Veränderungen bei Planstellen und Stellen im Sinne von § 3 Absatz 1 Nummer 3 mit produktplanübergreifendem Ausgleich innerhalb einer Dienststelle unbeachtlich der Besoldungs- und Entlohnungsgrenzen des § 3 Absatz 1 Nummer 3 vorzunehmen,
4. über- oder außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bis zu 500 000 Euro zu erteilen, sofern die Abfinanzierung im Rahmen des nächstjährigen Haushalts oder in der Finanzplanung sichergestellt ist,
5. die Sperre für alle Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Baumaßnahmen nach § 22 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung aufzuheben,
6. Anzahl und Struktur der Stellen für Auszubildende an die beschlossene und finanziell gesicherte Ausbildungsplanung anzupassen,
7. innerhalb der von den Deckungsfähigkeiten nach § 2 Absatz 1 Nummer 2 ausgenommenen Ausgaben der Gruppe 441 und den für die

Nachversicherung ausgeschiedener Beamter und Richter veranschlagten Mitteln produktplanübergreifend einen Ausgleich vorzunehmen.

(5) Soweit veranschlagte Einnahmen, die der Haushaltsdeckung dienen, nicht erzielt werden, sind die verantwortlichen Personen nach § 9 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung verpflichtet, entsprechende Mehreinnahmen oder Minderausgaben an anderer Stelle nachzuweisen. Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, das Verfahren zu regeln.

(6) Bei Anfall nicht veranschlagter zweckgebundener Einnahmen, außer bei Kreditaufnahmen, dürfen die entsprechenden Ausgaben nach Maßgabe der von dem Senator für Finanzen einzurichtenden Titel über- oder außerplanmäßig geleistet werden.

(7) Bei der Nutzungsüberlassung von Grundstücken und Grundstücksteilen darf mit Zustimmung des Senators für Finanzen von den Vorschriften des § 63 Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 3 der Landeshaushaltsordnung abgewichen werden.

(8) Erstattungen von Bediensteten für die genehmigte private Nutzung von Geräten und Einrichtungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

(9) Die Gewährung von Prämien und Zulagen nach der Bremischen Leistungsprämien- und -zulagenverordnung kann nur im Rahmen der Personalbudgets erfolgen. Zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Gewährung von Prämien und Zulagen kann ein Ausgleich im jeweiligen Produktplan hergestellt werden.

(10) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, im Falle außerordentlicher Inanspruchnahme in Haftpflichtfällen, die nicht aus in der Haushaltsstelle 3992/681 50-0, Schadenersatzleistungen bei Haftpflichtfällen, veranschlagten Mitteln finanziert werden kann, bis zur Endabrechnung über den Haftpflichtschadenausgleich der deutschen Großstädte vorschussweise Zahlungen zu leisten, die im Rahmen der Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenkrediten nach § 9 Absatz 2 zu finanzieren sind.

(11) Der Senat wird ermächtigt, im Vorgriff auf Besoldungs- und Tarifanpassungen Zahlungen zu leisten, wenn und soweit die Anpassungen dem Grunde und der Höhe nach hinreichend konkretisiert sind. Die Zahlungen sind unter Vorbehalt der endgültigen Regelung zu stellen.

(12) Im Zusammenhang mit der Umbuchung von Altersteilzeitfällen während der Passivphase auf ein außerhaushaltsmäßiges Konto gemäß § 6 Absatz 5 darf der Senator für Finanzen dort entsprechende Stellen – auch über Besoldungsgruppe A 15 hinaus – einrichten und auflösen.

(13) Mehrausgaben für ein Einzelvorhaben innerhalb eines sonstigen Sondervermögens oder Eigenbetriebs, die einen im Investitionsplan festgesetzten Betrag um bis zu dem vom Haushalts- und Finanzausschuss nach § 8 Absatz 2 Nummer 8 zu bestimmenden Betrag überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Sondervermögensausschusses oder des Betriebsausschusses.

§ 11

Kosten- und Leistungsrechnung

Die mit der Durchführung der Kosten- und Leistungsrechnung beauftragten Personen stellen die Einrichtung und den Betrieb der Kosten- und Leistungsrechnung sicher. Sie haben das Recht, die für diesen Zweck notwendigen Datenbestände des Rechnungswesens einzusehen und zu verarbeiten.

§ 12

Bürgschaften, Garantien, sonstige Gewährleistungen

(1) Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen in folgender Höhe zu übernehmen:

1. zur Förderung von Verkehrsbetrieben bis zu 52 000 000 Euro,
2. zur Absicherung von Betriebsmitteln der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH bis zur Höhe von 103 000 000 Euro,
3. zur Absicherung von Investitionsdarlehen der Bremer Straßenbahn AG bis zur Höhe von 65 900 000 Euro,
4. im Übrigen bis zu 170 000 000 Euro,
5. zur Deckung des Risikos der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) und von Zuwendungsempfängern der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) aus der Haftung für Leihgaben im Bereich von Kunst und Kultur bis zu 310 000 000 Euro,

der Senator für Finanzen darf die Ermächtigung nach Nummer 1 und 4 auf eine juristische Person übertragen.

(2) Gewährleistungen, die nicht in Euro übernommen werden, sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

(3) Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Kredite, die im laufenden Haushaltsjahr übernommen und zurückgeführt worden sind, sind nicht auf die Höchstbeträge anzurechnen. Dies gilt auch für Haftungsübernahmen gemäß der Ermächtigung des Absatzes 1 Nummer 4.

(4) Darüber hinaus wird der Senator für Finanzen ermächtigt, ab dem 1. Januar 2022 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2022 Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Hälfte der in Absatz 1 für das Haushaltsjahr 2021 festgesetzten Höchstbeträge zu übernehmen.

§ 13

Technische Ermächtigungen

Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, im Haushalts-, Produktgruppen- oder Stellenplan notwendige technische Anpassungen vorzunehmen.

§ 14

Inkrafttreten

Dieses Ortsgesetz tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Anlage

HAUSHALTSPLAN

der Freien Hansestadt Bremen
(STADTGEMEINDE)

für das Haushaltsjahr

2021

GESAMTPLAN

Haushaltsübersicht
Finanzierungsübersicht
Ableitung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 131a BremLV
Kreditfinanzierungsplan

FREIE HANSESTADT BREMEN (STADTGEMEINDE)

Haushaltsübersicht – Zusammenstellung der Einnahmen und der Ausgaben

EINNAHMEN						
EINZEL-PLAN	BEZEICHNUNG	2021		2020	2019	2018
		Anschlag	Anschlag Verpfl.-ermächt.	Anschlag	Anschlag	Rechnung
		in Tsd. EUR (gerundet)				
30	Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Inneres	52.050	0	50.276	54.777	53.235
31	Sport	323	0	323	323	648
32	Bildung und Kultur	671.413	0	669.773	503.024	535.913
33	Arbeit	73	0	73	73	121
34	Jugend und Soziales	499.122	0	491.737	447.367	486.021
35	Gesundheit	2.555	0	2.553	2.553	3.904
36	Bau und Umwelt	43.104	0	39.605	44.524	55.838
37	Wirtschaft	11.089	0	6.877	26.963	18.236
38	Häfen	79.247	0	64.104	71.327	58.294
39	Finanzen	1.828.855	0	2.160.269	2.296.579	3.356.601
	Summe der Einnahmen	**3.187.830**	**0**	**3.485.590**	**3.447.509**	**4.568.811**

AUSGABEN						
EINZEL-PLAN	BEZEICHNUNG	2021		2020	2019	2018
		Anschlag	Anschlag Verpfl.-ermächt.	Anschlag	Anschlag	Rechnung
		in Tsd. EUR (gerundet)				
30	Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Inneres	141.834	4.175	135.562	118.188	137.047
31	Sport	30.441	0	30.551	15.962	20.985
32	Bildung und Kultur	1.233.338	124.000	1.244.630	1.046.063	1.060.051
33	Arbeit	90	0	89	89	207
34	Jugend und Soziales	1.084.149	0	1.063.191	1.036.610	1.036.110
35	Gesundheit	34.658	0	32.971	26.864	28.856
36	Bau und Umwelt	274.200	124.629	261.945	208.670	244.293
37	Wirtschaft	55.186	28.600	49.414	43.246	52.604
38	Häfen	128.031	37.500	111.732	100.290	102.395
39	Finanzen	205.903	259.600	555.505	851.528	1.886.263
	Summe der Ausgaben	**3.187.830**	**578.504**	**3.485.590**	**3.447.509**	**4.568.811**

FREIE HANSESTADT BREMEN (STADTGEMEINDE)

FINANZIERUNGSÜBERSICHT 2021

I. Ermittlung des Finanzierungssaldos

-Mio. Euro-

Einnahmen -ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen sowie haushaltstechnische Erstattungen-	**3.145,1**
Ausgaben -ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages sowie haushaltstechnische Erstattungen-	**3.164,0**
Finanzierungssaldo	**-18,9**

II. Deckung des Finanzierungssaldos

1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	**-10,8**
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	0,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	10,8
2. Rücklagenbewegung	**29,7**
2.1 Entnahmen aus Rücklagen	29,7
2.2 Zuführungen an Rücklagen	0,0
3. Abwicklung der Vorjahre	**0,0**
3.1 Einnahmen aus Überschüssen	0,0
3.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	0,0
4. Haushaltstechnische Erstattungen	**0,0**
4.1 Einnahmenseite	13,0
4.2 Ausgabenseite	13,0
Summe	**18,9**

Abweichungen in den Summen durch Runden

FREIE HANSESTADT BREMEN (STADTGEMEINDE)

Ableitung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 131a BremLV

-Mio. Euro-

Strukturelle Nettokreditaufnahme *(§ 18 Abs. 1 LHO)*	**0,0**
Bereinigungen gem. § 18a LHO um	
1. Finanzielle Transaktionen *(§ 18a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LHO)*	-4,9
1.1 Finanzielle Transaktionen Einnahmen	4,9
1.2 Finanzielle Transaktionen Ausgaben	0,0
2. Steuerabweichungskomponente *(§ 18a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 LHO)*	-5,9
3. Bremer Kapitalkdienstfonds (Auflösung ab 2020) *(§ 18a Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 LHO)* 0,0	
4. Eigenbetriebe u. Sonstige Sondervermögen *(§ 18a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 LHO)*	0,0
5. Hinzurechnungen gem. Art. 131a Abs. 5 BremLV *(§ 18a Abs. 1 Satz 2 LHO)*	0,0
Zulässige Kreditaufnahme	**-10,8**
Veranschlagte Nettokreditaufnahme	**-10,8**
Über- bzw. Unterschreitung d. zulässigen Kreditaufnahme	**0,0**

Nachrichtlich: Stand des Kontrollkontos zum 1.1.2020 *(§ 18b LHO)* 0,0

FREIE HANSESTADT BREMEN (STADTGEMEINDE)

KREDITFINANZIERUNGSPLAN 2021

-Mio. Euro-

I. Kredite am Kreditmarkt

Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	0,0
Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	10,8
Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	**-10,8**

II. Kredite im öffentlichen Bereich

Einnahmen aus Krediten aus dem öffentlichen Bereich	0,0
Ausgaben zur Schuldentilgung im öffentlichen Bereich	0,0
Netto-Neuverschuldung im öffentlichen Bereich	**0,0**

Begründung zum Entwurf des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2021

Zu den Vorschriften im Einzelnen:

Zu § 1: Feststellungsklauseln

Absatz 1 enthält die Feststellungsklauseln mit den für das Haushaltsjahr 2021 maßgebenden Gesamtbeträgen an Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen.

Absatz 2 weist die Feststellungen des Stellenvolumens für das Haushaltsjahr 2021 aus.

Zu § 2 Deckungsfähigkeiten

Die Vorschriften wurden unverändert aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 übernommen.

Zu § 3 Nachbewilligungen, Sperrenaufhebungen, Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen

Die Vorschriften wurden unverändert aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 übernommen.

Zu § 4 Planungssicherheit

Die Vorschriften wurden unverändert aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 übernommen.

Zu § 5 Übertragbarkeiten

Die Vorschriften wurden unverändert aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 übernommen.

Zu § 6 Rücklage für Versorgungsvorsorge

Die Vorschriften wurden unverändert aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 übernommen.

Zu § 7 Unterjähriges Controlling/Berichtswesen/Vollzug der Sondervermögen nach § 26 Landeshaushaltsordnung/Umsetzung und Vollzug steuerrechtlicher Rahmenbedingungen/Einführung eines Einheitspersonenkontos

Die Vorschriften wurden unverändert aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 übernommen.

Zu § 8 Sonstige Ermächtigungen des Haushalts- und Finanzausschusses

Die Vorschriften wurden unverändert beziehungsweise entsprechend angepasst aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 übernommen.

Zu § 9 Kreditermächtigungen

Absatz 1 bestimmt, dass die Stadtgemeinde in 2021 keine Kredite zur Deckung von Ausgaben aufnimmt. Nach Artikel 109 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz sowie Artikel 131 a Absatz 1, 146 Absatz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen ist der Haushalt grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Absätze 2 bis 5 wurden unverändert beziehungsweise entsprechend angepasst aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 übernommen. In Absatz 6 ist ein neuer Satz 6 eingefügt, mit dem der Übergang bis zur Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2022 geregelt wird.

Zu § 10 Sonstige Verfahrensvorschriften

Die Vorschriften wurden unverändert aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 übernommen.

Zu § 11 Kosten- und Leistungsrechnung

Die Vorschrift wurde unverändert aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 übernommen.

Zu § 12 Bürgschaften, Garantien, sonstige Gewährleistungen

Die Absätze 1 bis 3 wurden unverändert aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020 übernommen. Die Regelung wurde ergänzt durch Absatz 4, der den Übergang bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2022 regelt.

Zu § 13 Technische Ermächtigungen

Die Vorschrift wurde unverändert aus dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2018 übernommen.

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SJV	**1.**	Obervieland	12.02.2019	Zuweisung von 15.000,00 € jährlich zur Unterstützung der Schlichtungsstelle des Täter-Opfer-Ausgleichs Bremen e.V. zur Verstetigung des Projekts "Schlichten in Nachbarschaften"	Keine Zuständigkeit des Justizressorts, da dort keine kommunalen Aufgaben wahrgenommen werden. Das Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“ gehört nicht zum Aufgabenbereiche des Justizressorts, denn zuständig ist das Justizressort ausschließlich für den in der Strafprozessordnung gesetzlich normierten, von der Staatsanwaltschaft oder den Gerichten angeordneten Täter-Opfer-Ausgleich. Bei „Schlichten in Nachbarschaften“ handelt es sich hingegen um ein niedrigschwelliges Angebot zu Befriedung der Nachbarschaft. Eine hinreichende finanzielle Absicherung sollte mit Blick auf den neu geordneten kommunalen Finanzausgleich aber auch im städtischen Haushalt möglich sein.	entfällt	entfällt	Kenntnisnahme
(SJFIS - PPL 41) SK	**2.**	Obervieland	12.02.2019	Unterstützung der Durchführung von Maßnahmen der Kinder- und Jugendbeteiligung im Stadtteil; je 10.000 € für 2020 und 2021	In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 können erstmals eigene Budgets für die Jugendbeiräte in einer Höhe von insgesamt jeweils 40.000,00 EUR eingerichtet werden. Die von den Beiräten und Ortsämtern gewünschte Begleitung der Jugendbeiräte durch eine pädagogische Fachkraft kann nach den Ergebnissen der Haushaltsklausur des Senats ebenfalls durch zusätzliche Vollzeitstelle in 2020 realisiert werden. Darüberhinaus kann die Beschäftigung von insgesamt 5 FSJ-Kräften (freiwilliges politisches Jahr) finanziell abgesichert und somit verstetigt werden. SJIS: In § 6 (3) des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter ist festgelegt: „Der Beirat fördert und unterstützt das kommunalpolitische Engagement von Jugendlichen im Beiratsbereich. Der Beirat kann einen Jugendbeirat gründen.“ Gleichwohl können für Maßnahmen und Projekte der Jugendbeiräte auch Anträge auf Förderung gemäß der Richtlinie für die Förderung stadtteilbezogener Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und den Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und in der Stadtgemeinde Bremen gestellt werden.	10.03.2020; 27.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu. Sozialdeputation: Ablehnung des Antrags.	Kenntnisnahme
SJFIS - PPL 41	**3.**	Obervieland	12.02.2019	Zusätzliche Mittel in Höhe von jährlich 3,5 % für das Rahmenkonzept der offenen Jugendarbeit (OJA)	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert:• Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SJFIS	**4.**	Obervieland	12.02.2019	Stabilisierung der Arbeit der Streetworker vom Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA e.V.) in Höhe von 35.000,00 € jährlich	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die aufsuchende Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen grundsätzlich über Mittel aus dem Bereich Hilfen zur Erziehung. Das im Stadtteil Obervieland tätige Regionalteam Süd des Vereins zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V. (VAJA) wird aus diesen Mitteln gefördert. Ergänzend hat der Controllingausschuss Ost weitere Haushaltsmittel im Rahmen der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit zur Verfügung gestellt. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SF, SKB, IB	**5.**	Horn-Lehe	22.02.2019	Bereitstellung von Mitteln für einen Modulbau an der Oberschule Ronzelenstraße zur Erweiterung um einen weiteren Zug mit Regelbeschulung	Die Mobilbaumaßnahme ist im Programm SoProSchule enthalten. Zudem laufen die Planungen für einen 6-zügigen Ausbau.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt dem Antrag zu.	Kenntnisnahme
SF, SKB, IB	**6.**	Horn-Lehe	22.02.2019	Bereitstellung von Mitteln für die Herstellung zweier Klassenräume zur inklusiven Beschulung, für die Errichtung von zwei Differenzierungsräumen sowie zweier Pflegebäder auf zwei Etagen des Schulgebäudes Gymnasium Horn	Die Maßnahme ist im Programm SoProSchule enthalten.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt dem Antrag zu.	Kenntnisnahme
SF, SKB, IB	**7.**	Horn-Lehe	22.02.2019	Bereitstellung von Mitteln für die Instandsetzung des Schulhofes sowie des Parkplatzes an der Wilhelm-Focke-Oberschule	SKB: Zuständigkeit für Sanierung liegt allein bei IB. SF: IB hat einen Dienstleistungsvertrag mit UBB zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit. Aufforderung zur Instandsetzung (Reparaturarbeiten und Wiederherstellung der Verkehrssicherheit) im Rahmen des Bauunterhalts durch IB 3/20	Befassung im HaFA	Befassung im HaFA	Zustimmung
SF, SJFIS	**8.**	Horn-Lehe	22.02.2019	Bereitstellung von Mitteln für die Straßensozialarbeit eines Streetworkers für Jugendliche durch das Regionalteam Ost von VAJA im Bremer Osten, insbesondere dem Kopernikusquartier, als Regelfinanzierung im Titel "Hilfen zur Erziehung" (sog. Cliquen-Topf)	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die aufsuchende Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen grundsätzlich über Mittel aus dem Bereich Hilfen zur Erziehung. Das im Stadtteil Horn-Lehe tätige Regionalteam Ost des Vereins zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V. (VAJA) wird aus diesen Mitteln gefördert. Ergänzend haben Controllingausschüsse in der Region Ost weitere Haushaltsmittel im Rahmen der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit zur Verfügung gestellt. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SF, SKUMS	**9.**	Horn-Lehe	22.02.2019	Bereitstellung der Mittel für die Sanierung der Berckstraße, da sich diese in einem sehr schlechten Zustand befindet und eine ungefährdete Nutzung nicht gewährleistet ist	Die ersten zwei Abschnitte der Berckstraße sind in der 2. Jahreshälfte 2019 soweit saniert worden, dass sich eine deutliche Verbesserung eingestellt hat. Der dritte Abschnitt in Richtung Luisental ist noch zu sanieren, befindet sich aber in einem verkehrssicheren Zustand. Mittel zur Sanierung sind derzeit nicht vorhanden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SF, SK	**10.**	Horn-Lehe	22.02.2019	Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Arbeit des Jugendbeirates zusätzlich zu den Globalmitteln in Höhe von 10.000,00 € zur kontinuierlichen Begleitung und pädagogischen Betreuung	In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 können erstmals eigene Budgets für die Jugendbeiräte in einer Höhe von insgesamt jeweils 40.000,00 EUR eingerichtet werden. Die von den Beiräten und Ortsämtern gewünschte Begleitung der Jugendbeiräte durch eine pädagogische Fachkraft kann nach den Ergebnissen der Haushaltsklausur des Senats ebenfalls durch zusätzliche Vollzeitstelle in 2020 realisiert werden. Darüberhinaus kann die Beschäftigung von insgesamt 5 FSJ-Kräften (freiwilliges politisches Jahr) finanziell abgesichert und somit verstetigt werden.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SF, SKB, IB	**11.**	Horn-Lehe	22.02.2019	Bereitstellung von Mitteln zur Sanierung der sanitären Anlagen sowie der Abwasserleitungen in der Kita Vorstraße, da diese nicht mehr den heutigen Anforderungen genügen und da von diesen enorme Geruchsbelästigungen ausgehen	SKB: Die Sanierung der WC- und Abwasseranlage wurde bei Immobilien Bremen durch KiTa Bremen beauftragt. Die Baumaßnahme befindet sich derzeit in der Durchführung. Die notwendigen Sanierungen erfolgten Zug um Zug in verschiedenen Bauabschnitten. Der letzte Bauabschnitt ist aktuell abgeschlossen, so dass eine Nutzung aller Bereiche zeitnah wieder sichergestellt ist. Die notwendige Sanierung des Kanals ist in den Sommerferien geplant.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt dem Antrag zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SK	**12.**	Horn-Lehe	22.02.2019	Mittelbereitstellung für eine Personalaufstockung der stadtbremischen Ortsämter aufgrund gestiegener Anforderungen	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SJFIS - PPL 41	**13.**	Horn-Lehe	26.02.2019	Erhöhung der finanziellen Mittel für die stadtteilbezogene offene Jugendarbeit (OJA) um mindestens 3,5 %. Übernahme der Kostensteigerungen des Personals analog der geltenden Tarifverträge des TV-L. Mindestausstattung zwei Vollzeitstellen. Jugendhäuser sollen auch Ausbildungsstätten für zukünftige MitarbeiterInnen sein. Zusätzlich wird eine jährliche Erhöhung der Mittel von mindestens 2 % für die wachsenden Aufwendungen für die Infrastruktur des Jugendhauses (Miete, Nebenkosten und Versicherungen) gefordert.	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021.• Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SJFIS, SF, SfK, SKB, SGFV, SI	**14.**	Neustadt	24.01.2019 22.08.2019	Sicherstellung der Finanzierung der laufenden Angebote für die offene Jugendarbeit durch Jokes - Die Circusschule e.V. im Rahmen einer institutionellen Förderung außerhalb des Stadtteilbudgets. Darüber hinaus fordert der Beirat die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport auf, bei der Haushaltsaufstellung 20/21 einen Betrag von 200.000,00 €/jährlich einzustellen, um das Angebot der Zirkusschule langfristig abzusichern; dieser Betrag soll gemeinsam mit den Ressorts Kultur, Bildung, Gesundheit und Inneres aufgebracht werden.	SI: Aufgrund inhaltlich-fachlicher Unzuständigkeit und fehlender Mittel im städtischen Haushalt des Senators für Inneres erfolgt keine Mittelbereitstellung. SGFV: Zuständigkeit liegt im Sozialressort. SfK: Die Circusschule e.V. wird nicht in den Förderformaten des Kulturressort abgebildet und erhielt daher auch in der Vergangenheit auch keine finanziellen Mittel.	26.03.2020	Die Deputation für Inneres stimmt den Vorschlägen des Ressorts zu den Anträgen nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2020 / 2021 zu.	Kenntnisnahme
SJFIS - PPL 41	**15.**	Neustadt	24.01.2019	Erhöhung der gesamtstädtischen Mittel für die Förderung der offenen Jugendarbeit um 7 %, um den angemeldeten Bedarfen entsprechen zu können	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021.• Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SK	**16.**	Blumenthal	11.03.2019	Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für eine Personalaufstockung des Ortsamts Blumenthal um eine Vollzeitkraft mit einem überwiegenden Tätigkeitsfeld in der kommunalen Sachbearbeitung, um die Arbeitsfähigkeit der Ortsämter vor dem Hintergrund der sich stetig verändernden Rahmenbedingungen zu gewährleisten.	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SJV	**17.**	Osterholz	25.03.2019	Zuweisung von 15.000,00 € jährlich zur Unterstützung der Schlichtungsstelle des Täter-Opfer-Ausgleichs Bremen e.V. zur Verstetigung des Projekts "Schlichten in Nachbarschaften"	Keine Zuständigkeit des Justizressorts, da dort keine kommunalen Aufgaben wahrgenommen werden. Das Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“ gehört nicht zum Aufgabenbereiche des Justizressorts, denn zuständig ist das Justizressort ausschließlich für den in der Strafprozessordnung gesetzlich normierten, von der Staatsanwaltschaft oder den Gerichten angeordneten Täter-Opfer-Ausgleich. Bei „Schlichten in Nachbarschaften“ handelt es sich hingegen um ein niedrigschwelliges Angebot zu Befriedung der Nachbarschaft. Eine hinreichende finanzielle Absicherung sollte mit Blick auf den neu geordneten kommunalen Finanzausgleich aber auch im städtischen Haushalt möglich sein.	entfällt	entfällt	Kenntnisnahme
SK	**18.**	Osterholz	25.03.2019	Ausstattung des Personalbudgets der Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TV-L 10) pro Stadtteil	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SJFIS - PPL 41	**19.**	Burglesum	26.03.2019	Bedarfsgerechte Ausstattung (mind. 3,5 %) des Budgets für offene Jugendarbeit zur Absicherung der steigenden Personal- und Betriebskosten. Ausstattung jeder Einrichtung im Stadtteil mit mindestens zwei Vollzeitstellen. Unbürokratische Zurverfügungstellung weiterer finanzieller Mittel aus zusätzlichen Haushaltstiteln. Weitere Verstetigung des Integrationsbudgets.	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021.• Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SJFIS - PPL 41	**20.**	Huchting	18.03.2019	Bereitstellung zusätzlicher Mittel in Höhe von 7 % für das Rahmenkonzept der Offenen Jugendarbeit (OJA) zur Abbildung der Kostensteigerungen des Personals. Zusätzlich wird ab dem Haushalt 2022 eine jährliche Erhöhung der Mittel in Höhe der Inflationsrate, mindestens jedoch um 2 % für die wachsenden Aufwendungen für die Infrastruktur (Mieten, Nebenkosten, Versicherungen) gefordert.	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021.• Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SWAE	**21.**	Woltmershausen	28.03.2019	Absicherung und Verstetigung der saisonalen Fährverbindung zwischen den Stadtteilen Gröpelingen, Walle und Woltmershausen	SWAE ist mit den Beiräten und Hal Över im Gespräch, an welchen Tagen und in welcher Taktung in 2020 ein Fährverkehr angeboten werden sollte, SWAE bittet die Beiräte, wie in den Vorjahren, um finanzielle Beteiligung an der Finanzierung.	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme
SWAH	**22.**	Hemelingen	04.04.2019	Weitere Verlängerung des Stadtteilmarketings sowie eine angemessene Erhöhung des Budgets, welche die gestiegenen Lohn- und Sachkosten der letzten 10 Jahre ausgleicht. Der Beirat würde es mit Blick auf die Planungssicherheit begrüßen, wenn eine Zuwendungszusage vor Oktober 2019 erfolgt.	Das Stadtteilmarketing Hemelingen erhält von SWAE in 2020 einen Zuschuss in Höhe von 96 T €, das sind 16 T € mehr als in 2019. Damit ist der Beiratsbeschluss umgesetzt	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme
SfK	**23.**	Vegesack	04.04.2019	Einstellung von Mitteln zur Anhebung der finanziellen Bezuschussung des Senioren-Kreativ-Treffs.	Der Senioren-Kreativ-Treff ist ein Angebot des Bürgerhauses Vegesack und wird vom Sozialressort finanziert. Das Bürgerhaus in Vegesack wird von der Kultur Büro Bremen Nord GmbH (KBN) verwaltet. Die Einstellung von Mitteln zur Anhebung der finanziellen Bezuschussung des Senioren - Kreativ-Treffs liegt in der Verantwortung des Soziaressorts.			Kenntnisnahme
SJFIS	**24.**	Vegesack	04.04.2019	Einstellung von Mitteln für die Sanierung bzw. den Teilneubau des Fritz-Piaskowski-Bades	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat bereits für 2019 und 2020 Planungsmittel in Höhe von 800 Tsd. € zur Verfügung gestellt. Eine Sanierung ist jedoch voraussichtlich erst ab dem Jahre 2022 vorgesehen. Daher kann der zweite Teil des Antrages zum jetzigen Zeitpunkt nur zurückgewiesen werden, wird aber in die Planungen der kommenden Haushalte mit aufgenommen.	24.03.2020	Zustimmung hinsichtlich der Planungsmittel / im Übrigen Ablehung	Kenntnisnahme
SWAE, SJV ?	**25.**	Vegesack	04.04.2019	Einstellung von Mitteln zur Absicherung des Täter-Opfer-Ausgleichs im Stadtteil Vegesack	Eine Zuständigkeit im Ressort Wirtschaft, Arbeit und Häfen wird nicht gesehen. Bei diesem (offensichtlich bereits laufenden) Projekt handelt es sich nicht um Entschädigungsleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz; vielmehr geht es beim Täter-Opferausgleich um Angelegenheiten, die strafrechtliche Grundlagen haben. Insofern können von hier für die Umsetzung des übermittelten Beiratsbeschlusses im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 keine Mittel bereit gestellt werden. Stellungnahme SJV: Es ist zu unterscheiden zwischen dem gesetzlich geregelten Täter-Opfer-Ausgleich und dem Projekt "Schlichten in Nachbarschaften". Der in der Strafprozessordnung gesetzlich normierte, von der Staatsanwaltschaft oder den Gerichten angeordnete Täter-Opfer-Ausgleich ist eine Aufgabe des Landes Bremen. Diese gehört nicht zum kommunalen Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Beiräte. Demgegenüber handelt es sich bei „Schlichten in Nachbarschaften“ um ein niedrigschwelliges kommunales Angebot zur Befriedung der Nachbarschaft. Das Justizressort ist ausschließlich für den gesetzlichen Täter-Opfer-Ausgleich zuständig. Kommunale Aufgaben werden im Justizressort nicht wahrgenommen.	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme
SWAE SKUMS	**26.**	Vegesack	04.04.2019	Einstellung von Mitteln zur Sanierung und für den Neubau erforderlicher Sportflächen auf dem Oeversberg	Der Beschluss ist an SKUMS, SWAE, SIS, JUB und Bauamt Bremen-Nord gerichtet. Für die Bearbeitung der grundstücksrelevanten Themen wie z.B. die Aufgabe des Optionsrechtes und den Ankauf von Flächen im Sinne des Ergebnisses des „Runden Tisch Oeversberg“ wurden entsprechende Mittel im Wirtschaftsplan des Sondervermögens Gewerbeflächen eingeplant. SKUMS: Fachliche Zuständigkeit für Planung und bauliche Umsetzung der Sportflächen bei SJIS. Personalkapazitäten und Planungsmittel für die Bauleitplanung sind im Haushaltsentwurf vorgesehen.	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SWAE SKUMS	**27.**	Vegesack	04.04.2019	Einstellung von Mitteln zur Entwicklung des Einzelhandels- und Dienstleistungsangebotes im Mittelzentrum	SWAE ist in der Abstimmung mit dem Vegesack Marketing und mit dem Ortsamt Vegesack. SWAE hat hierzu in 2019 einen Workshop organisiert. Die Ergebnisse müssen vom Vegesack Marketing konkretisiert werden und eine Ausschreibung muss vorbereitet werden. SKUMS: Bestehende Förderung von Vegesack Marketing durch SWAE. Darüber hinaus ist keine weitere Berücksichtigung im Haushalt von SKUMS vorgesehen.	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme
SWAE SKUMS	**28.**	Vegesack	04.04.2019	Einstellung von Mitteln für die zügige Durchführung von Umbaumaßnahmen des Bahnhofsvorplatzes und die zusätzlich erforderlichen Landesmittel für den Hochwasserschutz wegen der 400-Jahr-Feier des Vegesacker Hafens in 2022	Bei der zeitlichen Umsetzung von Baumaßnahmen im Umfeld des Vegesacker Hafens findet die Terminierung der 400-Jahr-Feier in 2022 Berücksichtigung.	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme
SKUMS	**29.**	Vegesack	04.04.2019	Einstellung von Mitteln für die Sanierung der Borchshöher Straße, die bauliche Umgestaltung des Vegesacker Bahnhofsplatzes. Bereitstellung von Mitteln für die Baumaßnahmen im Rahmen des Generalplan Küstenschutz unter besonderer Berücksichtigung des historischen Kerns im unteren Vegesack und um den Museumshaven. Institutionalisierung der Förderung der Ökologiestation.	Sanierung der Borchshöher Straße: Sanierungsbedürftig, aber noch verkehrssicher. Aufgrund Prioritätensetzung/unzureichender Mittel nicht darstellbar. Bauliche Umgestaltung des Vegesacker Bahnhofsplatzes: Siehe Punkt 400 Jahre Hafen. Institutionalisierung der Förderung der Ökologiestation: Die Ökologiestation Vegesack wird im Rahmen diverser Projekte über Zuwendungen unterstützt, u.a. durch BINGO-Mittel und im Rahmen einer zweijährigen Projektförderung als sogenannte Basiseinrichtung der Umweltbildung, auch in aktuellen Förderperiode 2020/21. Die institutionelle Förderung von Vereinen im Bereich der außerschulischen Umweltbildung ist darüber hinaus in der Stadtgemeinde Bremen nicht vorgesehen.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKB	**30.**	Vegesack	04.04.2019	Einstellung von Mitteln zum Bau/Sanierung der Schule an der Fähre Flur, zur Sanierung der Turnhalle Ludwig-Jahn-Straße sowie zur Sanierung und Erweiterung der Oberschule Lärchenstraße	SKB: Zuständigkeit liegt bei IB. SF: Die Maßnahmen sind in den Senatsbauprogrammen 2018 und 2019 enthalten, geplant ist dies auch für 2020 Die erforderlichen Mittel seitens des SVIT für die nächsten Schritte sind in den jeweiligen Programmen zur Verfügung gestellt und die Planungen laufen. Die Überprüfung, ob die alte Grundschule weiter als Schule nutzbar ist, ist abgeschlossen. Das Ergebnis ist in drei Varianten dargestellt. Keine der Varianten lässt die Nutzung als Schule im Altbau zu. Von daher wird es einen Neubau der Schule und Zuführung einer neuen Nutzung des alten Gebäudes geben. Die Planung der Gesamtsanierung der unter Denkmalschutz stehenden Turnhalle Fähre Flur wird im Frühjahr 2020 abgeschlossen. Zurzeit wird die erweiterte ES-Bau erstellt. Im Anschluss daran werden zum Ende des Jahres die Mittel in das Senatsbauprogramm eingestellt. Wenn die Mittel in 2021 eingestellt sind, werden die notwendigen Ausschreibungen stattfinden. IB rechnet mit einer Umsetzung der Gesamtsanierung ab Sommer 2021. Die Container KiTa ist auf der Fläche eines ehemaligen Bolzplatzes errichtet worden. Es ist damals mit dem Beirat abgesprochen worden, dass dieser nach Abbau der Container-Kita wieder hergestellt wird. Bei der weiteren Planung hat man festgestellt, dass für den „alten" Bolzplatz kein Ressort/Träger zuständig war. Um eine dauerhafte Unterhaltung zu sichern, wurde inzwischen mit dem Ressort Soziales und dem Beirat besprochen, dass nach Abbau der Container-KiTa, die für die Wiederherstellung zurückgestellten Mittel in die Ertüchtigung des Bolzplatzes des vorhandenen Spielplatzes gesteckt werden. Auf der zukünftigen Grünfläche sollen lediglich zwei kleine Fußballtore aufgestellt werden. Der Neubau des KuFZ auf dem Grundstück Fähre Flur soll voraussichtlich im Sommer 2022 fertiggestellt sein. Sanierung und Erweiterung der Oberschule Lärchenstraße: Hierzu sind die erforderlichen Planungsmittel im Wirtschaftsplan des Sondervermögens Immobilien und Technik eingestellt. Der erforderliche Planungsschritt (ES Bau) ist beauftragt.	Entscheidung im HaFa	Entscheidung im HaFa	Zustimmung
SK	**31.**	Vegesack	04.04.2019	Ausstattung des Personalbudgets für die stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlichen Stelle (TV-L 10) pro Stadtteil	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SJFIS	**32.**	Osterholz	18.02.2019	Einstellung der nötigen Mittel für eine Machbarkeitsstudie für ein Sport- und Jugendzentrum in Blockdiek	Die Grundlage vorangegangener Überlegungen für einen Erweiterungs- oder Neubau eines Sport- und Jugendzentrums in Blockdiek war die Aufgabe des Bestandsgebäudes durch Werkstatt Bremen und die Einbeziehung der leerstehenden Gaststätte der Bezirkssportanlage. Diese Rahmenbedingungen sind inzwischen nicht länger gegeben. Das Gebäude von Werkstatt Bremen, in dem der Jugendtreff Blockdiek untergebracht ist, wird saniert und räumlich umgestaltet. Der Umbau der ehemaligen Gaststätte wurde verworfen. Eine Machbarkeitsstudie für ein Sport- und Jugendzentrum in Blockdiek kann ohne einen vorgesehenen Standort nicht erstellt werden. Auch folgt aus der Erstellung einer Machbarkeitsstudie, unabhängig vom Ergebnis, nicht zwangsläufig die Durchführung der geprüften Baumaßnahme.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SF, SK -> SKUMS, SWAE, SfK, SKB, SJFIS	**33.**	Vegesack	04.04.2019	Hinterlegung der im Rahmen des ISEK unter Punkt 5.4, Seite 62-74 ausgewiesenen Maßnahmen für das Mittelzentrum Vegesack mit entsprechenden Haushaltsmitteln sowie Verpflichtungsermächtigungen in der mittelfristigen Finanzplanung und Investitionsplanung 2019 bis 2023	Der SfK finanziert das Kultur Büro Bremen Nord (KBN) in Bremen Vegesack. Das KBN bündelt zahlreiche Aktivitäten im Mittelzentrum und stärkt auch über das Bürgerhaus Vegesack vielfache Angebote für die unterschiedlichsten Zielgruppen. SWAE: Das ISEK wird federführend von der Senatskanzlei bearbeitet. SWAE stellt in 2020 und 2021 Mittel für das Freizeit- und Naherholungskonzept Bremen Nord, für das Vegesack Marketing, für Blumenthal Aktiv und für die Maritime Meile Vegesack zur Verfügung. Diese Themen sind Teil des ISEK. Weitere Mittel stehen in 2020 und 2021 nicht zur Verfügung. Im Wirtschaftsplan-Entwurf 2020/21 für das Sondervermögen Gewerbeflächen sind für verschiedene Maßnahmen zur gewerblichen Entwicklung des Bremer-Nordens, wie für die Weiterentwicklung der Standorte BWK, Bremer Industrie-Park und GG Steindamm sowie für die Ausbaggerung des Vegesacker Hafens und Sanierungsmaßnahmen am Vegesacker Bahnhofsgebäude und des Havenhauses Mittel eingeplant. SKUMS: Bestehende Förderung von Vegesack Marketing durch SWAE. Darüber hinaus ist keine weitere Berücksichtigung im Haushalt von SKUMS vorgesehen. SKB: Die den Schulbereich betreffende Maßnahme (Erweiterung und Sanierung der Oberschule an der Lerchenstraße) wurde bei Immobilien Bremen beauftragt. Die ES-Bau soll in Kürze von Immobilien Bremen vorgelegt werden.	25.03.2020	Kenntnisnahme. 27.03.2020: Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.	Kenntnisnahme.
SI, SF	**34.**	Horn-Lehe	04.04.2019	Veranschlagung von Mitteln für eine Personalaufstockung des Ordnungsdienstes, um im Bremer Osten, besonders in Horn-Lehe, einen flächendeckenden Einsatz gewährleisten zu können.	Im Haushalt 2020/2021 werden Mittel für eine Aufstockung des Ordnungsdienstes um weitere 20 Vollzeiteinheiten bereitgestellt, von denen dann auch der Ortsamtsbereich Horn-Lehe profitieren wird.	26.03.2020	Die Deputation für Inneres stimmt den Vorschlägen des Ressorts zu den Anträgen nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2020 / 2021 zu.	Kenntnisnahme
SKB, SJFIS, SF	**35.**	Horn-Lehe	04.04.2019	Investitionskostenzuschuss in Höhe von mindestens 1,2 Mio. EUR zur hälftigen Finanzierung einer Vereinssporthalle mit 400-500 m², teilbar in zwei Hallenteile zugunsten des TV Eiche Horn	SKB: Die Senatorin für Kinder und Bildung erstellt derzeit eine Bedarfsplanung für die erforderlichen Sportraumkapazitäten der schulischen Nutzung. Dies soll bis zum Sommer 2020 vorliegen und dann die entsprechenden Bauplanungen angestoßen werden. SJIS: Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport unterstützt inhaltlich den Antrag. Jedoch hat sich bei Gesprächen mit dem TV Eiche Horn herausgestellt, dass frühestens 2022 mit dem Baubeginn zu rechnen ist. Daher hat der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt keine Relevanz für die kommende HH-Aufstellung. Bei Fortschreiten der Planungen durch den TV Eiche Horn sollen jedoch notwendige finanzielle Leistungen der Stadt Bremen in Höhe von 1 Mio. € für die Jahre 2022/2023 eingeplant werden.	27.03.2020; 24.03.2020; 25.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu. Die Sportdeputation lehnt den Antrag ab.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SWGV, SKB, SJFIS, SF	**36.**	Horn-Lehe	04.04.2019	Finanzielle Unterlegung eines modernen Studiengangs Sportpädagogik möglichst schon in den Haushaltsplanungen 2020/2021; Veranschlagung finanzieller Mittel in Höhe von mindestens 30 Mio. EUR zur Sanierung der Uni-Sportstätten inklusive der Turnhalle an der Grazer Straße	SKB: Die Federführung liegt bei SWH. SWH: Die Universität Bremen ist im Dezember 2019 gebeten worden, eine Expertenkommission zur Planung des Studienangebotes und für die Erstellung eines entsprechend fachlich ausgeprägten Professuren-Tableaus zeitnah einzusetzen. Wenn die vorgelegten Ergebnisse bewertet worden sind, ist eine Veranschlagung im Haushalt möglich. Von den Ressorts SWH, SKB und SJIS wurde gemeinsam mit der Universität Bremen eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag im Frühjahr 2020 einen gemeinsamen Vorschlag für die Umsetzung der Sanierung der Sportanlagen der Universität vorzulegen. Die Befassung der Gremien ist für den Herbst 2020 geplant. SJIS: Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport unterstützt den Antrag inhaltlich. Der runde Tisch wurde bereits seitens des Wissenschaftsressorts initiiert und ist in Gespräche mit den anderen betroffenen Ressorts eingetreten, um gemeinsam Lösungen im Sinne der Universität, des Schul- und Vereinssport zu finden. Formell zielt der Antrag auf die Verantwortungsbereiche des Wissenschafts- und Bildungsressorts, so dass er abzulehnen ist.	020; 24.03.2020; 25	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu. Die Sportdeputation lehnt den Antrag ab. Der WMDI Ausschuss hat Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme
SF; SfK	**37.**	Horn-Lehe	04.04.2019	Einstellung eines Anschubbudgets in Höhe von 160.000 Euro für die Suche, Anmietung, Herrichtung, Ausstattung und Erstunterhaltung einer Kulturstätte im Stadtteil	Es ist vorgesehen, dass das Focke-Museum Veranstaltungsräume erhält, die auch für eine öffentliche kulturelle Nutzung zugänglich gemacht werden sollen, um so ein vielfältiges Angebot für unterschiedliche Zielgruppen in der Stadtregion Schwachhausen/Horn/Borgfeld möglich machen zu können.			Kenntnisnahme
SKUMS	**38.**	Strom	29.04.2019	Einplanung eines Budgets für die Planung einer "Kommunalen Entlastungsstraße" zwischen dem Ende der A281 Bauabschnitt 3/2 und der Stedinger Brücke (Stromer Landstraße) und Einplanung der Mittel für die Realisierung der Entlastungsstraße	Die Planung einer Kommunalen Entlastungsstraße hat aufgrund rechtlicher Restriktionen keine Aussicht auf Realisierung und wird daher nicht weiterverfolgt. Siehe auch Bericht der Verwaltung an die Deputation UBVSE (L) vom 4.5.2016.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**39.**	Huchting	29.04.2019	Herstellung des durchgängigen Gehweges an der Huchtinger Heerstraße rechtsseitig stadteinwärts	Der Wunsch nach der Herstellung eines Gehwegs entlang der Huchtinger Heerstraße stadteinwärts zur deutlichen Verbesserung der Verkehrssituation ist nachvollziehbar, vergleichbare Wünsche sind aus anderen Stadtteilen bekannt. Auch mit Blick auf die deutlich gestiegenen Baukosten werden im Haushaltseckwert keine ausreichenden Mittel zur Verfügung gestellt, um mit der Planung der Maßnahme beginnen zu können.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**40.**	Huchting	29.04.2019	Erneuerung des Werner-Damke-Stegs (Baukosten iHv 375.000 EUR zuzüglich Planungs- und sonstiger Kosten; der Beirat ist bereit, aus seinem Stadtteilbudget Verkehr 50.000 EUR zur Verfügung zu stellen); Übernahme der Baulast	Geschätzte 375.000 € für einen notwendigen Ersatzneubau sind derzeit nicht darstellbar und vorgesehen.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
Inneres	**41.**	Huchting	29.04.2019	Unterstützung der Schlichtungsstelle des Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e.V. im Stadtteil Huchting iHv 15.000,00 EUR jährlich	Weitergeleitet an SKUMS (Bezug: WiN-Förderung). Eine Mittelbereitstellung durch den SI erfolgt nicht. Bei „Schlichten in Nachbarschaften“ handelt es sich um ein niedrigschwelliges Angebot zur Befriedung der Nachbarschaft, welches entsprechend des Programms „Wohnen in Nachbarschaften“ ressortübergreifend ausgerichtet ist, und in der Vergangenheit über die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport finanziert wurde. Das Ressort Soziales, Jugend, Integration und Sport plant die Mittelbedarfe in die Haushaltsberatungen einzubringen.	26.03.2020	Die Deputation für Inneres stimmt den Vorschlägen des Ressorts zu den Anträgen nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2020 / 2021 zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SGFV	**42.**	Huchting	29.04.2019	Veranschlagung von Haushaltsmitteln und Stellen im Haushaltsplan 2020/2021 und die Folgejahre für Fachkräfte für Prävention und Gesundheitsförderung. Verstetigung des Modellprojekts Fachkräfte für Prävention und Gesundheitsförderung für Schulen in Huchting; Ausweitung auf alle Grundschulen , weiterführenden Schulen sowie Kindertagesstätten in Huchting.	Die Maßnahmen sind für den Auffangtopf angemeldet. Ziel: Verdoppelung der Stellen und Ausweitung des Angebotes	02.04.2020	Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt den von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz vorgeschlagenen Umgang mit den Beiratsbeschlüssen.	Kenntnisnahme
SK	**43.**	Huchting	29.04.2019	Ausstattung aller stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TVL 10) pro Stadtteil (Ortsamt 2020)	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SK	**44.**	Schwachhausen	03.05.2019	Ausstattung aller stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TVL 10) pro Stadtteil (Ortsamt 2020)	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SKUMS	**45.**	Huchting	29.04.2019	Veranschlagung von Mitteln für die Sanierung der Fahrbahn und Nebenanlagen der Heinrich-Plett-Allee	Sanierung erfolgt im Laufe des Baus von Linie 1 und 8, Verkehrssicherungspflicht wird durch kleinere Maßnahmen aufrechterhalten.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**46.**	Huchting	29.04.2019	Mittel für die Herstellung der Barrierefreiheit der Bushaltestelle an der Delfter Straße (Linie 58, Heinrich-Plett-Allee); Einsatz eines Sperrgitters zur Herstellung von Verkehrssicherheit und zum Schutz vor Unfällen	Der Einsatz eines Sperrgitters zur Erhöhung der Verkehrssicherheit kann gemeinsam mit dem Beirat geprüft werden. Einzelvorhaben zur Umsetzung von Barrierefreiheit können durch die Knappheit an Planungsmitteln nicht gesondert veranschlagt werden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SJFIS	**47.**	Vahr	30.04.2019	Erhöhung der finanziellen Mittel für die stadtteilbezogene offene Jugendarbeit (OJA) um mindestens 3,5 %. Übernahme der Kostensteigerungen des Personals analog der geltenden Tarifverträge des TV-L. Zusätzlich wird eine weitere jährl. Erhöhung der Mittel von 2 % für die wachsenden Aufwendungen für die Infrastruktur (Mieten, Nebenkosten und Versicherungen) gefordert.	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021.• Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SJFIS	**48.**	Vahr	30.04.2019	Erhöhung der Basisfinanzierung des Mütterzentrums Vahr um 24.000 € pro Jahr.	Wenn dem Antrag gefolgt würde, müsste der Anschlag im Einzelplan 04, in der PGr. 41.01.05, Kapitel 3431, Titel 684 88-7 (Zuschüsse für den Betrieb von Mütterzentren) für die Haushaltsjahre 2020/2021 je um den Betrag von 24.000 € erhöht werden. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport ist der Auffassung, dass die beantragte Erhöhung der Zuwendung plausibel dargelegt wurde. Für die Bewältigung der Arbeit des Mütterzentrums wäre diese wünschenswert. Zum jetzigen Zeitpunkt kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob eine Zuschusserhöhung möglich sein wird.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SK	**49.**	Vahr	30.04.2019	Ausstattung des Personalbudgets für die stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TV-L 10) pro Stadtteil	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
(SKUMS) SJFIS	**50.**	Blumenthal	11.03.2019	Einstellung von Mitteln für den Bau einer Beleuchtung für den Fußweg zwischen Heidstraße und Rekumer Straße	Es ist kein öffentlicher Weg, sondern Privatweg über einen Spielplatz sowie über ein Grundstück in Zuständigkeit von SJIS.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SJFIS	**51.**	Osterholz	25.04.2019	Zuweisung von Mitteln für eine zusätzliche Personalstelle (Vollzeitkraft) in der Halle für Bewegung (Träger St. Petri)	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021.• Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden. Die Fach- und Ressourcenverantwortung für die offene Jugendarbeit liegt in den Stadtteilen bei den Referatsleitungen Junge Menschen im Amt für Soziale Dienste (AfSD). Für die im Stadtteil verfügbaren OJA-Mittel wird vom AfSD eine Prioritätenliste der OJA-Angebote im Stadtteil erstellt und geprüft. Diese wird im Controllingausschuss diskutiert mit dem Ziel, möglichst im Konsens eine Entscheidung zum Einsatz der Mittel zu treffen.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SJFIS	**52.**	Mitte, Östliche Vorstadt	24.04.2019	Schaffung eines eigenen Haushaltstitels zur Unterstützung des Vereins Sportgarten e.V.	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SJFIS	**53.**	Mitte, Östliche Vorstadt	24.04.2019	Erhöhung der finanziellen Mittel für die stadtteilbezogene offene Jugendarbeit (OJA) um mindestens 3,5 %. Diese Erhöhung muss eine Kostensteigerung im Personalbereich analog zu den Ergebnissen der letzten Tarifrunden für den öffentlichen Dienst angemessen berücksichtigen. Konsumtive Kostensteigerungen wie z.B. bei den Nebenkosten und Versicherungspolicen sollen zukünftig durch eine jährliche Steigerung der Mittel um mindestens 2 % dauerhaft abgesichert werden.	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SK	**54.**	Mitte, Östliche Vorstadt	22.05.2019	Ausstattung des Personalbudgets für die stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TV-L 10) pro Stadtteil	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SJFIS	**55.**	Gröpelingen	27.02.2019	Erhöhung der finanziellen Mittel für die stadtteilbezogene Offene Jugendarbeit (OJA) um mindestens 3,5 %. Diese Erhöhung muss die Kostensteigerung des Personals, analog den Ergebnissen der gültigen Tarifverträge des TV-L im benannten Zeitraum abbilden. Zusätzlich wird eine weitere jährliche Steigerung von 2 % für die wachsenden Aufwendungen für die Infrastruktur (Miete, Nebenkosten und Versicherungen) gefordert.	Das Rahmenkonzept für die Statteilbezogene offene Jugendarbeit (OJA) in der Stadtgemeinde Bremen und die damit verbundenen Förderrichtlinien schließen die Förderung von offenen Angebote für Kinder unter 12 Jahren nicht aus. Die Fach- und Ressourcenverantwortung für die offene Jugendarbeit liegt in den Stadtteilen bei den Referatsleitungen Junge Menschen im Amt für Soziale Dienste (AfSD). Für die im Stadtteil verfügbaren OJA-Mittel wird vom AfSD eine Prioritätenliste der OJA-Angebote im Stadtteil erstellt und geprüft. Diese wird im Controllingausschuss diskutiert mit dem Ziel, möglichst im Konsens eine Entscheidung zum Einsatz der Mittel zu treffen. Die Fach- und Ressourcenverantwortung für die offene Jugendarbeit liegt in den Stadtteilen bei den Referatsleitungen Junge Menschen im Amt für Soziale Dienste (AfSD). Für die im Stadtteil verfügbaren OJA-Mittel wird vom AfSD eine Prioritätenliste der OJA-Angebote im Stadtteil erstellt und geprüft. Diese wird im Controllingausschuss diskutiert mit dem Ziel, möglichst im Konsens eine Entscheidung zum Einsatz der Mittel zu treffen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SJFIS	**56.**	Gröpelingen	15.05.2019	Förderung und Finanzierung offener Angebote für Kinder unter 12 Jahren auf Basis des SGB VIII; Entwicklung eines Konzepts analog zum Rahmenkonzept OJA	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SJV; SJFIS; SfI	**57.**	Gröpelingen	27.02.2019	Bereitstellung von Mitteln in Höhe von jeweils 15.000 € jährlich für die Unterstützung der Schlichtungsstelle "Wohlers Eichen"; Sicherung des Fortbestands dieses Projekts	SJV: Im Justizressort werden ausschließlich Landesaufgaben wahrgenommen. Das Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter als von der Stadtbürgerschaft beschlossenes Ortsgesetz kann daher keine Haushaltsanträge für die Haushaltsaufstellung des Landes vorsehen, so dass die Senatorin für Justiz- und Verfassung insoweit auch nicht Adressatin von Haushaltsanträgen der Beiräte sein kann. Im Verantwortungsbereich der Senatorin für Justiz und Verfassung gibt es insbesondere keine zuständigen kommunalen Stellen, welche Pflichten nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter wahrzunehmen haben. Darauf haben wir in den vergangenen Jahren im Rahmen der HH-Aufstellung auch immer wieder hingewiesen, um Fehlvorstellung bei Haushaltsanträgen zu vermeiden. Dieser Hinweis müsste ggf. im Rahmen der nächsten Beirätekonferenz erneut an die Beiräte weitergegeben werden, um überflüssige Mehrarbeit bei Ihnen und uns zu vermeiden. SI: Eine Mittelbereitstellung durch den SI erfolgt nicht. Zur Begründung wird auf die vorstehenden Ausführungen zum Antrag des Beirates Huchting (Nr. 41) verwiesen. SJIS: Antrag lag nicht vor.	26.03.2020	Die Deputation für Inneres stimmt den Vorschlägen des Ressorts zu den Anträgen nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2020 / 2021 zu.	Kenntnisnahme
SWAE	**58.**	Gröpelingen	27.02.2019	Finanzielle Absicherung und dauerhafte Aufrechterhaltung des saisonalen Fährbetriebs zwischen den drei Stadtteilen Gröpelingen, Walle und Woltmershausen	siehe Nr. 21	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SK	**59.**	Gröpelingen	15.05.2019	Ausstattung des Personalbudgets der stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TV-L 10) pro Stadtteil	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SJFIS	**60.**	Findorff	31.05.2019	Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln zumindest in Höhe von jährlich 3,5 % für das Rahmenkonzept der offenen Jugendarbeit	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
(SJFIS) SK	**61.**	Findorff	31.05.2019	Mittel in Höhe von jeweils 10.000,00 € jährlich für die Unterstützung der Durchführung von Maßnahmen der Kinder- und Jugendbeteiligung im Stadtteil Findorff	In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 können erstmals eigene Budgets für die Jugendbeiräte in einer Höhe von insgesamt jeweils 40.000,00 EUR eingerichtet werden. Die von den Beiräten und Ortsämtern gewünschte Begleitung der Jugendbeiräte durch eine pädagogische Fachkraft kann nach den Ergebnissen der Haushaltsklausur des Senats ebenfalls durch zusätzliche Vollzeitstelle in 2020 realisiert werden. Darüberhinaus kann die Beschäftigung von insgesamt 5 FSJ-Kräften (freiwilliges politisches Jahr) finanziell abgesichert und somit verstetigt werden. SJIS: In § 6 (3) des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter ist festgelegt: „Der Beirat fördert und unterstützt das kommunalpolitische Engagement von Jugendlichen im Beiratsbereich. Der Beirat kann einen Jugendbeirat gründen.“ Gleichwohl können für Maßnahmen und Projekte der Jugendbeiräte auch Anträge auf Förderung gemäß der Richtlinie für die Förderung stadtteilbezogener Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und den Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und in der Stadtgemeinde Bremen gestellt werden.	10.03.2020; 27.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu. Sozialdeputation: Ablehnung	Kenntnisnahme
SK	**62.**	Findorff	25.04.2019	Ausstattung des Personalbudgets der stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TV-L 10) pro Stadtteil	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SJFIS	**63.**	Walle	09.05.2019	Erhöhung der finanziellen Mittel für die stadtteilbezogene Offene Jugendarbeit (OJA) um mindestens 3,5 %. Diese Erhöhung muss die Kostensteigerung des Personals, analog den Ergebnissen der gültigen Tarifverträge des TV-L im benannten Zeitraum abbilden. Zusätzlich wird eine weitere jährliche Steigerung von 2 % für die wachsenden Aufwendungen für die Infrastruktur (Miete, Nebenkosten und Versicherungen) gefordert.	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SKUMS	**64.**	Walle	09.05.2019	Ausweisung der finanziellen Mittel für die Premiumroute im Bereich des Stadtteils Walle; Verknüpfung mit dem Quartierskonzept Walle Central	Mittel zur Umsetzung der Premiumroute sind angemeldet, dabei wird den Abschnitten Steffensweg und Lange Reihe eine hohe Priorität zugemessen. Im Rahmen der Kanalbauarbeiten erfolgt der Ausbau auf Premiumrouten-Standard. Sofern die Premiumrouten in den Haushalt übernommen wird, wird das ASV mit Planung und Umsetzung der Premiumroute in der Langen Reihe beauftragt.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SWAE	**65.**	Walle	09.05.2019	Finanzielle Absicherung und dauerhafte Aufrechterhaltung des saisonalen Fährbetriebs zwischen den drei Stadtteilen Gröpelingen, Walle und Woltmershausen	siehe Nr. 21	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme
SJFIS	**66.**	Walle	09.05.2019	48.000 € pro Jahr für den Betrieb des Sportparks im Überseepark, Finanzierung einer Vollzeitstelle Sportpädagogische Begleitung	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SK	**67.**	Walle	09.05.2019	Ausstattung des Personalbudgets der stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TV-L 10) pro Stadtteil	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SF (SK, SfK)	**68.**	Blumenthal	13.05.2019	Finanzierung einer Bestuhlung auf Burg Blomendal iHv ca. 4.300,00 € aus dem laufenden Haushalt; alternativ Einstellung eines Betrags in Höhe von 4.500,00 € in den kommenden Haushalt	Der SfK schlägt vor, dass der Verein der Burg Blomendal sich mit dem KBN in Verbindung setzt, um ggf. Equipment für Veranstaltung gemeinsam zu nutzen.	10.03.2020	Die Deputation für Kultur beschließt bezüglich der Anträge der Beiräte entsprechend der Anlage.	Kenntnisnahme
SF (SK, SfK)	**69.**	Blumenthal	13.05.2019	Finanzierung der Reparatur des Treppenlifts auf Burg Blomendal (geschätzte Kosten: 13.000,00 €) aus dem laufenden Haushalt; alternativ: Einstellung eines Betrages in Höhe von 14.000,00 € in den kommenden Haushalt	Die Burg Blomendal wird derzeit noch von der SK betreut. Für 2020 ist in der Haushaltsaufstellung jedoch eine Eckwertverlagerung und die Betreuung durch den Senator für Kultur vorgesehen. Mittel über den verlagerten Eckwert hinaus stehen zurzeit nicht zur Verfügung.	10.03.2020	Die Deputation für Kultur beschließt bezüglich der Anträge der Beiräte entsprechend der Anlage.	Kenntnisnahme
(SF) SJFIS	**70.**	Blumenthal	13.05.2019	Finanzierung der Renovierung des Vereinsheims der TSV Farge-Rekum (geschätzte Kosten: 11.200,00 €) aus dem laufenden Haushalt; alternativ: Einstellung eines Betrages in Höhe von 12.000,00 € in den kommenden Haushalt	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport ist nicht zuständig. Das Gebäude ist im Besitz von Immobilien Bremen, die Zuständigkeit liegt daher bei dem Senator für Finanzen. Dieser hat in Ermangelung einer Deputation in seinem Verantwortungsbereich darum gebeten, den Antrag entsprechend in der Deputation für Sport zur Kenntnis zu geben. Zum Hintergrund kann ausgeführt werden, dass das Vereinsheim des TSV Farge-Rekum vom Verein im Rahmen eines Sportnutzungsvertrages zum Betrieb einer Gaststätte angepachtet ist. Gem. § 4 des Vertrages übernimmt der Nutzer sämtliche Kosten der Herrichtung des überlassenen Objektes für seine Zwecke. Damit sind auch die Kosten gemeint, die zur Renovierung der Pachtfläche anfallen.	24.03.2020	Zuständigkeit bei SF / Kenntnisnahme	
(SF) SJFIS	**71.**	Blumenthal	13.05.2019	Finanzierung von Sicherungsmaßnahmen (Fenstergitter) am Vereinsheim des Blumenthaler SV, Sportanlage am Löh aus dem laufenden Haushalt; alternativ Einstellung eines Betrages von 7.500,00 € in den kommenden Haushalt	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport ist nicht zuständig. Das Gebäude ist im Besitz von Immobilien Bremen, die Zuständigkeit liegt daher bei dem Senator für Finanzen. Dieser hat in Ermangelung einer Deputation in seinem Verantwortungsbereich darum gebeten, den Antrag entsprechend in der Deputation für Sport zur Kenntnis zu geben. Zum Hintergrund kann ausgeführt werden, dass das Vereinsheim des Blumenthaler TV vom Verein im Rahmen eines Sportnutzungsvertrages zum Betrieb einer Gaststätte angepachtet ist. Gem. § 4 des Vertrages übernimmt der Nutzer sämtliche Kosten der Herrichtung des überlassenen Objektes für seine Zwecke. Damit sind auch die Kosten gemeint, die zur Renovierung der Pachtfläche anfallen.	24.03.2020	Zuständigkeit bei SF / Kenntnisnahme	
SK	**72.**	Neustadt	16.05.2019	Ausstattung des Personalbudgets der stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TV-L 10) pro Stadtteil	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SK	**73.**	Burglesum	14.05.2019	Veranschlagung von Mitteln für eine Personalaufstockung bei den stadtbremischen Ortsämtern	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SKUMS	**74.**	Burglesum	14.05.2019	Einstellung der notwendigen Mittel zur dringenden Sanierung der Helsingborger Straße und Stader Landstraße in den Haushalten 2020 und 2021	Straßen und Platz befinden sich in einem sanierungsbedürftigen, aber noch verkehrssicheren Zustand. Mittel für eine Planung der Maßnahmen sind nicht vorhanden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**75.**	Burglesum	14.05.2019	Einstellung von Planungsmitteln zur Umgestaltung des Helsingborger Platzes, um gemeinsam mit Bürger/innen, Beirat und Einrichtungen vor Ort ein städtebauliches Konzept erarbeiten zu können.	Straßen und Platz befinden sich in einem sanierungsbedürftigen, aber noch verkehrssicheren Zustand. Mittel für eine Planung der Maßnahmen sind nicht vorhanden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**76.**	Burglesum	14.05.2019	Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Verbesserung des Heerstraßenzuges, vor allem die Bereitstellung von Planungskosten für die Umgestaltung des Goldbergplatzes und des Platzes an der Burger Heerstraße	Absehbar keine Mittel zur Umgestaltung vorhanden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKB	**77.**	Burglesum	14.05.2019	Einstellung zusätzlicher Mittel zur Sanierung der Oberschule Lesum am Standort Steinkamp zur Sicherung des Schulbetriebs	SKB: Für den Standort Oberschule Lesum am Standort Steinkamp wurde eine Bedarfsplanung erstellt. Der Masterplan für diesen Standort wird derzeit erarbeitet. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen ist die Finanzierung zu klären. SF: Um den Schulbetrieb zu sichern sind aus SVIT-Mitteln bereits Sofortmaßnahmen eingeleitet worden, die aktuell baulich umgesetzt werden. Konkret werden Großteile der Dachflächen saniert und Fensterelemente erneuert und instandgesetzt. Ferner sind Maßnahmen zum sommerlichen Wärmeschutz angedacht. Ob eine finale Sanierung des Schulstandortes wirtschaftlich darstellbar ist oder ein Ersatzneubau in Erwägung zu ziehen ist entscheidet sich nach Abschluss der bereits eingeleiteten Master- und Bedarfsplanung.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.	Kenntnisnahme
SKB	**78.**	Burglesum	14.05.2019	Veranschlagung der nötigen Mittel für die Planung und den Bau einer Schulsporthalle neben der Grundschule an der Grambker Heerstraße	Für die abgängige Schulsporthalle befindet sich ein Ersatzneubau in Planung. Nach Vorliegen dieser Planungsunterlagen ist die Finanzierung zu klären.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.	Kenntnisnahme
SKB	**79.**	Burglesum	14.05.2019	Einstellung der nötigen Mittel für die Sanierung von Schulsporthallen, vor allem der Schulsporthallen an der Oberschule Helsinkistraße und an der Grundschule St. Magnus	SKB: Zuständigkeit für Sanierung liegt allein bei IB. SF: Die Sporthalle ist eingebunden in die Bedarfsplanung zum Schulstandort OS Helsinkistraße. Durch die seitens SKB angedachte Erhöhung der Zügigkeit sind seitens SKB auch zusätzliche Sportbedarfe vorgesehen. Aufgrund der starken Sanierungsbedürftigkeit der Sporthalle und den zusätzlichen Sportbedarfen ist von einem Ersatzneubau als Mehrfachhalle auszugehen. Schulsporthalle Grundschule St. Magnus: Die Turnhalle kann vorerst bis auf weiteres genutzt werden. SKB plant den Schulstandort für den Ganztag auszubauen. Aus wirtschaftlichen Gründen soll daher ein standortbezogenes Gesamtprojekt entwickelt werden. SKB hat zur Bedarfsplanung noch keine Nutzungskonzeption vorgelegt, dies führt zu Verzögerungen. Demnach werden die Bedarfe seitens SKB am Standort OS Helsinkistr. neu überdacht. Über die Zukunft des Bestandssporthallengebäudes kann final erst nach Abschluss der Bedarfsplanung entschieden werden.	Entscheidung im HaFa	Entscheidung im HaFa	Zustimmung
SKB	**80.**	Burglesum	14.05.2019	Einstellung der Investitionsmittel für den Neubau von erforderlichen Schul-Mensen als auch einer Erweiterung der Mensa an der Oberschule an der Helsinkistraße	Die Maßnahme ist Bestandteil der Schulstandortplanung.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SI	**81.**	Burglesum	14.05.2019	Veranschlagung von Planungsmitteln für einen Neubau einer Schwerpunktfeuerwehr "Burglesum" für die Freiwilligen Feuerwehren Burgdamm, Grambkermoor und Lesumbrok	Im Strukturkonzept „Neue Struktur für die Freiwilligen Feuerwehren in der Stadtgemeinde Bremen“ (April 2018) ist die Neuaufstellung der Schwerpunktwehr im Bremer Westen nach Fertigstellung der priorisierten Baumaßnahmen in Bremen-Farge und Bremen-Blockland vorgesehen. Da dies voraussichtlich nicht vor Ende 2021 der Fall sein wird, werden für den Haushalt 2020/2021 noch keine Planungsmittel veranschlagt.	26.03.2020	Die Deputation für Inneres stimmt den Vorschlägen des Ressorts zu den Anträgen nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2020 / 2021 zu.	Kenntnisnahme
SI	**82.**	Burglesum	14.05.2019	Einstellung von Mitteln zur Erhöhung der Anzahl der Kontaktpolizisten, unverzügliche Nachbesetzung freier Stellen sowie Einsatz eines zusätzlichen Kontaktpolizisten für den Bereich Burg-Grambke, Werderland und den Bremer Industriepark	Der Senator für Inneres und die Polizei Bremen haben ein großes Interesse daran, dass alle Kontaktpolizistenstellen für die ortsteilbezogene bürgernahe Polizeiarbeit nach Ende des Personalengpasses wieder aufgefüllt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es jedoch leider nicht möglich, alle Stellen zu besetzen. Bis dahin gilt der Grundsatz, dass Fehlstellen gleichmäßig über die Polizeistandorte verteilt werden.	26.03.2020	Die Deputation für Inneres stimmt den Vorschlägen des Ressorts zu den Anträgen nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2020 / 2021 zu.	Kenntnisnahme
SI, SJFIS, SJV	**83.**	Hemelingen	09.05.2019	Verstetigung des Programms "Schlichten in Nachbarschaften in Hemelingen" des TOA Bremen; 15.000 €	Stellungnahme SJV: Im Justizressort werden ausschließlich Landesaufgaben wahrgenommen. Das Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter als von der Stadtbürgerschaft beschlossenes Ortsgesetz kann daher keine Haushaltsanträge für die Haushaltsaufstellung des Landes vorsehen, so dass die Senatorin für Justiz- und Verfassung insoweit auch nicht Adressat von Haushaltsanträgen der Beiräte sein kann. Im Verantwortungsbereich der Senatorin für Justiz und Verfassung gibt es insbesondere keine zuständigen kommunalen Stellen, welche Pflichten nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter wahrzunehmen haben. Darauf haben wir in den vergangenen Jahren im Rahmen der HH-Aufstellung auch immer wieder hingewiesen, um Fehlvorstellung bei Haushaltsanträgen zu vermeiden. Schon aus diesem Grunde kann Ihr Antrag in unserem Geschäftsbereich keine Berücksichtigung finden. Aber auch inhaltlich wäre das Justizressort für diesen Antrag unter keinem Aspekt zuständig. § 8 Abs. 4 OrtsG sieht vor, dass der Beirat das Recht hat, Haushaltsanträge zu Projekten bei der fachlich zuständigen Senatsbehörde zu stellen. Das Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“ gehört aber nicht zum Aufgabenbereiche des Justizressorts, denn zuständig ist das Justizressort ausschließlich für den in der Strafprozessordnung gesetzlich normierten, von der Staatsanwaltschaft oder den Gerichten angeordneten Täter-Opfer-Ausgleich. Bei „Schlichten in Nachbarschaften“ handelt es sich hingegen um ein niedrigschwelliges Angebot zur Befriedung der Nachbarschaft. SI: Eine Mittelbereitstellung durch den SI erfolgt nicht. Zur Begründung wird auf die vorstehenden Ausführungen zum Antrag des Beirates Huchting (Nr. 41) verwiesen. SJIS: Das kommunale Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ ist Teil einer langfristig angelegten, integrierten sozialen bremischen Stadtentwicklungspolitik und wurde im Dezember 1998 als Senatsprogramm beschlossen. Die derzeit laufende Förderperiode des Programms endet mit Ablauf des Jahres 2019. Seit einigen Jahren wird im Rahmen der Umsetzung des Programms WiN eine Debatte zur Verstetigung geförderter WiN-Projekte geführt. Diese z.T. langjährige Förderung ist auf die konkreten Bedarfslagen in den WiN-Gebieten zurückzuführen. Als Grundlage für eine Weiterführung des Programms hat der Senat im Jahr 2016 die federführenden Ressorts SKUMS und SJIS gebeten, die nunmehr dritte Evaluation von WiN vorzunehmen und auf Basis dieser Untersuchung sowie des „Monitorings Soziale Stadt“ anschließend einen Bericht zur Weiterentwicklung des Programmes vorzulegen. In der ersten Jahreshälfte 2019 wurde die Programmevaluation beauftragt und durchgeführt. Aus diesen Befunden wurden Handlungsempfehlungen abgeleitet, die die Fortführung, eine Aufstockung sowie weitere umsetzungsbezogene Maßnahmen zur Weiterentwicklung des WiN-Programms vorsehen. Angesichts dieses Befundes sowie vor dem Hintergrund der seit Jahren nicht angepassten Fördermittelausstattung sehen die Gutachter folglich die Notwendigkeit, das WiN-Programm fortzuführen und aufzustocken. Daneben hängt die Planung und Umsetzung der empfohlenen Weiterentwicklung von WiN aber auch mit der Verknüpfung des Landesprogramms „Lebendige Quartiere“ zusammen, dass sich gegenwärtig in der Konzeptionierungsphase befindet. Dadurch könnten künftig zur Verfügung stehende WiN-Mittel erfolgreiche Projekte umfangreicher unterstützen. Gleichwohl ist die Bedarfslage nicht in allen Gebieten identisch, so dass heute schon abzusehen ist, dass für die künftige Förderung Schwerpunktsetzungen erforderlich sind. Zudem werden auch Bedarfsprioritäten in Gebieten eigenständig vorgenommen, sodass es öfter zu Gebietsentscheidungen kommt, Mittel für dieses Vorhaben zu kürzen oder nicht zur Verfügung zu stellen.	26.03.2020; 27.03.2020	Die Deputation für Inneres stimmt den Vorschlägen des Ressorts zu den Anträgen nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2020 / 2021 zu. SJIS: Zuständigkeit bei SI / Kenntnisnahme SJIS: Prüfung einer möglichen Umsetzung im Rahmen der weiteren Konzeptionierung der entsprechenden Maßnahmen im Bereich der Schwerpunktmittel	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SK	**84.**	Hemelingen	09.05.2019	Ausstattung des Personalbudgets der stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TV-L 10) pro Stadtteil	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SKUMS	**85.**	Hemelingen	09.05.2019	Sanierung oder Neubau der Hemelinger Heerstraße im Abschnitt zwischen "Marschstraße" und "Stackkamp"	Sanierungsbedürftig, aber noch verkehrssicher. Aufgrund Prioritätensetzung/unzureichender Mittel nicht darstellbar.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**86.**	Hemelingen	09.05.2019	Sanierung bzw. Neubau der Arberger Heerstraße und der Nebenanlagen im Abschnitt zwischen "Auf den Hellen" und "Nauheimer Straße"	Sanierungsbedürftig, aber noch verkehrssicher. Aufgrund Prioritätensetzung/unzureichender Mittel nicht darstellbar.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**87.**	Hemelingen	09.05.2019	Aufstockung der Budgets WiN und Soziale Stadt; Überarbeitung der Gebietsgrenzen; Zuführung der Mittel des Gebietsbudgets an die Quartiersbudgets	Soziale Stadt: Eine Aufstockung von Gebietsbudgets für einzelne Quartiere nicht darstellbar WiN: SJIS und SKUMS planen zum gegenwärtigen Zeitpunkt, die Förderung des o.g. Programmgebiets ab dem kommenden Haushaltsjahr zu verlängern und die Mehrbedarfe mit entsprechenden Haushaltsansätzen einzubringen. Allein bei SKUMS ist eine Aufstockung von 520 TEUR p.a. geplant.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SJFIS	**88.**	Hemelingen	09.05.2019	Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel zur Verstetigung der beiden Projektstellen "Ankommen im Quartier" und "Integrationsmitarbeiterin im Haus der Familie"	Das Programm „Ankommen im Quartier“ und die Integrationsmitarbeiterin im Haus der Familie ist Teil eines Sofortprogramms für die Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen. V.a. in den sog. Ankunftsquartieren wurden Beratungsstellen (im Umfang von 0,5 BV) verstärkt. Ziel ist es, den Neuzugezogenen (v.a. geflüchtete Menschen) die Integration im Stadtteil zu erleichtern, bei Alltagsfragen zu unterstützen und auf bestehende Regelangebote zu verweisen. Diese Förderung ist auf die konkreten Bedarfslagen in den betroffenen Quartieren zurückzuführen. U.a. soll nun, um die unbestritten wichtige Aufgabe der Hilfe zur Integration zu übernehmen und die Unterstützungsarbeit vor Ort zu stärken, ein Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ aufgelegt werden. Die Senatorin SJIS unterstützt damit die Forderung des Beirats. SKUMS und SJIS haben bei der Auswertung und Evaluation der bestehenden kommunalen und quartiersbezogenen Programme strategische Lücken identifiziert. Das Landesprogramm soll daher die bestehenden Angebote ergänzen und stabilisieren. Gleichwohl ist die Bedarfslage nicht in allen Gebieten identisch, so dass heute schon abzusehen ist, dass für die künftige Förderung Schwerpunktsetzungen erforderlich sind.	27.03.2020	Prüfung einer möglichen Umsetzung im Rahmen der weiteren Konzeptionierung der entsprechenden Maßnahmen im Bereich der Schwerpunktmittel	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SJFIS	**89.**	Hemelingen	09.05.2019	20%ige Erhöhung der Mittel der Kinder- und Jugendförderung und zusätzlich weitere Einrichtungen in den unterversorgten Bereichen des Stadtteils. Verstetigung des zusätzlich aufgelegten Integrationstopfes. Zusätzlich Aufstockung der Förderung der Jugendverbände.	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden. Ebenso, wie der Beirat Hemelingen, erachtet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport das Integrationsbudgets in der offenen Jugendarbeit für notwendig. Mit der Fortführung wird eine fachliche Weiterentwicklung in Hinblick auf das Zusammenleben in einer vielfältigen Stadtgesellschaft verfolgt. Eine herausgehobene Förderung für bestimmte ethnische Gruppen ist nicht Bestandteil des Integrationsbudgets. Es geht grundsätzlich um die Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabechancen junger Menschen.	27.03.2020	Ablehnung soweit der Antrag nicht das Integrationsbudget betrifft	Kenntnisnahme
(SKB) SJIS	**90.**	Blumenthal	13.05.2019	Bereitstellung des erforderlichen Betrages (geschätzt: 750.000,00 €) für die Herrichtung eines Kunstrasenplatzes als Ersatz für den Rotgrandplatz an der Turnerstraße. Der Platz soll mit Quarzsand aufgefüllt werden.	SKB: Im aktuell erstellten Ranking der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport der noch nicht mit einem Kunstrasenplatz ausgestatteten neun Sportanlagen liegt diese Sportanlage auf dem achten Platz. Es ist daher davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren vom Sportressort dort noch kein Kunstrasenplatz gebaut wird. Bei der Senatorin für Kinder und Bildung sind keine Mittel für die Sanierung des Sportplatzes vorgesehen. SJIS: Es gibt in Bremen noch neun Sportanlagen, auf denen Fußball gespielt wird und wo noch kein Kunstrasenplatz gebaut wurde. Eine davon ist die Sportanlage Rönnebecker Sandwehen, gelegen an der Turnerstraße, die vom Neurönnebecker TV und im Trainingsbetrieb vom SV Türkspor genutzt wird. Die Sportanlage besteht aus einem Rasenplatz und einem Rotgrandplatz. Derzeit wird die Sportanlage von vier Mannschaften im Trainingsbetrieb und einer Mannschaft im Spielbetrieb genutzt. Im aktuell erstellten Ranking der noch nicht mit einem Kunstrasenplatz ausgestatteten neun Sportanlagen liegt diese Sportanlage auf dem achten Platz. Es ist daher davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren vom Sportressort dort noch kein Kunstrasenplatz gebaut wird.	27.03.2020; 24.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.SJIS: Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
SKB, SF, SJFIS, SWG, SWAE, SKUMS	**91.**	Mitte, Östliche Vorstadt	04.02.2019	Deutliche Erhöhung der öffentlichen Mittel für die offene Jugendarbeit. Finanziell und organisatorisch entlastende Regelung für die Trägerinstitutionen hinsichtlich der baulichen Bedarfe der von der Stadt für die offene Jugendarbeit zur Verfügung gestellten Liegenschaften. Anregung eines eigenen Haushaltstitels für die stadtteilübergreifenden Angebote des Sportgarten e.V.	SWAE: Keine Zuständigkeit SWAE. SJIS: Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	25.03.2020; 27.03.2020	bei SKB / Kenntnisnahme;	Kenntnisnahme
SKUMS; SKB; SWAE; SWGV	**92.**	Neustadt	16.05.2019	Institutionelle Förderung der KlimaWerkStadt Neustadt in höhe von jährlich mindestens 112.215,00 €	SKUMS: In den Eckwerten nicht berücksichtigt. Aber Grundfinanzierung für 2 Jahre von Kulturpflanzen e.V., für die Arbeit mit Kindern, welcher u.a. die Klimawerkstatt verantwortet. SWAE: Federführung SKUMS. SWAE lediglich Beteiligung	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SKB	**93.**	Horn-Lehe	22.05.2019	Schaffung einer mobilen Dreifachsporthalle in der Nähe der sportbetonten Oberschule Ronzelenstraße (Mittelbereitstellung iHv 2,5 Mio. €)	Bis Sommer 2023 soll an diesem Standort eine Dreifeldhalle entstehen.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.	Kenntnisnahme
SJIS	**94.**	Blumenthal	19.08.2019	Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 120.000 € für die Sanierung des Garagentrakts beim Freibad Blumenthal	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport ist nicht zuständig. Das Gebäude ist im Besitz der Bremer Bäder GmbH. Diese muss in eigener Verantwortlichkeit über die Sanierung der Gebäude aller Bremer Bäder entscheiden. Aus Sicht des Sportamts ist eine Investition in der gewünschten Höhe (120 Tsd. €) jedoch in keinem Fall vorstellbar, da des Gesamttvolumen der Sanierungsvorhaben (ohne Neubau Horner Bad, Westbad und Fritz-Piaskowski-Bad) bereits über 20 Mill. € umfasst. Auch wenn der Antrag so verstanden würde, dass eine ergänzende zweckbezogene Bezuschussung in dieser Höhe beabsichtigt ist, wäre dies aufgrund der Prioritätensetzung im Rahmen der bestehenden Sanierungsbedarfe, die der Deputation für Sport in der Vergangenheit auch berichtet wurden, der Bremer Bäder GmbH abzulehnen.	24.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SJIS	**95.**	Blumenthal	19.08.2019	Erhöhung der WiN-Mittel für Lüssum-Bockhorn um 30 % (45.000,00 €)	Das kommunale Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ ist Teil einer langfristig angelegten, integrierten sozialen bremischen Stadtentwicklungspolitik und wurde im Dezember 1998 als Senatsprogramm beschlossen. Die derzeit laufende Förderperiode des Programms endet mit Ablauf des Jahres 2019. Als Grundlage für eine Weiterführung des Programms hat der Senat im Jahr 2016 die federführenden Ressorts SKUMS und SJIS gebeten, die nunmehr dritte Evaluation von WiN vorzunehmen und auf Basis dieser Untersuchung sowie des „Monitorings Soziale Stadt“ anschließend einen Bericht zur Weiterentwicklung des Programmes vorzulegen. SKUMS und SJIS haben in der ersten Jahreshälfte 2019 die Programmevaluation beauftragt und durchgeführt. Aus diesen Befunden wurden Handlungsempfehlungen abgeleitet, die die Fortführung, eine Aufstockung sowie weitere umsetzungsbezogene Maßnahmen zur Weiterentwicklung des WiN-Programms vorsehen. Die Analyse macht u.a. deutlich, dass sich die Aufgaben und Herausforderungen in den bestehenden WiN-Gebieten insbesondere seit der verstärkten Neuzuwanderung von geflüchteten Menschen im Jahr 2015 vergrößert haben und die gesamtstädtische bedeutsame Funktion der WiN-Gebiete als Ankunfts- und Integrationsquartiere in der Stadt Bremen heute noch deutlicher zu Tage tritt als zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Angesichts dieses Befundes sowie vor dem Hintergrund der seit Jahren nicht angepassten Fördermittelausstattung sehen die Gutachter folglich die Notwendigkeit, das WiN-Programm fortzuführen und aufzustocken. Daneben hängt die Planung und Umsetzung der empfohlenen Weiterentwicklung von WiN aber auch mit der Verknüpfung des Landesprogramms „Lebendige Quartiere“ zusammen, dass sich gegenwärtig in der Konzeptionierungsphase befindet. Gleichwohl ist die Bedarfslage nicht in allen Gebieten identisch, so dass heute schon abzusehen ist, dass für die künftige Förderung Schwerpunktsetzungen erforderlich sind.	27.03.2020	Prüfung einer möglichen Umsetzung im Rahmen der weiteren Konzeptionierung der entsprechenden Maßnahmen im Bereich der Schwerpunktmittel	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SJIS	**96.**	Blumenthal	19.08.2019	Entfristung der Stelle für die pädagogische Mitarbeiterin für die Häuser der Familie Lüssum und Bockhorn und Aufstockung auf 30 Wochenstunden	Das kommunale Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ ist Teil einer langfristig angelegten, integrierten sozialen bremischen Stadtentwicklungspolitik und wurde im Dezember 1998 als Senatsprogramm beschlossen. Die derzeit laufende Förderperiode des Programms endet mit Ablauf des Jahres 2019. Seit einigen Jahren wird im Rahmen der Umsetzung des Programms WiN eine Debatte zur Verstetigung geförderter WiN-Projekte geführt. Diese z.T. langjährige Förderung ist auf die konkreten Bedarfslagen in den WiN-Gebieten zurückzuführen. U.a. soll nun, um die unbestritten wichtigen Aufgaben die die bestehenden Quartierszentren übernehmen und die Quartiersarbeit vor Ort zu stärken, ein Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ aufgelegt werden. Die SJIS unterstützt damit den Wunsch des Beirats die Arbeit in den Quartieren zu stärken. SKUMS und SJIS haben bei der Auswertung und Darstellung des bestehenden WiN-Programms strategische Lücken identifiziert. Daher sollen durch das Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ interdisziplinäre Quartierszentren gefördert werden, in denen Begegnungsangebote, Beratung, kulturelle Aktivitäten, Bildungsangebote oder Gesundheitsförderung u.ä. angeboten werden. Gleichwohl ist die Bedarfslage nicht in allen Gebieten identisch, so dass heute schon abzusehen ist, dass für die künftige Förderung Schwerpunktsetzungen erforderlich sind.	27.03.2020	Prüfung einer möglichen Umsetzung im Rahmen der weiteren Konzeptionierung der entsprechenden Maßnahmen im Bereich der Schwerpunktmittel	Kenntnisnahme
SJIS	**97.**	Blumenthal	19.08.2019	Förderung des Quartierszentrums "Haus der Zukunft" mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 50.000,00 €	Das kommunale Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ ist Teil einer langfristig angelegten, integrierten sozialen bremischen Stadtentwicklungspolitik und wurde im Dezember 1998 als Senatsprogramm beschlossen. Die derzeit laufende Förderperiode des Programms endet mit Ablauf des Jahres 2019. Seit einigen Jahren wird im Rahmen der Umsetzung des Programms WiN eine Debatte zur Verstetigung geförderter WiN-Projekte geführt. Diese z.T. langjährige Förderung ist auf die konkreten Bedarfslagen in den WiN-Gebieten zurückzuführen. U.a. soll nun, um die unbestritten wichtigen Aufgaben die die bestehenden Quartierszentren übernehmen und die Quartiersarbeit vor Ort zu stärken, ein Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ aufgelegt werden. Die SJIS unterstützt damit den Wunsch des Beirats. SKUMS und SJIS haben bei der Auswertung und Darstellung des bestehenden WiN-Programms strategische Lücken identifiziert. Daher sollen durch das Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ interdisziplinäre Quartierszentren gefördert werden, in denen Begegnungsangebote, Beratung, kulturelle Aktivitäten, Bildungsangebote oder Gesundheitsförderung u.ä. angeboten werden. Gleichwohl ist die Bedarfslage nicht in allen Gebieten identisch, so dass heute schon abzusehen ist, dass für die künftige Förderung Schwerpunktsetzungen erforderlich sind.	27.03.2020	Prüfung einer möglichen Umsetzung im Rahmen der weiteren Konzeptionierung der entsprechenden Maßnahmen im Bereich der Schwerpunktmittel	Kenntnisnahme
SJIS	**98.**	Blumenthal	19.08.2019	Verstetigung des Programms "Ankommen im Quartier" und Bereitstellung der benötigten Mittel	Das kommunale Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ ist Teil einer langfristig angelegten, integrierten sozialen bremischen Stadtentwicklungspolitik und wurde im Dezember 1998 als Senatsprogramm beschlossen. Die derzeit laufende Förderperiode des Programms endet mit Ablauf des Jahres 2019. SKUMS und SJIS haben daher Ende 2018 das Forschungsinstitut *empirica* damit beauftragt, in der ersten Jahreshälfte 2019 eine Programmevaluation durchzuführen. Die aus den Befunden durch *empirica* abgeleiteten Handlungsempfehlungen sehen u. a. die Fortführung, eine Aufstockung sowie weitere budget-, steuerungs- und umsetzungsbezogene Maßnahmen zur Weiterentwicklung des WiN-Programms vor. Zu diesen Empfehlungen bedarf es noch einer Beschlussfassung des Senats. Während im Rahmen der Evaluation vor allem Hinweise zur Wirksamkeit des WiN-Programms abgeleitet wurden, ist die zentrale sozialraum-analytische Grundlage für die Bestimmung und Festlegung der künftigen WiN-Fördergebietskulisse das „Monitoring Soziale Stadt“. Auf Basis dieses ressortübergreifend abgestimmten Instrumentes erfolgte die Festlegung der WiN-Gebietskulisse bereits in den Jahren 2008, 2010 und 2013. Im Rahmen der durch die ressortübergreifende „AG Stadtmonitoring“ entwickelten und durch den Senat beschlossenen Neuaufstellung des „Monitorings Soziale Stadt“ wurden für die Ebene der Ortsteile sieben Indikatoren beschlossen (s. Vorlage 759/19 vom 20.9.2019 „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ – Einheitliches Verfahren zur Ermittlung von Ortsteilen mit sozialer Benachteiligung). Der Senat beschloss ebenso einen Prüfauftrag für ein Monitoring unterhalb der Ortsteilebene, da eine Auswertung der zentralen Indikatoren auf Baublockebene insb. aufgrund von Vorgaben der Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr möglich ist. Aus den statistischen Erkenntnissen resultierenden Anpassung der künftigen Gebietskulisse sowie der Mittelverteilung bedarf es ebenso einer entsprechenden Beschlussfassung. Gleichwohl ist die Bedarfslage nicht in allen Gebieten identisch, sodass sich die künftige Förderung teilweise unterscheiden werden.	27.03.2020	Prüfung einer möglichen Umsetzung im Rahmen der weiteren Konzeptionierung der entsprechenden Maßnahmen im Bereich der Schwerpunktmittel	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SKUMS	**99.**	Blumenthal	19.08.2019	Bereitstellung der Mittel zur Umsetzung des Bebauungsplans 1251 (Fuß- und Radweg am Steending); geschätzte Kosten: 250.000,00 €	Enteignungsverfahren / Grunderwerb noch nicht abgeschlossen. Sobald dies erfolgt ist, wird eine Finanzierung geprüft. Aktuell sind keine Mittel für das Vorhaben eingestellt.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**100.**	Blumenthal	19.08.2019	Bereitstellung der Mittel zur Umsetzung einer Bedarfsampel an der Schwaneweder Straße Höhe An de Deelen / An der Holtöber	Verkehrsrechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer Bedarfsampel in der Schwaneweder Straße sind gegeben. Damit das Anliegen wird als Neuantrag im Querungshilfenprogramm aufgenommen, wobei die geeignete Art Querungshilfe geprüft werden muss. Aufgrund der zahlreich eingegangenen Wünsche nach Querungshilfen muss mit einer gewissen Wartezeit bis zu einer optionalen Realisierung gerechnet werden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**101.**	Blumenthal	19.08.2019	Neueinstufung der Grünpflegestufen im Wätjens Park	Grünanlagen in Wätjens Park befinden sich noch in verkehrssicherem Zustand. Für eine qualitative Erhöhung des Grünpflegestandards wäre Verdoppelung des Pflegebudgets notwendig. Insgesamt Sanierungsstau in allen Grünanlagen.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SWAE	**102.**	Neustadt	22.08.2019	Einstellung von ausreichenden Mitteln für die Fortführung des Stadtteilmanagements	Das Stadtteilmanagement Neustadt erhält von SWAE in 2020 eine Förderung in Höhe von 105 T €, das sind 25 T € mehr als in 2019.	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme
SJIS	**103.**	Neustadt	22.08.2019	Erhöhung der gesamtstädtischen Mittel für die Förderung der offenen Jugendarbeit um mindestens 7 % pro Jahr, um den angemeldeten Bedarfen entsprechen zu können	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SJIS	**104.**	Neustadt	27.08.2019	Bereitstellung der Mittel zur Finanzierung einer halben SozialarbeiterInnenstelle sowie der erforderlichen Sachkosten für die Fortführung des Streetworker-Projekts "Mobiler Unterstand"	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport befürwortet die Einrichtung. Seit 2013 wird auf dem Lucie-Flechtmann-Platz ein durch die Anwohnenden unter Beteiligung einer Seniorenwohnanlage und einer Kita initiiertes Urban-Gardening-Projekt durchgeführt. Daneben wird der Platz auch als Treffpunkt von wohnungslosen und suchtkranken Menschen genutzt. Zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Nutzer*innen entstanden erhebliche Konflikte, die erst durch den Einsatz einer pädagogischen Fachkraft deutlich entspannt werden konnten. Gemeinsam mit den Besucher*innen des Treffs und in Absprache mit dem Projekt, KOP und dem Beirat wurde von dem Streetworker ein Unterstand gebaut, Müllbehälter und eine mobile Toilette aufgestellt und immer wieder deeskalierend gewirkt. Mit einbezogen war auch eine Gruppe Drogenkonsumierender aus dem Umfeld des Platzes. Ohne professionelle Betreuung drohen die Konflikte zwischen den Nutzer*innen-Gruppen des Treffs, den Anwohnenden und dem Projekt zu eskalieren, die Betreuung des Personenkreises ist langfristig erforderlich. Aufgrund der erheblichen Konflikte wurden 2017 Honorarstunden aus Globalmitteln des Beirates zur Verfügung gestellt, für ein weiteres Jahr (bis 15.09.2019) wurde eine halbe Stelle für eine pädagogische Fachkraft über LOS finanziert.	27.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme
SKUMS	**105.**	Woltmershausen	29.04.2019	Einstellung von Mitteln für die Verlängerung der Linie 24 zum Lankenauer Höft	Freiwillige Leistung, die gemäß Nahverkehrsplan nicht erforderlich ist und daher nicht im ÖDLA abgebildet ist. Zuschuss von 50% zur Finanzierung der Leistung vorstellbar, sofern wie im Vorjahr zumindest die Hälfte der Kosten durch den Beirat übernommen wird. Kosten für eine Sommersaison: ca. 1.800 Euro.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SK	**106.**	Woltmershausen	20.05.2019	Ausstattung des Personalbudgets für stadtbremische Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TV-L 10) pro Stadtteil	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SJIS	**107.**	Woltmershausen	29.04.2019	Einstellung von Mitteln für einen Kunstrasenplatz auf der Sportanlage Hanseatenkampfbahn	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat in Ihrer mittelfristigen Investitionsplanung zur Sanierung städtischer Sportanlagen den Umbau des Rot-Grand-Platzes auf der Sportanlage Rablinghausen / Hanseatenkampfbahn zu einem Kunstrasenplatz im Jahre 2021 vorgesehen. Daher müssen keine zusätzlichen Mittel angemeldet werden.	24.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme
SWAE; SKUMS	**108.**	Woltmershausen	29.04.2019	Einstellung von Mitteln für eine städtebaulich ansprechende Gestaltung der Hochwasserschutzmaßnahmen am Hohentorshafen und die Gestaltung des geplanten "Utkiek" Sitzplatzes	SWAE: Der Utkiek ist keine touristische Maßnahme, dient aber der Naherholung und wertet die städtebauliche Situation durch eine Verbesserung der Freiraumqualität auf. Es wird vorgeschlagen, ein Vorgehen analog der technischen Hochwasserschutzmaßnahme „Waller Sand“ anzustreben. Der Zuwendungsgeber (Bundemittel GAK) hat dort die mit dem Waller Sand und der Aufwertung des Molenturmareals verbundene Freiraumqualität in Verknüpfung mit dem erforderlichen technischen Hochwasserschutz explizit mit ihrer ausgesprochenen Förderung in nicht unerheblicher Höhe gewürdigt. Die SWAE ist hierzu im Austausch mit der SWH. SKUMS: Ist aus Geldern der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz nicht förderfähig. Projektträger ist SWH.	25.03.2020; 26.03.2020	Zustimmung; Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**109.**	Vegesack	04.09.2019	Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für die Baumaßnahmen im Rahmen des Generalplans Küstenschutz unter besonderer Berücksichtigung des historischen Kerns im unteren Vegesack und um den Museumshaven herum; Glasausschnitte in der Spundwand zur Herstellung der Erlebbarkeit des Kito	Für einen stadtbildverträglichen Hochwasserschutz sind 200.000 € /a im Haushaltsentwurf veranschlagt. Haushaltsmittel für die Gesamtmaßnahme IEK Grohn sind im Rahmen der Städtebauförderungen veranschlagt, u.a. für die Umgestaltung des Bahnhofsplatz Vegesack. Investive Maßnahme in Infrastruktur des Bahnhofsplatzes sind aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Rahmen- und Objektplanung noch nicht eingestellt.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**110.**	Strom, Seehausen	30.08.2019	Einplanung des Budgets für die Grundsanierung der Weißefeldstraße und der Wiedbrokstraße	Sanierungsbedürftig, aber noch verkehrssicher. Aufgrund Prioritätensetzung/unzureichender Mittel nicht darstellbar.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKB	**111.**	Blumenthal	09.09.2019	Erhöhung des Haushaltes für die Oberschulen um 15.000,00 € pro Jahr und Oberschule zur Finanzierung von Projekten	Es sind keine zusätzlichen Mittel im Haushalt eingeplant. Einzelne Maßnahmen / Projekte können im Haushaltsvollzug geprüft werden.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung lehnt den Antrag ab.	Kenntnisnahme
SJIS	**112.**	Blumenthal	09.09.2019	Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Errichtung für je ein Spielhaus bzw. Treff in Rönnebeck und Farge-Rekum	Spielhäuser und -treffs liegen grundsätzlich im Zuständigkeitsbereich der Senatorin für Kinder und Bildung, dies gilt auch für die weitere Schulplanung und den damit verbundenen Ausbau von Angeboten der Ganztagesbetreuung. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wird die Situation vor Ort entsprechend begleiten. Im Rahmen der Stärkung von Angeboten in Quartieren, die der Eckwertvorschlag vorsieht, wird das Ressort im Rahmen seiner Möglichkeiten Strukturen stärken.		Ablehnung	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SJIS	**113.**	Blumenthal	09.09.2019	Finanzielle Absicherung des Offenen Freizeit-Treffs (OFT) am KUFZ Wasserturm	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden. Die Fach- und Ressourcenverantwortung für die offene Jugendarbeit liegt in den Stadtteilen bei den Referatsleitungen Junge Menschen im Amt für Soziale Dienste (AfSD). Für die im Stadtteil verfügbaren OJA-Mittel wird vom AfSD eine Prioritätenliste der OJA-Angebote im Stadtteil erstellt und geprüft. Diese wird im Controllingausschuss diskutiert mit dem Ziel, möglichst im Konsens eine Entscheidung zum Einsatz der Mittel zu treffen. Der Offene Freizeit Treff wurde bis einschließlich 2018 als Projekt über Mittel für die stadtteilbezogene offene Jugendarbeit gefördert. Bei der Mittelverteilung 2019 hat der zuständige Controllingausschuss entschieden, die Förderung für das Angebot einzustellen. Eine Verfahrensänderung für die Mittelvergabe in der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit ist nicht vorgesehen. Die Entscheidung, welche Angebote im jeweiligen Stadtteil gefördert werden liegt weiterhin beim AfSD und dem Controllingausschuss.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SK, SfK	**114.**	Borgfeld	20.02.2019	Errichtung eines neuen Bürgerhauses nebst integriertem Ortsamt	SfK: Es ist vorgesehen dass das Focke-Museum Veranstaltungsräume erhält, die auch für eine öffentliche kulturelle Nutzung zugänglich gemacht werden sollen, um so ein vielfältiges Angebot für unterschiedliche Zielgruppen in der Stadtregion Schwachhausen/Horn/Borgfeld möglich machen zu können. SK: Die Anmietung eines neuen Ortsamtes für Borgfeld ist derzeit mangels entsprechender Bedarfe nicht vorgesehen.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SKUMS	**115.**	Borgfeld	17.09.2019	Sanierung der Fahrbahn der Katrepeler Landstraße und Verstärkung der Beleuchtung; Einstellung der hierfür erforderlichen Mittel in den Haushalt 2020/21	Kein guter, aber noch verkehrssicherer Zustand. Aufgrund Prioritätensetzung/unzureichender Mittel nicht darstellbar.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**116.**	Borgfeld	17.09.2019	Umgestaltung der Borgfelder Ortsmitte zu einer "shared space"-Zone; Einstellung der hierfür erforderlichen Kosten (zunächst ca. 1,5 Mio. €).	Wunsch für „shared space“ Zone bzw. verkehrsberuhigtem Geschäftsbereich, mit Ziel einer deutlichen Verbesserung der Aufenthaltsqualität ist nachvollziehbar. Für die im Beschluss dargestellten Maßnahmen stehen derzeit absehbar keine finanziellen Mittel zur Verfügung	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SfK; SJIS; SKB	**117.**	Borgfeld	17.09.2019	Ausweisung von Stadtteilbudgets gem. § 32 Abs. 4 BeirOG	Zunächst wird eine Evaluation des Stadtteilbudgets Verkehr durchgeführt (SF, SK); eine Entscheidung über die Einrichtung weiterer Stadtteilbudgets erfolgt dann Ende 2020. SfK: Die Mehrbedarfsanmeldung enthält Mittel für die Projektförderung inkl. Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen. SfK prüft im Zuge der Haushaltsaufstellung, ob hiervon ein Betrag von 50 T€ für Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt werden kann. SJIS: Zur Einführung von Stadtteilbudgets hat sich der Senat in Umsetzung des Urteiles des Verwaltungsgerichts Bremens vom 09.12.2015 (1 K 2236/15) dazu entschieden, im Bereich der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) auszuweisen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat darüber hinaus geprüft, in welchen Bereichen ihrer Zuständigkeit Stadtteilbudgets ausgewiesen werden können. Dabei galt es vor allem Bereiche zu identifizieren, in denen die Beiräte ein entsprechendes Entscheidungsrecht haben und es keine übergeordneten Gremien wie bspw. den Jugendhilfeausschuss mit eigenen Entscheidungsrechten gibt, die der Ausweisung eines Stadtteilbudgets entgegenstehen. Nach dieser Auswertung konnten keine Bereiche identifiziert werden, in denen ein entsprechendes Stadtteilbudget im Rahmen der Eckwerte möglich war. Im Senat ist vereinbart worden, dass die Erkenntnisse des im Bereich von SKUMS eingeführten Stadtteilbudgets weiter ausgewertet werden, um die Erfahrungen bei zukünftigen Haushaltsaufstellungen zu berücksichtigen.	10.03.2020; 27.03.2020	Die Deputation für Kultur beschließt bezüglich der Anträge der Beiräte entsprechend der Anlage. SJIS: Ablehnung.	Kenntnisnahme
SKUMS	**118.**	Gröpelingen	11.09.2019	Einführung eines Profi-Tickets zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV für Kinder und Jugendliche	In der Teilfortschreibung und Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2025 werden neben Angebots- auch Tarifmaßnahmen im ÖPNV geprüft, darunter Optionen eines preislich reduzierten oder kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs für unterschiedliche Nutzergruppen. Vor einer Entscheidung darüber können keine Maßnahmen getroffen werden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SJIS; SF, SWAE	**119.**	Horn-Lehe	17.09.2019	Bereitstellung der Mittel für die dringende Sanierung der Gemeinschaftsanlagen (Haus, Elektrizität) auf dem Alten Campingplatz am Stadtwaldsee	SWAE: Der Antrag wurde an SIS, SF und SWAE gerichtet. Der Antrag steht in direktem Zusammenhang mit der Weiterführung der Jugendarbeit auf dem Gelände und der Verpachtung des Geländes an eine oder mehrere Jugendorganisationen (AWO; CVJM; Jugendring, ASB). Im Rahmen der Aufstellung der HH 2020/21 wurde von SWAE ein Mehrbedarf von 3 Mio. € für Gebäudesanierungsmaßnahmen angemeldet. Dieser Mehrbedarf wurde vom Senat nicht bewilligt. SJIS: Der Alte Campingplatz am Stadtwaldsee ist Bestandteil des Sondervermögens der Wirtschaftsförderung. Die Kosten einer Sanierung wären aus dem Sondervermögen zu tragen. Zu zwingend erforderlichen Instandsetzungsarbeiten der Gebäude auf der Fläche, liegt aktuell keine Machbarkeitsstudie vor. Die Betriebskosten für den Unterhalt der Anlage durch die Jugendverbände können aktuell nicht geschätzt werden.	25.03.2020; 27.03.2020	Zustimmung; SJIS: Ablehnung	Kenntnisnahme
SKUMS; SF	**120.**	Huchting	16.09.2019	Einstellung von Planungsmitteln zur Entwicklung des Stadtteilzentrums Huchting; Veranschlagung von Mitteln für Grunderwerbe im Stadtteilzentrum Huchting	Angesichts von der Knappheit an Planungsmitteln und der Konkurrenz können Einzelvorhaben nicht gesondert veranschlagt werden. Mittelverteilung erfolgt durch Prioritätensetzung. Gleiches gilt für Grunderwerb, allerdings ist hier ein anteiliger Grunderwerb ggf. vorstellbar, u.a. weil eine Kofinanzierung durch Städtebauförderung möglich ist.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**121.**	Borgfeld	29.05.2018	Einstellung der erforderlichen Mittel bzgl. der Butendieker Landstraße (Wiederholungsantrag, da im HH 2018/19 keine Mittel zur Verfügung standen)	Sanierungsbedürftig, aber noch verkehrssicherer Zustand. Personelle und finanzielle Ressourcen für Anpassung Straßenquerschnitt und Straßenaufbau nicht vorhanden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SK	**122.**	Vegesack	16.09.2019	Bereitstellung eines Budgets in Höhe von 10.000,00 € für die dauerhafte Umsetzung der Jugendbeteiligung zusätzlich zu den Globalmitteln	In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 können erstmals eigene Budgets für die Jugendbeiräte in einer Höhe von insgesamt jeweils 40.000,00 EUR eingerichtet werden. Die von den Beiräten und Ortsämtern gewünschte Begleitung der Jugendbeiräte durch eine pädagogische Fachkraft kann nach den Ergebnissen der Haushaltsklausur des Senats ebenfalls durch zusätzliche Vollzeitstelle in 2020 realisiert werden. Darüberhinaus kann die Beschäftigung von insgesamt 5 FSJ-Kräften (freiwilliges politisches Jahr) finanziell abgesichert und somit verstetigt werden.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SI	**123.**	Oberneuland	26.09.2019	Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für die Versetzung der Freiwilligen Feuerwehr Oberneuland neben die Tunneleinfahrt Franz-Schütte-Allee an der Rockwinkeler Landstraße	Aus Sicht des Senators für Inneres ist eine Verlegung der Freiwilligen Feuerwehr Oberneuland an die oben genannte Tunneleinfahrt denkbar, allerdings aufgrund fehlender Mittel nicht umsetzbar. Im Zukunftskonzept der Freiwilligen Feuerwehren (Stand: 01.04.2018) sind im Einvernehmen mit den Freiwilligen Feuerwehren und der Stadtgemeinde Bremen Priorisierungen vorgenommen worden, die eine Verlegung der Freiwilligen Feuerwehr Oberneuland nicht enthalten.	26.03.2020	Die Deputation für Inneres stimmt den Vorschlägen des Ressorts zu den Anträgen nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2020 / 2021 zu.	Kenntnisnahme
SKUMS	**124.**	Oberneuland	26.09.2019	Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für den notwendigen Ausbau der Nebenanlagen entlang der gesamten Oberneulander Landstraße (soweit diese der Stadt gehören) und den aktiven Ankauf der fehlenden Strecken sowie der Erneuerung der Asphaltfläche zwischen Eekenhöge und Oberneulander Landstraße 113 (Höhe Restaurant Sergio).	Verkehrssicher. Straße ist noch nicht erstmalig erschlossen worden, Baukosten wären auf Anlieger umzulegen.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKB	**125.**	Oberneuland	26.09.2019	Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für Schulsozialarbeiter an der Oberschule Rockwinkel (mind. 1 VZE)	Insgesamt werden zusätzliche Mittel für die Schulsozialarbeit in der Stadtgemeinde Bremen mit dem Haushalt 2020/21 zur Verfügung gestellt. Die Verteilung auf die einzelnen Schulstandorte obliegt der Senatorin für Kinder und Bildung (nach Sozialindikator).	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.	Kenntnisnahme
SKB	**126.**	Oberneuland	26.09.2019	Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für den Ausbau der Oberschule Rockwinkel zur Fünfzügigkeit sowie den Bau einer Mensa im Zuge des geplanten Ausbaus zur teilgebundenen Ganztagsschule	Auf Basis der aktuellen Prognosen der Schulstandortplanung ist für diesen Standort eine 4-Zügigkeit vorgesehen. Somit ist der Ausbau zur Fünfzügigkeit nicht erforderlich. Derzeit sind die vorhandenen Mensakapazitäten ausreichend.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung lehnt den Antrag ab.	Kenntnisnahme
SKB	**127.**	Oberneuland	26.09.2019	Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für den Bau einer teilbaren oder zweigeschossigen Turnhalle an der Oberschule Rockwinkel	Derzeit werden durch die Senatorin für Kinder und Bildung in Zusammenarbeit mit Immobilien Bremen die verschiedenen Möglichkeiten für die Sporthalle an diesem Standort geprüft.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
Alle	**128.**	Osterholz	12.09.2019	Ausweisung der gesetzlich verankerten Stadtteilbudgets für Maßnahmen der Beiräte gem. § 10 Abs. 1 Nr. 2-10 BeirOG	Zunächst wird eine Evaluation des Stadtteilbudgets Verkehr durchgeführt (SF, SK); eine Entscheidung über die Einrichtung weiterer Stadtteilbudgets erfolgt dann Ende 2020. SWAE: Für die City- und Stadtteilinitiativen wurden 1.375 T€ in 2020 und 1.398 T€ in 2021 im Haushalt veranschlagt. Die konkreten Maßnahmen werden auf Antrag gefördert. SfK: Die Mehrbedarfsanmeldung enthält Mittel für die Projektförderung inkl. Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen. SfK prüft im Zuge der Haushaltsaufstellung, ob hiervon ein Betrag von 50 T€ für Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt werden kann. SJIS: Zur Einführung von Stadtteilbudgets hat sich der Senat in Umsetzung des Urteiles des Verwaltungsgerichts Bremens vom 09.12.2015 (1 K 2236/15) dazu entschieden, im Bereich der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) auszuweisen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat darüber hinaus geprüft, in welchen Bereichen ihrer Zuständigkeit Stadtteilbudgets ausgewiesen werden können. Dabei galt es vor allem Bereiche zu identifizieren, in denen die Beiräte ein entsprechendes Entscheidungsrecht haben und es keine übergeordneten Gremien wie bspw. den Jugendhilfeausschuss mit eigenen Entscheidungsrechten gibt, die der Ausweisung eines Stadtteilbudgets entgegenstehen. Nach dieser Auswertung konnten keine Bereiche identifiziert werden, in denen ein entsprechendes Stadtteilbudget im Rahmen der Eckwerte möglich war. Im Senat ist vereinbart worden, dass die Erkenntnisse des im Bereich von SKUMS eingeführten Stadtteilbudgets weiter ausgewertet werden, um die Erfahrungen bei zukünftigen Haushaltsaufstellungen zu berücksichtigen.	25.03.2020; 27.03.2020	Zustimmung; SJIS: Ablehnung	Kenntnisnahme
SKUMS	**129.**	Osterholz	12.09.2019	Zuweisung von Mitteln für Planungskosten sowie anteilige Kosten der Verlängerung der Straßenbahnlinie zwischen Depot Sebaldsbrück und Otto-Brenner-Allee (entlang der Osterholzer Heerstraße)	Wünschenswert, aber aufgrund fehlende finanzieller Mittel nicht umsetzbar.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**130.**	Osterholz	12.09.2019	Zuweisung von Mitteln für den Ausbau des Fahrradweges in der Osterholzer Heerstraße zwischen Osterholzer Landstraße sowie Otto-Brenner-Allee	Sanierungsbedürftig, aber noch verkehrssicher.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**131.**	Osterholz	12.09.2019	Zuweisung von Haushaltsmitteln für die Sanierung der Züricher Straße zwischen St.-Gotthard-Straße bis zur Kreuzung Osterholzer Landstraße (Stadtteil Osterholz)	Sanierungsbedürftig, aber noch verkehrssicher. Aufgrund Prioritätensetzung/unzureichender Mittel nicht darstellbar.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SK	**132.**	Osterholz	12.09.2019	Erhöhung der Globalmittel um 10 %; Einstellung eines eigenen Titels für den Osterholzer Jugendbeirat (Finanzmittel iHv 10.000,00 EUR jährlich zur Finanzierung eigener Projekte)	Die Globalmittel werden um 40.000,00 € erhöht. Jugendbeiräte erhalten ein eigenes Budget in Höhe von 40.000,00 €.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SWAE	**133.**	Osterholz	12.09.2019	Zuweisung von anteiligen Kosten für eine Stelle beim Verein Aktiv für Bremen-Osterholz e.V. zur Unterstützung des Stadtteilmarketings Osterholz iHv 10.000,00 EUR p.a.	Für die City- und Stadtteilinitiativen wurden 1.375 T€ in 2020 und 1.398 T€ in 2021 im Haushalt veranschlagt. Die konkreten Maßnahmen werden auf Antrag gefördert.	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SK	**134.**	Hemelingen	26.09.2019	Erhöhung der Globalmittel um 10 %; Einstellung eines eigenen Titels für den Hemelinger Jugendbeirat (Finanzmittel iHv 10.000,00 EUR jährlich zur Finanzierung eigener Projekte)	Die Globalmittel werden um 40.000,00 € erhöht. Jugendbeiräte erhalten ein eigenes Budget in Höhe von 40.000,00 €.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
Alle	**135.**	Hemelingen	26.09.2019	Ausweisung der gesetzlich verankerten Stadtteilbudgets für Maßnahmen der Beiräte gem. § 10 Abs. 1 Nr. 2-10 BeirOG	Zunächst wird eine Evaluation des Stadtteilbudgets Verkehr durchgeführt (SF, SK); eine Entscheidung über die Einrichtung weiterer Stadtteilbudgets erfolgt dann Ende 2020. SWAE: Für die City- und Stadtteilinitiativen wurden 1.375 T€ in 2020 und 1.398 T€ in2021 im Haushalt veranschlagt. Die konkreten Maßnahmen werden auf Antrag gefördert. SfK: Die Mehrbedarfsanmeldung enthält Mittel für die Projektförderung inkl. Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen. SfK prüft im Zuge der Haushaltsaufstellung, ob hiervon ein Betrag von 50 T€ für Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt werden kann. SJIS: Zur Einführung von Stadtteilbudgets hat sich der Senat in Umsetzung des Urteiles des Verwaltungsgerichts Bremens vom 09.12.2015 (1 K 2236/15) dazu entschieden, im Bereich der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) auszuweisen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat darüber hinaus geprüft, in welchen Bereichen ihrer Zuständigkeit Stadtteilbudgets ausgewiesen werden können. Dabei galt es vor allem Bereiche zu identifizieren, in denen die Beiräte ein entsprechendes Entscheidungsrecht haben und es keine übergeordneten Gremien wie bspw. den Jugendhilfeausschuss mit eigenen Entscheidungsrechten gibt, die der Ausweisung eines Stadtteilbudgets entgegenstehen. Nach dieser Auswertung konnten keine Bereiche identifiziert werden, in denen ein entsprechendes Stadtteilbudget im Rahmen der Eckwerte möglich war. Im Senat ist vereinbart worden, dass die Erkenntnisse des im Bereich von SKUMS eingeführten Stadtteilbudgets weiter ausgewertet werden, um die Erfahrungen bei zukünftigen Haushaltsaufstellungen zu berücksichtigen.	10.03.2020; 27.03.2020	Die Deputation für Kultur beschließt bezüglich der Anträge der Beiräte entsprechend der Anlage. SJIS: Ablehnung.	Kenntnisnahme
SKUMS	**136.**	Blumenthal	19.08.2019	Bereitstellung der Mittel für die Umsetzung des Bebauungsplanes 352 und zur Sanierung der Hospitalstraße; geschätzte Kosten: 700.000,00 EUR	Sanierungsbedürftig, aber noch verkehrssicher. Die Straße wurde noch nicht erstmalig erschlossen, Baukosten wären daher auf die Anlieger umzulegen. Ausbauplanung noch nicht vorhanden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SfK	**137.**	Blumenthal	13.05.2019	Einstellung eines Betrages iHv 2.500,00 EUR zur Renovierung der Büroräume des Dokumentationszentrums	Diese Maßnahme wurde bereits im Jahr 2019 vom SfK bewilligt.	10.03.2020	Die Deputation für Kultur beschließt bezüglich der Anträge der Beiräte entsprechend der Anlage.	Kenntnisnahme
SJIS	**138.**	Blumenthal	13.05.2019	Einstellung eines Betrages iHv 3.700,00 EUR für die Anschaffung einer professionellen Spülmaschine im Familienzentrum Bockhorn	Dem Antrag kann nicht im Rahmen eines Haushaltsantrages im Rahmen der Haushaltsaufstellung entsprochen werden. Das Familienzentrum macht eine gute Arbeit und soll in dieser auch weiter gestärkt werden. Im Rahmen des Eckwertvorschlages sind deutliche Verstärkungen im Bereich der Quartiere geplant, in der weiteren Umsetzung wird geprüft, ob und wie die Strukturen weiter gestärkt werden können.	27.03.2020	Prüfung einer möglichen Umsetzung im Rahmen der weiteren Konzeptionierung der entsprechenden Maßnahmen im Bereich der Schwerpunktmittel	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SK	**139.**	Mitte	30.09.2019	Ausstattung des Personalbudgets für die stadtbremischen Ortsämter mit einer zusätzlichen halben Stelle (TVL 10) pro Stadtteil	Zunächst wie im Koalitionsvertrag vorgesehen Unterstützung der Ortsämter mit mehr als einem Beirat um eine Vollzeitstelle im Bereich der Kommunalen Sachbearbeitung. Weiterhin Schaffung eines Springerpools zur Kompensation von Ausfällen in den kleineren Einheiten. Zusätzliches Personal 2020: 1 Springerkraft; 2021: 4 VZE für OÄ.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SJIS	**140.**	Mitte, Östliche Vorstadt	30.09.2019 21.01.2020	Erhöhung der OJA-Mittel um mind. 3,5 %; Erhöhung der konsumtiven Kostensteigerungen um jährlich 2 %.	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SJIS	**141.**	Mitte, Östliche Vorstadt	21.01.2020	Schaffung eines eigenen Haushaltstitels zur Unterstützung des Vereins Sportgarten e.V.	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SI	**142.**	Findorff	30.09.2019	Bereitstellung der Mittel für die erforderlichen Einsatzkapazitäten für eine wirkungsvolle Überwachung des ruhenden Verkehrs in Findorff	In den Haushaltsjahren 2020/2021 wird angestrebt, die Verkehrsüberwachung (Ordnungsamt Bremen) personell um bis zu 30 Vollzeiteinheiten aufzustocken. Die Aufstockung soll durch zusätzliche Einnahmen aus der Überwachung des ruhenden Verkehrs refinanziert werden.	26.03.2020	Die Deputation für Inneres stimmt den Vorschlägen des Ressorts zu den Anträgen nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2020 / 2021 zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SKB	**143.**	Findorff	30.09.2019	Bereitstellung von Mitteln für die erforderlichen Investitionen im Bereich der Schulen und den Ausbau der Kindertagesbetreuung	Die Maßnahmen sind z. T. in der Schulstandortplanung, in der Investitionsplanung der Kindertagesbetreuung bzw. KInvFG bereits verortet und werden im Rahmen der vorhandenen Mittel finanziert.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt die Stellungnahme des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.	Kenntnisnahme
SK	**144.**	Huchting	30.09.2019	Erhöhung der Globalmittel um 10 %; Einstellung eines eigenen Titels für den Huchtinger Jugendbeirat (Finanzmittel iHv 10.000,00 EUR jährlich zur Finanzierung eigener Projekte); Ausweisung der Betreuung und pädagogischen Begleitung des Jugendbeirates im Doppelhaushalt 2020/2021 und im Stellenplan 2020/2021 der Stadtgemeinde Bremen	Die Globalmittel werden um 40.000,00 EUR erhöht. In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 können erstmals eigene Budgets für die Jugendbeiräte in einer Höhe von insgesamt jeweils 40.000,00 EUR eingerichtet werden. Die von den Beiräten und Ortsämtern gewünschte Begleitung der Jugendbeiräte durch eine pädagogische Fachkraft kann nach den Ergebnissen der Haushaltsklausur des Senats ebenfalls durch zusätzliche Vollzeitstelle in 2020 realisiert werden. Darüberhinaus kann die Beschäftigung von insgesamt 5 FSJ-Kräften (freiwilliges politisches Jahr) finanziell abgesichert und somit verstetigt werden.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
Alle	**145.**	Huchting	30.09.2019	Ausweisung der gesetzlich verankerten Stadtteilbudgets für Maßnahmen der Beiräte gem. § 10 Abs. 1 Nr. 2-10 BeirOG	Zunächst wird eine Evaluation des Stadtteilbudgets Verkehr durchgeführt (SF, SK); eine Entscheidung über die Einrichtung weiterer Stadtteilbudgets erfolgt dann Ende 2020. SWAE: Für die City- und Stadtteilinitiativen wurden 1.375 T€ in 2020 und 1.398 T€ in 2021 im Haushalt veranschlagt. Die konkreten Maßnahmen werden auf Antrag gefördert. SfK: Die Mehrbedarfsanmeldung enthält Mittel für die Projektförderung inkl. Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen. SfK prüft im Zuge der Haushaltsaufstellung, ob hiervon ein Betrag von 50 T€ für Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt werden kann. SJIS: Zunächst wird eine Evaluation des Stadtteilbudgets Verkehr durchgeführt (SF, SK); eine Entscheidung über die Einrichtung weiterer Stadtteilbudgets erfolgt dann Ende 2020. SJIS: Zur Einführung von Stadtteilbudgets hat sich der Senat in Umsetzung des Urteiles des Verwaltungsgerichts Bremens vom 09.12.2015 (1 K 2236/15) dazu entschieden, im Bereich der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) auszuweisen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat darüber hinaus geprüft, in welchen Bereichen ihrer Zuständigkeit Stadtteilbudgets ausgewiesen werden können. Dabei galt es vor allem Bereiche zu identifizieren, in denen die Beiräte ein entsprechendes Entscheidungsrecht haben und es keine übergeordneten Gremien wie bspw. den Jugendhilfeausschuss mit eigenen Entscheidungsrechten gibt, die der Ausweisung eines Stadtteilbudgets entgegenstehen. Nach dieser Auswertung konnten keine Bereiche identifiziert werden, in denen ein entsprechendes Stadtteilbudget im Rahmen der Eckwerte möglich war. Im Senat ist vereinbart worden, dass die Erkenntnisse des im Bereich von SKUMS eingeführten Stadtteilbudgets weiter ausgewertet werden, um die Erfahrungen bei zukünftigen Haushaltsaufstellungen zu berücksichtigen.	25.03.2020; 27.03.2020	Zustimmung; SJIS: Ablehnung	Kenntnisnahme
SKUMS	**146.**	Huchting	30.09.2019	Veranschlagung von Haushaltsmitteln für die Verbesserung der Verkehrssituation am Wardamm	Auf dem Wardamm wird der Verlauf einer Radpremiumroute geprüft, was mit baulichen Veränderungen einhergeht. Vor einer Entscheidung über eine Radpremiumroute sollte von baulichen Maßnahmen abgesehen werden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**147.**	Huchting	30.09.2019	Veranschlagung von Haushaltsmitteln für die Verbesserung der Verkehrssituation in der Huchtinger Heerstraße	Eine Neuordnung des Straßenraums ist sinnvoll, kann jedoch mangels Personalkapazitäten derzeit nicht erfolgen. Die Situation ist verkehrssicher.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**148.**	Huchting	30.09.2019	Veranschlagung von Haushaltsmitteln für die Sanierung des stadtauswärtigen Geh- bzw. Radwegs in der Huchtinger Heerstraße	Sanierungsbedürftig, aber noch verkehrssicher. Problematisch durch angrenzenden Baumbestand mit großen weit obenliegenden Wurzeln. Optimaler Zustand wäre wegen Lage und Wurzeln nur mit großem planerischem und finanziellen Aufwand möglich.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
Alle	**149.**	Östliche Vorstadt	01.10.2019	Ausweisung der gesetzlich verankerten Stadtteilbudgets für Maßnahmen der Beiräte gem. § 10 Abs. 1 Nr. 2-10 BeirOG	Zunächst wird eine Evaluation des Stadtteilbudgets Verkehr durchgeführt (SF, SK); eine Entscheidung über die Einrichtung weiterer Stadtteilbudgets erfolgt dann Ende 2020. SWAE: 2021 im Haushalt veranschlagt. Die konkreten Maßnahmen werden auf Antrag gefördert. SfK: Die Mehrbedarfsanmeldung enthält Mittel für die Projektförderung inkl. Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen. SfK prüft im Zuge der Haushaltsaufstellung, ob hiervon ein Betrag von 50 T€ für Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt werden kann. SJIS: Zunächst wird eine Evaluation des Stadtteilbudgets Verkehr durchgeführt (SF, SK); eine Entscheidung über die Einrichtung weiterer Stadtteilbudgets erfolgt dann Ende 2020. SJIS: Zur Einführung von Stadtteilbudgets hat sich der Senat in Umsetzung des Urteiles des Verwaltungsgerichts Bremens vom 09.12.2015 (1 K 2236/15) dazu entschieden, im Bereich der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) auszuweisen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat darüber hinaus geprüft, in welchen Bereichen ihrer Zuständigkeit Stadtteilbudgets ausgewiesen werden können. Dabei galt es vor allem Bereiche zu identifizieren, in denen die Beiräte ein entsprechendes Entscheidungsrecht haben und es keine übergeordneten Gremien wie bspw. den Jugendhilfeausschuss mit eigenen Entscheidungsrechten gibt, die der Ausweisung eines Stadtteilbudgets entgegenstehen. Nach dieser Auswertung konnten keine Bereiche identifiziert werden, in denen ein entsprechendes Stadtteilbudget im Rahmen der Eckwerte möglich war. Im Senat ist vereinbart worden, dass die Erkenntnisse des im Bereich von SKUMS eingeführten Stadtteilbudgets weiter ausgewertet werden, um die Erfahrungen bei zukünftigen Haushaltsaufstellungen zu berücksichtigen.	25.03.2020; 27.03.2020	Zustimmung; SJIS: Ablehnung	Kenntnisnahme
SK	**150.**	Östliche Vorstadt	01.10.2019	Erhöhung der Globalmittel um 10 %	Die Globalmittel werden um 40.000,00 € erhöht.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SWAH, SKUMS	**151.**	Woltmershausen	29.04.2019	Einstellung von Mitteln für einen Fähranleger auf der Höhe Duntzestraße	SWAE: In Abstimmung mit SKUMS: Zuständigkeit liegt dort, Info an Beirat ist erfolgt. SKUMS: Federführung SWH.	25.03.2020	Zustimmung	Kenntnisnahme
SKUMS	**152.**	Strom	16.10.2019	Bereitstellung von ausreichenden Haushaltsmitteln für die Beseitigung der Schäden an der Stromer Landstraße	Für größere Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten sind keine Haushaltsmittel vorhanden. Auftretende Schäden werden weiterhin beseitigt und die Verkehrssicherungspflicht eingehalten.	25.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS, SJIS	**153.**	Huchting	21.10.2019	Veranschlagung von Haushaltsmitteln für den Ersatzneubau des Spielschiffes im Grünenzentrum Huchting	Spielschiff ist abgängig, Reparatur nicht mehr möglich. Investive Mittel in Grünflächen werden für Wegesanierung wg. Verkehrssicherungspflicht benötigt und stehen nicht in dem für einen Ersatzneubau zur Verfügung. SJIS: Die Grünfläche Huchting und das darauf liegende Spielschiff liegen in der Zuständigkeit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau. Diese hat in der Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 10.12.2019 umfassend zum Zustand des Spielschiffes und den Planungsperspektiven Stellung genommen. Eine ressortübergreifende Zusammenarbeit bezüglich des Ersatzneubaus des Spielschiffes zwischen der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wurde eingeleitet. Die Notwendigkeit für den Ersatzneubau des Spielschiffes wird von der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport gesehen. Nach Beschluss über die Haushalte kann entsprechend geplant und eine Aussage getroffen werden, wann ein Ersatzneubau möglich sein wird.	26.03.2020; 27.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme; SJIS: Ablehnung	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SJIS	**154.**	Huchting	21.10.2019	Aufstockung der OJA-Mittel ab 2020 zum Ausgleich der Differenz von 97.012,66 EURO; Fortführung des Integrationsbudgets über den 31.12.2019 hinaus; Bewilligung der aufgestockten Beträge im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden. Eine Erhöhung der OJA-Stadtteilbudgets ist vor Beschluss des Haushaltes 2020/21 nicht möglich, da diese im Eckwertebeschluss des Senats nicht abgebildet ist. Die Gewährung von Zuwendungen in OJA für 2020 dürfen in der sogenannten haushaltslosen Zeit das OJA-Stadtteilbudget 2019 nicht überschreiten. Für Huchting stehen bis zur Verabschiedung des Haushaltsgesetzes somit Mittel in Höhe von 717.384 € (inkl. Mieten) für 2020 zur Verfügung. Innerhalb dessen sind aber Umverteilungen möglich. Die Fortsetzung des Integrationsbudgets in OJA über den 31.12.2019 hinaus, ist im vorliegenden Eckwertbeschluss für den Haushalt 2020/21 abgebildet. Damit gilt auch für diesen Bereich, dass Zuwendungen in Höhe der 2019 zur Verfügung stehenden Mittel gewährt werden können. Für Huchting sind dies 13.806,23 €. Ebenso, wie der Beirat Huchting, erachtet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport das Integrationsbudgets in der offenen Jugendarbeit für notwendig. Mit der Fortführung wird eine fachliche Weiterentwicklung in Hinblick auf das Zusammenleben in einer vielfältigen Stadtgesellschaft verfolgt. Eine herausgehobene Förderung für bestimmte ethnische Gruppen ist nicht Bestandteil des Integrationsbudgets. Es geht grundsätzlich um die Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabechancen junger Menschen.	27.03.2020	Ablehnung des Antrags soweit er nicht das Integrationsbudget betrifft	Kenntnisnahme
SKB	**155.**	Blumenthal	21.10.2019	Bereitstellung von Mitteln für die Oberschule an der Lehmhorster Straße, damit die Schülerinnen und Schüler der Klassen 5,6 und 7 ein ganztägiges Bildungsangebot wahrnehmen können.	Im Haushalt 2020/21 stehen keine zusätzlichen Mittel im Sek I-Bereich zur Verfügung. Die Klassen 5, 6 und 7 gehören bereits zum Ganztag.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt Vorschlag zu	Kenntnisnahme
alle	**156.**	Horn-Lehe	24.10.2019	Ausweisung der gesetzlich verankerten Stadtteilbudgets für Maßnahmen der Beiräte gem. § 10 Abs. 1 Nr. 2-10 BeirOG	Zunächst wird eine Evaluation des Stadtteilbudgets Verkehr durchgeführt (SF, SK); eine Entscheidung über die Einrichtung weiterer Stadtteilbudgets erfolgt dann Ende 2020. SWAE: 2021 im Haushalt veranschlagt. Die konkreten Maßnahmen werden auf Antrag gefördert. SfK: Die Mehrbedarfsanmeldung enthält Mittel für die Projektförderung inkl. Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen. SfK prüft im Zuge der Haushaltsaufstellung, ob hiervon ein Betrag von 50 T€ für Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt werden kann.	10.03.2020	Die Deputation für Kultur beschließt bezüglich der Anträge der Beiräte entsprechend der Anlage.	Kenntnisnahme
alle	**157.**	Vegesack	21.10.2019	Ausweisung der gesetzlich verankerten Stadtteilbudgets für Maßnahmen der Beiräte gem. § 10 Abs. 1 Nr. 2-10 BeirOG	Zunächst wird eine Evaluation des Stadtteilbudgets Verkehr durchgeführt (SF, SK); eine Entscheidung über die Einrichtung weiterer Stadtteilbudgets erfolgt dann Ende 2020. SWAE: 2021 im Haushalt veranschlagt. Die konkreten Maßnahmen werden auf Antrag gefördert. SfK: Die Mehrbedarfsanmeldung enthält Mittel für die Projektförderung inkl. Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen. SfK prüft im Zuge der Haushaltsaufstellung, ob hiervon ein Betrag von 50 T€ für Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt werden kann.	10.03.2020	Die Deputation für Kultur beschließt bezüglich der Anträge der Beiräte entsprechend der Anlage.	Kenntnisnahme
SK	**158.**	Vegesack	21.10.2019	Erhöhung der Globalmittel um 10%; eigenes Budget für Jugendbeiräte	Die Globalmittel werden um 40.000,00 € erhöht. Jugendbeiräte erhalten ein eigenes Budget in Höhe von 40.000,00 €.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SKUMS	**159.**	Schwachhausen	23.02.2017	Einstellung der erforderlichen Finanzmittel zur Sanierung des öffentlichen Straßenraums im Bereich Carl-Schurz-Straße zwischen Wachmannstraße und Georg-Gröning-Straße	Sanierungsbedürftig, aber noch verkehrssicher. Aufgrund Prioritätensetzung/unzureichender Mittel nicht darstellbar.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
Alle	**160.**	Neustadt	21.11.2019	Ausweisung der gesetzlich verankerten Stadtteilbudgets für Maßnahmen der Beiräte gem. § 10 Abs. 1 Nr. 2-10 BeirOG	Zunächst wird eine Evaluation des Stadtteilbudgets Verkehr durchgeführt (SF, SK); eine Entscheidung über die Einrichtung weiterer Stadtteilbudgets erfolgt dann Ende 2020. SWAE: 2021 im Haushalt veranschlagt. Die konkreten Maßnahmen werden auf Antrag gefördert. SfK: Die Mehrbedarfsanmeldung enthält Mittel für die Projektförderung inkl. Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen. SfK prüft im Zuge der Haushaltsaufstellung, ob hiervon ein Betrag von 50 T€ für Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt werden kann. SJIS: Zur Einführung von Stadtteilbudgets hat sich der Senat in Umsetzung des Urteiles des Verwaltungsgerichts Bremens vom 09.12.2015 (1 K 2236/15) dazu entschieden, im Bereich der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) auszuweisen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat darüber hinaus geprüft, in welchen Bereichen ihrer Zuständigkeit Stadtteilbudgets ausgewiesen werden können. Dabei galt es vor allem Bereiche zu identifizieren, in denen die Beiräte ein entsprechendes Entscheidungsrecht haben und es keine übergeordneten Gremien wie bspw. den Jugendhilfeausschuss mit eigenen Entscheidungsrechten gibt, die der Ausweisung eines Stadtteilbudgets entgegenstehen. Nach dieser Auswertung konnten keine Bereiche identifiziert werden, in denen ein entsprechendes Stadtteilbudget im Rahmen der Eckwerte möglich war. Im Senat ist vereinbart worden, dass die Erkenntnisse des im Bereich von SKUMS eingeführten Stadtteilbudgets weiter ausgewertet werden, um die Erfahrungen bei zukünftigen Haushaltsaufstellungen zu berücksichtigen.	10.03.2020; 27.03.2020	Die Deputation für Kultur beschließt bezüglich der Anträge der Beiräte entsprechend der Anlage. SJIS: Ablehnung.	Kenntnisnahme
SK	**161.**	Neustadt	21.11.2019	Erhöhung der Globalmittel um mindestens 10 % für Jugendbeteiligungsprojekte	Die Globalmittel werden um 40.000,00 € erhöht. Jugendbeiräte erhalten ein eigenes Budget in Höhe von 40.000,00 €.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SK	**162.**	Woltmershausen	25.11.2019	Erhöhung der Globalmittel um 10 %; Ausweisung eines eigenen Titels für Jugendbeteiligung mit Finanzmitteln in Höhe von 10.000,00 EUR jährlich für eigene Projekte des Jugendbeirates Woltmershausen	Die Globalmittel werden um 40.000,00 € erhöht. Jugendbeiräte erhalten ein eigenes Budget in Höhe von 40.000,00 €.	10.03.2020	Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Haushaltsanträge der Beiräte zur Kenntnis und stimmt den fachlichen Empfehlungen der Senatskanzlei zu.	Kenntnisnahme
SKB	**163.**	Burglesum	28.11.2019	Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel für den Support-Ausbau der Digitalisierung an Schulen auch für Schulen in freier Trägerschaft	Alle Schulträger erhalten Mittel aus dem Digitalpakt. Gemäß der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund ist der Support durch den jeweiligen Schulträger zu gewährleisten.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.	Kenntnisnahme

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antrags-datum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Stellungnahme des Fachressorts	Fachdeputation-Datum	Fachdeputation - Beschluss	Feststellung/ Empfehlung
SKB	**164.**	Horn-Lehe	12.11.2019	Bereitstellung von Mitteln für die flächendeckende und kontinuierliche Versorgung der Kitas, Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien in Horn-Lehe mit frischen und überwiegend vegetarischen Essen sowie Biomilch, um den Aktionsplan 2025 – Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen zu gewährleisten. Der Aktionsplan 2025 sieht vor, dass Schulen und Kitas in der unmittelbaren Einflusssphäre der Stadtgemeinde Bremen bis zum 31. Dezember 2022 einen Bioanteil von 100% haben müssen. Für die daraus entstehenden Mehrkosten und dauerhafte Qualitätssicherung fordert der zuständige Fachausschuss den Haushaltsgesetzgeber auf, die daraus resultierenden Mehrkosten im Haushalt bereitzustellen.	SKB: Keine Zuständigkeit.			Kenntnisnahme
SJIS	**165.**	Obervieland	10.12.2019	Bedarfsdeckende Stadtteilbudgeterhöhung in 2020, danach jährlich, kontinuierlich mind. 3,5 %; Einrichtung eines stadtteilübergreifenden Budgets, Miet- und Betriebskostenübernahme für Einrichtungen der offenen Jugendarbeit außerhalb des Stadtteilbudgets, Ausbau des VAJA Streetwork-Teams Süd über städtische Fördergelder außerhalb von OJA finanzieren	Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat für die Förderung der stadtteilbezogenen offenen Jugendarbeit (OJA) Mehrbedarfe im Doppelhaushalt 2020 / 2021 angemeldet. Bei der Planung zur Verwendung von Schwerpunktmitteln wird die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit besonders berücksichtigt. Folgende Maßnahmen wurden priorisiert: • Lineare Anhebung der OJA-Stadtteilbudgets im zweiten Halbjahr 2020 um 10% und weitere 3,5% im Haushaltsjahr 2021. • Förderung von Angeboten überregionaler Bedeutung sowie von Bewegungsangeboten an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und organisiertem Sport. • Einrichtung eines Ausbildungsfonds für das Anerkennungsjahr von Sozialpädagog*innen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport fördert die Angebote der offenen Jugendarbeit ausschließlich im Kontext des Rahmenkonzeptes für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen und somit die gesamtstädtische Angebotslandschaft. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden vollumfänglich in diese Förderkulisse eingebracht. Einzelanträge aus den Stadtteilen können somit nicht bewilligt werden.	27.03.2020	Ablehnung	Kenntnisnahme
SKB	**166.**	Woltmershausen	10.12.2019	Bereitstellung von Planungsmitteln für die Oberschule Roter Sand zum Ausbau auf Fünfzügigkeit und W + E Standort (100 TEUR Planungsmittel Vergabeverfahren, 300 TEUR ES-Bau)	Diese Maßnahme ist in der aktuellen Schulstandortplanung vorgesehen. Planungsmittel für die Schulstandortplanung sind veranschlagt.	27.03.2020	Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt das Votum des Fachressorts zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.	Kenntnisnahme
SKUMS	**167.**	Blumenthal	16.11.2019	Neugestaltung der Bahrsplate	Bahrsplate inkl. Rönnebecker Hafen sanierungsbedürftig, aber noch verkehrssicher. Für die Neugestaltung aktuelle keine investiven Mittel vorhanden. Projekt bleibt bei SKUMS auf der Agenda, Finanzierung kann derzeit nicht in Aussicht gestellt werden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**168.**	Blumenthal	27.01.2020	Klimanotstand / „Klimaschutz in Blumenthal – ein Quartier im (Klima-)Wandel	Handlungsfeld Klimaschutz als mögliche Finanzierung zur Fortführung des Projekts.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**169.**	Vahr	16.05.2019	Verbindung für Fahrradfahrer*innen und zu Fuß Gehende zum Rhododendronpark verbessern	Wegeverbindung in schlechtem und sanierungsbedürftigen Zustand. Stand bereits 2017 und 2018 auf Prüfliste von Sanierung von Radwegen in Grünanlagen und wurde mangels finanzieller Ressourcen zurückgestellt. Projekt bleibt bei SKUMS auf der Agenda. Finanzierung kann derzeit nicht in Aussicht gestellt werden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme
SKUMS	**170.**	Vegesack	27.11.2019	Grünpflege in Vegesack sicherstellen	Sanierungsstau in allen Grünanlagen. Grünanlagen in Vegesack befinden sich noch in verkehrssicherem Zustand, ganzjährige Pflege wird gewährleistet. Eine Erhöhung der Haushaltsmittel um 25% kann im Eckwert nicht abgebildet werden.	26.03.2020	Zustimmung zur Stellungnahme	Kenntnisnahme

Freie
Hansestadt
Bremen

HAUSHALTSPORTRÄT 2020 / 2021

Land Bremen
Stadtgemeinde Bremen

Stand: 19.05.2020

Der Senator für Finanzen

Einleitung

Die Freie Hansestadt Bremen war verpflichtet, im Zeitraum 2010 / 2019 das strukturelle Defizit ihrer Haushalte in gleichmäßigen Schritten vollständig abzubauen und sich damit in die Lage zu versetzen ab 2020 die Schuldenbremse einzuhalten. Der Doppelhaushalt 2020 / 2021 bildet den Einstieg in die Zeit nach dem Konsolidierungskurs unter Einhaltung des grundgesetzlichen und landesverfassungsrechtlichen Neuverschuldungsverbots sowie der Sanierungshilfenvereinbarung ab.

Die nachfolgenden Darstellungen beziehen sich auf die Einzelhaushalte des Landes und der Stadt Bremen. Sie berücksichtigen dementsprechend nicht die Haushaltsdaten der Stadt Bremerhaven. Im ersten Teil der folgenden Haushaltsporträts werden die Haushaltsentwürfe der Jahre 2020 – sowie z. T. auch 2021 – in tabellarischen und grafischen Übersichten abgebildet, die insbesondere die Struktur der Eckwerte nach Aufgabenbereichen (Produktpläne) darstellen. Im zweiten Teil des Porträts werden die zur Beratung anstehenden Entwürfe in längerfristigen Entwicklungs- und Strukturvergleichen abgebildet.

Die Darstellungen bilden die kameralen Einzelhaushalte des Landes und der Stadt Bremen einschließlich der nach aktuellem Planungsstand vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie ab. Die haushaltsbedingten Auswirkungen der Corona-Pandemie stellen eine Ausnahmesituation innerhalb der Schuldenbremse dar, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt.

Freie
Hansestadt
Bremen

Haushaltsporträt 2020 / 2021

Land Bremen

Stand: 19. Mai 2020

Inhaltsverzeichnis / Kurzkommentierung – Haushaltsporträt Land Bremen 2020 / 2021

Im Einzelnen ist der Bericht wie folgt aufgebaut:

Seite

Tab. 1: Bremischer Haushalt 2020 und 2021 nach Produktplänen

Die Tabelle zeigt die Aufteilung der Eckwerte 2020 und 2021 auf die einzelnen Produktpläne nach Ausgabearten. In einer ergänzenden Spalte werden die sich nach Abzug der eckwertrelevanten Einnahmen ergebenden Netto-Ausgaben dargestellt. 9

Abb. 1: Eckwertrelevante Ausgaben 2020 nach Produktplänen

In dieser Abbildung werden die Daten aus der vorstehenden Tabelle grafisch aufbereitet, wobei einzelne Bereinigungen vorgenommen werden. So werden z. B. globale Ausgabetitel und die zentral im PPl 92 veranschlagten Versorgungsausgaben nicht berücksichtigt. Auffällig ist dabei u. a., dass bei den einzelnen Ausgabearten ca. zwei Drittel bis drei Viertel der Gesamtausgaben jeweils nur drei Produktplänen zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich im Einzelnen um

- Inneres, Finanzen / Personal sowie Justiz bei den Personalausgaben (ohne Versorgung)
- Kinder und Bildung, Zentrale Finanzen sowie Jugend und Soziales bei den konsumtiven Ausgaben und 10
- Hochschulen / Forschung, Häfen sowie Umwelt, Bau und Verkehr bei den Investitionsausgaben. 11

Abb. 2: Bilanz der bremischen Haushalte 2020

Diese Grafik stellt die Ausgaben und die Einnahmen nach Kategorien gegenüber und gibt so einen einfachen Überblick über den Gesamthaushalt. 12

Tab. 2: Finanzplanung 2019 / 2023

Die Tabelle bildet den Kernhaushalt des Landes Bremen von 2017 bis 2023 ab. Zudem werden die Zuwachsraten der einzelnen Ausgabearten, der bereinigten Einnahmen und Ausgaben und der Primärausgaben aufgeführt. 13

Abb. 3: Entwicklung der bereinigten Einnahmen nach Arten

Diese Abbildung gibt die Entwicklung der Einnahmearten und der Gesamteinnahmen seit 1980 wieder. Dabei wird insbesondere die Stagnation der steuerabhängigen Einnahmen von 1992 - 2005 sichtbar. Nach der konjunkturellen Hochphase 2008, der anschließenden Krise und der deutlichen Erholung 2011 wird für den Planungszeitraum von relativ hohen Steigerungsraten der Einnahmen ausgegangen. Zu beachten ist jedoch hierbei, dass die corona-bedingten Mindereinnahmen, die erstmalig mit der Steuerschätzung Mai 2020 geschätzt werden, zum jetzigen Stand nicht berücksichtigt werden konnten. Deutlich zu erkennen ist überdies die Verlagerung der Einnahmen aus dem LFA zu den Steuereinnahmen (explizit der Umsatzsteuer) ab 2020 im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehung. 14

Abb. 4: Anteile der Einnahmearten an den Gesamteinnahmen 1980 und 2021

Die Grafiken verdeutlichen die Bedeutung der steuerabhängigen Einnahmen für den Haushalt des Landes Bremen. Diese Einnahmen leisten mit einem Anteil an den Gesamteinnahmen von 79 % in 1980 und 74 % in 2021 den mit Abstand wichtigsten Beitrag zur Finanzierung des Haushaltes. 14

Abb. 5: Entwicklung der bereinigten Ausgaben nach Arten

Ähnlich wie bei der Entwicklung der Einnahmen gab es auch bei den Ausgaben bis Anfang der neunziger Jahre hohe jährliche Zuwachsraten. Ab 1994 stiegen die Ausgaben deutlich geringer. Die Entwicklung ab 2009 ist in hohem Maße durch Sondereffekte wie den Wegfall der Kreditermächtigung der bremischen Sondervermögen, die Einbeziehung der Zuführungen an die Anstalt für Versorgungsvorsorge sowie höhere Drittmittel geprägt. 15

Abb. 6: Anteile der Ausgabearten an den Gesamtausgaben 1980 und 2021

Auffällig ist der anteilige Rückgang der Investitionsausgaben um 9 %-Punkte und der Personalausgaben um 5 %-Punkte. Demgegenüber steht die Zunahme der sonstigen konsumtiven Ausgaben einschließlich den Sozialleistungen (+ 9 %-Punkte). Der Anteil der Zinsausgaben steigt unter anderem aufgrund der Schuldübernahme der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zum 01.01.2020 auf 13 % in 2021 an. 15

Abb. 7: Entwicklung der Steuereinnahmen

Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Steuerarten seit 1993 und deren Prognosewerte für den Finanzplan-Zeitraum. Die Darstellung verdeutlicht insbesondere den hohen Stellenwert der Umsatzsteuer, die zusammen mit der Lohnsteuer rund drei Viertel der Steuereinnahmen des Landes bilden. Besonders hervorzuheben ist der Anstieg der Umsatzsteuer zum Ende des Planungszeitraums, der sich aus der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab 2020 ergibt und dem der Wegfall der LFA-Zahlungen gegenzurechnen ist. 16

Abb. 8: Konsumtive und investive Einnahmen 2020

Die Grafik bildet die Struktur der nicht-steuerabhängigen Einnahmepositionen ab. Die sonstigen Einnahmen des Landeshaushaltes werden insbesondere durch Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund geprägt (ca. 70 %). 16

Abb. 9: Personalausgaben

Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Personalausgaben seit 2003, aufgegliedert in ‘Bezüge der aktiven Beschäftigen‘, ‘Versorgungsbezüge‘ und ‘sonstige Personalkosten‘. Zum Ende des Planungszeitraums entfallen knapp 56 % der gesamten Personalausgaben auf die aktiven Bezüge. 17

Abb. 10: Anteil der Personalausgaben an den Primärausgaben

Die Grafik verdeutlicht, mit welchen Anteilen die Personalausgaben an den Primärausgaben beteiligt sind. Der Anteil der Bezüge des aktiven und des nicht aktiven Personals ist von 2003 bis 2021 annähernd gleichgeblieben. 17

Abb. 11: Sozialleistungsausgaben nach Arten 2020

Die Darstellung stellt die Struktur der Sozialleistungsausgaben dar. Deutlich zu erkennen ist, dass der Bereich der Sozialleistungen fast ausschließlich den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zuzuordnen ist. Das Land Bremen teilt hierfür die vom Bund erhaltenen Zuweisungen und Zuschüsse auf und leitet sie an die Städte weiter. 18

Abb. 12: Anteil der Sozialleistungsausgaben an den Primärausgaben

Die Grafik zeigt, dass der Anteil der Sozialleistungsausgaben an den Primärausgaben - verstärkt unter anderem durch die Flüchtlingszuwanderung der letzten Jahre - seit 1999 um 12 %-Punkte gestiegen ist. 18

Abb. 13: Sonstige konsumtive Ausgaben 2020

Die mit Abstand größten Einzelpositionen der sonstigen konsumtiven Ausgaben stellen die Zuweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven dar. Diese beinhalten insbesondere Personalkostenerstattung sowie die Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Weitere größere Ausgabepositionen bilden die Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen und die sächlichen Verwaltungsausgaben. 19

Abb. 14: Investitionsausgaben

Die Grafik spiegelt die Entwicklung der Investitionsausgaben seit 2000 wider. Sie zeigt den Anstieg der Investitionen bis 2002, die anschließende kontinuierliche Reduzierung des Investitionsniveaus bis 2009, die Effekte befristeter Konjunktur- und Finanzierungsprogramme und die geplante Aufholung der - zur Einhaltung des Konsolidierungspfades - zurückgestellten Investitionen ab 2020. 19

Abb. 15: Zinsausgaben und rechnerischer Zinssatz

Die Darstellung zeigt die Entwicklung der Zinsausgaben von 1990 bis 2023. Sie dokumentiert insbesondere auch den im Zeitraum 1993 / 2003 im Rahmen des ersten Sanierungsprogramms realisierten Rückgang der Zinsausgaben und deren annähernd stabile Entwicklung seit 2006. Im Finanzplanzeitraum steigen die Zinsausgaben dagegen aufgrund der Schuldübernahmen von den Stadtgemeinden stark an. 20

Abb. 16: Zinsausgaben und Schuldenstand

Die Darstellung zeigt die Entwicklung der Zinsausgaben und des Schuldenstandes ab 1980. Deutlich werden der leichte Schuldenabbau und der deutliche Rückgang der Zinsausgaben in den 90‘ Jahren aufgrund der schuldentilgenden Verwendung der Sanierungshilfen (1994-2004). In den jüngst vergangenen Jahren wiesen die Zinsausgaben aufgrund der Zinskonditionen sowie der Konsolidierungs-anstrengungen und -hilfen eine konstante Entwicklung auf. Der Anstieg der Zinsausgaben ab 2020 beruht auf der Schuldenübernahme der Städte zum 01.01.2020. Eine Prognose der Schuldenstände 2020 ff. erfolgt nicht, da diese nicht allein aus der geplanten Haushaltsentwicklung zu berechnen sind. 20

Abb. 17: Primäreinnahmen und -ausgaben

Die Abbildung stellt die Primärausgaben und -einnahmen seit 1980 dar. Sie zeigt den Einbruch der Primäreinnahmen in den neunziger Jahren und den Aufschwung seit 2011. Die Primärausgaben weisen dagegen nach der Drosselung im Sanierungs-zeitraum 1994 / 2004 wieder einen relativ kontinuierlichen Anstieg aus. 21

Abb. 18: Quoten und Salden

Die Grafiken bilden die Salden (Primärsaldo, konsumtiver Saldo, und Finanzierungs-saldo) und die Quoten (Zins-Steuer-, Defizit- und Investitionsquote) für das Land Bremen ab. Unter anderem sind die außergewöhnlich hohe Defizitquote 2010 zu Beginn des Konsolidierungskurses sowie der ab 2011 kontinuierlich positive Primärsaldo zu erkennen. Ungeachtet der Ausgaben aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie (Ausnahmetatbestand) wird, vom positiven Haushaltsabschluss 2019 angeführt, ab dem Jahr 2020 fortlaufend mit einem positiven Finanzierungssaldo gerechnet, wobei die corona-bedingten Mindereinnahmen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststehen und berücksichtigt werden konnten. 21

Tab. 1: Bremischer Haushalt 2020 und 2021 nach Produktplänen
(eckwertrelevante Positionen Land Bremen in Tsd. €)

Produktplan 2020	Personal-ausgaben	konsumtive Ausgaben [1]	Investitions-ausgaben	eckwert-relevante Zins-ausgaben	eckwert-relevante Ausgaben	eckwert-relevante Einnahmen [2]	Netto-Ausgaben
	T€						
01 Bürgerschaft	15.428	10.405	1.858	0	27.692	8.296	19.396
02 Rechnungshof	3.258	270	15	0	3.543	2.481	1.062
03 Senat, Senatskanzlei	6.721	3.629	263	0	10.613	5.325	5.288
04 Europa	1.546	555	17	0	2.118	39	2.079
05 Bundesangelegenheiten	1.908	1.763	1.765	0	5.436	113	5.323
06 Datenschutz und Informationsfreiheit	1.343	311	27	0	1.681	0	1.681
07 Inneres	166.026	73.766	4.277	20	244.090	14.697	229.393
08 Gleichberechtigung der Frau	1.202	244	4	0	1.450	340	1.110
09 Staatsgerichtshof	42	5	0	0	47	0	47
11 Justiz	83.083	58.613	1.174	0	142.871	45.239	97.632
12 Sport	0	241	0	0	241	0	241
21 Kinder und Bildung	31.298	825.083	25.841	0	882.222	32.677	849.545
22 Kultur	5.177	2.465	168	0	7.810	3.646	4.164
24 Hochschulen und Forschung	3.073	414.050	92.881	144	510.148	107.517	402.632
31 Arbeit	3.649	31.711	0	0	35.361	15.527	19.833
41 Jugend und Soziales	18.773	597.070	3.742	0	619.585	264.307	355.278
51 Gesundheit und Verbraucherschutz	17.736	21.979	27.657	0	67.371	11.156	56.215
68 Umwelt, Bau und Verkehr	37.607	61.875	67.352	312	167.146	82.590	84.556
71 Wirtschaft	8.096	24.119	46.901	0	79.116	43.360	35.756
81 Häfen	3.753	10.085	68.318	0	82.156	71.204	10.952
91 Finanzen/Personal	86.670	30.966	894	0	118.530	40.938	77.592
92 Allgemeine Finanzen [3]	258.886	11.490	360	0	270.735	74.389	196.346
93 Zentrale Finanzen [4]	0	747.276	31.051	0	778.327	482.273	296.054
95 Bremen Fonds (ohne Globalmittel)	0	50.000	0	0	50.000	50.000	0
96 IT-Budget der FHB	0	47.481	6.298	0	53.779	250	53.529
97 Immobilienwirtschaft und -management	0	5.479	13.889	0	19.368	4.632	14.736
Bremen Fonds global (Corona-Pandemie)		900.000			900.000		900.000
Verstärkungsmittel für Handlungsfelder [5]		37.085			37.085		37.085
Globale Ausgaben		-43.007			-43.007		-43.007
Zusammen	755.277	3.925.008	394.752	476	5.075.513	1.360.996	3.714.517

Produktplan 2021	Personal-ausgaben	konsumtive Ausgaben [1]	Investitions-ausgaben	eckwert-relevante Zins-ausgaben	eckwert-relevante Ausgaben	eckwert-relevante Einnahmen [2]	Netto-Ausgaben
	T€						
01 Bürgerschaft	15.508	10.113	2.118	0	27.739	8.359	19.380
02 Rechnungshof	3.288	266	10	0	3.564	2.481	1.083
03 Senat, Senatskanzlei	6.809	3.490	263	0	10.562	5.194	5.368
04 Europa	1.562	559	17	0	2.138	39	2.099
05 Bundesangelegenheiten	1.967	1.714	58	0	3.740	250	3.490
06 Datenschutz und Informationsfreiheit	1.799	465	35	0	2.299	0	2.299
07 Inneres	167.865	80.436	3.747	0	252.049	18.619	233.429
08 Gleichberechtigung der Frau	1.225	247	4	0	1.476	340	1.136
09 Staatsgerichtshof	43	5	0	0	48	0	48
11 Justiz	83.761	59.684	1.142	0	144.587	45.382	99.204
12 Sport	0	243	0	0	243	0	243
21 Kinder und Bildung	32.085	848.389	16.182	0	896.656	30.265	866.391
22 Kultur	5.528	2.489	70	0	8.087	3.646	4.441
24 Hochschulen und Forschung	3.467	436.700	99.362	33	539.561	120.126	419.436
31 Arbeit	3.692	31.609	0	0	35.301	15.339	19.962
41 Jugend und Soziales	19.546	605.853	3.327	0	628.726	271.029	357.697
51 Gesundheit und Verbraucherschutz	18.711	20.852	40.147	0	79.710	11.261	68.449
68 Umwelt, Bau und Verkehr	38.079	63.656	60.017	312	162.064	83.606	78.458
71 Wirtschaft	8.233	24.976	57.403	0	90.612	44.860	45.752
81 Häfen	3.786	10.677	80.374	0	94.837	71.201	23.636
91 Finanzen/Personal	83.792	30.914	794	0	115.500	40.809	74.691
92 Allgemeine Finanzen [3]	272.645	12.237	360	0	285.241	40.019	245.222
93 Zentrale Finanzen	0	775.066	14.000	0	789.066	466.920	322.146
95 Bremen Fonds (ohne Globalmittel)	0	0	0	0	0	0	0
96 IT-Budget der FHB	0	47.561	5.054	0	52.615	250	52.365
97 Immobilienwirtschaft und -management	0	5.485	20.361	0	25.846	4.632	21.214
Verstärkungsmittel für Handlungsfelder [5]		49.562			49.562		49.562
Globale Ausgaben		-27.000			-27.000		-27.000
Zusammen	773.392	3.096.249	404.843	345	4.274.829	1.284.626	2.990.202

1) inkl. Tilgungsausgaben an Verwaltungen (2020: 3.200 T€, 2021: 3.000 T€)

2) ohne Steuern, steuerabhängige Einnahmen, Konsolidierungshilfe vom Bund

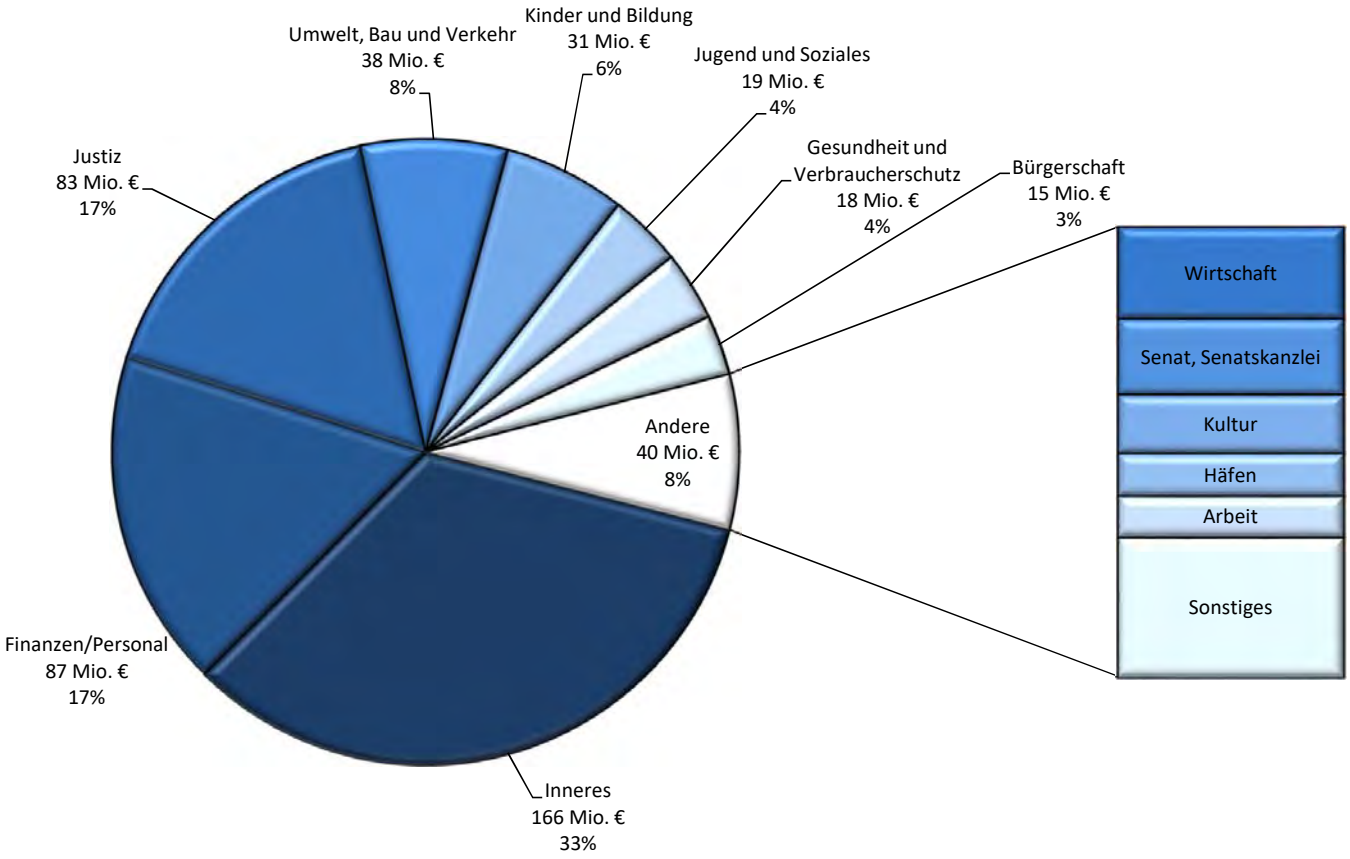
3) inkl. zentral veranschlagte Versorgungsausgaben

4) ohne Konsolidierungshilfe an Stadt Bremen (49.898 T€) und Bremerhaven (10.370 T€)

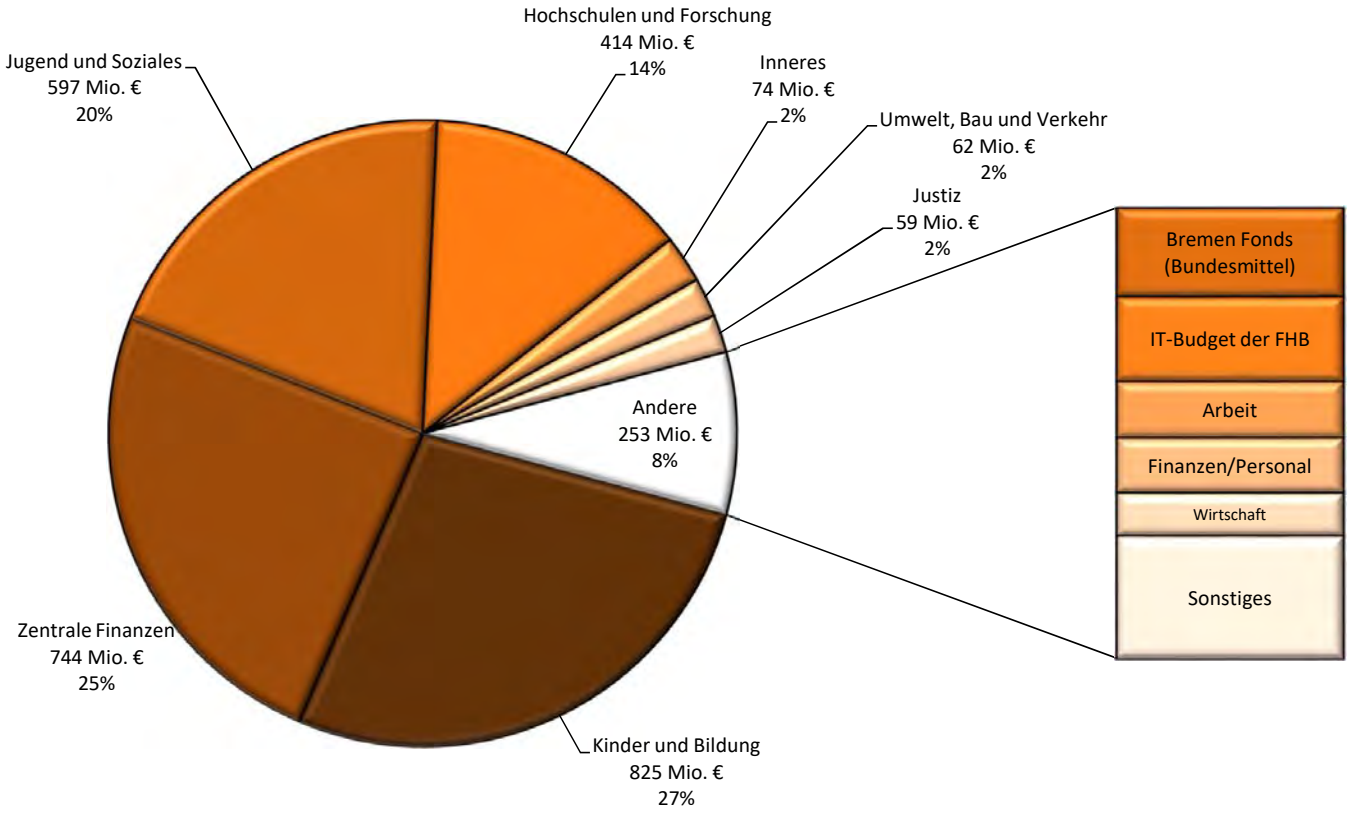
5) Handlungsfelder: digitale und bürgerfreundliche Verwaltung, sichere und saubere Stadt und Klimaschutz

Abb. 1: Eckwertrelevante Ausgaben 2018 nach Produktplänen

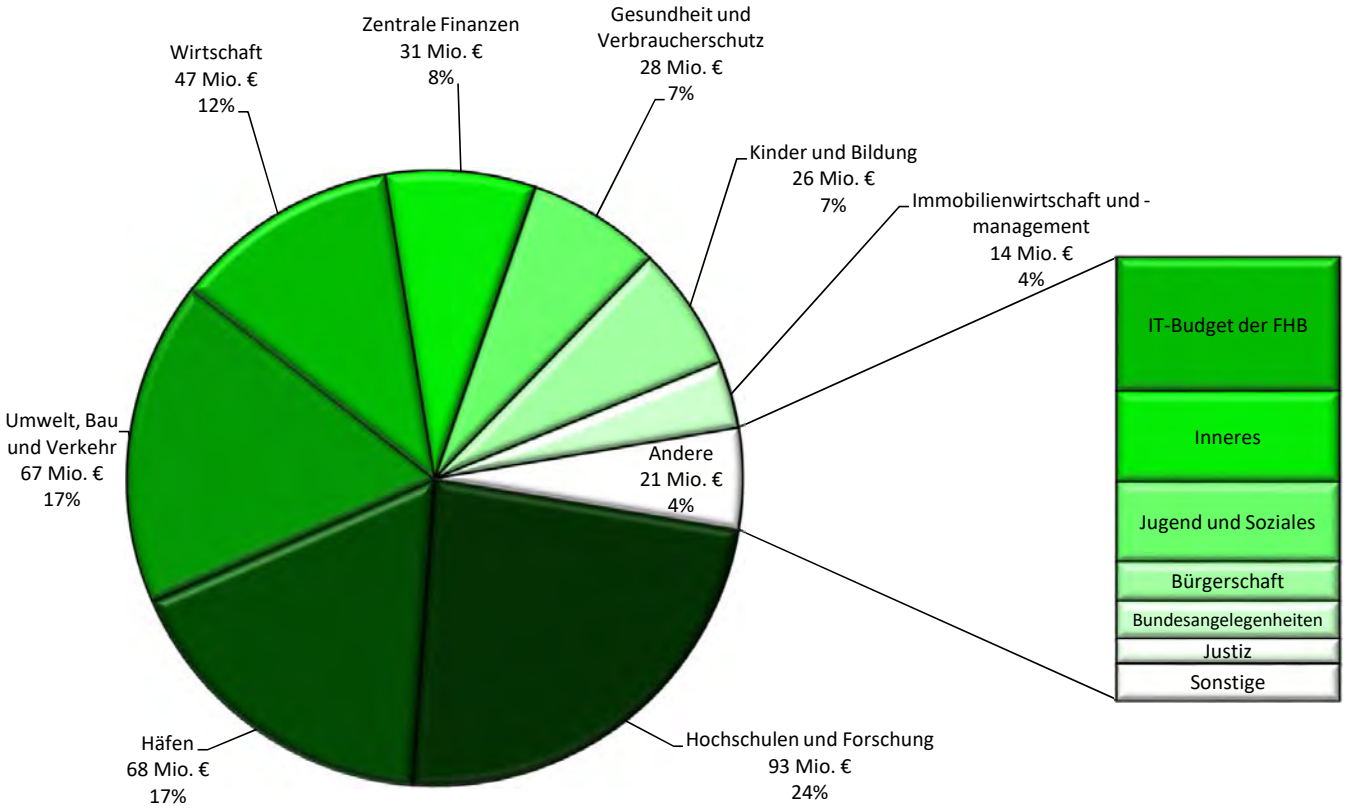
Die Personalausgaben (ohne Versorgungsausgaben/Allgemeine Finanzen) betragen 496 Mio. €.
Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Die konsumtiven Ausgaben (ohne Tilgungsausgaben an Verw., globale Ausgaben, Verstärkungsmittel und Zinsen) betragen 3.028 Mio. €.
Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Die investiven Ausgaben (ohne globale Ausgaben und Verstärkungsmittel) betragen 395 Mio. €.
Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Die Netto-Ausgaben (ohne Allgemeine Finanzen, globale Ausgaben und Verstärkungsmittel) betragen 2.624 Mio. €.
Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:

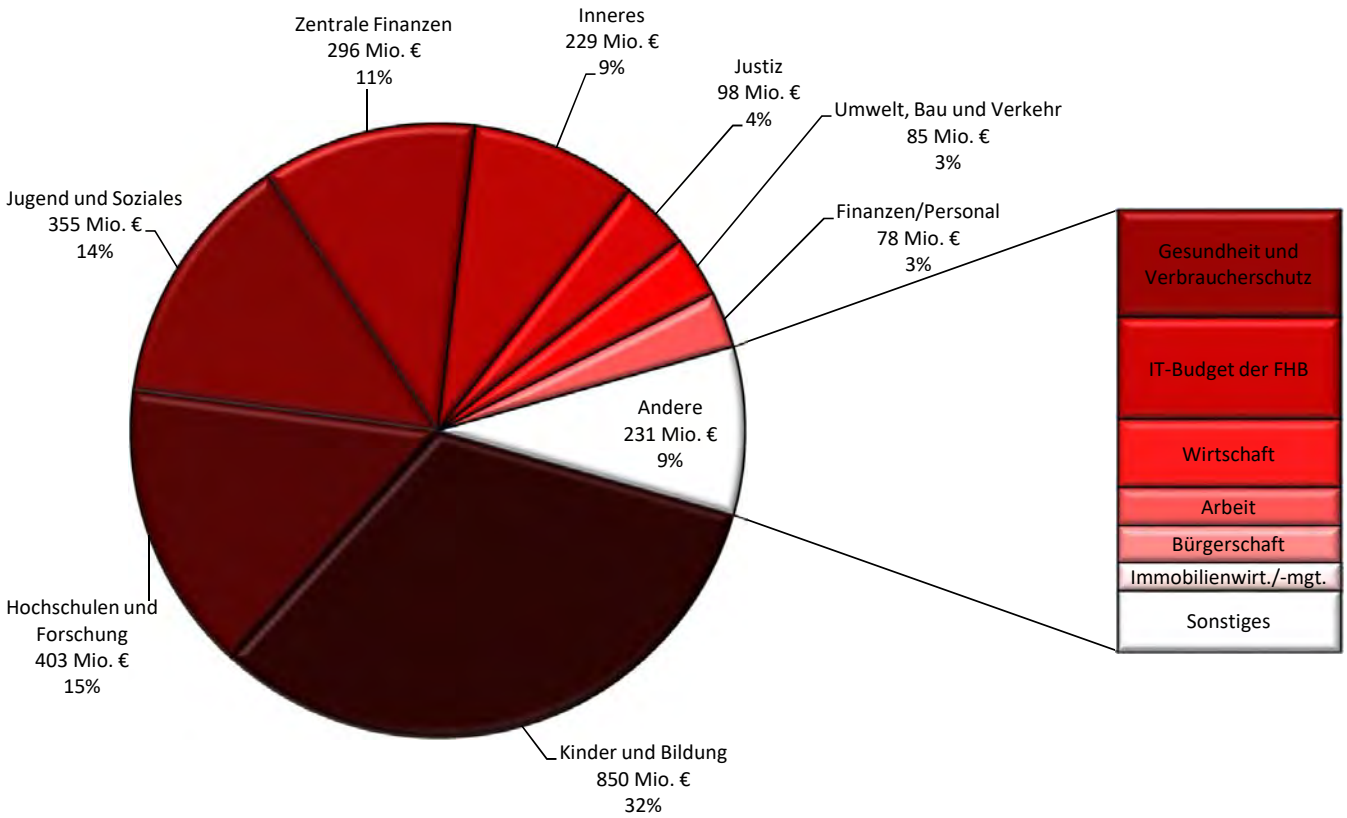
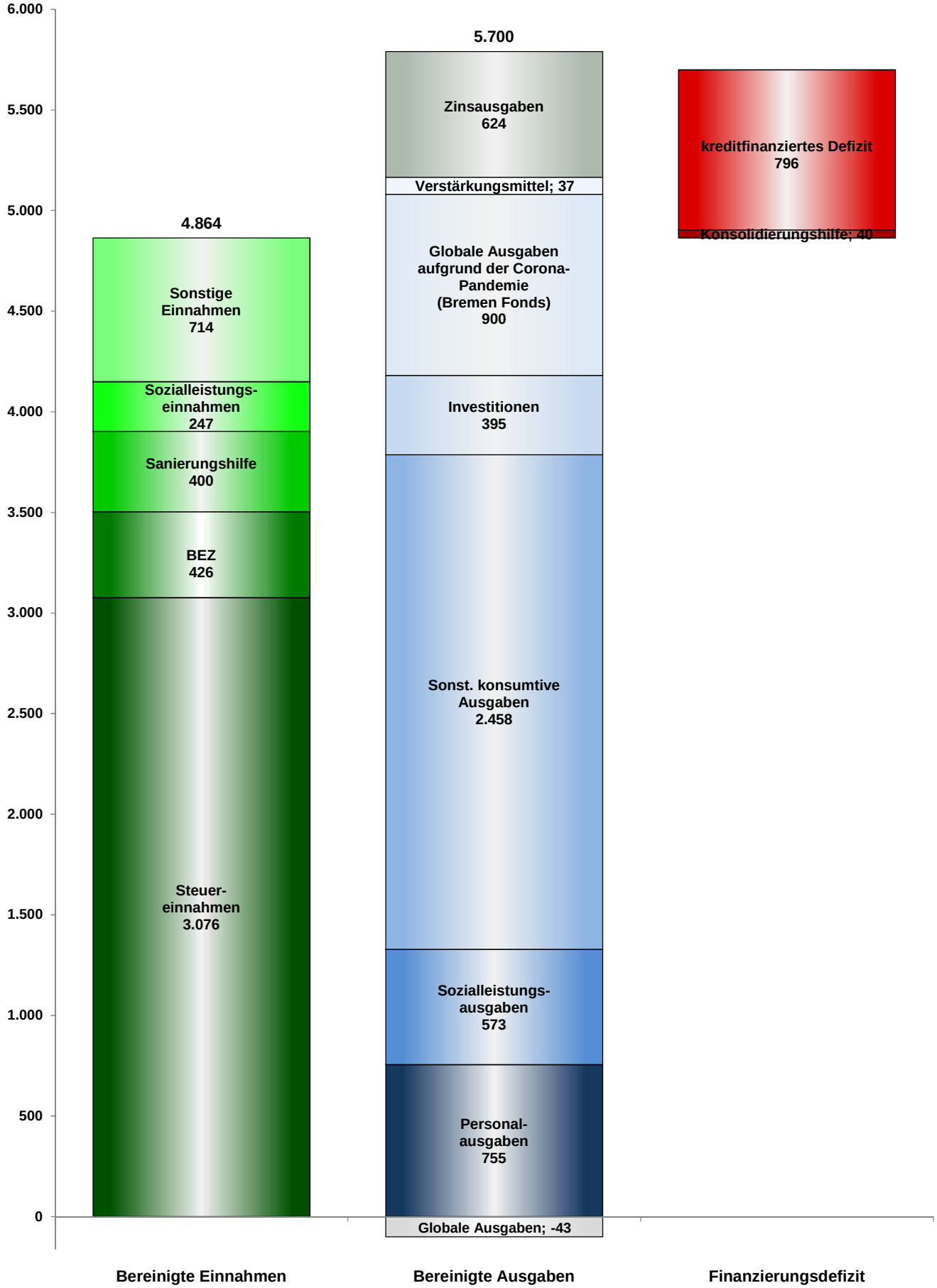


Abb. 2: Bilanz der bremischen Haushalte 2020

Land Bremen (in Mio. €)



Tab. 2: Finanzplanung 2019 / 2023

Land Bremen (in Mio. €)

	Ist			Haushaltsentwurf		Planwerte	
Kernhaushalt	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Steuerabhängige Einnahmen	**3.031**	**3.277**	**3.382**	**3.503**	**3.641**	**3.768**	**3.882**
- Steuereinnahmen [1])	2.095	2.253	2.300	3.076	3.201	3.312	3.410
- Länderfinanzausgleich (LFA)	644	720	773				
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	292	304	309	426	440	456	472
Sanierungshilfen				**400**	**400**	**400**	**400**
Sozialleistungseinnahmen	**275**	**227**	**263**	**247**	**254**	**258**	**262**
Sonstige konsumtive Einnahmen	**439**	**416**	**461**	**511**	**435**	**403**	**396**
- Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie				50			
Investive Einnahmen	**160**	**140**	**160**	**203**	**196**	**145**	**152**
Globale Mehreinnahmen				**0**	**50**	**0**	**0**
Bereinigte Einnahmen	**3.905**	**4.061**	**4.267**	**4.864**	**4.926**	**4.973**	**5.093**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 4,2	+ 4,0	+ 5,1	+ 14,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,4
Personalausgaben	**656**	**685**	**727**	**755**	**773**	**807**	**838**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 4,6	+ 4,5	+ 6,1	+ 3,8	+ 2,4	+ 4,3	+ 3,9
Zinsausgaben	**345**	**353**	**398**	**624**	**611**	**575**	**550**
Sozialleistungsausgaben	**545**	**545**	**546**	**573**	**582**	**591**	**602**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 5,0	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7
Sonstige konsumtive Ausgaben	**2.023**	**2.126**	**2.236**	**2.458**	**2.492**	**2.487**	**2.509**
- Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie				50			
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 0,2	+ 5,1	+ 5,1	+ 9,9	+ 1,4	- 0,2	+ 0,9
Investitionsausgaben	**358**	**367**	**329**	**395**	**405**	**430**	**488**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 33,3	+ 2,5	- 10,3	+ 20,0	+ 2,6	+ 6,3	+ 13,3
Bremen-Fonds (Corona-Pandemie)				**900**			
Verstärkungsmittel [2])				**37**	**50**	**40**	**40**
Globale Ausgaben				**-43**	**-27**	**2**	**2**
Bereinigte Ausgaben	**3.927**	**4.077**	**4.235**	**5.700**	**4.886**	**4.933**	**5.029**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,9	+ 34,6	- 14,3	+ 1,0	+ 2,0
Primärausgaben [3])	**3.582**	**3.724**	**3.838**	**5.075**	**4.274**	**4.357**	**4.479**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 3,2	+ 4,0	+ 3,1	+ 32,2	- 15,8	+ 1,9	+ 2,8
Finanzierungssaldo	**-22**	**-16**	**31**	**-836**	**40**	**41**	**64**
Primärsaldo	**324**	**337**	**429**	**-211**	**651**	**616**	**614**
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie				*900*			
Konsolidierungshilfen (netto)	119	119	119	40			
Schuldenstand 4)	**10.091**	**10.154**	**10.003**	**10.878**	**10.838**	**10.798**	**10.734**

1) Ab 2020: Ergebnisse der Steuerschätzung November 2019

2) Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Digitale und bürgerfreundliche Verwaltung, sichere und saubere Stadt und Klimaschutz

3) Einschließlich Globalmittel (2020: 894 Mio. €; 2021: 23 Mio. €; 2022 und 2023: je 42 Mio. €)

4) Einschließlich Sondervermögen, ohne Tilgungen in Sondervermögen; ab 2020 Fortschreibung mit Finanzierungssaldo (einschl. Konsolidierungshilfe)

Abb. 3: Entwicklung der Bereinigten Einnahmen in Bremen nach Arten

Land Bremen in Mio. € (2020/2023: FPL 2019/2023)

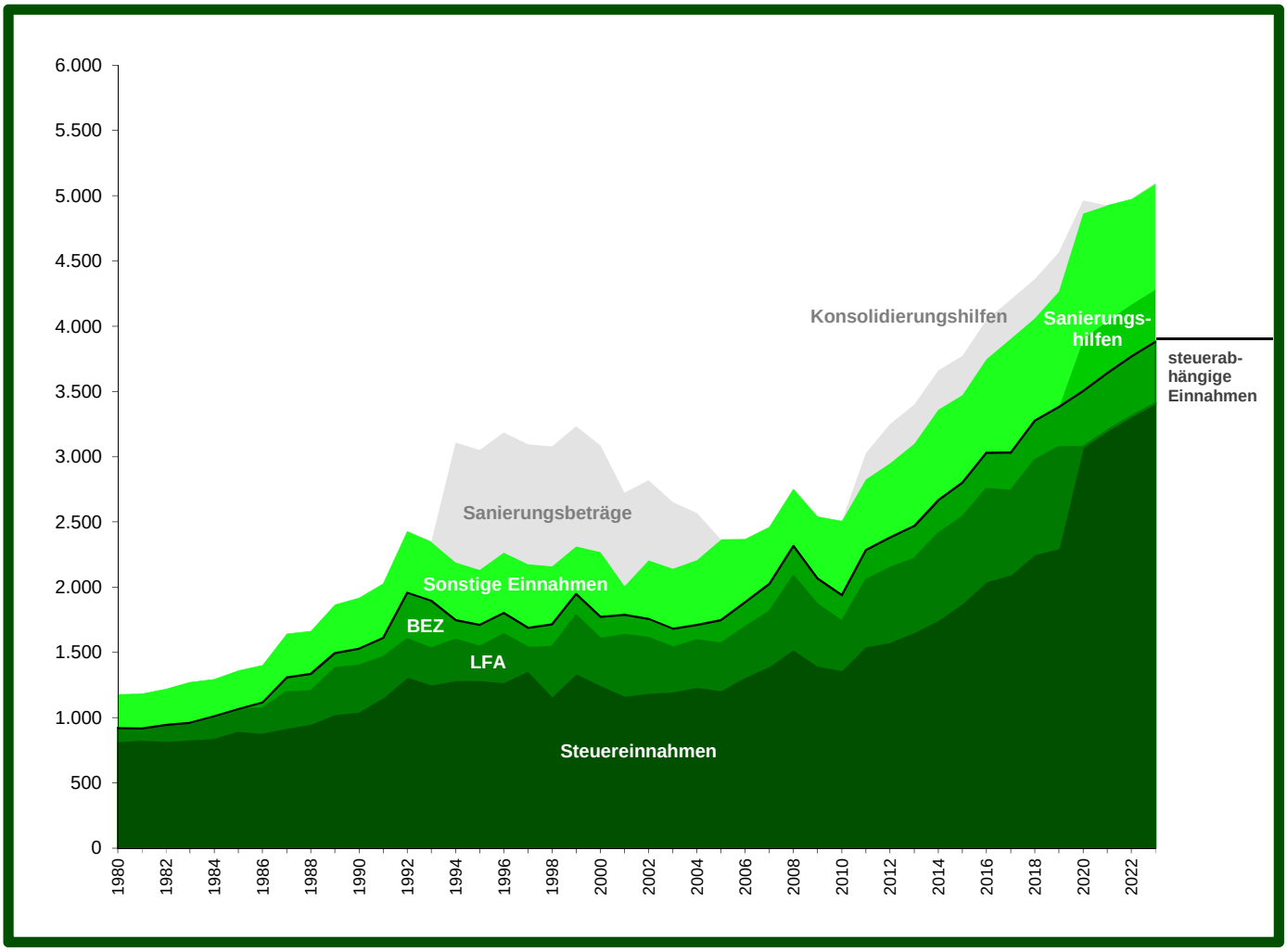


Abb. 4: Anteil an den Gesamteinnahmen

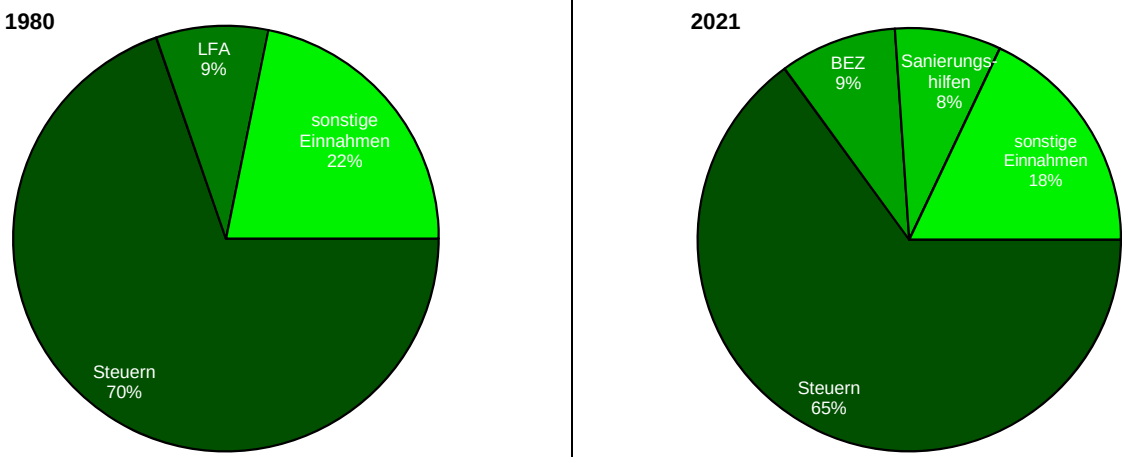
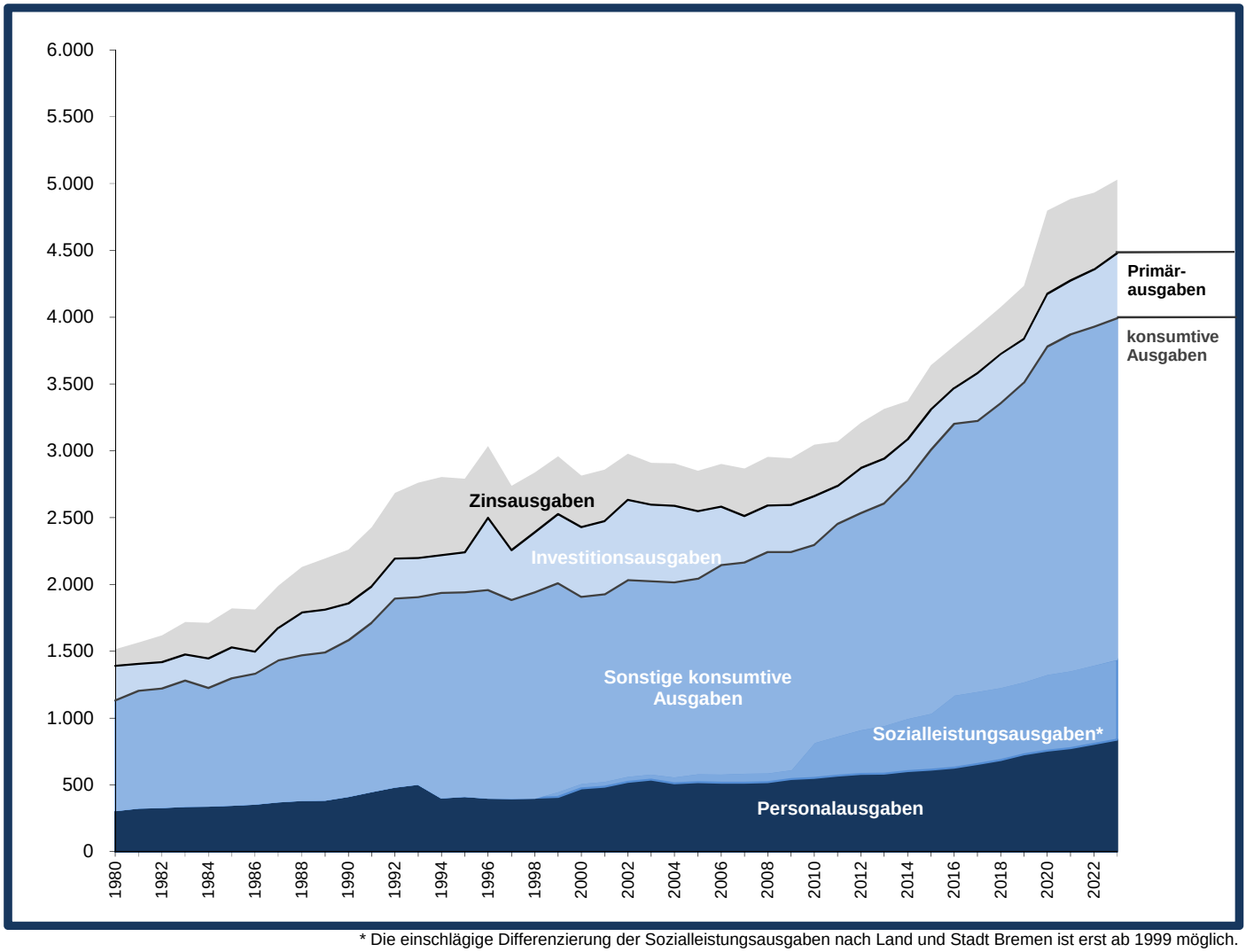


Abb. 5: Entwicklung der Bereinigten Ausgaben in Bremen nach Arten

Land Bremen in Mio. € (2020/2023: FPL 2019/2023; ohne globale Ausgaben zur Corona-Pandemie)



* Die einschlägige Differenzierung der Sozialleistungsausgaben nach Land und Stadt Bremen ist erst ab 1999 möglich.

Abb. 6: Anteil an den Gesamtausgaben

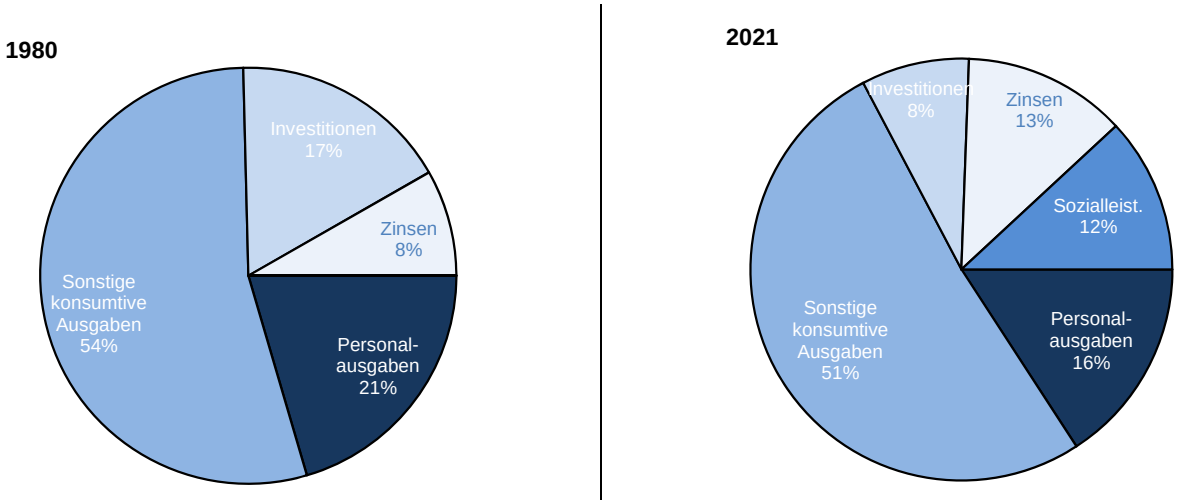
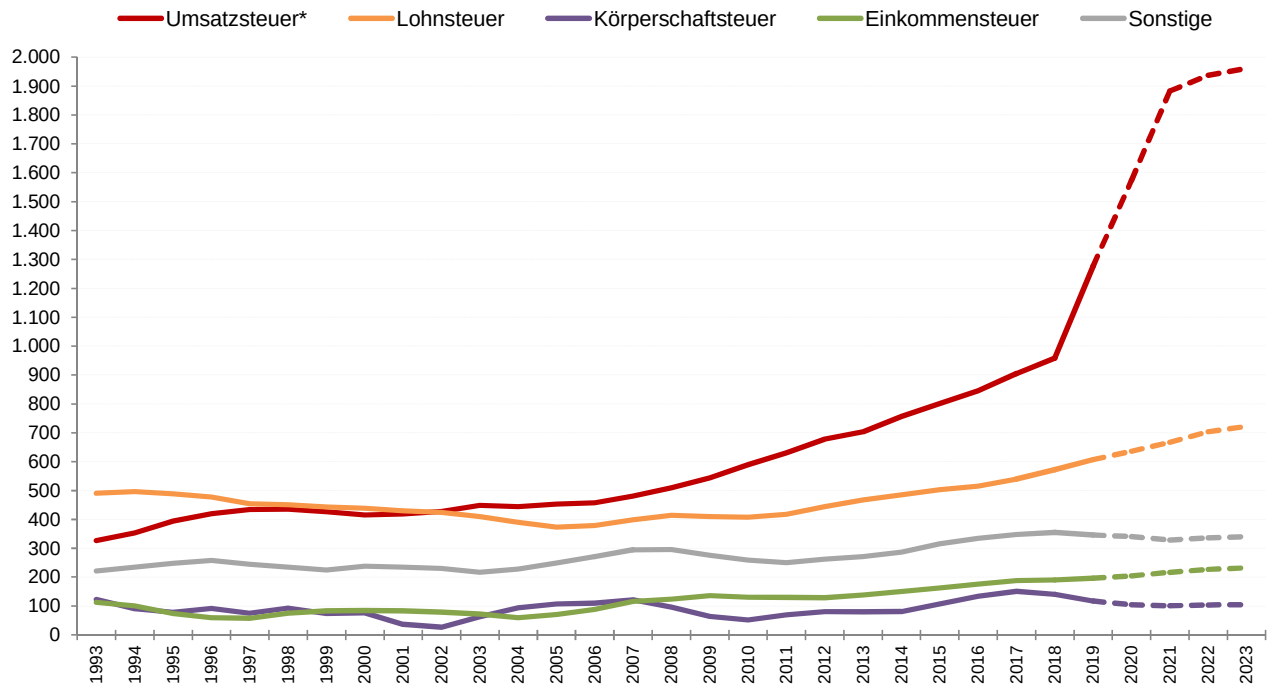


Abb. 7: Entwicklung der Steuereinnahmen

Land Bremen (in Mio. €)

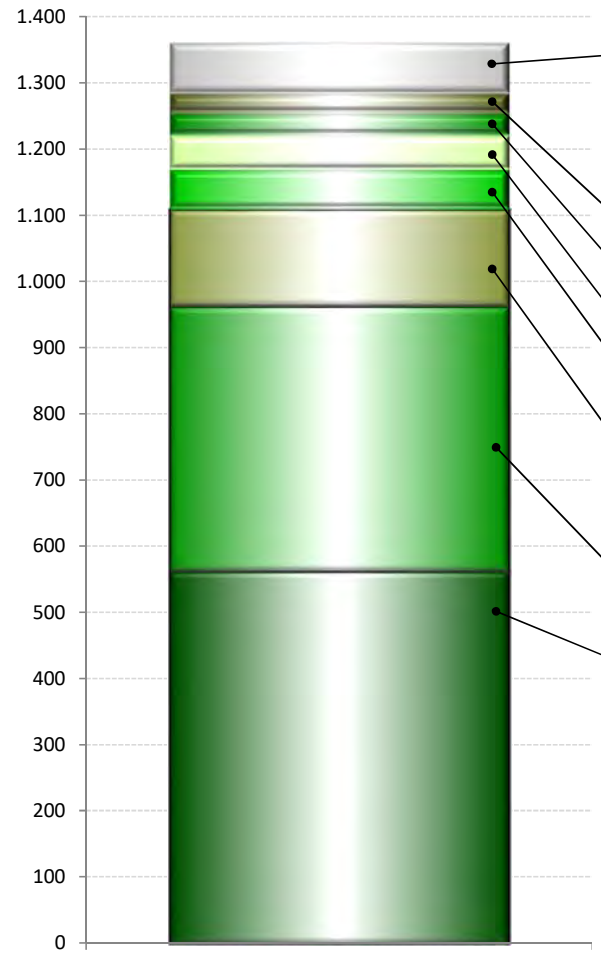


1994-2022: Dreijahresdurchschnitt, ab 2020 lt. Schätzung im November 2019

* inkl. Einfuhrumsatzsteuer; Entwicklung beruht auf der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 (Verlagerung LFA zur USt)

Abb. 8: Konsumtive und investive Einnahmen

Land Bremen



	2020 (in Mio.€)
Sonstige	*76*
Abführung vom SV Fischereihafen	52
Steuerähnliche Abgaben	7
Zinseinnahmen	7
Darlehensrückflüsse	5
Sozialhilfeiennahmen (ohne Einn. vom Bund)	5
Zuweisungen und Zuschüsse von der EU	*30*
Gebühren, sonstige Entgelte	*34*
Geldstrafen und Geldbußen	*51*
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	*61*
von der Versorgungsrücklage	24
Einnahmen von den Städten	*147*
von der Stadt Bremen	139
Von Bremerhaven	8
Sanierungshilfen	*400*
weitere Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund	*562*
Sozialhilfeeinnahmen vom Bund	242
kfz-Steuer-Kompensation	55
Corona-Soforthilfemaßnahmen	50
BAföG	47
Hochschulpakt 2020	23
Personennahverkehr	18
KInvFG	15
	1.361

Abb. 9: Personalausgaben

Land Bremen, in Mio. €

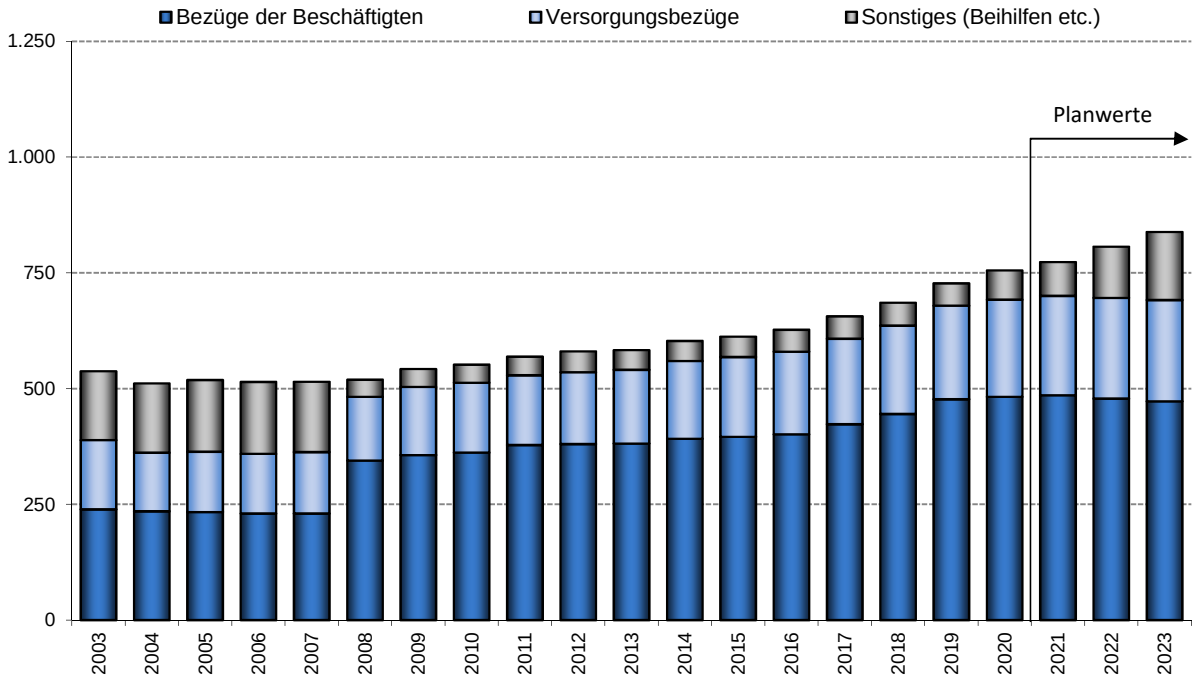


Abb. 10: Anteil der Personalausgaben an den Primärausgaben

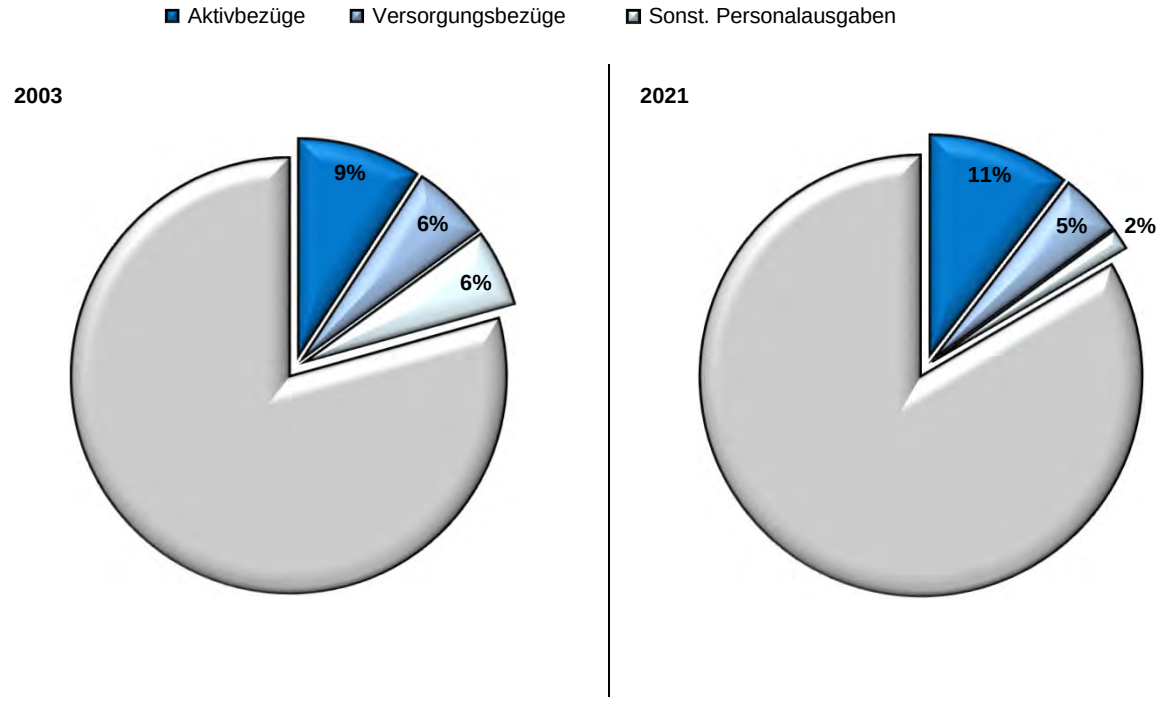
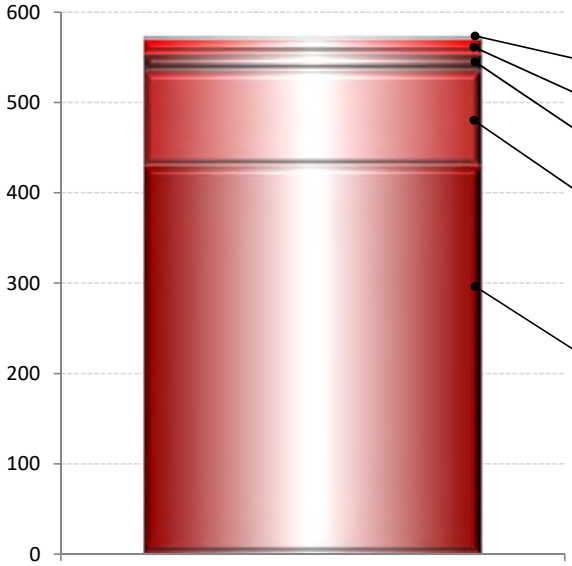


Abb. 11: Sozialleistungsausgaben nach Arten

Land Bremen



	2020 (in Mio. €)
Sonstiges	*4*
Maßregelvollzug	*16*
Asylbewerberleistungsgesetz	*18*
an Bremerhaven	*105*
Weiterleitung vom überörtl.Sozialhilfeträger	55
für Kosten der Unterkunft vom Bund	20
für Grundsicherung vom Bund	18
an Stadt Bremen	429
Weiterleitung vom überörtl.Sozialhilfeträger	184
für Kosten der Unterkunft vom Bund	99
für Grundsicherung vom Bund	91
	573

Abb. 12: Anteil der Sozialleistungsausgaben an den Primärausgaben

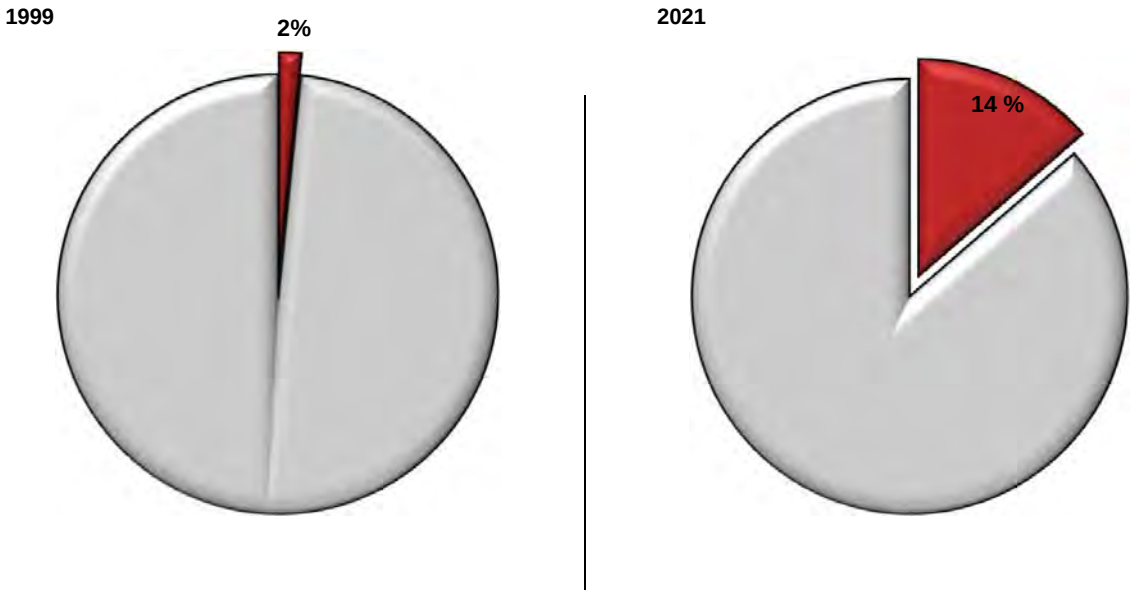
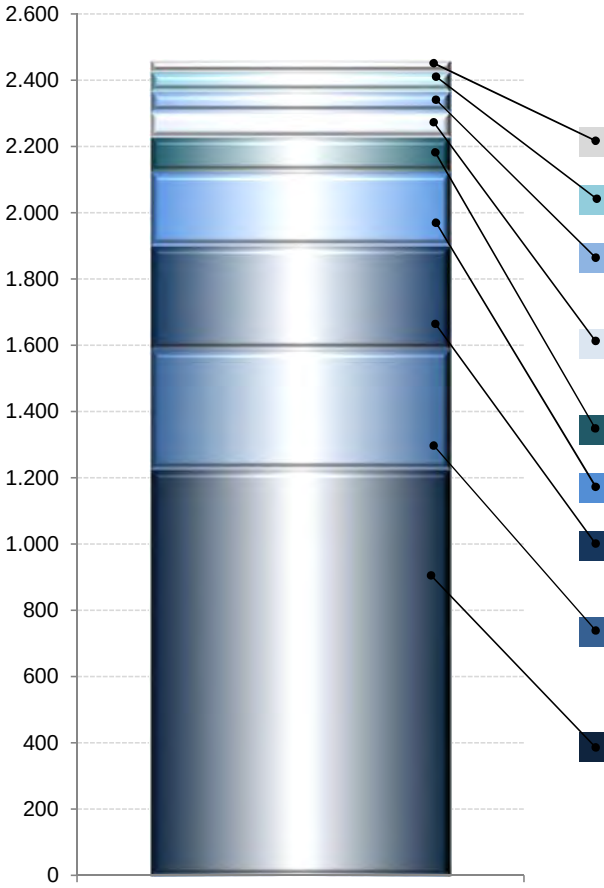


Abb. 13: Sonstige konsumtive Ausgaben

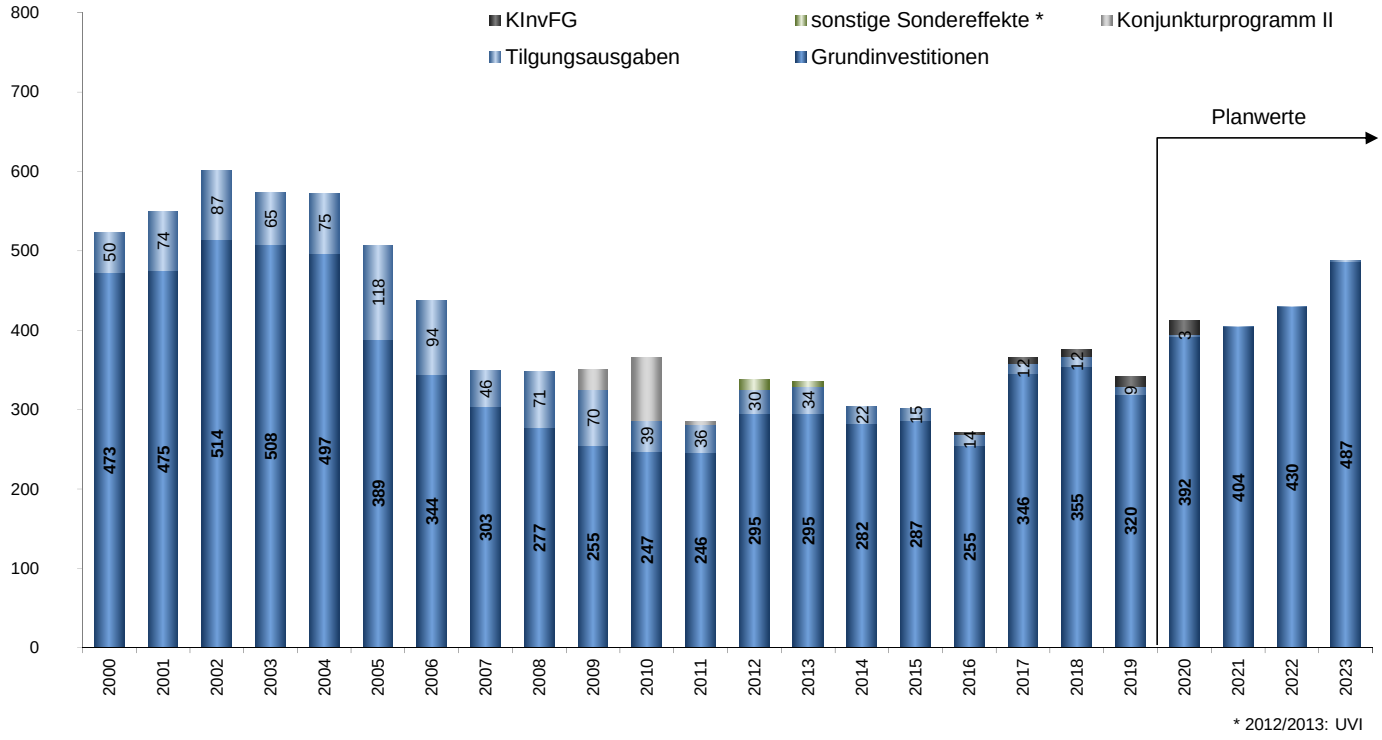
Land Bremen



	2020 (in Mio. €)
Sonstige	*33*
Renten, Unterstützungen	*60*
Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	*62*
an freie Träger Schulen	29
Zuweisungen und Zuschüsse an Unternehmen	*75*
an Bremen Fonds für Corona-Soforthilfemaßnahmen	50
Zusch für lfd. Sachaufwand	*105*
Sächliche Verwaltungsausgaben	223
Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen	*313*
an Uni/ Hochschulen	250
sonst. kons. Ausgaben an Bremerhaven	*361*
Kostenerstattung für Personalausgaben	191
Schlüsselzuweisung	152
sonst. kons. Ausgaben an Stadt Bremen	*1225*
Kostenerstattung für Personalausgaben	590
Schlüsselzuweisung	581
	2458

Abb. 14: Investitionsausgaben

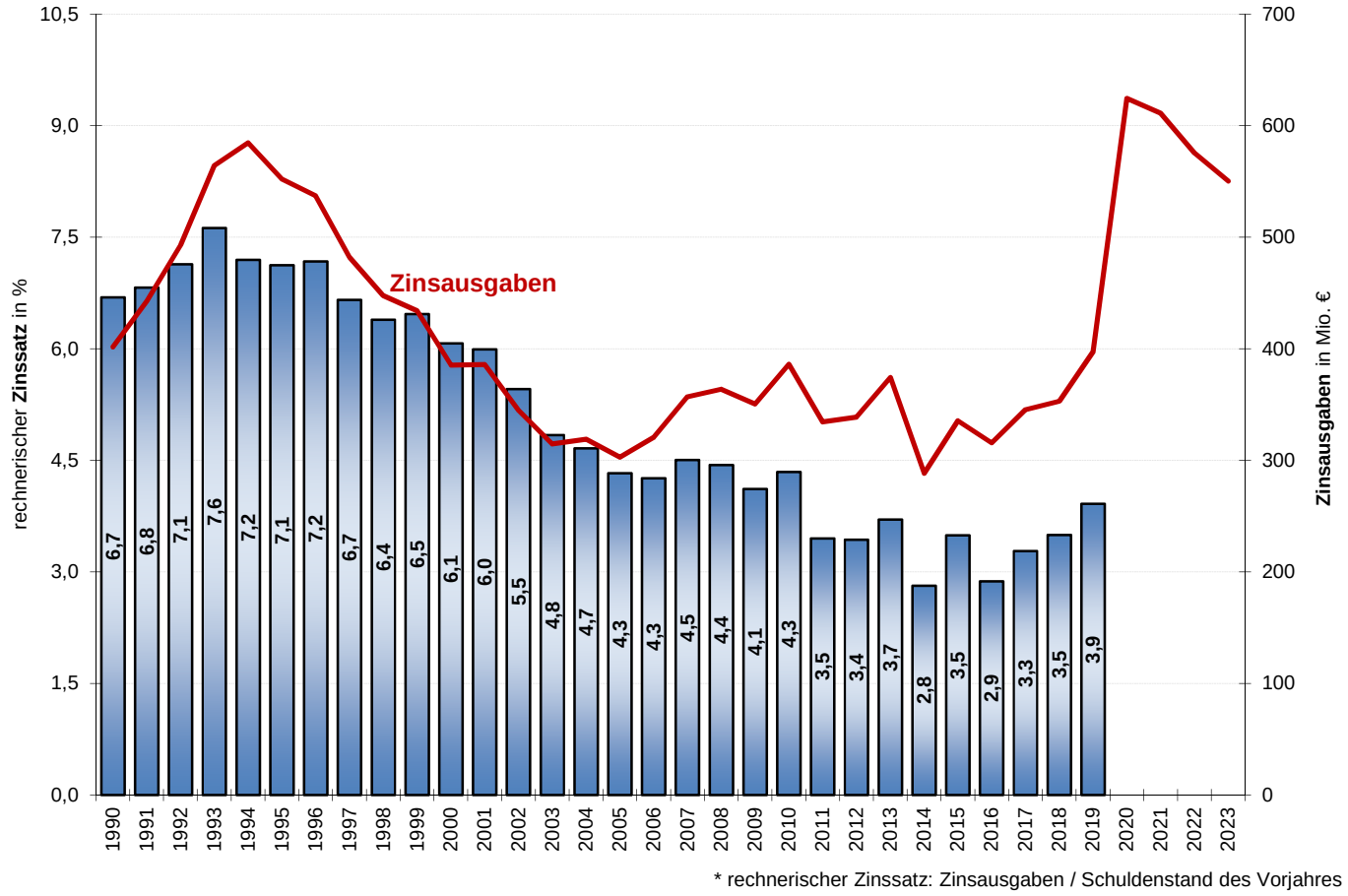
Land Bremen (in Mio. €)



* 2012/2013: UVI

Abb. 15: Zinsausgaben und rechnerischer Zinsatz

Land Bremen



* rechnerischer Zinssatz: Zinsausgaben / Schuldenstand des Vorjahres

Abb. 16: Zinsausgaben und Schuldenstand

Land Bremen (in Mio. €)

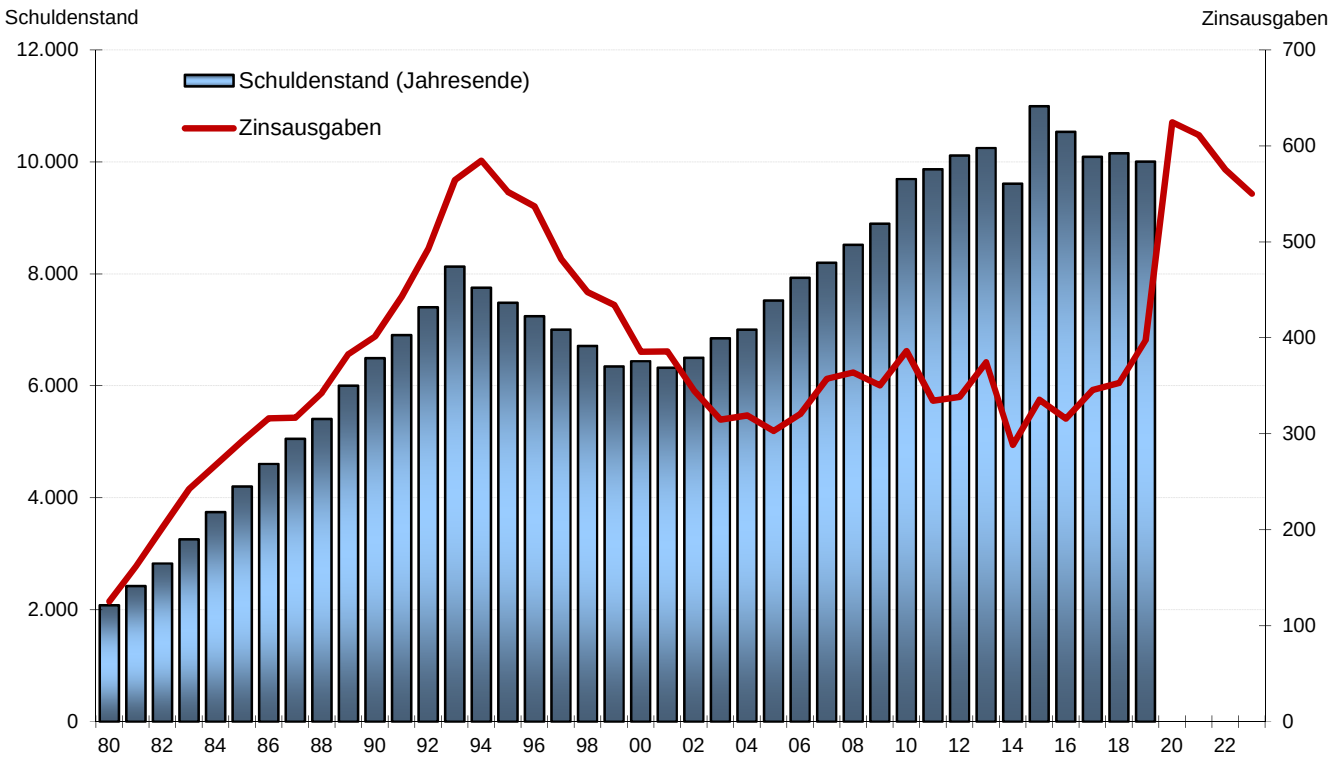


Abb. 17: Primäreinnahmen und -ausgaben

Land Bremen (in Mio. €); ohne globale Ausgaben

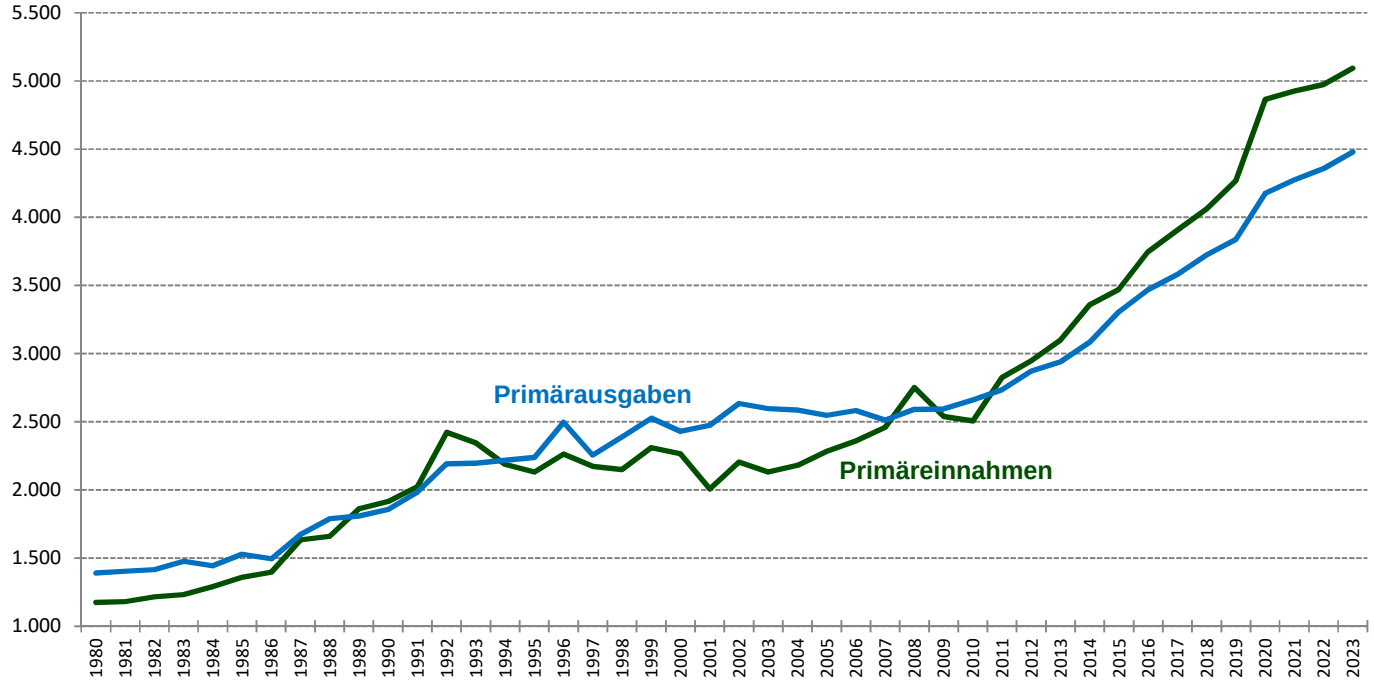
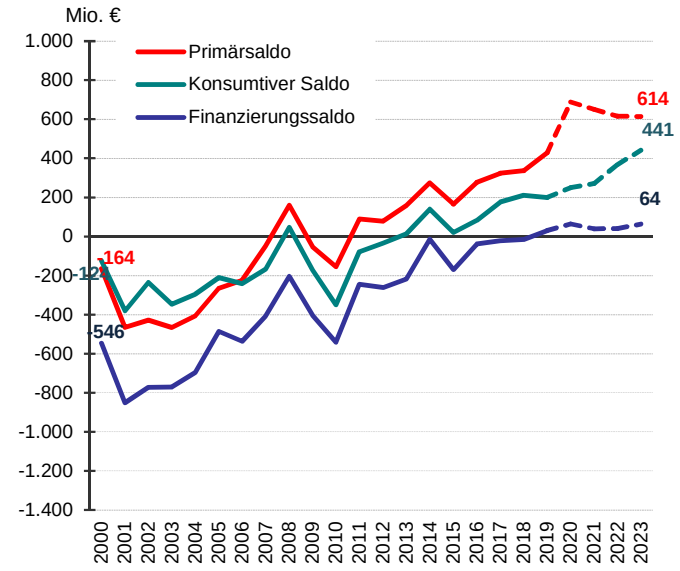
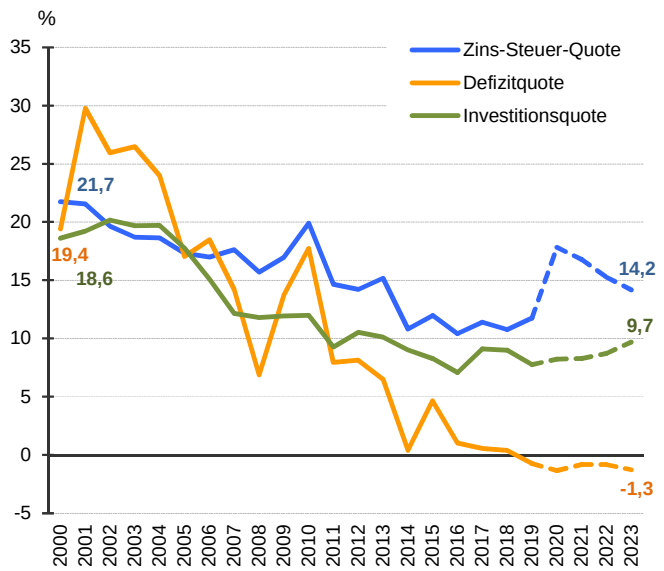


Abb. 18: Quoten und Salden

Land Bremen (in Mio. € / in %)





Freie
Hansestadt
Bremen

Haushaltsporträt 2020 / 2021

Stadtgemeinde Bremen

Stand: 19. Mai 2020

Inhaltsverzeichnis / Kurzkommentierung – Haushaltsporträt Stadt Bremen 2020 / 2021

Im Einzelnen ist der Bericht wie folgt aufgebaut:

Seite

Tab. 1: Bremischer Haushalt 2020 und 2021 nach Produktplänen

Die Tabelle zeigt die Aufteilung der Eckwerte 2020 und 2021 auf die einzelnen Produktpläne nach Ausgabearten. In einer ergänzenden Spalte werden die sich nach Abzug der eckwertrelevanten Einnahmen ergebenden Netto-Ausgaben dargestellt. 29

Abb. 1: Eckwertrelevante Ausgaben 2020 nach Produktplänen

In dieser Abbildung werden die Daten aus der vorstehenden Tabelle grafisch aufbereitet, wobei einzelne Bereinigungen vorgenommen werden. So werden z. B. globale Ausgabetitel und die zentral im PPl 92 veranschlagten Versorgungsausgaben nicht berücksichtigt.

Bei den einzelnen Ausgabearten ist insbesondere auffällig, dass

- der Produktplan Kinder und Bildung allein 70 % der Personalausgaben (ohne Versorgung) beansprucht
- drei Viertel der konsumtiven Ausgaben auf die Produktpläne Jugend und Soziales sowie Kinder und Bildung und 30
- fast zwei Drittel der Investitionsausgaben auf die Produktpläne Umwelt, Bau und Verkehr, Kinder und Bildung sowie Häfen entfallen. 31

Abb. 2: Bilanz der bremischen Haushalte 2020

- Diese Grafik stellt die Ausgaben und die Einnahmen nach Kategorien gegenüber und gibt so einen einfachen Überblick über den Gesamthaushalt. 32

Tab. 2: Finanzplanung 2019 / 2023

Die Tabelle bildet den Kernhaushalt der Stadt Bremen von 2017 bis 2023 ab. Zudem werden die Zuwachsraten der einzelnen Ausgabearten, der bereinigten Einnahmen und Ausgaben und der Primärausgaben aufgeführt. 33

Abb. 3: Entwicklung der bereinigten Einnahmen nach Arten

Diese Abbildung gibt die Entwicklung der Einnahmearten und der Gesamteinnahmen seit 1980 wieder. Dabei wird insbesondere die Stagnation der steuerabhängigen Einnahmen von 1992 - 2005 sichtbar. Nach der konjunkturellen Hochphase 2008, der anschließenden Krise und der Erholung 2011 wird für den Planungszeitraum von relativ hohen Steigerungsraten der Einnahmen ausgegangen. Zu beachten ist jedoch hierbei, dass die corona-bedingten Mindereinnahmen, die erstmalig mit der Steuerschätzung Mai 2020 geschätzt werden, zum jetzigen Stand nicht berücksichtigt werden konnten. Deutlich zu erkennen ist zudem der Zuwachs der Schlüsselzuweisungen ab 2020 durch die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs mit dem Land Bremen. 34

Abb. 4: Anteile der Einnahmearten an den Gesamteinnahmen 1980 und 2021

Die Grafiken verdeutlichen die zunehmende Bedeutung der Steuereinnahmen und der Schlüsselzuweisungen des Landes für den Haushalt der Stadtgemeinde Bremen. Betrug der Anteil dieser Einnahmen an den Gesamteinnahmen 1980 noch 41 %, so erhöht sich dieser nach der Finanzplanung 2019 / 2023 um weitere 10 %-Punkte, so dass die Steuern und Schlüsselzuweisungen in 2021 über die Hälfte der Gesamteinnahmen der Stadt ausmachen. 34

Abb. 5: Entwicklung der bereinigten Ausgaben nach Arten

Ähnlich wie bei der Entwicklung der Einnahmen gab es auch bei den Ausgaben bis Anfang der neunziger Jahre hohe jährliche Zuwachsraten. Die Entwicklung ab 2008 ist in hohem Maße durch Sondereffekte wie den Wegfall der Kreditermächtigung der bremischen Sondervermögen, die Einbeziehung der Zuführungen an die Anstalt für Versorgungsvorsorge sowie besonderen Investitionen (Eigenkapitalerhöhung Kliniken, Anteilerwerb an den Netzen) geprägt. 35

Abb. 6: Anteile der Ausgabearten an den Gesamtausgaben 1980 und 2021

Auffällig ist der anteilige Rückgang der Personalausgaben um 15 %-Punkte und der Investitionsausgaben um 13 %-Punkte. Demgegenüber steht die Zunahme der sonstigen konsumtiven Ausgaben einschließlich den Sozialleistungen (+ 31 %-Punkte). Die Zinsausgaben entfallen in 2021 aufgrund der Schuldübernahme zum 01.01.2020 durch das Land Bremen. 35

Abb. 7: Entwicklung der Steuereinnahmen

Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Steuerarten seit 1993 und deren Prognosewerte für den Finanzplan-Zeitraum. Die Darstellung verdeutlicht insbesondere den allgemein hohen Stellenwert der Gewerbesteuer für die Gemeinden. In der Stadt Bremen werden rund die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen allein durch die Gewerbesteuer erzielt. Weitere 40 Prozent entfallen auf die Lohnsteuer und die Grundsteuer B. 36

Abb. 8: Konsumtive und investive Einnahmen 2020

Die Grafik bildet die Struktur der nicht-steuerabhängigen Einnahmepositionen ab. Die sonstigen Einnahmen des Stadthaushaltes werden zum größten Teil durch Zuweisungen und Zuschüsse vom Land geprägt. 36

Abb. 9: Personalausgaben

Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Personalausgaben seit 2003, aufgegliedert in ‘Bezüge der aktiven Beschäftigen‘, ‘Versorgungsbezüge‘ und ‘sonstige Personalkosten‘. Zum Ende des Planungszeitraums entfallen knapp 63 Prozent der gesamten Personalausgaben auf die Aktivbezüge. Dagegen wiesen diese 2003 lediglich einen Anteil von ca. 38 Prozent auf. 37

Abb. 10: Anteil der Personalausgaben an den Primärausgaben

Die Grafik verdeutlicht, mit welchen Anteilen die Personalausgaben an den Primärausgaben beteiligt sind. Hier hat sich der der Anteil der Bezüge des aktiven Personals im Stadthaushalt von 2003 bis 2021 verdoppelt (+ 12 %-Punkte). 37

Abb. 11: Sozialleistungsausgaben nach Arten 2020

Die Darstellung stellt die Struktur der Sozialleistungen nach Hilfearten dar. Zwei Drittel der Sozialleistungen in 2020 entfallen auf ‘Hilfen zur Erziehung‘, ‘Kosten der Unterkunft‘ und ‘Eingliederungshilfen‘. 38

Abb. 12: Anteil der Sozialleistungsausgaben an den Primärausgaben

Die Grafik zeigt, dass der Anteil der Sozialleistungsausgaben an den Primärausgaben - unter anderem auch verstärkt durch die Flüchtlingszuwanderung der letzten Jahre - seit 1999 um 7 %-Punkte auf inzwischen fast ein Drittel gestiegen ist. 38

Abb. 13: Sonstige konsumtive Ausgaben 2020

Die mit Abstand größten Einzelpositionen der sonstigen konsumtiven Ausgaben stellen die Zuweisungen an soziale und ähnliche Einrichtungen, insbesondere für die Kinderbetreuung, und die sächlichen Verwaltungsausgaben dar. 39

Abb. 14: Investitionsausgaben

Die Grafik spiegelt die Entwicklung der Investitionsausgaben seit 2000 wider. Sie zeigt die kontinuierliche Reduzierung des Investitionsniveaus von 2006 bis 2009, die Effekte befristeter Konjunktur- und Finanzierungsprogramme, die notwendigen außerplanmäßigen Maßnahmen zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge ab 2015 und die geplante Aufholung der - zur Einhaltung des Konsolidierungspfades - zurückgestellten Investitionen ab 2020. 39

Abb. 15: Zinsausgaben und rechnerischer Zinssatz

Die Darstellung zeigt die Entwicklung der Zinsausgaben von 1990 bis 2023. Sie dokumentiert insbesondere den kontinuierlichen Anstieg der Zinsausgaben bis 2010 und deren annähernd stabile und zuletzt rückläufige Entwicklung seit 2011 sowie die Zinsentlastung des Stadthaushaltes durch die Schuldenübernahme vom Land zum 01.01.2020. 40

Abb. 16: Zinsausgaben und Schuldenstand

Die Darstellung zeigt die Entwicklung der Zinsausgaben und des Schuldenstandes ab 1980. Deutlich werden der leichte Schuldenabbau und der deutliche Rückgang der Zinsausgaben in den 80‘ Jahren. Am aktuellen Rand weisen die Zinsausgaben sowie die Schuldenstände aufgrund der Schuldenübernahme des Landes einen Wert von Null auf. 40

Abb. 17: Primäreinnahmen und -ausgaben

Die Abbildung stellt die Primärausgaben und -einnahmen seit 1980 dar. Sie zeigt unter anderem den Aufschwung seit 2011 bei den Primäreinnahmen an. Die Primärausgaben weisen dagegen nach der Drosselung im Sanierungszeitraum 1994 / 2004 wieder einen relativ kontinuierlichen Anstieg aus. 41

Abb. 18: Quoten und Salden

Die Grafiken bilden die Salden (Primärsaldo, konsumtiver Saldo, und Finanzierungssaldo) und die Quoten (Zins-Steuer-, Defizit- und Investitionsquote) für die Stadtgemeinde Bremen ab. Unter anderem sind die Anstiege der Investitionsquote 2014 und 2018 (aufgrund der Rekommunalisierung der Netze und der Eigenkapitalerhöhung der Kliniken) und die hohe Defizitquote 2010 zu Beginn des Konsolidierungskurses zu erkennen. Entgegen dem Primar- und dem Finanzierungssaldo wird nicht zuletzt aufgrund des Wegfalls der Zinsausgaben mit einer von den anderen Salden abgekoppelten kontinuierlichen Steigerung des konsumtiven Saldos im Finanzplanzeitraum gerechnet. Zu beachten ist überdies, dass corona-bedingte Mindereinnahmen und entsprechende Auswirkungen auf die Salden und Quoten zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststehen und berücksichtigt werden konnten. 41

Tab. 1: Bremischer Haushalt 2020 und 2021 nach Produktplänen
(eckwertrelevante Positionen Stadt Bremen in Tsd. €)

Produktplan 2020	Personal-ausgaben	konsumtive Ausgaben	Investitions-ausgaben	eckwert-relevante Ausgaben	eckwert-relevante Einnahmen [1]	Netto-Ausgaben
	T€					
01 Bürgerschaft	0	8.266	0	8.266	0	8.266
02 Rechnungshof	0	2.481	0	2.481	0	2.481
03 Senat, Senatskanzlei	4.438	7.006	1.334	12.779	1.046	11.733
07 Inneres	53.836	38.010	9.451	101.297	49.050	52.247
12 Sport	0	14.020	16.149	30.169	278	29.891
21 Kinder und Bildung	373.496	488.149	70.985	932.630	655.872	276.758
22 Kultur	2.577	83.568	2.484	88.629	1.151	87.478
41 Jugend und Soziales	61.475	973.473	5.065	1.040.012	490.464	549.548
51 Gesundheit und Verbraucherschutz	10.937	11.661	10.379	32.977	2.553	30.424
68 Umwelt, Bau und Verkehr	19.029	141.501	76.137	236.667	35.058	201.609
71 Wirtschaft	1.090	11.197	31.413	43.700	6.263	37.438
81 Häfen	5.568	46.486	59.678	111.732	64.104	47.628
91 Finanzen/Personal	2	24.465	0	24.466	6.559	17.908
92 Allgemeine Finanzen	318.758	67.023	3.068	388.849	108.593	280.256
93 Zentrale Finanzen [2]	0	6.414	24.291	30.705	631.291	-600.586
96 IT-Budget der FHB	0	14.200	1.451	15.650	0	15.650
97 Immobilienwirtschaft und -management	0	21.393	39.816	61.209	27.468	33.742
Bremen Fonds global (Corona-Pandemie)		300.000		300.000		300.000
Verstärkungsmittel für Handlungsfelder [3]		13.206		13.206		13.206
Globale Ausgaben		-29.500		-29.500		-29.500
Zusammen	851.206	2.243.019	351.700	3.445.925	2.079.749	1.366.176

Produktplan 2021	Personal-ausgaben	konsumtive Ausgaben	Investitions-ausgaben	eckwert-relevante Ausgaben	eckwert-relevante Einnahmen [1]	Netto-Ausgaben
	T€					
01 Bürgerschaft	0	8.266	0	8.266	0	8.266
02 Rechnungshof	0	2.481	0	2.481	0	2.481
03 Senat, Senatskanzlei	4.727	7.007	1.334	13.068	1.046	12.022
07 Inneres	55.107	39.498	12.223	106.828	50.824	56.004
12 Sport	0	16.485	13.524	30.009	278	29.731
21 Kinder und Bildung	386.937	483.199	48.901	919.037	657.109	261.927
22 Kultur	2.580	83.873	2.933	89.385	1.151	88.235
41 Jugend und Soziales	62.698	992.462	5.065	1.060.225	497.844	562.381
51 Gesundheit	10.937	12.795	10.379	34.111	2.555	31.556
68 Umwelt, Bau und Verkehr	19.029	143.016	87.013	249.058	38.557	210.501
71 Wirtschaft	1.090	11.550	36.828	49.467	10.475	38.992
81 Häfen	5.568	36.102	86.360	128.030	79.247	48.783
91 Finanzen/Personal	2	24.473	0	24.474	6.559	17.916
92 Allgemeine Finanzen	318.758	41.466	3.068	363.292	108.038	255.255
93 Zentrale Finanzen [2]	0	6.418	10.000	16.418	638.578	-622.160
96 IT-Budget der FHB	0	12.872	1.451	14.323	0	14.323
97 Immobilienwirtschaft und -management	0	21.486	43.663	65.149	31.368	33.782
Verstärkungsmittel für Handlungsfelder [3]		13.032		13.032		13.032
Globale Ausgaben		-22.550		-22.550		-22.550
Zusammen	867.432	1.933.931	362.741	3.164.104	2.123.629	1.040.475

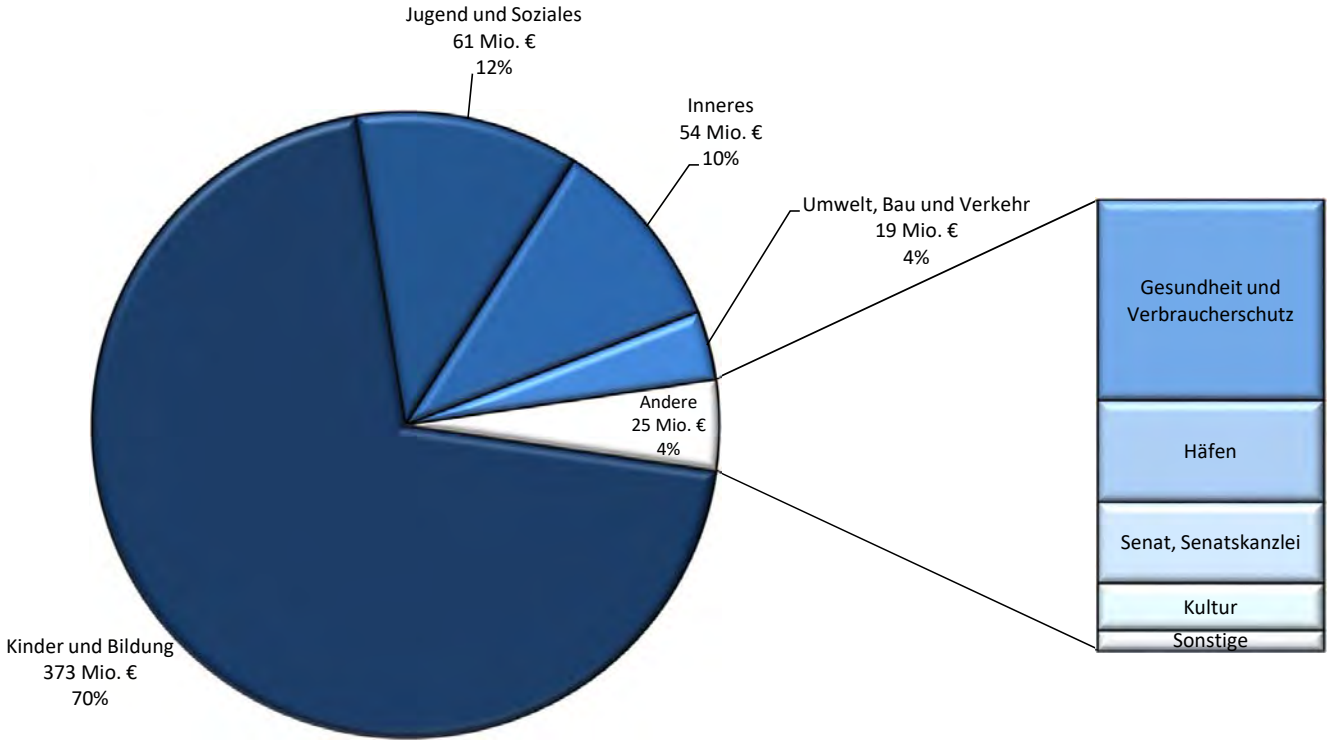
1) ohne Steuern, steuerabhängige Einnahmen, Konsolidierungshilfe vom Land

2) inkl. zentral veranschlagte Versorgungsausgaben

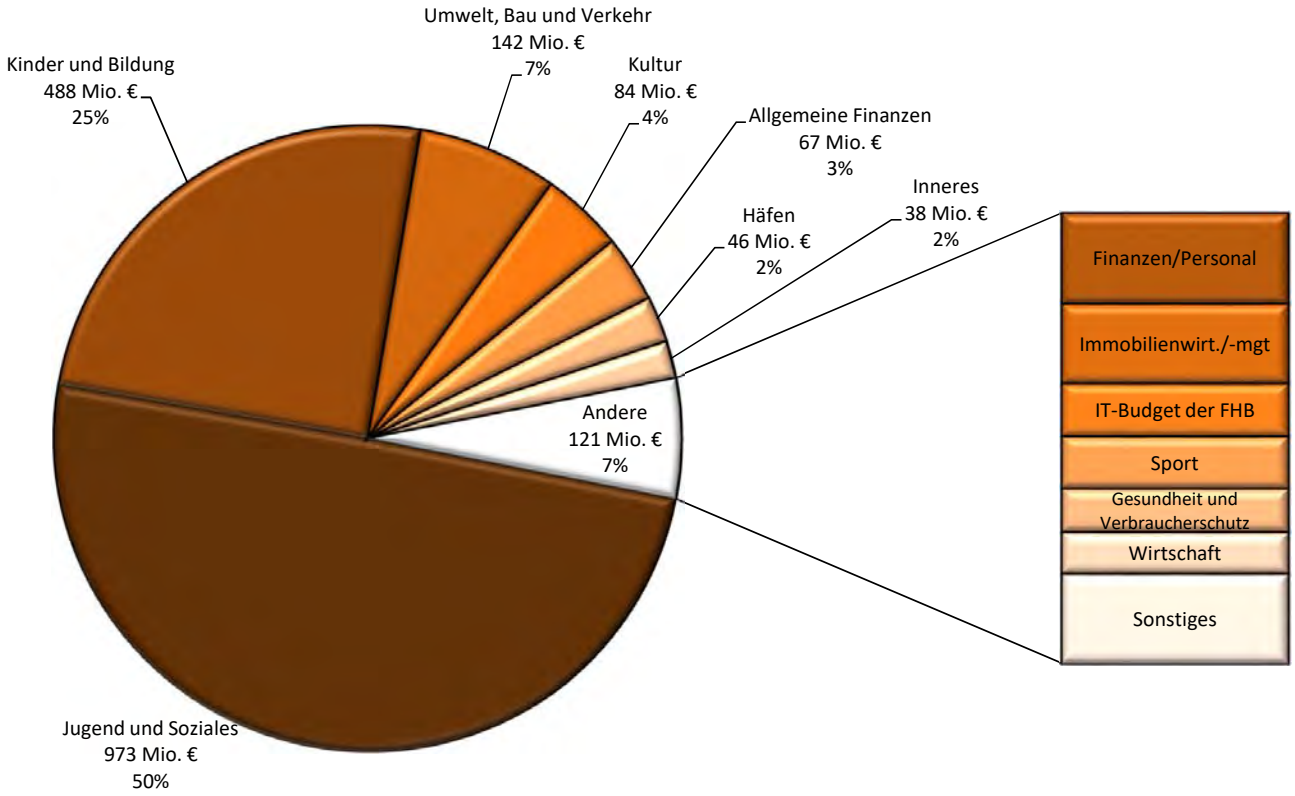
3) Handlungsfelder: digitale und bürgerfreundliche Verwaltung und sichere und saubere Stadt

Abb. 1: Eckwertrelevante Ausgaben 2020 nach Produktplänen

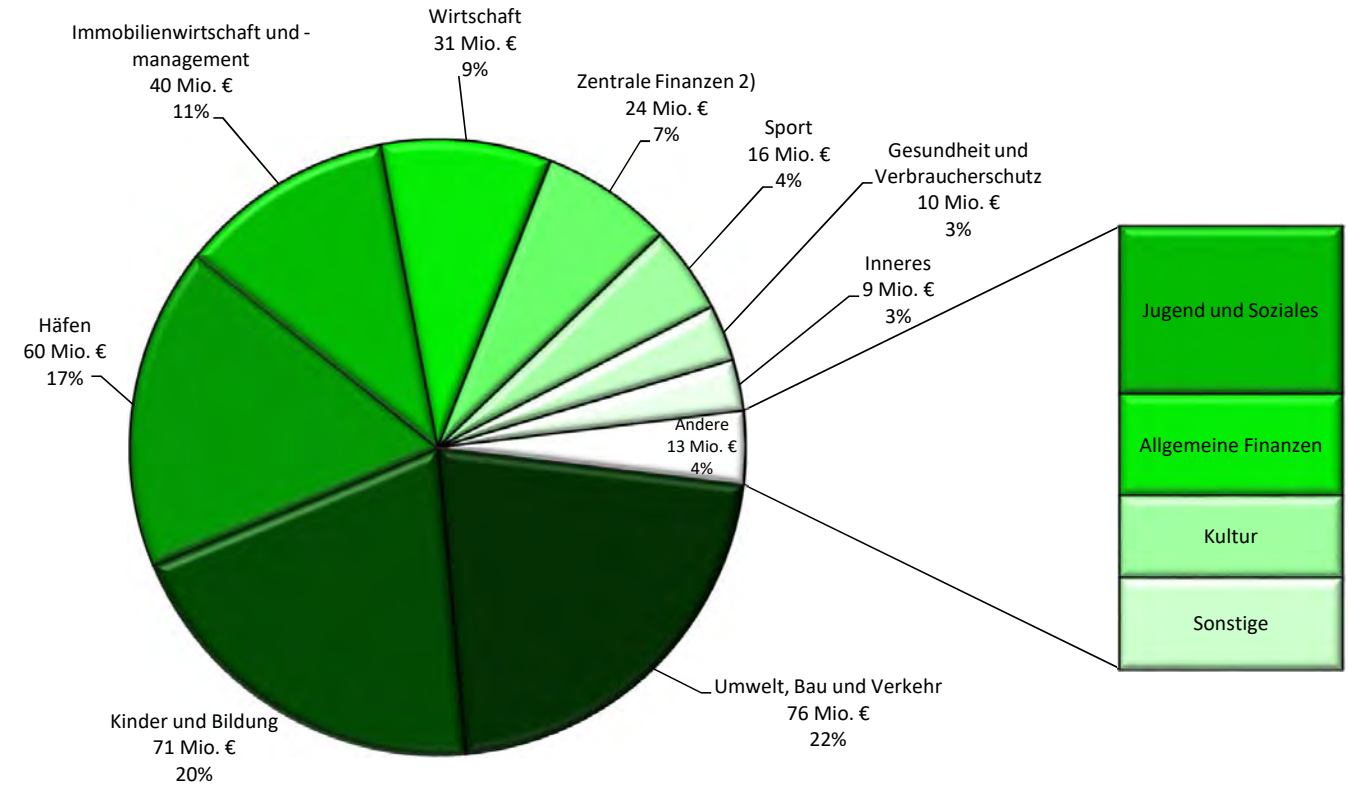
Die Personalausgaben (ohne Versorgungsausgaben/Allgemeine Finanzen) betragen 532 Mio. €.
Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Die konsumtiven Ausgaben (ohne globale Ausgaben, Verstärkungsmittel und Zinsausgaben) betragen 1.959 Mio. €.
Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Die investiven Ausgaben (ohne globale Ausgaben und Verstärkungsmittel) betragen 352 Mio. €.
Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Die Netto-Ausgaben (ohne Allgemeine Finanzen, Zentrale Finanzen und globale Minderausgaben) betragen 1403 Mio. €.
Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:

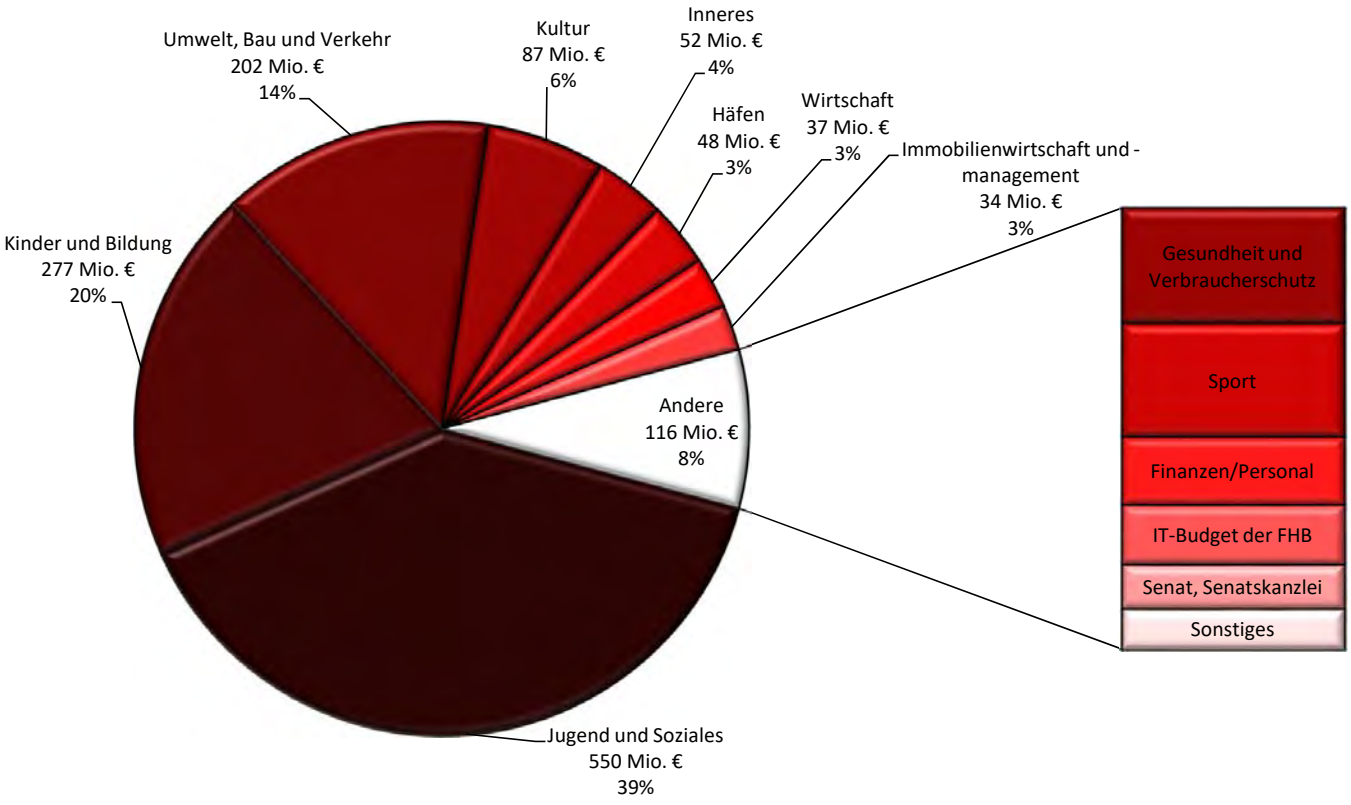
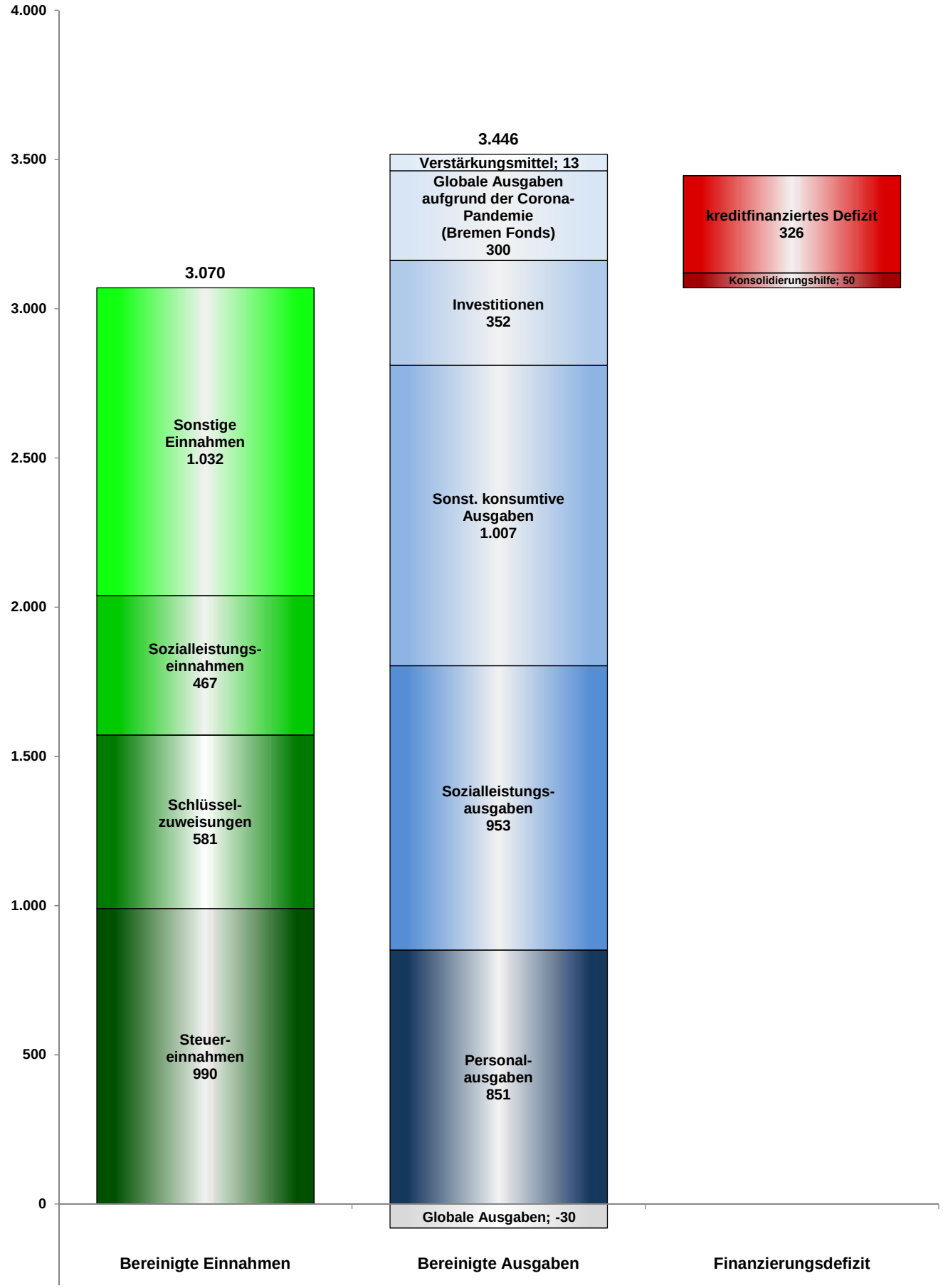


Abb. 2: Bilanz der bremischen Haushalte 2020

Stadt Bremen (in Mio. €)



Tab. 2: Finanzplanung 2019 / 2023

Stadt Bremen (in Mio. €)

	Ist			Haushaltsentwurf		Planwerte	
Kernhaushalt	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Steuereinnahmen [1])	**906**	**967**	**935**	**990**	**1.022**	**1.041**	**1.074**
Schlüsselzuweisungen	**380**	**415**	**433**	**581**	**604**	**626**	**645**
Sozialleistungseinnahmen	**472**	**456**	**454**	**467**	**474**	**482**	**490**
Sonstige konsumtive Einnahmen	**853**	**915**	**973**	**906**	**917**	**895**	**897**
Investive Einnahmen	**67**	**112**	**130**	**125**	**128**	**113**	**114**
Bereinigte Einnahmen	**2.679**	**2.866**	**2.926**	**3.070**	**3.145**	**3.157**	**3.220**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 2,3	+ 7,0	+ 2,1	+ 4,9	+ 2,4	+ 0,4	+ 2,0
Personalausgaben	**707**	**732**	**779**	**851**	**867**	**875**	**879**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 4,4	+ 3,4	+ 6,4	+ 9,3	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,5
Zinsausgaben	**215**	**205**	**175**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sozialleistungsausgaben	**913**	**911**	**935**	**953**	**972**	**988**	**1.005**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 1,1	- 0,2	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7
Sonstige konsumtive Ausgaben	**795**	**849**	**893**	**1.007**	**972**	**990**	**1.012**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 6,3	+ 6,8	+ 5,2	+ 12,7	- 3,4	+ 1,9	+ 2,2
Investitionsausgaben	**274**	**355**	**328**	**352**	**363**	**352**	**363**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 15,0	+ 29,5	- 7,4	+ 7,1	+ 3,1	- 2,9	+ 3,1
Bremen Fonds (Corona-Pandemie)				**300**			
Verstärkungsmittel [2])				**13**	**13**	**15**	**15**
Globale Ausgaben				**-30**	**-23**	**1**	**1**
Bereinigte Ausgaben	**2.904**	**3.051**	**3.110**	**3.446**	**3.164**	**3.221**	**3.275**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 4,0	+ 5,1	+ 1,9	+ 10,8	- 8,2	+ 1,8	+ 1,7
Primärausgaben [3])	**2.689**	**2.846**	**2.936**	**3.446**	**3.164**	**3.221**	**3.275**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 4,8	+ 5,9	+ 3,1	+ 17,4	- 8,2	+ 1,8	+ 1,7
Finanzierungssaldo	**-225**	**-185**	**-185**	**-376**	**-19**	**-64**	**-55**
Primärsaldo	**-10**	**20**	**-10**	**-376**	**-19**	**-64**	**-55**
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie				*300*			
Konsolidierungshilfen (netto)	150	150	150	50			
Schuldenstand 4)	**8.946**	**8.703**	**9.156**				

1) Ab 2020: Ergebnisse der Steuerschätzung November 2019

2) Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Digitale und bürgerfreundliche Verwaltung und sichere und saubere Stadt

3) Einschließlich Globalmittel (2020: 284 Mio. €; 2021: - 10 Mio. €; 2022 und 2023: je 16 Mio. €)

4) Einschließlich Sondervermögen, ohne Tilgungen in Sondervermögen; ab 2020 Fortschreibung mit Finanzierungssaldo (einschl. Konsolidierungshilfe)

Abb. 3: Entwicklung der Bereinigten Einnahmen in Bremen nach Arten

Stadt Bremen in Mio. € (2020/2023: FPL 2019/2023)

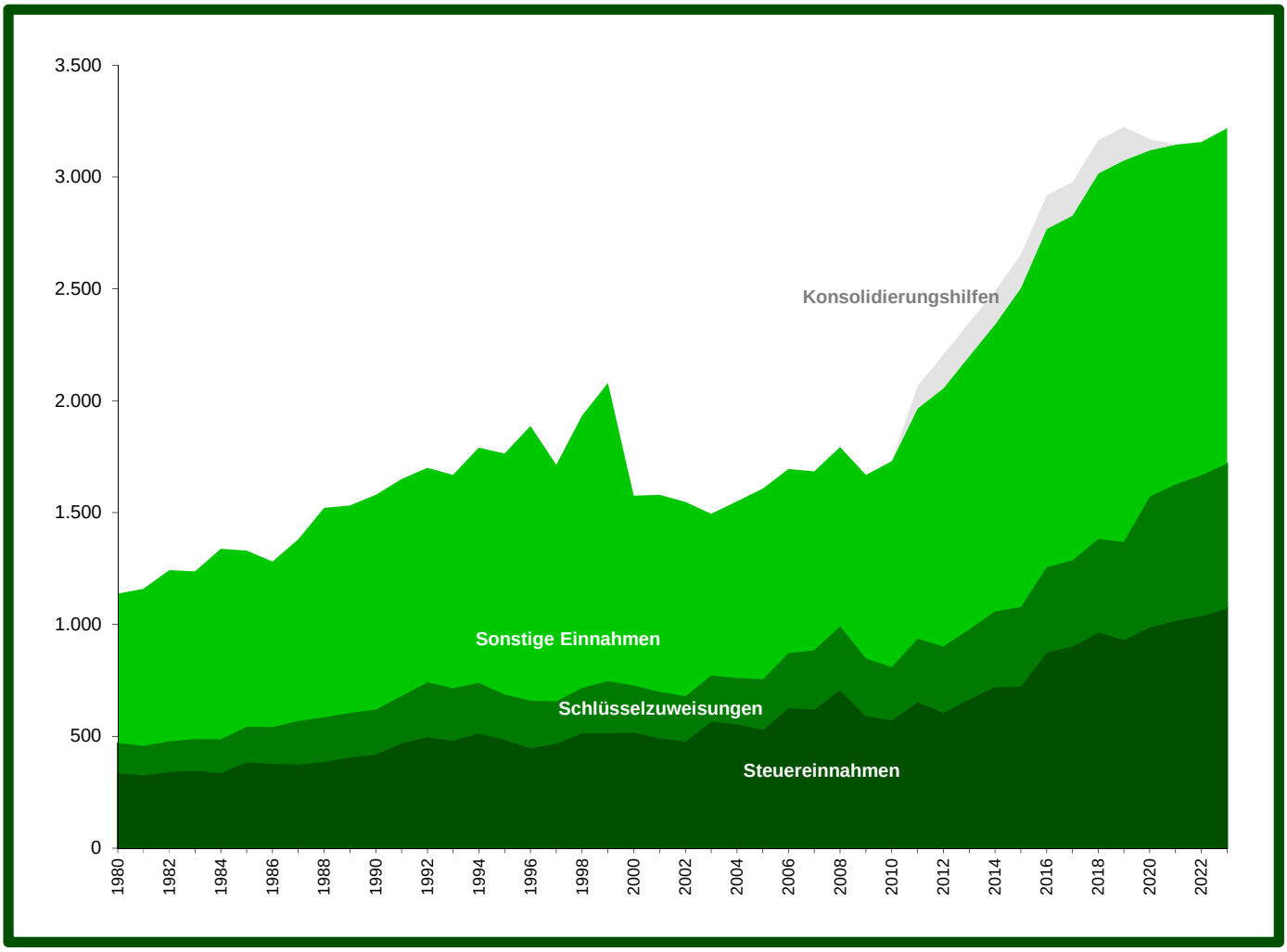


Abb. 4: Anteil an den Gesamteinnahmen

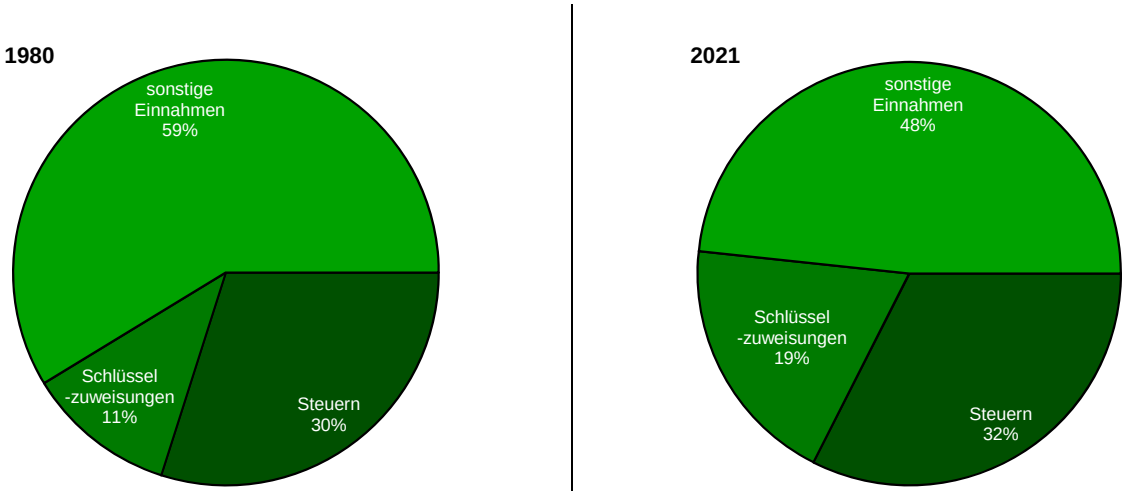
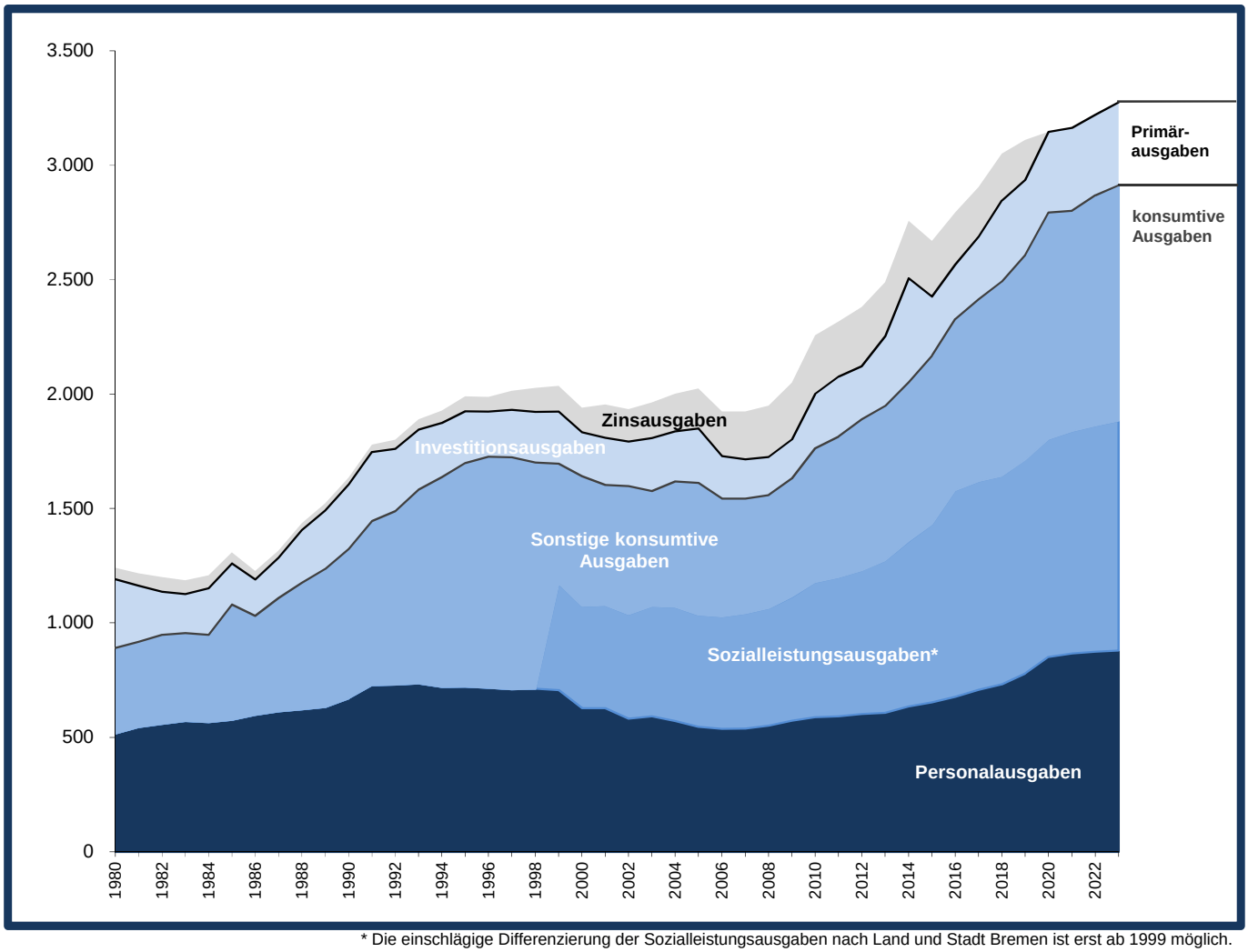


Abb. 5: Entwicklung der Bereinigten Ausgaben in Bremen nach Arten

Stadt Bremen in Mio. € (2020/2023: FPL 2019/2023; ohne globale Ausgaben zur Corona-Pandemie)



* Die einschlägige Differenzierung der Sozialleistungsausgaben nach Land und Stadt Bremen ist erst ab 1999 möglich.

Abb. 6: Anteil an den Gesamtausgaben

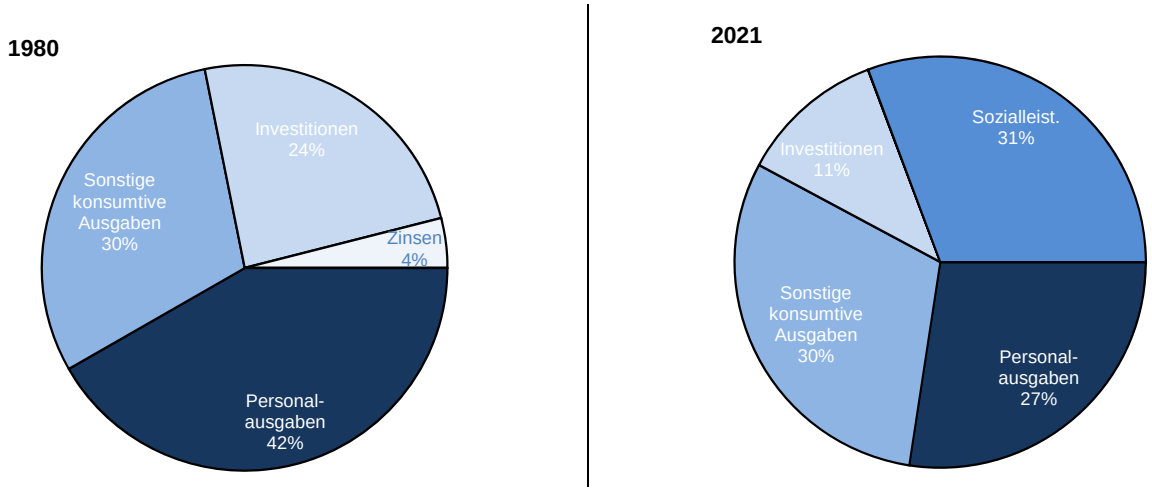
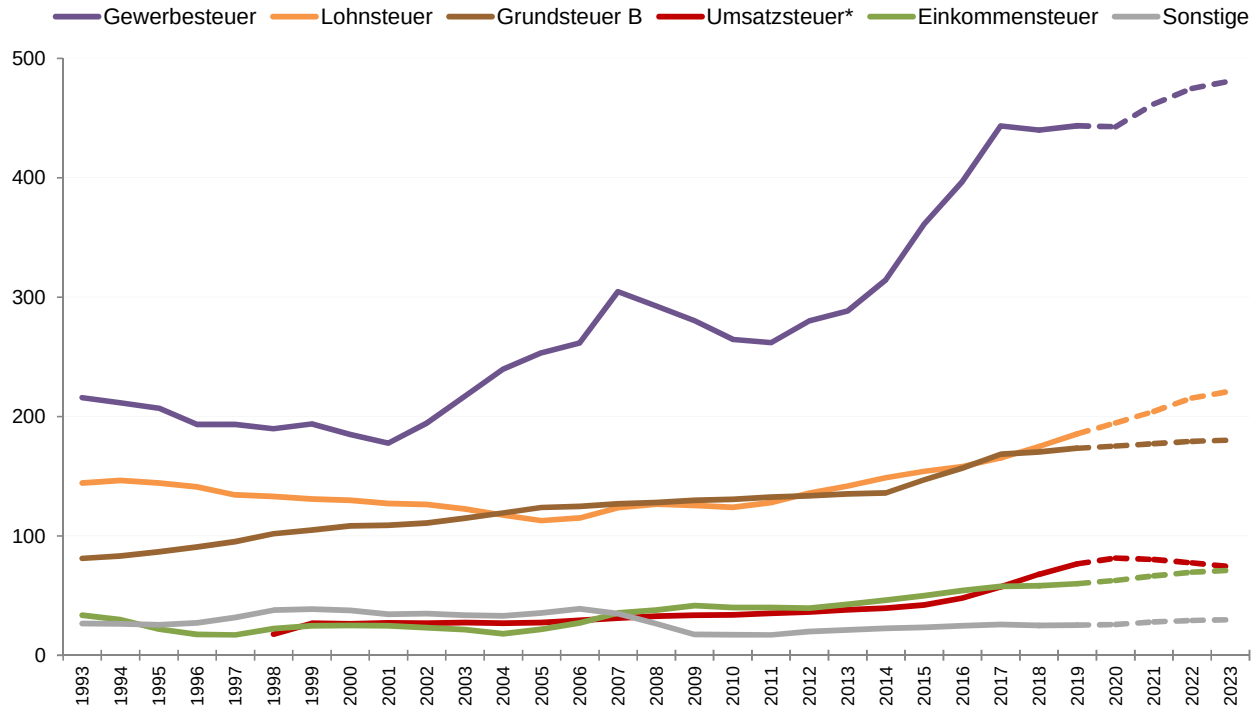


Abb. 7: Entwicklung der Steuereinnahmen

Stadt Bremen (in Mio. €)

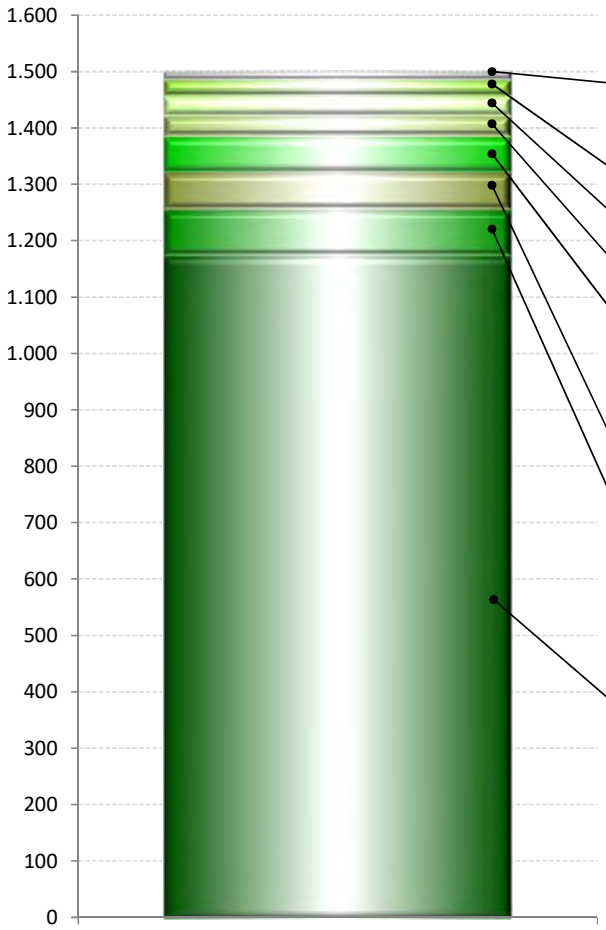


1994-2022: Dreijahresdurchschnitt, ab 2020 lt. Schätzung im November 2019

* ab 1998; inkl. Einfuhrumsatzsteuer

Abb. 8: Konsumtive und investive Einnahmen

Stadt Bremen



	2020 (in Mio.€)
Sonstiges	*14*
Darlehensrückflüsse	6
Geldstrafen und -bußen	5
Vermögensübertragungen	*30*
Zinseinnahmen	*34*
Sozialhilfeeinnahmen (ohne Einn. vom Land)	*38*
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	*63*
Konzessionsabgabe	39
Gewinne aus Beteiligungen	11
Wettmittel	7
Mieten und Pachten	5
Gebühren / Entgelte	*66*
lfd Zuw. und Zuschüsse	*83*
von Sondervermögen / Versorgungsrücklage	41
von der Agentur für Arbeit	20
Einnahmen vom Land	*1.172*
sonstige konsumtive Einnahmen vom Land	644
Sozialhilfeeinnahmen vom Land	429
Investive Einnahmen vom Land	99
	1.499

Abb. 9: Personalausgaben

Stadt Bremen, in Mio. €

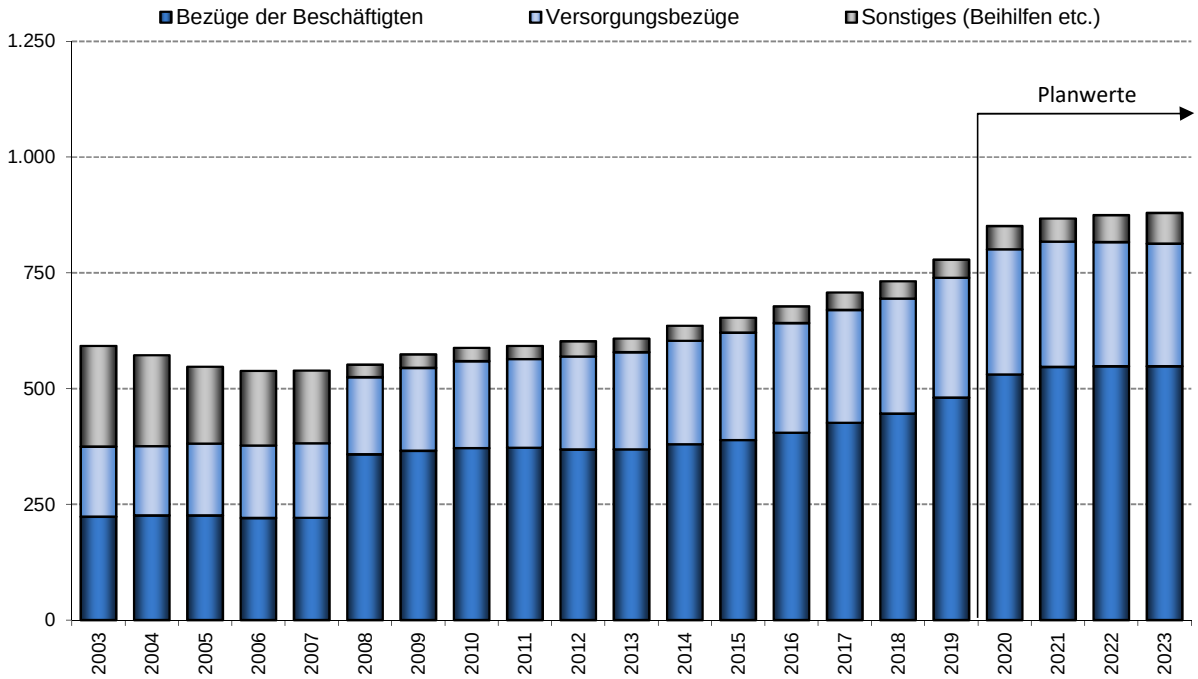


Abb. 10: Anteil der Personalausgaben an den Primärausgaben

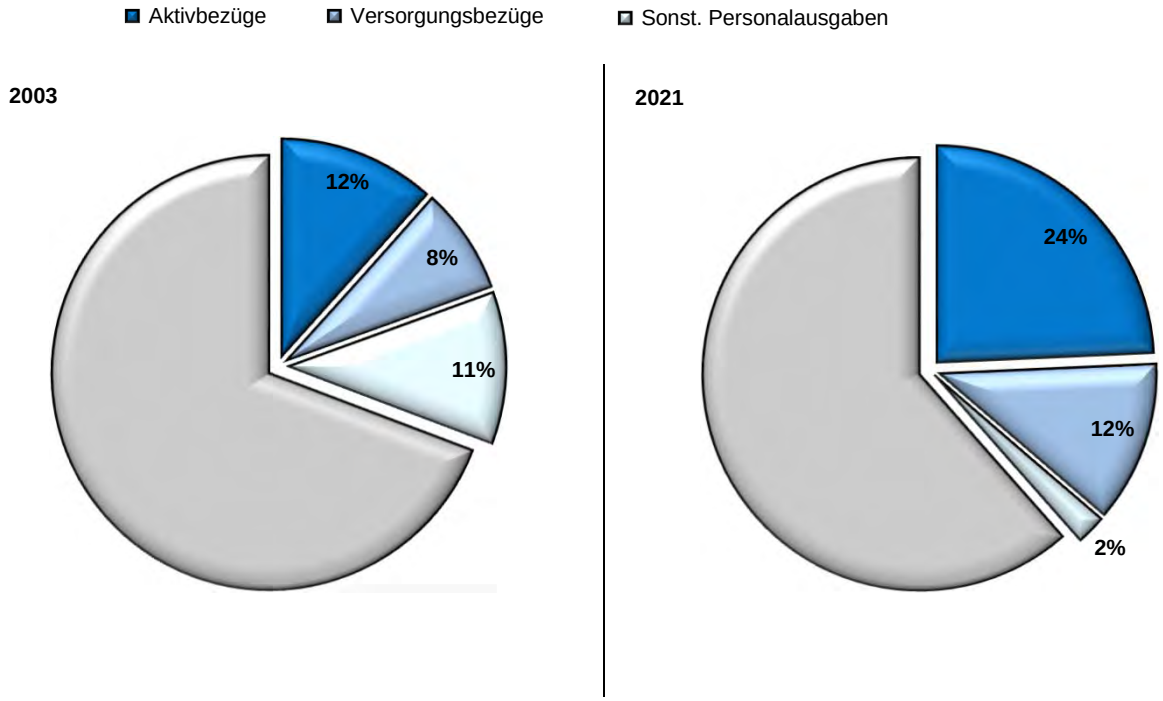


Abb. 11: Sozialleistungsausgaben nach Arten

Stadt Bremen

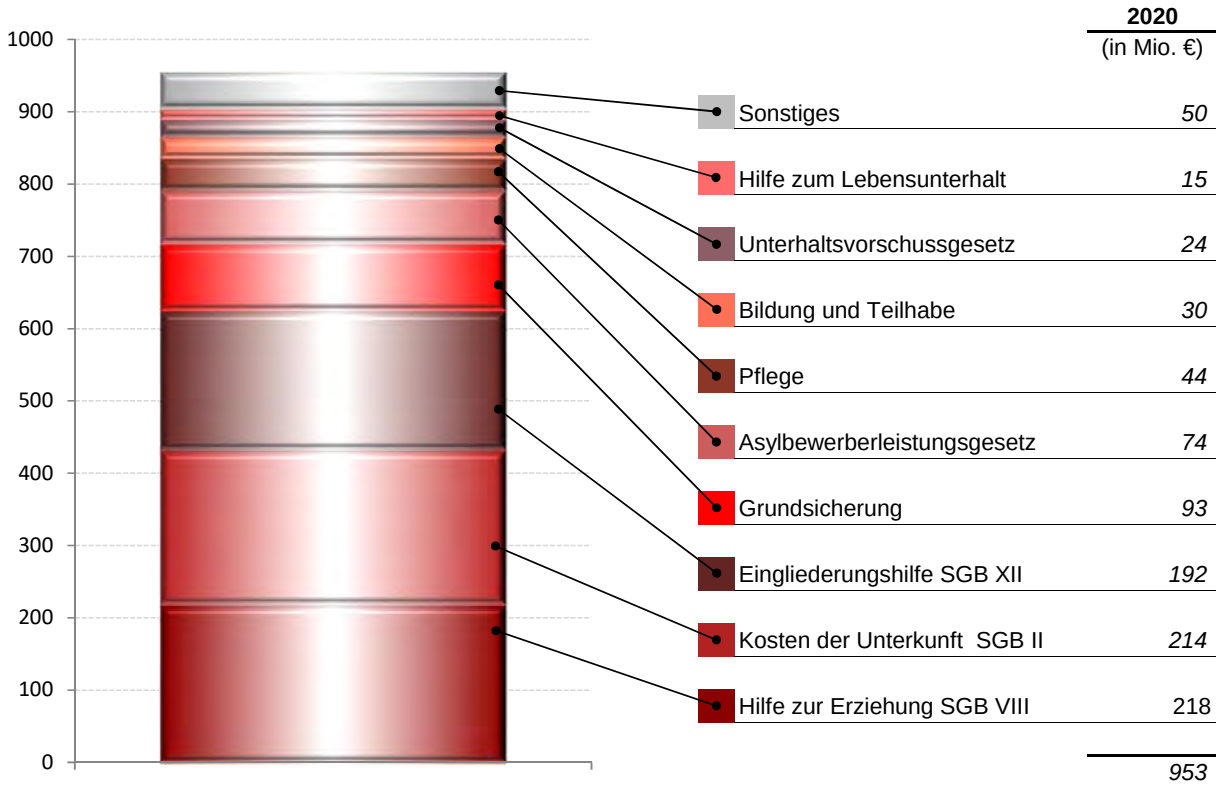


Abb. 12: Anteil der Sozialleistungsausgaben an den Primärausgaben

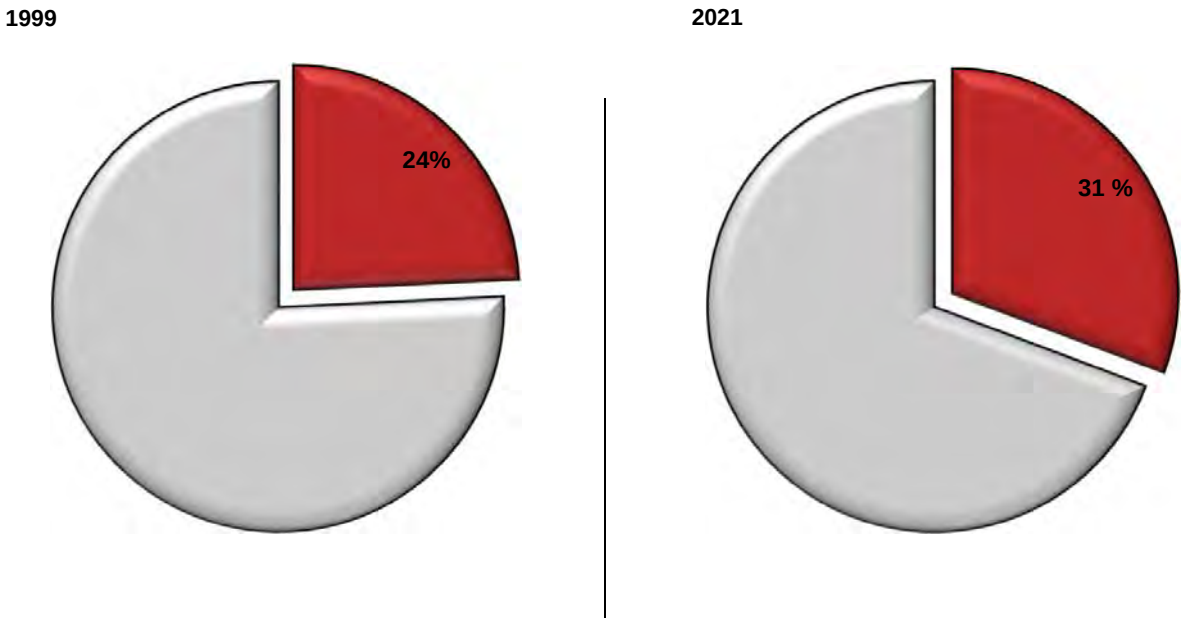
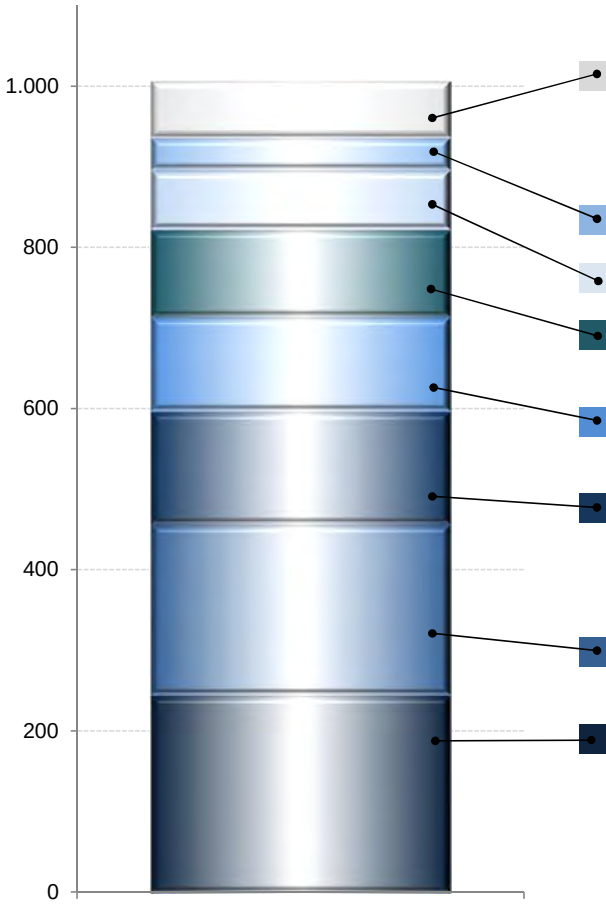


Abb. 13: Sonstige konsumtive Ausgaben

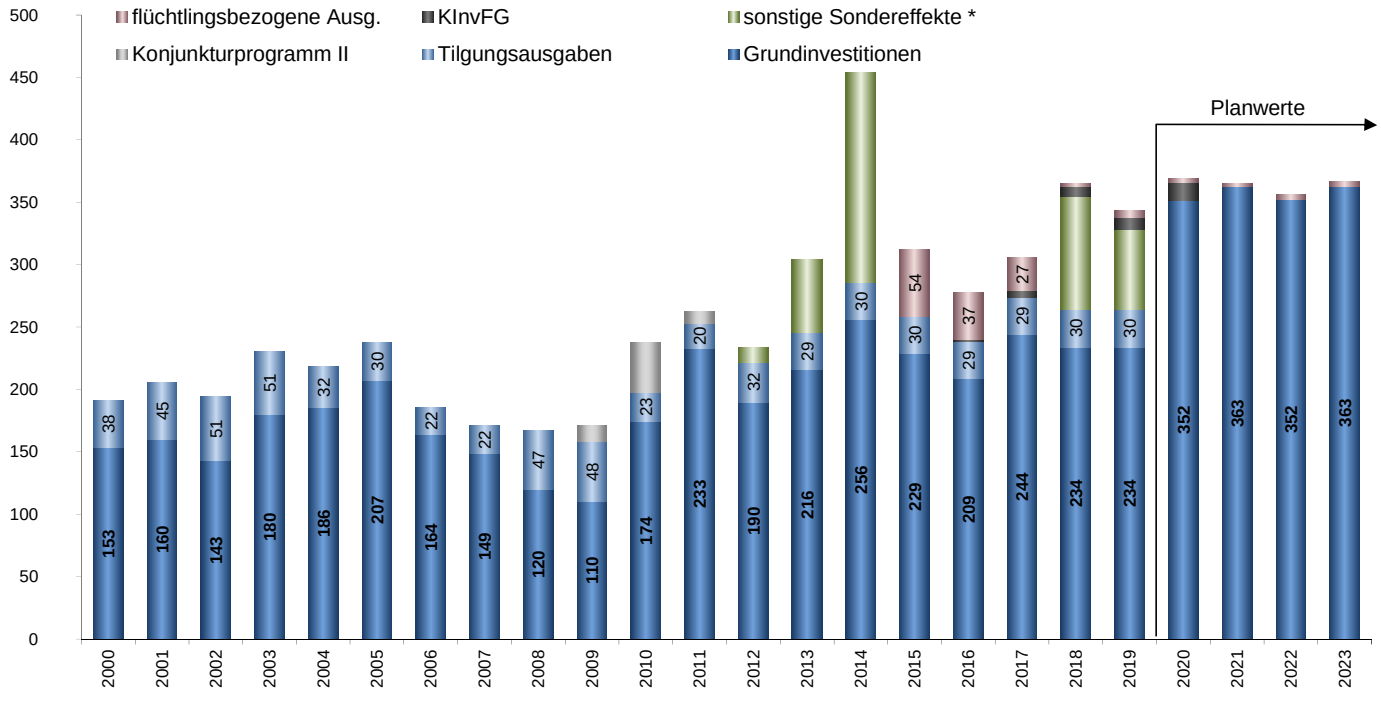
Stadt Bremen



	2020 (in Mio. €)
Sonstige	*70*
Renten/ Unterstützungen	11
Zuführung zur Anstalt Versorgungsvorsorge	10
sonst. kons. Ausgaben an Bremerhaven	6
Zusch für lfd. Sachaufwand	*40*
Zuweisungen an Sondervermögen	*74*
Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen	*108*
an Kita Bremen	93
sonst. kons. Ausgaben an das Land Bremen	*117*
für die Wahrnehmung von Gemeindeaufgaben	115
Zuweisungen und Zuschüsse an Unternehmen	140
Verlustausgleich der BSAG	40
an Theater GmbH	29
Bremer Stadtreinigung AöR	26
Sächliche Verwaltungsausgaben	*212*
Echtmieten SVIT	52
Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	*245*
an freie Träger von Kindertagesstätten	128
für Kindertagesbetreuung u3 (KiFöG)	28
für Eltern-Kind-Gruppen	19
	1007

Abb. 14: Investitionsausgaben

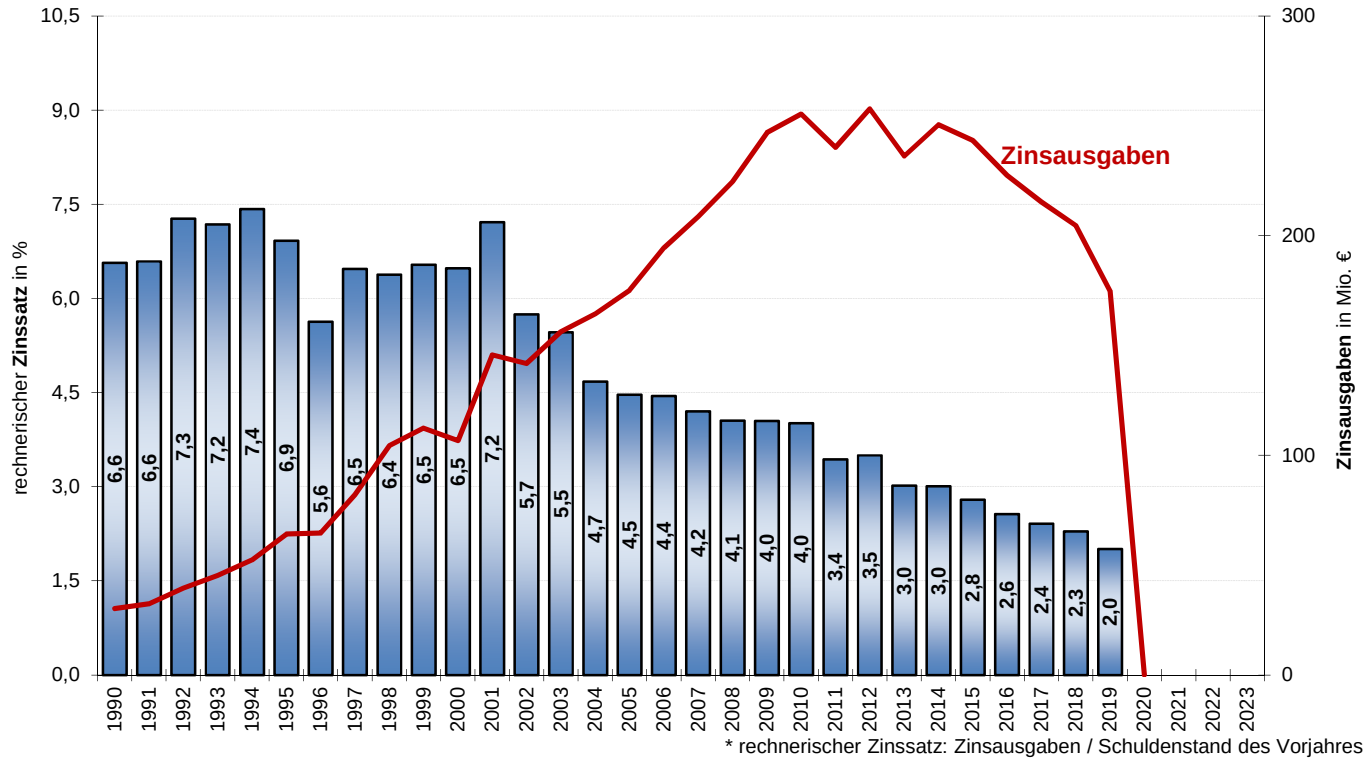
Stadt Bremen (in Mio. €)



* 2012/2013: UVI; 2013: Eigenkapitalerhöhung Kliniken; 2014: Anteilerwerb an den Netzen; 2018/2019 Eigenkapitalerhöhung Kliniken

Abb. 15: Zinsausgaben und rechnerischer Zinsatz

Stadt Bremen



* rechnerischer Zinssatz: Zinsausgaben / Schuldenstand des Vorjahres

Abb. 16: Zinsausgaben und Schuldenstand

Stadt Bremen (in Mio. €)

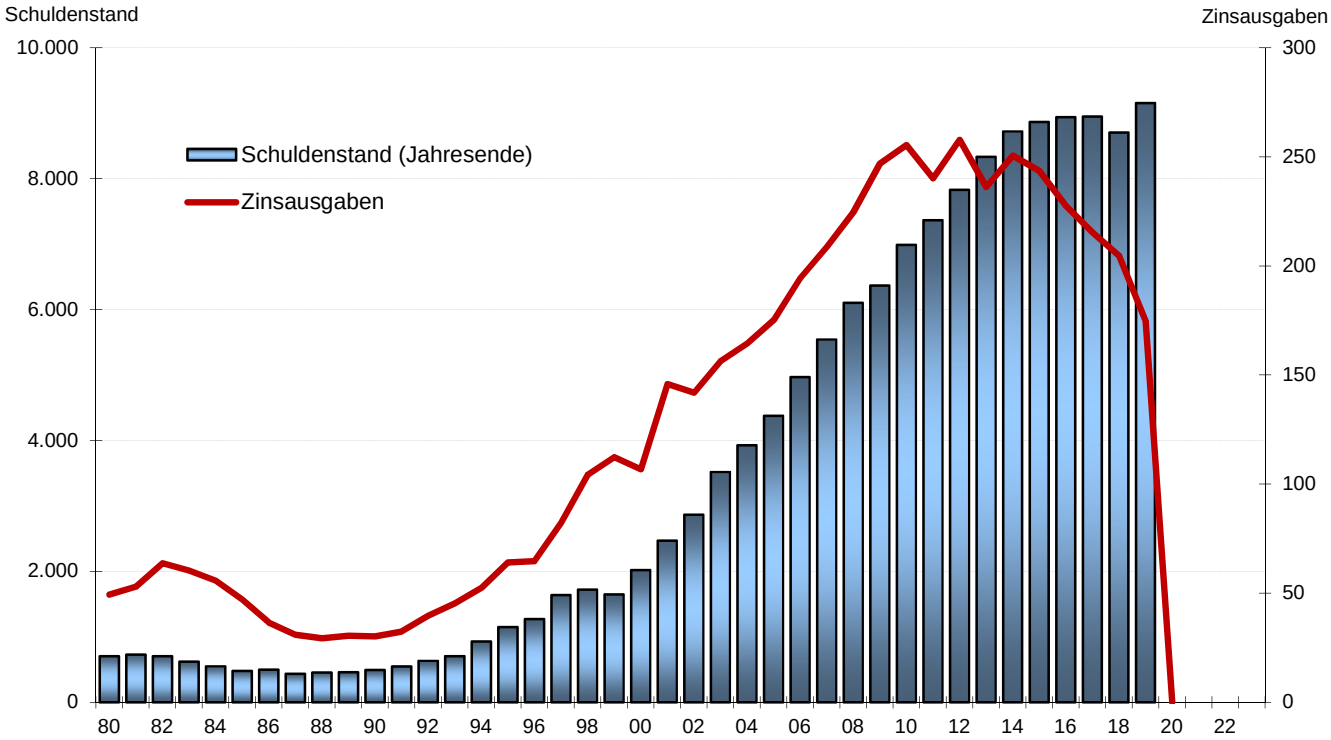


Abb. 17: Primäreinnahmen und -ausgaben

Stadt Bremen (in Mio. €); ohne globale Ausgaben

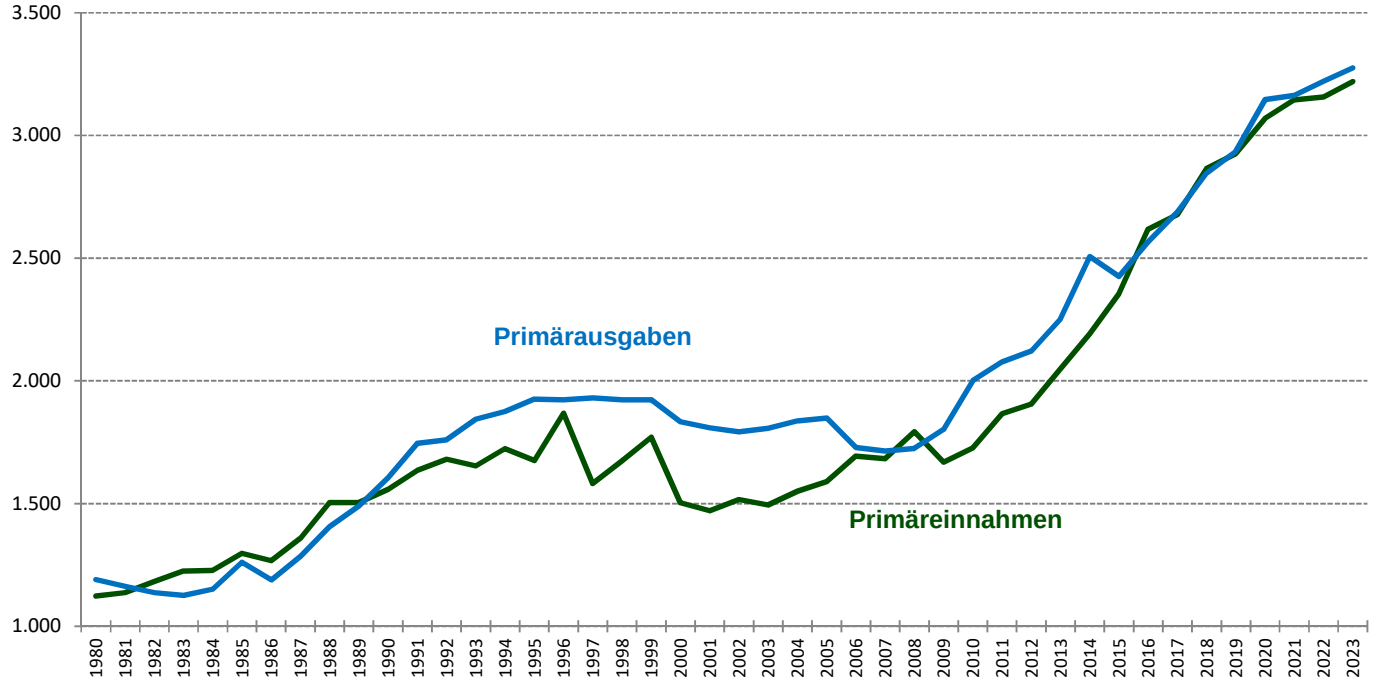
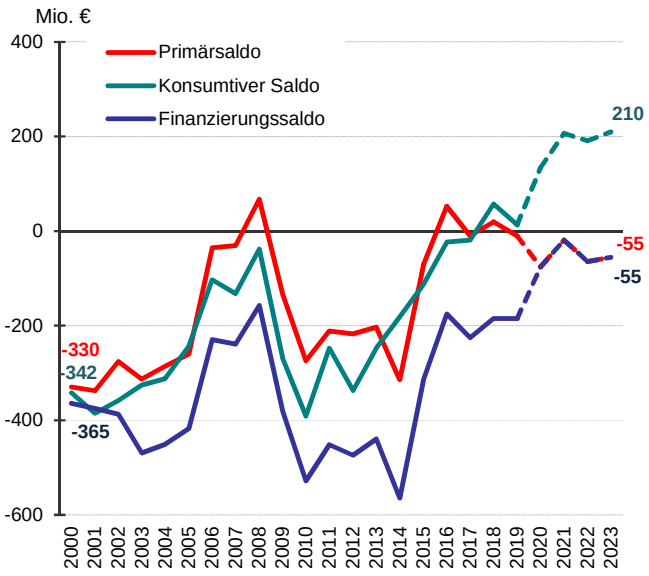
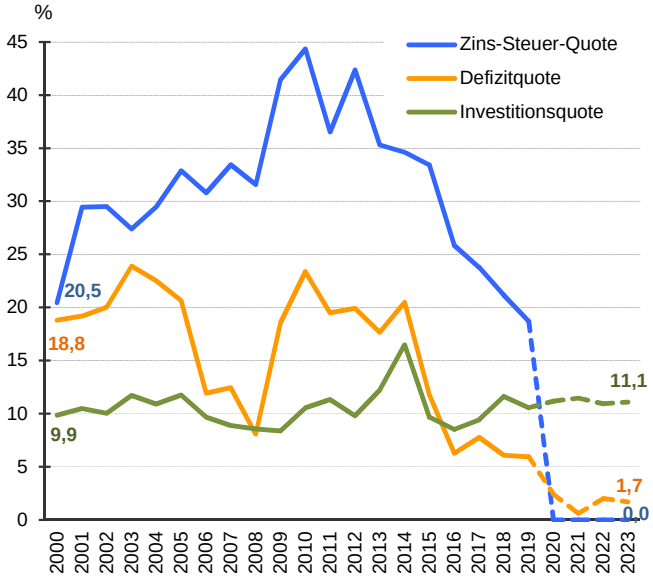


Abb. 18: Quoten und Salden

Stadt Bremen (in Mio. € / in %)





Herausgeber:

Der Senator für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: (0421) 361-4072
Fax: (0421) 496-2965
Mail: office@finanzen.bremen.de

Hinweise: Diese Veröffentlichung steht auf der Internetseite des Senators für Finanzen als PDF-Dokument zur Verfügung. Außerdem werden die Einzeldatensätze der kameralen Haushaltsdaten im Transparenzportal Bremen (www.transparenz.bremen.de) veröffentlicht.

Freie
Hansestadt
Bremen

FINANZPLAN 2019 / 2023

mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung

Der Senator für Finanzen

SenFin 12x Seite 1_Layout 1 17.03.16 16:39 Seite 2

Freie
Hansestadt
Bremen

FINANZPLAN 2019 / 2023

mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung

Stand 19. Mai 2020

Gliederung

1. Verfahren der Finanzplanung 3
2. Ergebnisse der Finanzplanung 5
3. Gesamtstrategie 9
4. Rahmenbedingungen 13
4.1 Konsolidierungszeitraum 2010 – 2019 13
4.2 Haushaltsmäßige Auswirkungen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen 18
4.3 Verfassungskonformität der Haushalte / Schuldenbremse 18
4.4 Sanierungshilfen vom Bund 20
4.5 Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs 21
4.6 Auflösung des Bremer Kapitaldienstfonds 24
4.7 Gesamtwirtschaftliche und demografische Entwicklung 25
4.8 COVID-19-Pandemie 29
4.8.1 Bedeutung der Pandemie für die Schuldenbremse in der Landesverfassung 30
4.8.2 Bedeutung der Pandemie für die Sanierungshilfenvereinbarung 34
5. Finanzplanung 2019 – 2023 35
5.1 Einnahmen 37
5.1.1 Steuerabhängige Einnahmen (Steuern, LFA, BEZ) 38
5.1.2 Sonstige Einnahmen 41
5.2 Ausgaben 44
5.2.1 Personalausgaben 45
5.2.2 Konsumtive Ausgaben inkl. Sozialleistungen 50
5.2.3 Investitionsausgaben 52
5.2.4 Zinsausgaben 54
5.3 Gesamthaushalt 57
5.3.1 Land Bremen 57
5.3.2 Stadt Bremen 60
5.3.3 Stadtstaat Bremen 63
6. Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 67

Anlage

Produktplan-Eckwerte

1. Verfahren der Finanzplanung

Die Freie Hansestadt Bremen ist gemäß § 9 Abs. 1 i. V. m. § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) verpflichtet, ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen, in der Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen sind.

Aus diesem Anlass bestimmt das Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) in § 50 u. a., dass der Finanzplan spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen ist, die vorgesehenen Investitionsschwerpunkte zu erläutern und zu begründen sind und auf der Grundlage der Finanzplanung überarbeitete mehrjährige Investitionsprogramme vorzulegen sind.

Die vorliegende Finanzplanung umfasst dementsprechend die Jahre 2019 bis 2023, wobei die Werte des Jahres 2019 den bereits abgeschlossenen Haushalten und die Werte der Jahre 2020 und 2021 den Entwürfen des Senats zu den Haushaltsplänen entsprechen. Der weitere Prognosezeitraum umfasst die Jahre 2022 und 2023. Der Finanzplan wird gemäß § 31 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung (LHO) vom Senator für Finanzen aufgestellt.

Im Zwei-Städte-Staat Bremen umfasst die Finanzplanung neben der Landesebene grundsätzlich auch die kommunale Ebene der beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, wobei nur der Haushalt der Stadt Bremen explizit ausgewiesen wird. Die Bremerhavener Daten werden benötigt, um den konsolidierten Haushalt des Stadtstaates zu berechnen, der ebenfalls Grundlage dieser Finanzplanung ist. Für die Aufstellung und Darstellung der Bremerhavener Finanzplanung ist jedoch ausschließlich die Kämmerei Bremerhaven zuständig.

Die Finanzplanung wird nach Beendigung des Konsolidierungspfades unter der Maßgabe der Schuldenbremse und der Sanierungshilfenvereinbarung mit dem Bund aufgestellt. Sie dient damit zugleich als ‚Frühwarnsystem' für die nach § 50 Abs. 7 HGrG bestehende Verpflichtung, rechtzeitig geeignete Maßnahmen zu treffen, die nach der Finanzplanung erforderlich sind, um eine geordnete Haushaltsentwicklung unter Berücksichtigung des voraussichtlichen gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens in den einzelnen Planungsjahren zu sichern und das grundgesetzliche und landesverfassungsrechtliche Neuverschuldungsverbot einzuhalten

2. Ergebnisse der Finanzplanung

Stadt Bremen

Ergebnisse (in Mio. €)	IST				HH-Entwurf		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
10 Steuereinnahmen	880	906	967	935	990	1.022	1.041	1.074
11 Schlüsselzuweisungen	375	380	415	433	581	604	626	645
12 Sozialleistungen	417	472	456	454	467	474	482	490
13 Sonstige Einnahmen	945	921	1.027	1.104	1.032	1.045	1.008	1.011
Bereinigte Einnahmen	**2.618**	**2.679**	**2.866**	**2.926**	**3.070**	**3.145**	**3.157**	**3.220**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+11,2	+2,3	+7,0	+2,1	+4,9	+2,4	+0,4	+2,0
20 Personalausgaben	677	707	732	779	851	867	875	879
21 Sozialleistungen	903	913	911	935	953	972	988	1.005
22 Sonst. konsumtive Ausgaben	748	795	849	893	1.007	972	990	1.012
23 Investitionsausgaben	238	274	355	328	352	363	352	363
24 Zinsausgaben	228	215	205	175	0	0	0	0
25 Bremen-Fonds (Corona-Pandemie)					300			
26 Handlungsfelder					13	13	15	15
27 Globale Ausgaben					-30	-23	1	1
Bereinigte Ausgaben	**2.793**	**2.904**	**3.051**	**3.110**	**3.446**	**3.164**	**3.221**	**3.275**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+4,6	+4,0	+5,1	+1,9	+10,8	-8,2	+1,8	+1,7
Finanzierungssaldo	**-175**	**-225**	**-185**	**-185**	-376	-19	-64	-55
30 Konsolidierungshilfen (netto)	150	150	150	150	50			
40 Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	-55	-176	-51	14	7	30	7	5
- Ex-ante Konjunkturbereinigung (Stabilitätsrückl.)					-4	5	7	5
- Sonstige Rücklagen					11	24	0	0
Netto-Kredittigung	-80	-252	-87	-21	**-318**	**11**	**-57**	**-50**
50 Strukturelle Bereinigungen	-51	-26	91	165	19	-11	-13	-10
- Finanzielle Transaktionen	2	6	93	70	-5	-5	-8	-8
- Steuerbereinigungen	-96	-74	-43	46	23	-6	-5	-2
- BKF	43	41	41	48				
Struktureller Abschluss	**-226**	**-252**	**-94**	**-20**	**-300**	**0**	**-70**	**-60**
zulässiges Defizit	-250	-187	-125	-62	0	0	0	0
Sicherheitsabstand (Schuldenbremse)	**24**	**-64**	**30**	**42**	**-300**	**0**	**-70**	**-60**
Saldo Flüchtlingsmehrkosten		83						
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie					300			
Sicherheitsabstand inkl. Ausnahmetatbestand		**18**			**0**			

Land Bremen

Ergebnisse (in Mio. €)	IST				HH-Entwurf		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
10 Steuern / LFA / BEZ	3.030	3.031	3.277	3.382	3.503	3.641	3.768	3.882
11 Sanierungshilfen					400	400	400	400
12 Sozialleistungen	192	275	227	263	247	254	258	262
13 Sonstige Einnahmen	524	598	556	621	664	631	547	548
14 Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie					50			
Bereinigte Einnahmen	**3.747**	**3.905**	**4.061**	**4.267**	**4.864**	**4.926**	**4.973**	**5.093**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+7,9	+4,2	+4,0	+5,1	+14,0	+1,3	+1,0	+2,4
20 Personalausgaben	627	656	685	727	755	773	807	838
21 Sozialleistungen	547	545	545	546	573	582	591	602
22 Konsumtive Ausgaben	2.027	2.023	2.126	2.236	2.408	2.492	2.487	2.509
23 Investitionsausgaben	268	358	367	329	395	405	430	488
24 Zinsausgaben	316	345	353	398	624	611	575	550
25 Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie					50			
27 Bremen-Fonds (Corona-Pandemie)					900			
28 Handlungsfelder					37	50	40	40
29 Globale Ausgaben					-43	-27	2	2
Bereinigte Ausgaben	**3.786**	**3.927**	**4.077**	**4.235**	**5.700**	**4.886**	**4.933**	**5.029**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+3,9	+3,7	+3,8	+3,9	+34,6	-14,3	+1,0	+2,0
Finanzierungssaldo	**-39**	**-22**	**-16**	**31**	-836	40	41	64
30 Konsolidierungshilfen (netto)	119	119	119	119	40			
40 Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	-76	-204	-99	-79	-31	20	12	6
- Ex-ante Konjunkturbereinigung (Stabilitätsrückl.)					-7	9	12	9
- Sonstige Rücklagen					-24	10	0	-3
Netto-Kredittilgung	5	-106	4	71	**-827**	**59**	**53**	**70**
50 Strukturelle Bereinigungen	-128	-21	-34	-20	17	31	27	20
- Finanzielle Transaktionen	14	21	19	14	23	24	23	22
- Steuerbereinigungen	-151	-50	-61	-40	-6	7	4	-2
- BKF	10	8	8	6				
Struktureller Abschluss	**-167**	**-43**	**-50**	**11**	**-810**	**90**	**80**	**90**
zulässiges Defizit	-199	-149	-99	-50	0	0	0	0
Sicherheitsabstand (Schuldenbremse)	**32**	**106**	**50**	**61**	**-810**	**90**	**80**	**90**
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie					900			
Sicherheitsabstand inkl. Ausnahmetatbestand					**90**			

Sanierungshilfenvereinbarung:

Struktureller Abschluss					**-810**	**90**	**80**	**90**
Tilgungsverpflichtung SanierungshilfenVV					80	80	80	80
Sicherheitsabstand (Sanierungshilfenvereinbarung)					**-890**	**10**	**0**	**10**
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie					900			
Sicherheitsabstand inkl. Ausnahmetatbestand					**10**			

Stadtstaat Bremen

Ergebnisse (in Mio. €)	IST				HH-Entwurf		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
10 Steuern / LFA / BEZ	4.034	4.066	4.369	4.453	4.638	4.811	4.961	5.112
11 Sanierungshilfen					400	400	400	400
12 Sonstige Einnahmen	943	1.125	1.064	1.215	1.147	1.174	1.050	1.055
13 Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie					50			
Bereinigte Einnahmen	**4.977**	**5.191**	**5.433**	**5.669**	**6.235**	**6.386**	**6.411**	**6.568**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+9,7	+4,3	+4,7	+4,3	+10,0	+2,4	+0,4	+2,4
20 Personalausgaben	1.589	1.657	1.726	1.830	1.959	2.004	2.049	2.089
21 Sozialleistungen	1.165	1.122	1.118	1.146	1.169	1.189	1.209	1.230
22 Sonstige konsumtive Ausgaben	1.463	1.532	1.582	1.672	1.830	1.865	1.858	1.872
23 Investitionsausgaben	457	584	646	606	652	691	710	769
24 Zinsausgaben	598	613	608	622	625	612	576	551
25 Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie					50			
26 Bremen-Fonds (Corona-Pandemie)					1.200			
27 Handlungsfelder					50	63	55	55
28 Globale Ausgaben					-71	-57	3	3
Bereinigte Ausgaben	**5.271**	**5.508**	**5.680**	**5.876**	**7.465**	**6.367**	**6.460**	**6.569**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+3,4	+4,5	+3,1	+3,5	+27,0	-14,7	+1,5	+1,7
Finanzierungssaldo	**-294**	**-317**	**-247**	**-208**	-1.230	19	-48	-1
30 Konsolidierungshilfen	300	300	300	300	100			
40 Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	-124	-372	-154	-55	-19	53	21	12
- Ex-ante Konjunkturbereinigung (Stabilitätsrückl.)					-11	16	21	15
- Sonstige Rücklagen					-7	37	0	-3
Netto-Kredittigung	-119	-389	-101	37	**-1.149**	**72**	**-28**	**11**
50 Strukturelle Bereinigungen	-173	-35	77	180	39	18	13	10
- Finanzielle Transaktionen	16	26	111	105	17	18	15	14
- Steuerbereinigungen	-254	-122	-91	14	22	0	-2	-4
- BKF	66	61	57	61				
Struktureller Abschluss	**-467**	**-352**	**-170**	**-28**	**-1.110**	**90**	**-15**	**21**
zulässiges Defizit	-501	-376	-251	-125	0	0	0	0
Sicherheitsabstand (Schuldenbremse)	**34**	**24**	**80**	**97**	**-1.110**	**90**	**-15**	**21**
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie					1.200			
Sicherheitsabstand inkl. Ausnahmetatbestand					**90**			

Sanierungshilfenvereinbarung:

Struktureller Abschluss	**-1.110**	**90**	**-15**	**21**
Tilgungsverpflichtung SanierungshilfenVV	80	80	80	80
Sicherheitsabstand (Sanierungshilfenvereinbarung)	**-1.190**	**10**	**-95**	**-59**
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie	1.200			
Sicherheitsabstand inkl. Ausnahmetatbestand	**10**			

3. Gesamtstrategie

Die Aufstellung der Haushalte 2020/2021 und die Erstellung der Finanzplanung sind durch die strategischen Oberziele des Senats geprägt. Demnach ist im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik der Ressourceneinsatz darauf auszurichten, die ökologische Krise zu bewältigen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, soziale Ungleichheit zu bekämpfen sowie Rahmenbedingungen für eine gute ökonomische Entwicklung des Landes zu schaffen.

Die fiskalpolitische Maxime der Sicherstellung der Verfassungsmäßigkeit der Haushalte – Einhaltung der grundgesetzlich und landesverfassungsrechtlich verankerten sog. Schuldenbremse – und die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Sanierungshilfengesetz begrenzen bei gleichzeitigen Vorbelastungen, insbesondere Altschulden- und Sozialleistungslast, den äußeren Rahmen zur Erreichung der strategischen Oberziele.

Damit Bremen langfristig aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und der Vereinbarung zu den Sanierungshilfen profitieren kann, muss die Einnahmebasis der öffentlichen Hand weiter gestärkt und nachhaltig gewirtschaftet werden. Für die Haushaltsaufstellung und die mittelfristige Finanzplanung sind folgende politischen Aufgabenfelder maßgeblich:

Bildung

Bildung und Wissen sind die Schlüsselkategorien für die Zukunft der Städte. Es sollen die besten Bedingungen geschaffen werden, damit sich die individuellen Potentiale der Kinder und Jugendlichen entfalten können. Deshalb haben die Investitionen in Personal und Infrastruktur von Schulen und KiTas eine hohe Priorität. Die jeweiligen sozialen Herausforderungen bilden den Maßstab für die Ausstattung der Bildungseinrichtungen.

Klimawandel, Verkehrswende und energetische Sanierung

Ziel der Klimaschutzpolitik in Bremen ist es, die Städte Bremen und Bremerhaven anhand von Schwerpunktsetzungen so schnell wie möglich klimaneutral zu gestalten. Dazu wird die Verkehrswende durch Förderung attraktiver, kostengünstiger und umweltfreundlicher Mobilität im Zentrum wie in den Stadtteilen vorangetrieben und alle wirtschaftlich rentablen, energetischen Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden umgesetzt.

Sozialer Zusammenhalt

Der soziale Zusammenhalt in den beiden Städten soll gestärkt und die Ungleichheit zwischen den Quartieren verringert werden. Die Bekämpfung von Armut, insbesondere von Kinderarmut, ist dabei eine besonders wichtige Herausforderung. In Bremen und Bremerhaven ist die Armutsquote besonders hoch und verfestigt. Mit einem Dreiklang aus Prävention, Bekämpfung der Ursachen von Armut und der Sicherstellung von Teilhabe von allen Menschen am gesellschaftlichen Leben wird der soziale Ausgleich ressortübergreifend sichergestellt. Die Unterstützung von Alleinerziehenden spielt eine besondere Rolle.

Wohnraum

Ziel der Wohnungsbaupolitik ist es, ausreichenden und bedarfsgerechten Wohnraum für alle Menschen in allen Preissegmenten zu schaffen, den

sozialen Zusammenhalt zu stärken und der drohenden Spaltung in arme und reiche Stadtteile entgegenzuwirken. Dazu werden in der aktuellen Legislaturperiode die Voraussetzungen für 10.000 zusätzliche Wohneinheiten geschaffen. Insbesondere sollen dabei bis 2023 die Anzahl von 8.000 Sozialwohnungen in der Stadtgemeinde Bremen erreicht und Bauverfahren beschleunigt werden.

Wissenschaft und Forschung

Die Bereiche Wissenschaft und Forschung werden als starker Zukunftsmotor weiterentwickelt. Die Studien- und Arbeitsbedingungen werden verbessert und noch attraktiver gestaltet; auch um die Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dauerhaft in Bremen und Bremerhaven zu halten. Die Innovationsfähigkeit des Landes wird durch die Weiterentwicklung der Hochschulen und der wissenschaftlichen Einrichtungen gemäß den Zielen des Wissenschaftsplanes gestärkt. Der Wissenschaftstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft wird stärker unterstützt, damit die Städte Bremen und Bremerhaven noch mehr von dem Know-how der Wissenschaft profitieren.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Einwerbung und Nutzung von Fördermitteln der EU (z.B. EFRE) sowie des Bundes (z.B. GRW) ist in Verbindung mit der Bereitstellung der notwendigen Co-Finanzierungsmittel durch das Land Bremen von herausragender Bedeutung für die Wirtschafts- und Strukturpolitik. Ziel des Senats ist es, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, die die bremische Wirtschaft in die Lage versetzen, den Strukturwandel zu bewältigen. Die Arbeitslosigkeit soll weiter sinken.

Sicherheit und Attraktivität

Die Schaffung von Sicherheit und Ordnung ist hoheitliche Kernaufgabe des Staates. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und deren Grundrechte ist ein hohes Anliegen und durch geeignete staatliche bzw. städtische Maßnahmen zu gewährleisten. Ziel ist es, die Quartiere in Bremen sicherer und sauberer zu machen. Zur Attraktivitätssteigerung im Land wird aber auch eine konsequente Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen und damit verbunden eine Angebotsverbesserung der bremischen öffentlichen Verwaltung führen.

Diskriminierung und Ausgrenzung

Die Freie Hansestadt Bremen hat bis in die Gegenwart stets eine hohe Integrationskraft bewiesen und fühlt sich den Werten Weltoffenheit und Solidarität verpflichtet. Deutlich wurde dies insbesondere bei der erfolgreichen Aufnahme und Versorgung der in der Zeit von 2015 – 2018 nach Bremen und Bremerhaven zugewanderten rd. 16.000 Geflüchteten. Die nachhaltige Integration dieser Menschen in die Gesellschaft ist eine anspruchsvolle Aufgabe, der sich die Freie Hansestadt Bremen insbesondere auch auf Quartiersebene in den kommenden Jahren weiterhin stellen wird.

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der bremischen Verwaltung

Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der Gesamtstrategie des Senats ist insbesondere das Funktionieren der Verwaltung im Regelge-

schäft. Es werden die Kernprozesse sichergestellt, um den Einwohnerinnen und Einwohnern die Leistungen erbringen zu können, die sie von der Verwaltung und der Rechtspflege erwarten. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit ist es notwendig, die internen Abläufe ständig zu verbessern und die zur Verfügung stehenden Kapazitäten optimal auszunutzen.

Zur Verwirklichung der Gesamtstrategie des Senats dienen neben den allgemeinen Haushaltsmitteln der Ressorts vor allem die Schwerpunktmittel, die Mittel des neuen Handlungsfeldes Klimaschutz und die Fortsetzung der mit den Haushalten 2018/2019 implementierten Handlungsfelder „Digitalisierung“, „Bürgerservice“ und „Sichere und Saubere Stadt“.

Der Fokus bei der Verteilung der Schwerpunktmittel auf die einzelnen Ressorts lag auf der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der bremischen Verwaltung. Dies beinhaltet vorwiegend die Sicherstellung der Erfüllung von gesetzlichen und vertraglichen Leistungen, der Fortführung von bereits in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen und der Erfüllung von dringenden Bedarfen zur Gewährleistung der Grundfunktionen von Verwaltungseinheiten.

Mit dem Handlungsfeld Klimaschutz können die Ressorts eigene Projekte und Personalbedarfe anmelden, sofern die Maßnahmen nicht direkten gesetzlichen Verpflichtungen entsprechen. Die eingesetzten Mittel sollen eine möglichst hohe Klimaschutzwirkung erzielen. Primär handelt es sich um die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen, erneuerbaren Energien, der Anpassungen an den Klimawandel, nachhaltiger, multimodaler städtischer Mobilität, intelligenter Energiesysteme, der Reduzierung des Ressourceneinsatzes mit Klimaschutzwirkung, von organisatorischen Maßnahmen des Klimaschutzes und von Co-Finanzierungen für Bundes- und EU-Projekte des Klimaschutzes.

Bremen hat in den letzten Jahren kontinuierlich an der Modernisierung seiner Verwaltung, der Verbesserung des Bürgerservice und für eine sichere und saubere Stadt gearbeitet. Diese Handlungsfelder werden fortgesetzt.

Der nachfolgenden Tabelle ist der Mittelansatz für die besonderen Mittel zur Erfüllung der Gesamtstrategie des Senats zu entnehmen, die neben den allgemeinen Haushaltsmitteln eingesetzt werden.

Tab. 1: Erfüllung der Gesamtstrategie* in Mio. €

	2020	2021	2022	2023
Land				
Schwerpunktmittel	91	120	108	101
Handlungsfeld Klimaschutz	10	20	20	20
fortgeführte Handlungsfelder	27	30	20	20
Summe	**128**	**170**	**148**	**141**
Stadt				
Schwerpunktmittel	85	95	85	85
fortgeführte Handlungsfelder	13	13	15	15
Summe	**98**	**108**	**100**	**100**

*neben den allgemeinen Haushaltsmitteln

4. Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen, unter denen die aktuelle Mittelfristplanung der bremischen Haushalte zu gestalten ist,

- wurden durch die enormen Eigenanstrengungen, die erforderlich waren, den Konsolidierungspfad erfolgreich abzuschließen, geprägt,
- werden durch die Vorgaben zur Einhaltung der Schuldenbremse und die Tilgungsverpflichtung aus der Sanierungshilfenvereinbarung bestimmt und
- weisen insbesondere über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die bremischen Haushalte noch wesentliche Unsicherheitsfaktoren auf.

4.1 Konsolidierungszeitraum 2010 – 2019

Gemäß Art. 109 Abs. 3 Grundgesetz (GG) sind die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Gemäß Art. 143 d Abs. 1 GG dürfen die Länder bis zum 31. Dezember 2019 von dieser Vorgabe abweichen. Somit unterliegen die Haushalte ab 2020 ohne diese Ausnahme den Regelungen der Schuldenbremse.

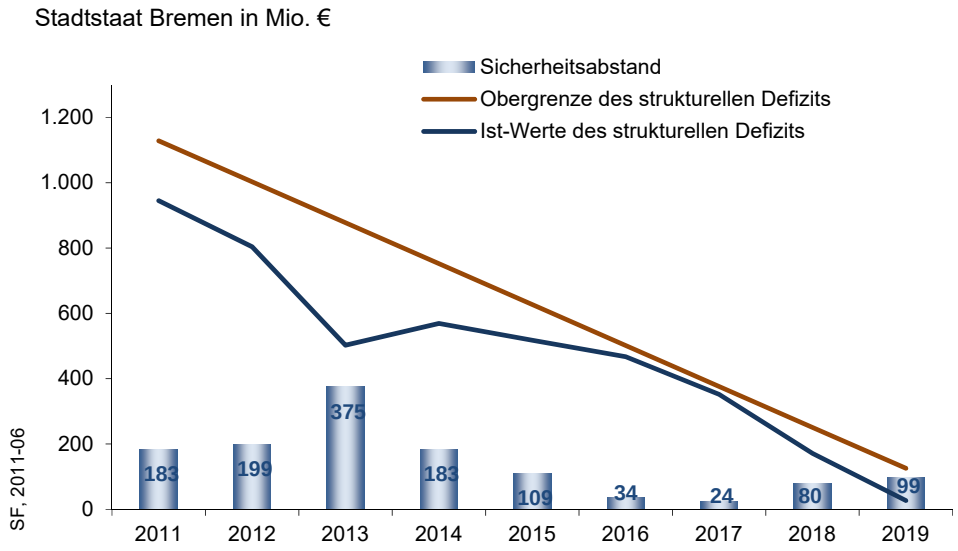
Gemäß § 2 Abs. 1 Konsolidierungshilfengesetz erstrecken sich die Konsolidierungsverpflichtungen zwar auf die Jahre 2011 bis (einschließlich) 2020, allerdings sind nur die Jahre bis 2019 mit der Gewährung von Konsolidierungshilfen hinterlegt. Gemäß § 4 Abs. 1 der Verwaltungsvereinbarung zum Konsolidierungshilfengesetz beträgt die Obergrenze des Finanzierungsdefizits 2020 dabei null Euro. Zu beachten ist dabei, dass diese Obergrenze eine andere Kennzahl (Finanzierungssaldo vs. Nettokreditaufnahme) und im Detail andere Bereinigungs- und Berechnungsfaktoren enthält als die einzuhaltende Null im Sinne der Schuldenbremse. Um im Jahr 2020 eine klare Steuerung der Haushalte zu gewährleisten wurde daher in der 19. Sitzung des Stabilitätsrates folgender Beschluss gefasst:

Der Stabilitätsrat hat hinsichtlich der Überprüfung der Einhaltung der Konsolidierungsverpflichtungen für das Jahr 2020 das gemeinsame Verständnis, dass Überschreitungen der Obergrenzen des strukturellen Finanzierungssaldos gemäß § 2 KonsHilfG bei gleichzeitiger Einhaltung der Vorgaben des Stabilitätsratsverfahrens zur Überwachung der Schuldenbremse gemäß § 5a StabiRatG als begründeter Ausnahmefall im Sinne des § 2 Absatz 2 Satz 2 KonsHilfG anzusehen und somit unbeachtlich wären.

Der Konsolidierungspfad beginnt somit 2011 und endet rein faktisch – in Übereinstimmung mit der letztmaligen Gewährung der Konsolidierungshilfen – mit dem Haushaltsjahr 2019. Dies deckt sich mit dem Zweck der Konsolidierung, die Bremen in die Lage versetzen sollte, ab 2020 die Schuldenbremse ohne Ausnahmeregelung einzuhalten.

Nachfolgende Grafik verdeutlicht dabei die jeweilige Obergrenze des Konsolidierungspfades, die tatsächlich realisierten strukturellen Defizite und den daraus resultierenden Sicherheitsabstand bei der Einhaltung des Konsolidierungspfades:

Abb. 1: Strukturelles Finanzierungsdefizit



Deutlich zu erkennen ist, dass in der ersten Hälfte der Konsolidierung deutlich höhere Sicherheitsabstände realisiert werden konnten – von 2011 bis 2015 summiert über eine Milliarde Euro – als in der zweiten Hälfte der Konsolidierung. Der Rückgang der Sicherheitsabstände war einerseits zu erwarten, da anfängliche Potenziale zur Einnahmesteigerung und Ausgabenbegrenzung zusehends aufgebraucht wurden. Andererseits wurden ab 2015 nicht vorhersehende, beträchtliche flüchtlingsbezogene Netto-Mehrausgaben geleistet.

Bei Beschluss der Haushalte 2016/17 war sogar noch davon ausgegangen worden, dass diese finanziellen Belastungen erfordern, einen Ausnahmetatbestand für außergewöhnliche Notsituationen im Rahmen des Konsolidierungspfades geltend zu machen. Nach Abschluss der Haushalte konnte auf die Beantragung einer entsprechenden Ausnahmesituation aber verzichtet werden, da die tatsächlichen Netto-Ausgaben die Haushalte nicht in dem ursprünglich angenommenen Ausmaß belastet hatten. Ursächlich hierfür waren je etwa hälftig Ausgabenreduzierungen aufgrund deutlich geringerer Zugänge einerseits sowie Mehreinnahmen, insbesondere Kostenbeteiligungen des Bundes, andererseits (Tabelle 2). Gleichwohl verblieben Netto-Aufwendungen in jährlich dreistelliger Millionenhöhe, die im laufenden Haushalt und bei gleichzeitigem Rückgang des erlaubten Kreditrahmens um 125 Mio. € p.a. zu erbringen waren.

Tab. 2: Flüchtlingsbezogene Einnahmen und Ausgaben

Ist-Werte und Abweichung zum Anschlag
Stadtstaat Bremen; in Mio. €

2016		2017		2018		2019		∑		
Ist	Abw.	Ist	Abw.	Ist	Abw.	Ist	Abw.	Ist	Abw.	
114	+57	144	+81	87	+28	113	+96	458	+262	Einnahmen
387	-79	348	-90	250	-46	232	-51	1.217	-265	Ausgaben
274	**-136**	**204**	**-171**	**163**	**-74**	**119**	**-147**	**759**	**-527**	**Saldo**

Auch in den Jahren des Finanzplanzeitraums wird es zu anhaltenden Aufwendungen vor allem für dauerhafte Integrationsleistungen kommen, sodass Kostenbeteiligungen des Bundes weiter maßgeblich für die letztliche Netto-Belastung von Ländern und Kommunen sein werden. Für die Jahre 2020/21 haben

Bund und Länder Entlastungen von 31 Mio. € (2020) sowie 28 Mio. € (2021) zzgl. KdU-Entlastungen vereinbart. Dem stehen wiederum voraussichtliche Aufwendungen in dreistelliger Millionenhöhe gegenüber (Tabelle 3). Für die Jahre 2022/23 sind Vereinbarungen erst noch zu treffen, mit deren Hilfe die Gesamtbelastung für Länder und Kommunen in einem zu bewältigenden Rahmen bleibt.

Tab. 3: Flüchtlingsbezogene Einnahmen und Ausgaben (Planung)

Stadtstaat Bremen; in Mio. €

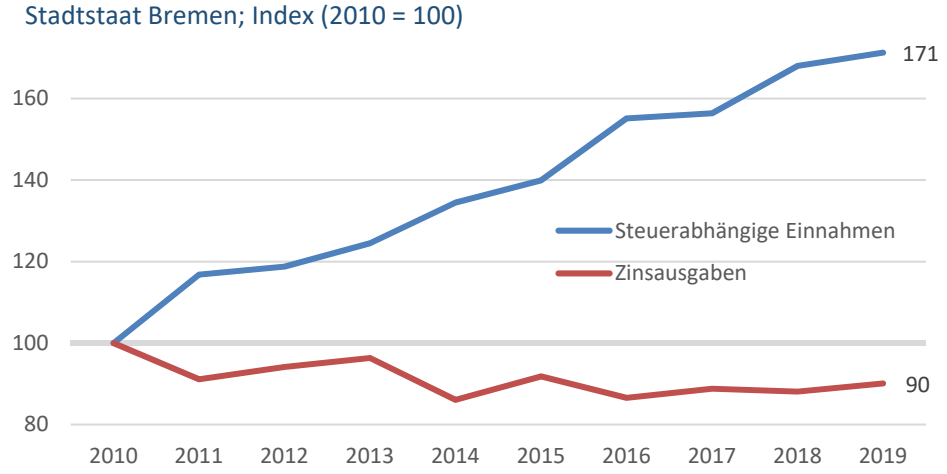
	2020	2021	2022	2023
	Plan	Plan	Plan	Plan
Einnahmen	**65,8**	**61,3**	**9,9**	**10,0**
Summe Bundeshilfen*	31,1	28,0	3,7	3,7
unbefr. UmA-Pauschale	3,7	3,7	3,7	3,7
Integrationspauschale	7,4	5,3		
670-€-Kopf-Pauschale	5,3	5,3		
USt.-Gemeindeanteile für KdU	14,7	13,8		
Ausgaben	**213,1**	**206,5**	**198,8**	**199,8**
Netto-Ausgaben	**147,3**	**145,2**	**189,0**	**189,8**

*ohne Erhöhung KdU-Anteile, deren Effekt von der Höhe der tatsächlichen Ausgaben abhängt.

Die enorme Herausforderung, das strukturelle Defizit des bremischen Gesamthaushaltes des Basisjahres 2010 innerhalb von neun Jahren um über 1,1 Mrd. € nachhaltig zu reduzieren konnte trotz der abnehmenden Konsolidierungspotenziale und der unerwarteten flüchtlingsbedingten Mehrausgaben nur durch das Zusammenwirken mehrerer Umstände gelingen, die im Folgenden dargelegt werden.

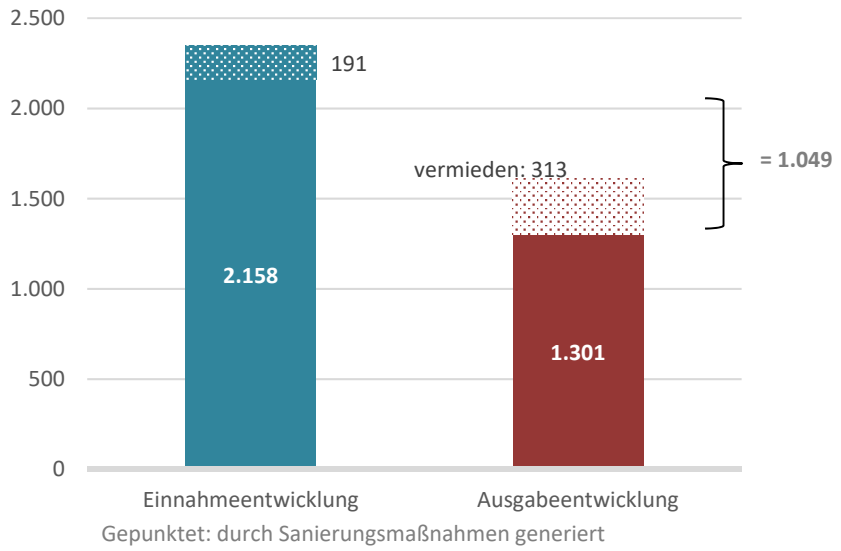
Einerseits ist dies die anhaltend gute konjunkturelle Lage bei gleichzeitiger Niedrigzinsphase. Beides sorgte für ein kräftiges Wachstum der Steuereinnahmen bei stagnierenden bis leicht rückläufigen Zinsausgaben im Konsolidierungszeitraum (Abbildung 2). Dies begünstigte die Einhaltung des Konsolidierungspfads erheblich.

Abb. 2: Steuer- und Zinsentwicklung seit 2010



Andererseits trugen Eigenanstrengungen der Freien Hansestadt Bremen, also selbst verantwortete Ausgabenbegrenzungen und Einnahmesteigerungen, dazu bei, den Abbaupfad der Netto-Neuverschuldung erfolgreich bewältigen zu können. Seit 2012 dokumentiert der Senat den maßnahmenscharfen Teil dieser Eigenanstrengungen im Rahmen seiner Berichterstattung an den Stabilitätsrat (Sanierungsprogramm 2012 – 2016, inzwischen verlängertes Sanierungsprogramm 2017 – 2020). Diese Sanierungsmaßnahmen umfassten allein im Jahr 2019 ein Volumen von 504 Mio. €. Um diesen Betrag wären die Haushalte bei Unterlassung der Maßnahmen somit weiter belastet worden.

Abb. 3: Beiträge zum Defizitabbau seit 2010 in Mio. €

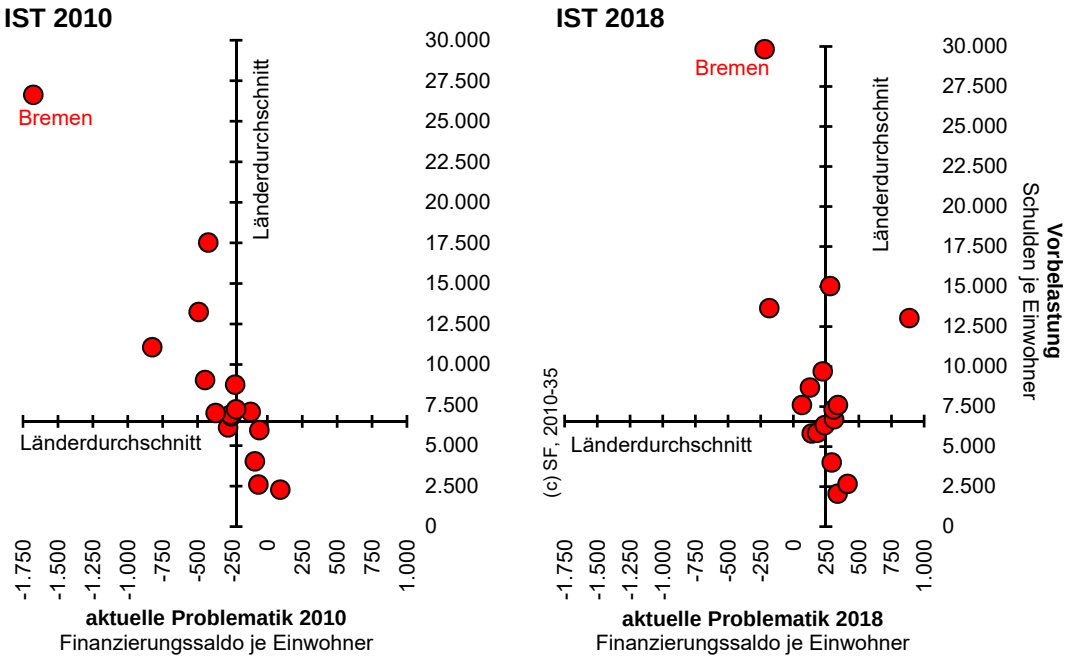


Dieser Wert umfasst dabei nicht die vollständigen Eigenanstrengungen des Stadtstaates, sondern nur die explizit als Sanierungsmaßnahmen erfassten. Zusätzlich wurde im Zuge jeder Haushaltsaufstellung die Höhe der Ressort-Eckwerte unter der Maßgabe der Einhaltung des Konsolidierungspfades festgelegt, sodass die Senatsressorts zu deren Einhaltung Maßnahmen und Investitionen in zukunftsorientierte Aufgabenfelder in der jeweils erforderlichen Höhe aufgeben mussten. Insgesamt konnte so seit 2010 die Wachstumsrate der Ausgaben derart begrenzt werden, dass der Anstieg der Einnahmen den Ausgabenzuwachs um 1.049 Mio. € überstieg (Abbildung 3).

Trotz der beachtlichen Verbesserung der letzten Jahre bleibt die Finanzlage der Freien Hansestadt Bremen nach wie vor weit hinter dem Länderdurchschnitt zurück. Zieht man – in Anlehnung an die vom Bundesverfassungsgericht 1992 etablierte und vom Stabilitätsrat für seine Zwecke weiterentwickelte Systematik – Indikatoren zur aktuellen Haushaltslage einerseits und zum Grad an Vorbelastungen andererseits heran, wird deutlich, wie sehr auch nach den Fortschritten der vergangenen Jahre die bremische Haushaltslage durch das Vorliegen einer extremen Haushaltsnotlage geprägt ist.

Abbildung 4 ordnet entsprechende Kennzahlen (Finanzierungssaldo und Schuldenstand je Einwohner) der einzelnen Länder aus dem Ausgangsjahr 2010 und dem jüngsten verfügbaren Datenpunkt 2018 zum Durchschnitt, wobei die Finanzlage eines Landes umso angespannter ist, je weiter oben links in der Grafik sich das Land befindet.

Abb. 4: Aktuelle Haushaltslage und Vorbelastungen der Länder



Erkennbar ist die Verbesserung der aktuellen Haushaltslage anhand des Finanzierungssaldos, der sich dem Nullpunkt und auch dem – zwischenzeitlich verbesserten – Länderschnitt sichtbar angenähert hat. Die Vorbelastung durch Pro-Kopf-Verschuldung ist hingegen während des Konsolidierungszeitraums noch angestiegen, da trotz Konsolidierungshilfen weiterhin Defizite kreditfinanziert werden mussten. Die Freie Hansestadt Bremen steht damit im Ländervergleich vor deutlich erschwerten Ausgangsbedingungen bei der künftigen Einhaltung des grundgesetzlichen Neuverschuldungsverbots und gleichzeitiger Wahrung des Verfassungsziels gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Vor diesem Hintergrund erhalten die Länder Bremen und Saarland ab dem Jahr 2020 Sanierungshilfen des Bundes und verpflichten sich im Gegenzug zur Einhaltung der ‚Schuldenbremse', zum Einstieg in die Altschuldentilgung sowie zum Ergreifen von Maßnahmen zur Stärkung ihrer Wirtschafts- und Finanzkraft (vgl. ausführlich Abschnitt 4.4).

Gleichzeitig zeigen sich nach Jahren der Konsolidierung in Bremen Defizite in zentralen Aufgabenfeldern wie Polizei, Schulen, Gerichte und bürgernahe Einrichtungen. Zur – annähernden – Wahrung des Verfassungsgebots gleichwertiger Lebensverhältnisse ist es in den nächsten Jahren zwingend, die Personalausstattung auf diesen Feldern aufzustocken. Hinzu kommen die benötigten Neubauten von Schulen und Kindertagesstätten sowie Investitionsbedarfe aus dem in den letzten Jahren angewachsenen Sanierungsstau.

Hierdurch steht Bremen vor der Herausforderung, erforderliche Ausgabenzuwachsraten bei gleichzeitiger Einhaltung des Neuverschuldungsverbots sowie Erfüllung der jährlichen Pflichttilgung von Altschulden darstellen zu müssen.

4.2 Haushaltsmäßige Auswirkungen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Über die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, die die Haushalte ab dem Jahr 2020 betreffen, wurde in der letzten Finanzplanung ausführlich berichtet. Die erheblichen Entlastungseffekte für die bremischen Haushalte ermöglichen dem Stadtstaat nach erfolgreicher Bewältigung des Konsolidierungspfades – bei vorausgesetzt in etwa gleichbleibenden Rahmenbedingungen und einer weiter sparsamen Haushaltsführung – die Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse, die Durchführung von Maßnahmen zur Stärkung der Finanz- und Wirtschaftskraft sowie den Einstieg in die Schuldentilgung.

Wichtigste Strukturveränderungen sind dabei einerseits der Wegfall des Länderfinanzausgleichs im engeren Sinne. Der Ausgleich der Finanzkraft erfolgt zukünftig im Wesentlichen im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer, so dass ab 2020 neben der nach der Einwohnerzahl verteilten „Umsatzsteuerzuordnung“ die „Umsatzsteuerumverteilung“, die grundsätzlich nach den Regeln des alten Länderfinanzausgleichs erfolgt, die Gesamthöhe der Einnahmen der Umsatzsteuer bestimmt.

Andererseits wurde die grundsätzliche Gewährung von Sanierungshilfen (400 Mio. € p.a.) für Bremen sowie für das Saarland beschlossen, die im Gegensatz zu den Konsolidierungshilfen (300 Mio. € p.a.) den Finanzierungssaldo als reguläre Einnahme verbessern und den Haushalt somit unmittelbar entlasten.

Während der Einigungseffekt der gesamten Reform – wie schon in der letzten Finanzplanung ausgeführt – im Jahr 2020 rechnerisch bei + 487 Mio. € liegt, sind bei den haushaltsmäßigen Veränderungen im Übergang der Haushalte 2020 gegenüber 2019 auch auslaufende Entflechtungsmittel zu berücksichtigen, so dass sich die Verbesserung in dieser Betrachtungsweise auf + 464 Mio. € reduziert.

Zu berücksichtigen ist zudem insbesondere, dass im Gegensatz zum Konsolidierungspfad ab 2020 kein strukturelles Defizit mehr zulässig ist (2019 noch 125 Mio. € für den Stadtstaat) sowie, dass die Gewährung der Sanierungshilfen ab 2020 an eine jährliche rechnerische Tilgung von 80 Mio. € geknüpft ist. Unter Annahme ansonsten gleicher struktureller Bereinigungen ergeben sich daher neben den Haushaltsverbesserungen auch gegenläufige veränderte Rahmenbedingungen, die die Handlungsspielräume der bremischen Haushalte um 205 Mio. € in Bezug zum Vorjahr einengen.

4.3 Verfassungskonformität der Haushalte / Schuldenbremse

Zur Begrenzung der Neuverschuldung schreibt das Grundgesetz in Artikel 109 Absatz 3 Satz 1 vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. Neben diesem Grundsatz können der Bund und die Länder Regelungen zur symmetrischen Berücksichtigung von konjunkturellen Abweichungen von der Normallage sowie eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen.

Artikel 109 Absatz 3 Satz 5 GG bestimmt, dass die Länder die nähere Ausgestaltung für ihre Haushalte im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen selbst regeln.

In Folge der beschlossenen Gesetzesänderungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sieht der Artikel 109a Absatz 2 Grundgesetz i.V.m § 5a Stabilitätsratsgesetz vor, dass der Stabilitätsrat ab 2020 regelmäßig im Herbst eines Jahres die Einhaltung der Verschuldungsregel des Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes durch den Bund und jedes einzelne Land für das jeweils abgelaufene, das aktuelle und das darauffolgende Jahr überprüft. Ein entsprechendes Verfahren zur Überwachung der Einhaltung der Schuldenbremse hat der Stabilitätsrat am 6. Dezember 2018 beschlossen.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) ist dem Regelungsauftrag des Artikels 109 Absatz 3 Satz 5 Grundgesetz nachgekommen und hat die nähere Ausgestaltung der Schuldenbremse in den Artikeln 131a und 131b der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (BremLV) festgelegt.

Die Bremische Bürgerschaft entschied sich, die landesverfassungsrechtliche Ausgestaltung grundsätzlich in Anlehnung an die Formulierungen des Grundgesetzes für den Bund zu wählen. Neben dem Grundsatz des Neuverschuldungsverbotes in Artikel 131a Absatz 1 BremLV sind in Absatz 2 die symmetrische Berücksichtigung einer Abweichung von der konjunkturellen Normallage und in Absatz 3 die mit dem Grundgesetz gleichlautenden Ausnahmesituationen, Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituation, normiert. In Artikel 131a Absatz 4 BremLV ist der Grundsatz aus Artikel 115 Absatz 1 GG implementiert, wonach die Aufnahme von Krediten sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Rechnungsjahren führen, einer der Höhe nach bestimmbaren Ermächtigung durch Gesetz bedürfen.

Die wesentliche Abweichung zum Grundgesetz ist in Artikel 131a Absatz 5 BremLV verankert; demnach können dem Land unter bestimmten Voraussetzungen auch Einnahmen aus Krediten von juristischen Personen zugerechnet werden. Eine weitere Abweichung gegenüber den Vorgaben aus dem Grundgesetz liegt in Artikel 146 Absatz 1 BremLV, indem das grundsätzliche Neuverschuldungsverbot der Landesverfassung auch für die Gemeinden entsprechend gilt. Das Grundgesetz bindet in Artikel 109 Absatz 3 nur den Bund und die Länder.

Die Anlehnung an das Grundgesetz spiegelt sich auch in Artikel 131a Absatz 6 BremLV wider, der ein einfaches Landesgesetz fordert, indem insbesondere die Bereinigung um finanzielle Transaktionen, die Berücksichtigung einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung aufgrund eines Konjunkturbereinigungsverfahrens sowie die Kontrolle und den Ausgleich von Abweichungen von den Vorgaben aus Artikel 131a Absätze 1 und 2 geregelt werden.

Wesentliche Inhalte des Ausführungsgesetzes, das in Form einer Änderung der Landeshaushaltsordnung umgesetzt wurde, sind:

- Die Definition der strukturellen Nettokreditaufnahme als Zielgröße.
- Die Auswahl und Ausgestaltung des Konjunkturbereinigungsverfahrens.

- Die Schaffung und Ausgestaltung eines Kontrollkontos, in dem Abweichungen von der strukturellen Nettokreditaufnahme verbucht werden und bei negativem Wert (Kreditaufnahme) ein Ausgleich im nächsten Finanzplanzeitraum herbeizuführen ist.
- Die Bildung von Rücklagen zur Absicherung der Verpflichtungen aus dem Sanierungshilfengesetz und der Risiken von Konjunkturschwankungen.

Zur Zielerreichung – Einhaltung der landesrechtlichen Schuldenbegrenzungsregelungen, Sicherung der Einhaltung des Sanierungsgesetzes und Erhalt der Sanierungshilfen – sieht das Ausführungsgesetz neben der Möglichkeit, allgemeine Rücklagen zu bilden, die Bildung einer Rücklage zur Sicherung von Konjunkturschwankungen und der Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Sanierungshilfengesetz jeweils für das Land und seine beiden Kommunen vor. Auch die im Konsolidierungskurs als strukturelle Bereinigung wirkende ex-ante-Konjunkturbereinigung wird nunmehr grundsätzlich Bestandteil dieser Sonderrücklage. Die vom Senat beschlossene Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente sieht nur im Ausnahmefall (Rücklagenhöhe ist nicht ausreichend oder Störung der Symmetrie durch exogene Vorgänge) vor, dass die ex-ante-Konjunkturkomponente auch über strukturelle Bereinigungen abgegolten werden kann. Nähere Ausführungen zu der verfassungsrechtlichen Bedeutung und der Einhaltung der Schuldenbremse im Rahmen der Corona-Pandemie sind dem Abschnitt 4.8.1 zu entnehmen.

4.4 Sanierungshilfen vom Bund

Artikel 143d Absatz 4 des Grundgesetzes i.V.m. dem Sanierungshilfengesetz sieht vor, dass die Länder Bremen und Saarland ab dem 1. Januar 2020 jeweils 400 Mio. Euro Sanierungshilfen aus dem Bundeshaushalt erhalten. Die beiden Länder verpflichten sich im Gegenzug zu folgenden Punkten:

- Die Einhaltung der Vorgaben des Artikels 109 Absatz 3 Grundgesetz.
- Die Ergreifung von Maßnahmen zur zukünftig eigenständigen Einhaltung von Artikel 109 Absatz 3 Grundgesetz. Dazu gehören der Abbau der Verschuldung sowie Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft.

Der Abbau der übermäßigen Verschuldung wird im Sanierungshilfengesetz dadurch konkretisiert, dass jährlich haushaltsmäßige Tilgungen in Höhe von mindestens 50 Mio. Euro zu leisten sind. Darüber hinaus sind in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren insgesamt haushaltsmäßige Tilgungen in Höhe von weiteren 150 Mio. Euro zu leisten, sodass sich rechnerisch eine jährliche Tilgungsleistung von 80 Mio. € ergibt.

Im Sanierungshilfengesetz ist in § 4 normiert, dass die Auszahlung der Sanierungshilfen auf Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung erfolgt, in der auch die Einzelheiten der Umsetzung des Sanierungshilfengesetzes geregelt werden.

Die Verwaltungsvereinbarung zum Sanierungshilfengesetz wurde am 23. Mai 2019 unterzeichnet. Wesentliche, über das eigentliche Sanierungshilfengesetz hinausgehende, Merkmale der Verwaltungsvereinbarung sind:

- Festlegung der Berechnung der haushaltsmäßigen Tilgung.
- Implementierung einer Steuerabweichungskomponente zur Gewährleistung der Planungssicherheit.
- Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben um finanzielle Transaktionen.
- Verankerung einer jährlichen Berichtspflicht über die erfolgte haushaltsmäßige Tilgung und die ergriffenen Maßnahmen zum Abbau der übermäßigen Verschuldung sowie zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft.
- Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Ausnahmefalles in einer besonderen Ausnahmesituation oder aufgrund besonderer konjunktureller Effekte.

Anders als in der Landesverfassung vorgesehen, enthält die Verwaltungsvereinbarung zum Sanierungshilfengesetz nicht automatisch die Bereinigung aufgrund besonderer konjunktureller Effekte. Gerade in Zeiten einer Rezession oder einer Naturkatastrophe – wie aktuell der Corona-Pandemie mit den Folgen einer außergewöhnlichen Notsituation –, die nicht nur ausgabeseitig, sondern auch einnahmeseitig massive Auswirkungen auf die Haushalte haben, muss die Konjunkturbereinigung neben dem in der Landesverfassung vorgegeben Ausnahmetatbestand der Naturkatastrophe und der außergewöhnlichen Notsituation als gesonderter zusätzlicher Ausnahmetatbestand im Sanierungshilfenverfahren in Anspruch genommen werden. Nähere Ausführungen zu der Einhaltung des Sanierungshilfengesetzes im Rahmen der Corona-Pandemie sind dem Abschnitt 4.8.2 zu entnehmen.

4.5 Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs

Artikel 146 Absatz 2 Satz 1 der Bremischen Landesverfassung sieht vor, dass das Land der Stadt Bremen und der Stadt Bremerhaven zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung gewährleistet. Daraus folgt, dass bei der Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs das Gebot eines aufgabengerechten Finanzausgleichs gilt und die Aufgaben der Gemeinden den verfassungsrechtlichen Maßstab bilden, der den Umfang der angemessenen Finanzausstattung bestimmt.

Aufgrund der erheblichen Veränderungen der Rahmenbedingungen, zu denen insbesondere die massiven Probleme beider Städte bei der Einhaltung der strukturellen Defizitobergrenzen und die Erweiterung der finanziellen Handlungsspielräume durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 zählen, sowie der von der Koalitionsvereinbarung und dem Senat gesetzten Anforderungen ist eine grundlegende Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs erfolgt, die ihre Grundlage in einem Letter of Intent gefunden hatte, der am 16. Januar 2019 von den Vertretern des Landes und der beiden Gemeinden unterzeichnet wurde. Die grundlegende Konzeption der Neuordnung der innerbremischen Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020 sieht wie folgt aus:

- Die Schlüsselmasse wird von 16,6 Prozent auf 21,43 Prozent erhöht und kompensiert damit den Wegfall der pauschalen Ergänzungszuweisungen und Strukturhilfen. Die bisherigen Berechnungsgrundlagen der Schlüsselmasse werden beibehalten.
- Maßgebliche Bezugsgröße für die Verteilung der Mittel bleibt weiterhin die Einwohnerzahl der Gemeinden.
- Zur Angleichung der unterschiedlichen Steuerkraft erhält die steuerkraftschwächere Gemeinde vorab Mittel aus der Schlüsselmasse. Dadurch wird sichergestellt, dass die steuerkraftschwächere Gemeinde eine stark verbesserte Grundvoraussetzung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhält.
- Die Schlüsselmasse wird aufgeteilt in eine Schlüsselzuweisung und eine Bedarfszuweisung. Die Schlüsselzuweisung dient einer nicht zweckgebundenen Erhöhung der Finanzkraft beider Städte, die Bedarfszuweisung wird über Bedarfsindikatoren zugewiesen. Drei Bedarfsindikatoren – Anzahl Bedarfsgemeinschaften SGB II, das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen und die Anzahl der Schüler – bilden die Grundlage für die Bedarfszuweisungen.
- Für etwaige Risiken ab 2020 soll es dem Land weiterhin möglich sein, den Gemeinden sonstige Zuweisungen – auch mit Zweckbindung – nach Maßgabe des Landeshaushaltes zu gewähren.
- Die Regelungen der Kostenerstattungen für die Bereiche Polizei und Lehrkräfte werden im Finanzzuweisungsgesetz weitergeführt. Darüber hinaus erfolgt im Bereich Bildung eine Übernahme der Kosten des nichtunterrichtenden pädagogisch tätigen Personals. Zudem ist für die Bereiche der Kostenübernahmen weiterhin eine Budgetierung maßgeblich, die durch Budgetvereinbarungen konkretisiert wird, und es erfolgt Spitzabrechnung.
- Ein weiterer Baustein der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs ist die Entschuldung der beiden Gemeinden. Eine annähernd vollständige Entschuldung der Gemeinden durch das Land stellt ein Novum im föderalen System der Finanzverteilung und -verantwortung dar. Aufgrund der Äquivalenzfunktion für die Weiterleitung der Sanierungshilfen an die beiden Gemeinden steht fest, dass die drei Gebietskörperschaften die Verpflichtungen aus dem Sanierungshilfengesetz gemeinsam tragen und auch, dass bei Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen die Folgen gemeinsam getragen werden.

Die summarischen Veränderungen durch die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zum bisherigen System zum Zeitpunkt des Abschlusses des Letter of Intent sind der nachfolgenden Tabelle 4 zu entnehmen. Zu erkennen ist dabei, dass die beiden Gemeinden durch die Neuordnung sehr stark entlastet werden.

Tab 4: Systemvergleich alt-neu im kommunalen Finanzausgleich

Systemvergleich 2020 in Mio. €*	bisheriges Modell			neues Modell		
	Land	Stadt	Brhv.	Land	Stadt	Brhv.
Höhe der Schlüsselmasse	-572,5			-739,0		
Schlüsselzuweisungen						
– Steuerkraftanhebung					-	29,6
– Finanzkraftzuweisung					384,6	76,5
(gem. Einwohneranteil)						
– Höhe Bedarfszuweisungen	-572,5	461,5	111,0		198,8	49,5
(ehemals "Schlüsselzuweisungen")						
weitere Finanzbeziehungen						
– Ausgleich stadtbrem. Überseehafen		-6	6		-6	6
– Ergänzungszuweisungen	-87,9	51,8	36,1		-	-
– Strukturhilfen	-75,6	62,7	12,9		-	-
– Effekte von Entschuldung	-	-	-	-229,0	180	49
Kostenerstattungen						
– Personalkosten Polizei			40,1			40,1
– Sachmittel Polizei			2,1			2,1
– Investitionsmittel Polizei			0,5			0,5
– Personalkosten Lehrer		469,8	117,6		469,8	117,6
– nicht unterrichtendes Personal		-	-	-64,0	50	14
Effekte insgesamt						
– in €	**-736,0**	**570,0**	**166,0**	**-1032,0**	**807,4**	**224,7**
– in € je Einwohner					1.421,4	1.987,9
prozentuale Beteiligung						
– an Gesamteinwohnern	100,0%	83,4%	16,6%	100,0%	83,4%	16,6%
– am KFA					78,2%	21,8%
Diffenrenz neu-alt				**-296,1**	**+237,4**	**+58,7**

* bei den Einwohnerzahlen und den Bedarfsindikatoren wurden die aktuellsten verfügbaren Daten verwendet, bei den steuerabhängigen Einnahmen wurde auf die Prognose aus der Herbstschätzung 2018 abgestellt

Die Stadtgemeinde Bremen erhält dabei im Jahr 2020 rund 237 Mio. Euro mehr, die Gemeinde Bremerhaven knapp 59 Mio. Euro. Das Land wird dementsprechend im neuen System des kommunalen Finanzausgleichs um ca. 296 Mio. Euro mehr belastet als bisher. Durch die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs profitiert die Gemeinde Bremerhaven – abgestellt auf ihren Anteil an den Gesamteinwohnern – überproportional. Die besonderen Aufgaben Bremerhavens zur Bewältigung ihrer, im Verhältnis zur Stadt Bremen bestehenden, höheren Strukturschwäche und die sozialen Belastungen werden damit vollständig berücksichtigt.

4.6 Auflösung des Bremer Kapitaldienstfonds

Mit dem Gesetz über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds (KapFErrG) vom 23. November 1999 wurde der „Bremer Kapitaldienstfonds“ als Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen errichtet (§ 1 KapFErrG). Der Fonds übernahm nach Maßgabe der Ermächtigung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen die Finanzierung von Investitionen sowie die sich aus der Umstellung auf Kapitaldienstfinanzierung ergebenden Aufgaben, soweit sie nicht durch Dritte geleistet werden. (§ 2 KapFErrG).

Gemäß § 14 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 2011 wurde die Finanzbehörde ermächtigt, zur zentralen Abwicklung bestehender Schulden der Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven die Schuldendienstleistungen dieser Sondervermögen incl. des BKF ohne schuldrechtliche Wirkung zentral über den BKF als Zahlstelle abzuwickeln und dort auch in einem getrennten Kapitel auszuweisen.

Durch das Gesetz über Finanzzuweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven (Finanzzuweisungsgesetz) vom 5. April 2019 (Brem.GBl. 2019, 147 ff) wurde das Land Bremen in § 6 ermächtigt, die Gemeinden Bremen und Bremerhaven zu entschulden. Einzelheiten zu den jeweiligen Schuldübernahmen sind Gegenstand separater Verwaltungsvereinbarungen. Die Schuldübernahmen führten dazu, dass sich der Umfang der in den Abwicklungsstrukturen des Bremer Kapitaldienstfonds verwalteten Schulden massiv reduzierte (im Vergleich zum geplanten Saldo per 31. Dezember 2019 um ca. 99%).

Dieser geringe Bestand an verbleibenden Verbindlichkeiten rechtfertigte keine weitere Fortführung des Bremer Kapitaldienstfonds einschließlich des damit verbundenen erheblichen Aufwands im Zusammenhang mit der Verbuchung in gesonderten Finanzkreisen für statistische Auswertungen und Rechnungslegungen. Ein zusätzlicher Nutzen, der eine Fortführung nach erfolgten Schuldübernahmen rechtfertigen könnte, war zudem nicht erkennbar. Daher wurde der Bremer Kapitaldienstfonds zum 31. Dezember 2019 aufgelöst, die verbleibenden Verbindlichkeiten gingen auf das Land Bremen über.

Für die Finanzplanung bedeutet dies, dass der bisherige Sonderweg bei der Tilgung der o. g. Kredite über eine investive Zuweisung aus dem Kernhaushalt an ein Sondervermögen zur Weiterleitung dieser Mittel an den BKF entfällt. Insgesamt erfolgt die Auflösung für die Finanzrahmen der jeweiligen Gebietskörperschaften dabei neutral hinsichtlich des strukturellen Abschlusses. Einerseits sinkt das Investitionsniveau des Kernhaushalts (keine Zuweisungen für Tilgungen) und steigen investive Einnahmen über Abführungen aus den Sondervermögen, die bisher Teilbeträge aus eigenen Mitteln an den BKF zur Tilgung abgeführt haben. Andererseits entfällt die strukturelle Gegenbuchung dieser Beträge, die im BKF zu einem strukturellen Überschuss geführt hat. Ab 2020 wird somit kein bremisches Sondervermögen mehr strukturell in die Berechnung der Einhaltung der Verfassungskonformität der Haushalte bzw. der Einhaltung der Sanierungsziele einberechnet.

4.7 Gesamtwirtschaftliche und demografische Entwicklung

Die Einnahme- und Ausgabeerwartungen der Finanzplanung sind gemäß § 9 i.V.m. § 14 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes „in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens“ zu erstellen.

Diese Vorschrift trägt dem Umstand Rechnung, dass die künftige Entwicklung der Staatsfinanzen immer auch in Abhängigkeit von der sozioökonomischen Entwicklung steht: Steuereinnahmen hängen eng mit der Konjunktur zusammen, Ansprüche Bremens aus den Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit der Bevölkerungszahl, bedeutsame Pflichtausgaben mit der Arbeitslosigkeit und der demographischen Entwicklung. Neben Bundesgesetzen, die Länder und Kommunen zu Ausgaben verpflichten oder Einnahmen festlegen, sind also auch sozioökonomische Verbesserungen und Verschlechterungen maßgebliche externe Rahmensetzungen für die finanzwirtschaftliche Entwicklung des Stadtstaates.

Tabelle 5: Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Zuwachsraten in %

	Ist	Projektion November 2019				
	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	3,1	2,8	2,9	3,1	2,8	2,8
Bruttoinlandsprodukt (real)	1,5	0,5	1,0	1,3	1,1	1,1
Verwendung (nominal)						
Inländische Verwendung						
Konsumausgaben Private Haushalte	2,9	3,4	3,1	3,0	2,7	2,7
Konsumausgaben Staat	3,3	4,9	4,2	3,4	2,2	2,2
Anlageinvestitionen	6,3	5,6	4,8	4,8	3,3	3,3
Außenbeitrag						
Exporte	3,1	1,6	2,7	3,7	4,8	4,8
Importe	5,5	2,5	3,9	4,5	5,2	5,2
Verteilung (nominal)						
Volkseinkommen	3,0	2,8	2,8	3,1	2,8	2,8
Arbeitnehmerentgelte	4,5	4,2	3,3	3,1	2,8	2,8
Unternehmens- und Vermögenseink.	-0,5	-0,6	1,6	3,1	2,8	2,8
Verfügbares Einkommen priv. Haush.	3,5	2,7	2,8	2,9	2,9	2,9
Preise						
Deflator des privaten Konsums	1,5	1,4	1,5	1,5	1,7	1,7
Arbeitsmarkt						
Erwerbstätige (Inland)	1,4	0,8	0,3	0,4	-0,2	-0,2
Arbeitnehmer (Inland)	1,6	1,1	0,4	0,5	-0,2	-0,2

*) Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten
Datenquelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Üblicherweise gehen die Finanzplanungen bezüglich ihrer Annahmen zur sozioökonomischen Entwicklung weitgehend von den Prognosen des Arbeitskreises Steuerschätzungen von Bund und Ländern aus. Diese werden zwar für das Bundesgebiet als Ganzes und nicht für einzelne Länder getroffen. Dies ist aber einerseits als hinreichend anzusehen, weil eine regionale Prognose von Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten, insbesondere für den Stadtstaat Bremen, kaum aussagekräftig wäre. Andererseits werden die aufgrund der Steuerschätzung resultierenden Einnahmeerwartungen im Zuge einer Regionalisierung auf die einzelnen Länder heruntergebrochen.

Die Werte dieser Regionalisierung sind maßgeblich für die in Abschnitt 5.1.1 prognostizierten steuerabhängigen Einnahmen. Die diesen Prognosen zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Erwartungen legt die nachfolgende Tabelle dar. Sie basiert auf der jüngsten verfügbaren Steuerschätzung vom Herbst 2019. Diese konnte die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie noch nicht berücksichtigen (vgl. Kapitel 4.8). Die Annahmen werden sich damit absehbar überholen, müssen aber unvermeidlich als aktuellste verfügbare Datenlage die Grundlage der quantifizierbaren gesamtwirtschaftlichen Annahmen bilden.

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ erwartete demnach ein anhaltendes, gleichwohl nur noch geringes weiteres Wachstum der bundesdeutschen Wirtschaftsleistung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt würde demnach im Jahr 2020 um 1,0 %, im Jahr 2021 um 1,3 % und anschließend um 1,1 % p.a. zunehmen. Es wäre damit eine konjunkturelle Eintrübung, jedoch – vorbehaltlich der noch zu bestimmenden Auswirkungen der Corona-Pandemie – keine Trendumkehr zu verzeichnen.

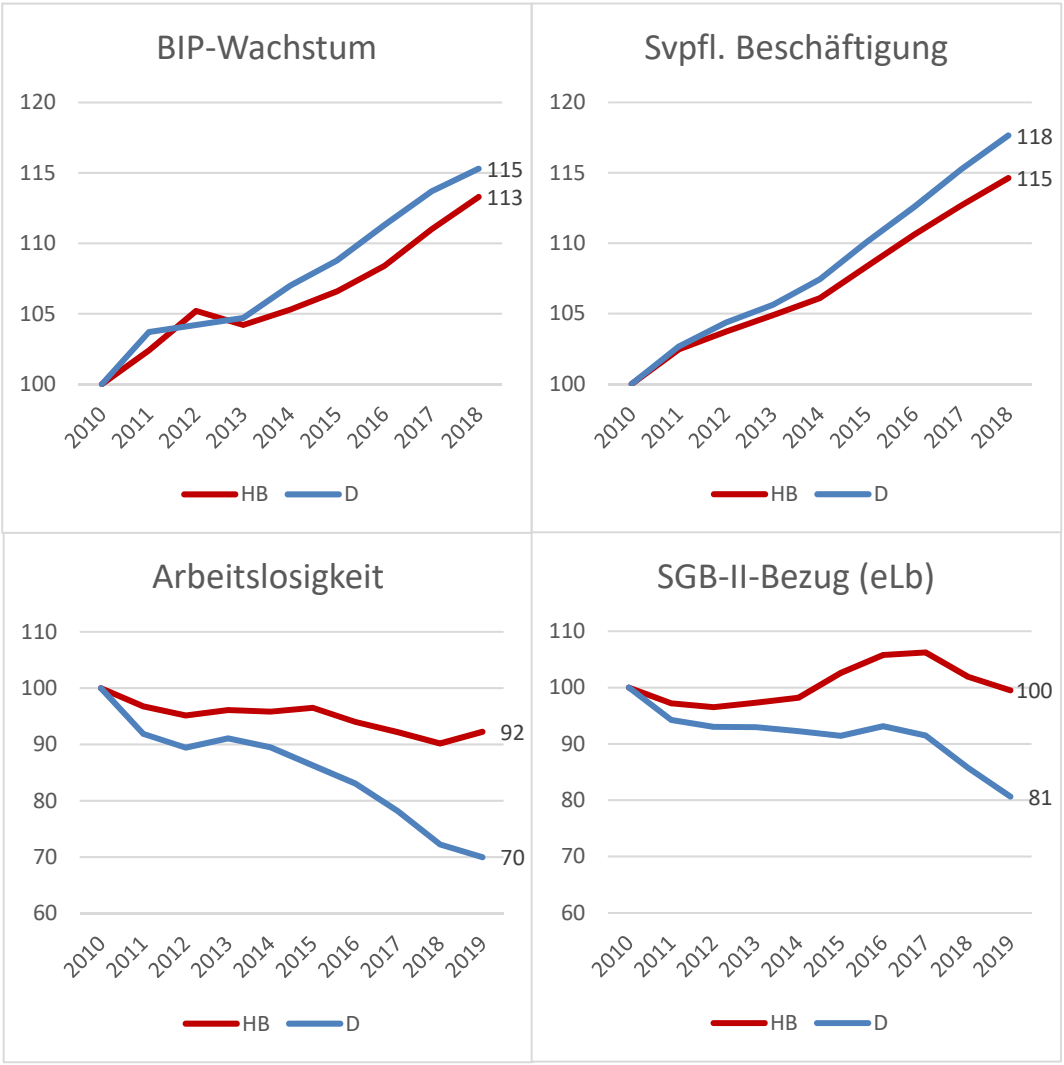
Gestützt würde die Konjunktur der Prognose zufolge vor allem von der Inlandsnachfrage. Die privaten Konsumausgaben sollten – getragen von kräftigen Zuwächsen der Arbeitnehmerentgelte bei geringer Teuerungsrate – moderat, aber anhaltend steigen. Stärker sollten Zuwächse der Anlageinvestitionen und die staatlichen Konsumausgaben positiv zur Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Der Außenbeitrag am Bruttoinlandsprodukt sollte sich hingegen im Planungszeitraum verringern. Aufgrund globaler Unwägbarkeiten (Handelskonflikte, Brexit) wurde die Exportentwicklung in den kommenden Jahren zurückhaltend eingeschätzt, bevor sie ab 2022 wieder anziehen sollte. Der Zuwachs der Exporte bliebe damit vor allem bis 2021 hinter dem der Importe zurück, sodass die Wachstumsimpulse des Außenhandels sich abschwächten.

Dieses – wie beschrieben die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht berücksichtigende – Szenario setzt auf einer äußerst günstigen sozioökonomischen Entwicklung der letzten Jahre auf. Sowohl in Bremen als auch im Bund kam es seit 2010 zu einem kräftigen und durchgehenden Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (Abbildung 5). Gleiches gilt für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die bedeutsam für die Verteilung der Wohlfahrtsgewinne und somit für den privaten Konsum und die staatliche Steuerbasis ist.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Stadtstaat hat sich hingegen von der positiveren Entwicklung im Bundesgebiet entkoppelt. Gleiches gilt für die Entwicklung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) im SGB II. Ursächlich für den besseren Bundesdurchschnitt ist vor allem die anhaltende, sehr dynamische Aufholentwicklung an den ostdeutschen Arbeitsmärkten, aber auch die strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit im Zwei-Städte-Staat sowie die überproportionale Leistungserfüllung Bremens bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten und Zugewanderten.

Abb 5: Sozioökonomische Entwicklung Bremen und Bund
(Index, 2010=100)



Datenquelle: VGRdL, Statistik der BA

Im Ergebnis wäre gemäß den geschilderten Daten von grundsätzlich weiter steigenden steuerabhängigen Einnahmen auszugehen. Bezogen auf die Sozialleistungsbedarfe wäre zu erwarten, dass ihre kommenden Zuwachsraten zwar von positiven, sich im Bundesvergleich aber relativierenden Rahmenbedingungen profitieren. Betreffend beider Erwartungen muss aber konstatiert werden, dass sie sich durch die Auswirkungen der Corona-Krise bereits kurzfristig umkehren werden. Die für diesen Finanzplan hierzu verfügbaren und damit maßgeblichen Prognosen werden, ebenso wie die Prognose der Zinsbelastungen, aufgrund ihrer besonderen Haushaltsrelevanz für Bremen in gesonderten Kapiteln hergeleitet werden.

Maßgeblichen Einfluss auf die finanzwirtschaftliche Entwicklung Bremens hat schließlich die Bevölkerungsentwicklung. Einerseits ist der Bevölkerungsanteil Bremens an der Ländergesamtheit ausschlaggebend für den bremischen Anteil an der bundesstaatlichen Steuerverteilung. In der Vergangenheit war der relative Bevölkerungsverlust des Zwei-Städte-Staates eine der maßgeblichen Ursachen für seine Finanzkraftschwäche. Seit der Jahrtausendwende wuchs der Bevölkerungsanteil Bremens jedoch wieder kontinuierlich bis auf 0,823 %

an und stagniert dort seit 2016. Andererseits bewirken Bevölkerungsentwicklungen auch ausgabenseitige Bedarfsveränderungen, die vor allem bei Differenzierung der Daten nach einschlägigen Altersgruppen ablesbar werden.

Die voraussichtliche künftige Entwicklung wird im Rahmen der Steuerschätzungen nicht prognostiziert, die Bevölkerungsentwicklung der Länder wird stets als Konstante gesetzt. Daher scheint es geboten, zur Einschätzung der tatsächlich zu erwartenden Entwicklung dieser finanziell bedeutsamen Kennziffer zumindest Anhaltspunkte anhand der Betrachtung vorliegender Vorausberechnungen zur regionalen Bevölkerungsentwicklung zu betrachten. Die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes ergibt folgende Entwicklung.

Tab. 6: Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Bremen *)

Jahr	Insges.	Bevölkerung im Alter von …. Jahren							
		unter 3	3 bis 6	6 bis 10	10 bis 19	19 bis 25	25 bis 65	65 bis 80	ab 80
2018	682.986	20.588	18.981	23.077	54.305	52.714	369.346	100.132	43.843
2019	685.436	20.586	19.730	23.368	54.705	52.924	369.812	98.898	45.413
2020	687.603	20.545	20.033	24.006	55.185	52.761	370.245	97.764	47.064
2021	689.452	20.472	20.080	25.035	55.562	52.136	370.664	97.231	48.272
2022	690.975	20.282	20.042	25.802	55.965	51.577	370.713	97.945	48.649
2023	692.156	20.070	19.966	26.355	56.417	50.973	370.778	98.673	48.924
2030	693.689	18.570	18.554	25.457	60.367	50.444	360.263	111.540	48.494
2035	694.132	18.334	17.979	24.241	59.955	51.473	353.730	118.059	50.361
Zuwachsrate (in %)									
2018/23	1,34	-2,52	5,19	14,20	3,89	-3,30	0,39	-1,46	11,59
2023/30	0,22	-7,47	-7,07	-3,41	7,00	-1,04	-2,84	13,04	-0,88
2030/35	0,06	-1,27	-3,10	-4,78	-0,68	2,04	-1,81	5,84	3,85
Typische Bedarfe der Altersgruppe		**Krippen**	**Kinder-gärten**	**Grund-schulen**	**Weiterf. Schulen**	**Tertiäre Bildung**	**Erwerbs-aktive**	**Rentner**	**Hoch-betagte**

*) 2018: Ist-Werte; ab 2019: Vorausberechnung vom Dez. 2019
Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen

Demnach ist zu erwarten, dass im Planungszeitraum die Gesamtbevölkerung des Zwei-Städte-Staates moderat bis auf rd. 692.000 Menschen wächst (Stadt Bremen: 578.000, Stadt Bremerhaven: 114.000). Die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Saldo aus Geburten und Sterbefällen) wird zwar auf rd. -1.000 Personen pro Jahr beziffert, aber von weiter anhaltenden, wenn auch im Zeitverlauf leicht abnehmenden Wanderungsgewinnen des Landes Bremen (2019 + 3.300, 2023 noch +2.200 Personen) übertroffen.

Von besonderer Bedeutung für fachpolitische Planungen und daraus abzuleitende Ressourcenbedarfe ist die Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen. Für den Stadtstaat ist hinsichtlich der sich abzeichnenden Anforderungen an die öffentliche Aufgabenwahrnehmung aus Tabelle 3 insbesondere ablesbar, dass

- die geburten- und zuwanderungsbedingt gegenwärtig noch starken Jahrgänge im Vorschulalter in den kommenden Jahren schulpflichtig werden und somit die Kinderzahl im Grundschulalter im Planungszeitraum stark ansteigt (+ 14 %), während die für Krippen und (verzögert) für Kindergärten maßgebliche Altersgruppe sich tendenziell wieder verkleinert,

- in den für die weiterführenden Schulen relevanten Altersgruppen ebenfalls ein Anstieg zu erwarten ist, der aber für den jetzigen Planungszeitraum zunächst vergleichsweise moderat ausfallen wird,
- das Erwerbspersonenpotenzial zwischen 25 und 64 Jahren im Planungszeitraum stabil bleibt,
- in den Jahrgängen der Hochbetagten mit erhöhten Pflegebedarfen auch in diesem Planungszeitraum wieder eine sehr starke Zuwachsrate zu erwarten ist (+ 11,6 %), wenngleich sie sich gegenüber dem vorigen Finanzplanungszeitraum (+ 18,3 %) erheblich verringert.

Das Durchschnittsalter der bremischen Gesamtbevölkerung wird im Planungszeitraum konstant bleiben (43,6 Jahre) und anschließend sukzessive ansteigen zunehmen (2030: 44,1 Jahre).

4.8 COVID-19-Pandemie

Die bremischen Haushalte werden beginnend mit 2020 in den nächsten Jahren in hohem Maße von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt werden, wobei für diese Finanzplanung nur grobe erste Prognosen, in welcher Höhe und in welchem Zeitablauf die Auswirkungen dieser Krise die bremischen Haushalte betreffen werden, vorliegen. So findet die erste Steuerschätzung nach Beginn der Pandemie Mitte Mai dieses Jahres und somit nicht mehr rechtzeitig statt, um deren Ergebnisse noch in der Finanzplanung zu berücksichtigen.

Es ist u. a. davon auszugehen, dass die steuerabhängigen Einnahmen nicht in der Höhe veranschlagt werden können, wie sie in der Finanzplanung und den an die Bürgerschaft zu übersendenden Haushaltsentwürfen vorgesehen sind. Es wird vielmehr während der parlamentarischen Beratung zu Anpassungen bei der Höhe der steuerabhängigen Einnahmen und der Höhe der Konjunkturbereinigung kommen müssen, deren Ausmaß aktuell jedoch nicht vorhergesehen werden kann.

Der wochen- oder sogar monatelange Ausfall von Veranstaltungen sowie rückläufiges Konsumverhalten in verschiedenen Branchen wie Gastronomie, Handwerk, Einzelhandel, Hotellerie aber auch Fern- und Flugverkehr lassen erhebliche Einbußen bei den Steuereinnahmen der Freien Hansestadt Bremen erwarten. Erste Einschätzungen noch vor der Steuerschätzung Mitte Mai deuten dabei für dieses Jahr auf einen Rückgang der steuerabhängigen Einnahmen beim Stadtstaat hin, der bei einer Größenordnung von 500 Mio. € liegen könnte.

Zum anderen wurden – in Erweiterung des Bundespaketes, das vorerst in Höhe von 50 Mio. € als durchzuleitende Bundesmittel in den Haushalt 2020 eingestellt wurde – im Zuge der Corona-Ausbreitung erhebliche Ausgabemehrbelastungen für erforderliche Unterstützungsmaßnahmen und Hilfsprogramme im gesundheitlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bereich in den Haushalt 2020 eingestellt.

Zunächst wurden erste Sofortpakete für Kleinstunternehmen und für Unternehmen bis 49 Mitarbeiter in Höhe von insgesamt 35 Mio. € beschlossen. Diese Mittel sind inzwischen in den Bremen-Fonds eingeflossen, der nun alle Mittel bündelt, die zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer gesundheitlichen,

gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen eingeplant wurden. Dabei handelt es sich zu diesem Zeitpunkt insbesondere um Globalmittel, da die konkreten Zweckbestimmungen im Zusammenhang mit der Corona-Ausbreitung zum jetzigen Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung und Finanzplanung noch nicht abschließend definiert werden können und der Terminplan für die Haushaltsaufstellung 2020/2021 unbedingt einzuhalten ist. Für das Land Bremen betragen diese Mittel 900 Mio. € und für die Stadt Bremen 300 Mio. €.

Es besteht sowohl beim Bund als auch bei den anderen Ländern Einigkeit, dass die haushaltsbedingten Auswirkungen der Corona-Pandemie eine Ausnahmesituation innerhalb der Schuldenbremse darstellen, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Nachrangig ist dabei, ob es sich ausschließlich um eine Naturkatastrophe (Massenerkrankung) oder zusätzlich auch um eine (andere) außergewöhnliche Notsituation handelt.

4.8.1 Bedeutung der Pandemie für die Schuldenbremse in der Landesverfassung

Die COVID-19-Pandemie und die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sind ein Sachverhalt, der dem Grunde nach die Bremische Bürgerschaft (bzw. die Stadtbürgerschaft und die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven) dazu berechtigt, mit der Mehrheit ihrer Mitglieder aufgrund der Ausnahmeregelung des Art. 131a Abs. 3 Satz 1 BremLV eine Abweichung von den üblichen Regeln der Schuldenbremse zu beschließen.

Ein solcher Beschluss muss gemäß Art. 131a Abs. 3 Satz 2 BremLV mit einem Tilgungsplan verbunden werden. Die Rückführung der aufgenommenen Kredite nach Maßgabe des Tilgungsplans hat gemäß § 18c Satz 1 LHO binnen eines angemessenen Zeitraums zu erfolgen. Der angemessene Zeitraum, in dem die Überschreitung zurückgeführt werden muss, ist im Tilgungsplan festzulegen. Der unbestimmte Rechtsbegriff „angemessen“ ist immer relativ zur Schwere des zu bewältigenden Ereignisses zu konkretisieren.

Die Regeln der Schuldenbremse sind nicht nur in der Haushaltsaufstellung, sondern auch im Vollzug zu wahren.

Ein auf der Grundlage des Ausnahmetatbestands des Art. 131a Abs. 3 BremLV getroffener parlamentarischer Beschluss erlaubt Abweichungen von den üblichen Regeln des Art. 131a Abs. 1 und Abs. 2 BremLV; in Höhe der direkten Auswirkungen, die begründbar und nachweisbar sein müssen, dürfen zusätzliche Kredite aufgenommen werden. Es spielt dabei keine Rolle, ob die Notwendigkeit der Abweichungen auf niedrigere Einnahmen oder höhere Ausgaben – oder beides – zurückzuführen ist. Es kommt nur darauf an, dass das Parlament bei Beschlussfassung davon ausgeht, dass die strukturelle Nettokreditaufnahme im betreffenden Haushaltsjahr die regulären Vorgaben der Art. 131a Abs. 1 und Abs. 2 BremLV überschreiten wird. § 18a Abs. 1 LHO sieht ausdrücklich vor, dass die strukturelle Nettokreditaufnahme höher als Null sein darf, wenn ein Fall des Art. 131a Abs. 3 Satz 1 BremLV vorliegt.

Einnahmeseitig ist jedoch zu beachten, dass Art. 131a Abs. 2 BremLV als Regelvorschrift systematisch immer Vorrang vor der Ausnahmevorschrift des Art. 131a Abs. 3 BremLV genießt. Im Grundsatz ist Art. 131a Abs. 2 BremLV – wie

in Art. 109 Abs. 3 GG angelegt – dazu vorgesehen, zyklischen Konjunkturverläufen im Sinne von Auf- und Abschwung im Rahmen der Schuldenregel durch die Konjunkturkomponente Rechnung zu tragen (BT-Drs. 16/12410, S. 11).

Der Beschluss gemäß Art. 131a Abs. 3 BremLV und die zugehörige Kreditermächtigung im Haushaltsgesetz geht im Falle eines außergewöhnlichen Ereignisses über das hinaus, was nach der Konjunkturbereinigung gemäß Art. 131a Abs. 2 BremLV i.V.m. der Landeshaushaltsordnung und der Rechtsverordnung zur Konjunkturbereinigung an struktureller Nettokreditaufnahme mit der Grundregel der Schuldenbremse gemäß Art. 131a Abs. 1 BremLV ohnehin vereinbar ist.

Das bedeutet, dass in Zukunft die konjunkturellen Auswirkungen der Pandemie sich voraussichtlich immer stärker in der gemäß Art. 131a Abs. 2 BremLV zulässigen Konjunkturbereinigung niederschlagen werden, sehr wahrscheinlich zugleich mit einer schwindenden Bedeutung des Ausnahmetatbestands gemäß Art. 131a Abs. 3 BremLV. Allerdings wird die Konjunkturbereinigung auf die COVID-19-Pandemie frühestens im Haushaltsjahr 2021 reagieren, und anfangs wahrscheinlich auch nur schwach, da es gemäß § 18a Abs. 4 Satz 2 LHO auf die regionalisierte Frühjahrs-Steuerschätzung des jeweiligen Vorjahres ankommt. Im Haushaltsjahr 2021 werden also bei der Konjunkturbereinigung nur die pandemiebedingten Steuermindereinnahmen berücksichtigt, die im Mai 2020 in der Steuerschätzung enthalten waren. Im Haushaltsjahr 2020 kommt es auf die Steuerschätzung aus dem Mai 2019 vor der Pandemie an. Daher wird die Pandemie – was die Einhaltung der Schuldenbremse betrifft – im Haushaltsjahr 2020 noch keine strukturellen Auswirkungen auf die Einnahmeseite haben.

Der einnahmeseitige Vorrang der Konjunkturbereinigung gemäß Art. 131a Abs. 2 BremLV vor der Ausnahme gemäß Art. 131a Abs. 3 BremLV wird bei der Zuordnung der Einnahmeausfälle aufgrund der Pandemie zu beachten sein. Sehr gut denkbar ist, dass steuerliche Einnahmeausfälle ab dem Haushaltsjahr 2021, die noch nicht ausreichend in der Konjunkturbereinigung gemäß Art. 131a Abs. 2 BremLV abgebildet sind, durch die Ausnahmevorschrift des Art. 131a Abs. 3 BremLV aufgefangen werden müssen.

„Sonstige Einnahmen“, die nicht Steuereinnahmen sind, sind bei der Steuerschätzung im Rahmen der Konjunkturbereinigung nicht berücksichtigt. Sie wären als pandemiebedingte Einnahmeausfälle einer Ausnahme gemäß Art. 131a Abs. 3 BremLV zuzuordnen.

Neben der Überwachung der Einhaltung der Schuldenbremse durch den Stabilitätsrat anhand der einzuhaltenden maßgeblichen Regelungen der einzelnen Länder und des Bundes, erfolgt durch den Stabilitätsrat zusätzlich ein harmonisiertes Analyseverfahren (Monitoring-Verfahren) anhand von gemeinsam festgelegten einheitlichen Kriterien. Dieses sieht allerdings keine gesonderte Berücksichtigung von kreditfinanzierten Einnahmen aufgrund einer anerkannten Notsituation außerhalb des regulären Konjunkturbereinigungsverfahrens vor. Im Falle einer anerkannten Notlage wird die Nettokreditaufnahme lediglich um die kreditfinanzierten Ausgaben infolge dieser anerkannten Notsituation reduziert und in den jeweiligen Jahren, für die die Tilgungspflicht besteht, entsprechend erhöht.

Im Rahmen der Inanspruchnahme des Ausnahmetatbestandes sind die Darlegungs- und Dokumentationspflichten dabei einerseits jeweils vom Land und

den beiden Gemeinden Bremen und Bremerhaven bei der Genehmigung der Haushalte sowie zum Haushaltsabschluss zu führen. Andererseits müssen für den konsolidierten Haushalt des Stadtstaates die Voraussetzungen geschaffen werden, um alle Einnahmen und Ausgaben, die sich auf diese Ausnahmesituation beziehen, u. a. dem Stabilitätsrat oder dem Bund im Rahmen der Sanierungshilfenvereinbarung zu jedem Zeitpunkt dokumentieren zu können.

Gesetzlich vorgeschrieben ist dabei, dass alle Beträge, die über den Ausnahmetatbestand kreditfinanziert werden, binnen eines angemessen Zeitraums über einen Tilgungsplan zurückzuführen sind, die zukünftigen Haushalte somit vorab belasten werden. Es ist dabei vorgesehen, dass, beginnend mit dem Jahr 2024, die Tilgungen im Zeitraum von 30 Jahren vorgenommen werden.

Die mögliche Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung des Art. 131a Abs. 3 BremLV durch das Parlament ist verfassungsrechtlich wie folgt zu begründen:

Die COVID-19-Pandemie lässt sich als Naturkatastrophe im Sinne des Art. 131a Abs. 3 BremLV einordnen, während die zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen, insbesondere die behördlich angeordneten Schließungen von Schulen, Kindertagesstätten und einer Vielzahl von Gewerbebetrieben, entweder als unmittelbar ursächlich bedingte Folge der Naturkatastrophe oder jedenfalls als mit dieser in ursächlicher Verbindung stehenden außergewöhnliche Notsituation gemäß Art. 131a Abs. 3 BremLV kategorisiert werden können.

Tritt eine Naturkatastrophe oder außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt, ein, lässt Art. 131a Abs. 3 BremLV unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen von den in normalen Zeiten geltenden Regeln der Schuldenbremse zu. Ebenso wie das Land können auch die Stadtgemeinden von den Ausnahmeregelungen Gebrauch machen (siehe Art. 146 Abs. 1 Satz 1 BremLV).

Zur Auslegung des Art. 131a Abs. 3 BremLV kann wegen des beinahe identischen Wortlauts des Art. 109 Abs. 3 GG die Gesetzesbegründung zu letzterer Norm herangezogen werden. Unter Naturkatastrophen im Sinne des Art. 109 Abs. 3 GG werden ausdrücklich auch Massenerkrankungen gefasst (BT-Drs. 16/12410, S. 11).

Die Gesetzesbegründung zu Art. 109 Abs. 3 GG nimmt außerdem an, dass unter den Begriff einer außergewöhnlichen Notsituation unter anderem „eine plötzliche Beeinträchtigung der Wirtschaftsabläufe in einem extremen Ausmaß aufgrund eines exogenen Schocks, wie beispielsweise aufgrund der Finanzkrise 2008/2009, die aus Gründen des Gemeinwohls aktive Stützungsmaßnahmen des Staates zur Aufrechterhaltung und Stabilisierung der Wirtschaftsabläufe gebietet“ zu verstehen ist (BT-Drs. 16/12410, S. 11). Die Ursache der weltumspannenden Pandemie findet sich nach gegenwärtigem Kenntnisstand im natürlichen (d. h. nicht menschgemachten) Übersprung eines Virus aus der Tierwelt in die menschliche Population mit lebensgefährlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Millionen von Menschen, gleichzeitig lässt sich die Pandemie nur mit Maßnahmen bekämpfen, die einen massiven exogenen Schock für die Volkswirtschaften der betroffenen Länder bedeuten.

Die Pandemie entzieht sich im Sinne des Art. 131a Abs. 3 BremLV der Kontrolle des Staates, solange es keine Impfung und kein wirksames Medikament gibt.

Zudem beeinträchtigt die Pandemie im Sinne des Art. 131a Abs. 3 BremLV die staatliche Finanzlage erheblich. Der unbestimmte Rechtsbegriff einer erheblichen Beeinträchtigung ist hier in Relation zum langjährigen Durchschnitt des normalen Volumens von Einnahmen und Ausgaben zu bestimmen. Zudem ist die Relation zur Finanzkraft der betreffenden Gebietskörperschaft zu beachten, wobei der Bedarf mit Blick auf diese Finanzkraft außerordentlich hoch sein muss (*Kube* in: Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 109 Abs. 3 Rn. 207 m.w.N.).

Die haushaltsrechtlichen Folgen früherer außerordentlicher Ausnahmesituationen wie der Zuwanderungsspitze im Jahr 2015/2016 sind bei der Bestimmung des Durchschnitts außer Betracht zu lassen. Bei einer „erheblichen Beeinträchtigung“ muss es sich um einen bedeutenden Anteil des üblichen Haushaltsvolumens handeln. Der Begriff „erheblich“ ist so zu verstehen, dass die Landesverfassung von der Vorstellung ausgeht, dass minder schwere Naturkatastrophen oder vom Staat nicht beeinflussbare außergewöhnliche Notsituationen durch regulären Beschluss eines Nachtragshaushalts und mit den Mitteln der normalen Haushaltssteuerung bewältigt werden müssen.

Die außergewöhnliche Größenordnung der COVID-19-Pandemie und die bereits jetzt zu Tage tretenden Verwerfungen in der konjunkturellen Entwicklung sowie im Anstieg von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit lassen es zu, hier bereits jetzt von einer erheblichen Beeinträchtigung der staatlichen Finanzlage der Länder, speziell auch der Freien Hansestadt Bremen und den beiden Gemeinden Bremen und Bremerhaven, zu sprechen. Die Kosten für die Bekämpfung der Pandemie und für die Abfederung der volkswirtschaftlichen Schäden treffen in großem Maße die Länder und Gemeinden, da hier nach der föderalen Zuständigkeitsordnung beim Vollzug der Gesetze auch der Großteil der Aufgabenverantwortung und Zuständigkeiten liegen.

Das Bundesgesundheitsministerium gibt auf der Grundlage vor allem des Infektionsschutzgesetzes nur Empfehlungen zur Bewältigung der Krise ab. Zentrale Zuständigkeiten und Aufgaben des Bundes bestehen insoweit beim Robert-Koch-Institut als Bundesbehörde. Im Übrigen sind jedoch fast allumfassend die Länder und die Gemeinden mit ihren Behörden zuständig. Dies gilt vor allem für die Anordnungen, bestimmte Veranstaltungen abzusagen, Gewerbebetriebe, Schulen und Kindertagesstätten zu schließen und bestimmte Bereiche nicht zu verlassen bzw. nicht zu betreten.

Die Länder, handelnd durch staatliche und kommunale Behörden, nehmen wissentlich gravierende Schäden in der Volkswirtschaft in Kauf und könnten bei falscher Gesetzesanwendung möglicherweise von den Betroffenen hierfür zur Rechenschaft gezogen werden. Als aktive Maßnahme zur Abfederung der volkswirtschaftlichen Folgen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie wollen die Länder (ebenso wie der Bund) über finanzielle Hilfsprogramme die Wirtschaft und die Bevölkerung stützen. Hieraus entsteht akuter Bedarf an zusätzlichen finanziellen Mitteln des Staates, weit über die im bevorstehenden Haushaltsgesetz vorgesehenen Mitteln hinausgehend.

4.8.2 Bedeutung der Pandemie für die Sanierungshilfenvereinbarung

Vergleichbar den Ausnahmetatbeständen der Schuldenbremse sieht das Sanierungshilfengesetz in § 2 Abs. 3 und Abs. 4 SanG sowohl für die alle zwei Jahre (erstmals 2022) als auch für die alle fünf Jahre (erstmals 2026) stattfindende Überprüfung durch das Bundesministerium für Finanzen vor, dass „in begründeten Ausnahmefällen festgestellt […] werden [kann], dass eine Unterschreitung der […] zu leistenden Tilgung […] unbeachtlich ist."

§ 4 der zum Sanierungshilfengesetz geschlossenen Verwaltungsvereinbarung regelt das Nähere, insbesondere die Antragspflicht des betroffenen Landes und das Prüfungsverfahren seitens des Bundesministeriums der Finanzen. Die Unterschreitung der zu leistenden Tilgung kann danach auf „einer besonderen Ausnahmesituation oder auf konjunkturellen Effekten" beruhen. Wenn bundesweit Ausnahmen von der Schuldenbremse wegen der Corona-Pandemie anerkannt sein sollten, wovon auszugehen ist, und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass das Land Freie Hansestadt Bremen die in der Ausnahme bestehende Möglichkeit zur Unterschreitung der zu leistenden Tilgung missbraucht hat, hat ein solcher Antrag sehr hohe Erfolgsaussichten.

Der Bericht an das Bundesministerium der Finanzen über das Haushaltsjahr 2020 wird zunächst noch keine Überprüfung nach sich ziehen. Die erste Überprüfung, und damit die erste Möglichkeit für Sanktionen, ist auf das Jahr 2022 terminiert.

5. Finanzplanung 2019 – 2023

Die Ausgangslage für die Aufstellung der Haushalte 2020/21 sowie der Finanzplanung bis 2023 ergibt sich aus der am 12. September 2017 beschlossene Finanzplanung 2017 – 2021 sowie den Änderungen im Haushaltsaufstellungsverfahren 2018/19 einschließlich der Nachtragshaushalte. Diese Finanzplanung umfasste mit den beiden letzten Planungsjahren auch schon die Jahre 2020/21, bei der Berechnung der Einhaltung der Verfassungsvorgaben als maßgebliche Rahmensetzung für die bremischen Haushalte wurde jedoch – in Ermangelung konkreter Berechnungsvorgaben für die Einhaltung der Schuldenbremse – hilfsweise weiter von den im Konsolidierungskurs geltenden Maßgaben ausgegangen, die faktisch nur bis zum Haushalt 2019 gültig waren.

Vor dem Hintergrund der nun grundsätzlich feststehenden Verfahren zur Berechnung der Einhaltung der Schuldenbremse (Kapitel 4.3) und zur Einhaltung der Sanierungshilfenvereinbarung (Kapitel 4.4) dokumentiert der vorliegende Finanzplan nunmehr einen vierjährigen Überblick über die Einhaltung der maßgeblichen Kennzahlen der bremischen Haushalte in den beiden neuen finanzpolitischen Zielsystemen.

Im Gegensatz zum Konsolidierungspfad 2010 – 2019, bei dem als maßgebliche Kennzahl der Finanzierungssaldo strukturell bereinigt wurde, ist ab 2020 die haushaltsmäßige Nettokredittilgung (bzw. Nettokreditaufnahme) die entscheidende Kennzahl, die nach strukturellen Bereinigungen Aufschluss über die beiden neuen zentralen Zielerreichungssysteme – Einhaltung der Schuldenbremse und der Sanierungshilfenvereinbarung – gibt. Entscheidender Unterschied zwischen dem Finanzierungssaldo und der Netto-Kredittilgung sind dabei die Rücklagenbewegungen, denen ab 2020 eine deutlich höhere Bedeutung zukommt.

Das Zielsystem der Sanierungshilfenvereinbarung mit dem Bund und somit die Voraussetzung der Gewährung der 400 Mio. € Sanierungshilfen wird dabei nur für den Stadtstaat und das Land Bremen aufgeführt, da nur das Land die zusätzlich vereinbarte Tilgungsleistung erbringt.

Erfreulich ist dabei, dass aufgrund der erreichten Verhandlungserfolge gegenüber dem Bund die Berechnungswege zur maßgeblichen Kennzahl (strukturelle Nettokredittilgung) der beiden Zielsysteme weitgehend harmonisiert werden konnten. So sind die schon im Konsolidierungspfad bekannten Bereinigungen (finanzielle Transaktionen und Planungssicherheit über die Festschreibung der Höhe der steuerabhängigen Einnahmen mit der Regionalisierung der Mai-Steuerschätzung des jeweiligen Vorjahres) in beiden Systemen gleichermaßen relevant.

Durch die grundsätzliche Abbildung der ex-ante-Konjunkturkomponente im Rahmen der Stabilitätsrücklage konnte erreicht werden, dass sich die Berechnung zur Verfassungskonformität der Haushalte von der für die Gewährung der Sanierungshilfen maßgeblichen Berechnung ausschließlich durch die für letztere zusätzlich erforderliche Tilgungsleistung unterscheidet.

Falls ab 2021 aufgrund der konjunkturellen Steuermindereinnahmen die ex-ante Konjunkturkomponente so hoch ausfällt, dass eine Ausweisung über die Stabilitätsrücklage – aufgrund der Höhe der Mittel, die so nicht als Entnahme

zur Verfügung stehen bzw. aufgrund einer nachhaltigen Störung des Symmetriegedankens – nicht möglich ist, muss jedoch auf eine differenzierte Darstellung der Zielsysteme umgestellt werden, da die Konjunkturkomponente zwar im Rahmen der Schuldenbremse, vereinbarungsgemäß jedoch nicht im Rahmen der Sanierungshilfenvereinbarung als strukturelle Bereinigung aufgeführt werden kann. Vielmehr müssten diese Beträge dann vom Bund zusätzlich als Ausnahme in Zeiten der Coronakrise anerkannt werden, um nicht in Gefahr zu geraten, nur aufgrund der sinnvollen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Krise keine Sanierungshilfen gewährt zu bekommen.

Im Gegensatz zu den in diesem Bericht aufgeführten Berechnungen zur Einhaltung der Verfahren aus der Schuldenbremse und der Sanierungshilfenvereinbarung werden folgende Berechnungen ab bzw. für 2020 nicht explizit im Finanzrahmen ausgewiesen:

- Im Jahr 2020 gilt der verfassungsrechtlich vorgegebene Konsolidierungspfad dem Wortlaut nach fort, Zielwert ist die Einhaltung eines strukturellen Defizits von null. Allerdings ist die Einhaltung im Jahr 2020 materiell-rechtlich nicht mehr sanktionsbewehrt (vgl. Kapitel 4.1). Zweck des Konsolidierungspfades war, in die Lage versetzt zu werden, die Schuldenbremse ab 2020 einzuhalten. Die Schuldenbremse löst somit sachlich den Konsolidierungspfad ab, wird jedoch in Teilen anders berechnet.
- Bei der Schuldenregelüberwachung durch den Stabilitätsrat besteht Konsens, dass über die Einhaltung der landesverfassungsrechtlichen Regelungen zur Schuldenbremse die Länder die grundgesetzlichen Vorgaben der Schuldenbremse einhalten. Zusätzlich berät der Stabilitätsrat auf Wunsch des Bundes jedoch die Länderergebnisse auch nach einem abgestimmten harmonisierten Analysesystem (sog. Monitoring). Für jedes Land ist der Ausweis dieser Ergebnisse optional.
- Der Stabilitätsrat und der Senat der Freien Hansestadt Bremen haben zur Verlängerung des Sanierungsprogramms 2012 – 2016 ein Sanierungsprogramm 2017 – 2020 vereinbart, da weiterhin eine Haushaltsnotlage drohte. Bis 2019 wird die Einhaltung des Sanierungspfades dabei rechnerisch aus dem Konsolidierungspfad abgeleitet. Im letzten Berichtsjahr wird – in Anlehnung an das Sanierungshilfengesetz – davon abgewichen. Die Berichterstattung hierzu erfolgt mit den Sanierungsberichten. Der Stabilitätsrat kann bei seiner Prüfung im Mai eines Sanierungsjahres trotz einer Überschreitung des vereinbarten Sanierungspfads im Vorjahr in begründeten Ausnahmefällen feststellen, dass die vom Land ergriffenen Maßnahmen ausreichend waren.

5.1 Einnahmen

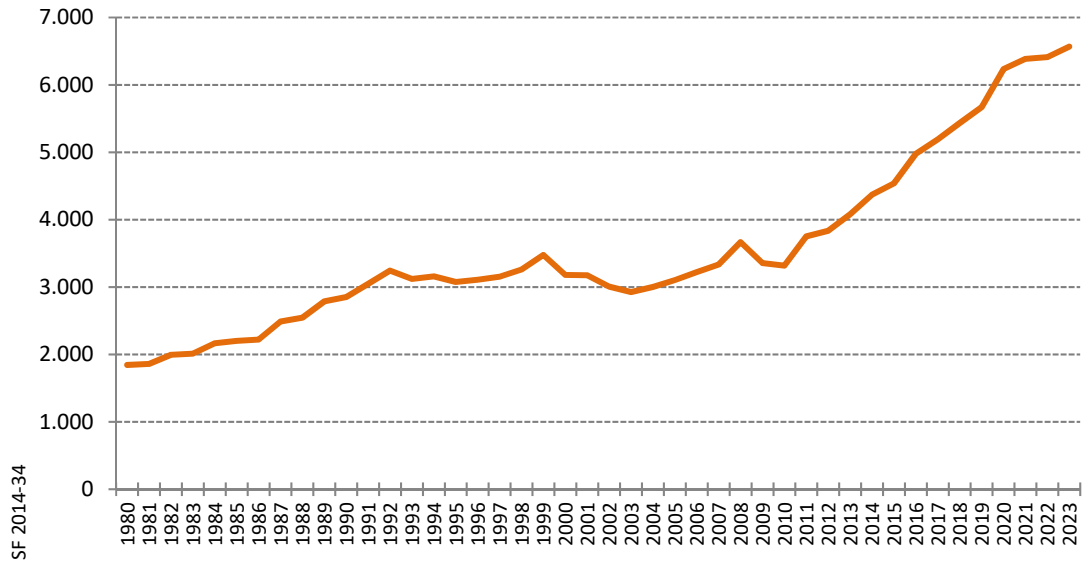
Entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung des Konsolidierungspfades bis 2019 sowie für die Einhaltung der Sanierungshilfenvereinbarung ab 2020 ist für die Freie Hansestadt Bremen neben den Eigenanstrengungen zur Ausgabenbegrenzung eine anhaltend stabile gute Entwicklung der Einnahmen, insbesondere der steuerabhängigen Einnahmen.

Schwächungen der Einnahmeentwicklung aufgrund von steuersenkenden Maßnahmen, nicht über die Konjunkturbereinigung erfassten konjunkturellen Effekten oder einer Entkopplung der bremischen Bevölkerungsentwicklung vom Bundesdurchschnitt würden dabei – in der Gesamtheit nicht in anderen Haushaltsbereichen zu kompensierende – Auswirkungen auf die Zielerreichung im mittelfristigen Finanzplanzeitraum bewirken.

Alle nachfolgenden Betrachtungen und Analysen gehen für den Planungszeitraum von den Prognosewerten vor der Coronakrise und somit auch vor der Rezession, die der Pandemie folgen wird, aus. Die Werte beruhen auf den Ergebnissen der letzten Steuerschätzung vom Herbst 2019.

Eine eigene Schätzung, inwieweit die bremischen Haushalte in den Jahren 2020 – 2023 von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie betroffen sein werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen. Somit berührt die Einnahmeseite dieser Finanzplanung lediglich das durch den Bund beschlossene Programm zur Bekämpfung der negativen Folgen der Coronakrise, das einnahme- wie ausgabeseitig mit 50 Mio. € für 2020 eingestellt wurde und sich letztendlich im Haushaltsvollzug nach den genehmigten Anmeldungen auf dieses Programm beziffern wird. Dabei können durchaus deutlich höhere Werte als die eingestellten 50 Mio. € saldenneutral den Haushalt durchlaufen.

Abb. 6: Einnahmen des Stadtstaates Bremen



Trotz einer leichten, nicht durch die aktuelle Krise hervorgerufenen Eintrübung der konjunkturell bedingten Zuwachsraten bei den Steuereinnahmen im Prognosezeitraum zeigt die Abbildung 6 deutlich, dass die Einnahmeentwicklung die jeweiligen finanzpolitischen Zielsetzungen – im Gegensatz zur letzten Sanierungsphase Mitte der neunziger Jahre – nunmehr seit 2011 anhaltend unterstützt. Insgesamt konnten die Einnahmen im Zeitraum 2010 – 2019 somit

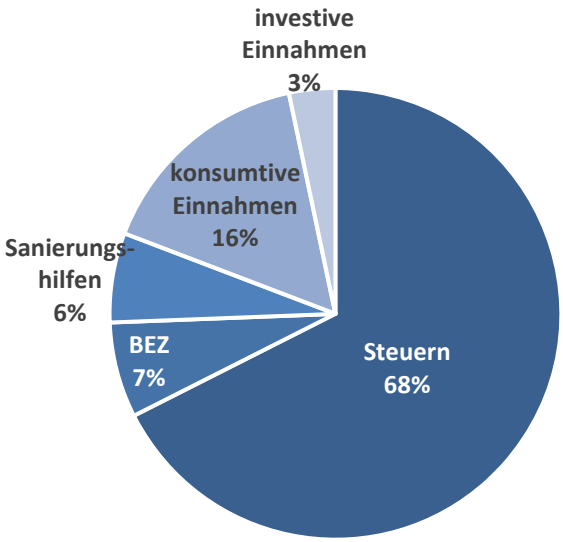
um über 2,3 Mrd. € gesteigert werden. Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Steigerungsrate von 6,1 %.

In den Planungsjahren bis 2023 wird (ohne die coronabedingten Mindereinnahmen, die noch nicht prognostiziert wurden) von weiteren Einnahmesteigerungen in Höhe von rd. 900 Mio. € ausgegangen. Damit wird – trotz der zusätzlichen Sanierungshilfen von 400 Mio. € p.a. – der jahresdurchschnittliche Zuwachs auf nunmehr 3,8 % zurückgeführt.

Diese prognostizierte Entwicklung beinhaltet somit im Vergleich zu den Vorjahren die Auswirkung einer leichten Konjunktureintrübung, ist jedoch noch positiver als die langjährige Zuwachsrate der Einnahmen der Ländergesamtheit sowie die für längerfristige Prognosen zugrundeliegende Normalentwicklung der steuerabhängigen Einnahmen, die sich aus einem nominalen BIP-Wachstum von ca. 1,5 % und einer Inflationsrate von ca. 1,5 % zusammensetzt, so dass die außergewöhnlich gute Einnahmeentwicklung der letzten Jahre im Planungszeitraum nunmehr von einer guten bzw. leicht überdurchschnittlichen Einnahmeentwicklung abgelöst wird.

Grob teilen sich die Einnahmen dabei wie folgt auf, wobei deutlich wird, dass die steuerabhängigen Einnahmen (Steuern und Bundesergänzungszuweisungen, bis 2019 inkl. Länderfinanzausgleich) mit einem Anteil von 74 % die Gesamteinnahmen dominieren, die Sanierungshilfen von 400 Mio. € p.a. stellen rd. 6 % der bremischen Gesamteinnahmen dar.

Abb. 7: Aufteilung der Einnahmen



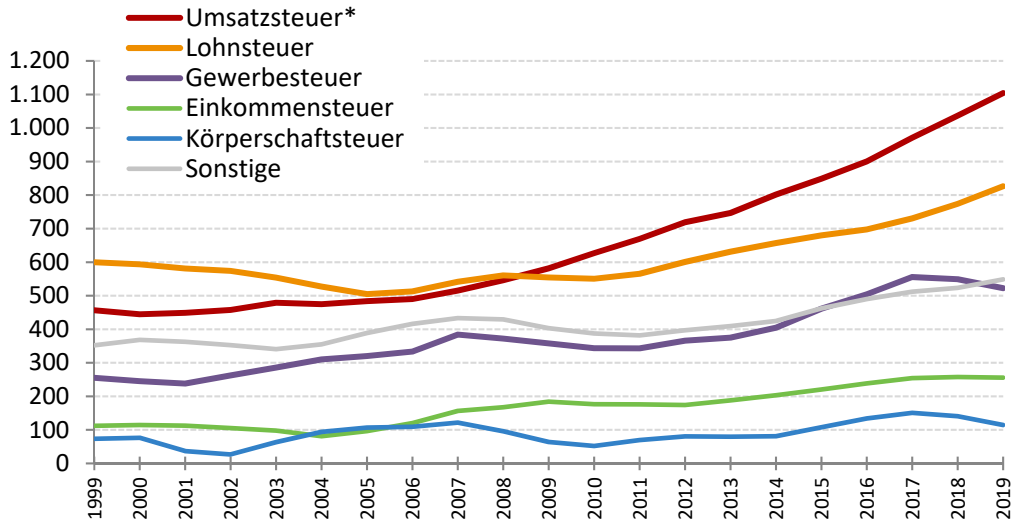
5.1.1 Steuerabhängige Einnahmen (Steuern, LFA, BEZ)

Wie im Kapitel 4.2 erläutert, bilden die bisherigen Einnahmen des Länderfinanzausgleichs ab 2020 einen Teil der Umsatzsteuer (Umsatzsteuerumverteilung), so dass die steuerabhängigen Einnahmen des Stadtstaates ab 2020 nur noch aus den originären Steuern und den Bundesergänzungszuweisungen bestehen.

Für die Städte Bremen und Bremerhaven gehören zudem die Schlüsselzuweisungen (Ausgaben des Landes) als Teil des kommunalen Finanzausgleichs zu den steuerabhängigen Einnahmen, die sich direkt aus den geschätzten bzw. realisierten Steuereinnahmen ergeben und ebenfalls aus den Ergebnissen der Steuerschätzungen ermittelt werden.

Nachfolgende Abbildung verdeutlicht dabei, dass die originären Steuereinnahme-Arten des Stadtstaates insbesondere in den letzten 10 Jahren eine deutlich unterschiedliche Wachstumsdynamik aufwiesen. Insbesondere die (konjunkturanfällige) Umsatzsteuer war in diesem Zeitraum Garant der deutlich überproportionalen Wachstumsraten der Steuereinnahmen. Auch die Lohnsteuer und – mit Ausnahme der letzten zwei Jahre – die Gewerbesteuer trugen maßgeblich zur sehr guten Steuerentwicklung bei.

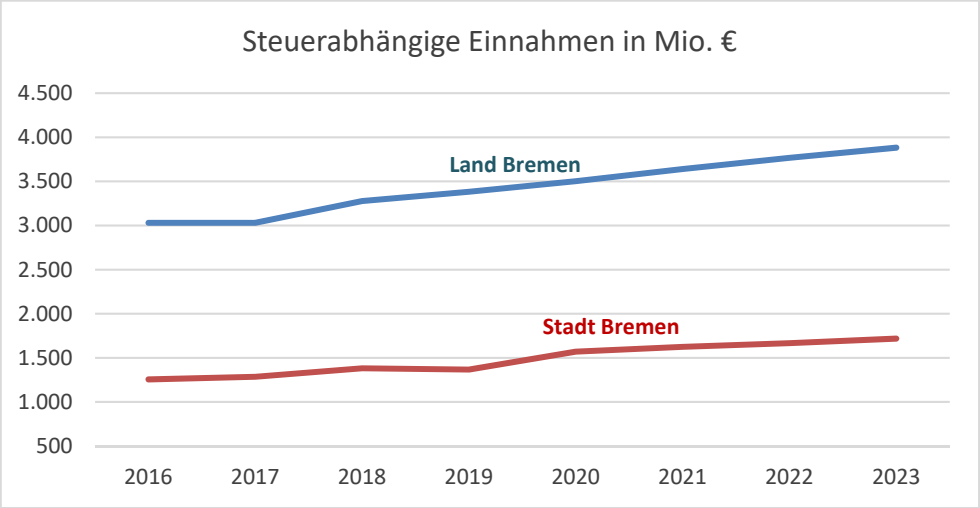
Abb. 8: Entwicklung der geglätteten Steuereinnahmen des Stadtstaates in Mio. €



1999-2018: Dreijahresdurchschnitt
* inkl. Einfuhrumsatzsteuer

Bei der Entwicklung im Berichtszeitraum wird deutlich, dass – basierend auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2019 – sowohl für das Land als auch für die Stadt Bremen von weiterhin kontinuierlich wachsenden steuerabhängigen Einnahmen ausgegangen wird. Zu beachten ist dabei, dass Deutschland aktuell aufgrund der massiven Eingriffe in das Wirtschaftsleben vor einer Rezession steht. Die Steuerschätzung vom 12. – 14. Mai wird daher sämtliche Einnahmeprognosen dieser Finanzplanung deutlich nach unten korrigieren.

Abb. 9: Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen



Stadtstaat Bremen	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	4.034	4.066	4.369	4.453	4.638	4.811	4.961	5.112
		+1 %	+7 %	+2 %	+4 %	+4 %	+3 %	+3 %

Wie schon dargestellt, führt die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu einer weiteren Stärkung der Umsatzsteuer, die sich in den letzten Jahren zu der für den Landeshaushalt wichtigsten Einnahmequelle entwickelt hat, während die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich im engeren Sinne letztmalig 2019 verbucht wurden.

Ab 2020 erreichen die Einnahmen aus der Umsatzsteuer somit fast exakt einen Anteil von 50 % der steuerabhängigen Einnahmen und rd. einem Drittel aller Einnahmen des Landes Bremen. Zweitwichtigste Einnahmequelle des Landes ist die Lohn- und Einkommensteuer, die wie die Umsatzsteuer Hauptträger der sehr guten Einnahmeentwicklung der letzten Jahre war.

Tab. 7: Steuerabhängige Einnahmen / Land Bremen in Mio. €

	IST				Entwurf		Plan	
	2016	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
(Einfuhr-)Umsatzsteuer	853	861	1.000	1.014	1.817	1.890	1.941	1.981
Lohn- und Einkommensteuer	696	717	770	800	840	882	929	980
sonstige Steuern	496	516	483	487	419	429	441	449
Länderfinanzausgleich	709	644	720	773	0	0	0	0
Bundesergänzungszuweisungen	277	292	304	309	426	440	456	472
Land Bremen	**3.030**	**3.031**	**3.277**	**3.382**	**3.503**	**3.641**	**3.768**	**3.882**
		+0 %	+8 %	+3 %	+4 %	+4 %	+3 %	+3 %

Für die Finanzierung von Gemeindeaufgaben sind andere Einnahmen als die Umsatzsteuer von besonderer Bedeutung. Wichtigste Einnahmequelle für die Stadt Bremen sind die unterschiedlichen Zuweisungen vom Land (inklusive der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs) noch vor den originären Steuereinnahmen, bei denen die Gewerbesteuer mit Abstand die höchsten Einnahmen verzeichnet.

Tab. 8: Steuerabhängige Einnahmen / Stadt Bremen in Mio. €

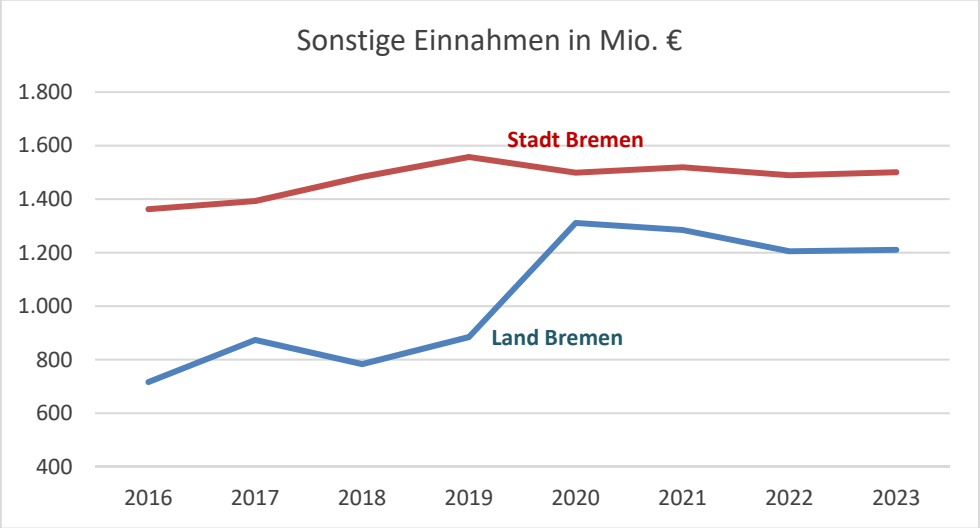
	IST				Entwurf		Plan	
	2016	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Gewerbesteuer	428	438	465	418	448	462	475	487
Lohn- und Einkommensteuer	214	220	235	244	257	270	285	300
Grundsteuer B	167	166	172	173	176	177	179	181
sonstige Steuern	71	82	96	100	109	112	103	105
Schlüsselzuweisungen	375	380	415	433	581	604	626	645
Stadt Bremen	**1.256**	**1.286**	**1.382**	**1.368**	**1.572**	**1.626**	**1.667**	**1.719**
		+2 %	+8 %	-1 %	+15 %	+3 %	+3 %	+3 %

5.1.2 Sonstige Einnahmen

Zu den konsumtiven Einnahmen zählen neben den selbstverantworteten Einnahmen aus Verwaltung, Betrieb und Finanzen (Gebühren, sonstige Entgelte, Konzessionsabgabe, Gewinne aus Beteiligungen etc.) und den Geldstrafen/Geldbußen vor allem Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund (für Sozialleistungen, Wohngeld, BAföG, Kfz-Steuer-Kompensation etc.), von der EU und von Sonstigen (insbesondere Agentur für Arbeit).

Aufgrund ihrer vielfältigen Abhängigkeiten von konkreten Förderungen bzw. Mitfinanzierungen Dritter einerseits und von konjunkturellen und/oder regionalen Rahmenbedingungen andererseits unterliegt das Niveau der sonstigen konsumtiven Einnahmen zwangsläufig in der jährlichen Entwicklung Schwankungen. Zudem verzerren Sonderabführungen von Sondervermögen z. B. zur Unterstützung der letzten Jahre des Konsolidierungszeitraumes, die so nicht fortgeschrieben werden können, die Entwicklung der sonstigen Einnahmen.

Abb. 10: Entwicklung der sonstigen Einnahmen



Stadtstaat Bremen	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	943	1.125	1.064	1.215	1.547	1.574	1.450	1.455
		+19 %	-5 %	+14 %	+27 %	+2 %	-8 %	+0 %

Über einen längerfristigen Zeitraum ohne Sonder- und Einzeleffekte haben sich die nicht-steuerabhängigen Einnahmen in Summe nur sehr moderat entwickelt (+ 0,4 % p.a. seit 1980). Ähnlich wie bei den Steuereinnahmen lag der Zuwachs seit Beginn des Konsolidierungszeitraumes mit einem Zuwachs von

6 % p.a. jedoch sehr viel höher als bisher üblich. Bis auf Einzel- und Sonderfälle wie die erstmalige Gewährung der Sanierungshilfen im Jahr 2020 wird im Planungszeitraum nun wieder eher von einer Konstanz der sonstigen konsumtiven und investiven Einnahmen im Stadtstaat ausgegangen.

Insgesamt werden die Einnahmen von Dritten dabei von den Zuweisungen und Zuschüssen vom Bund geprägt, die 2020 ohne Berücksichtigung der Sanierungshilfen einen Anteil von 56 % aller nicht-steuerabhängigen Einnahmen des Landes aufweisen. Unter Berücksichtigung der Sanierungshilfen erhöht sich dieser Anteil sogar auf 70 %.

Tab. 9: Sonstige Einnahmen / Land Bremen in Mio. €

	IST				Entwurf		Plan	
	2016	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Sanierungshilfen	0	0	0	0	400	400	400	400
sonstige Einnahmen vom Bund	423	468	448	495	512	519	521	533
Gebühren, Entgelte	43	93	46	48	35	35	34	34
Geldbußen etc., Gerichtsgebühren	48	46	42	44	51	51	51	51
von Sonderverm. und Versorgungsrückl.	10	4	16	16	84	84	9	9
Zinseinnahmen	11	16	13	60	7	6	6	6
Einnahmen von der EU	6	35	42	23	30	32	31	22
von den bremischen Städten	121	107	115	116	149	117	116	116
übrige Einnahmen	55	105	63	84	42	40	39	40
Land Bremen	**716**	**874**	**783**	**885**	**1.311**	**1.285**	**1.205**	**1.211**
		+22 %	-10 %	+13 %	+48 %	-2 %	-6 %	+0 %

Nächsthöchste Einnahmeposition des Landes sind die Erstattungen der Stadt Bremen für vom Land wahrgenommene Kommunalaufgaben. Diese beinhalten für 2020 auch eine Nachzahlung für die Jahre 2017 – 2019 in Höhe von 37 Mio. €, so dass der Rückgang der nicht-steuerabhängigen Einnahmen 2021 gegenüber 2020 insbesondere dadurch begründet ist.

Der weitere Rückgang der nicht-steuerabhängigen Einnahmen 2022 ist hingegen über Sonderzuweisungen die nur in den beiden Haushaltsaufstellungsjahren eingeplant sind, begründet. Einerseits handelt es dabei um Mittel aus dem 2021 aufzulösenden Sondervermögen Versorgung sowie aus der Anstalt für Versorgungsvorsorge (vgl. auch Kapitel 5.2.1; Entwicklung der Versorgungsausgaben), andererseits um 52 Mio. € vom Sondervermögen Fischereihafen, die aufgrund des Verzichts auf die Realisierung des OTB in dieser Legislaturperiode nun in den Kernhaushalt zurückgeführt werden, um für andere Hafenprojekte (Columbuskaje, Ersatzneubau Kaje 66 sowie Nordmole Geestemündung) zur Verfügung zu stehen.

Die konsumtiven und investiven Einnahmen der Kommunen sind hingegen überwiegend von Zuweisungen des Landes geprägt und tragen zusammen dementsprechend nur zu ca. 25 % zu den konsolidierten nichtsteuerabhängigen Einnahmen des Stadtstaates bei. Hierzu gehören insbesondere die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (u. a. Konzessionsabgaben, Gewinne aus Beteiligungen z. B. an Hafenbetrieben) sowie Verwaltungseinnahmen wie Gebühren oder Geldbußen.

Tab. 10: Sonstige Einnahmen / Stadt Bremen in Mio. €

	IST				Entwurf		Plan	
	2016	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
vom Land Bremen (ohne Schlüsselzuw.)	1.079	1.099	1.155	1.182	1.172	1.176	1.186	1.196
Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit	55	68	72	85	66	66	66	66
von Sonderverm. und Versorgungsrückl.	21	0	44	62	70	86	52	54
Gebühren, Entgelte	58	59	70	80	77	77	77	77
Geldbußen etc., Gerichtsgebühren	6	7	6	6	5	5	5	5
Zinseinnahmen	38	45	50	50	34	34	33	30
Erstattung Personalkosten durch Jobcente	21	25	25	27	23	23	24	24
übrige Einnahmen	84	90	63	66	52	52	47	48
Stadt Bremen	**1.363**	**1.393**	**1.484**	**1.558**	**1.499**	**1.519**	**1.489**	**1.501**
		+2 %	+7 %	+5 %	-4 %	+1 %	-2 %	+1 %

Auffälligkeiten bei der Entwicklung der konsumtiven und investiven Einnahmen der Stadt Bremen bestehen im Finanzplanzeitraum insbesondere dahingehend, dass die geplanten Zinseinnahmen sowie die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit von 2019 auf 2020 zurückgehen. Insbesondere bei den Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit ist zudem davon auszugehen, dass aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen die geplanten Werte nicht annähernd realisiert werden können.

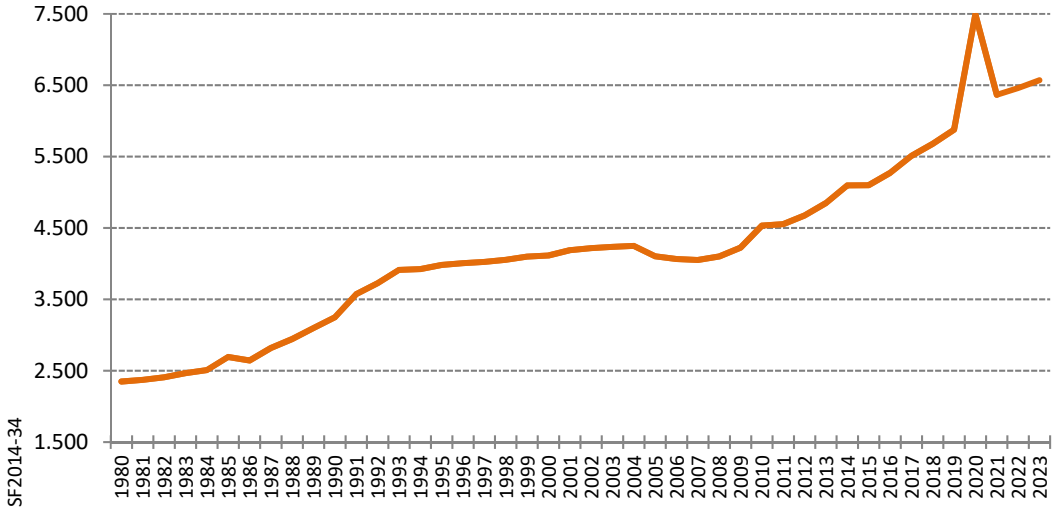
Zudem gibt es – analog zum Haushalt des Landes – für die Jahre 2020 und 2021 Sonderabführungen aus dem Sondervermögen Versorgung und der Anstalt für Versorgungsvorsorge sowie Mittel vom SV Hafen aus der OTB-Rücklage, die jeweils ab 2022 nicht fortgeschrieben werden (können).

5.2 Ausgaben

Bei der Interpretation der bremischen Ausgabenzuwachsraten sind die Sanierungsanstrengungen der letzten Sanierungsphase ab 1994 zu beachten. So hat es der Stadtstaat im Zeitraum 1993 – 2007 und somit 15 Jahre lang geschafft, die jahresdurchschnittliche Steigerung der Ausgaben mit + 0,3 % weit unterhalb der Inflationsrate oder der Ausgabensteigerung der Länder- und Gemeindegesamtheit zu begrenzen.

Trotz der weiteren Sanierungsanstrengungen, die im Kapitel 4.1 dokumentiert sind, konnte eine solch rigide Sparpolitik im Konsolidierungszeitraum 2010 - 2019, in dem der prozentuale Zuwachs der Ausgaben jedoch auf unter der Hälfte des Zuwachses der Einnahmen gehalten wurde, in diesem Ausmaß nicht weiter fortgeführt werden.

Abb. 11: Entwicklung der Ausgaben des Stadtstaates Bremen in Mio.€

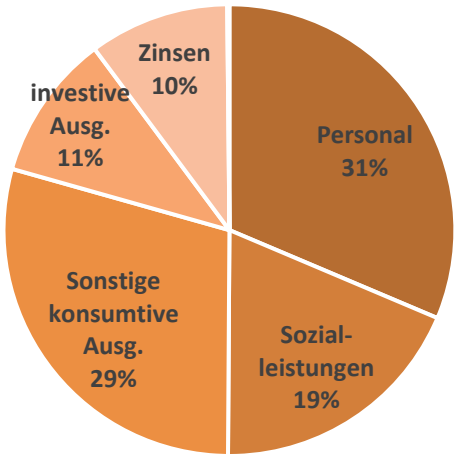


Im mittelfristigen Finanzplanzeitraum wächst das Ausgabenniveau nunmehr um moderate 2,8 % p.a. und somit weiterhin geringer als die Prognosen für die Länder- und Gemeindegesamtheit ausweisen (+ 3,1 % p.a.) an. Insbesondere die Investitionsausgaben sind dabei aufgrund des Einstiegs in die Auflösung des Sanierungsstaus sowie aufgrund des dringend benötigten Ausbaus der Schul- und Kindertageseinrichtungskapazitäten ausgabentreibend. Gegenläufig entwickeln sich die Zinsausgaben, die insbesondere aufgrund niedriger rechnerischer Zinssätze auf das Gesamtschuldenportfolio im Finanzplanungszeitraum um 12 % zurückgehen.

Wie die nachfolgende Abbildung dokumentiert, bleiben die Personalausgaben im Kernbereich der größte Ausgabenblock. Knapp dahinter liegen die konsumtiven Ausgaben, die zwar formal von den Personalkosten klar abgegrenzt sind, inhaltlich aufgrund der vielen Personalkostenzuschüsse an ausgegliederte Einheiten wie die Universität und die Hochschulen jedoch hohe Überschneidungen zu diesen aufweisen.

Die Transferleistungen im Sozialbereich verzeichnen als drittgrößter Ausgabenblock inzwischen mit einem Anteil von 19 % an den Gesamtausgaben ein fast doppelt so hohes Niveau wie die Investitionen (10 %).

Abb. 12: Aufteilung der Ausgaben (ohne Globalmittel gegen Corona)



5.2.1 Personalausgaben

Korrespondierend mit dem Abschluss des in 2010 begonnen Konsolidierungspfades zur Einhaltung der Schuldenbremse, sind ab dem Jahr 2020 keine weiteren mengenbasierten Personaleinsparungen in der Kernverwaltung geplant. Damit endet das in 1993 begonnene Programm „Personalentwicklungsplanung (PEP)“, das in den letzten 27 Jahren durch verschiedene pauschale und sektorale Personalbemessungsvorgaben zur Begrenzung der steigenden Personalausgaben beigetragen hat. Die wesentlichen Ausgabetreiber der letzten 10 Jahre im Personalbereich waren Tarif- und Besoldungssteigerungen (insbesondere zwischen 2015 – 2020) sowie steigende Versorgungsausgaben (inkl. Versorgungsbeihilfe).

Die vollständige Beendigung des Programms „PEP“ ab 2020 war bereits in der Finanzplanung 2017 – 2021 vorgesehen. In den Jahren 2018 und 2019 betrug die jährliche Einsparquote noch 30 VZE pro Jahr. Steigende Personalbedarfe im Zuge der ab 2014 deutlich verstärkten Flüchtlingszuwanderung sowie erhöhte Anforderungen in den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit und Bürgerservice hatten deutlich gemacht, dass viele Personalbereiche von weiteren Kürzungen ausgenommen bzw. aufgestockt werden mussten. Bis auf Personal zur Bewältigung der Folgen der verstärkten Flüchtlingszuwanderung (für das bis 2021 ein Abbaupfad gilt) werden diese Bereiche auch in der Finanzplanung 2020 – 2023 weiter gestärkt.

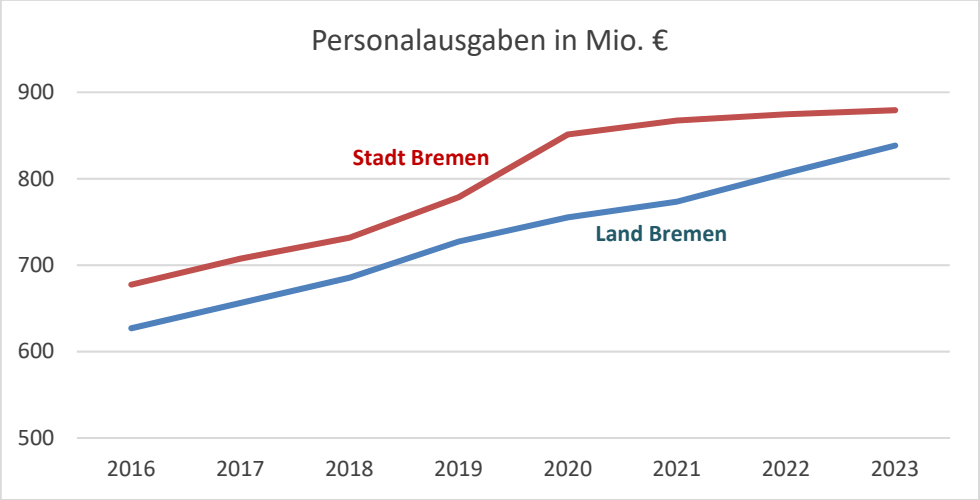
Hinzu kommen neue Aufgabenfelder und Schwerpunkte wie zum Beispiel Klimaschutz, Umsetzung des Bundes- und Teilhabegesetzes und der Datenschutzgrundverordnung sowie eine Reihe von Personalaufstockungen zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Hierzu gehört auch eine Stärkung der Ausbildungskapazitäten. Über die langfristigen personalwirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden. Die gemeinsamen Fortschreibungsparameter für den Landes- und Stadthaushalt sehen dabei wie folgt aus:

- Es gibt keine quotalen Einsparvorgaben mehr.

- Die beschlossenen Tarif- und Besoldungserhöhungen 2017 bis 2021 betrugen kumulativ 12,1 %. Die kumulative jährliche Vorsorge betrug 7,5%. Die Differenz wurde eckwerterhöhend berücksichtigt.
- Die Tarif- und Besoldungsabschlüsse der letzten Jahre lagen zum Teil deutlich über der Vorsorge von 1,5% pro Jahr, so dass diese ab September 2021 um 1% auf 2,5% für neue Tarifrunden erhöht wurde.
- Änderungen im Tarif-, Besoldungs- und Beihilferecht, z. B. die geänderten gesetzlichen Reglungen zur paritätischen Krankenversicherungen (Arbeitgeber beteiligt sich wieder zu gleichen Teilen), Wegfall des 3-jährigen Weihnachtsgeldverzichts bei neu eingestellten Beamten und diverser Zulagenänderungen sowie ebenfalls für Beamte die Wahlmöglichkeit eines pauschalen Zuschusses zur gesetzlichen Krankenversicherung anstatt einer privaten Krankenversicherung mit Beihilfebeteiligung.

Dies führt zu folgender Entwicklung der Personalausgaben im Land bzw. in der Stadt Bremen sowie im Stadtstaat (Tabelle):

Abb. 13: Entwicklung der Personalausgaben



Stadtstaat Bremen	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	1.589	1.657	1.726	1.830	1.959	2.004	2.049	2.089
		+4 %	+4 %	+6 %	+7 %	+2 %	+2 %	+2 %

Land Bremen:

Gegenüber der Finanzplanung 2017 bis 2021 hat sich der Personaleckwert des Landes im Eckwert- und Haushaltsaufstellungsverfahren 2020/2021 zudem wie folgt entwickelt:

- Die Mittel für Ausbildung wurden mit den Eckwerten um 4 Mio. € und dauerhaft um 6 Mio. € erhöht. Mit den Beschlüssen des Senats vom 18.02.2020 wurde zusätzlich die Polizeiausbildung (sog. Kapazitätskonzept) erhöht.
- Mehrbedarfe im Lehrerbereich, wie z.B. die Zuweisungsrichtlinien 2017 – 2019, Besoldungserhöhungen und die Besoldungsanpassung der Grundschullehrer auf A13 wurden im Rahmen der Eckwertaufstellung zunächst im Land geplant, da das Land die Ausgaben an die Städte

Bremen und Bremerhaven erstattet. Im Zuge der konkreten Veranschlagung der Mehrbedarfe in der Stadt Bremen wurden die Mittel aus dem Personaleckwert des Landes über einen Personalkostenzuschuss an die Stadt verlagert.

- Berücksichtigung der Senatsbeschlüsse vom 18.02.2020 zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung, Ressortneugliederung, Einstellungen in der Haushaltslosen Zeit sowie gesondert vom Senat bereitgestellte Beträge. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Innere Sicherheit mit zusätzlichen Personalausgaben bei der Polizei in Höhe von 4,6 Mio. €, Justiz in Höhe von rd. 5,5 Mio. €, den Gesundheitsbereich mit rd. 2 Mio. €, die Senatskanzlei mit rd. 1,5 Mio. € sowie zentrale Personalmittel für zukunftsorientierte Personalausgaben in Höhe von 2 Mio. €.

Zur Gegenfinanzierung von Versorgungsausgaben wurden die Entnahmen aus dem Sondervermögen Versorgungsrücklage gegenüber 2019 für 2020 und 2021 um jeweils 17 Mio. € erhöht. Insofern trägt das Sondervermögen anteilig zur Gegenfinanzierung des gestiegenen Personaleckwertes bei. Das Sondervermögen ist Ende 2021 aufgelöst. Danach werden die refinanzierten Versorgungsanteile wieder aus dem Haushalt getragen.

Erstmalig ab 2020 wird der Kapitalstock der Anstalt für Versorgungsvorsorge in Höhe von rd. 8,5 Mio. € pro Jahr an den Landeshaushalt für Versorgungs- und Personalausgaben zurückgeführt. Dieser wird im Gegensatz zu den Mitteln aus dem Sondervermögen Versorgungsrücklage haushaltstechnisch nicht zweckgebunden an spezifische Versorgungsausgaben geknüpft. Stattdessen stehen die Mittel zur Finanzierung von Versorgungs- und Personalausgaben dem Gesamthaushalt zur Verfügung.

In der Versorgung waren die höchsten Steigerungsraten in den Jahren zwischen 2010 und 2019 zu verzeichnen. Entsprechend der Prognosen der letzten Jahre sollte die mengenmäßige Entwicklung der Versorgungszahlen ihren Höhepunkt im Finanzplanzeitraum erreicht haben bzw. leicht absinkend sein. Allerdings führen die Versorgungsabschlüsse 2019 – 2021 sowie steigende Versorgungsbeihilfen weiter zu leichten Steigerungen der Versorgungsausgaben.

Die konkrete Entwicklung der Personalausgaben nach Bezügen/Entgelten, Versorgungs- und Beihilfe- sowie sonstigen Ausgaben stellt sich wie folgt dar:

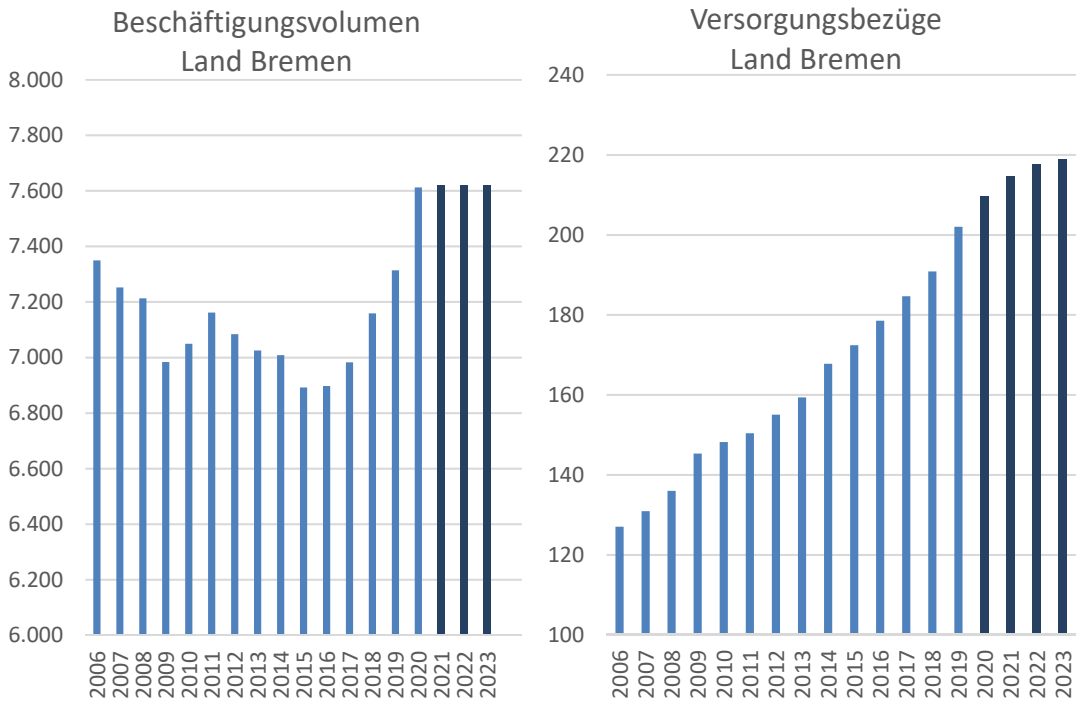
Tab. 11: Personalausgaben / Land Bremen in Mio. €

	IST				Entwurf		Plan	
	2016	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Dienstbezüge	406	427	449	477	482	486	478	473
Versorgungsbezüge	179	185	191	202	210	215	218	219
- davon refinanziert aus Versorgungsrücklage	*1*	*1*	*7*	*7*	*24*	*24*	*0*	*0*
Beihilfen, Unterstützungen	31	33	34	36	37	38	39	40
übrige Ausgaben	12	12	12	12	27	35	72	107
Land Bremen	**627**	**656**	**685**	**727**	**755**	**773**	**807**	**838**
		+5 %	+4 %	+6 %	+4 %	+2 %	+4 %	+4 %

Die Erhöhung der Personaleckwerte führt zu nachfolgend dargestellter Entwicklung des Beschäftigungsvolumens mit steigender Soll-Beschäftigung ab 2020. Dabei ist das in den letzten Jahren eingestellte Personal, das über die

Handlungsfelder „Bürgerservice“, „Digitalisierung“ und „Sichere und Saubere Stadt“ finanziert wird, berücksichtigt. Die Mittel der Handlungsfelder werden im konsumtiven Haushalt fortgeschrieben und werden im Vollzug nachbewilligt.

Abb. 14: Beschäftigungsvolumen* und Versorgungsbezüge / Land Bremen**



** (umgerechnet) Vollzeitkräfte (einschließlich temporäre Mittel und Flüchtlingsmittel; ohne Refinanzierte, Ausbildung und Flexibilisierungsmittel); bis 2019: IST-Werte, ab 2020 Planwerte inkl. erwarteter VZE für Handlungsfelder Digitalisierung, Bürgerservice und Sicher/Saubere Stadt sowie dem Abbaupfad Flüchtlinge*
*** Steigerung der Versorgungsbezüge aufgrund Versorgungsanpassungen bis 2021 eingerechnet (Obergruppe 43)*

Stadt Bremen:

Gegenüber der Finanzplanung 2017 bis 2021 hat sich der Personaleckwert der Stadt im Eckwert- und Haushaltsaufstellungsverfahren 2020/2021 wie folgt entwickelt:

- Die Mittel für Ausbildung wurden mit den Eckwerten um rd. eine Million Euro erhöht.
- Die Musikschule wurde in die Kernverwaltung integriert. Die Ausweitung des Personaleckwertes erfolgte weitgehend kostenneutral, da der vorherige konsumtive Personalkostenzuschuss abgesenkt wurde.
- Verlagerung von im Land geplanten Mehrbedarfen für den Lehrerbereich in die Stadt. Mit der konkreten Veranschlagung in der Stadt wurden die Mittel vom Land über einen Personalkostenzuschuss an die Stadt verlagert.
- Berücksichtigung der Senatsbeschlüsse vom 18.02.2020 zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung, Ressortneugliederung, Einstellungen in der Haushaltslosen Zeit sowie der gesondert vom Senat bereitgestellten Beträge. Hervorzuheben sind die Bereiche Bildung mit

zusätzlichen Personalausgaben in Höhe von rd. 7 Mio. € und ab 2021 rd. 13 Mio. € z. B. für die neue Zuweisungsrichtlinie 2020 und Digitalisierungsmaßnahmen, die Bereiche Soziales und Gesundheit zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes mit jeweils 5,6 Mio. € und 0,6 Mio. €, die Versorgungsausgaben mit einer Erhöhung um 6 Mio. € sowie zentrale Personalmittel für zukunftsorientierte Personalausgaben in Höhe von 3 Mio. €.

Zur Gegenfinanzierung von Versorgungsausgaben wurden die Entnahmen aus dem Sondervermögen Versorgungsrücklage gegenüber 2019 für 2020 und 2021 um jeweils 6 Mio. € erhöht. Insofern trägt das Sondervermögen anteilig zur Gegenfinanzierung des gestiegenen Personaleckwertes bei. Das Sondervermögen ist Ende 2021 aufgelöst. Danach werden die refinanzierten Versorgungsanteile wieder aus dem Haushalt getragen.

Erstmalig ab 2020 wird der Kapitalstock der Anstalt für Versorgungsvorsorge in Höhe von rd. 26,7 bis 30 Mio. € pro Jahr an den Stadthaushalt für Versorgungs- und Personalausgaben zurückgeführt. Dieser wird im Gegensatz zu den Mitteln aus dem Sondervermögen Versorgungsrücklage haushaltstechnisch nicht zweckgebunden an spezifische Versorgungsausgaben geknüpft. Stattdessen stehen die Mittel zur Finanzierung von Versorgungs- und Personalausgaben dem Gesamthaushalt zur Verfügung und ermöglichen damit z. B. die Finanzierung von konsumtiven Personalkostenzuschüssen für die Versorgungsausgaben der Gesundheit Nord.

In der Versorgung waren die höchsten Steigerungsraten in den Jahren zwischen 2010 und 2019 zu verzeichnen. Entsprechend der Prognosen der letzten Jahre sollte die mengenmäßige Entwicklung der Versorgungszahlen ihren Höhepunkt im Finanzplanzeitraum erreicht haben bzw. leicht absinkend sein. Im Gegensatz zum Land wird trotz der Versorgungsabschlüsse 2019 – 2021 auch ein leichtes Absinken der Versorgungsbezüge im Finanzplanungszeitraum erwartet.

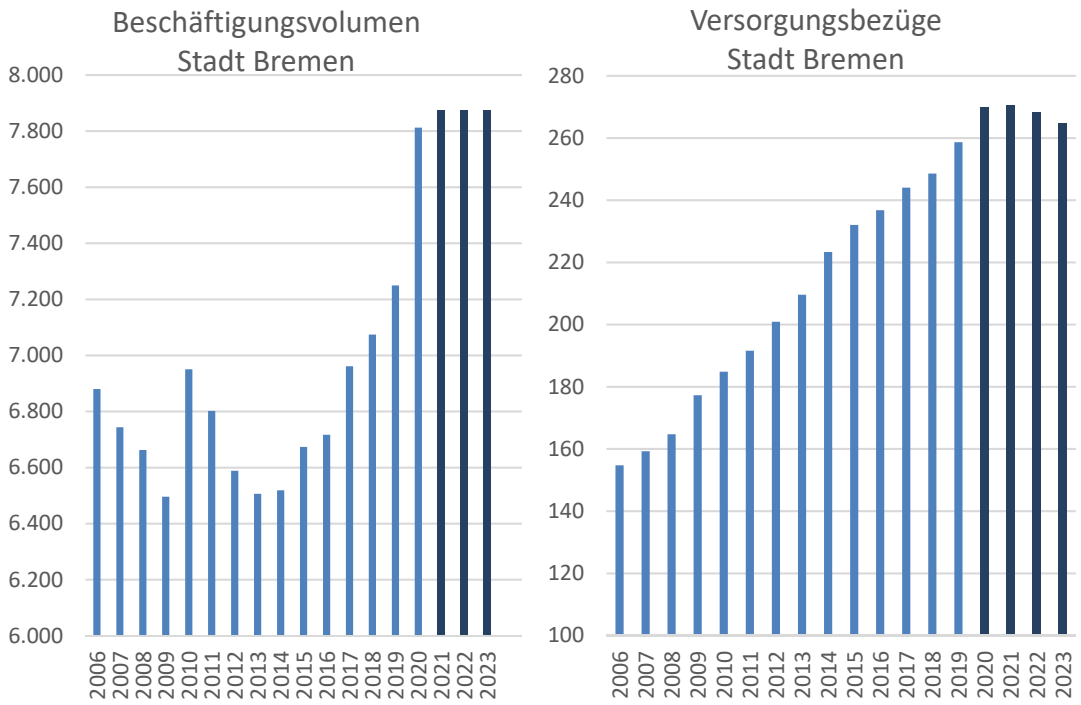
Die konkrete Entwicklung der Personalausgaben nach Bezügen/Entgelten, Versorgungs- und Beihilfe- sowie sonstigen Ausgaben stellt sich wie folgt dar:

Tab. 12: Personalausgaben / Stadt Bremen in Mio. €

	IST				Entwurf		Plan	
	2016	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Dienstbezüge	406	428	448	481	531	547	548	548
Versorgungsbezüge	237	244	249	259	270	271	268	265
- davon refinanziert aus Versorgungsrücklage	*1*	*1*	*4*	*4*	*10*	*10*	*0*	*0*
Beihilfen, Unterstützungen	34	35	35	39	38	40	41	42
übrige Ausgaben	1	1	1	0	12	10	17	24
Stadt Bremen	**677**	**707**	**732**	**779**	**851**	**867**	**875**	**879**
		+4 %	+3 %	+6 %	+9 %	+2 %	+1 %	+1 %

Die Erhöhung der Personaleckwerte führt zu nachfolgend dargestellter Entwicklung des Beschäftigungsvolumens mit sprunghaft steigender Soll-Beschäftigung ab 2020. Dabei ist das in den letzten Jahren eingestellte Personal, das über die Handlungsfelder „Bürgerservice“, „Digitalisierung“ und „Sichere und Saubere Stadt“ finanziert wird, berücksichtigt. Die Mittel der Handlungsfelder werden im konsumtiven Haushalt fortgeschrieben und sollen im Vollzug nachbewilligt werden.

Abb. 15: Beschäftigungsvolumen* und Versorgungsbezüge / Stadt Bremen**



** (umgerechnet) Vollzeitkräfte (einschließlich temporäre Mittel und Flüchtlingsmittel; ohne Refinanzierte, Ausbildung und Flexibilisierungsmittel); bis 2019: IST-Werte, ab 2020 Planwerte inkl. erwarteter VZE für Handlungsfelder Digitalisierung, Bürgerservice und Sicher/Saubere Stadt sowie dem Abbaupfad Flüchtlinge*
*** Steigerung der Versorgungsbezüge aufgrund Versorgungsanpassungen bis 2021 eingerechnet (Obergruppe 43)*

5.2.2 Konsumtive Ausgaben inkl. Sozialleistungen

Die konsumtiven Ausgaben inklusive der Sozialleistungen und Personalkostenzuschüsse an ausgegliederte Einheiten bilden (ohne die Corona-Globalmittel) ca. die Hälfte der zu planenden Ausgaben des Stadtstaates. Mit den Beschlüssen des Senats vom 1. Oktober 2019 sollten dabei die Sozialleistungen in den Finanzplanungsjahren grundsätzlich mit 1,7 %, die Personalkostenzuschüsse und die sonstigen konsumtiven Ausgaben mit + 2,5 % fortgeschrieben werden.

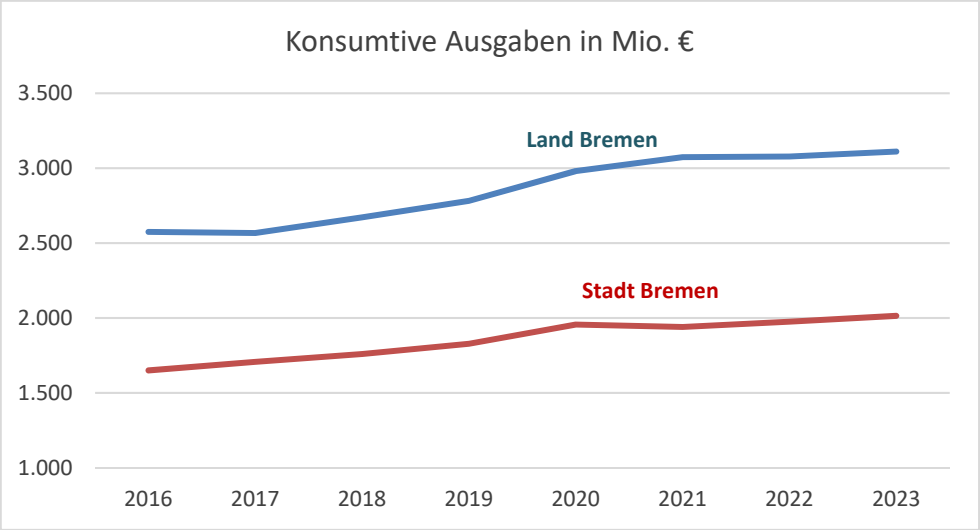
Aufgrund vieler unterschiedlicher Einzelfortschreibungen, Sonderentwicklungen und Effekte, die sich außerhalb der konkreten Steuerung Bremens vollziehen (wie die Entwicklung der Ausgaben für Flüchtlinge oder Tarifeffekte, die sich über Personalkostenzuschüsse auswirken), weisen die faktischen Zuwachsraten immer eine etwas andere Höhe als die grundsätzlich beschlossenen Zuwachsraten auf, wobei im Vollzug der Haushalte auch noch die Ausgaben für die Handlungsfelder auf die Ausgabenaggregate aufgeteilt werden müssen.

So wurden die nun den konsumtiven Ausgaben zugeordneten Schwerpunktmittel beschlusskonform überrollt und nicht erhöhend fortgeschrieben. Zudem gab es etliche Verlagerungen insbesondere zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben sowie durch Mehreinnahmen gedeckte konsumtive Ausgabenerhöhungen 2020/21, die 2022/23 aufgrund fehlender Deckung wieder zurückgeführt wurden.

Im Ergebnis führte dies dazu, dass nur die Sozialleistungen tatsächlich mit einer Fortschreibung von + 1,7 % p.a. in die Finanzplanung eingehen. Die übrigen konsumtiven Ausgaben steigen hingegen in den beiden Planungsjahren 2022/23 – gegenüber den erhöhten Werten 2020/21 – nur marginal.

Aufgrund der hohen Zuwachsrate 2020 beläuft sich die durchschnittliche Zuwachsrate der konsumtiven Ausgaben im gesamten Planungszeitraum (also gegenüber 2019) bei 2,8 % p.a. (ca. 12 % insgesamt) und somit trotz der abflachenden Zuwachsraten in den Endjahren der Finanzplanung deutlich über der aktuellen Inflationsrate, die insbesondere für die konsumtiven Ausgaben als Richtwert eine hohe Aussagekraft aufweist.

Abb. 16: Entwicklung der konsumtiven Ausgaben inkl. der Sozialleistungen



Stadtstaat Bremen	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	2.628	2.654	2.699	2.818	3.000	3.054	3.067	3.102
		+1 %	+2 %	+4 %	+6 %	+2 %	+0 %	+1 %

Der Haushalt des Landes wird dabei von den Zahlungen an die beiden Städte geprägt, die einen Anteil von ca. 70 % aller konsumtiven Ausgaben des Landes verzeichnen und aufgrund des neuen kommunalen Finanzausgleichs alleine im Jahr 2020 um weitere 7,3 % ansteigen.

Weitere Schwerpunkte des Landeshaushaltes, die mit überproportionalen Steigerungsraten hinterlegt wurden, sind die Zuweisungen an die Universität und den Hochschulen sowie die sächlichen Verwaltungsausgaben inklusive der laufenden Ausgaben für IT und Digitales, die in den vier Planungsjahren jeweils um ca. 20 % ansteigen.

U. a. aufgrund dieser Ausgabenzuwächse, die in dieser Höhe innerhalb der Vorgaben der Schuldenbremse und der Sanierungshilfenvereinbarung nicht anderweitig dargestellt werden konnten, weisen die Finanzplanwerte 2022/23 für die konsumtiven Ausgaben jedoch auch globale produkt-planbezogene Minderausgabe im Haushalt auf.

Tab. 13: Konsumtive Ausgaben / Land Bremen in Mio. €

	IST				Entwurf		Plan	
	2016	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Ausgaben an die Städte	1.803	1.825	1.924	1.982	2.127	2.182	2.213	2.253
Zuw. An Uni, Hochschulen etc.	278	290	290	297	313	330	339	356
Mieten,Sächl. Verwaltungsausgaben, IT	189	184	190	210	232	243	252	252
Sozialleistungen an Dritte	90	42	36	36	39	39	39	40
Zuw. an öffentliche Unternehmen, Sonderv.	44	37	38	36	32	32	39	40
Zuw. an Privatschulen	26	26	26	26	29	29	30	30
Zuw. an soziale Einrichtungen, Fraktionen	23	24	26	31	33	33	31	32
gl. konsumtive Minderausgaben					-1	-1	-56	-82
übrige Ausgaben	123	140	141	163	177	186	192	190
Land Bremen	**2.574**	**2.568**	**2.672**	**2.782**	**2.981**	**3.074**	**3.078**	**3.111**
		-0 %	+4 %	+4 %	+7 %	+3 %	+0 %	+1 %

Die städtischen Haushalte sind hingegen in viel stärkerem Umfang als das Land von der Entwicklung der Sozialleistungsausgaben abhängig, die die mit Abstand größte Einzelposition der konsumtiven Ausgaben darstellt. Weitere große Positionen der konsumtiven Ausgaben sind die Zuweisungen an die KiTa-Träger, die Finanzbeziehungen zu den Sondervermögen sowie – analog zum Land Bremen – die Mieten, Pachten bzw. Bewirtschaftungskosten inklusive der IT-Verfahren.

Tab. 14: Konsumtive Ausgaben / Stadt Bremen in Mio. €

	IST				Entwurf		Plan	
	2016	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Sozialleistungsausgaben	903	913	911	935	953	972	988	1.005
Mieten,Sächl. Verwaltungsausgaben, IT	231	225	233	241	257	265	285	299
Zuw. An Sondervermögen	108	116	90	75	103	94	95	96
Zusch. an öffentl. Untern. (Theater / BSAG)	69	76	98	113	132	136	137	139
Zusch. an soz. Einrichtungen (Freie Träger KiTa)	162	189	202	227	245	238	238	240
Sonst. Zuschüsse (z. B. KiTa Bremen)	84	97	112	111	108	108	109	109
gl. konsumtive Minderausgaben					-5	-5	-5	-5
übrige Ausgaben	93	91	114	126	166	136	132	134
Stadt Bremen	**1.650**	**1.707**	**1.760**	**1.829**	**1.959**	**1.943**	**1.979**	**2.017**
		+3 %	+3 %	+4 %	+7 %	-1 %	+2 %	+2 %

5.2.3 Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben leiten sich aus der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (Kapitel 6) ab. Das Verfahren zur Erstellung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung entsprach dieses Mal jedoch insbesondere aufgrund der engen Zeitplanung zur Aufstellung der Haushalte noch vor der Sommerpause und der sehr unterschiedlichen Qualität und Herangehensweise der Investitions-Ressortanmeldungen für die Fortschreibungsjahre 2022/23 nicht dem bisher üblichen Verfahren.

Da die Summe der Investitionsanmeldungen für die Jahre 2022/23 gravierend von der Gesamthöhe der Investitionen gemäß Einigungsbeschluss vom 18.02.2020 und letztlich auch von der zur Einhaltung der Schuldenbremse und Sanierungshilfenvereinbarung maximal möglichen Höhe der Investitionsausgaben abwich, wurden alle Investitionsanmeldungen, bei denen nicht direkt

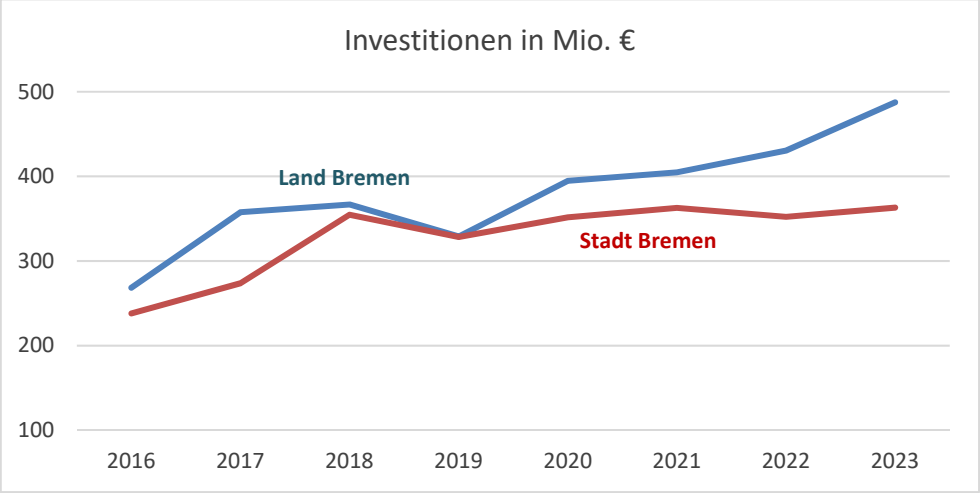
erkennbar war, dass es sich um Fortsetzungsmaßnahmen, Drittmittel-Kofinanzierungen o. ä. handelt, ganz oder teilweise in die Jahre nach diesem Finanzplanungszeitraum verschoben.

Durch diese konsequente Streckung der Maßnahmen sind für die Planjahre 2022 und 2023 rechnerische Spielräume geschaffen worden, die in Form von globalen investiven Mehrausgaben hinterlegt wurden (Land: 28 und 81 Mio. €; Stadt: 29 und 55 Mio. €). Es ist beabsichtigt, vor der nächsten Eckwertbildung mit den Ressorts eine Überarbeitung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung durchzuführen, die bei der Aufteilung dieser rechnerischen Spielräume die dann aktuellen Veränderungen (aufgrund von Senats- und HaFa-Beschlüssen, möglichen Verzögerungen im Mittelabfluss bzw. Veränderung von Maßnahmen durch Wegfall o. ä.) berücksichtigt.

Sobald die Haushalte 2020/21 aufgestellt wurden, wird auch der Investitionsatlas überarbeitet. Dabei sind noch einige Zulieferungen zu Adressdaten, bei denen die Maßnahmen auf der Karte verortet werden sollen, erforderlich. Insbesondere zu ‚Programm-Finanzpositionen' wie EU-EFRE Mitteln, Städtebauförderungsmitteln u. ä. muss noch die Aufteilung der Mittel auf die tatsächlichen Maßnahmen erfolgen, die dann bestimmten Adressen zugeordnet werden können.

Zudem soll der Planungszeitraum der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung insoweit von der Finanzplanung entkoppelt werden, dass statt der bisher fünfjährigen demnächst auf eine zehnjährige Planung umgestellt wird, um die größeren Investitionsmaßnahmen besser abbilden zu können.

Abb. 17: Entwicklung der Investitionsausgaben in Mio. €



Stadtstaat Bremen	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	457	584	646	606	652	691	710	769
		+28 %	+11 %	-6 %	+8 %	+6 %	+3 %	+8 %

Selbst ohne Berücksichtigung der nun vorläufig verschobenen Maßnahmen steigen die Investitionsausgaben im Stadtstaat im Planungszeitraum gegenüber 2019 um 27 % an, um einen Einstieg in den Abbau des Sanierungsstaus zu gewährleisten. Dabei verdeutlicht die Abbildung 17 jedoch auch, dass dies eher dem Land als der Stadt Bremen möglich ist. Nachfolgende Tabelle belegt für den Haushalt des Landes, dass die Zuwachsraten in den Jahren ab 2020 bei +20 %, +3 %, +6 % und +13 % liegen, wobei der Ausgangswert 2019 eher

niedrig war und insbesondere geringere Zuschüssen an die Sondervermögen und geringere sonstige Einzelmaßnahmen im Vorjahresvergleich verzeichnete, um den Konsolidierungspfad erfolgreich zu beenden.

Tab. 15: Investive Ausgaben / Land Bremen in Mio. €

	IST				Entwurf		Plan	
	2016	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Ausgaben an die Städte	75	82	89	94	113	97	108	108
Zuw./Zuschüsse (an Sondervermögen u.ä.)	37	95	74	51	38	45	49	46
Kleine Unterhaltung/Beschaffungen	11	14	16	19	21	14	14	14
EU-, Bundes- und Landesprogramme	100	96	101	105	120	140	136	146
sonstige Einzelmaßnahmen	46	70	87	61	103	108	96	92
Globale Mehrausgaben	0	0	0	0	0	0	28	81
Land Bremen	**268**	**358**	**367**	**329**	**395**	**405**	**430**	**488**
		+33 %	+3 %	-10 %	+20 %	+3 %	+6 %	+13 %

2020 steigen die im Kapitel 6 ausführlich dargelegten Einzelmaßnahmen außerhalb der EU-, Bundes- oder Landesprogramme des Landes um 42 Mio. € bzw. ca. 70 % im Vorjahresvergleich an und bleiben dann im Planungszeitraum ungefähr auf diesem Niveau.

Bei der Stadt Bremen sind insbesondere aufgrund der angespannteren Haushaltslage geringere Steigerungsraten in der nachfolgenden Tabelle ablesbar. Es ist dabei jedoch zu beachten, dass die Investitionen der Stadt Bremen gegenüber 2017 (rechnerisches „Normaljahr“; ohne auffällige Sondereffekte) schon 2019 um 20 % angestiegen sind. Dieser Wert erhöht sich 2020 noch einmal um 7 %, bevor in der weiteren Planung das Investitionsausgabenniveau nur noch geringfügig steigt.

Tab. 16: Investive Ausgaben / Stadt Bremen in Mio. €

	IST				Entwurf		Plan	
	2016	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Ausgaben an das Land	32	21	23	22	22	22	22	22
Zuw./Zuschüsse (an Sondervermögen u.ä.)	97	128	133	117	187	235	202	191
Kleine Unterhaltung/Beschaffungen	20	36	20	21	32	32	33	31
EU-, Bundes- und Landesprogramme	20	19	26	28	50	37	28	29
sonstige Einzelmaßnahmen	71	70	154	140	60	37	38	35
Globale Mehrausgaben	0	0	0	0	0	0	29	55
Stadt Bremen	**238**	**274**	**355**	**328**	**352**	**363**	**352**	**363**
		+15 %	+30 %	-7 %	+7 %	+3 %	-3 %	+3 %

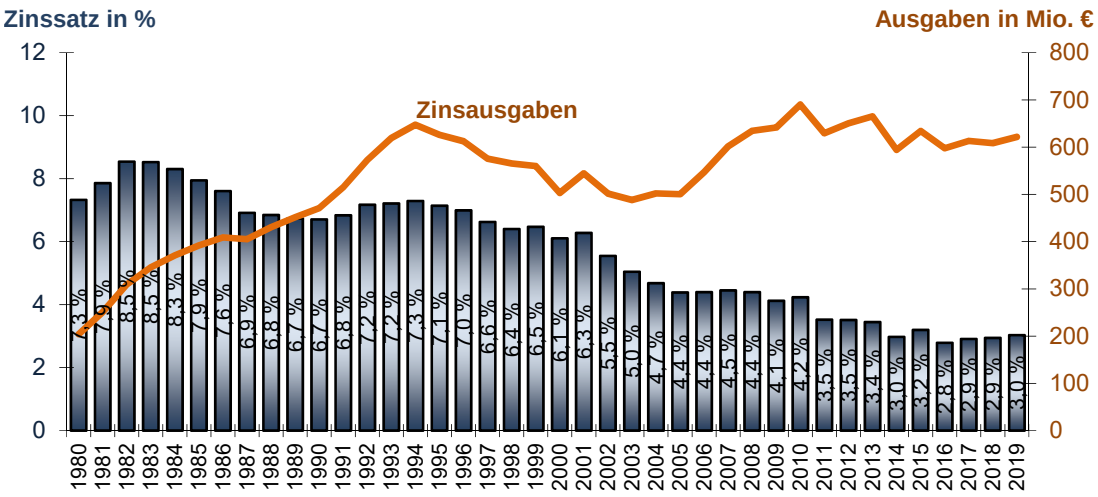
5.2.4 Zinsausgaben

Die Zinsausgaben berechnen sich für den Planungszeitraum 2020/23 aus den bereits eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen aus Krediten und Zinssicherungsgeschäften sowie aus den erwarteten Zahlungsverpflichtungen für die noch einzugehenden Kreditaufnahmen aus Refinanzierungen bzw. Prolongationen sowie der Kreditaufnahme für den Bremen-Fonds infolge der Corona-Pandemie.

In den letzten Jahren verzeichneten die Zinsausgaben im Stadtstaat ein in etwa gleichbleibendes Niveau um 600 Mio. €. Somit wurde seit 2014 weniger für Zinsverpflichtungen aufgewendet als 1994 zum Anfang der letzten Sanierungsphase, obwohl der fundierte Schuldenstand aktuell um über zwölf Milliarden Euro über dem Stand von 1994 liegt. Ermöglicht hat dies insbesondere

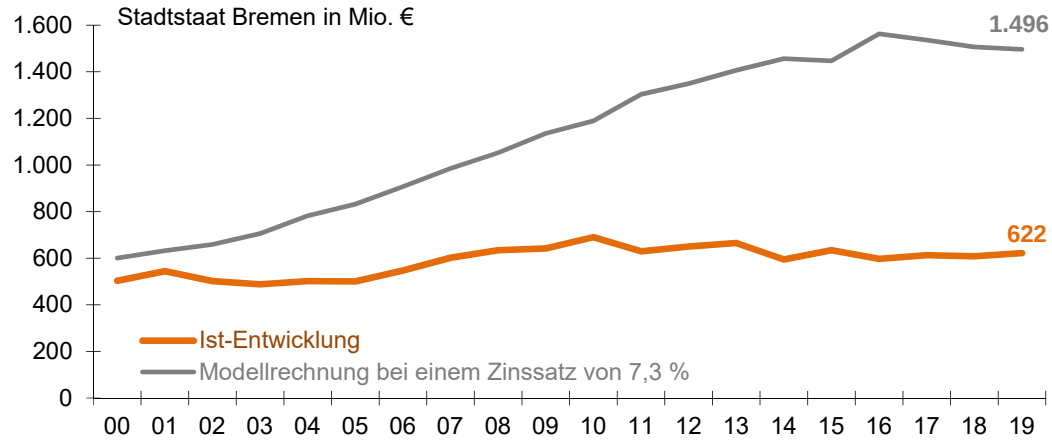
das außergewöhnlich niedrige Niveau der Zinssätze, das dazu führte, dass die durchschnittliche Verzinsung auf das gesamte Schuldenportfolio in diesem Zeitraum von 7,3 % auf 3,0 % gesenkt werden konnte.

Abb. 18: Zinsausgaben und rechnerische Zinssätze



Wären die Zinssätze seit Mitte der neunziger Jahre stabil geblieben, hätten der konsolidierte bremische Gesamthaushalt hingegen die Zinsentwicklung der Abbildung 19 verzeichnet. Statt der relativ konstanten Ausgabenentwicklung der letzten 20 Jahre hätte bei dieser Modellrechnung – selbst ohne Berücksichtigung der Effekte, die durch zusätzliche Schuldenstandserhöhungen aufgrund der höheren Zinsausgaben aufgetreten wären – das Niveau der Zinsausgaben im letzten Jahr fast 1,5 Mrd. € und somit ca. 870 Mio. € mehr als tatsächlich verausgabt betragen.

Abb. 19: Entwicklung der Zinsausgaben



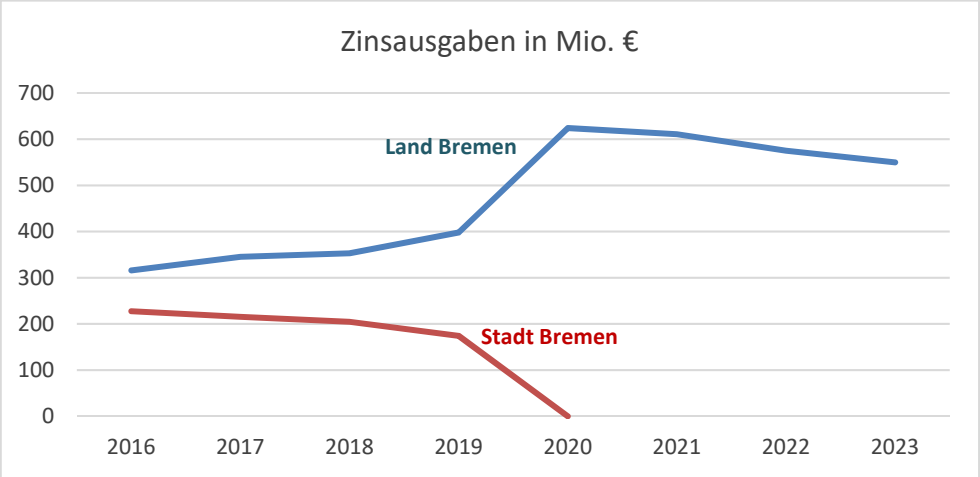
Für den Planungszeitraum wird bei einem steigenden Schuldenstand im Jahr 2020 trotzdem von kontinuierlich sinkenden Zinsaufwendungen ab dem Jahr 2021 ausgegangen. Auch eine Kreditaufnahme für den Bremen-Fonds (und damit einhergehend ein steigender Schuldenstand in 2020) aufgrund von Steuerausfällen und zusätzlichen Ausgaben infolge der Corona-Pandemie dürfte nicht dazu führen, dass die Zinsaufwendungen des Jahres 2021 (wenn erstmalig Zinsen für Kredite des Jahres 2020 anfallen) im Vergleich zum Jahr

2020 steigen. Auch für den Planungszeitraum insgesamt ist bei einer zusätzlichen Verschuldung mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht von steigenden Zinsausgaben auszugehen. Dieses beruht auf den erwarteten sehr niedrigen Zinssätzen und den bestehenden Zinssicherungen.

Aufgrund der Geld- und Kapitalmarktpolitik der EZB ist damit zu rechnen, dass die Zinsen im Planungszeitraum höchstens moderat ansteigen. Der Einlagenzinssatz und der Hauptrefinanzierungssatz bewegen sich weiterhin auf historisch niedrigem Niveau. Je nach Verlauf der durch die Corona-Krise bedingten wirtschaftlichen Entwicklung ist es möglich, dass die EZB ihr Programm zum Ankauf von Staatsanleihen ausweitet und somit zu einem Absenken der Zinsen beiträgt. Die tatsächliche künftige Zinsentwicklung ist allerdings von weiteren insbesondere realwirtschaftlichen Faktoren abhängig. Sollten die Zinsen im Planungszeitraum leicht ansteigen, stellen die in den vergangenen Jahren abgeschlossenen Zinssicherungen eine Absicherung bei der Refinanzierung von auslaufenden Schulden dar. In jedem Haushaltsjahr sind die Zinsen für ca. die Hälfte bis zwei Drittel der Refinanzierungen abgesichert.

Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht die kommunalen Schuldübernahmen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven durch das Land Bremen zum 01.01.2020. Zu diesem Stichtag fand eine komplette Entschuldung der Kernhaushalte beider Stadtgemeinden statt. Ab 2020 sind die Zinsausgaben daher nur noch beim Haushalt des Landes relevant. Aufgrund der Corona-Pandemie kommt es zu einer erneuten Kreditaufnahme in den Kommunalhaushalten. Hierfür fallen Zinsen erst ab dem Haushaltsjahr 2021 an. Auch in diesem Fall werden aber nahezu alle Zinsausgaben des Stadtstaates beim Land Bremen ausgewiesen, da aktuell für neue Kredite in den Kommunalhaushalten aufgrund des aktuellen Zinsniveaus je nach Laufzeit keine bzw. nur geringe Zinsen anfallen.

Abb. 20: Entwicklung der Zinsausgaben



Stadtstaat Bremen	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	598	613	608	622	625	612	576	551
		+3 %	-1 %	+2 %	+1 %	-2 %	-6 %	-4 %

5.3 Gesamthaushalt

Die Ausgangslage für die Aufstellung der Haushalte 2020/21 sowie der Finanzplanung bis 2023 ergibt sich aus der am 12. September 2017 beschlossenen Finanzplanung 2017 - 2021 sowie den Änderungen im Haushaltsaufstellungsverfahren 2018/19 einschließlich der Nachtragshaushalte. Die Veränderungen in den Haushaltsaufstellungsjahren 2020/21 zu diesen Werten werden nachfolgend für das Land bzw. die Stadt Bremen abgeleitet und die Ergebnisse der Finanzplanung dargestellt.

Schon mit Fertigstellung der Finanzplanung 2017 - 2021 war dabei absehbar, dass die dort ausgewiesenen hohen Haushaltsüberschüsse des Landes Bremen und die zugleich hohen Defizite der Stadt Bremen in den damaligen Planungsjahren 2020/21 bis zur Haushaltsaufstellung dieser Jahre durch geeignete Maßnahmen wie die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zu Lasten des Landes und zu Gunsten der bremischen Städte harmonisiert werden mussten. So werden die nachfolgenden Ableitungen auch insbesondere hohe Mehrausgaben des Landes gegenüber der Ausgangslage belegen, die auf diese Umstände zurückzuführen sind

Deutlich wird dabei, dass sich Veränderungen neben zu erwartenden Effekten wie den Auswirkungen der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches inklusive der Entschuldung der Gemeinden und den verschiedenen Steuerschätzungen und Tarifeffekten auch aufgrund von Besonderheiten wie den Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Abrechnung 2017 - 2019 für die Wahrnehmung von Landes-Gemeinde-Aufgaben, der BKF-Auflösung sowie den Verzicht auf die Realisierung des OTB inklusive der Folgewirkungen wie der Auflösung der OTB-Rücklage und von Ersatzprojekten im Hafenbereich ergeben.

5.3.1 Land Bremen

Insbesondere die vorstehend aufgeführten Punkte führten (inklusive der Einnahmen und Ausgaben, die schon jetzt der Corona-Pandemie zuzuordnen sind) gegenüber der letzten Finanzplanung zu Mehreinnahmen in den Jahren 2020/21 von über 270 bzw. rd. 210 Mio. € sowie zu Mehrausgaben von rd. 1.520 bzw. rd. 740 Mio. €. Die Veränderungen gegenüber den Werten vom Eckwertebeschluss (1. Oktober 2019) betrafen ausgabeseitig dabei insbesondere die Gründung des Bremen-Fonds zur Bekämpfung der Auswirkungen der Coronakrise, die Aufstockung der Handlungsfelder und Schwerpunktmittel inklusive der Gründung des neuen Handlungsfeldes Klimaschutz, die Aufwendungen aufgrund des Gute-Kita-Gesetzes und der Beitragsfreiheit für Kitas sowie den Auswirkungen der SGB IX/XII-Änderungen.

Zudem sind einerseits die beschlossenen Schwerpunktmittel zu beachten, die als Globalmittel nach dem Eckwertebeschluss aufgelöst und – da sie insbesondere der Funktionsfähigkeit der Verwaltung (Kapitel 3) dienen sollen – auf viele Haushaltsstellen verteilt wurden, die aufgrund der jeweils geringen Einzelgrößen in hohem Maße in der nachfolgenden Ableitung bei „Sonstiges“ aufgenommen wurden.

Andererseits mussten noch im Vollzug der Haushalte 2020/21 aufzulösende globale Minderausgaben eingestellt werden, da nicht alle Mehrausgaben des Einigungsbeschlusses vom 18.02.2020 anders gedeckt werden konnten.

Ableitung des Finanzrahmens / Land Bremen

	HH-Entwurf		Plan	
	2020	**2021**	**2022**	**2023**
Einnahmen				
Ausgangslage*	4.590	4.719		
Steuerschätzungen	-2	-20		
Flüchtlingsfinanzierung (Umsatzsteuer)	13	11		
vom SV Versorgung (Auflösung 2021)	18	18	-6	-6
von SV Fischereihafen (aus OTB-Rücklage)	52	52		
Eckwertebeschluss 01.10.2019	**4.670**	**4.779**	**4.837**	**4.979**
Steuerschätzung Nov. 2019	4	5		
Gute-Kita-Gesetz	11	21	21	
von der Anstalt für Versorgungsvorsorge	8	8	8	8
Mittel für Digitalpakt	10	10		
Von der EU für das ESF-Programm 2014-2020	8	7		
vom Bund gemäß OPNVG, BAföG, Forschung	25	42		
vom Bund für Sozialleistungen	25	29		
Gerichtsgebühren u. Geldstrafen	4	5		
Wahrn. Landes-Gemeindeaufg. (u.a. Abrechn. 2017-19)	37	3		
Land/Stadt-Verlagerungen	5	5	5	5
Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie	50			
Sonstiges	6	10		
Bereinigte Einnahmen	**4.864**	**4.926**	**4.973**	**5.093**
Veränderung ggü. Ausgangslage	+273	+206		
Veränderung ggü. Eckwertebeschluss	+193	+146	+136	+114
Ausgaben				
Ausgangslage*	4.181	4.142		
Steuerschätzungen (Schlüsselzuweisungen)	-2	-6		
Neuordnung des KFA (Finanzzuweisungsgesetz)	67	150		
Neuordnung des KFA (Entschuldung der Städte)	229	220		
Zinsprognose für Eckwertebeschluss	-15	0		
Personalausgaben (Tarife, erhöhte Vorsorge, Globalmittel)	78	81	111	127
Großmarkt (Verlagerung Land zu Stadt)	-5	-5	-5	-5
Ausgleich für GVFG-Mittel (Entflechtungsmittel)	11	11	11	11
Weiterführung Verstärkungsmittel 2018/19	15	15	20	20
Weiterleitung Flüchtlingsfinanzierung	13	11		
verringerte Zuführung an SV Fischereihafen	-22	-26	-26	-27
Nordmole Geestemündung (aus OTB-Rücklage)	1	2	6	5
an Stadt HB für OTB-Rücklagenprojekte	5	16	26	26
Wirtschaftsstrukturprojekte (u.a. green economy; OTB-Rückl.)			2	12
Schwerpunktmittel	70	70	70	70
Eckwertebeschluss 01.10.2019	**4.625**	**4.681**	**4.753**	**4.835**
Auflösung der Schwerpunktmittel	-70	-70	-70	-70
Aufnahme einer globalen Minderausgabe	-43	-27		
Steuerschätzung Nov. 2019	4	5		
Sozialleistungen (u.a. Auswirkungen der SGB IX/XII - Ander.)	32	33	33	34
Gute-Kita-Gesetz und Beitragsfreiheit Kita	30	37	39	25
Aufstockung Handlungsfelder	7	10	10	10
Neues Handlungsfeld Klimaschutz	10	20	20	20
Zahlungen nach dem BAföG	8	10		
Finanzierung der Pflegeausbildung	9	8		
Zuschüsse an die Universität / Hochschulen	15	38		
an das Leibniz-Institut (werkstofforientierte Techn.)	5	6		
ESF 2014-2020 und EU-Fischereifonds	10	11		
Miete Flüchtlingsunterkünfte	4	4		
IT, Steuerfachverfahren etc.	7	8		
Krankenhausstrukturfonds II	1	14		
investiver Auffangfonds	10	10		
Kostenerstattung an Städte für Lehrkräfte	11	20		
Kostenerstattung für Digitalsierungspakt	8	8		
LandesprogrammSofortprogramm Schule (SoProSchule)	13	6		
Einigungsbeschluss zu Personalausgaben	22	24		
Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie	50			
Bremen-Fonds (Corona-Pandemie)	900			
Sonstiges / funktionsfähige Verw. (ehem. Schwerpunktm.)	31	31		
Bereinigte Ausgaben	**5.700**	**4.886**	**4.933**	**5.029**
Veränderung ggü. Ausgangslage	+1.519	+744		
Veränderung ggü. Eckwertebeschluss	+1.075	+205	+180	+195

** Finanzplan 2017-2021 mit Änderungen im Haushaltsaufstellungsverfahren 2018/19*

Land Bremen

Ergebnisse (in Mio. €)	IST				HH-Entwurf		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
10 Steuern / LFA / BEZ	3.030	3.031	3.277	3.382	3.503	3.641	3.768	3.882
11 Sanierungshilfen					400	400	400	400
12 Sozialleistungen	192	275	227	263	247	254	258	262
13 Sonstige Einnahmen	524	598	556	621	664	631	547	548
14 Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie					50			
Bereinigte Einnahmen	**3.747**	**3.905**	**4.061**	**4.267**	**4.864**	**4.926**	**4.973**	**5.093**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+7,9	+4,2	+4,0	+5,1	+14,0	+1,3	+1,0	+2,4
20 Personalausgaben	627	656	685	727	755	773	807	838
21 Sozialleistungen	547	545	545	546	573	582	591	602
22 Konsumtive Ausgaben	2.027	2.023	2.126	2.236	2.408	2.492	2.487	2.509
23 Investitionsausgaben	268	358	367	329	395	405	430	488
24 Zinsausgaben	316	345	353	398	624	611	575	550
25 Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie					50			
27 Bremen-Fonds (Corona-Pandemie)					900			
28 Handlungsfelder					37	50	40	40
29 Globale Ausgaben					-43	-27	2	2
Bereinigte Ausgaben	**3.786**	**3.927**	**4.077**	**4.235**	**5.700**	**4.886**	**4.933**	**5.029**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+3,9	+3,7	+3,8	+3,9	+34,6	-14,3	+1,0	+2,0
Finanzierungssaldo	**-39**	**-22**	**-16**	**31**	-836	40	41	64
30 Konsolidierungshilfen (netto)	119	119	119	119	40			
40 Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	-76	-204	-99	-79	-31	20	12	6
- Ex-ante Konjunkturbereinigung (Stabilitätsrückl.)					-7	9	12	9
- Sonstige Rücklagen					-24	10	0	-3
Netto-Kredittilgung	5	-106	4	71	**-827**	**59**	**53**	**70**
50 Strukturelle Bereinigungen	-128	-21	-34	-20	17	31	27	20
- Finanzielle Transaktionen	14	21	19	14	23	24	23	22
- Steuerbereinigungen	-151	-50	-61	-40	-6	7	4	-2
- BKF	10	8	8	6				
Struktureller Abschluss	**-167**	**-43**	**-50**	**11**	**-810**	**90**	**80**	**90**
zulässiges Defizit	-199	-149	-99	-50	0	0	0	0
Sicherheitsabstand (Schuldenbremse)	**32**	**106**	**50**	**61**	**-810**	**90**	**80**	**90**
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie					900			
Sicherheitsabstand inkl. Ausnahmetatbestand					**90**			

Sanierungshilfenvereinbarung:

Struktureller Abschluss					**-810**	**90**	**80**	**90**
Tilgungsverpflichtung SanierungshilfenVV					80	80	80	80
Sicherheitsabstand (Sanierungshilfenvereinbarung)					**-890**	**10**	**0**	**10**
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie					900			
Sicherheitsabstand inkl. Ausnahmetatbestand					**10**			

Inklusive aller Veränderungen gegenüber der alten Planung zeigt der vorstehende Finanzrahmen, dass der Haushalt des Landes Bremen 2020 aufgrund der eingestellten 900 Mio. € für den Bremen-Fonds zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie trotz Gültigkeit der Schuldenbremse eine Netto-Kreditaufnahme von 827 Mio. € vorsieht. Wie schon ausführlich dargestellt, sind diese neuen Schulden durch den Ausnahmetatbestand zur Schuldenbremse gedeckt, sodass erst nach Berücksichtigung dieses Ausnahmetatbestandes sowohl bei der Einhaltung der Schuldenbremse als auch bei der Einhaltung der Sanierungshilfenvereinbarung eine Aussage zur Zielerreichung getroffen werden kann.

Dabei wird deutlich, dass in allen Planjahren die Schuldenbremse eingehalten wird und mit 80 Mio. € p.a. die volle Höhe der durchschnittlich zu leistenden Tilgungen aufgrund der Sanierungshilfenvereinbarung vorgesehen ist. Bis auf das Jahr 2022 verzeichnet der Landeshaushalt mit jeweils 10 Mio. € zudem noch einen geringen Sicherheitsabstand zu diesem Zielwert.

Deutlich wird zudem, dass jeweils ohne Berücksichtigung von bereits bekannten oder zu erwartenden Auswirkungen der Corona-Krise

- ohne strukturelle Bereinigungen und Rücklagenbewegungen der Haushalt des Landes im Planungszeitraum kamerale Überschüsse zwischen 40 und 64 Mio. € aufweist und damit den 2019 erreichten Wechsel von Finanzierungsdefiziten zu positiven Finanzierungssalden fortführt,
- beim Wechsel von 2019 auf 2020 und den damit verbundenen neuen Rahmenbedingungen sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben um 13 bzw. 14 % ansteigen und
- die weiteren Einnahmesteigerungen prozentual deutlich unterhalb der Steigerungen der letzten Jahre prognostiziert werden.

5.3.2 Stadt Bremen

Insbesondere die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und die damit einhergehende Entschuldung der Städte führte bei der Stadt Bremen zu deutlichen Haushaltsverbesserungen gegenüber der letzten Finanzplanung, während die Steuerschätzung vom November 2019 erste Steuermindereinnahmen gegenüber den vorherigen Planungen prognostizierte. Die nachfolgend dargestellte Ableitung gegenüber der Ausgangslage zeigt zudem, dass der Haushalt der Stadt Bremen – im Gegensatz zum Landeshaushalt und ohne den Bremen-Fonds – gegenüber der letzten Finanzplanung nur geringe Ausgabenerhöhungen verzeichnet.

Gegenüber dem Eckwertebeschluss wurde jedoch – insbesondere aufgrund des Gute-Kita-Gesetzes, der höheren Zuweisungen aufgrund der Kita-Beitragsfreiheit, den Aufwendungen bei Umgestaltung der Bremer Stadtreinigung sowie der Abrechnung der Wahrnehmung der Landes-Gemeindeaufgaben bei nur teilweiser Gegenfinanzierung über globale Minderausgaben – das Ausgabeniveau neben dem Bremen-Fonds in den Haushaltsaufstellungsjahren jeweils um weitere rd. 150 Mio. € erhöht.

Ableitung des Finanzrahmens / Stadt Bremen

	HH-Entwurf		Plan	
	2020	**2021**	**2022**	**2023**
Einnahmen				
Ausgangslage*	2.805	2.786		
Steuerschätzung Nov. 2018	11	14		
Wiederabsenkung des Gewerbesteuerhebesatzes	-12	-12	-12	-13
Steuerschätzung Mai 2019	-16	-21		
Neuordnung des KFA (Finanzzuweisungsgesetz)	60	128	132	136
Flüchtlingsfinanzierung 2020/21	19	17		
BKF-Auflösung (von SV)	19	19	19	19
vom SV Versorgung (Auflösung 2021)	6	6	-3	-3
von SV Hafen (aus OTB-Rücklage)	7	7		
vom Land für OTB-Rücklagenprojekte	5	16	26	26
vom Land für Lehrer (Tarifeffekte)	62	68	66	64
Eckwertebeschluss 01.10.2019	**2.967**	**3.029**	**3.070**	**3.135**
Steuerschätzung Nov. 2019	-32	-36		
Auswirkungen der SGB IX/XII - Anderungen	14	11	11	11
Sonstige Sozialleistungseinnahmen	31	34		
Gute-Kita-Gesetz und Beitragsfreiheit Kita	24	30	32	20
von der Anstalt für Versorgungsvorsorge	27	27	27	27
Sonderabführung von den Sondervermögen	2	18		
Beitragszentralisierung Kita-Betreueung 0-3	9	9		
Gewinne aus Beteiligungen an Hafenbetrieben	-10	-10		
Digitalisierungspakt	6	6		
SofortprogrammSchule (SoProSchule)	12	4		
Kostenerstattung für Lehrkräfte	9	16		
Sonstiges	11	7		
Bereinigte Einnahmen	**3.070**	**3.145**	**3.157**	**3.220**
Veränderung ggü. Ausgangslage	+266	+359		
Veränderung ggü. Eckwertebeschluss	+103	+116	+87	+85
Ausgaben				
Ausgangslage*	3.086	3.091		
Entschuldung	-180	-172		
Ausgleich für Überseehafengebiet	6	6		
Großmarkt (Verlagerung Land zu Stadt)	5	5		
Zinsprognose für Eckwertebeschluss	0	-13		
Flüchtlingsausgaben (Prognose für Eckwert)	-15	-15	-15	-15
Personalausgaben (Tarife, erhöhte Vorsorge, Globalmittel)	88	100	106	109
Weiterführung Verstärkungsmittel 2018/19	5	5	15	15
BKF-Auflösung	-30	-28	-29	-27
Neubau der Columbuskaje (aus OTB-Rücklage)		12	26	26
Ersatzneubau Kaje 66 (aus OTB-Rücklage)	5	4		
Fortschreibung des Integrationsbudgets	3	3	3	3
Schwerpunktmittel	20	20	20	20
Eckwertebeschluss 01.10.2019	**2.993**	**3.017**	**3.074**	**3.126**
Auflösung der Schwerpunktmittel	-20	-20	-20	-20
Aufnahme einer globalen Minderausgabe	-27	-20		
Sozialleistungsmehrausgaben	25	30	31	31
Zukunftslösung Schulassistenzen	8	10	10	10
Gute-Kita-Gesetz, Beitragsfreiheit u.ä	38	29		
Einigungsbeschluss zu Personalausgaben	24	32		
Bremer Bäder (Bäderkonzept, Betriebskosten u.ä.)	1	10		
Zuwendungen an die Bremer Stadtreinigung AöR	26	26		
Diverse Umbaumaßnahmen Schule (u.a. SoPro Schule)	13	1		
Digitalisierungspackt	7	7		
an SVIT für Neubau einer Feuerwache		6		
Zuschuss an den Flughafen Bremen	4	4		
Zuweisungen an das SVInfrastruktur / Verkehr	-8	-1		
investiver Auffangfonds	10	10		
Wahrn. Landes-Gemeindeaufg. (u.a. Abrechn. 2017-19)	37	3		
Bremen-Fonds (Corona-Pandemie)	300			
Sonstiges	14	19		
Bereinigte Ausgaben	**3.446**	**3.164**	**3.221**	**3.275**
Veränderung ggü. Ausgangslage	+360	+73		
Veränderung ggü. Eckwertebeschluss	+452	+147	+147	+149

** Finanzplan 2017-2021 mit Änderungen im Haushaltsaufstellungsverfahren 2018/19*

Stadt Bremen

Ergebnisse (in Mio. €)	IST				HH-Entwurf		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
10 Steuereinnahmen	880	906	967	935	990	1.022	1.041	1.074
11 Schlüsselzuweisungen	375	380	415	433	581	604	626	645
12 Sozialleistungen	417	472	456	454	467	474	482	490
13 Sonstige Einnahmen	945	921	1.027	1.104	1.032	1.045	1.008	1.011
Bereinigte Einnahmen	**2.618**	**2.679**	**2.866**	**2.926**	**3.070**	**3.145**	**3.157**	**3.220**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+11,2	+2,3	+7,0	+2,1	+4,9	+2,4	+0,4	+2,0
20 Personalausgaben	677	707	732	779	851	867	875	879
21 Sozialleistungen	903	913	911	935	953	972	988	1.005
22 Sonst. konsumtive Ausgaben	748	795	849	893	1.007	972	990	1.012
23 Investitionsausgaben	238	274	355	328	352	363	352	363
24 Zinsausgaben	228	215	205	175	0	0	0	0
25 Bremen-Fonds (Corona-Pandemie)					300			
26 Handlungsfelder					13	13	15	15
27 Globale Ausgaben					-30	-23	1	1
Bereinigte Ausgaben	**2.793**	**2.904**	**3.051**	**3.110**	**3.446**	**3.164**	**3.221**	**3.275**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+4,6	+4,0	+5,1	+1,9	+10,8	-8,2	+1,8	+1,7
Finanzierungssaldo	**-175**	**-225**	**-185**	**-185**	-376	-19	-64	-55
30 Konsolidierungshilfen (netto)	150	150	150	150	50			
40 Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	-55	-176	-51	14	7	30	7	5
- Ex-ante Konjunkturbereinigung (Stabilitätsrückl.)					-4	5	7	5
- Sonstige Rücklagen					11	24	0	0
Netto-Kredittigung	-80	-252	-87	-21	**-318**	**11**	**-57**	**-50**
50 Strukturelle Bereinigungen	-51	-26	91	165	19	-11	-13	-10
- Finanzielle Transaktionen	2	6	93	70	-5	-5	-8	-8
- Steuerbereinigungen	-96	-74	-43	46	23	-6	-5	-2
- BKF	43	41	41	48				
Struktureller Abschluss	**-226**	**-252**	**-94**	**-20**	**-300**	**0**	**-70**	**-60**
zulässiges Defizit	-250	-187	-125	-62	0	0	0	0
Sicherheitsabstand (Schuldenbremse)	**24**	**-64**	**30**	**42**	**-300**	**0**	**-70**	**-60**
Saldo Flüchtlingsmehrkosten		83						
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie					300			
Sicherheitsabstand inkl. Ausnahmetatbestand		**18**			**0**			

Für den Finanzrahmen der Stadt Bremen bedeutet dies, dass in den beiden Haushaltsaufstellungsjahren die Schuldenbremse als oberstes finanzpolitisches Ziel unter Berücksichtigung des Ausnahmetatbestandes aufgrund der finanzwirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie eingehalten, ein Sicherheitsabstand jedoch nicht ausgewiesen wird.

Anders sieht es in den beiden Fortschreibungsjahren 2022/23 aus, die aktuell noch jeweils eine hohe Überschreitung zu der im Anschlag und im Haushaltsabschluss zwingend einzuhaltenden Schuldenbremse aufweisen. Diese Überschreitungen von 70 bzw. 60 Mio. € sind durch Mehreinnahmen oder zusätzlichen Einsparungen bis zur Haushaltsaufstellung dieser Jahre aufzulösen, um einen verfassungsgemäßen Haushalt der Stadt Bremen zu gewährleisten.

5.3.3 Stadtstaat Bremen

Nach Konsolidierung ergeben die Haushalte des Landes und der Stadt Bremen zusammen mit dem zu diesem Zeitpunkt nur rechnerisch abgeleiteten Haushalt der Stadt Bremerhaven den in der Außenwirkung relevanten Gesamthaushalt des Stadtstaates.

Dieser Gesamthaushalt war u. a. bis 2019 für die Gewährung der Konsolidierungshilfen bzw. ab 2020 für die Einhaltung der Sanierungshilfenvereinbarung mit dem Bund maßgeblich. Auch alle finanzwirtschaftlichen Meldungen an das Statistische Bundesamt, das BMF, die Zentralstelle der Landesfinanzminister (ZDL) oder den Stabilitätsrat u. a. zur Prüfung einer drohenden Haushaltsnotlage betreffen – wie auch die in Vergangenheit durchgeführten Normenkontrollanträge vor dem Bundesverfassungsgericht – ausschließlich den rechnerisch aus den parlamentarisch beschlossenen Einzelhaushalten ermittelten Gesamthaushalt des Stadtstaates Bremen.

In die Berechnung des Haushaltes des Stadtstaates fließen die Bremerhavener Daten aktuell – und somit vor Fertigstellung der Bremerhavener Finanzplanung – dabei so ein, dass

- grundsätzlich der aktuelle Arbeitsstand der Kämmerei Bremerhavens übernommen wurde,
- die Bremerhavener Einnahmen vom Land den geplanten Ausgaben des Landes entsprechen,
- die steuerabhängigen Einnahmen aus den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2019 abgeleitet werden,
- sich die Ausgabepositionen grundsätzlich mit den gleichen Zuwachsraten wie die des Landes und der Stadt Bremen fortschreiben sowie
- unter Nutzung von Globalpositionen die Vorgaben der Schuldenbremse in den beiden Haushaltsaufstellungsjahren ohne Sicherheitsabstand eingehalten werden.

Stadtstaat Bremen

Ergebnisse (in Mio. €)	IST				HH-Entwurf		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
10 Steuern / LFA / BEZ	4.034	4.066	4.369	4.453	4.638	4.811	4.961	5.112
11 Sanierungshilfen					400	400	400	400
12 Sonstige Einnahmen	943	1.125	1.064	1.215	1.147	1.174	1.050	1.055
13 Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie					50			
Bereinigte Einnahmen	**4.977**	**5.191**	**5.433**	**5.669**	**6.235**	**6.386**	**6.411**	**6.568**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+9,7	+4,3	+4,7	+4,3	+10,0	+2,4	+0,4	+2,4
20 Personalausgaben	1.589	1.657	1.726	1.830	1.959	2.004	2.049	2.089
21 Sozialleistungen	1.165	1.122	1.118	1.146	1.169	1.189	1.209	1.230
22 Sonstige konsumtive Ausgaben	1.463	1.532	1.582	1.672	1.830	1.865	1.858	1.872
23 Investitionsausgaben	457	584	646	606	652	691	710	769
24 Zinsausgaben	598	613	608	622	625	612	576	551
25 Bundesmittel aufgrund der Corona-Pandemie					50			
26 Bremen-Fonds (Corona-Pandemie)					1.200			
27 Handlungsfelder					50	63	55	55
28 Globale Ausgaben					-71	-57	3	3
Bereinigte Ausgaben	**5.271**	**5.508**	**5.680**	**5.876**	**7.465**	**6.367**	**6.460**	**6.569**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+3,4	+4,5	+3,1	+3,5	+27,0	-14,7	+1,5	+1,7
Finanzierungssaldo	**-294**	**-317**	**-247**	**-208**	-1.230	19	-48	-1
30 Konsolidierungshilfen	300	300	300	300	100			
40 Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	-124	-372	-154	-55	-19	53	21	12
- Ex-ante Konjunkturbereinigung (Stabilitätsrückl.)					-11	16	21	15
- Sonstige Rücklagen					-7	37	0	-3
Netto-Kredittigung	-119	-389	-101	37	**-1.149**	**72**	**-28**	**11**
50 Strukturelle Bereinigungen	-173	-35	77	180	39	18	13	10
- Finanzielle Transaktionen	16	26	111	105	17	18	15	14
- Steuerbereinigungen	-254	-122	-91	14	22	0	-2	-4
- BKF	66	61	57	61				
Struktureller Abschluss	**-467**	**-352**	**-170**	**-28**	**-1.110**	**90**	**-15**	**21**
zulässiges Defizit	-501	-376	-251	-125	0	0	0	0
Sicherheitsabstand (Schuldenbremse)	**34**	**24**	**80**	**97**	**-1.110**	**90**	**-15**	**21**
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie					1.200			
Sicherheitsabstand inkl. Ausnahmetatbestand					**90**			

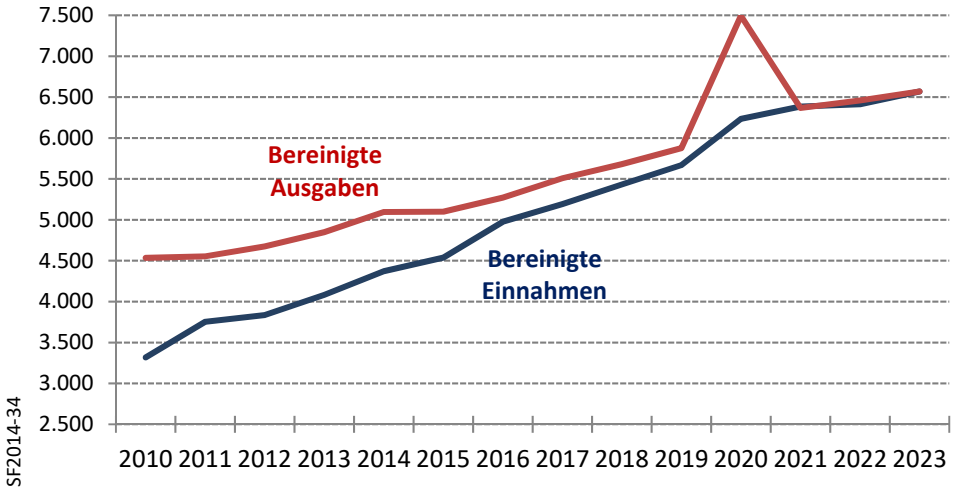
Sanierungshilfenvereinbarung:

Struktureller Abschluss					**-1.110**	**90**	**-15**	**21**
Tilgungsverpflichtung SanierungshilfenVV					80	80	80	80
Sicherheitsabstand (Sanierungshilfenvereinbarung)					**-1.190**	**10**	**-95**	**-59**
Nettoausgaben aufgrund der Corona-Pandemie					1.200			
Sicherheitsabstand inkl. Ausnahmetatbestand					**10**			

Entsprechend den Entwicklungen der Einzelhaushalte – und somit bevor insbesondere Steuermindereinnahmen aufgrund der coronabedingten Eingriffe in das Wirtschaftsleben berücksichtigt werden konnten – lassen sich wesentliche Aspekte der Haushaltsentwicklung des Stadtstaates im Finanzplanzeitraum wie folgt zusammenfassen:

- Die Gesamteinnahmen der bremischen Haushalte steigen in den vier Planungsjahren gegenüber der Ausgangsbasis 2019 um rd. 900 Mio. €.
- Die korrespondierenden Ausgaben steigen hingegen um fast 700 Mio. €, sodass sich der kamerale Finanzierungssaldo des Ausgangsjahres 2019 (- 208 Mio. €) im Planungszeitraum ohne die coronabedingten Ausgaben grundsätzlich weiter verbessert und im Endjahr der Finanzplanung ca. den Nullwert erreicht.

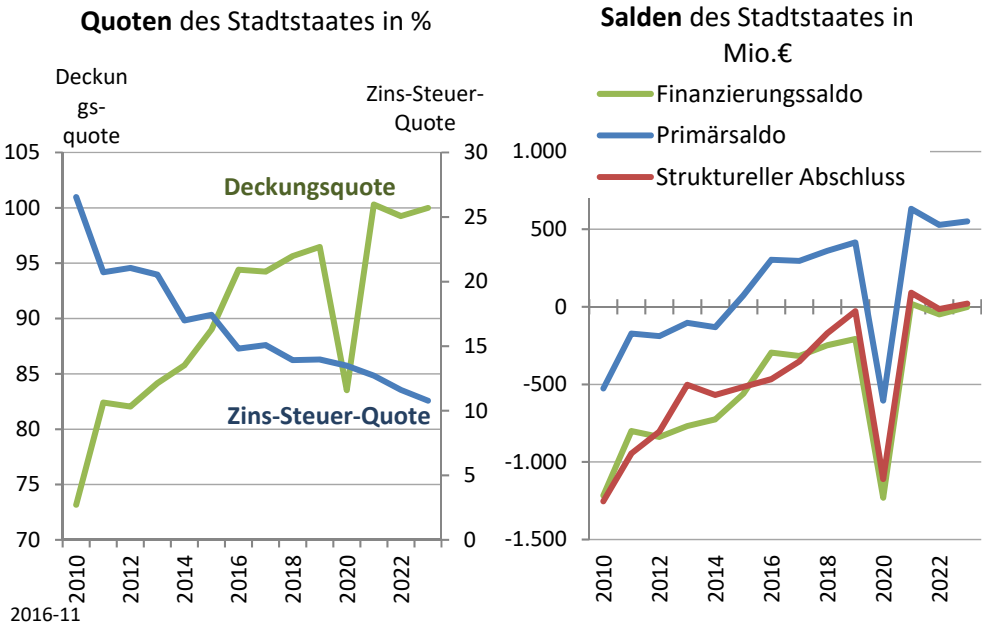
Abb. 21: Einnahmen und Ausgaben des Stadtstaates seit 2010 in Mio. €



- Die Primärausgaben steigen dabei um durchschnittlich 3,5 % p.a. an, während die Zinsausgaben um über 70 Mio. € im Planungszeitraum reduziert werden.
- Während im Konsolidierungspfad auch die Investitionen in hohem Maße gedeckelt wurden, steigen diese im Planungszeitraum um insgesamt 27 % an, um einen Einstieg in den Abbau des Sanierungsstaus zu gewährleisten und u. a. dringend benötigte Kita- und Schulkapazitäten aufzubauen.
- 2014 wurde erstmals seit Jahrzehnten ein Anteil der Zinsausgaben an den steuerabhängigen Einnahmen (Zins-Steuer-Quote) von unter 20 % erzielt. Seitdem sank dieser – auch für das Bundesverfassungsgericht neben der Deckungsquote zur Ermittlung einer Haushaltsnotlage maßgebliche – Haushaltsindikator weiter kontinuierlich und erreicht zum Ende der Finanzplanung ein Niveau von unter 11 %.
- Schon 2015 – und somit fünf Jahre vor dem Finanzierungssaldo – wurde der Wendepunkt beim Primärsaldo erreicht, der zuvor nur in wenigen Ausnahmejahren positiv ausfiel. Im Planungszeitraum ab 2021 kann der Saldo ohne die vergangenheitsbezogenen Zinsausgaben sowie ohne Vermögensveräußerungen teilweise deutlich über + 500 Mio. € gehalten

werden, während der strukturelle Saldo, der nun von der strukturellen Nettokredittilgung abgelöst wird, ab 2020 zum Zeitpunkt der Veranschlagung sowie zum Haushaltsabschluss (ohne Ausnahmetatbestand) nicht mehr negativ ausfallen darf, um die Schuldenbremse einzuhalten. Nur in 2022 ist zu dieser Grenze aktuell noch 15 Mio. € bis zur Veranschlagung aufzuholen.

Abb. 22: Quoten und Salden des Stadtstaates



6. Maßnahmenbezogene Investitionsplanung

Gemäß § 50 Absatz 4 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) sind im Finanzplan die vorgesehenen Investitionsschwerpunkte zu erläutern und zu begründen. Dieser gesetzlichen Vorgabe kommen das Land und die Stadtgemeinde Bremen mit der Vorlage der nachfolgenden maßnahmenbezogenen Investitionsplanung nach.

Unter Punkt 5.2.3 sind die wesentlichen Aussagen zur Entwicklung der Investitionsausgaben und zum Verfahren der Erstellung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung bereits dargestellt.

Die hier folgenden Übersichten weisen maßnahmenscharf für die Jahre 2016 bis 2019 die tatsächlichen Ist-Werte und für die Jahre 2020 bis 2023 die geplanten Werte der einzelnen Investitionen in Einnahmen und Ausgaben aus. Die Gliederung orientiert sich dabei an der Produktplanstruktur. Das bedeutet, dass die Maßnahmen entsprechend der jeweiligen Zuständigkeit einem Produktplan (Ressort/Senatsbereich) zugeordnet sind. Innerhalb der einzelnen Produktplanübersichten ist die interne Sortierung für alle Produktpläne identisch. Generell gilt, dass alle weißen Zeilen die Finanzpositionen (numerische und textliche Zweckbestimmung) der einzelnen Haushalte beinhalten. Farblich unterlegte Zeilen stellen entweder Summenzeilen oder weitere Erläuterungen dar. Beispiel: Gelb unterlegte Zeilen stellen die Investitionspläne der Sondervermögen (Teil der Wirtschaftspläne) dar und bieten damit eine Zusatzinformation darüber, wofür die darüber liegende Zuführung (weiß) im Einzelnen verwendet werden soll. Hierbei kann es zu Abweichungen zwischen der Höhe der Zuführung und der Summe des Investitionsplans kommen, da Sondervermögen auch eigene Einnahmen erzielen, die für Investitionen verwendet werden können.

Die Tabellen beginnen jeweils mit den investiven Einnahmen, bei denen zwischen originären Einnahmen und Einnahmen von den jeweils anderen Gebietskörperschaften unterschieden wird. Die gleiche Unterscheidung wird auch bei den dann folgenden investiven Ausgaben vorgenommen, wobei die originären Ausgaben dann noch weiter wie folgt untergliedert werden in die Kategorien

- Tilgung Kapitaldienstfinanzierung
  (ab 2020 wg. Auflösung des BKF vom Volumen zu vernachlässigen; siehe hierzu Punkt 4.6)
- Kleine Unterhaltungs- und Beschaffungsmaßnahmen
  (Gr. 700-719,811/12)
- EU-, Bundes- und Landesprogramme
- Zuweisungen/Zuschüsse an Sondervermögen/Gesellschaften
- Sonstige (Einzel-) Maßnahmen.

Nachrichtlich werden unterhalb der Summenzeilen zusätzlich noch die in Zusammenhang mit der Tilgung von Kapitaldienstfinanzierung angefallenen Zinsausgaben ausgewiesen, die aber wie vorher erwähnt wegen der Auflösung des Bremer Kapitaldienstfonds künftig zu vernachlässigen sind. Ebenfalls nachrichtlich werden die investiven Rücklagenbewegungen der einzelnen Produktpläne ausgewiesen.

Vorangestellt werden bei den beiden Gebietskörperschaften zusammenfassende Übersichten in der vorgenannten Struktur, die einen Gesamtüberblick über das zur Verfügung stehende Investitionsvolumen ermöglichen.

Die Tabellen bieten über die durchgehende Kategorisierung hinaus zudem die Möglichkeit weiterer Auswertungen über verschiedene - bei den Maßnahmen hinterlegte - Kennungen wie bspw. Funktionskennziffern, die aus Gründen der Übersichtlichkeit im Druck ausgeblendet werden. Da inhaltliche Zuordnungen teilweise produkplanübergreifend vorkommen, wie bspw. bei Schul- und KiTabauten, die zum einen im Produktplan ‚Kinder und Bildung' (PPL 21) aber auch in den Produktplänen ‚Zentrale Finanzen' (PPL 93) durch die Zuordnung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds (KInvFG) oder im Produktplan ‚Immobilienwirtschaft und -management (PPL 97), in dem das Sondervermögen Immobilien und Technik verortet ist, sind solche weitergehenden übergreifenden Auswertungsmöglichkeiten sinnvoll und notwendig.

So sind nach dieser Auswertung innerhalb der Funktionskennziffer 11/12 ‚Allgemeinbilde und berufliche Schulen' in den Planjahren 2020 bis 2023 im Schnitt ca. 75 Mio. € netto pro Jahr vorgesehen.

Darüber hinaus stehen in den Planjahren 2022 und 2023 noch nicht verteilte Investitionsausgaben in Höhe von 57 bzw. 136 Mio. € (davon Land Bremen 28 und 81 Mio. € und Stadtgemeinde Bremen 29 und 55 Mio. €) für weitere Schwerpunktsetzungen zur Verfügung. Geplant ist, diese Mittel im Rahmen der nächsten Überarbeitung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, die vor der nächsten Eckwertbildung erfolgen soll, über einen Abstimmungsprozess unter Leitung einer Staatsräterunde auf die angemeldeten Maßnahmen zu verteilen.

In diesem Zusammenhang ist auch die weitere Ausgestaltung des in 2018 implementierten Investitionsatlas vorgesehen, der die visuelle geographische Zuordnung der Maßnahmen mit den vorgesehenen Mitteln auf einem Stadtplan bzw. einer Karte ermöglicht. Dafür wurden die Maßnahmen bereits festen Adressdaten zugeordnet. Diese Zuordnung erfolgte vorerst zentral durch den Senator für Finanzen. Geplant ist auch hier weitere Detaillierungen vorzunehmen. So sollen künftig ‚Programmpositionen' wie bspw. EU-EFRE-Mittel oder Städtebauförderungsmittel insoweit aufgegliedert werden, dass auch hier eine Zuordnung der jeweils darunterfallenden Maßnahmen zu bestimmten Adressdaten möglich ist. Gleiches gilt für Zuführungspositionen an Sondervermögen. Hier wurden die verantwortlichen Stellen bereits zur Haushaltsaufstellung 2022/21 gebeten, entsprechende Daten im Rahmen ihrer Investitionspläne (s.o.) – soweit möglich – zur Verfügung zu stellen, damit nicht wie bisher die Gesamtsumme der Zuführung an der Adresse der zuständigen Dienststelle verortet werden muss.

Geplant ist zudem zukünftig die maßnahmenbezogene Investitionsplanung auf eine zehnjährige Planung umzustellen um gerade größere und längerfristige Maßnahmen besser darstellen zu können und eventuell bereits bestehende Vorbelastungen künftiger Haushalte besser steuern zu können. Gerade bei Investitionen weichen die ursprüngliche Planung und die tatsächliche Durchführung/Mittelabfluss oft sehr voneinander ab, da große Unwägbarkeiten – bedingt durch Wetter, Architekten/Planer und Handwerkermangel, gesetzliche Vorgaben etc. – bestehen.

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Summe aller Produktpläne (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**111.008**	**134.355**	**112.213**	**132.432**	**175.316**	**168.235**	**116.857**	**124.964**
nachrichtlich: von Land (Gr. 380/381)	*173*	*4.636*	*999*	*155*	*0*	*0*	*0*	*0*
von Stadt (Gr. 386)	**31.624**	**20.687**	**24.233**	**22.400**	**23.515**	**23.515**	**22.352**	**22.352**
von Bremerhaven (Gr. 387/389)	**4.570**	**4.570**	**5.303**	**5.455**	**5.303**	**5.303**	**5.303**	**4.570**
Investive Einnahmen inkl. Gr. 386 und 387/389	**147.202**	**159.612**	**141.748**	**160.286**	**204.134**	**197.053**	**144.513**	**151.886**
Investive Ausgaben	**193.782**	**275.549**	**277.377**	**235.232**	**282.106**	**307.517**	**322.711**	**379.360**
nachrichtlich: an Land (Gr. 980/981)	*4.146*	*6.600*	*9.752*	*320*	*0*	*0*	*0*	*0*
an Stadt (Gr. 984)	**64.054**	**65.426**	**75.974**	**75.428**	**95.579**	**82.274**	**92.259**	**93.185**
an Bremerhaven (Gr. 985)	**10.563**	**16.792**	**13.725**	**18.186**	**17.067**	**15.051**	**15.449**	**14.960**
Investive Ausgaben Land inkl. Gr. 984 und 985	**268.399**	**357.767**	**367.076**	**328.847**	**394.752**	**404.843**	**430.419**	**487.505**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**13.847**	**12.078**	**12.035**	**9.319**	**3.090**	**746**	**660**	**684**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**11.313**	**14.142**	**15.533**	**18.729**	**20.891**	**14.053**	**14.231**	**14.210**
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**100.329**	**96.201**	**101.414**	**104.676**	**119.900**	**139.656**	**135.771**	**146.086**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**22.768**	**83.394**	**61.711**	**41.763**	**35.130**	**44.654**	**48.274**	**45.272**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**45.524**	**69.734**	**86.684**	**60.745**	**103.096**	**108.408**	**95.811**	**91.969**
Globale Mehrausgaben							**27.963**	**81.139**
Netto-Investitionen (ohne Verr./Erst.):	**82.774**	**141.194**	**165.164**	**102.800**	**106.791**	**139.282**	**205.854**	**254.396**
Netto-Investitionen (inkl. Verr./Erst.):	**121.197**	**198.155**	**225.328**	**168.561**	**190.619**	**207.790**	**285.906**	**335.618**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**2.062**	**1.575**	**1.178**	**725**	**476**	**345**	**356**	**345**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**70.415**	**-36.735**	**-8.159**	**-58.635**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023 **Stand: 5. Mai 2020**

Produktplan: 01 Bürgerschaft (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**561**	**533**	**474**	**377**	**696**	**956**	**959**	**962**
an andere Produktpläne im Landeshaushalt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0010.98418-1 An Hst. 3988/384 18-5 für Baumaßnahmen im Haus der Bürgerschaft (Nutzeranteil)			1.704		1.163	1.163		
an Stadt produktplan-übergreifend (PPL 21)	**0**	**0**	**1.704**	**0**	**1.163**	**1.163**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 01 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985	**561**	**533**	**2.178**	**377**	**1.858**	**2.118**	**959**	**962**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**310**	**294**	**359**	**84**	**0**	**0**	**0**	**0**
0010.88410-1 Zuschüsse für die Sanierung des Hauses der Bürgerschaft (Tilgung)	310	294	359	84				
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**251**	**238**	**115**	**293**	**696**	**956**	**959**	**962**
0010.70001-9 Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	114	11	29	35	116	41	110	112
0010.71910-0 Sicherungsmaßnahmen in Verwaltungsgebäuden		0		4	40	40	40	40
0010.81201-1 Erwerb von Büromaschinen			34					
0010.81202-0 Erwerb von Inventar	48	65	32	89				
0010.81205-4 Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	7	21	8	118				
0010.81210-0 Erwerb von Maschinen und Geräten	2	3	5					
0010.81211-9 EDV-gestütztes Parlamentsinformations- und Kommunikationssystem	18			7				
0010.81212-7 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen					206	375	309	210
0010.81221-6 Erwerb von Tonaufnahme- und Tonübertragungsanlagen	8	105		25				
0010.81240-2 IT-Fachaufgaben investiv					138	191	250	300
0010.81241-0 IT-Querschnitt investiv					195	309	250	300
0010.81233-0 Erwerb von Softwarelizenzen	54	34	7	14				
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**561**	**533**	**474**	**377**	**696**	**956**	**959**	**962**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**46**	**32**	**26**	**3**	**0**	**0**	**0**	**0**
0010.56201-5 Zinszuschüsse für Instandsetzungsdarlehen für das Haus der Bürgerschaft	46	32	26	3				
nachr.: Saldo investive Rücklage	**-101**	**4**	**37**	**-47**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 02 Rechnungshof (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**68**	**1**	**4**	**0**	**15**	**10**	**10**	**10**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**68**	**1**	**4**	**0**	**15**	**10**	**10**	**10**
0011.70001-2 Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	4				10	5	5	5
0011.81202-3 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	64	1	4		5	5	5	5
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**68**	**1**	**4**	**0**	**15**	**10**	**10**	**10**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**-77**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**260**	**306**	**282**	**260**	**263**	**263**	**263**	**263**
an andere Produktpläne im Landeshaushalt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
an Stadt produktplan-intern (PPL 03)	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0020.98515-1 An Hst. 6782/385 15, Impulsgelder für lebenswerte Städte		-26						
an Bremerhaven	**0**	**-26**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 03 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985	**260**	**280**	**282**	**260**	**263**	**263**	**263**	**263**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**0**	**46**	**22**	**0**	**3**	**3**	**3**	**3**
0020.70000-9 Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen		46	22	0				
0021.81250-1 Erwerb von Maschinen, Geräten und Inventar					3	3	3	3
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**260**	**260**	**260**	**260**	**260**	**260**	**260**	**260**
0020.88310-3 Anteil Bremens für den Fonds der Metropolregion	260	260	260	260	260	260	260	260
Netto-Investitionen:	**260**	**306**	**282**	**260**	**263**	**263**	**263**	**263**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**0**	**-36**	**4**	**-13**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 04 Europa (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**0**	**0**	**0**	**0**	**17**	**17**	**17**	**18**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**0**	**0**	**0**	**0**	**17**	**17**	**17**	**18**
0027.81240-6 Erwerb von Maschinen, Geräten, Inventar und ADV-Anlagen					17	17	17	18
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**0**	**0**	**0**	**0**	**17**	**17**	**17**	**18**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 05 Bundes- und Europaangelegenheiten (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**58**	**65**	**23**	**371**	**1.765**	**58**	**59**	**60**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**58**	**65**	**23**	**10**	**58**	**58**	**59**	**60**
0028.70005-9 Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	5	4	8	7	30	30	31	31
0028.70020-2 Kleine Um- und Erweiterungsbauten (Europa)	33	34	3					
0028.81215-9 Erwerb von Maschinen, Geräten, Inventar und ADV-Anlagen	5	27	13		28	28	29	29
0028.81240-0 Erwerb von Maschinen, Geräten, Inventar und ADV-Anlagen (Europaangelegenheiten)	15			3				
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**361**	**1.707**	**0**	**0**	**0**
0028.89101-6 Zuschuss an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH für die Fassadensanierung am Dienstgebäude der Landesvertretung Bremen in Berlin				361	1.707			
Netto-Investitionen:	**58**	**65**	**23**	**371**	**1.765**	**58**	**59**	**60**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**18**	**-18**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**4**	**1**	**5**	**1**	**27**	**35**	**35**	**36**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**4**	**1**	**5**	**1**	**27**	**35**	**35**	**36**
0029.70000-1 Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen			0		5	10	10	10
0029.81200-4 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4	1	5	1	22	25	25	25
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**4**	**1**	**5**	**1**	**27**	**35**	**35**	**36**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**-13**	**-4**	**-28**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 07 Inneres (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**55**	**91**	**215**	**82**	**0**	**0**	**0**	**0**
0034.38908-0	Von Hst. 6110/989 01, Erstattung von Sachkosten aufgrund gemeinsamer Beschaffungen				35				
von anderen Bremerhaven		**0**	**0**	**0**	**35**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 07 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**55**	**91**	**215**	**117**	**0**	**0**	**0**	**0**
0032.13200-6	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen			24	1				
0034.13200-3	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		0	18	5				
0034.13201-1	Erlös aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	9	43	56	48				
0037.13200-4	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen				1				
0037.33100-7	Vom Bund für Investitionskosten des Digitalfunks	45	47	118	27				
Investive Ausgaben		**4.279**	**3.602**	**6.189**	**7.742**	**3.641**	**3.111**	**3.250**	**4.095**
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0031.98522-6	An Hst. 6110/38501, Kostenerstattung für investive Ausgaben der Polizei	536	536	536	536	636	636	1.406	1.006
0034.98508-1	An Hst. 6110/385 08, Erstattung von Sachkosten aufgrund gemeinsamer Beschaffungen			31	51				
an Bremerhaven		**536**	**536**	**567**	**587**	**636**	**636**	**1.406**	**1.006**
Investive Ausgaben PPL 07 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**4.815**	**4.138**	**6.756**	**8.329**	**4.277**	**3.747**	**4.656**	**5.101**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**66**	**50**	**95**	**34**	**0**	**0**	**0**	**0**
0034.89113-3	An das Sondervermögen Immobilien und Technik (investive Miete) - Anteil Tilgung Projekt 0203 S SVIT Polizei -	66	50	95	34				
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**4.016**	**3.087**	**5.696**	**6.988**	**3.239**	**2.714**	**2.961**	**2.884**
0030.70000-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	5	3		16	50	50	51	52
0034.70001-0	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	62	307	666	1.329	516	100	102	104
0031.70010-8	Bauliche Unterhaltung von Einrichtungen der Luftrettung				0	80	5	5	5
0037.71900-5	Herstellung und Unterhaltung von Sendeanlagen	84	80	155	348	40	34	35	35
0034.81110-5	Erwerb von Kraftfahrzeugen einschließlich Ausrüstung	2.209	1.309	1.467	2.482	1.000	750	1.300	1.300
0030.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1	2	24		5	5	5	5

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 07 Inneres (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0032.81200-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	228	174	102	15	65	386	56	57
0034.81200-4	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	907	1.186	743	966	1.269	1.169	1.192	1.216
0036.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	3	5	4	1	5	5	5	5
0037.81200-5	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	134	22	503	213	210	210	210	104
0034.81220-9	Umsetzung von Sicherheitskonzepten im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen	382							
0030.81250-6	Investive Ausgaben Projekt S7 -Einrichtung eines Stabslagezentrums - Handlungsfeld Sichere und Saubere Stadt				103				
0032.81251-1	Investive Ausgaben Projekt S33 -Verbesserung der Gefahrenabwehr - Handlungsfeld Sichere und Saubere Stadt			212	225				
0034.81250-0	Investive Ausgaben Projekt S1 -Verstärkung Videoüberwachung - Handlungsfeld Sichere und Saubere Stadt			1.324	637				
0030.81299-9	Schwerpunktmittel PP96 investiv								
0034.81252-7	Investive Ausgaben Projekt S3 -Verbesserung der Schutzausstattung - Handlungsfeld Sichere und Saubere Stadt			498	652				
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**56**	**55**	**183**	**515**	**187**	**75**	**75**	**75**
0034.88413-7	An SVIT für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen von	56	55	63	70	75	75	75	75
0034.88410-2	Zuweisungen für Investitonen an Sondervermögen (investive Miete)					112			
0034.88401-3	An SVIT Umbaumaßnahme HfÖV - Standort II Niedersachsendamm - LPS			120	445				
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**140**	**411**	**215**	**206**	**215**	**322**	**215**	**1.137**
0034.86301-6	Darlehen an Bedienstete für den Rechtsschutz	6	10	7	5	15	15	15	15
0034.82311-1	Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen von Energiesparcontracting	76	76	76	76	108	108		
0037.88100-7	Investitionskostenanteile am bundesdeutschen Digitalfunknetz der	56	324	130	123	90	200	200	1.122
0037.88101-5	Investitionskostenanteile für die Bundesanstalt für den Digitalfunk der	3	1	2	3	3			
Netto-Investitionen:		**4.224**	**3.512**	**5.973**	**7.660**	**3.641**	**3.111**	**3.250**	**4.095**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**17**	**18**	**18**	**18**	**20**	**0**	**0**	**0**
0034.56410-8	Zinsausgaben an Sondervermögen	17	18	18	18	20			
nachr.: Saldo investive Rücklage		**100**	**-39**	**461**	**-1.022**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 08 Gleichberechtigung der Frau (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**14**	**5**	**3**	**15**	**4**	**4**	**4**	**4**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**14**	**5**	**3**	**15**	**4**	**4**	**4**	**4**
0045.70000-3 Kleine Um- und Erweiterungsbauten	3	3	1					
0045.81200-6 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	11	2	2	15	4	4	4	4
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**14**	**5**	**3**	**15**	**4**	**4**	**4**	**4**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**2**	**-1**	**2**	**-16**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 11 Justiz (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**2**	**5**	**0**	**42**	**0**	**0**	**0**	**0**
0101.38140-4	Von Hst. 0308/981 10-0, Erstattungen für das Projekt RESOWEST (EFRE-Programm)	77							
von anderen Produktplänen Land		**77**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 11 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**77**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0120.13210-5	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	2	5		42				
Investive Ausgaben		**5.588**	**4.241**	**2.891**	**1.037**	**1.167**	**1.139**	**1.081**	**1.102**
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0111.98520-0	An Hst. 6110/385 07, Erstattungen der STA Bremen, Zweigstelle Bremerhaven, für Investitionen der Asservatenstelle Bhv.	7		3	3	8	3	3	3
an Bremerhaven		**7**	**0**	**3**	**3**	**8**	**3**	**3**	**3**
Investive Ausgaben PPL 11 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**5.595**	**4.241**	**2.893**	**1.040**	**1.174**	**1.142**	**1.083**	**1.105**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**15**	**15**	**15**	**15**	**0**	**0**	**0**	**0**
0132.88403-0	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredite	15	15	15	15				
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**1.011**	**1.012**	**1.159**	**990**	**1.054**	**1.059**	**1.081**	**1.102**
0100.70000-0	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen		7		1				
0102.70000-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen		1						
0111.70000-1	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	3	12	20	12	12	12	12	12
0130.70000-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen		1			3	3		
0131.70000-8	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	3	0	0	100	4	4	4	4
0134.70000-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	-1	5	6	5	10	10	10	10
0151.70000-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	12	13	15	15	15	15	15	16
0133.70001-3	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	5	6	6	7	8	8	8	8
0120.70005-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	425	339	448	371	435	445	457	467
0132.70005-2	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	35	18	101	93	83	98	103	105
0120.81100-2	Erwerb von Fahrzeugen	59	48			40	40	41	42
0100.81200-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1	9	6	7	5	5	5	5
0101.81200-6	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		94						
0102.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1	2			6	6	2	2
0110.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	3	2	1	3	3	3	3	3
0111.81200-4	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	50	27	15	15	15	15	15	16

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 11 Justiz (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0120.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	238	280	238	196	238	238	242	247
0130.81200-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	15	6	5	5	5	5	5	5
0131.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	37	6	17	27	29	9	9	9
0132.81200-4	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	74	80	79	82	83	83	85	86
0133.81200-8	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	6	2	9	7	7	7	7	7
0134.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	11	20	18	19	20	20	20	21
0141.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1		1		2	2	2	2
0150.81200-3	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	6	6	6	6	6	6	6	6
0151.81200-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4	6	6	5	7	7	7	7
0160.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	3	3	3	2	3	3	3	3
0171.81200-3	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	6	6	6	3	6	6	6	6
0180.81200-8	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	6	6	6	5	6	6	6	6
0181.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	7	6	6	5	6	6	6	6
0132.81216-0	Investive Ausgaben Projekt S14 - EinlasskontrollenHandlungsfeld Sichere und Saubere Stadt			141					
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**4.550**	**3.208**	**1.674**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0120.89111-1	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierung der Anstaltsgebäude einschl. Sicherungsmaßnahmen	4.550	3.208	1.237					
0132.89117-6	An das Sondervermögen Immobilien und Technikfür die Einrichtung eines IT-Schulungraums			196					
0132.89118-4	An das Sondervermögen Immobilien und TechnikProjekt D23 - Einrichtung eines IT_Schulungraums -Handlungsfeld Digitalisierung			241					
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**12**	**7**	**44**	**32**	**113**	**80**	**0**	**0**
0111.79010-8	Sicherungsmaßnahmen Diensgebäude der Staatsanwaltschaft	5	5	17	12	13			
0132.79011-6	Sicherungsmaßnahmen im Gebäude des Amtsgerichts Bremen			28	20	20			
0120.79042-0	Behebung einer Grundwasserverunreinigung auf dem Gelände der Justizvollzugsantalt (JVA) Oslebshausen	7	2			80	80		
Netto-Investitionen:		**5.586**	**4.237**	**2.891**	**995**	**1.167**	**1.139**	**1.081**	**1.102**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**3**	**2**	**1**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**
0132.56403-5	An SVIT Zinsen Sanierungskredite	3	2	1	1				
nachr.: Saldo investive Rücklage		**21**	**-146**	**-49**	**-183**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**1.508**	**2.932**	**4.188**	**2.412**	**12.412**	**10.000**	**10.000**	**10.000**
0257.38145-5	Von Hst. 0754/981 45-8 Mittel für das Projekt Denkort Bunker Valentin			131	50				
von anderen Produktplänen Land		**0**	**0**	**131**	**50**	**0**	**0**	**0**	**0**
0257.38621-0	Von Hst. 3754/986 21-1 Mittel für das Projekt Denkort Bunker Valentin	15	185	263					
von anderen Produktplänen Stadt		**15**	**185**	**263**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 21 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**1.523**	**3.117**	**4.582**	**2.462**	**12.412**	**10.000**	**10.000**	**10.000**
0230.13211-9	Erlös aus dem Verkauf unbrauchbarer und entbehrlicher Gegenstände				0				
0202.33110-6	Vom Bund für weiteren Ausbau Kindertagesbetreuung		1.490	2.740	2.412	2.412			
0201.33132-3	Vom Bund für das Projekt "Digitalisierung"					10.000	10.000	10.000	10.000
0202.33445-8	Vom Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau für Kinderbetreuungsfinanzierung (KiZuFöG)	1.508	1.442	1.448					
Investive Ausgaben		**763**	**533**	**603**	**280**	**2.289**	**2.289**	**2.242**	**2.245**
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0201.98461-0	An Hst. 3239/384 61-6, Landesprogramm Sofortprogramm Schule (SoProSchule)			9.772	8.359	12.075	3.901	3.901	3.901
0201.98425-4	An Hst. 3288/384 25-7 für das Projekt "Alphabetisierung in den Künsten"				10				
0201.98432-7	An Hst. 3239/384 32-2 für das Projekt "Digitalisierungspakt"				1.139	6.333	6.333	6.333	6.333
0202.98446-0	An 3232.38446-7 für weiteren Ausbau Kindertagesbetreuung		1.490	1.978	1.978	1.978			
0202.98445-2	An Hst.3232/384 45-9 zur Kinderbetreuungsfinanzierung KiZuFöG (investiv)	1.508	1.442	973					
an Stadt produktplan-intern (PPL 21)		**1.508**	**2.932**	**12.724**	**11.486**	**20.386**	**10.234**	**10.234**	**10.234**
0201.98532-3	An Hst. 6205/385 14 für das Projekt "Digitalisierungspakt"				198	1.585	1.585	1.585	1.585
0202.98546-7	An Hst. 6470/385 07 für weitern Ausbau Kindertagesbetreuung			762	434	434			
0202.98545-9	An Hst. 6470/385 06 zur Kinderbetreuungsfinanzierung KiZuFöG			475	317				
0201.98561-7	An Hst. 6205/385 12, Landesprogramm Sofortprogramm Schule (SoProSchule)			2.000	1.560	1.147	2.074	2.074	2.074
an Bremerhaven		**0**	**0**	**3.237**	**2.509**	**3.167**	**3.659**	**3.659**	**3.659**
Investive Ausgaben PPL 21 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**2.271**	**3.465**	**16.564**	**14.274**	**25.841**	**16.182**	**16.135**	**16.138**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**253**	**336**	**220**	**215**	**1.649**	**1.649**	**1.652**	**1.655**
0230.70001-0	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	47	39						
0200.70013-9	Renovierungsmaßnahmen	15	71	69	35	76	76	78	79
0257.81200-6	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		1		1	5	5	10	10
0230.81201-2	Investive Lehrmittel aus Erstattungen von Dritten	14	8	20	23				
0200.81202-6	Erwerb von Inventar	52	89	49	94	55	55	51	52
0230.81202-0	Erwerb von Inventar	8	69		10	7	7	7	7
0230.81205-5	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	1	22	4	20				
0230.81210-1	Erwerb von Maschinen und Geräten	4	6	23	8	3	3	3	3
0201.81232-1	Verwendung der Mittel für das Projekt "Digitalisierung"					1.493	1.493	1.493	1.493
0201.81211-9	eGovernment-Aufgaben	55							
0230.81212-8	Erwerb von Lehrmitteln, AV-Medien	58	31	54	24	10	10	10	10
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**510**	**198**	**383**	**64**	**640**	**640**	**590**	**590**
0201.89332-1	Zuschüsse an Privatschulen für das Projekt "Digitalisierungspakt"					590	590	590	590
0257.89316-2	U-Boot Bunker Valentin	510	198	383	64	50	50		
Netto-Investitionen:		**-745**	**-2.399**	**-3.585**	**-2.133**	**-10.123**	**-7.711**	**-7.758**	**-7.755**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage		**0**	**0**	**8**	**-8**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 22 Kultur (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**65**	**47**	**75**	**62**	**168**	**70**	**118**	**120**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**50**	**47**	**75**	**62**	**168**	**70**	**118**	**120**
0256.70010-7 Kleinere Instandsetzungsmaßnahmen an Kulturdenkmälern	16	12	12	7	12	12	12	12
0258.70010-4 Planungskosten Erweiterung Staatsarchiv						10	50	50
0250.81200-0 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2	4	3	9	17	17	24	25
0258.81200-0 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	10	18	25	18	36	18	18	19
0258.81202-6 Erwerb von Inventar	7							
0256.81202-9 Erwerb von Inventar	1		4					
0259.81216-0 Geräte und Ausstattungsgegenstände des Landesarchäologen	13	13	32	29	103	13	13	14
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**15**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0256.89316-9 Zuwendungen an Dritte aus Mitteln der Stiftung 'Wohnliche Stadt'	15							
Netto-Investitionen:	**65**	**47**	**75**	**62**	**168**	**70**	**118**	**120**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**-25**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**30.847**	**31.639**	**30.172**	**31.559**	**30.471**	**37.718**	**35.683**	**44.457**
0292.38040-2	Von Hst. 0709/981 57-9 für das EU-Programm EFRE 2007-2013 (investiv)			776					
von anderen Produktplänen Land		**0**	**0**	**776**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0290.38902-0	Von Hst. 6321/989 02 für die Beteiligung Bremerhavens an der Kulturförderung (investiv)			733	733	733	733	733	
0290.38903-8	Von Hst. 6321/989 03 für die Beteiligung Bremerhavens an der Sanierung "SEUTE DEERN"				117				
von anderen Bremerhaven		**0**	**0**	**733**	**850**	**733**	**733**	**733**	**0**
Investive Einnahmen PPL 24 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**30.847**	**31.639**	**31.680**	**32.409**	**31.204**	**38.451**	**36.416**	**44.457**
0273.33111-5	Vom Bund für die Durchführung des BaföG (Darlehen Tertiärbereich)	17.623	18.709	16.948	16.123	23.000	24.000	24.000	24.000
0270.33180-7	Zuweisungen des Bundes nach Art. 143c GG für Hochschulbaumaßnahmen	12.843	12.843	12.843	12.843				
0270.33181-5	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91b GG für Forschungsbauten			204	2.099	3.926	5.685	4.738	2.843
0290.33115-3	Bundeszuschuss für die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum (investiv)	77			174	468	188	5.782	4.724
0290.33116-1	Bundeszuschuss für die Sanierung DSM					800	5.000		
0290.33215-0	Länderzuschüsse für die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum (investiv)	37	36	36	35	90	34	35	41
0290.33120-0	Bundeszuschuss für das Leibniz-Institut für werkstofforientierte Technologien (IWT)/investiv			54		291	300	304	308
0290.33220-6	Länderzuschüsse für das Leibniz-Institut für werkstofforientierte Technologien (IWT)/investiv			46	45	56	57	58	59
0290.33101-3	Bundeszuschuss für das Leibniz-Institut Zentrum für Marine Tropenforschung (ZMT)/ investiv	136			154	160	165	167	180
0290.33102-1	Bundeszuschuss für den Neubau ZMT					1.200	2.191		11.200
0290.33201-0	Länderzuschüsse für das Leibniz-Institut Zentrum für Marine Tropenforschung (ZMT)/ investiv	32	32	31	31	31	31	31	34
0290.33110-2	Bundeszuschuss für die BIPS-Institut für Epidemiologie und Präventionsforschung GmbH/investiv	80			45	376	58	57	57
0290.33111-0	Bundeszuschuss für den Neubau BIPS							500	1.000
0290.33210-9	Länderzuschüsse f. die BIPS-Institut für Epidemiologie und Präventionsforschung GmbH/investiv	19	19	9	9	73	11	11	11

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Ausgaben		**63.475**	**65.650**	**74.882**	**70.761**	**92.881**	**99.362**	**102.924**	**105.370**
0270.98401-0	An Hst. 3682/384 65-3 von anderen Kapiteln wegen Gebühreneinnahmen				10				
an Stadt produktplan-übergreifend (PPL 68)		**0**	**0**	**0**	**10**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 01 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**63.475**	**65.650**	**74.882**	**70.771**	**92.881**	**99.362**	**102.924**	**105.370**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**5.688**	**3.950**	**3.797**	**3.620**	**3.090**	**746**	**660**	**684**
0274.88410-0	Tilgung für das Projekt 0604 L Abfinanzierung Exzellenzinitiative	1.758							
0274.88411-8	Tilgung für das Mietkaufprojekt SFG 9606 L 01	427	427	427	427	427	68		
0274.88412-6	Tilgung für das Mietkaufprojekt IW3 9606 L 02	427	427	427	427	427	41		
0274.88413-4	Tilgung für das Mietkaufprojekt Chemie 9606 L 03	1.131	1.131	1.131	1.131	847			
0274.88414-2	Tilgung für das Projekt 0213 L Energetische Gesamtoptimierung Staats- und Universitätsbibliothek	370	370	198					
0274.88416-9	Tilgung für das Projekt 0402 L MARUM/OPD	533	553	572	593	615	637	660	684
0274.88417-7	Tilgung für das Mietkaufprojekt 9606 L 04 HS Bremerhaven	1.042	1.042	1.042	1.042	774			
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**41.101**	**42.517**	**46.439**	**42.745**	**56.186**	**64.426**	**67.366**	**72.982**
0270.79012-7	Projektentwicklung und Steuerung globaler Baunebenkosten	500	500	500	490	750	750	750	750
0270.88210-2	Finanzierungsanteil am norddeutschen Hochleistungsrechner			408	408	272	236	236	236
0270.89401-1	An die Hochschule Bremen zur Fortführung der Sanierung des Standortes Werderstraße	800							
0270.89402-0	An die Universität für das MZH, Umstrukturierung Ebene 6	700	1.000						
0270.89403-8	An die Universität für die SpH, Erneuerung der Lüftungsanlage		800						
0270.89404-6	An die Universität für PCB-Sanierung Gebäude Geisteswissenschaften		1.200	800	388	400	500	542	
0270.89405-4	An die Universität für PCB-Sanierung Gebäude Naturwissenschaften 1			2.000	1.200	2.000	751		
0270.89407-0	An die Universität für das Mehrzweckhochhaus (MZH), Umstrukturierung Ebene 5				1.700				
0270.89408-9	An die Universität f. Gebäude Geisteswissensch. 2 (GW2), Sanierung und Umstrukturierung von Veranstaltungsräumen				500	1.000			
0270.89409-7	An die Universität für das Hörsaal- und Veranstaltungszentrum (HVZ)					700	1.000	2.250	2.250
0270.89410-0	An die Universität für Neubau Zentrum für marine Umweltwissenschaften III (Marum III)				2.395	5.240	7.685	12.238	10.343
0270.89411-9	An die Universität für die Sanierung der Sportstätten						300	500	500
0270.89413-5	An die Universität Bremen für energetische Sanierungsmaßnahmen						3.190	4.000	4.000

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0270.89416-0	An die Hochschule für Künste für Erweiterung Dechanatstraße								500
0270.89420-8	An die Hochschule Bremen, Schadstoffsanierung Gebäude FS			5.500	1.300	3.886	5.701	3.914	1.374
0270.89450-0	An die Hochschulen und die Staats- und Universitätsbibliothek f. Großgeräte			600		605	605	605	605
0270.89460-7	An die Hochschule für Künste für Fassadensanierung Speicher XI und Dechanatstraße	500	490	500					
0270.89461-5	Sanierung des Studentenwohnheims Campus	2.300	2.300	500					
0270.89462-3	An die Universität f.d. Aufrechterhaltung des Uni-Bad Betriebes	452							
0270.89498-4	An die Universität für Neubau Naturwissenschaften 2 (NW 2)	9.978	10.816	9.935	6.297	2.500	1.983		
0270.89499-2	An die Universität zur Sanierung Naturwissenschaften 2 (NW 2), Trakt A und B			2.120	2.928		2.000	2.000	2.000
0273.86311-7	Zahlungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG) (Darlehen Tertiärbereich)	17.623	18.709	16.948	16.123	23.000	24.000	24.000	24.000
0273.86312-5	Zahlungen nach dem BaföG (Darlehen Tertiärbereich) -Neufälle-	0	0	0					
0273.87111-0	Inanspruchnahme aus der Ausfallhaftung für uneinbringbare Bankdarlehen nach dem BaföG	-25	-20	-20	-21				
0290.89327-5	Investitionszuschuss an das Deutsche Forschungszentrum für künstliche Intelligenz GmbH (DFKI)	350	350	350	160	450	550	350	350
0290.89329-1	Zuschuss an das Leibniz-Institut Zentrum für marine Tropenforschung (ZMT) investiv	265	577	526	278	284	288	293	315
0290.88210-9	An Mecklenburg-Vorpommern, Finanzierungsanteil Forschungsschiff		162						
0290.89302-0	Investitionszuschüsse an Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried-Wilhelm-Leibniz (WGL)		86	122	120	116	119	123	126
0290.89308-9	Investitionszuschuss an die Deutsche Forschungsgemeinschaft	1.575	1.539	1.569	1.569	1.584	1.640	1.696	1.755
0290.89314-3	Investitionszuschuss an die Max-Planck-Gesellschaft	1.520	1.627	1.596	1.589	1.620	3.662	2.719	2.138
0290.89319-4	Investitionszuschuss an die Forschungsstelle Osteuropa	1	1	1	1	1	1	1	1
0290.89320-8	Investitionszuschuss an die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)	539	564	538	390	546	828	794	844
0290.89323-2	Investitionszuschuss an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR)	241	356	253	171	100	257	265	273
0290.89330-5	Zuschuss an das Leibniz-Institut für Werkstofforientierte Technologien (IWT)/investiv			237	181	515	528	536	545
0290.89335-6	Investitionszuschuss an das Zentrum für marine Tropenforschung (ZMT) für Neubau				200	2.200	3.191	8.000	18.400
0290.89388-7	Zuschuss für Neubau IFAM, 3. BA	1.700							
0291.89311-2	Zuschuss an die Stiftung "Alfred-Wegener-Institut" für Investitionen (ohne Bauten)	2.067	1.458	1.405	1.268	977	1.742	1.555	1.676
0292.89351-5	Investitionszuschuss a.d. Fraunhofer-AWF (Phase2) EFRE-Programm Bremen 2014-2020	30			47				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0292.89352-3	Investitionszuschuss a. d. Fraunhofer IWES für Zukunftskonzept Betriebsfestigkeit Rotorblätter (Phase 1) EFRE-Programm Bremen 2014-2020				39				
0292.89360-4	Investitionszuschuss an das DLR-Institut EFRE-Programm Bremen 2007-2013	-15							
0292.89366-3	Investitionszuschuss für Institutsneubau MEVIS EFRE (Medical Solutions AG (MeVis) EFRE-Programm Bremen 2014-2020				2.526	5.667	2.200		
0292.89370-1	Investitionszuschuss a. d. Deutsche Forschungszentrum für künstliche Intelligenz (DFKI) f. Forschungsverwaltungsgebäude 2. Bauabschnitt EFRE-Programm Bremen 2014-2020				412	200			
0292.89371-0	Investitionszuschuss a. d. Fraunhofer Institut für Windenergiesysteme (IWES) für Hallenneubau f. segmentierte Rotorblattprüfung EFRE-Programm Bremen 2014-2020					773			
0292.89372-8	Investitionszuschuss für das Institut für Werkstofftechnik EFRE-Programm Bremen 2014-2020					800			
0292.89373-6	Investitionszuschuss AnaSim4AM an das IWT für den Ausbau zu einem Leibniz-Institut (WGL) EFRE-Programm 2014-2020						720		
0292.89410-4	An die Universität für Forschergruppe Hochleistungselektronik f. Windenergieanlagen EFRE Programm Bremen 2014-2020 (investiv)			52	88				
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**16.686**	**19.183**	**24.645**	**24.395**	**33.606**	**34.190**	**34.898**	**31.704**
0274.89413-0	Zuschuss zu den Investitionen der Universität ohne Tilgung	8.108	8.188	8.241	8.418	10.490	11.340	12.880	13.804
	Verwendung gemäß Vermögensplan der Universität:	***26.774***	***29.912***	***26.081***	***31.508***	***29.746***	***34.595***	***47.726***	***52.497***
	a) Investitionen	***20.524***	***23.662***	***20.490***	***25.258***	***23.496***	***29.065***	***42.196***	***46.967***
	- Lizenzen an Rechten und Werten	*250*	*250*	*216*	*250*	*330*	*330*	*330*	*330*
	- Gebäude auf eigenem Grund	*10.678*	*13.816*	*182*	*15.412*	*11.840*	*17.409*	*29.746*	*33.593*
	- Gebäude auf fremdem Grund								
	- technische Anlagen	*1.000*	*1.000*	*1.699*	*1.000*	*1.200*	*1.200*	*1.200*	*1.500*
	- Maschinen	*600*	*600*	*1.289*	*600*	*900*	*900*	*900*	*900*
	- Betriebsvorrichtungen	*0*	*0*						
	- Büroeinrichtung	*30*	*30*	*6*	*30*	*15*	*15*	*15*	*15*
	- EDV-Hardware	*1.500*	*1.500*	*2.434*	*1.500*	*2.100*	*2.100*	*2.600*	*2.900*
	- Fuhrpark	*25*	*25*	*0*	*25*	*30*	*30*	*30*	*30*
	- Laboreinrichtung	*600*	*600*	*4.587*	*600*	*1.100*	*1.100*	*1.100*	*1.400*
	- Werkstatteinrichtung	*50*	*50*	*135*	*50*	*80*	*80*	*80*	*80*
	- übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	*791*	*791*	*3.296*	*791*	*901*	*901*	*1.195*	*1.219*

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	- Beteiligungen								
	- geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	*5.000*	*5.000*	*6.645*	*5.000*	*5.000*	*5.000*	*5.000*	*5.000*
	b) Mietkaufraten	***6.250***	***6.250***	***5.591***	***6.250***	***6.250***	***5.530***	***5.530***	***5.530***
0274.89423-7	Zuschuss zu den Investitionen der Hochschule Bremen	2.000	2.100	2.000	2.100	2.680	2.660	2.850	3.050
	Verwendung gemäß Vermögensplan der HS Bremen:	***2.800***	***2.000***	***3.004***	***2.000***	***1.180***	***2.660***	***2.850***	***3.050***
	- Lizenzen an Rechten und Werten	*10*	*10*	*35*	*10*	*10*	*40*	*40*	*40*
	- EDV-Software	*35*	*35*	*5*	*35*	*35*	*50*	*50*	*50*
	- Grund und Boden (bebaut)	*300*	*300*	*644*	*300*	*0*	*600*	*600*	*600*
	- Gebäude auf eigenem Grund	*800*							
	- technische Anlagen	*210*	*210*	*9*	*210*	*200*	*250*	*345*	*400*
	- Maschinen								
	- Büroeinrichtung	*50*	*50*	*64*	*50*	*40*	*80*	*90*	*90*
	- EDV-Hardware	*725*	*725*	*468*	*725*	*350*	*725*	*725*	*725*
	- Fuhrpark	*25*	*25*		*25*		*25*	*25*	*25*
	- Laboreinrichtung	*250*	*250*	*536*	*250*	*250*	*400*	*350*	*420*
	- Werkstatteinrichtung	*75*	*75*	*66*	*75*	*50*	*75*	*75*	*100*
	- übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	*50*	*50*	*52*	*50*	*50*	*65*	*150*	*200*
	- geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			*833*					
	- Beteiligungen								
	- GWG	*270*	*270*	*292*	*270*	*195*	*350*	*400*	*400*
0274.89443-1	Zuschuss zu den Investitionen der Hochschule für Künste	680	600	580	500	610	650	690	730
	Verwendung gemäß Vermögensplan der HfK Bremen:	***580***	***554***	***621***	***500***	***610***	***650***	***690***	***730***
	- Lizenzen an Rechten und Werten	*10*	*9*	*13*	*9*	*12*	*13*	*14*	*15*
	- EDV-Software	*140*	*113*	*8*	*100*	*122*	*130*	*136*	*146*
	- Gebäude auf eigenem Grund	*12*	*12*	*4*	*12*	*15*	*17*	*17*	*18*
	- technische Anlagen		*2*	*34*	*3*	*4*	*5*	*5*	*5*
	- Maschinen		*1*	*13*	*5*	*6*	*7*	*7*	*7*
	- Büroeinrichtung	*12*	*14*	*5*	*14*	*17*	*19*	*21*	*24*
	- EDV-Hardware	*200*	*152*	*331*	*140*	*170*	*180*	*190*	*200*
	- Fuhrpark		*30*	*71*	*30*	*35*	*35*	*40*	*40*
	- Werkstatteinrichtung	*66*	*74*	*6*	*60*	*75*	*80*	*85*	*90*
	- übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	*140*	*139*	*132*	*120*	*145*	*155*	*165*	*175*
	- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		*8*	*6*	*8*	*10*	*10*	*10*	*10*
0274.89453-9	Zuschuss zu den Investitionen der Hochschule Bremerhaven	2.087	2.178	2.078	2.078	2.653	2.940	3.290	3.640

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Verwendung gemäß Vermögensplan der HS Bhv.:	***3.120***	***3.120***	***3.220***	***3.120***	***3.427***	***2.940***	***3.290***	***3.640***
	- EDV-Software	*75*	*75*	*70*	*80*	*85*	*241*	*243*	*244*
	- Gebäude auf eigenem Grund							*301*	*638*
	- Gebäude auf fremdem Grund								
	- technische Anlagen					*100*	*300*	*300*	*300*
	- Maschinen			*4*		*100*	*200*	*200*	*200*
	- DV-Anlagen und Geräte						*200*	*233*	*235*
	- Außenanlagen			*16*			*84*	*85*	*85*
	- Betriebsvorrichtungen			*10*		*11*	*25*	*12*	*12*
	- Büroeinrichtung	*30*	*30*	*2*	*30*	*40*	*50*	*50*	*50*
	- EDV-Hardware	*150*	*150*	*139*	*150*	*156*	*176*	*180*	*183*
	- Fuhrpark	*35*	*40*		*35*	*37*	*40*	*41*	*41*
	- Laboreinrichtung	*200*	*180*	*440*	*200*	*468*	*898*	*912*	*917*
	- übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	*200*	*220*	*119*	*200*	*212*	*727*	*733*	*735*
	- geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	*10*	*5*		*5*				
	b) Mietkaufraten	***2.420***	***2.420***	***2.420***	***2.420***	***2.218***	***0***	*0*	*0*
0274.89433-4	Zuschuss zu den Investitionen der Staats- und Universitätsbibliothek	280	292	225	200	240	250	260	270
	Verwendung gemäß Vermögensplan der SuUB:	***280***	***200***	***3.835***	***200***	***240***	***250***	***260***	***270***
	- Lizenzen an Rechten und Werten			*963*	*20*	*5*	*5*	*5*	*5*
	- EDV-Software	*20*	*20*	*3*		*15*	*15*	*15*	*15*
	- Bauwerke				*5*				
	- technische Anlagen	*5*	*5*	*4*					
	- DV-Anlagen und Geräte				*40*	*40*	*40*	*40*	*40*
	- Betriebsvorrichtungen	*50*	*50*	*27*	*5*	*10*	*10*	*10*	*10*
	- Büroeinrichtung	*100*	*100*	*15*	*5*	*5*	*5*	*5*	*5*
	- EDV-Hardware			*92*	*110*	*110*	*110*	*110*	*110*
	- Werkstatteinrichtung	*10*	*10*	*4*	*15*	*15*	*15*	*15*	*15*
	- übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	*15*	*15*	*2.728*		*40*	*50*	*60*	*70*
	- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	*80*							
0273.89410-1	Zuschuss zu den Investitionen des Studierendenwerkes Bremen	200	300	400	2.827	1.180	385	215	221
0273.89411-0	Projektmittel für die Planung von Studierendenwohnheimen in Bremen und Bremerhaven			64	161	125			
0273.89415-2	An das Studierendenwerk Bremen für den Neubau Studierendenwohnheim Emmy-Noether-Straße	2.500		3.000	3.000	3.000			
0273.89416-0	An das Studierendenwerk für den Neubau Studierendenwohnheim Niedersachsendamm						500	1.000	1.500

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0273.89417-9	Investitionszuschüsse an die Hochschulen zur Umsetzung des Integrationskonzepts	20	20						
0290.89309-7	Investitionszuschuss an 'BIAS Forschungs- und Entwicklungslabor für angewandte Strahltechnik GmbH'	100	200	100	100	100	100	100	100
0290.89310-0	Investitionszuschuss an die Amtliche Materialprüfungsanstalt (MPA) im Leibniz-Institut für Werkstofforientierte Technologien - IWT	60		600					
0290.89312-7	Investitionszuschuss an das Institut für angewandte Systemtechnik (ATB)	3		1					
0290.89313-5	Investitionszuschuss an das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL)	6	14	10		25	25	14	14
0290.89321-6	Investitionszuschuss an das Hanse-Wissenschaftskolleg	225	225	225	225	225	225	225	225
0290.89324-0	Investitionszuschuss an die Fallturmbetriebsgesellschaft mbH	60	120						
0290.89325-9	Investitionszuschuss an das Faserinstitut Bremen e.V.		100						
0290.89333-0	Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum für die Planung und Sanierung "SEUTE DEERN"				450				
0290.89336-4	Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum (investiv)	223	16	142	314	830	324	330	387
0290.89337-2	Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum für die Erweiterung/Sanierung		1.000	2.500	3.000	4.300	10.000	8.182	1.900
0290.89339-9	Investitionszuschuss für das Deutsche Schifffahrtsmuseum für Fortsetzung Instandsetzung							500	1.000
0290.89340-2	Investitionszuschüsse für Anlauf- und Projektfinanzierungen im Forschungsbereich		93	653	457	4.520	2.729	1.800	1.800
0290.89344-5	Investive Hochschulverstärkungsmittel (Schwerpunkte)		3.600	3.755	450	1.900	1.900	1.900	1.900
0290.89361-5	Investitionszuschuss an das Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib)	10	10	10	10	10	10	10	10
0290.89383-6	Investitionszuschuss an den Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in der FHB e.V.					2	2		
0290.89387-9	Investitionszuschuss an die BIBA (Bremer Institut für Produktion und Logistik) GmbH	25	25	25	25	50	50	50	50
0290.89390-9	Investitionszuschuss an das BIPS für den Neubau							500	1.000
0290.89389-5	Investitionszuschuss an die Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie GmbH (BIPS)	100	102	37	81	666	100	101	103
Netto-Investitionen:		**32.628**	**34.012**	**44.710**	**39.201**	**62.410**	**61.644**	**67.241**	**60.913**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**772**	**556**	**416**	**279**	**144**	**33**	**44**	**33**
0274.56410-5	Zinsen für das Projekt 0604 L Abfinanzierung Exzellenzinitiative	77							
0274.56411-3	Zinsen für das Mietkaufprojekt SFG 9606 L 01	94	76	58	39	21	3		

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0274.56412-1	Zinsen für das Mietkaufprojekt IW3 9606 L 02	94	75	56	39	21	2		
0274.56413-0	Zinsen für das Mietkaufprojekt Chemie 9606 L 03	229	181	133	84	36			
0274.56414-8	BKF-Zinsen für das Projekt 0213 L Energetische Gesamtoptimierung	13	8	3					
0274.56416-4	Zinsen für das Projekt 0402 L Marum/OPD	54	49	44	39	33	28	44	33
0274.56417-2	Zinsen für das Mietkaufprojekt 9606 L 04 Hochschule Bremerhaven	211	167	122	78	33			
nachr.: Saldo investive Rücklage		**736**	**-5.134**	**3.826**	**-6.816**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 31 Arbeit (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**1.053**	**446**	**502**	**255**	**0**	**0**	**0**	**0**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**33**	**18**	**16**	**3**	**0**	**0**	**0**	**0**
0331.81200-5 Erwerb von Maschinen, Geräten, EDV	24	18	16	3				
0331.70000-2 Kleiner Bauunterhalt	9							
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**1.020**	**428**	**475**	**235**	**0**	**0**	**0**	**0**
0304.89310-9 Schaffung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte	14	25	3	1				
0304.89312-5 Beschaffung von technischen Arbeitshilfen	22	49	23	29				
0304.89313-3 Erreichen der Arbeitsplätze	11	15	10	10				
0304.89315-0 Behinderungsgerechte Ausstattung	1	-2						
0304.89318-4 Einrichtung von Arbeitsplätzen	163	19	101	135				
0304.89320-6 Arbeits- und Berufsförderung	429							
0304.89322-2 Aufbau und Ausstattung von Integrationsprojekten	380	322	336	60				
0307.86390-1 Darlehen (Geldleistungen) an Berechtigte nach dem OEG		0	1					
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**11**	**16**	**0**	**0**	**0**	**0**
0331.79000-1 Sonstige Baumaßnahmen			11					
0307.86390-1 Darlehen (Geldleistungen) an Berechtigte nachdem OEG				2				
0305.89310-2 Zuwendungen an Dritte aus Mitteln der Stiftung"Wohnliche Stadt"				15				
Netto-Investitionen:	**1.053**	**446**	**502**	**255**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**3**	**33**	**-36**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 41 Jugend und Soziales (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**161**	**1.529**	**1.191**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0408.33160-9 Vom Bund für Flüchtlingsunterkünfte	161	1.529	1.191					
Investive Ausgaben	**1.772**	**2.187**	**2.247**	**2.688**	**3.742**	**3.327**	**4.848**	**4.943**
0408.98460-2 An Hst. 3417/384 60-9 für Flüchtlingsunterkünfte	161	1.529	1.191					
an Stadt produktplan-intern (PPL 41)	**161**	**1.529**	**1.191**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 07 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985	**1.934**	**3.716**	**3.438**	**2.688**	**3.742**	**3.327**	**4.848**	**4.943**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**109**	**376**	**183**	**338**	**413**	**413**	**421**	**430**
0400.70000-1 Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	38	273	70	146	145	145	148	151
0331.70000-2 Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen					28	28	3	3
0331.81200-5 Erwerb von Maschinen, Geräten, EDV					50	50	77	78
0400.81201-2 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	71	103	113	193	190	190	194	198
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**1.663**	**1.811**	**2.064**	**2.349**	**3.329**	**2.914**	**4.427**	**4.513**
0401.89310-5 Investitonskostenzuschüsse infolge der Einführung der Pflegeversicherung	1.663	1.811	2.064	2.349	2.404	2.539	3.100	3.300
0304.89310-9 Schaffung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte Menschen					35	35		
0304.89312-5 Beschaffung von technischen Arbeitshilfen					100	50		
0304.89313-3 Erreichen der Arbeitsplätze					20	20		
0304.89315-0 Behinderungsgerechte Ausstattung Wohnung					20	20		
0304.89318-4 Einrichtung von Arbeitsplätzen Ausbildungsplätzen					200	150		
0304.89322-2 Aufbau und Ausstattung von Integrationsprojekten					550	100	1.327	1.213
Netto-Investitionen:	**1.611**	**658**	**1.056**	**2.688**	**3.742**	**3.327**	**4.848**	**4.943**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**0**	**0**	**6**	**-6**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 51 Gesundheit (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**2**	**4.739**	**849**	**107**	**0**	**0**	**0**	**0**
0517.13200-4	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	2		1	1				
0518.13200-8	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen				2				
0515.13200-7	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen			6					
0501.33115-5	Vom Bund für den Aufbau von Kooperationen in der Pflegeausbildung				104				
0520.33110-7	Vom Bund Strukturfonds für Krankenhäuser		4.739	842					
Investive Ausgaben		**26.198**	**27.877**	**29.451**	**29.223**	**27.657**	**40.147**	**33.613**	**28.617**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**265**	**265**	**265**	**265**	**0**	**0**	**0**	**0**
0520.88420-3	Kapitaldienstfinanzierung: Regionalisierung der Psychiatrie (Tilgung) - Tilgung für Projekt 0011-L	265	265	265	265				
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**85**	**136**	**129**	**68**	**222**	**212**	**216**	**220**
0500.70000-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen		3			10	10	10	10
0517.70000-2	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	2	8		2	10	10	10	10
0518.70000-6	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen			3		1	1	1	1
0515.81100-1	Erwerb von Fahrzeugen		39	6					
0517.81100-9	Erwerb von Fahrzeugen	12	14	14	14	15	15	15	16
0518.81100-2	Erwerb von Fahrzeugen			62		30			
0500.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	19	4	3	10	60	60	61	62
0515.81200-8	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		5	17		27	27	27	28
0517.81200-5	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	7	3	1		6	6	6	6
0518.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	32	44	18	31	50	70	71	73
0519.81200-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen				9				
0517.81238-2	Erwerb von Messgeräten	7	1	6	1	7	7	7	7
0501.81210-2	Beschaffung von antiviralen Medikamenten (Influenza-Pandemie)	6	14			7	7	7	7
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**25.338**	**25.508**	**25.489**	**25.490**	**25.490**	**25.490**	**27.949**	**27.949**
0520.89130-7	Kurzfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	6.287	6.296	6.291	6.256	6.320	6.320	6.320	6.320
0520.89133-1	Kurzfristige Investitionen an Klinikum Bremerhaven Reinkenheide	1.483	1.469	1.484	1.485	1.477	1.477	1.477	1.477
0520.89231-1	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private Krankenhäuser	3.011	2.842	2.852	2.837	2.828	2.828	2.828	2.828
0520.89233-8	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private Krankenhäuser in Bremerhaven	804	820	819	812	824	824	824	824

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 51 Gesundheit (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0520.89131-5	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	7.684	7.817	7.817	7.839	7.817	7.817	9.000	9.000
0520.89134-0	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinikum Bremerhaven Reinkenheide	1.695	1.725	1.725	1.721	1.725	1.725	2.000	2.000
0520.89232-0	Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemeinnützige und private Krankenhäuser	3.262	3.369	3.332	3.372	3.326	3.326	4.000	4.000
0520.89234-6	Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemeinnützige und private Krankenhäuser in Bremerhaven	1.113	1.170	1.169	1.167	1.171	1.171	1.500	1.500
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**376**	**376**	**461**	**376**	**376**	**376**	**376**	**376**
0501.89110-0	Zuschuss an das Landesuntersuchungsamt für Investitionen	376	376	461	376	376	376	376	376
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**134**	**1.592**	**3.108**	**3.024**	**1.569**	**14.069**	**5.072**	**72**
0501.89415-0	Zuschuss an das Arzneimitteluntersuchungsinstitut-Nord GmbH für Investitionen	24	24	24	30	24	24	27	27
0520.88210-3	An Hamburg für das Behandlungszentrum für hochkontagiöse Infektionen Uni-Klinik-Eppendorf		13						
0520.89150-1	Strukturfonds Krankenhäuser		1.464	2.879	2.956	500			
0520.89151-0	Krankenhausstrukturfonds II					1.000	14.000	5.000	
0501.89320-0	Investitionszuschuss für das klinische Krebsregister	110	91	204	38	45	45	45	45
Netto-Investitionen:		**26.196**	**23.138**	**28.603**	**29.116**	**27.657**	**40.147**	**33.613**	**28.617**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**89**	**81**	**73**	**65**	**0**	**0**	**0**	**0**
0520.56401-2	Zinsen Psychiatrie	89	81	73	65				
nachr.: Saldo investive Rücklage		**19**	**8.353**	**-1.979**	**-6.394**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**46.915**	**40.891**	**35.462**	**51.832**	**32.720**	**34.952**	**34.959**	**33.092**
0680.38122-4	Von 0709/98156-0 für die Durchführung des EU-Programms EFRE 2007-2013 - investiv-		4.544						
von anderen Produktplänen Land		**0**	**4.544**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0601.38130-3	Von anderen Kapiteln für FÖJ				9				
0680.38151-8	Von Hst. 0601/981 51-3, Personalausgabenfür das Projekt "AUF"	96	93	92	96				
von Land (PPL-Intern)		**96**	**93**	**92**	**105**	**0**	**0**	**0**	**0**
0697.38646-7	Von Hst. 3972/986 13-4, Beteiligung an der Aufstockung des Wohnungsbauprogramms 1990	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068
von anderen Produktplänen Stadt		**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**
0697.38910-5	Von Kapitel 6641, Beteiligung an der Aufstockung des Wohnungsbauprogramms 1990	570	570	570	570	570	570	570	570
von Bremerhaven		**570**	**570**	**570**	**570**	**570**	**570**	**570**	**570**
Investive Einnahmen PPL 68 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**50.648**	**49.166**	**39.192**	**55.575**	**36.358**	**38.590**	**38.597**	**36.730**
0601.33110-1	Vom Bund für KEP 2020 -Klimaschutz-			57	86				
0627.33110-0	Vom Bund für den Generalplan Küstenschutz	9.268	11.231	6.479	9.547	7.000	7.000	7.000	4.800
0627.33112-6	Vom Bund für wasserwirtschftliche Maßnahmen (GAK)	16	29	34	92	90	90	90	90
0627.33121-5	Vom Bund für Entwicklung ländlichen Raumes (GAK)- investiv-		50		116	254	254	254	254
0627.33210-6	Von Niedersachsen für den Neubau des Geeste-Sperrwerks im Rahmen des Generalplanes Küstenschutz		105	117	125				
0687.33110-9	Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrs-finanzierungsgesetz (GVFG)	11.063	11.063	11.063	11.063				
0687.33120-6	Vom Bund für Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG	22.149	17.438	16.747	27.690	18.398	20.122	20.500	21.200
0696.33110-3	Finanzhilfen des Bundes für die Städtebauförderung	3.865	60	388	1.894	2.970	2.235	1.218	477
0696.33115-4	Zuweisungen für "Zukunft Stadtgrün"					388	342	197	74
0696.33140-5	Bundesmittel für den Investitionspakt		30	77	529	1.652	1.859	1.380	791
0696.33161-8	Finanzhilfen des Bundes für den Sozialen Zusammenhalt					92	554	1.131	1.623
0696.33162-6	Finanzhilfen des Bundes für Wachstum und nachhaltige Erneuerung					97	586	1.197	1.716
0696.33163-4	Finanzhilfen des Bundes für lebendige Zentren					101	610	1.244	1.785
0696.33160-0	Finanzhilfen des Bundes für die soziale Stadt	554	885	500	689	1.678	1.300	748	282

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Ausgaben		**49.951**	**73.755,70**	**77.575,93**	**67.475**	**54.601**	**46.681**	**48.575**	**46.172**
0601.98120-3	An 0517/381 20-1 für den Vollzug energiebezogener Bundesvorschriften	130	130	135	135				
0601.98151-3	An andere Kapitel f.d. Durchführung des EU-Programms EFRE	96	93	92	96				
0680.98160-4	An Hst. 0500/380 60-8 für Personalausgaben im Bereich Chemikalien	36	36	38	39				
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**261**	**259**	**265**	**270**	**0**	**0**	**0**	**0**
0629.98418-6	An Hst. 3239/384 57-8, Stromsparen in Schulen	18	52	7	12				
0687.98420-0	An Hst. 3687/38420-1 Finanzhilfen gem.Brem ÖPNVG				975				
0696.98410-7	An Hst. 3696/384 16-8, investive Finanzhilfen des Bundes für die Städtebauförderung	1.107	968	814	3.912	3.096	1.848	1.220	428
0696.98420-4	An Hst. 3696/384 20-6, Finanzhilfen des Bundes für das Programm "Zukunft Stadtgrün"					648	570	328	124
0696.98431-0	An Hst. 3696/384 55-9, Weiterleitung von Bundesmitteln für den Investitonspakt		30	77	487	1.375	1.549	1.151	660
0696.98440-9	An Hst. 3696/384 40-0, investive Finanzhilfen des Bundes für Wachstum und nachhaltige Erneuerung					98	586	1.198	1.716
0696.98441-7	An Hst. 3696/384 41-9, investive Finanzhilfen des Bundes für lebendige Zentren					168	1.018	2.074	2.978
0696.98442-5	An Hst. 3696/384 42-7, investive Finanzhilfen des Bundes für den Sozialen Zusammenhalt					154	924	1.886	2.708
0696.98460-3	An Hst. 3696/384 60-5, Finanzhilfen des Bundes für die Soziale Stadt	554	806	1.237	1.519	2.794	2.166	1.248	470
an Stadt produktplan-intern (PPL 68)		**1.679**	**1.856**	**2.135**	**6.905**	**8.333**	**8.661**	**9.105**	**9.084**
0687.98510-9	An Hst. 6651/385 04, Finanzhilfen nach dem GVFG	1.491	2.192	1.675	2.899	1.991	1.991	1.991	1.991
0687.98520-6	An Hst. 6651/385 05, Finanzhilfen gemäß § 10 BremÖPNVG	924	358	0					
0696.98511-1	An Kapitel 6625, Weiterleitung von Bundesmitteln für den Investitionspakt				42	277	310	229	131
0696.98513-8	An Hst. 6625/385 02, Bundesfinanzhilfen für den Stadtumbau West	208	209		1.026	858	708	436	179
0696.98514-6	An Hst. 6625/385 09, Bundesfinanzhilfen für die aktive Stadt- und Ortsteilzentren	119	14		37	144	107	61	23
0696.98515-4	An Hst. 6625/385 10, Bundesfinanzhilfen für den Denkmalschutz West	295	88		168	420	496	111	61
0696.98517-0	An Hst. 6625/385 17, Bundesfinanzhilfen für "Zukunft Stadtgrün"					64	57	33	12
0696.98518-9	An Hst. 6625/385 15 für das Projekt "Wachstum und Erneuerung"					48	293	598	858
0696.98519-7	An Hst. 6625/385 16 für das Projekt "Lebendige Zentren"					17	101	207	296
0696.98520-0	An Hst. 6625/385 17 für das Projekt "Sozialer Zusammenhalt"					15	92	188	269

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0696.98560-0	An Hst. 6625/385 05, Finanzhilfen des Bundes für die soziale Stadt		79		165	281	217	124	47
0601.98515-2	An Hst. 6502/385 15-0 für Altlastensanierung und Bodenschutzmaßnahmen			53	68	75	75	75	75
0628.98521-9	An Hst. 6502/385 04 für Maßnahmen nach dem Abwasserabgabengesetz (investiv)	117	136						
0681.98514-0	An Hst. 6612/385 02 für Landesaufgaben des Vermessungs- und Katasteramtes (investiv)	72	72	72	72				
0681.98518-2	An Bremerhaven f. d. Revitalisierung aufgegebener Immobilien				400	200	200	200	200
0681.98517-4	An Hst. 6640/38502 für Landesaufgaben des Amtes für Bauförderung (investiv)	28	28	28	28	28	28	28	28
an Bremerhaven		**3.254**	**3.177**	**1.828**	**4.906**	**4.418**	**4.675**	**4.281**	**4.170**
Investive Ausgaben PPL 68 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**55.146**	**79.047**	**81.804**	**79.556**	**67.352**	**60.017**	**61.961**	**59.426**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**1.405**	**2.429**	**1.621**	**2.192**	**5.858**	**715**	**509**	**514**
0680.70005-2	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	7	11			20	35	20	21
0682.70005-0	Kleine Um- und Erweiterungsbauten	1		2	3				
0687.70020-1	Planungs- und Bauleitungsmittel für den Ausbau des übergeordneten Straßennetzes -investiv-	755	1.277	787	719	1.099			
0687.70021-0	Kleiner Bauunterhalt	211	581	445	720	4.332			
0682.81101-3	Erwerb von Dienst-Pkw	32	59		53		53	54	55
0680.81201-2	Erwerb von Maschinen und Geräten	30	27	51	335	44	44	45	46
0680.81202-0	Erwerb von Inventar			1					
0682.81202-8	Erwerb von Inventar	15	-3	6	2	10	10	10	10
0682.81203-6	Erwerb von Geräten und Instrumenten	26	126	109	119	150	150	150	150
0682.81204-4	Erwerb von Inventar, Geräten und DV-Anlagen für Projekte	209	202	19	69	40	60	61	62
0627.81210-8	Erwerb von ADV-Geräten für die Hochwasservorhersage einschl.	3	3	3	7	10	10	10	10
0629.81210-5	Investive Sachausgaben für die Durchführung des BremWEGG		52			4	4	4	4
0601.81213-4	Erwerb von Einrichtungen für den Betrieb der Luftmesseinrichtung	87	92	197	161	100	300	100	100
0628.81213-6	Investive Ausgaben f. d. Durchführung des BrAbwaG gem. § 11 Abs. 1	28		2	2	49	49	55	55
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**32.412**	**27.349**	**26.921**	**35.698**	**17.061**	**20.641**	**21.195**	**21.895**
0627.88120-7	Maritime Notfallversorgung Bund-Länder Vereinbarung (inv.)			33	50	161	161	161	161
0628.75010-6	Entschlammung/Renaturierung von Gewässern	100	234	267	256				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0628.79015-9	Förderung von Bodensanierungsvorhaben	531	503			199	506		
0628.88120-0	Invest. Kosten zur Bekämpfung v. Meeresverschmutzungen im See- und Küstenbereich	167	155						
0628.88210-0	An Niedersachen für die Gütemeßstellle Arge-Weser	105	105						
0628.89310-1	Zuschüsse für Entsieglung/Dachbegrünung/RWA	50	27	27	46	84	84	84	84
0629.79014-4	Maßnahmen bei Bodenverunreinigungen	138	166						
0629.89222-2	Maßnahmen zur Sicherung von Energieressourcen	221	209	219	137	434	489	450	450
0629.89224-9	Förderung der Technologieentwicklung zum Ressourcenschutz	302		240	329				
0687.89110-4	An öffentliche Unternehmen, Finanzhilfen nach dem GVFG (Bremen)	9.572	8.871	9.388	8.164				
0687.89120-1	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG (Bremen)	18.872	14.414	13.059	21.988	10.363	10.532	12.500	13.200
0687.89121-0	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gem. BremÖPNV Fahrzeugbeschaffung					5.820	8.870	8.000	8.000
0687.89122-8	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG (Bremerhaven)	2.353	2.666	3.688	4.728				
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**13.622**	**29.183**	**25.969**	**18.637**	**13.460**	**13.430**	**12.848**	**12.246**
0627.88401-0	Investive Zuweisungen an das SV Infrastruktur/Grün, Erhaltung der Sperrwerke (Deichverbände -Große Lösung)	661	661	661	667	661	661	661	661
0627.88402-8	Zuweisungen an das Sondervermögen für den Generalplan Küstenschutz	12.768	28.400	25.118	17.695	11.855	11.825	11.242	10.640
0627.75012-9	Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur und Küstenschutz"	26	22	56	69	150	150	150	150
0627.79015-5	Maßnahmen der Wasserrichtlinie	24	61	58	101	400	400	400	400
0627.88250-5	Zuweisung an Niedersachsen GAK	72	40	75	105	394	394	395	395
0697.88410-6	Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung - Tilgung Projekt 9702-L	70							
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**2.513**	**14.795**	**23.065**	**10.948**	**18.222**	**11.895**	**14.023**	**11.518**
0601.89320-7	Zuschüsse für Maßnahmen zur Energieeinsparung	604	537	568	486	1.200	1.200	1.200	1.200
0601.89345-2	Klimaanpassung Schlüsselprojekte						100		
0601.89355-0	Durchführung des Programms AUF (inkl. EFRE)			-143	750	1.350	1.110	1.694	1.490
0601.89356-8	Durchführung umweltorientierter Infrastrukturmaß-maßnahmen (incl. EU-EFRE 2014-2020) IWES					146	160		
0601.89357-6	Durchführung des EU-Programms EFRE -Infrastrukturmaßnahmen	-9							
0601.89358-4	Durchführung des Programms REN (alt AIP)	1							
0601.89359-2	Durchführung des Programms PFAU, Umwelttechnologie und Innovationsförderung (inkl. EU-EFRE)	298	943	575	554				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0601.89361-4	Altlastensanierungsprogramm inklusive ökologischer Spätfolgen	268	169	742	610	1.000	1.000	1.000	1.000
0601.89362-2	Umweltorientierte Infrastrukturmaßn. (EFRE)	50	200	122					
0601.89402-5	Durchführung des Programms PFAU, Umwelttechnologie und Innovationsförderung (inclusive EU-EFRE 2014 -2020)			214	214	1.700	1.452	1.300	342
0601.89401-7	Durchführung des Programms REN (Rationelle Energienutzung) (EFRE 2014 - 2020)	84	121	73	3	400	400	262	18
0601.89403-3	Durchführung umweltorientierter Infrastrukturmaßnahmen (inclusive EU-EFRE 2014 - 2020)	104	270	-30	-202				
0629.89350-4	Investive Zuschüsse EU-Programm EFRE - Projekt "Lebensader Weser"		339						
0687.73015-1	Sechsstreifiger Ausbau der A 27 (alt AIP)	46	13	9	3				
0687.73016-0	A 281 (alt AIP)	-109	6.105	7.004	3.336	2.940	2.940	6.000	7.168
0687.73017-8	Weiterbau der B 74 (alt AIP)	13	27	19	9	84			
0687.73050-0	Sanierung B 75	55	49	81	85	30			
0687.73052-6	Lärmschutz und Ausfahrt A1, Anschlussstelle Uphusen			3					
0687.73053-4	Anschlussstelle St. Magnus/ A 270, Umbau und Erweiterung	21	1	2					
0687.73055-0	A 1 Grundsanierung RiFa OS Bremer Kreuz bis AS Uphusen					10			
0687.73056-9	A 27 Entwässerungskonzept		59	177	22	2			
0687.73057-7	A 1 Instandsetzung, Planungs- und Bauleitungsmittel		59	108	25	300			
0687.73058-5	Brückenprüfung und Planung Bund			419	1.054	855			
0687.73084-4	Planungskosten Cherbourger Straße (alt AIP)	1.088	1.111	3.765	3.623	5.990	2.813	2.367	
0687.89133-3	An die Deutsche Bahn AG für den Umbau Bahnhof Wulsdorf				230	775			
0687.89135-0	An die Deutsche Bahn AG für den Umbau Bahnhof Neustadt					1.440	720	200	300
0687.89136-8	An die Deutsche Bahn AG f.d. Umbau Bahnhof Oberneuland				145				
0687.89140-6	Baukosten Cherbourger Straße		4.794	9.356					
Netto-Investitionen:		**3.036**	**32.864**	**42.114**	**15.643**	**21.881**	**11.729**	**13.616**	**13.080**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**327**	**312**	**289**	**204**	**312**	**312**	**312**	**312**
0697.56110-2	Zinsen Wohnungsbaudarlehen	327	312	289	204	312	312	312	312
nachr.: Saldo investive Rücklage		**15.396**	**-9.415**	**-10.394**	**-1.975**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**7.626**	**33.137**	**17.035**	**17.196**	**20.228**	**21.428**	**23.828**	**25.028**
0709.38691-3	Von Hst. 3709/986 91-0, Kostenerstattung für Wirtschafts-förderung	17.458	17.349	19.153	19.284	19.284	19.284	19.284	19.284
0700.38605-8	Von Hst. 3752/986 01-0, Kostenerstattung für Umbauten des Objektes Sögestraße 31/33			10					
0700.38654-6	Von Hst. 3708/986 35-5, Erstattung von Personalausgaben (Gewerbeflächen/Regionalplanung)	84	85	35	47				
von Stadt (PPL-intern)		**17.541**	**17.434**	**19.198**	**19.332**	**19.284**	**19.284**	**19.284**	**19.284**
0709.38990-4	Von Hst.6782/987 05, Kostenerstattung für wirtschafts-fördernde Maßnahmen	4.000	4.000	4.000	4.000				
von Bremerhaven		**4.000**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 71 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**29.167**	**54.571**	**40.233**	**40.527**	**39.513**	**40.713**	**43.113**	**44.313**
0706.33120-4	Vom Bund für Zuschüsse zur Verbesserung der Marktstruktur (GAK)			60	13				
0706.33401-7	Abführung vom Sondervermögen Fischereihafen (PPL 81)			2.325	2.325				
0706.34629-5	Von der EU für das Fischereiprogramm EFF				-1.528				
0706.34630-9	Von der EU für das Fischereiprogramm EMFF 2014-2020	287	60	528	880				
0709.33110-8	Vom Bund für Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschafts-struktur (GA)	4.956	8.210	5.254	6.349	8.954	8.954	8.954	8.954
0709.34656-3	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020	1.569	605	7.416	8.815	5.272	8.161	8.161	8.161
0709.34657-1	Von der EU für das Programm EFRE 2021-2027						1.200	3.600	4.800
0709.34672-5	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 bis 2013		17.033						
0709.34673-3	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 bis 2013 bei SUBVE		4.544						
0709.34674-1	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 bis 2013 bei SBW		776						
0709.34676-8	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020 bei SKUMS	407				1.935	2.104	2.104	2.104
0709.34677-6	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 - 2013 in Bremerhaven		1.909						
0715.33401-1	Rückführung von ISP/AIP-Mitteln			970					
0709.34678-4	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020 bei SBW	407		483	342	4.067	1.009	1.009	1.009

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Ausgaben		**28.090**	**43.044**	**34.206**	**25.220**	**43.541**	**54.043**	**37.935**	**41.962**
0754.98145-8	An Hst. 0257/381 45-5 Mittel für das Projekt U-Bootbunker Valentin			131	50				
0709.98156-0	An Hst. 0680/380 22-5 (SUBV) für das EU-Programm EFRE 2007 - 2013 -investiv-		4.544						
0709.98157-9	An Hst. 0292/380 40-2 (SBWG) für das EU-Programm EFRE 2007 - 2013 (investiv)		776						
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**0**	**5.319**	**131**	**50**	**0**	**0**	**0**	**0**
0706.98120-9	An Hst. 0700/381 57-9, Erstattung von Personalausgaben (EMFF)	25	40						
an Land Produktplan-intern (PPL 71)		**25**	**40**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0709.98410-1	An Hst. 3709/384 10-3 für EU-Programme		2.902	752	954				
0709.98491-8	An Hst. 3709/384 20-0, Kostenerstattung für Wirtschafts-förderung	11.789	9.437	6.911	3.360	3.360	3.360	3.427	3.496
an Stadt produktplan-intern (PPL 71)		**11.789**	**12.339**	**7.663**	**4.314**	**3.360**	**3.360**	**3.427**	**3.496**
0709.98577-9	An Hst. 6782/385 21 für Maßnahmen innerhalb des EU-Programms EFRE 2007 - 2013 (inv.)		1.909						
0706.98520-4	An Hst.6782/385 11 für Infrastrukturmaßnahmen-investiv-		2.338	504	1.253				
0709.98590-6	An Hst.6782/385 02, Kostenerstattung für wirtschaftsfördernde Maßnahmen	5.000	5.000	5.000	5.000				
an Bremerhaven		**5.000**	**9.248**	**5.504**	**6.253**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 71 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**44.904**	**69.990**	**47.504**	**35.838**	**46.901**	**57.403**	**41.362**	**45.458**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**3.643**	**3.643**	**3.643**	**2.208**	**0**	**0**	**0**	**0**
0715.89322-3	BKF-Tilgung für das Projekt 9913-L Bremer Vulkan Baustein Ost	545	545	545	472				
0715.89324-0	BKF-Tilgung für das Projekt 9919-L Logistikzentrum GVZ / Niedervieland	2.572	2.572	2.572	768				
0715.89330-4	BKF-Tilgung für das Projekt 9916-L Bremer Vulkan Erschließung	526	526	526	969				
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**16**	**56**	**267**	**75**	**70**	**70**	**70**	**72**
0700.70005-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen				6				
0700.81202-2	Erwerb von Inventar	16	45	225	53	67	67	66	67
0700.81210-3	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen u.ä.		11	42	16	4	4	4	4
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**400**	**2.090**	**472**	**16.064**	**24.000**	**14.161**	**18.161**
0706.89228-1	Zuschüsse für Maßnahmen im Rahmen desEU-Programms "FIAF"				-10				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0706.89129-3	EU-Fischereifonds (EFF) 2007-2013				-1				
0706.89130-7	EU-Fischereifonds (EMFF) 2014-2020		400	1.990	466				
0706.89190-0	Wirtschaftsförderung Bremerhaven -Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)- (Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS))			100	17				
0709.89357-2	EU-Programme EFRE 2021-2027 -investiv-						4.000	6.000	10.000
0709.89356-4	EU-Programme Europäischer Fonds regionale Entwicklung (EFRE 2014-2020) -investiv-					16.064	20.000	8.161	8.161
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**2.705**	**9.592**	**2.060**	**3.884**	**0**	**0**	**0**	**0**
0706.89121-8	Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven	2.724	9.108	1.397	2.235				
0706.89120-0	Zuschüsse für die infrastrukturelle Erschließung	-20	485	663	1.649				
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**21.726**	**29.352**	**26.146**	**18.581**	**27.407**	**29.973**	**23.703**	**23.729**
0700.72510-3	Umbau- und Renovierungsarbeiten im Schünemannhaus		10	28	13	30	30	30	30
0700.89210-7	Zuschüsse für Umbaumaßnahmen		70						
0703.89260-4	Investitionszuschüsse für Hochschulbaumaßnahmen	450							
0703.89120-9	Investitionszuschüsse für Innovationsförderung	2.162	3.104	3.505	1.515	2.037	5.187		
0703.89130-6	Digitale Infrastruktur					200	500		
0704.89135-0	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	1.343	1.343	1.693		874			
0706.89122-6	Deutsches Schifffahrtsmuseum								
0706.89150-1	Zuschuss an die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) für Investitionen	550	550	550	550				
0706.89311-3	Zuschuss an das Technologietransferzentrum (TTZ) für Investitionen	20	20	1.870	20				
0709.87110-2	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	17	194		136	200	200		
0709.89122-7	Förderprogramme -Bremer Aufbau Bank (BAB)-	840	937	2.164	950	1.989	1.989	1.989	1.989
0709.89123-5	Förderprogramme -Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS)-	460	-3.824	416	106	455	455	455	455
0709.89130-8	Förderprogramme Darlehen	2.125	2.125	2.125					
0709.89131-6	Förderprogramme Wagniskapital	1.125	1.125	1.125	1.125				
0709.89170-7	GRW-Maßnahmen (Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur) (Bremer Aufbau Bank (BAB))	9.769	14.370	7.974	9.061	11.640	11.640	11.640	11.640
0709.89180-4	GRW-Maßnahmen (Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur (Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS))	144	2.051	2.533	3.637	6.268	6.268	6.268	6.268
0709.89210-0	Innovationsförderung Schiffbau	41	157	-198				1.000	1.000

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0709.89320-3	Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFG) - Investitionen	1.550	1.550	1.473	1.280	1.280	1.280	1.305	1.331
0709.89376-9	Kosten der Kajenunterhaltung			43					
0715.89142-5	Erschließungsmaßnahmen im Technologiepark (südlich Achterstraße)	104	103	-10	22				
0715.89150-6	Bremer Industriepark (BIP)					16	16	16	16
0715.89153-0	Gewerbepark Hansalinie	980	971	6		1.688	1.688	500	500
0715.89251-0	Investitionszuschüsse für Gewerbegebiete			-95					
0715.89320-7	Umnutzung des Bremer Vulkan-Geländes	40	11						
0717.89225-9	Zuschüsse für die Entwicklung des Domshofquartiers	6	5	5	5	130	120		
0754.87140-7	Verlustabdeckung Verkauf Lloydhof		4.000						
0754.89135-1	Zuschuss an die Universitätsmanagement-Gesellschaft (UMG) für Investitionen			150	140	150	150		
0754.89145-9	Förderung des Tourismus			788	21	450	450	500	500
0754.89170-0	An die WFB für Marketingprojekte		450						
0754.89215-3	Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen		30						
Netto-Investitionen:		**20.464**	**9.907**	**17.171**	**8.025**	**23.313**	**32.615**	**14.106**	**16.934**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**277**	**210**	**133**	**57**	**0**	**0**	**0**	**0**
0715.56412-2	BKF-Zinsen für das Projekt 9913-L Bremer Vulkan Baustein Ost	39	29	19	9				
0715.56415-7	BKF-Zinsen für das Projekt 9919-L Logistik-Zentrum GVZ	150	111	62	14				
0715.56416-5	BKF-Zinsen für das Projekt 9916-L Bremer Vulkan Erschließung	88	70	52	34				
nachr.: Saldo investive Rücklage		**20.865**	**-9.830**	**236**	**-25.665**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 81 Häfen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**19.690**	**10.737**	**15.393**	**17.973**	**64.137**	**64.137**	**12.387**	**12.387**
0801.38610-5	Von Hst. 3801/986 10-1, Finanzierung OTB	11.000							
von Stadt (PPL-intern)		**11.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0801.38990-2	Von Hst.6782/989 05, Kostenerstattung für wirtschaftsfördernde Maßnahmen					4.000	4.000	4.000	4.000
von Bremerhaven		**0**	**0**	**0**	**0**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**4.000**
Investive Einnahmen PPL 81 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**30.690**	**10.737**	**15.393**	**17.973**	**68.137**	**68.137**	**16.387**	**16.387**
0801.33110-6	Finanzhilfen des Bundes für Seehäfen	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737
0801.33120-3	Vom Bund für Zuschüsse zur Verbesserung der Marktstruktur (GAK)					150	150	150	150
0801.34630-8	Von der EU f. das Fischereiprogramm EMFF 2014-2020					1.500	1.500	1.500	1.500
0801.33401-6	Abführung vom Sondervermögen Fischereihafen	8.953		4.656	7.236	51.750	51.750		
Investive Ausgaben		**4.319**	**42.861**	**29.917**	**15.127**	**18.192**	**19.438**	**28.834**	**21.241**
0801.98140-2	An Hst. 0687/381 40-8, für Baukosten Cherbourger Straße	3.860	934	9.356					
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**3.860**	**934**	**9.356**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0801.98410-0	An Hst. 3801/384 10-1, Kostenerstattung für Häfen	43.753	38.254	40.496	40.126	40.126	40.126	40.928	41.747
0801.98415-0	Von Hst. 3801/384 15-2 für OTB-Ersatzprojekte					5.000	15.810	25.585	25.585
an Stadt produktplan-intern (PPL 81)		**43.753**	**38.254**	**40.496**	**40.126**	**45.126**	**55.936**	**66.513**	**67.332**
0801.98590-4	An Hst. 6782/385 02, Kostenerstattung für wirtschaftsfördernde Massnahmen					5.000	5.000	5.000	5.000
an Bremerhaven		**0**	**0**	**0**	**0**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**
Investive Ausgaben PPL 81 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**51.932**	**82.049**	**79.769**	**55.253**	**68.318**	**80.374**	**100.347**	**93.573**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**3.861**	**3.861**	**3.861**	**3.092**	**0**	**0**	**0**	**0**
0801.89112-8	Fischereihafenschleuse Bremerhaven (BKF 9703-L)	3.861	3.861	3.861	3.092				
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**0**	**0**	**0**	**0**	**288**	**303**	**69**	**55**
0801.70005-5	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen					193	203	37	23
0801.81200-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen					94	99	32	32

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 81 Häfen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**458**	**0**	**0**	**36**	**5.100**	**5.100**	**5.100**	**5.100**
0801.88110-6	Zuweisungen an den Bund für Anpassungsmaßnahmen an der Mittelweser					2.500	2.500	2.500	2.500
0801.88131-9	Zuweisungen an den Bund zum Ausbau des Mittelland- und Küstenkanals	458			36	100	100	100	100
0801.89130-6	EU-Fischereifonds (EMFF) 2014-2020					2.500	2.500	2.500	2.500
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**39.000**	**26.056**	**11.989**	**7.218**	**10.412**	**13.400**	**10.000**
0801.88411-3	Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen (investiv)			4.306	4.489	6.658	8.912	7.000	5.000
0801.88415-6	Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen für Nordmole Geestemünde					560	1.500	6.400	5.000
0801.88420-2	Anpassung der Hochwasserschutzanlagen								
0801.88421-0	Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen für den Offshore Terminal Bremerhaven		39.000	21.750	7.500				
	SV Fischereihafen (Land) Investitionsplan	***13.590***	***63.697***	***6.449***	***10.803***	***16.606***	***17.439***	***3.852***	***422***
	1. Immaterielle Wirtschaftsgüter	***0***	***0***	***0***	***0***	***15***	***45***	***55***	***55***
	CO2-neutraler Hafen					*15*	*45*	*55*	*55*
	2. unbebaute und bebaute Grundstücke	***8.030***	***62.455***	***4.224***	***6.794***	***7.702***	***11.146***	***1.037***	***221***
	2.1 Grund und Boden								
	Ansiedlung Offshore-Windenergie Luneort/Reitufer	*96*							
	Erschließung Europacenter					*592*	*664*		
	Hinterlandanbindung (OTB) und Kompensation	*121*	*1.150*	*4*					
	Kleinteiligere Grundstückserschließung Flugplatz zwischen Gebäuden und Landebahn								
	2.2 Gebäude								
	Lagerhallen Technischer Betrieb (FBG)								
	Fischbahnhof - Realisierung Optimierung Nutzung/Eingang (III. BA) (EMFF)		*800*			*1.797*			
	Parkhaus (EMFF)								
	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der "Deutschen See" für das Alfred-Wegener-Institut (AWI) (EFRE)		*1.215*	*1.104*					
	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der Nordsee GmbH für das Alfred-Wegener-Institut (AWI) (EFRE)						*3.769*		
	Gebäudeankäufe im Werftquartier Teil I				*1.353*				
	Gebäudeumbau Fischkai 31						*500*		
	Gebäudeumbau Fischkai 35					*165*			
	Umbau und Sanierung Gebäude Fischkai 35					*983*			

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023 **Stand: 5. Mai 2020**

Produktplan: 81 Häfen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Halle VI, Abt. 3-5, Grundsanierung						780		
Technische Umrüstung + Brandschutz ehem. Flugplatgelände					420			
2.3 Hafenanlagen								
Pier Fischereihafen I (Thünen Institut) Anteil Landseite						150		
Planung Offshoreterminal	6.983	51.510	967	584	20	20	20	20
Westkaje		6.800						
Böschungssicherung Südmole	597		98					
Nordmole einschl. Geestevorhafen			36	240	505	1.000		
Deichverstärkung Neues Lunesiel			3	2	2	2		
CEF-Maßnahme etc.		33						
ISPS-Zaun Steuerstand FHS		77	3	203	191			
Neubau Maschinenhaus 3				71	800	316	800	201
Verlängerung südl. Heise Kaje		125		60	1.760	2.580		
Ufereinfassung Kaje 64			45	1.900				
Kaje 22								
Pier Fischereihafen I (Thünen Institut) Anteil Wasserseite						450		
Neubau einer Kaje im westl. Fischereihafen			84	210	467	30		
Ufersicherung Liebesinsel		55						
Sommernutzung Nordmole								
2.4 Verkehrsanlagen, -flächen								
Ansiedlung Offshore Windenergie Luneort/Reitufer	13							
Hinterlandanbindung OTB und Kompensation	220		1.876	1.327				
Kleinteiligere Grundstückserschließung Fluplatz zwischen Gebäuden und Landebahn							217	
Fußgängerflaniermeile (Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF))		690						
Wegeleitsystem/Beschilderung (Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF))								
Weg am Handelshafen ("Geestemünde geht zum Wasser")						885		
2.5 Hafenbahn								
SGFFG				844				
2.6 Außenanlagen								
Hinterlandanbindung OTB und Kompensation			3					
Neugestaltung Gelände Klußmannstraße								

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 81 Häfen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3. Maschinen und technische Anlagen	*359*	*551*	*522*	*1.130*	*1.781*	*2.428*	*595*	*30*
4. Andere Anlage, Betriebs- und Geschäftsausstattung	*689*				*1.077*	*40*	*40*	*40*
5. Anlagen im Bau	*119*		*126*	*1.811*	*4.410*	*3.143*	*1.580*	
7. übrige Investitionen unter 250 T€	*377*	*252*	*1.577*	*1.068*	*1.621*	*637*	*545*	*76*
8.Aufwand aus Investitionsprojekten	*4.016*	*439*						
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**10**	**5.587**	**3.623**	**10.264**	**6.086**
0801.89310-4 Baukosten Cherbourger Straße							4.188	
0801.89120-9 Zuschüsse für die infrastrukturelle Erschließung					33	33	33	33
0801.89121-7 Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven					4.534	2.568	5.000	5.000
0801.89150-0 Zuschuss an die BIS für Investitionen					750	750	750	750
0801.89190-0 Wirtschaftsförderung Bremerhaven -GAK- (BIS)					250	250	270	280
0801.89311-2 Zuschuss an das TTZ für Investitionen					20	23	23	23
0801.89320-1 Zuschüsse für Investitionen im Hafenbereich				10				
Netto-Investitionen:	**-15.372**	**32.124**	**14.524**	**-2.846**	**-45.945**	**-44.699**	**16.447**	**8.854**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**531**	**364**	**221**	**98**	**0**	**0**	**0**	**0**
0801.56411-9 Zinsen Fischereihafenschleuse	531	364	221	98				
nachr.: Saldo investive Rücklage	**20.000**	**-20.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 91 Finanzen / Personal (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**471**	**974**	**955**	**1.953**	**894**	**794**	**721**	**731**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**393**	**954**	**900**	**1.873**	**811**	**711**	**721**	**731**
0926.70001-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	125	116	92	1.042	371	268	324	328
0910.70005-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen					8	8	8	8
0955.70005-8	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	-17	1	7	2	10	10	10	10
0900.70005-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	134	232	262	356	87	87	89	91
0926.71901-7	Herstellung von Fernmeldeanlagen					3	3	3	3
0926.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4	21	35	89	88	88	40	40
0900.81203-5	Erwerb von Maschinen und Inventar	5	149	71	51	54	58	55	56
0910.81203-3	Erwerb von Maschinen und Inventar	2	13	2	1	17	17	18	18
0954.81203-0	Erwerb von Maschinen und Inventar	3							
0955.81203-4	Erwerb von Maschinen und Inventar	5	137	137		9	9	9	9
0957.81203-1	Erwerb von Maschinen und Inventar	1	2	2	2	7	7	7	7
0958.81203-5	Erwerb von Maschinen und Inventar	7	66	16	15	15	15	15	16
0926.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	5	8		35				
0900.81211-6	Erneuerung von ADV-Verfahren im Haushalts-, Kassen- und	115	185	234	69	84	84	84	84
0926.81212-2	Projekt 'Umgestaltung zu einem kundenfreundlichem AFZ'				60	26	26	27	27
0901.81234-9	Investive Sachausgaben für den Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen					8	8	8	8
0901.81236-5	Investive Sachausgaben für die Gesamtschwerbehinderten-vertretung für Land und Stadtgemeinde Bremen					5	5	5	5
0900.81240-0	Inv. Ausgaben für die Wahrnehmung von Bauaufgaben des Bundes (refinanziert)	4	1		16				
0900.81265-5	Investive Ausgaben Projekt B9 - Kompetenzaufbau Geschäfts-prozessoptimierung und DM - Handlungsfeld Bürgerservice			24	9				
0927.81265-7	Beschaffungen für Lehre und Forschung		23	16	125	20	20	20	21
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**78**	**20**	**55**	**80**	**83**	**83**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 91 Finanzen / Personal (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0900.88411-7	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen von Energiespar-Contracting	78	20	55	80	83	83		
Netto-Investitionen:		**471**	**974**	**955**	**1.953**	**894**	**794**	**721**	**731**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage		**98**	**52**	**247**	**-559**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**16**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0986.13310-0 Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	16							
Investive Ausgaben	**200**	**219**	**418**	**271**	**360**	**360**	**360**	**360**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**5**	**7**	**4**	**7**	**0**	**0**	**0**	**0**
0995.81214-2 Projekt 'Integriertes öffentliches Rechnungswesen (IÖR)'	5	7	4	7				
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**195**	**212**	**414**	**264**	**360**	**360**	**360**	**360**
0986.83115-0 Übernahme von Geschäftsanteilen			10					
0980.87101-0 Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	195	212	404	264	360	360	360	360
Netto-Investitionen:	**184**	**219**	**418**	**271**	**360**	**360**	**360**	**360**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**4.100**	**-3.472**	**112**	**-773**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**4.186**	**8.656**	**7.708**	**11.229**	**15.348**	**0**	**0**	**0**
0995.33110-1	Zuweisungen vom Bund aus der Vergabe der 700 MHz-und 1,5 GHz-Frequenzen ("Digitale Dividende II")	1.476	1.476						
0998.33103-0	Vom Bund für die Umsetzung des Kommunalinvestitions-förderungsgesetzes (KInvFG II) für Infrastrukturmaßnahmen			971	2.876	15.348			
0998.33101-3	Vom Bund für die Umsetzung des Kommunalinvestitions-förderungsgesetzes (KInvFG) für Infrastrukturmaßnahmen	2.710	7.180	6.737	8.353				
Investive Ausgaben		**1.591**	**1.893**	**-16**	**156**	**10.000**	**10.000**	**2.000**	**12.000**
0995.98110-6	An Hst. 0700/381 52-8, Erstattung von Personalausgaben aus der Digitalen Dividende II (SWAH)		47						
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**0**	**47**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0970.98457-7	An Hst. 3054/384 57-1, Anteil an der Feuerschutzsteuer	2.790	2.770	2.905	2.959	2.921	2.921	2.979	3.039
an andere Produktpläne Stadt		**2.790**	**2.770**	**2.905**	**2.959**	**2.921**	**2.921**	**2.979**	**3.039**
0998.98401-7	An Hst. 3998/384 01-9 für die Umsetzung des Kommunalinvesti-tionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen	2.137	5.171	5.515	6.869				
0998.98402-5	An Hst. 3998/384 02-7 für die Umsetzung des Kommunalinvesti-tionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen (Landesanteil)	237	575	613	763				
0998.98403-3	An Hst. 3998/384 03-5 für die Umsetzung des Kommunalinve-stitionsförderungsgesetz II für Infrastrukturmaßnahmen			851	1.796	12.862			
0998.98404-1	An Hst. 3998/384 04-3 für die Umsetzung des Kommunalinvesti-tionsförderungsgesetz II für Infrastrukturmaßnahmen (Landesanteil)			95	200	1.430			
an Stadt produktplan-intern (PPL 93)		**2.374**	**5.746**	**7.073**	**9.628**	**14.291**	**0**	**0**	**0**
0995.98510-1	An Hst. 6782.38501 für wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende II (SWAH)		25	25					
0995.98540-3	An Hst. 6782.38501 für wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende II (SKB)		552						
0998.98501-3	An Hst. 6965/385 01 für die Umsetzung des Kommunalinvesti-tionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen	637	2.232	1.222	1.484				
0998.98502-1	An Hst. 6965/385 02 für die Umsetzung des Kommunalinvesti-tionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen			136	165				
0998.98503-0	An Hst. 6965/385 03 für die Umsetzung des Kommunalinve-stitionsförderungsgesetz II für Infrastrukturmaßnahmen			121	1.079	2.486			
0998.98504-8	An Hst. 6965/385 03 für die Umsetzung des Kommunalinve-stitionsförderungsgesetz II für Infrastrukturmaßnahmen (Landesanteil)			13	120	274			
0995.98530-6	An Hst. 6024/385 01 für wirtschaftsfördernde Maßnahmen	77							

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0970.98557-3 An Hst. 6150/385 01, Anteil an der Feuerschutzsteuer	1.052	1.048	1.070	1.081	1.079	1.079	1.101	1.123
an Bremerhaven	**1.766**	**3.857**	**2.586**	**3.929**	**3.839**	**1.079**	**1.101**	**1.123**
Investive Ausgaben PPL 93 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985	**8.521**	**14.314**	**12.547**	**16.672**	**31.051**	**14.000**	**6.080**	**16.162**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**1.591**	**1.893**	**-16**	**156**	**10.000**	**10.000**	**2.000**	**12.000**
0995.89210-3 Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende (SWAH)	152	598	-16	156				
0995.89220-0 Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende (SWGV)	350							
0995.89230-8 Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende (SF)	38	191						
0995.89240-5 Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende (SBK)	1.104	1.104						
0995.89312-6 An die Stiftung Wohnliche Stadt zur Finanzierung zugesagter Förderprojekte	-54							
0995.79910-3 Globale Mehrausgaben (Auffangfonds) -investiv-					10.000	10.000		
0995.79920-0 Globale Mehrausgaben -green economy-							2.000	12.000
Netto-Investitionen:	**-2.595**	**-6.763**	**-7.724**	**-11.073**	**-5.348**	**10.000**	**2.000**	**12.000**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**0**	**0**	**2.543**	**-2.543**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 96 IT-Budget (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**3.542**	**5.327**	**11.381**	**5.599**	**6.298**	**5.054**	**5.324**	**5.336**
0950.98446-5	An Hst. 3901/384 46-0, IT-Personalkostenerstattung vom Land an die Stadtgemeinde			84					
an andere Produktpläne Stadt		**0**	**0**	**84**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 96 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**3.542**	**5.327**	**11.466**	**5.599**	**6.298**	**5.054**	**5.324**	**5.336**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**3.542**	**5.327**	**5.090**	**5.599**	**6.298**	**5.054**	**5.324**	**5.336**
0950.81202-8	Investive Sachausgaben für die DV-Schulung (AFZ)	121		24	27	18	18	19	19
0950.81204-4	Projekt SEPA		0						
0950.81205-2	IT-Fachaufgaben (Finanzen)	487	428	396	959	1.100	1.100	1.000	1.000
0950.81206-0	IT-Querschnitt investiv (Finanzen)	27	200	461	237	245	245	250	255
0950.81207-9	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt E-Rechnung investiv	179	203	195	261				
0950.81208-7	Ausgaben im Zusammenhang mit Telekommunikation	740	507	403	362	500	500	510	520
0950.81209-5	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt KoPers (Land)	98	440	325					
0950.81210-9	IT-Fachaufgaben: Justiz	319	308	312	226	300	300	306	312
0950.81211-7	Investive Ausgaben Projekt D11 - Auf dem Weg zu HKR 4.0 - Handlungsfeld Digitalisierung			5	508				
0950.81212-5	Investive Ausgaben Projekt D8 Digitalisierungsbüro Handlungsfeld Digitialisierung			243	0				
0950.81218-4	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekte-justice investiv	216	354	693	1.035	1.762	459	850	800
0950.81219-2	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt E-Haushalt investiv	31	171	313	36	389	389	409	409
0950.81220-6	Investive Ausgaben für "Neue Medien/e-Government"	120	190	207	263	656	656	669	683
0950.81222-2	IT-Querschnitt investiv (LIS)	23	23						
0950.81223-0	IT-Querschnitt investiv (Bildung)	79	78						
0950.81225-7	Investive Ausgaben Projekt D51 -Digitalisierungsvorhaben bei der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz				11				
0950.81226-5	Modernisierung des Haushaltsmanagements (FL-SAP)	35	173	40	224	200	200		
0950.81227-3	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt BASIS.Bildung (Kernverwaltung) investiv		231	82	171	260	268	576	588
0950.81228-1	IT-Fachaufgaben (Gesundheit)	1	4	14	10	12	12	12	12
0950.81230-3	IT-Fachaufgaben: SKJF	10	12	10		7	7	8	8
0950.81241-9	Ausgaben für die zentrale elektronische Arbeitszeiterfassung	67	55	46	32				
0950.81244-3	IT-Fachaufgaben: Polizei	270	651	420	443	413	413	422	430

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 96 IT-Budget (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0950.81245-1	IT-Fachaufgaben: Feuerwehr			227					
0950.81249-4	IT-Fachaufgaben (Inneres und Sport)		11		6	4	4	4	4
0950.81252-4	IT-Fachaufgaben (Bev. beim Bund)		2			60	10	10	10
0950.81253-2	IT-Fachaufgaben (Rechnungshof)					1	1	0	0
0950.81256-7	IT-Fachaufgaben (StaLa)	60	97	21	71	89	189	91	93
0950.81257-5	IT-Querschnitt investiv (Polizei)	305	297	357	156				
0950.81258-3	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt BASIS.Polizei (Kernverwaltung) investiv		661						
0950.81259-1	Investive Ausgaben Projekt D39 - BASIS.Polizei -Handlungsfeld Digitalisierung			11	105				
0950.81260-5	IT-Fachaufgaben: Umwelt, Bau, Verkehr	28		33	38	143	143	48	48
0950.81261-3	Investive Ausgaben Projekt D35 - E-payment -Handlungsfeld Digitalisierung			19					
0950.81263-0	IT-Fachaufgaben: Geoinformation	41	132	93	124	53	53	54	55
0950.81264-8	Investive Ausgaben Projekt D34 - ALKIS Unterstützungsleistung - Handlungsfeld Digitalisierung			19					
0950.81270-2	IT-Fachaufgaben: Wirtschaft und Häfen	25	21	26	25	26	26	26	27
0950.81272-9	IT-Fachaufgaben (SWAH-Arbeit)	247	67	61	26	46	46	47	48
0950.81275-3	Projekt zur Ablösung des Fachverfahrens ARCUSgraf beim AVIB				234				
0950.81280-0	IT-Fachaufgaben (Senatskanzlei)	5				6	6	6	6
0950.81290-7	IT-Fachaufgaben (Kultur)	8	4	11	5	8	8	8	8
0950.81295-8	IT-Querschnitt investiv (Staatsarchiv)		9	1					
0950.81296-6	Investive Aufwendungen Projekt D10 - Digitales Archiv Nord (Verstärkungsmittel Digitalisierung) -Handlungsf. Digitalisierung			23	5				
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**0**	**0**	**6.291**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0950.83101-4	Erwerb der Anteile der Governikus GmbH & Co. KG			6.291					
Netto-Investitionen:		**3.542**	**5.327**	**11.381**	**5.599**	**6.298**	**5.054**	**5.324**	**5.336**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage		**6.503**	**2.919**	**-3.167**	**-9.834**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 97 Immobilienwirtschaft und- management (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**1.459**	**1.980**	**5.308**	**6.361**	**13.889**	**20.361**	**21.575**	**22.575**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**1.459**	**1.980**	**5.308**	**6.361**	**13.889**	**20.361**	**21.575**	**22.575**
0988.88404-9	An SVIT f.d. Herrichtung von Sitzungssälen (ehem. Hofbräuhaus)					20	350		
0988.88412-0	An SVIT für den Neubau der Polizeistation Farge					459			
0988.88416-2	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für die Sanierung der Anstaltsgebäude Haus 1+2 der JVA	410	1.080	600	1.935	4.210	3.811	4.175	4.175
0988.88419-7	An SVIT, Modernisierung Inhouse-Verkabelung -passive Netze-		500	180					
0988.88420-0	An SVIT für Sanierungsinvestitionen (Land)	1.049	400	4.000	4.000	8.700	15.400	16.000	16.000
0988.88421-9	An SVIT, f.d. Bau eines Azubi-Wohnheims (Jacobushaus)			50	50				
0988.88422-7	An SVIT, für Klimaschutzinvestitionen an öffentlichen Gebäuden					300	600	1.400	2.400
	SV Immobilien und Technik (SVIT Land) Investitionsplan	***7.121***	***8.288***	***3.608***	***4.226***	***13.689***	***20.161***	***21.575***	***22.575***
	2.1 Sanierungsmaßnahmen	***850***	***4.000***	***1.307***	***2.827***	***8.700***	***15.400***	***16.000***	***16.000***
	Baudurchführung:								
	JVA Bremen Offener Vollzug ung Frauenvollzug			*1*					
	JVA Bremen Außenanlagen			*40*	*67*	*450*	*2.500*	*1.880*	
	JVA Bremen Haus 1+2+Mittelbau	*33*	*1.080*	*556*	*1.795*	*2.322*	*4.523*	*5.102*	*13.935*
	JVA Bremen Sanierung Bäckerei			*81*	*98*	*1.000*	*769*		
	JVA Bremen Werkhof (Lüftung + Wärmeversorgung)	*1*		*34*				*2.910*	
	JVA Bremen innere Anstaltsmauer			*168*	*-30*	*900*	*558*		
	JVA Bremen Dachsanierung Werkhof	*26*	*574*						
	JVA Bremerhaven Dachsanierung	*569*	*273*						
	JVA Bremen Frauenvollzug		*1.573*						
	div. JVA-Sanierungen	*205*		*345*	*104*				
	Fortführung von Maßnahmen ES-Bau/EW-Bau:								
	JVA Bremen Außenmauer				*464*	*350*	*2.500*	*2.649*	
	Landgericht Leerstandsflächen				*60*	*75*	*800*	*431*	
	Polizei Bremen Block 9				*34*	*1.739*			
	JVA Bremen Umbau Lazarett			*82*	*160*	*500*	*2.500*	*3.028*	
	diverse Sanierungen	*16*	*500*						
	Neue Maßnahmen (Vorstudien/Planungen):								

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 97 Immobilienwirtschaft und- management (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	JVA Bremen Werkhof Gesamtsanierung					*150*	*350*		
	JVA Bremen Sanierung Gebäudeautomation					*50*	*50*		
	Polizei Bremen Block 1				*68*	*150*			
	Polizei Bremen Block 9					*99*			
	Polizei Bremen Container Block 1+9				*1*	*75*	*75*		
	Polizei Bremen Block 5+2+3					*150*	*150*		
	Landgericht Brandschutzsanierung					*75*	*75*		
	ZGF Bhv. Schadenanalyse					*65*			
	diverse Sanierungen				*6*	*50*	*50*		
	Grundausstattung								
	diverse Sanierungen					*500*	*500*		*2.065*
	2.2 Nutzerspezifische Maßnahmen	***6.271***	***4.288***	***2.301***	***1.399***	***4.689***	***4.161***	***4.175***	***4.175***
	Baudurchführung:								
	JVA Bremen Haus 1+2+Mittelbau		*1.080*	*1.000*		*4.210*	*3.811*	*4.175*	*4.175*
	diverse Umbauten	*192*		*1.301*	*1.399*				
	JVA Bremen 1. BA+ Freigänger	*5.566*	*3.208*						
	JVA Bremen Personennotrufanlage	*45*							
	JVA Bremen Leitungen+Heizzentrale	*120*							
	JVA Bremen Erweiterung Frauenvollzug	*162*							
	Neue Maßnahmen (Vorstudien/Planungen):								
	Neubau Polizeistation Farge					*459*			
	Herrichtung von Sitzungssälen (ehem. Hofbräuhaus)					*20*	*350*		
	diverse Sanierungen	*186*							
	2.3 Klimaschutzinvestitionen an öffentlichen Gebäuden	***0***	***0***	***0***	***0***	***300***	***600***	***1.400***	***2.400***
	Klimaschutzinvestitionen					*300*	*600*	*1.400*	*2.400*
0988.89120-7	An die BSAG, Neubau des Polizeikommissariats West			289	177				
0987.89360-5	An IB, Projekt D42 - Lizenzkosten für ein juristisches Online-Portal - Handlungsfeld Digitalisierung			90	90	90	90		
0987.89361-3	An IB, inv. Ausgaben f. Projekt D26 -Kostenerstattung f. Einsatz eines Servers bei Dataport f. e-Vergabe - HF Digitalisierung			100	110	110	110		
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:		**1.459**	**1.980**	**5.308**	**6.361**	**13.889**	**20.361**	**21.575**	**22.575**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage		**2.770**	**0**	**11**	**-2.781**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Summe aller Produktpläne (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**21.809**	**2.030**	**36.352**	**54.672**	**29.711**	**45.621**	**20.337**	**20.487**
nachrichtlich: von Stadt (Gr. 380/381)	*12.356*	*12.022*	*13.999*	*13.809*	*0*	*0*	*0*	*0*
von Land (Gr. 384)	**64.072**	**65.430**	**75.974**	**75.418**	**95.579**	**82.274**	**92.259**	**93.185**
von Bremerhaven (Gr. 387/389)	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen inkl. Gr. 384 und 387/389	**85.880**	**67.460**	**112.326**	**130.089**	**125.290**	**127.895**	**112.596**	**113.671**
Investive Ausgaben	**206.439**	**253.102**	**332.033**	**305.911**	**329.348**	**340.389**	**329.837**	**340.744**
nachrichtlich: an Stadt (Gr. 980/981)	*12.743*	*12.442*	*14.534*	*14.461*	*0*	*0*	*0*	*0*
an Land (Gr. 986)	**31.609**	**20.687**	**22.529**	**22.400**	**22.352**	**22.352**	**22.352**	**22.352**
an Bremerhaven (Gr. 985/988)	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben Land inkl. Gr. 986 und 985/988	**238.048**	**273.789**	**354.562**	**328.311**	**351.700**	**362.741**	**352.189**	**363.097**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**29.494**	**29.444**	**29.976**	**30.303**	**104**	**100**	**100**	**100**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**19.550**	**35.548**	**19.718**	**21.431**	**32.176**	**31.998**	**32.577**	**31.464**
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**19.696**	**19.063**	**25.819**	**27.730**	**50.059**	**36.729**	**28.359**	**29.183**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**67.028**	**99.037**	**102.843**	**86.595**	**186.676**	**234.852**	**202.010**	**190.594**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**70.671**	**70.010**	**153.677**	**139.851**	**60.334**	**36.709**	**37.772**	**34.649**
Globale Mehrausgaben							**29.018**	**54.754**
Netto-Investitionen (ohne Verr./Erst.):	**184.630**	**251.072**	**295.682**	**251.240**	**299.637**	**294.768**	**309.499**	**320.258**
Netto-Investitionen (inkl. Verr./Erst.):	**152.168**	**206.329**	**242.236**	**198.222**	**226.410**	**234.846**	**239.593**	**249.425**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**22.112**	**21.331**	**20.154**	**19.175**	**24**	**20**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**51.253**	**-29.091**	**2.107**	**-27.188**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3041.38490-4 Von Hst. 0020/984 90-2, Impulsgelder für lebenswerte Städte	13							
von Land PPL-intern	**13**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 03 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389	**13**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**881**	**610**	**550**	**587**	**1.334**	**1.334**	**1.359**	**1.384**
3041.98111-2 Zuweisungen an andere Kapitel im Rahmen der Globalmittel für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen	0	29	23	14				
an andere PPL Stadt	**0**	**29**	**23**	**14**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 03 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988	**881**	**640**	**573**	**601**	**1.334**	**1.334**	**1.359**	**1.384**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**171**	**74**	**70**	**85**	**125**	**125**	**128**	**130**
3025.70010-3 Instandsetzung der repräsentativen Räume im Rathaus	125	53	13	15	61	61	63	64
3041.70000-8 Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	8	4	4	0	10	10	10	10
3041.81200-0 Erwerb von Geräten, sonstigen beweglichen Sachen	29	5	6	10	40	40	41	42
3025.81202-5 Erwerb von Inventar	8	13	47	60	14	14	14	15
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**657**	**529**	**483**	**435**	**1.099**	**1.099**	**1.121**	**1.143**
3041.79999-3 Globalmittel für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen					1.059	1.059	1.080	1.102
3041.79998-5 Globalmittel zur Förderung der Jugendbeiräte					40	40	41	42
3041.89311-6 Investitionszuschüsse an Vereine, Verbände u. dgl. (stadtteilbezogene Maßnahmen)	647	529	483	435				
3041.89390-6 Impulsgelder für lebenswerte Städte	11							
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**53**	**6**	**-3**	**66**	**110**	**110**	**110**	**110**
3025.79010-2 Restaurierungs-, Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen im Rathaus	39	20	1	66	110	110	110	110
3041.89312-4 Zuschüsse zur Dorferneuerung in den Ortsamtsbereichen	14	-13	-4					
Netto-Investitionen:	**881**	**610**	**550**	**587**	**1.334**	**1.334**	**1.359**	**1.384**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**66**	**-54**	**-47**	**-858**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 07 Inneres (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**18**	**77**	**75**	**103**	**48**	**48**	**48**	**48**
3054.38457-1	Von Hst.0970/984 57-7, Anteil an der Feuerschutzsteuer	2.790	2.770	2.905	2.959	2.921	2.921	2.979	3.039
von anderen PPL Land		**2.790**	**2.770**	**2.905**	**2.959**	**2.921**	**2.921**	**2.979**	**3.039**
Investive Einnahmen PPL 07 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**2.807**	**2.848**	**2.980**	**3.062**	**2.969**	**2.969**	**3.027**	**3.087**
3032.13200-5	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen				10				
3051.13200-8	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	6			19				
3054.13201-7	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	7	21	5					
3054.13202-5	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	2	10	37	47				
3055.13203-7	Erlöse aus dem Verkauf von Fahrzeugen und sonstigen beweglichen Sachen	3	45	33	26	48	48	48	48
Investive Ausgaben		**4.243**	**3.407**	**5.172**	**7.099**	**9.451**	**12.223**	**10.950**	**6.474**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**330**	**234**	**102**	**33**	**0**	**0**	**0**	**0**
3054.89110-4	An das Sondervermögen Immobilien und Technik (investive Miete) -	330	234	102	33				
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**2.761**	**3.077**	**4.465**	**5.328**	**6.831**	**6.623**	**7.059**	**5.627**
3052.70001-8	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	10							
3051.70000-6	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen		48		12	5	5	5	5
3054.70001-5	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	106	218	103	195	100	100	102	104
3055.70002-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen durch	51	26	14	58	55	55	56	57
3032.81101-8	Erwerb von Kraftfahrzeugen einschließlich Ausrüstung		7	14	19	55	20	20	21
3054.81110-0	Erwerb von Fahrzeugen	952	524	1.873	899	1.820	1.793	2.000	2.000
3055.81112-0	Erwerb von Fahrzeugen	872	1.499	1.827	2.991	2.300	2.300	2.346	2.393
3057.81150-0	Erwerb von Fahrzeugen			91	24				
3051.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	24	50	52	24	65	65	66	68
3054.81209-3	Erwerb von Ausstattungen für nicht zum Pool gehörende Rettungsfahrzeuge		-1						
3055.81209-7	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Massenanfall von Verletzten MANV und dem Havariekommando	214	179	14	149	215	215	219	224
3054.81240-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	281	410	309	327	286	290	296	302
3054.81242-5	Erwerb von Schutzausstattung					1.500	1.500	1.500	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 07 Inneres (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3057.81250-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen			31	63				
3057.81260-4	Investive Sachausgaben - Ordnungsdienst (Aufwuchs)					150		163	163
3055.81273-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	251	117	136	567	280	280	286	291
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**1.152**	**95**	**605**	**1.738**	**2.620**	**5.600**	**3.891**	**847**
3054.88411-6	An SVIT für den Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Bremen-Lehesterdeich	1.149							
3054.88413-2	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für Neubau Feuerwache Berufsfeuerwehr	3	95	605	1.738	2.620	5.600	3.891	847
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**1**	**1**	**0**	**0**
3051.86301-0	Darlehen an Bedienstete für den Rechtsschutz					1	1		
Netto-Investitionen:		**4.226**	**3.330**	**5.097**	**6.997**	**9.403**	**12.175**	**10.902**	**6.426**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**10**	**10**	**10**	**8**	**0**	**0**	**0**	**0**
3054.56410-3	Zinsen an das Sondervermögen Immobilien und Technik	10	10	10	8				
nachr.: Saldo investive Rücklage		**0**	**290**	**-290**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 12 Sport (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3191.38145-8	Von Hst. 3696/98126-3 für den Umbau der Eissporthalle Paradice		38						
3191.38146-6	Von Hst. 3696/98110-7 für den Neubau Turnhalle TuS Huchting e.V.		30	77	77				
3191.38160-1	Von Hst. 3696/981 60-3, für Maßnahmen im Sportbereich				178				
von anderen PPL Stadt		**0**	**68**	**77**	**255**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 12 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**0**	**68**	**77**	**255**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**2.994**	**3.257**	**3.377**	**8.066**	**16.149**	**13.524**	**13.860**	**4.337**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**69**	**72**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3191.88403-4	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredite -Projekte 0207 S und 0208 S SVIT-	69	72						
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**17**	**7**	**11**	**14**	**221**	**312**	**273**	**274**
3191.70011-1	Sanierung Badeseen					110	180	140	140
3191.70021-9	Sanierung Sporthäfen					100	120	120	120
3192.81200-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	17	7	11	14	11	12	13	14
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**1.840**	**860**	**750**	**5.197**	**13.824**	**11.209**	**11.554**	**2.000**
3191.88411-5	Zuführung an BGA Bädervermögen/Sondervermögen Immobilien	798	823	668					
3191.88412-3	An das Sondervermögen Immobilien und Technik fürInvestitionen zur	1.042			797				
3191.89111-1	An die Bremer Bäder GmbH für Regelinvestitionen			82	3.500	586	1.998	2.000	2.000
3191.89112-0	An die Bremer Bäder GmbH für die Finanzierung desBäderkonzeptes (Horner Bad)				700	12.186	4.711	1.000	
3191.89113-8	An die Bremer Bäder GmbH für die Finanzierung desBäderkonzeptes (Westbad)				200		4.500	8.554	
3191.89115-4	Sanierung Vitalbad Vahr					580			
3191.89116-2	Sanierung Hallenbad Huchting					472			
3191.89110-3	Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH für Investitionen		38						
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**1.068**	**2.317**	**2.616**	**2.855**	**2.104**	**2.003**	**2.033**	**2.064**
3191.73912-3	Sanierung von städtischen Sportstätten	139	863	417	519	713	1.503	1.533	1.564
3191.73915-8	Kosten für baufachtechnische Prüfungen	26	14	51	66	8	15	15	15

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 12 Sport (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3191.73916-6	Sanierung des Kunstrasenplatzes auf der Bezirkssportanlage Gröpelingen		187						
3191.73917-4	Sanierung des Kunstrasenplatzes auf der Bezirkssportanlage Huchting		246						
3191.73920-4	Sanierung des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Grambke	170							
3191.73921-2	Sanierung des Kunstrasenplatzes auf der Bezirkssportanlage Schevemoor	200							
3191.73922-0	Sanierung des Rasenplatzes auf der Bezirkssportanlage Süd	190							
3191.73923-9	Sanierung der Laufbahn auf der Bezirkssportanlage Findorff		250						
3191.73928-0	Sanierung von Einrichtungen an Badeseen	113	190	160	159				
3191.73929-8	Sanierung von Einrichtungen an Sporthäfen	67	39	63	75				
3191.73930-1	Sanierung des Rotgrandplatzes undRasennebenplatzes zu einem Kunstrasenplatz auf derSportanlage Grolland			300					
3191.73931-0	Umbau der Rundlaufbahn auf der BezirkssportanlageKonrad-Adenauer-Allee			859					
3191.73932-8	Sanierung des Rasenplatzes auf der Sportanlage Panzenberg				732				
3191.73933-6	Umbau der Rotgrandlaufbahn zu einer Kunststofflaufbahn auf der Bezirkssportanlage Gröpelingen				382				
3191.73943-3	Umbau des Rotgrandplatzes zu einem Kunstrasenplatzauf der Bezirkssportanlage Blockdiek					790			
3191.73944-1	Planungskosten und Kosten für bautechnische Prüfungen					160			
3192.73925-9	Sanierung von verpachteten Sportanlagen		50		22				
3191.89313-0	Zuschüsse an Vereine für die Sanierung von städtischen Sportanlagen	147	463	750	885	419	470	470	470
3191.89316-5	Zuschuss für Investitionen zur Herrichtung der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus	15	15	15	15	15	15	15	15
Netto-Investitionen:		**2.994**	**3.257**	**3.377**	**8.066**	**16.149**	**13.524**	**13.860**	**4.337**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**24**	**21**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3191.56400-5	Zinsausgaben an Sondervermögen	24	21						
nachr.: Saldo investive Rücklage		**0**	**0**	**4.308**	**-4.308**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**17**	**47**	**65**	**34**	**0**	**0**	**0**	**0**
3239.38110-2	Von den Ortsämtern für stadtteilbezogene Maßnahmenim Bereich des Umweltbetriebs Bremen	3							
von anderen PPL Stadt		**3**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3232.38445-9	Von Hst. 0202/984 45-2 zur Kinderbetreuunungsfinanzierung KiZuFöG (investiv)	1.508	1.442	973					
3232.38446-7	Von 0202.984 46-0 weiterer Ausbau Kindertagesbetreuung		1.490	1.978	1.978	1.978			
3239.38411-0	Von Hst. 0304/984 10-4 für Hilfen aus derAusgleichsabgabe nach dem SGB IX				10				
3239.38432-2	Von Hst. 0201/984 32-7 für das Projekt "Digitalisierungspakt"				1.139	6.333	6.333	6.333	6.333
3239.38457-8	Von Hst. 0629/984 18-6 für das Projekt "3/4 Plus"	18	52	7	12				
3239.38461-6	Von Hst. 0201/984 61-0 Sofortprogramm Schule (SoProSchule)			9.772	8.359	12.075	3.901	3.901	3.901
von anderen PPL Land		**1.526**	**2.985**	**12.730**	**11.497**	**20.386**	**10.234**	**10.234**	**10.234**
Investive Einnahmen PPL 21 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**1.546**	**3.032**	**12.795**	**11.531**	**20.386**	**10.234**	**10.234**	**10.234**
3239.34257-3	Von Dritten für das Projekt "3/4 Plus"	17	47	65	34				
Investive Ausgaben		**26.457**	**47.560**	**49.640**	**51.042**	**70.985**	**48.901**	**49.606**	**46.810**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**3.020**	**2.964**	**2.895**	**3.009**	**104**	**100**	**100**	**100**
3218.82315-6	Mietkaufraten für Neubau und Sanierung Oberschule Rockwinkel	503	503	503	503				
3239.88403-1	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredite -anteilige Tilgung Projekt 0208 S SVIT-	2.121	2.248	2.278	2.361				
3239.89350-2	An das Sondervermögen investive Miete (mobile Schulausstattung) - Tilgung für Projekt 0201 S SVIT-	396	213	114	145	104	100	100	100
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**9.887**	**27.417**	**11.327**	**10.863**	**20.239**	**20.227**	**20.507**	**20.765**
3210.70012-8	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	290	372	350	342	400	400	408	416
3210.70013-6	Renovierungsmaßnahmen	39	50	45	100	100	100	102	104
3210.70018-7	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	265	387	338	408	250	250	255	260
3210.81202-3	Erwerb von Inventar		50		54	90	90	101	103
3210.81205-8	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	55	87	159	154	200	200	204	208
3210.81209-0	Erwerb von Lernbüchern					344	344	351	358
3210.81211-2	Erwerb von Lehrmitteln					30	30	34	34
3210.81223-6	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	8	22	26	12	11	11	10	10

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3210.81228-7	Ausstattung Ganztagsschulen	198	200	264	198	200	200	204	208
3210.81255-4	Investive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	486	511	447	588				
3211.70012-1	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	4	180	95	84	50	50	51	52
3211.70013-0	Renovierungsmaßnahmen		1	4		20	20	20	21
3211.70018-0	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	4	25	12	5	5	5	5	5
3211.81202-7	Erwerb von Inventar		4			10	10	11	11
3211.81205-1	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	13	16	34	32	50	50	51	52
3211.81209-4	Erwerb von Lernbüchern					15	15	17	17
3211.81211-6	Erwerb von Lehrmitteln					5	5	6	6
3211.81223-0	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	1		1	1	5	5	5	5
3211.81255-8	Investive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	13	30	9	18				
3216.70012-0	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	310	205	320	277	250	250	255	261
3216.70013-8	Renovierungsmaßnahmen	78	16	90	72	100	100	102	104
3216.70018-9	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	22	70	29	39	100	100	102	104
3216.81202-5	Erwerb von Inventar					10	10	11	11
3216.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	64	64	138	149	200	200	204	208
3216.81209-2	Erwerb von Lernbüchern					790	790	806	822
3216.81211-4	Erwerb von Lehrmitteln					260	260	265	271
3216.81226-2	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	2	1	6	7	10	10	10	10
3216.81228-9	Sachkosten für zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen (investiv)	450	499	313	505	500	500	510	520
3216.81255-6	Investive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	1.266	908	1.369	1.356				
3217.70012-3	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	53	167	120	79	100	100	102	104
3217.70013-1	Renovierungsmaßnahmen	4	8		10	20	20	20	21
3217.70018-2	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	39	66	25	20	30	30	31	31
3217.81202-9	Erwerb von Inventar					20	20	22	23
3217.81205-3	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	13	16	34	32	50	50	51	52
3217.81209-6	Erwerb von Lernbüchern					230	230	235	239
3217.81211-8	Erwerb von Lehrmitteln					60	60	67	69
3217.81223-1	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	1	2	2	2	5	5	5	5
3217.81255-0	Investive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	232	200	256	248				
3218.70012-7	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	495	390	495	464	400	400	408	416
3218.70013-5	Renovierungsmaßnahmen	67	55	50	56	60	60	61	62
3218.70018-6	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	145	149	160	80	150	150	153	156
3218.81202-2	Erwerb von Inventar					55	55	62	63

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3218.81205-7	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	117	108	209	192	300	300	306	312
3218.81209-0	Erwerb von Lernbüchern					641	641	654	667
3218.81211-1	Erwerb von Lehrmitteln					40	40	45	45
3218.81213-8	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	4	4	21	12	10	10	10	10
3218.81255-3	Investive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	693	628	759	856				
3232.70010-5	Herrichtung von Mobilbauten		17.651	793					
3239.70030-5	Instandsetzung von naturwissenschaftlichen Räumen	75	105	75	105	105	105	107	109
3239.70031-3	Neugestaltung von Außenanlagen	200	196	200	118	200	200	204	208
3239.70056-9	Bauliche Maßnahmen f. d. Programm "Wohnen in Nachbarschaft" und "Soziale Stadt"		23						
3239.70057-7	Bauliche Maßnahmen zur Energieeinsparung	77	185	164	100	50	50	50	50
3239.81211-1	Erwerb von Lehrmitteln					300	300	306	312
3239.81219-7	Sonderprogramm 'Neue Medien'	1.363	1.332	1.150	1.068	2.327	2.327	2.373	2.421
3239.81221-9	Verwendung von Zuschüssen von 'Jugend trainiert für Olympia' (Investitionen)	3							
3239.81232-4	Investive Ausgaben für das Projekt"Digitalisierungspakt"				540	7.033	7.033	7.033	7.033
3239.81235-9	PISA-Programm: Lehr- und Lernmittel	34							
3239.81240-5	Programm "Schöne Schule"					500	500	510	520
3239.81241-3	Schließ - und Sicherheitsmaßnahmen im Schulbereich	52	12	25	111	210	210	214	218
3239.81242-1	Für Einzelmaßnahmen zur Umstrukturierung im Schulwesen	1.170	944	954	953	1.504	1.504	1.534	1.564
3239.81243-0	Programm "Mobile Schulausstattung"	1.470	1.457	1.463	1.332	1.670	1.670	1.703	1.737
3239.81245-6	Verwendung von Versicherungsleistungen für Ersatzbeschaffungen	12	20	17	47				
3239.81250-2	Verwendung zweckgebundener Einnahmen für investive Ausgaben	3	2						
3239.81261-8	SoProSchule - Ausstattung			299	38	165	154	141	134
3239.81270-7	Investive Lehrmittel aus Zuweisungen von den Ortsämtern			10					
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**13.550**	**17.179**	**35.418**	**37.170**	**50.643**	**28.573**	**28.999**	**25.945**
3210.72200-8	Planungsmittel zur Einrichtung von Ganztagsschulen im Grundschulbereich		2.375	900	1.198	1.200	1.200	1.200	1.200
3210.72237-7	Ausbau der Grundschule an der Gete zur Ganztagsschule und zur Dreizügigkeit	1.840		720					
3210.72251-2	Nutzeranteil an Sanierung Schule an der Schmidtstraße			90					

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3210.72258-0	Umbau der Schule Pürschweg zur Ganztagsschule			60	200	850	600	800	1.000
3210.72259-8	Umbau der Schule Brinkmannstraße zur Ganztagsschule			150	243	300	350	350	500
3210.72260-1	Umbau der Schule Admiralstraße zur Ganztagsschule					675	2.075	1.000	1.000
3210.72261-0	Umbau der Schule Alter Postweg zur Ganztagsschule					400	450	450	1.000
3210.72262-8	Umbau der Schule Wigmodistraße zur Ganztagsschule					260	1.500	1.500	2.000
3210.72263-6	Umbau der Schule Glockenstraße zur Ganztagsschule					260	310	500	730
3210.72264-4	Umbau der Schule Kirchhuchting zur Ganztagsschule					535	810	810	1.000
3216.72241-7	Umbau Schulzentrum (SZ) Neustadt					500	1.250	1.200	
3216.88411-5	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen des Energiespar-Contracting	52	30	49		117	117	117	117
3218.72220-1	Um- und Erweiterungsbauten an der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee	1.650	2.000	611					
3218.72222-8	Um- und Erweiterungsbauten an der Oberschule im Park	328							
3218.72223-6	Um- und Erweiterungsbauten an der Neuen Oberschule Gröpelingen	548	500						
3218.72234-1	Ausbau der Oberschule Lehmhorster Straße	400	500	40					
3218.72235-0	Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen	840							
3218.72243-0	Umbau Oberschule Lesum					700	750	750	750
3218.72245-7	Nutzeranteil an Sanierung Oberschule Sebaldsbrück					925	925	1.000	1.000
3218.72248-1	Neubau Turnhalle an der Oberschule Im Park					460	460	600	600
3218.88411-2	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen des Energiespar-Contracting	58	58	56		58	58	58	58
3232.88401-0	An SVIT, Erweiterung KuFZ Delmestraße			500	200	2.000	1.100		
3232.88402-8	An SVIT, Umbau KuFZ Neustadtswall			405	38	500		500	
3232.88404-4	An SVIT, Neubau KiTa Theodor-Billroth-Straße(KiTa an der VHS/ABS			963	2.410	1.649	706	601	
3232.88405-2	An SVIT, Neubau KiTa Charlotte Niehaus (KiTa Rablinghausen)			30	500	1.000		500	500
3232.88406-0	An SVIT, Neubau KiTa an der Freiligrathstraße			500	1.500	3.970	2.081		
3232.88407-9	An SVIT, Erweiterung KuFZ Arbergen				500	500		500	500
3232.88408-7	An SVIT, Neubau KiTa Utbremer Ring			200				0	0
3232.88409-5	An SVIT, Neubau KiTa Campus Ohlenhof (Spielplatz Marienwerder)			200	1.800	500		500	500
3232.88410-9	An SVIT, Neubau KuFZ Lesum			200	1.280	500		500	500
3232.88411-7	An SVIT, Neubau KiTa Burgdammer Straße (Alte Dorfschule)			200	1.098	200		500	500
3232.88412-5	An SVIT, Neubau KiTa Helsinkistraße			450	575	1.600			
3232.88413-3	An SVIT, Neubau KuFZ Grolland			60	900	2.340	2.092	2.000	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3232.88414-1	An SVIT, Neubau KuFZ Fährer Flur (Fähr-Lobbendorf)			60	460	500		500	500
3232.88415-0	An SVIT, Umbau KuFZ Bispinger Straße			350	599	361	417		
3232.88416-8	An SVIT, Neubau KuFZ Am Nonnenberg				1.010	500		500	500
3232.88417-6	An SVIT, Neubau KuFZ August-Bebel-Allee						269		
3232.88418-4	An SVIT, Erweiterung KuFZ Hammersbeck			700	750	250		250	500
3232.88450-8	An SVIT, Kita-Neubauten					500		500	500
3232.89310-8	An Träger für Investitionen in der Kindertagesbetreuung	300	1.300	1.395	2.460	2.000	1.000	1.000	1.000
3232.89311-6	An freie Träger für die Schaffung von Zusatzangeboten	4.043	4.090						
3232.89315-9	Zuschüsse an Träger für Investitionen	2.023	2.000	1.037	1.960	2.500	1.000	1.000	500
3232.89316-7	Ausstattung von Mobilbauten		2.270						
3232.89317-5	Umbau Kinder- und Freizeitzentrum (KuFZ) Heinr. Seekamp-Straße			15					
3232.89318-3	Neubau Kindertaheseinrichtung (KiTa) Blauhaus			231					
3232.89319-1	Erweiterung Kinderhaus Malerstraße								
3232.89320-5	Ausstattungen für Kindertagesstätten	704	1.291	7.012	3.324	3.700	2.029	2.000	2.000
3232.89321-3	Erweiterung Kleinkindgruppe Vahrinis								
3232.89322-1	Umbau und Erweiterung Kinder- und Freizeitzentrum (KuFZ) Bispinger								
3232.89323-0	Umbau Kinder- und Freizeitzentrum (KuFZ) Fritz-Gansberg-Straße			750					
3232.89324-8	Kinderhaus Arche			500	500				
3232.89325-6	Neubau Kinder- und Freizeitzentrum (KuFZ) August-Bebel Allee								
3232.89326-4	Neubau Kindertageseinrichtung (KiTa) Heiliggeist			1.000	620				
3232.89327-2	Neubau Kinder- und Freizeitzentrum (KuFZ) am Nonnenberg								
3232.89330-2	Umbau KiTa An der Weide			605	457				
3232.89331-0	Umbau KiTa Am Wall			1.282	1.200				
3232.89332-9	Umbau Simon-Petrus-Kindergarten			360					
3232.89333-7	Umbau Kinderhaus Annemarie Mevissen			286					
3232.89334-5	Umbau Eltern-Kind-Initiative Elefantenhaus			335					
3232.89335-3	Umbau Kindertagesstätte St. Hedwig			203					
3232.89336-1	Umbau Kindertagesstätte St. Georg			164					
3232.89337-0	Umbau Kinderhaus Am Lehester Deich			300					
3232.89338-8	Neubau Kinderhaus Schnecke			321					
3232.89339-6	Umbau Kinderhaus Quirl			239					
3232.89440-6	Zuschuss an KiTa Bremen für Investitionen							500	500
3239.72220-1	Nutzeranteil an Sanierung für neue Projekte im Senatsbauprogramm			250	250	250	250	250	250
3239.72221-0	Instandsetzung von Küchen in Ganztagsschulen			200	381	400	400	400	400
3239.72222-8	Planungsmittel Schulstandortplan			700	2.480	2.377	1.560	1.612	1.150

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3239.72223-6	Programm Umsetzung Schulstandortplan							0	0
3239.88409-0	Investive Mieten an Sondervermögen Immobilien und Technik	714	714	714	723	739	739	739	739
3239.88461-9	An SVIT, SoProSchule - Investitionen			9.975	7.493	14.517	4.027	3.762	3.901
3239.89310-3	Investitionszuschüsse an Schullandheimvereine	50	50	50	60	50	50	50	50
Netto-Investitionen:		**26.440**	**47.513**	**49.575**	**51.008**	**70.985**	**48.901**	**49.606**	**46.810**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**522**	**384**	**343**	**249**	**24**	**20**	**0**	**0**
3239.56403-7	Zinsen auf Sanierungskredite	481	347	311	221				
3218.56415-0	Zinsen Mietkaufraten Oberschuel Rockwinkel	41	37	33	28	24	20		
nachr.: Saldo investive Rücklage		**1.123**	**-577**	**146**	**-2.699**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 22 Kultur (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**2.153**	**2.439**	**3.400**	**2.418**	**2.484**	**2.933**	**3.305**	**4.613**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**102**	**106**	**110**	**115**	**0**	**0**	**0**	**0**
3289.88403-2	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredit (Übersee-Museum)	102	106	110	115				
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**41**	**40**	**26**	**29**	**75**	**75**	**75**	**75**
3288.70020-5	Restaurierung von Kunstwerken	41	40	26	29	30	30	30	30
3262.81202-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen					45	45	45	45
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**986**	**1.882**	**2.793**	**1.469**	**1.354**	**1.515**	**2.169**	**3.177**
3271.89110-4	Zuschuss an die Theater der Freien Hansestadt Bremen GmbH für Investitionen	360	210	210	210	210	360	360	360
3271.89114-7	Zuschuss an die Theater der Freien Hansestadt Bremen GmbH für Instandhaltungsinvestitionen	85	85	85	85	85	85	85	85
3271.89115-5	Zuschuss an die Bremer Theater Grundstücks GmbH & Co. KG für Investitionen/Bauunterhalt			12					
3271.89119-8	Zuschuss an die Bremer Theater Grundstücks GmbH &Co. KG für Fassaden- u. Fenstersanierung Werk-stättenbereich u. Aufzugsraum							250	
3271.89120-1	Zuschuss Theater Trink- und Löschwasseranlage	90	756	1.300	412	212			
3271.89122-8	Zuschuss Theater Brandschutzmaßnahmen	3	238	453	57	218	400	715	1.673
3271.89123-6	Zuschuss an die Bremer Theater Grundstücks GmbH &Co. KG für Erweiterung Orchestergraben								
3271.89124-4	Zuschuss an die Bremer Theater Grundstücks GmbH &Co. KG für Erneuerung Bestuhlung Großes Haus								400
3271.89126-0	Zuschuss an die Bremer Theater Grundstücks GmbH &Co. KG für Erneuerung Inspiziententechnik							100	
3289.89372-4	Zuschuss an den Eigenbetrieb Bremer Volkshochschule für Investitionen	161	161	191	161	131	172	161	161
3289.89373-2	Zuschuss an den Eigenbetrieb Stadtbibliothek Bremen für Investitionen	287	387	498	498	498	498	498	498
3289.89374-0	Zuschuss an den Eigenbetrieb Musikschule Bremen für Investitionen		45	45	45				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 22 Kultur (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**1.024**	**411**	**472**	**805**	**1.055**	**1.343**	**1.061**	**1.361**
3288.79010-7	Kunst im öffentlichen Raum (Baumaßnahmen)					30	30	30	30
3288.89350-0	Zuschüsse für Ersatzinvestitionen						100	150	150
3289.75011-7	Planungsmittel zur Errichtung eines Mahnmals zur Rolle Bremens bei der Vernichtung der wirtschaftl. Existenz der jüdischen Bevölkerung				2	50			
3289.89370-8	Zuschuss an die Stiftung Übersee-Museum Bremen für Investitionen	776	100	91	422	594	832	100	100
3289.89380-5	Zuschuss an den Eigenbetrieb Stadtbibliothek für Investitionen - Standorte Blumenthal und Obervieland							100	100
3289.89350-3	Neue Dauerausstellung Übersee-Museum 1. Lichthof (Ozeanien)							200	500
3289.89375-9	Bau-/Sanierungsprogramm Focke-Museum Masterplan							100	100
3289.89371-6	Zuschuss an die Stiftung Focke-Museum Bremen für Investitionen	248	311	381	381	381	381	381	381
Netto-Investitionen:		**2.153**	**2.439**	**3.400**	**2.418**	**2.484**	**2.933**	**3.305**	**4.613**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**18**	**14**	**10**	**5**	**0**	**0**	**0**	**0**
3289.56401-1	Zinsausgaben an SVIT (Übersee-Museum)	18	14	10	5				
nachr.: Saldo investive Rücklage		**122**	**45**	**-198**	**-4**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 41 Jugend und Soziales (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**249**	**174**	**652**	**754**	**0**	**0**	**0**	**0**
3490.38110-3	Von Hst. 3696/981 60-3 für Investitionen		190		370				
3490.38113-8	Von Hst. 3696/980 26-7 für Investitionen für das Quartierszentrum der Baumaßnahme Cambrai-Dreieck	630	32						
3490.38115-4	Von Hst. 3696/981 26-3 für Investitionen für die Revitalisierung eines Spielfeldes der Bezirkssportanlage Süd			100	100				
von anderen PPL Stadt		**630**	**222**	**100**	**470**	**0**	**0**	**0**	**0**
3417.38460-9	Von Hst. 0408/984 60-2 für Flüchtlingsunterkünfte	161	1.529	1.191					
3490.38410-2	Von 0304/98410-4, Hilfen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz		8						
3493.38410-3	Von 0304/984 10-4	4							
von Land PPL-intern		**165**	**1.537**	**1.191**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 41 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**1.045**	**1.933**	**1.944**	**1.225**	**0**	**0**	**0**	**0**
3417.34210-8	Erstattungen/Rückzahlungen von investiven Zuschüssen zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten			303	569				
3431.34110-6	Ablösungsbeträge für die Anlage und Gestaltung von Kinderspielplätzen	143	160	348	121				
3431.34111-4	Ablösebeträge für die Anlage und Gestaltung von Kinderspielplätzen (Bremen-Nord)	44							
3431.34211-0	Von der Stiftung 'Wohnliche Stadt' für Bürgerinitiativen auf Spielplätzen	60							
3431.34213-7	Sonstige Zuschüsse für Investitionen	2	14	0					
3431.34223-4	Sonstige Zuschüsse für Investitionen für Spiel und Bewegung				65				
3490.34111-0	Investitionen zum Ausbau Haus der Familie "Mobile"								
Investive Ausgaben		**39.398**	**29.872**	**5.382**	**8.205**	**5.065**	**5.065**	**6.520**	**6.675**
3490.98110-0	An Hst. 3696/381 10-0, Rückflüsse von Städtebaufördermitteln (Investitionen)				5				
an andere PPL Stadt		**0**	**0**	**0**	**5**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 41 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**39.398**	**29.872**	**5.382**	**8.210**	**5.065**	**5.065**	**6.520**	**6.675**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 41 Jugend und Soziales (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**4.685**	**3.177**	**1.483**	**2.207**	**2.730**	**2.730**	**2.785**	**2.840**
3411.70055-0	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	99							
3417-70000-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten	1.751	1.975	345	460	1.700	1.700	1.734	1.769
3431.70000-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb	172	191	334	137				
3490.70000-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb	81	288	194	117	194	194	198	202
3493.70000-5	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb	231	210	225	567				
3411.81255-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	324	61	15	15				
3417.81200-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten	1.833	135	83	588	700	700	714	728
3431.81223-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen			8					
3490.81201-5	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	77	136	144	72	136	136	139	141
3493.81201-6	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	117	180	134	251				
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**34.713**	**26.695**	**3.899**	**5.998**	**2.335**	**2.335**	**3.735**	**3.835**
3401.89310-4	Sonstige Zuschüsse	60			89				
3401.89320-1	Projekte zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für obdachlose Menschen							200	250
3401.82320-3	Aufhebung des Erbbaurechts für das Jakobushaus des Vereins für Innere Mission		502						
3411.89310-2	Zuschüsse für Investitionen in Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten	4	24	38	10	70	70	70	70
3411.89330-7	Zuschüsse für Investitionen für dieObdachlosenhilfe				40				
3411.89355-2	Investive Zuwendungen	68		20	35				
3417.89310-4	Investive Ausgaben zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten	32.730	24.628	2.317	2.535	200	200	200	200
3417.89320-1	Planungsmittel für Konversion Flüchtlingsunterkünfte			130					
3431.89310-9	Zuschüsse für Investitionen zur Herrichtung der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus	30	30			40	30	30	30

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 41 Jugend und Soziales (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3431.89312-5	Zuschüsse aus Mitteln der Stiftung "Wohnliche Stadt" für Spielplätze	60							
3431.89313-3	Zuschüsse für Investitionen aus Mitteln der sonstigen investiven Zuschüsse		13	0					
3431.89320-6	An freie Träger für die Herrichtung von Jugendclubs und Jugendräumen	90	85	65	55	490	500	500	500
3431.89323-0	Zuschüsse für Investitionen für Spiel und Bewegung	1.026	1.117	1.025	1.174	1.500	1.500	1.500	1.500
3431.89340-0	Investitionen in Jugendfreizeitheime (Ausbau von Barrierefreiheit und Medien)							200	250
3431.89395-8	Zuschüsse an freie Träger für den Betrieb von Jugendfreizeitheimen für investive Ausgaben	15	45	35	35	35	35	35	35
3434.89310-0	Investive Ausgaben zur Herstellung von Unter-bringungsmöglichkeiten für unbegleitete minderjährige Asylbewerber (UmA)		5	170	1.427			1.000	1.000
3490.89310-4	Zuwendungen für Investitionen		215		498				
3490.89313-9	Quartierszentrum Cambrai-Dreieck	630	32						
3490.89315-5	Zuweisungen für Investitionen zur Revitalisierung eines Spielfeldes der Bezirkssportanlage Süd			100	100				
Netto-Investitionen:		**39.149**	**29.698**	**4.730**	**7.450**	**5.065**	**5.065**	**6.520**	**6.675**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage		**15.036**	**-15.028**	**90**	**-98**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 51 Gesundheit (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3501.38010-4	Von der Hst. 3696/980 60-7 "Soziale Stadt" für das Projekt "Gemüsewerft - sozial-urbanes Gärtnern am Hafenrand"	-10							
von anderen PPL Stadt		**-10**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 51 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**-10**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**10.350**	**10.450**	**10.445**	**11.006**	**10.379**	**10.379**	**11.811**	**12.515**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**132**	**132**	**132**	**132**	**0**	**0**	**0**	**0**
3520.88420-2	Kapitaldienstfinanzierung: Regionalisierung der Psychiatrie (Tilgung) - Tilgung für Projekt 0002-S-	132	132	132	132				
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**86**	**158**	**147**	**228**	**213**	**213**	**217**	**221**
3510.70000-6	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	38	150	77	150	150	150	153	156
3510.81110-0	Erwerb von Fahrzeugen	37							
3510.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	11	8	70	78	63	63	64	65
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**10.122**	**10.141**	**10.147**	**10.152**	**10.146**	**10.146**	**11.574**	**12.274**
3520.89130-6	Kurzfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	3.144	3.148	3.145	3.128	3.160	3.160	3.160	3.160
3520.89131-4	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinika der GeNo	3.842	3.909	3.909	3.919	3.909	3.909	5.000	5.500
3520.89231-0	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private Krankenhäuser	1.506	1.421	1.427	1.419	1.414	1.414	1.414	1.414
3520.89232-9	Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemeinnützige und private Krankenhäuser	1.631	1.663	1.666	1.686	1.663	1.663	2.000	2.200
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**10**	**20**	**20**	**493**	**20**	**20**	**20**	**20**
3501.89310-1	Zuschüsse an freie Träger aus Mitteln 'Impulse für lebenswerte Städte' (ISP)	-10							
3501.89110-9	Zuschuss an Gesundheit Nord für den Um-/Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum Bremen-Ost				473				
3510.89111-1	An die Klinika Bremen-Ost und Bremen-Nord für die Investitionen des sozialpsychiatrischen Dienstes (SpsD)	20	20	20	20	20	20	20	20
Netto-Investitionen:		**10.350**	**10.450**	**10.445**	**11.006**	**10.379**	**10.379**	**11.811**	**12.515**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**45**	**41**	**37**	**33**	**0**	**0**	**0**	**0**
3520.56401-1	Zinsen Psychiatrie	45	41	37	33				
nachr.: Saldo investive Rücklage		**18**	**58**	**66**	**-142**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**1.522**	**1.728**	**12.347**	**9.194**	**1.700**	**5.700**	**1.200**	**1.200**
3696.38110-0	Von anderen Kapiteln, Rückflüsse Städtebauförderungsmittel				2				
von anderen PPL Stadt		**0**	**0**	**0**	**2**	**0**	**0**	**0**	**0**
3687.38420-1	Von Hst. 0687/984 20-0 Finanzhilfen gem. BremÖPNVG				975				
3696.38416-8	Von Hst. 0696/984 10-7 für Städtebauförderungsmaßnahmen	1.107	968	814	3.912	3.096	1.848	1.220	428
3696.38420-6	Von Hst. 0696/984 20-4 für das Programm "ZukunftStadtgrün"					648	570	328	124
3696.38440-0	Von Hst. 0696.984 40-9 für Wachstum und nachhaltige Erneuerung					98	586	1.198	1.716
3696.38441-9	Von Hst. 0696.984 41-7 für lebendige Zentren					168	1.018	2.074	2.978
3696.38442-7	Von Hst. 0696.984 42-5 für den SozialenZusammenhalt (neu)					154	924	1.886	2.708
3696.38455-9	Von 0696/984 31-0 Mittel des Bundes für den Investitionspakt		30	77	487	1.375	1.549	1.151	660
3696.38460-5	Von Hst. 0696/984 60-3 für das Programm "Soziale Stadt"	554	802	1.237	1.519	2.794	2.166	1.248	470
von Land PPL-intern		**1.661**	**1.799**	**2.129**	**6.893**	**8.333**	**8.661**	**9.105**	**9.084**
Investive Einnahmen PPL 68 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**3.183**	**3.527**	**14.475**	**16.090**	**10.033**	**14.361**	**10.305**	**10.284**
3681.13320-7	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen								
3681.34125-0	Ablösungsbeträge nach der Landesbauordnung im Bereich der Abteilung Bauordnung	199	862	1.524	456	180	180	180	180
3681.34126-8	Ablösungsbeträge nach der Landesbauordnung im Bereich des Bauamtes Bremen -Nord	27	9	47		20	20	20	20
3687.33401-0	Abführung vom Sondervermögen Infrastruktur			5.000	7.500	500	4.500		
3687.33420-4	Vom SV Infra für Rückführung Stadtteilbudgets			1.332	554				
3603.33405-0	Ablieferung des SV Infra			3.992					
3687.34120-0	Beiträge für Straßenanlagen einschließlich Zinsen	849	643	211	129	700	700	700	700
3687.34121-9	Vorausleistungen von Anliegern auf Erschliessungskosten	8	13	28	388	300	300	300	300
3696.33110-2	Vom Bund für Projekte des Städtebaus/Stadtstrecke	171							
3696.33111-0	Bundesmittel für die Errichtung eines Premiumradweges		82	95	49				
3696.34115-9	Zinserträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	3	3	60	61				
3696.34116-7	Tilgungsbeiträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	116	116	58	58				
3696.34150-7	Ausgleichsbeträge und sonstige Beiträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	149							

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Ausgaben		**17.452**	**31.234**	**38.515**	**29.275**	**76.137**	**87.013**	**82.251**	**82.679**
3681.98127-5	An Hst. 3986/381 27-8, Verlust der BremerStraßenbahn AG (investiv)	11.732	11.732	12.882	13.082				
3696.98110-7	An andere Kapitel, Weiterleitung von Mitteln des Bundes für den Investitionspakt		30	77	77				
3696.98126-3	An andere Kapitel für Städtebauförderungsmaßnahmen	630	120	101	200				
3696.98150-6	An andere Kapitel für das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WIN)	367	317	401	360				
3696.98160-3	An andere Kapitel für das Programm Soziale Stadt	13	214	1.051	722				
an andere PPL Stadt		**12.743**	**12.413**	**14.511**	**14.442**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 68 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**30.195**	**43.647**	**53.026**	**43.717**	**76.137**	**87.013**	**82.251**	**82.679**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**262**	**88**	**50**	**102**	**232**	**183**	**184**	**164**
3687.70006-5	Kleine Umbauten und Instandsetzungen	70	35	17	2	75	26	40	20
3691.70005-3	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen					1	1	1	1
3691.70010-0	Um- und Erweiterungsbauten Bürgerservice Center Bau Nord Projekt B19 -Handlungsfeld Bürgerservice				53				
3687.71901-7	Herstellung von Fernmeldeanlagen					3	3		
3687.81110-0	Erwerb von Fahrzeugen	0	30		9	30	30	30	30
3627.81210-7	Erwerb von Spezialfahrzeugen, Geräten und Maschinen	3	1	13		5	5	5	5
3687.81201-7	Erwerb von Büromaschinen	9	1	1		10	10		
3687.81202-5	Erwerb von Inventar	131	22	20	32	50	50	50	50
3687.81210-6	Erwerb von Maschinen und Geräten	48			1	50	50	50	50
3691.81202-1	Erwerb von Inventar				5	8	8	8	8
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**6.542**	**3.314**	**7.450**	**7.515**	**14.522**	**15.484**	**15.664**	**15.766**
3696.72550-0	Alte Neustadt - Herrichtung Lucie-Flechtmann-Platz	100							
3696.88401-2	Zuweisungen für Investitonen an Sondervermögen für Städtebauförderungsmaßnahmen			9	3.500				
3696.89250-3	Zuschüsse an Dritte für das Programm "Wohnen in Nachbarschaften (WIN)"	57	8	19	0	2.260	2.270	2.270	2.270
3696.89260-0	Zuschüsse an Dritte für das Programm 'Soziale Stadt'	1.862	968	1.999	811	4.422	4.635	4.701	4.767
3696.89262-7	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Sanierungsgebiet Walle -	44	-38	-105	-25				
3696.89263-5	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Hohentor -	447	68	-25	50				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3696.89271-6	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Huckelriede -	1.481	534	461	1.158	888	924	663	
3696.89272-4	Zuschüsse für Maßnahmen Aktive Zentren und Nebenzentren - Sanierungsgebiet Innenstadt/Teerhof/vordere Neustadt	200	199	218	139	200	200	200	200
3696.89280-5	Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes	725	361	729	135				
3696.89310-0	Nationale Projekte des Städtebaus/Stadtstrecke	200	44	320	320				
3696.89320-8	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung	37							
3696.89321-6	Stadtumbau West, Bremer Westen	-2	380	161	723	1.254	1.208	984	1.959
3696.89323-2	Denkmalschutz West (Bremer Westen)		8	8	31				
3696.89324-0	Aktive Zentren und Nebenzentren Schwerpunktgebiet Walle	291	183	1.593	243	1.125	1.150	1.674	2.229
3696.89325-9	Stadtumbau West Grohn	3	412	323	435	600	225	585	813
3696.89326-7	Aktive Zentren Neustadt	762	188	539	-5	1.125	1.091	1.365	1.164
3696.89327-5	Städtebauförderung, Stadtumbau West,Hemelingen						280	483	102
3696.89330-5	Investitionspakt 'Sanierung kommunaler Infrastruktur' und 'Soziale Integration im Quartier'					1.375	1.549	1.151	660
3696.89340-2	Städtebauförderung Denkmalschutz West -Neues Gebiet					51	300	984	1.416
3696.89350-0	Durchführung des EU-Programms EFRE	333							
3696.89351-8	Integrierte Stadtentwicklung, EU-Programm EFRE (Förderphase 2014 - 2020)					250	797	112	
3696.89360-7	Zentrum Blumenthal			1.200					
3696.89370-4	Städtebauförderung "Zukunft Stadtgrün"					972	855	492	186
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**10.049**	**26.801**	**24.281**	**19.846**	**59.282**	**69.662**	**65.119**	**65.965**
3687.88410-7	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (ASV: Amt für Straßen und Verkehr)	8.333	22.962	19.790	15.617	39.545	49.206	45.000	45.000
3687.88411-5	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (BgA: Betrieb gewerblicher Art)	390	1.942	1.867	1.774	2.673	1.940	2.000	2.000
3687.88414-0	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (ASV: Amt für Straßen und Verkehr) -Lärmschutz Grönlandstraße			175	175	500	500		
3687.88413-1	Linie 8 BTE	18	5	2					
	SV Infrastruktur (Teilvermögen Straße und Verkehr) Investitionsplan	***8.682***	***21.508***	***5.242***	***25.429***	***24.241***	***31.594***	***41.469***	***43.128***
	3.1 Bauten des Infrastrukturvermögens	***4.074***	***3.264***	***3.396***	***5.758***	***6.830***	***13.340***	***25.256***	***34.950***
	Erhaltung von Brücken, Verkehrssicherheit, kleine Maßnahmen	*1.284*	*1.524*	*1.476*	*2.280*	*2.500*	*2.500*	*2.500*	*2.500*
	Brücken und Planung im Bestand			*532*	*700*	*510*	*510*	*700*	*700*
	Wümmebrücke	*577*		*10*	*11*				
	Lesumbrücke	*33*		*14*	*25*				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Erhaltung Großbrücken -neu- (Flutbrücke Borgfeld, Stützwand Tiefer/Arkaden, Kirchbachstraße, Wilhelm-Kaisen, Breitenweg)	808	1.400	720	2.622	3.020	3.730	4.656	3.750
Ersatzbau EU Sebaldsbrückr Heerstr. (Zeppelintunnel)			457	5	800	5.600	11.500	15.800
Weserquerungen (Planungsmittel)						1.000		
Brücke Habenhausen-Hemelingen							3.400	6.000
Brücke kleine Weser							2.000	4.200
Brücke Weser Stadtwerder-Altenwall							500	2.000
Erhaltung Großbrücken (Ersatzbau Brücke Heinrich-Plett-Allee)	1.372	340	187	115				
3.2 Infrastrukturvermögen Straßenbahn	***3.308***	***14.560***	***3.092***	***7.086***	***14.254***	***25.748***	***34.338***	***34.269***
Verlängerung Linie 1 Mittelshuchting, Planungsmittel	643	5.340	183	681	2.285	14.680	17.000	17.550
Verlängerung Linie 1 Mahndorf	543		183	79	130		100	100
Linie 8 bis Landesgrenze		2.267			82	252	136	1.033
Verlängerung Linie 4 Lilienthal	202	500		100			500	500
Betriebsanlagen Straßenbahnlinien	217	240	475	384	350	350	400	400
Herstellung, Veränderung, Erneuerung Gleiszone	1.591	1.969	1.199	3.200	1.900	1.900	2.250	2.250
Haltestelle Graubündener Straße		600	494	927				
Gleisverbindung Benningsen/Stresemann/Steuben Querverbindung Ost, Planungsmittel	112	1.460	130	700	1.088	1.277	7.500	11.000
Gleisverbindung Benningsen/Stresemann/Steuben Querverbindung		84			175	300		
Planung Gleisverbindung Osterholzer Heerstraße		1.200			375		500	500
Haltestelle Daniel von Büren Straße				415	83			
Haltestelle Föhrenstraße					290	304		
Haltestelle Barbarossa					333	374	330	
Planung Gleisverbindung Weserwehr bis Malerstraße		900						
Planung Ausbau ÖPNV-Netz (Domsheide)					1.500	550	4.492	
Umsteigeanlage Gröpelingen			428	600	5.663	5.761	1.130	936
3.3 Straßen, Wege, Plätze	***21.624***	***28.920***	***23.995***	***37.582***	***44.434***	***40.652***	***42.841***	***36.078***
Kosten für die Erschließung neuer Wohngebiete	216	1.588	268	701	587	900	1.000	1.000
Erhaltung und Anpassung von Straßen	10.998	9.250	13.079	14.610	15.000	17.000	17.000	17.000
Erschließung Alhardstraße				7	630			
Stadtteilbudgets		1.000	493	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
Erschließung Arsten Süd-West					370	100		
Grundsanierung Hastedter Osterdeich						700		
Grundsanierung Helsingborger					500	300		
Grundsanierung Hansastraße					400	400		

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023 **Stand: 5. Mai 2020**

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Geschwindigkeitsmesstafel	*109*	*113*	*110*	*115*	*113*	*113*	*160*	*160*
Fedelhören	*429*		*6*	*2*				
Erneuerung und Ausbau von Radwegen	*1.511*	*1.100*	*1.247*	*1.100*	*1.200*	*1.200*	*2.000*	*2.000*
Zielplanung Fahrrad	*140*	*1.066*	*387*	*754*	*2.000*	*2.650*	*1.500*	*1.500*
Stärkung des Radverkehrs					*4.270*	*1.179*	*2.000*	*2.000*
Fahrradquartier 'Alte Neustadt'			*1.189*	*1.976*				
Fahrradquartier 'Ellener Hof'				*176*	*576*	*136*		
Radpremiumroute Hemelingen-Blumenthal					*450*	*1.900*	*300*	*400*
Fahrradroute Wallring, Planung und Bau					*703*	*2.526*	*1.886*	
Steffensweg (Radroute D 15)					*500*	*1.000*		
Kanalbaustufenprogramm	*1.358*	*1.100*	*1.206*	*1.194*	*1.200*	*1.450*	*1.500*	*1.500*
Straßenerhaltung i.V.m. Straßenausbau -Kofinanzierung-	*887*	*600*	*213*	*354*	*600*	*600*	*600*	*600*
Kreuzungsbauwerke Bahnübergänge Oberneuland	*2.240*	*1.856*	*569*	*78*	*500*	*100*	*100*	*100*
Kreuzungsbauwerke Bahnübergänge Oberneuland (Bau)	*956*	*3.651*	*-783*	*3.400*	*4.000*	*800*	*1.500*	*1.000*
Turner Straße	*151*	*1.331*	*93*	*287*				
Waller HeerstraßeFahrbahnerneuerung i.Z. Gleisersatzbau				*650*				
Maßnahmen Barrierefreiheit	*447*	*500*	*90*	*400*	*175*		*500*	*500*
Gleisersatzbau Hartwigstraße, Anteil Straßenbau	*5*			*2*				
Planungskosten Theoder-Barth-Straße		*450*	*260*	*240*	*500*	*305*	*55*	
Umsetzung Busnetz Bremen-Nord								
Busbahnhof Blumenthal	*317*	*1.955*	*366*	*340*	*57*	*20*	*10*	*10*
Lärmschutzaktionsprogramm		*920*					*50*	*50*
Grundsanierung (Zubringer Hemelingen, Bgm. Spitta-Allee etc.)	*879*		*73*					
Bgm. Spitta-Allee Planung + Bau							*3.500*	*3.500*
Kompensationsmaßnahme Kreuzdeich	*3*	*50*	*13*	*780*	*2.576*	*295*	*490*	*490*
Weiterbau B 74 (Bau Abrechnung Bund)	*256*							
Herdentorsteinweg			*1.191*	*374*				
Haltestellen Technologiepark (inkl. Planung)		*118*						
Neuer ZOB (Zentraler Omnibusbahnhof)		*50*	*32*	*1.540*	*540*	*373*	*4.022*	
Am Stern	*21*		*63*	*10*				
Pastorenweg	*6*	*410*	*499*	*25*				
Osterfeuerberger Ring	*42*	*50*	*88*	*40*	*1.500*	*2.000*	*1.700*	*883*
Diskomeile		*200*	*277*	*2.056*	*900*	*300*		
Hafenrandstraße			*2.052*	*2.300*				
Neuordnung von Straßen		*152*	*139*	*120*				
Stadtstrecken		*200*						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023 **Stand: 5. Mai 2020**

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gartenstadt Werdersee							*100*	*150*
Parkraum		*95*						
Fußgängerfreundliche Kreuzungen	*28*	*500*	*470*	*399*	*500*	*500*	*500*	*500*
Carsharing		*404*	*64*	*155*	*255*	*255*	*200*	*200*
Linie 37 Uml., Osterh.Möh.	*13*							
Lärmschutz		*200*			*500*	*500*		
Nordwestknoten				*1.203*				
Umsteigeanlage Gröpelingen			*135*	*487*	*373*	*578*	*213*	
Verlängerung der Linien 26/27				*220*				
Obervieland Verkehrsrechner					*320*	*300*		
Ersatzbeschaffung Parkuhren						*200*		
Sonstige			*5*	*50*				
Anbindung Gewerbegebiet Airport-Stadt an die B75				*20*				
Niedersachsendamm Nord			*9*					
Umabu Alfred-Faust-Straße				*5*				
Ortsentlastung Weyhe/Dreye			*7*	*5*				
Umbau der Duckwitzstraße			*6*					
Umsteigeanlage Huckelriede				*61*				
P+R Stapelfeldstraße				*2*				
Innenstadt			*21*					
Neckarplatz/Woltmershauser Allee			*8*	*4*				
Robert-Koch-Straße Herstellung Wegeverbindung			*2*	*110*				
Querungshilfen Bgm.-Smidt-Straße			*11*					
Friedrich-Klippert-Straße Umgestaltung			*37*	*100*				
Mählandsweg Umgestaltung Verkehrsfläche				*70*				
Marktplatz Blumenthal				*20*				
Helenenstraße				*40*				
Umfeld Schulze-Delitsch-Straße					*100*	*100*		
Querverbindung Karl-Peters-Straße								*350*
Aufwertung Steffensweg					*735*	*832*	*955*	*1.185*
Umgestaltung Wohnstr. Umfeld Valckenburghstr.					*356*			
Entwicklung Quartiersachse Kirchweg					*200*	*40*		
Herrichtung öffentl. Raum Köhlerhof					*248*			
Concordia	*62*							
Fortsetzungsprojekte	*550*	*11*						
5.2 Technische Anlagen	***2.141***	***2.390***	***2.241***	***4.030***	***3.084***	***2.886***	***2.922***	***2.692***

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Erhaltung Lichtsignalanlagen	*305*	*500*	*595*	*1.215*	*483*	*485*	*788*	*500*
	Erhaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen	*1.719*	*1.690*	*1.643*	*2.595*	*2.201*	*2.201*	*1.934*	*1.992*
	Qualitätssicherung Verkehrssignalsteuerungstechnik ÖPNV (Öffentlicher Personenahverkehr)	*117*	*200*	*3*	*220*	*400*	*200*	*200*	*200*
	Umbuchung nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	***-22.465***	***-27.626***	***-27.482***	***-29.027***	***-44.361***	***-51.032***	***-63.888***	***-64.861***
3627.75001-2	Grünanlagen im Bremer Westen								
3627.88401-9	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Grün, Erhaltung der Deiche (Deichverbände -Große Lösung)	1.303	1.303	1.287	1.270	1.181	1.143	1.143	1.143
	SV Infrastruktur (Teilvermögen Grün Stadt) Investitionsplan	***17.338***	***22.514***	***15.851***	***22.969***	***19.888***	***20.485***	***21.204***	***20.944***
	2. Unbebaute und bebaute Grundstücke	7							
	3. Infrastrukturvermögen	**15.892**	**21.964**	**15.420**	**21.424**	**19.000**	**19.627**	**19.704**	**19.444**
	Generalplan Küstenschutz	*13.650*	*20.000*	*13.474*	*18.300*	*16.000*	*17.540*	*17.900*	*17.640*
	Erhaltung der Sperrwerke	*660*	*661*	*660*	*661*	*661*	*661*	*661*	*661*
	Erhaltung der Deiche (Große Lösung Deichverbände)	*1.335*	*1.303*	*1.286*	*1.270*	*1.181*	*1.143*	*1.143*	*1.143*
	Entwicklung Gebiet ehem. BWK				*865*				
	Stadtstrecke				*320*	*283*	*283*		
	Grünanlagen im Bremer Westen					*875*			
	Zuwegung Ölhafen	*63*							
	Betriebsvorrichtung Ölhafen	*184*			*8*				
	8. Übrige Investitionen	***1.439***	***550***	***431***	***1.545***	***888***	***858***	***1.500***	***1.500***
3627.88402-7	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Grün (Stadtgrün)		550	610	610	888	858	900	900
3627.88403-5	Zuweisungen für Investitonen an SV Infra TV Grün/Stadtstrecke					283	283	324	300
3601.88402-9	Investive Zuweisungen an das SV Infra/Grün								
3681.88401-6	Zuweisungen für Investitionen an das Sondervermögen Infrastruktur / Wohnungsbau (Grundstückskauf)		40	550	400	600	600	600	600
	SV Infrastruktur (Teilvermögen Wohnungsbau) Investitionsplan	***1.248***	***350***	***440***	***621***	***600***	***600***	***400***	***400***
	2. Unbebaute und bebaute Grundstücke	**1.248**	**350**	**440**	**621**	**600**	**600**	**400**	**400**
	Grunderwerb und vertragliche Folgekosten	*848*	*350*	*440*	*621*	*600*	*600*	*400*	*400*
	Kleine Instandsetzungen (als Aufwand erfasst)	*65*	*270*	*200*	*200*	*400*	*400*	*400*	*400*
	Instandsetzung Schulstraße	*400*							
	Umbuchung Aufwand	*-65*	*-270*	*-200*	*-200*	*-400*	*-400*	*-400*	*-400*
3681.88410-5	Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung	6							

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3681.89126-8	Verlust der Bremer Straßenbahn AG					11.732	11.732	11.732	11.732
3681.89127-6	Vorlaufkosten Neubeschaffung Straßenbahnen					1.880	3.400	3.420	4.290
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**598**	**1.030**	**6.734**	**1.813**	**2.101**	**1.684**	**1.284**	**784**
3601.89310-9	Fördermaßnahmen Lärmaktionsplan	276	173	118					
3603.83105-4	Eigenkapitalausstattung Bremer Stadtreinigung AöR			3.992					
3627.89401-4	An den Umweltbetrieb Bremen für Rahmenanlagen auf Friedhöfen	84	84	84	63	1.251	659	84	84
3627.89410-3	Zuschüsse für Grünanlagen im Bremer Westen				1.000				
3627.89411-1	Renaturierung untere Wümme						125		
3627.89412-0	Woldeswiesen					400	200		
3681.89125-0	Zuweisung an Trägergesellschaften für Garagenbauten	200	770	1.650	490	200	200	200	200
3682.89141-5	Aufwendungen für die Bereinigung von Kleingartengebieten in Bremen	31	3	8	260		250	250	250
3691.79002-8	Rönnebecker Weserufer					50	50	50	50
3691.79003-6	Vegesacker Hafen					200	200	200	200
3691.79001-0	Umbau des BWK-Geländes (Bremer Woll-Kämmerei)	8		883				500	
Netto-Investitionen:		**15.930**	**29.507**	**26.168**	**20.081**	**74.437**	**81.313**	**81.051**	**81.479**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage		**6.454**	**-3.384**	**-2.274**	**-8.359**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**6.865**	**11.719**	**500**	**4.500**	**0**	**0**
3709.38410-3	Von Hst. 0709/984 10-1, Zuweisung von EU-Mitteln		2.902	752	954				
3709.38420-0	Von Hst. 0709/984 91-8, Kostenerstattung für Wirtschaftsförderung	11.789	9.437	6.911	3.360	3.360	3.360	3.427	3.496
von Land PPL-intern		**11.789**	**12.339**	**7.663**	**4.314**	**3.360**	**3.360**	**3.427**	**3.496**
Investive Einnahmen PPL 71 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**11.789**	**12.339**	**14.528**	**16.033**	**3.860**	**7.860**	**3.427**	**3.496**
3708.33401-3	Abführung vom Sondervermögen Gewerbeflächen			4.928	3.500				
3708.33402-1	Abführung vom Sondervermögen Überseestadt			1.937	8.219	500	4.500		
Investive Ausgaben		**18.649**	**16.394**	**14.122**	**6.721**	**12.128**	**17.543**	**17.603**	**16.502**
3708.98635-5	An Hst. 0700/386 54-6, Erstttung von Personal-ausgaben (Gewerbeflächen/Regionalplanung)	84	85	35	47				
3752.98601-0	An Hst. 0700/386 05-0, Kostenerstattung fürUmbauten des Objektes Sögestr. 31/33			10					
3709.98691-0	An Hst. 0709/386 91-3, Kostenerstattung für Wirtschaftsförderung	17.458	17.349	19.153	19.284	19.284	19.284	19.284	19.284
an Land PPL-intern		**17.541**	**17.435**	**19.198**	**19.332**	**19.284**	**19.284**	**19.284**	**19.284**
3754.98621-1	An Hst. 0257/386 21-0 für das Projekt Gedenkstätte U-Boot Bunker "Valentin"		185	263					
an andere Land		**0**	**185**	**263**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 71 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**36.191**	**34.014**	**33.582**	**26.052**	**31.413**	**36.828**	**36.888**	**35.786**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**0**	**0**	**0**	**0**	**10**	**10**	**10**	**10**
3752.70001-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen					10	10	10	10
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**15.726**	**13.776**	**13.083**	**6.013**	**10.152**	**16.893**	**17.063**	**15.961**
3708.88440-4	An das Sondervermögen Überseestadt für Erschließungs-maßnahmen	2.114	4.702	2.128	1.647	5.824	5.230	5.494	4.334

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
SV Überseestadt Investitionsplan	***4.664***	***19.990***	***13.262***	***9.030***	***18.632***	***12.371***	***12.207***	***17.592***
2. Unbebaute und bebaute Grundstücke								
Sonstiger Grunderwerb				*22*				
Umbau Bahnmeisterei etc.	*619*	*79*	*9*					
Dachsanierung Hafenhaus				*247*				
Gebäudesanierung Sonstige	*89*	*236*	*3*	*23*	*11*	*6*		
Grunderwerb Hafenvorstadt	*349*							
Sanierung Musikergebäude (geplant)	*7*	*320*						
Grunderwerb Reimer		*7.548*						
Ankauf Schuppen 4 - Entschädigung					*2.344*			
Sanierung Reetec-Gebäude		*100*						
5. Finanzanlagen/Beteiligungen								
Ausgleichsmaßnahme Lesum	*5*		*1*		*1.600*			
Restmaßnahmen Holz- und Fabrikenhafen	*243*		*2*	*95*				
Erschließung Quartier Überseetor	*140*		*55*	*178*				
Erschließung Quartier Hafenvorstadt	*933*	*1.327*	*752*	*399*	*718*			
Erschließung Quartier Europahafen	*33*	*1.563*	*1.535*	*35*	*674*	*295*	*26*	
Erschließung Quartier Hafenkante	*855*	*7.069*	*9.606*	*6.624*	*4.152*	*804*	*331*	*19*
Erschließung Quartier Überseeinsel					*1.200*	*1.010*	*335*	
Projektsteuerung	*591*	*835*						
Grundlagenplanung	*164*	*224*						
Hochwasserschutz	*56*		*28*	*2*	*300*	*3.060*	*470*	*3.000*
Straßensanierung	*509*		*1*	*69*	*1.563*	*930*		
Fortführung ZZZ	*46*	*64*						
Verkehrskonzept	*25*							
Spiel- und Sportanlagen		*575*	*260*	*-60*				
Anleger Landmarktower			*27*					
Projektsteuerung			*660*	*680*	*748*	*756*	*763*	*771*
Grundlagenplanung			*250*	*512*				
Fortführung ZZZ			*44*	*37*	*50*	*40*	*40*	*40*
Integriertes Verkehrskonzept		*50*	*29*	*145*	*3.320*	*2.428*	*1.270*	
Provisorium Supermarkt					*500*			
Erschließung Quartier Hafenkante (geplant)					*350*	*800*	*4.750*	*9.340*
Erschließung Quartier Überseeinsel (geplant)							*750*	*3.400*
Straßensanierung (geplant)					*500*	*600*	*700*	*1.000*
Erschließung Quartier Europahafen (geplant)						*60*	*200*	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Erschließung Quartier Überseetor (geplant)						*160*	*1.150*	
	Erschließung Quartier Hafenvorstadt					*580*	*1.400*	*1.400*	
	übrige Investitionen unter 250 T€				*22*	*22*	*22*	*22*	*22*
3754.88410-9	Zuführung an das Sondervermögen Gewerbeflächen (Veranstaltungsflächen) -investiv-	787	500	3.840	1.169			500	500
	SV Gewerbeflächen (TV Veranstaltungsflächen) Investitionsplan	***304***	***460***	***2.703***	***2.755***	***2.050***	***1.717***	***3.075***	***3.825***
	1. Immaterielle Wirtschaftsgüter					*8*			
	2. unbebaute und bebaute Grundstücke	***0***	***0***	***368***	***644***	***1.105***	***380***	***871***	***1.100***
	Kongressinfrastruktur Bürgerweide								
	Sanierung/Erneuerung Bistro Messehallen			*243*	*268*				
	Schaffung Raucherbereich Westdach Halle 1				*141*				
	Ankauf Tennisplatz am Weserstadion				*99*				
	Niederspannungsverteilung Messehallen					*650*			
	Erweiterungsbau Eingang für Pförtner, Logistik						*120*	*490*	
	Niederspannungsverteilung Halle 2					*180*			
	Austausch Flucht- und Rettungstüren Nord- u. Südfoyer Halle1					*105*			
	Dachentwässerung Messehallen 5+6					*50*			
	Umbau Decke Halle 2							*120*	
	Erneuerung Dachhaut Halle 1								*600*
	Umbau Trafostation Betriebshof Halle 7 zu Bürogebäude								*300*
	Start Planung Sanierung CCB 2024						*30*	*100*	*200*
	Laufende Re-/Investitionen unter 100 T€			*125*	*136*	*120*	*230*	*161*	
	3. Maschinen und technische Anlagen	***83***	***290***	***767***	***625***	***483***	***455***	***1.520***	***815***
	4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	***207***	***170***	***1.567***	***1.486***	***454***	***882***	***684***	***1.910***
	6. übrige Investitionen unter 250 T€	*14*							
3708.88435-8	An das Sondervermögen Gewerbeflächen für Erschließungs-maßnahmen	12.125	6.947	6.501	3.197	4.328	11.663	11.069	11.127
3708.88434-0	An das Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) für Investitionen	700	1.627	615					
	SV Gewerbeflächen Stadt Investitionsplan	***12.973***	***34.683***	***15.427***	***23.907***	***36.633***	***20.552***	***22.748***	***17.264***
	2. unbebaute und bebaute Grundstücke	***274***	***600***	***97***	***965***	***6.767***	***1.415***	***2.500***	***1.000***
	Büropark Oberneuland	*33*							
	GVZ - SVG				*225*				
	Blumenthal - SVG				*78*				
	Reedeich -SVG				*110*				
	Ankauf W+F Franke GmbH - SVG					*825*			

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023 **Stand: 5. Mai 2020**

Produktplan: 71 Wirtschaft (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Science Park - SVG				*199*				
Steindamm 2. BA					*350*			
Hanna-Kunath-Straße					*2.192*			
BWK Ankauf					*400*			
Runder Tisch Oeversberg					*1.600*	*500*		
Ausübung Wiederkaufsrecht					*500*	*500*	*500*	*500*
Havenhaus - SVG					*300*	*415*		
sonstiger Grunderwerb - SVG			*6*	*75*				
Sanierung Bahnhof Vegesack (geplant)					*400*		*2.000*	*500*
Sanierung BWK-Gebäude (geplant)	*241*	*600*	*91*	*278*	*200*			
3. Maschinen und technische Anlagen				*45*				
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	***1***			***108***				
5. Finanzanlagen/Beteiligungen	***12.698***	***34.083***	***15.330***	***22.789***	***29.686***	***18.957***	***20.068***	***16.114***
Airport-Stadt	*46*	*24*	*24*	*398*	*1.094*	*1.800*	*1.300*	*100*
Güterverkehrszentrum (GVZ) Bremen	*2.067*	*8.169*	*5.763*	*15.237*	*6.301*	*1.501*	*1.600*	
Technologiepark Universität	*84*	*109*	*30*					
Gewerbepark Hansalinie BS 2	*9.614*	*22.098*	*4.915*	*2.427*	*6.302*			
Gewerbepark Hansalinie BS 3		*820*	*486*	*800*	*3.378*	*9.165*	*14.137*	*15.199*
Gewerbepark Hansalinie BS 4					*683*	*140*		
Bayernstraße			*1*	*133*				
BWK/Vulkan West	*176*	*24*	*32*	*56*	*451*	*390*		
Steindamm - SVG	*3*		*1*		*300*	*800*	*900*	
Bremer Vulkan	*24*	*56*						
Büropark Oberneuland Achterdiek	*8*	*207*		*264*	*28*			
Huckelriede/Horn-Lehe/Am Bodden/Hemelinger Str.	*4*							
Sanierung Richard-Dunkel-Str.	*44*	*525*	*172*					
Niedervielander Straße - SVG			*33*	*4*				
Nußhorn - GF				*4*	*200*			
Bremer Industriepark	*628*	*2.051*	*3.599*	*3.146*	*9.049*	*4.761*	*932*	*14*
BWK Fortführung Erschließung					*50*	*150*	*1.199*	*801*
Runder Tisch Oeversberg					*1.800*			
Güterbahnhof					*50*	*250*		
Teil Rennbahn								
- Projektsteuerung			*64*	*43*				
- Moderation			*21*					

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	- Planung/Machbarkeitsstudie			*184*	*84*				
	- Öffentlichkeitsarbeit/Marketing			*5*	*182*				
	- Ideenwerkstatt				*11*				
	6. übrige Investitionen unter 250 T€					*180*	*180*	*180*	*150*
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**2.923**	**2.619**	**1.039**	**708**	**1.966**	**640**	**530**	**530**
3754.89115-6	Investitionszuschüsse für Tourismus	22	57	498	67	100	100	100	100
	Innenstadtmaßnahmen			*100*	*500*	*500*	*500*		
3754.89120-2	Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen	2.744	2.329	226	118	100	100	100	100
	Anleger Bunker Valentin, Reattraktivierung			*100*	*500*	*500*	*500*		
3754.89320-5	Zuschuss an die Glocke für Investitionen	90	90	90	90	90	90		
3754.89330-2	Zuschuss an die Bremer Touristikzentrale (BTZ) f. Investitionen	5	5	60					
3754.89341-8	Zuschuss an die m3b GmbH - Investitionen			78	330	320	330	310	310
3708.88431-5	Gesellschaftereinlage GG Achim-West					1.336			
3708.89230-0	Vor- und Nachlaufkosten bei Erschließungsmaßnahmen	63	138	87	103	20	20	20	20
Netto-Investitionen:		**18.649**	**16.394**	**7.257**	**-4.998**	**11.628**	**13.043**	**17.603**	**16.502**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage		**733**	**-147**	**0**	**-632**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 81 Häfen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**20.000**	**0**	**11.344**	**25.364**	**13.029**	**17.362**	**5.936**	**6.484**
3801.38415-2 Von Hst. 0801/984 15-0, für OTB-Ersatzprojekte					5.000	15.810	25.585	25.585
3801.38410-1 Von Hst. 0801/984 10-0, Kostenerstattung für Häfen	43.753	38.254	40.496	40.126	40.126	40.126	40.928	41.747
von Land PPL-intern	**43.753**	**38.254**	**40.496**	**40.126**	**45.126**	**55.936**	**66.513**	**67.332**
Investive Einnahmen PPL 81 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389	**63.753**	**38.254**	**51.840**	**65.490**	**58.155**	**73.298**	**72.449**	**73.816**
3801.33401-5 Abführung vom Sondervermögen Hafen	9.000		11.344	25.364	5.579	9.912	5.936	6.484
3801.33410-4 Zuweisung des SV Hafen für OTB	11.000				7.450	7.450		
Investive Ausgaben	**43.944**	**32.381**	**52.100**	**47.408**	**59.678**	**86.360**	**55.636**	**55.637**
3801.98610-1 An Hst. 0801/386 10-5, Finanzierung OTB	11.000							
an Land PPL-intern	**11.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 81 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988	**54.944**	**32.381**	**52.100**	**47.408**	**59.678**	**86.360**	**55.636**	**55.637**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**25.840**	**25.935**	**26.737**	**27.014**	**0**	**0**	**0**	**0**
3801.88414-7 Zuführung an SV Hafen - Schleuse Oslebshausen	506	522	545	568				
3801.88415-5 Zuführung an das SV Hafen - CT III (Kapitaldienstfinanzierung)	7.347	7.077	7.189	7.185				
3801.88416-3 Zuführung an dass SV Hafen - CT IIIa / Osthafen	2.380	2.416	2.541	2.515				
3801.88417-1 Zuführung an das SV Hafen - Hafenzuwässerung	681	665	661	649				
3801.88418-0 Zuführung an das SV Hafen - CT IV (Kapitaldienstfinanzierung)	4.000	4.000	4.000	4.000				
3801.88419-8 Zuführung an das SV Hafen -Kaiserschleuse (BKF 0603-S)	9.376	9.817	10.106	10.409				
3801.88420-1 Zuführung an das SV Hafen - Umgestaltung Osthafen	602	365	575	558				
3801.88421-0 Zuführung an das SV Hafen -Jade Weser Port (Kapitaldienst)	948	1.073	1.120	1.130				
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**5**	**10**	**14**	**35**	**50**	**50**	**51**	**52**
3854.81202-4 Erwerb von Inventar	5	7	4	13	40	40	41	42
3854.70001-3 Kleine Um- und Erweiterungsbauetn, größere Instandsetzungen			9	22				
3854.81210-5 Erwerb größerer Werkzeuge und Geräte		2	1		10	10	10	10
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**18.099**	**6.436**	**25.349**	**20.359**	**59.628**	**86.310**	**55.585**	**55.585**
3801.88422-8 An das Sondervermögen Hafen für Investitionen	18.099	6.436	25.349	20.359	54.628	70.500	30.000	30.000
3801.89320-0 Zuschuss an den Flughafen Bremen für Investitionen								

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 81 Häfen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3801.88425-2	An SV Hafen für Neubau Columbuskaje						12.110	25.585	25.585
3801.88426-0	An SV Hafen fürErsatzneubau Kaje 66					5.000	3.700		
	SV Hafen Investitionsplan	**16.422**	**39.748**	**20.233**	**37.377**	**55.648**	**101.637**	**62.476**	**42.875**
	1. immaterielle Wirtschaftsgüter	***128***	***461***	***159***	***577***	***1.375***	***1.020***	***315***	***315***
	2. unbebaute und bebaute Grundstücke	***118***	***893***	***810***	***6.465***	***13.928***	***18.955***	***5.531***	***1.406***
	2.1 Grund und Boden								
	Dreiecksfläche am Erzhafen	*28*	*33*	*116*	*1.070*	*850*			
	Kompensationsflächenpool Drepte	*31*	*68*	*117*	*100*	*71*	*75*	*93*	*101*
	Modellprojekt Klimamoor					*200*	*150*	*45*	*45*
	Kompensationspool Billerbeck/Drepte			*34*	*3.110*	*710*	*254*	*79*	*79*
	Kompensationsflächenpool Drepte II	*-26*	*85*	*-16*	*73*	*330*	*410*	*248*	*115*
	Kalihafen					*66*	*66*	*66*	*66*
	2.2 Gebäude								
	Teilrückbau Columbusbahnhof	*69*	*140*	*559*	*2.000*	*3.700*			
	Neubau Mittelbau (Kreuzfahrtterminal)	*16*				*8.000*	*15.000*	*3.000*	*1.000*
	Neubau Feuerwache				*25*				
	Umsiedlung US-Army (CSK)		*567*		*87*	*1*			
	Neubau Oberbaustofflager						*3.000*	*2.000*	
	3. Maschinen und technische Anlagen	***13.945***	***33.421***	***18.390***	***27.518***	***31.507***	***46.642***	***46.299***	***33.107***
	3.1 Hafenanlagen und Deponien								
	Baggergutentsorgung	*2*	*5*	*5*	*5*	*5*	*5*	*5*	*5*
	Monitoringsystem Schlickeintrag	*665*	*1.210*	*683*	*1.210*	*1.360*	*1.210*	*1.270*	*1.330*
	CO2 neutraler Hafen			*3*	*40*	*460*	*460*	*450*	*450*
	Grundsanierung Schuchmannkaje					*500*	*3.500*		
	Neubau Hochpoller Osthafen				*100*				
	Neubau Kaje 66 Columbusinsel			*226*	*412*	*5.000*	*3.700*		
	Ersatz Pontonanlage Hansa Melasse		*60*	*197*	*262*	*1.350*			
	Vertiefung Industriehafen	*1.966*	*3.400*	*1.200*					
	Aufweitung Engstelle			*1.200*					
	Ertüchtigung Columbuskaje	*33*	*600*	*209*	*250*		*12.110*	*25.585*	*22.785*
	Grundsanierung Westkaje Kaiserhafen III²	*821*	*15.100*	*6.469*	*4.500*	*4.700*			
	Schleusenkammer Nord, Schleuse Oslebshausen		*20*		*98*	*177*	*3.500*	*3.500*	
	sonstige Wasserbauanlagen			*19*	*700*	*800*			
	Anleger Schlachte 1 (Alex v. Humboldt)	*2.198*	*20*	*-297*					
	Ölumschlagsanlage Farge Bunker Valentin			*18*	*10*				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023 **Stand: 5. Mai 2020**

Produktplan: 81 Häfen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Fenderungen Kap Horn					250			
Infrastruktur LNG Hüttenhafen		40						
Rückbau Grundkörper CT Süd							250	500
Weserpetrol (Kalihafen)		50						
Binnschiffsliegeplätze Industriehafen					128	2.000		
LNG Infrastruktur Columbusinsel				750				
Lückenschluss Kaiserhafen II						200		
Ersatz Westkaje Kaiserhafen III (2. BA)					150	250		
Große Drehbrücke Ersatzbau (Planung					750	750	200	2.500
Aktiver Korrosionsschutz an Kajen	50	201	52	680	120	41	41	50
Steuerung KKS-Anlage		90						
Fenderungen an Kajen und Schleusen	165	180	293	181	290	290	290	290
3.2 Verkehrsanlagen, -flächen								
Ludwig-Erhard-Str. 47 (GVZ)			55	20				
HEK B-Plan 1981			243	32				
Kap-Horn-Straße 2./3. BA Grundsanierung	147	700		36				
Lkw-Abstellplätze/Lkw-Zulaufsteuerung	67	20	15	70	1.500	2.500	500	
Hafen-Ringschluss					82	82	82	82
3.3 Hafenbahn								
AV Hafenbahninfrastruktur SV Hafen				3.903	5.585	5.657	6.230	804
Verlängerung Bhf.Kaiserhafen	62	9						
Ausbau Imsumer Deich (Vorstellgruppe)	7.284	9.069	2.675	1.390	20			
Bahnhof Speckenbüttel (Neubau 20er Gruppe)	2	10				1.000	2.000	1.000
IT-Verfahren	115	343	275	700	1.200	200	100	100
Bahnhof Speckenbüttel (Elektrifizierung 30er Gruppe)			2	30	3	1.417	2.895	481
Hafenbahnvertr. Unterh.			2.193	88				
Ablaufrechner Speckenbüttel		300	873	3.735	17			
Erneuerung des Gebäudes Riedemannstraße			182	11				
SGFFG 2018ff			903	1.245	275			
Oberleitung Kaiserhafen			274	5.400				
Wasserrohrbruch BÜ Windhukstraße			103	-114				
Ersatzbeschaffungen	186	1.172						
3.4 Technische Anlagen/Schleusen				120	25	25		
3.5 Technische Anlagen/Hafenverkehre	182	822	295	1.589	2.126	3.012	2.756	2.730
3.6 Ver- und Entsorgungsanlagen			25	65	4.634	4.733	145	
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	2.231	1.568	874	1.154	4.633	30.815	6.126	3.842

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 81 Häfen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
- diverse Anlagen und Geräte			*117*	*110*	*61*	*61*	*62*	*62*
- Ersatz Baggereiflotte	*1.985*	*1.020*	*405*	*614*	*3.988*	*30.000*	*5.000*	*3.000*
- sonstige BGA	*246*	*548*	*352*	*430*	*584*	*754*	*1.064*	*780*
6. Anlagen im Bau (kreditfinanziert)	***0***	***3.405***	***0***	***1.663***	***4.205***	***4.205***	***4.205***	***4.205***
Containerterminal IIIa		*42*		*13*				
Containerterminal 4 (inkl. CT Süd und Verformung		*3.363*		*1.650*	*4.205*	*4.205*	*4.205*	*4.205*
Ersatzbau Große Drehbrücke								
Kaiserschleuse								
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**23.944**	**32.381**	**40.756**	**22.044**	**46.649**	**68.998**	**49.700**	**49.153**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**21.456**	**20.823**	**19.716**	**18.842**	**0**	**0**	**0**	**0**
3801.56414-2 Zinsen Schleuse Oslebshausen	71	56	40	24				
3801.56415-0 Zinsen CT III	2.532	2.328	2.103	1.871				
3801.56416-9 Zinsen CT IIIa	1.442	1.376	1.308	1.229				
3801.56417-7 Zinsen Baggergut Bremerhaven	206	183	161	138				
3801.56418-5 Zinsen Umgestaltung Osthafen	482	621	304	288				
3801.56419-3 Zinsen Kaiserschleuse	7.432	7.006	6.590	6.128				
3801.56430-4 Zinsen CT IV	7.800	7.800	7.800	7.800				
3801.56431-2 Zinsen Jade-Weser-Port	1.491	1.453	1.410	1.364				
nachr.: Saldo investive Rücklage	**9.045**	**5**	**-109**	**-84**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen	**4**	**4**	**4**	**4**	**4**	**4**	**4**	**4**
3986.38027-1 Von Hst. 3681/980 27-9, Verlust der Bremer Straßenbahn AG (investiv)	11.732	11.732	12.882	13.082				
von anderen PPL Stadt	**11.732**	**11.732**	**12.882**	**13.082**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 92 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389	**11.736**	**11.736**	**12.886**	**13.086**	**4**	**4**	**4**	**4**
3980.13130-0 Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	4	4	4	4	4	4	4	4
Investive Ausgaben	**16.734**	**19.744**	**103.392**	**89.888**	**0**	**0**	**0**	**0**
3972.98613-4 An Hst. 0697/386 46-7, Beteiligung an der Aufstockung des Wohnungsbauprogramms 1990	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068
an andere Land	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**
Investive Ausgaben PPL 92 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988	**19.802**	**22.812**	**106.460**	**92.956**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**2**	**12**	**8**	**6**	**0**	**0**	**0**	**0**
3995.81214-1 Projekt 'Integriertes öffentliches Rechnungswesen (IÖR)'	2	12	8	6				
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**16.732**	**19.732**	**103.385**	**89.882**	**0**	**0**	**0**	**0**
3986.83111-7 Kapitalerhöhungen (Kliniken)	5.000	8.000	90.500	64.200				
3986.83115-0 Übernahme von Geschäftsanteilen			3					
3986.86100-8 Gesellschafterdarlehen an FlughafenBremen GmbH (FBG)				12.600				
3986.89126-8 Verlustausgleich der Bremer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (investiv)	11.732	11.732	12.882	13.082				
Netto-Investitionen:	**16.731**	**19.740**	**103.389**	**89.884**	**-4**	**-4**	**-4**	**-4**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**1**	**-8**	**-8**	**-78**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**13.930**	**13.507**	**13.150**	**12.751**
3998.38401-9	Von Hst. 0998/984 01-7 für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen	2.137	5.171	5.515	6.869				
3998.38402-7	Von Hst. 0998/984 02-5 für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen (Landesanteil)	237	575	613	763				
3998.38403-5	Von Hst. 0998/984 03-3 für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes II für Infrastrukturmaßnahmen			851	1.796	12.862			
3998.38404-3	Von Hst. 0998/984 04-1 für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes II für Infrastrukturmaßnahmen (Landesanteil)			95	200	1.430			
von Land PPL-intern		**2.374**	**5.746**	**7.073**	**9.628**	**14.291**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 93 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**2.374**	**5.746**	**7.073**	**9.628**	**28.221**	**13.507**	**13.150**	**12.751**
3980.33401-4	Von Immobilien Bremen wegen Schuldübernahme					13.930	13.507	13.150	12.751
Investive Ausgaben		**2.374**	**5.078**	**7.740**	**9.628**	**24.291**	**10.000**	**0**	**0**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**2.374**	**5.078**	**7.740**	**9.628**	**24.291**	**10.000**	**0**	**0**
3998.79902-2	Globale Mehrausgaben für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz II für Infrastrukturmaßnahmen					14.291			
3998.88415-1	An SVIT für KiTa Helsinkistraße			250	2.300				
3998.88416-0	An SVIT für KiTa Neustadtswall			550	1.200				
3998.88417-8	An SVIT für Gesamtschule West, Versorgungsküche				7				
3998.88418-6	An SVIT für Oberschule Roter Sand			60					
3998.88419-4	An SVIT für SZ Blumenthal			20	140				
3998.88420-8	An SVIT, für den Neuaufbau KuFZ Schwedenhaus Osterholzer Straße	500	1.300	500	700				
3998.88421-6	An SVIT, für die Sanierung Pavillion 3 der Schule Am Halmerweg	480	720						
3998.88422-4	An SVIT, für die Sanierung Mobilbau Schule an der Fischerhuder Straße	314							
3998.88423-2	An SVIT, für die Herrichtung Horthaus Helgenstraße	250							

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3998.88424-0	An SVIT, für die Sanierung der Sporthalle Gesamtschule Ost	150		150	1.000				
3998.88425-9	An SVIT für die Sanierung der Turnhalle der Schule Düsseldorfer Straße	130			400				
3998.88426-7	An SVIT für die energetische Sanierung der Schule an der Oslebshauser Heerstraße	100	80		123				
3998.88427-5	An SVIT für KTH Am Nonnenberg	30		120					
3998.88428-3	An SVIT für KTH August-Bebel-Allee	30	390	150	400				
3998.88429-1	An SVIT für KTH Halmerweg	140							
3998.88430-5	An SVIT, für die Erneuerung Lehrküchen SZ Rübekamp	100		900	800				
3998.88431-3	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für Schulzentrum Rübekamp - Sanierung der Lehrküche				200				
3998.88435-6	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für den Umbau Schulzentrum Neustadt - Aula, Umbau WC			25	200				
3998.88437-2	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für die Oberschule Sebaldsbrück -Sanierung Sporthalle			50	310				
3998.88441-0	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für die Einrichtung der Ganztagsschule Grundschule Rechtenflether Straße			50	200				
3998.88443-7	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für den Umbau der Schule Alfred-Faust-Straße zur Ganztagsschule			30	50				
3998.88444-5	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für den Umbau der Schule Landskronastraße zur Ganztagsschule			50	161				
3998.88445-3	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für den Umbau der Schule Alt-Aumund zur Ganztagsschule			100	150				
3998.88447-0	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für den Umbau Allgemeine Berufsschule (Theodor-Billrodt-Straße)			25	25				
3998.88449-6	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für den Umbau Oberschule Koblenzer Straße (W+E; Wahrnehmung und Entwicklung)			25					
3998.88450-0	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für die Sanierung der naturwissenschaftlichen Fachräume Albert-Einstein-Oberschule				450				
3998.88451-8	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für den Nutzeranteil Gerhard-Rohlfs-Oberschule			90					
3998.88454-2	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für die Sanierung Förderzentrum Paul-Goldschmidt-Schule			500	250				
3998.89120-4	Investitionsmaßnahmen im Klinikum Bremen-Ost		380	2.947	561				
3998.89312-6	An die AWO für Kita Ella-Ehlers-Haus Dockstraße		1.665	706					
3998.89313-4	An freie Träger für Kita Grohner Bergstraße		450						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3998.89320-7 Lärmschutz Großmarkt		93	442	2				
3998.89311-8 An freie Träger für Krippe St. Nicolai	150							
3995.79910-2 Globale Mehrausgaben (Auffangfonds) -investiv-					10.000	10.000		
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**2.374**	**5.078**	**7.740**	**9.628**	**10.361**	**-3.507**	**-13.150**	**-12.751**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**0**	**668**	**-668**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 96 IT-Budget (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**1.633**	**1.487**	**2.215**	**2.594**	**1.451**	**1.451**	**1.288**	**1.305**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**1.633**	**1.487**	**2.117**	**2.534**	**1.451**	**1.451**	**1.288**	**1.305**
3950.81204-3	Projekt SEPA		-1						
3950.81207-8	Ausgaben im Zusammenhang m.d. Projekt E-Rechnung investiv	180	203	195	421				
3950.81208-6	Ausgaben im Zusammenhang mit Telekommunikation	702	514	323	505	500	500	510	520
3950.81209-4	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt KoPers				134				
3950.81210-8	Investive Ausgaben für Projekt D37 - MigrationGesundheitsamt - Handlungsfeld Digitalisierung				11				
3950.81211-6	Investive Ausgaben Projekt D11 - Auf dem Weg zuHKR 4.0 - Handlungsfeld Digitalisierung			243	507				
3950.81219-1	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt E-Haushalt investiv	31	171	313	32	389	389	409	409
3950.81220-5	Investive Ausgaben für "Neue Medien/e-Government"	69	157	150	0	143	143	146	149
3950.81221-3	Ausgaben im Zusammenhang mit der Nachfolge OK Jug		35	508	324				
3950.81226-4	Modernisierung des Haushaltsmanagements (FL-SAP)	35	173	42	212	200	200		
3950.81230-2	IT-Fachaufgaben (SKJF)		4	2					
3950.81232-9	IT-Querschnitt investiv (Gesundheit)	6							
3950.81235-3	Investive Ausgaben für Projekt D66 -Datenbankgestütztes Fallmanagement -Handlungsfeld Digitalisierung				25				
3950.81241-8	Ausgaben für die zentrale elektronische Arbeitszeiterfassung	5	4	3	25				
3950.81245-0	IT-Fachaufgaben(Feuerwehr)	75	73	93	243	75	75	77	78
3950.81246-9	IT-Fachaufgaben(Stadtamt Bremen)	51	18	53		25	25	26	26
3950.81250-7	IT-Fachaufgaben (Gesundheit)		48	58					
3950.81254-0	Investive Ausgaben Projekt D40 - DigitalisierungNachfolgeämter des ehemaligen Stadtamtes -Handlungsfeld Digitalisierung				26				
3950.81258-2	IT-Querschnitt investiv (Feuerwehr)	23	24	22	27	24	24	25	25
3950.81262-0	IT-Fachaufgaben (ASV)	456	65	110	42	89	89	91	93
3950.81271-0	IT-Fachaufgaben: HBH					5	5	5	5

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 96 IT-Budget (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**98**	**60**	**0**	**0**	**0**	**0**
3950.88400-1 Zuweisung an UBB inv. Ausgaben für UBBProjekte D57 bis D61			98	60				
Netto-Investitionen:	**1.633**	**1.487**	**2.215**	**2.594**	**1.451**	**1.451**	**1.288**	**1.305**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Saldo investive Rücklage	**1.938**	**440**	**1.608**	**-5.125**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**5.000**	**7.500**	**500**	**4.500**	**0**	**0**
3988.38103-8	Von Hst. 3696/98160-3 für das Programm 'Soziale Stadt'			940					
von anderen PPL Stadt		**0**	**0**	**940**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3988.38418-5	Von Hst. 0010/984 18-1 für Baumaßnahmen im Haus der Bürgerschaft (Nutzeranteil)			1.704		1.163	1.163		
von anderen Land		**0**	**0**	**1.704**	**0**	**1.163**	**1.163**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 71 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**0**	**0**	**7.644**	**7.500**	**1.663**	**5.663**	**0**	**0**
3988.33401-0	Abführung vom Sondervermögen SV IT			5.000	7.500	500	4.500		
Investive Ausgaben		**19.176**	**49.187**	**35.983**	**31.974**	**39.816**	**43.663**	**46.630**	**47.060**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**19.176**	**49.187**	**35.983**	**31.974**	**39.816**	**43.663**	**46.630**	**47.060**
3988.88402-1	Förderzentrum Paul-Goldschmidt Schule	1.500	1.500						
3988.88403-0	Grundschule Pastorenweg in gebundene Ganztagsschule	8	1.732	1.940	1.000	2.392	1.310		
3988.88404-8	Nutzeranteil an Sanierung Förderzentrum Paul-Goldschmidt	140	250						
3988.88412-9	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für den Neubau eines Gerätehauses FFW Farge		100	670	1.360	1.041	84		
3988.88415-3	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für die Finanzierung des Bäderkonzeptes								
3988.88416-1	An SVIT für die Finanzierung des Bäderkonzeptes (Horner Bad)		1.180						
3988.88418-8	An SVIT, für Baumaßnahmen im Haus derBürgerschaft (Nutzeranteil)			104	1.600				
3988.88419-6	An SVIT, Modernisierung der Inhouse Verkabelung -passive Netzwerke-		500	250	70				
3988.88420-0	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für Sanierungsinvestitionen (Stadt)	13.307	35.500	22.000	5.850	24.059	32.000	32.000	32.000
3988.88421-8	An SVIT für Klimaschutzinvestitionen an öffentlichen Gebäuden		500			1.200	2.400	4.000	4.000
3988.88422-6	An Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT),Sanierung Siemens-Hochhaus (Tilgung)	122	122	122	122				
3988.88423-4	An SVIT, für Sanierungsinvestitionen in Schulen				13.650				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3988.88424-2	Neubau Oberschule Ohlenhof	711	1.399	4.800	3.218	6.515			
3988.88426-9	Um- und Erweiterung Oberschule an der Egge	600	1.247	1.000					
3988.88427-7	Herrichtung Jahrgangshäuser Oberschule Sebaldsbrück	200	200	200	200				
3988.88430-7	An SVIT für die Herrichtung von Schulen zur Aufnahme von Klassenverbänden im Förderbereich W+E		1.100						
3988.88431-5	An SVIT für Planungskosten und Herrichtung von Mobilbauten für den Standort der neuen Grundschule Gröpelingen		750						
3988.88432-3	An SVIT für Umnutzungen im Bestand und Herrichtung von Mobilbauten an verschiedenen Standorten		1.042						
3988.88435-8	Nutzeranteil Neubau Oberschule Hermannsburg	300	300	1.300	1.100	200	830		
3988.88436-6	Nutzeranteil Sanierung Oberschule Roter Sand	50	100	305	125				
3988.88437-4	Neubau Fachtrakt Oberschule Lehmhorster Straße	200	200	100	200	1.000	1.000		
3988.88438-2	Um- und Erweiterung GS Carl-Schurz-Straße	700							
3988.88439-0	Ausbau Ganztagsschule Karl-Lerbs Vierzügigkeit	600	965	50					
3988.88440-4	Sanierung Grundschule Baumschulenweg	300	500	1.040	600	809			
3988.88442-0	An SVIT Umkleidehaus Sportanlage Ihletal	438							
3988.88443-9	Ausbau der Grundschule an der Delfter Straße zur Ganztagsschule			852	500	1.000			
3988.88444-7	Baumaßnahme Neue Grundschule Gröpelingen (Humannstr.)			750	750	1.000	5.609	7.000	4.230
3988.88445-5	Planungsmittel GAV (Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr)			500	500			2.350	2.350
3988-88446-3	Umbau Gymnasium Hermann-Böse-Straße				200				
3988.88447-1	Erweiterung der Mensa an der Oberschule Helsinkistraße					600	430	1.280	4.480
3988.88448-0	Umbau (W+E: Wahrnehmung und Entwicklung) Oberschule Findorff				572				
3988.88449-8	An SVIT, Umbau der Schule an der Oslebshauser Heerstraße				357				
	SVIT Stadt Investitionsplan	***90.764***	***78.420***	***50.663***	***53.195***	***84.838***	***68.206***	***55.430***	***44.060***
	2.1 Sanierungsprogramm	***21.362***	***34.458***	***20.201***	***18.567***	***37.779***	***37.476***	***37.482***	***32.000***
	Baudurchführung:								
	Neue Oberschule Gröpelingen Sanierung	*234*	*1.950*	*2.472*	*3.736*	*3.500*	*745*		
	OS Roter Sand Sanierung Fassade, Fenster	*1.724*	*3.350*	*2.624*	*1.720*	*1.225*			
	GS Augsburger Straße Gesamtsanierung	*49*	*1.500*	*1.050*	*567*	*500*	*1.000*	*2.000*	*446*
	Schule Augsburger Straße Teilersatzbau D+E	*15*	*430*	*170*	*759*	*2.500*	*789*		
	SZ Alwin-Lonke-Straße, Dach und Fassade 1. BA		*850*	*1.496*	*1.332*	*663*			
	OS Hermannsburg, Containergestellung	*184*	*184*	*169*	*183*	*235*			
	Oberschule Hermannsburg Abriss Hauptgebäude		*400*						
	Humboldt-Gymnasium Sanierung Turnhalle	*247*		*262*		*500*	*3.500*	*3.000*	*3.297*

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023 **Stand: 5. Mai 2020**

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Humboldt-Gymnasium Fassade								
OS Hermannsburg, Neubau Hauptgebäude	*214*	*1.830*	*449*	*1.573*	*2.690*	*2.209*	*900*	
SZ Blumenthal, Sek. II Sanierung Hauptgebäude	*31*	*300*	*113*	*7*			*2.000*	*3.514*
SZ Blumenthal Brandschutz, Sanierung	*1.053*	*409*						
SZ Blumenthal Sek.II, Fenstersanierung	*115*	*75*						
Schule Pastorenweg, Brandschutzsanierung	*44*	*100*	*77*	*8*	*353*			
Schule Baumschulenweg, Sanierung und Neubau	*87*	*300*	*624*	*322*	*2.500*	*3.500*	*1.500*	*427*
GR Baumschulenweg, Container Interimslösung	*12*		*71*	*452*	*600*	*252*		
OS Gerhard-Rohlfs-Str., Brandschutzsanierung	*52*	*300*	*35*	*55*	*500*	*1.500*	*1.500*	*289*
Gerhard-Rohlfs-Schule, Umbau NAWI-Räume								
Alexander v. Humboldt Gymnasium, energet. Sanierung	*18*	*300*	*18*	*60*	*500*	*1.500*	*1.500*	*349*
Gesamtschule Ost, energet. Sanierung TH			*140*		*205*			
Schule Oslebshauser Heerstr., energet. Sanierung TH					*1.000*	*969*		
GR Oslebshauser HeerstraßeSanierung TH								
Schule Seehausen, Sanierung und Erweiterung			*84*	*108*	*350*	*1.000*	*781*	
Schule Seehausen, Ersatz Lehrerhaus	*20*	*31*						
Schulzentrum Obervieland Gesamtsanierung			*352*	*501*	*2.500*	*3.500*	*3.500*	*4.133*
OS Lehmhorster Str., Erweiterung (Sanierungsanteil)			*113*				*1.019*	*1.000*
OS Lehmhorster Straße Gesamtsanierung 2. BA	*822*	*447*						
SZ Bördestraße Dach- und Brandschutzsanierung			*62*	*25*	*1.000*	*745*		
OS Sebaldsbrück Turnhallensanierung						*500*	*1.500*	*291*
Oberschule Sebaldsbrück, Gebäudesanierung								
GR an der Parsevalstraße, Dachsanierung		*101*						
Schule Wigmodistraße, Mobilbauersatz+Ausbau			*131*	*267*	*100*	*800*	*754*	
Schule an der Wigmodistraße, Mobilbauersatz								
Schule Osterholz, Sanierung TH					*130*	*200*	*800*	
Erweiterung Asbestkataster Grundschulen	*19*	*196*	*233*	*34*	*300*	*64*		
KTH Neustadtswall Sanierung Bestandsgebäude			*112*	*104*	*400*	*1.200*	*234*	
KTH Löwenzahn, Schadstoffsanierung + Außenanlagen				*440*	*328*			
Übersee-Museum Sanierung 2.OG Amerika + Gesch.	*536*	*650*	*671*	*243*	*212*			
Übersee-Museum Fenstersanierung 2. Teil	*391*	*600*	*863*	*818*	*219*			
Bürger- und Sozialzentrum Huchting	*1.395*	*4.500*	*2.026*	*1.152*	*477*			
beendete Projekte und unter 250 T€	*2.431*		*5.742*	*2.311*	*428*			
GAV inkl. Planungsmittel + Grundstücksankauf				*434*	*1.956*		*9.310*	*9.300*
Bürgerschaft Brandschutz	*52*	*400*		*1.124*	*2.300*	*1.934*	*300*	
OS Ohlenhof Neubau						*1.000*	*3.226*	*2.556*

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Schule Halmerweg, 3. BA	*2*	*696*						
Fortführung von Maßnahmen erw. ES-Bau/EW-Bau:								
OS Hermannsburg, Sanierung Außenanlagen					*150*	*1.328*		
Überseemuseum Brandschutz			*21*	*93*	*100*	*1.250*	*1.301*	*200*
Schlachthof Brandschutzsanierung					*300*	*979*		
Schlachthof Wasserturm Fassadensanierung	*96*	*460*						
AfSD Wilhelm-Leuschner-Str., Brandschutzsanierung					*500*	*1.000*	*496*	
Neue Maßnahmen - Vorstudien, Planung:								
SZ Neustadt Sek. II, Bestandsaufnahme Block A+B+C				*7*	*150*	*311*		
Neubau KiTa Amersfoorter/GS Sodenmatt, TH					*150*			
Schule Fährer Flur energ. Sanierung Turnhalle					*100*	*49*		
OS Lerchenstraße, Sanierung und Erweiterung					*400*	*373*		
Wilhelm-Kaisen-Oberschule VgV-Verfahren					*150*			
SZ BS Sek.II Hauswirtschaft Erstellung Brandschutzkonzept						*150*	*364*	
Turnhalle Föhrenbrok Bestandsaufnahme			*7*	*1*	*122*			
Neue Oberschule Gröpelingen Sanierung Klinkerbau					*150*			
KTH Beckedorfer Straße Gesamtsanierung					*50*	*130*		
Kintertagesheim Fillerkamp Neubau					*75*	*75*		
KTH Halmerweg Sanierungsanteil					*50*	*157*		
Kulturzentrum Lagerhaus, Bestandsaufnahme				*24*	*149*			
BuS Huchting Wettbewerbsverfahren Grundstück				*28*	*750*	*366*		
BSA Süd, Sanierung Spielhalle			*14*	*19*	*150*	*162*		
BSA Findorff, Ersatzneubau Umkleide+Fassadendämmung TH				*16*	*204*			
Tivolihochhaus, Fassaden- und Fenstersanierung					*200*	*100*		
ST Delmestraße Neubau KiTa/Schulgebäude					*129*			
KuFZ Alter Heerweg, Baukostenzuschuss					*125*			
diverse Sport- und Tunrhallen (Planung)					*150*	*200*		
diverse Porjekte				*44*	*1.336*	*402*		
Alte Maßnahmen bis 2017:								
GS Auf den Heuen Fassadensanierung TH	*310*	*1.250*						
Schule Borchshöhe Gesamtsanierung	*177*							
Wilhelm-Focke-Oberschule, energetische und brandschutztechn. Sanier	*38*	*200*						
SZ Horn Gesamtsanierung	*4.803*	*1.602*						
Neue Oberschule Gröpelingen Sanierung Nordflügel	*776*	*448*						
Sportanlage Ihletal Ersatzbau Umkleide	*611*	*362*						
Gesundheitsamt Bremen, Umbau und PCB-Sanierung	*190*	*400*						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KTH Leipziger Str., Erweiterung		*396*						
Turnhalle Lissaer Straße Fassadensanierung	*407*	*86*						
Paul-Goldschmidt-Schule Erweiterungsbau	*2.276*	*2.460*						
KTH Osterh. Heerstr. KUFZ Schwedenhaus		*82*						
GR am Osterhop, Abriss Mobilbau	*290*	*158*						
Kindertageseinrichtung (KiTa) Rablinghausen, Ersatzneubau		*100*						
Sanierung + Herrichtung für Performa Nord	*1.346*	*388*						
Schule Schmidtstraße Sanierung	*261*	*1.400*						
Feuerwache 4, Ertüchtigung Schlauchturm	*12*	*93*						
Ausbildungszentrum Elsflether Str.		*841*						
Grundausstattung:								
Ergänzung PCB-Messprogramm	*22*	*133*						
Planungsmittel		*1.500*			*500*	*884*		
BS, TRAWU, Schadstoffe		*2.000*			*1.000*	*978*	*1.000*	*478*
Änderungs- und Risikomanagement					*1.500*	*675*		
Grundausstattung KInvFG		*200*			*500*	*1.000*	*497*	
Grundausstattung Barrierefreiheit					*468*			
Bauausführung neuer Projekte								*5.720*
2.2 Nutzerspezifische Maßnahmen	***69.402***	***43.962***	***30.462***	***34.628***	***47.059***	***30.730***	***17.948***	***12.060***
Baudurchführung:								
OS Blumenthal Container Standortanalyse	*64*	*369*	*80*	*66*	*85*	*305*		
Modernisierung Inhouse-Verkabelung			*510*	*137*	*535*			
KuFZ Neustadtswall, Anbau und Erweiterung	*15*	*250*	*501*	*984*	*1.478*	*500*		
Schule am Pastorenweg, BS und Nutzer-Anpassung		*130*						
Schule am Pastorenweg, Neubau Ganztagsschule	*69*	*250*	*324*	*1.993*	*2.392*	*1.310*		
Paul-Goldschmidt-Schule Sanierung und innere Umbauten		*1.980*	*291*	*201*	*750*	*2.000*	*2.723*	
OS Ohlenhof Neubau			*908*	*2.954*	*6.515*			
OS Ohlenhof Interimscontainer	*202*							
Schule a. Halmerweg, Neubau Oberschule Ohlenhof	*143*	*300*						
Campus Ohlenhof, Außenraumgestaltung		*50*						
Schule Halmerweg Ersatzgebäude Spielhaus Wilder Westen		*300*						
Schule Delfter Straße Ganztag Container			*175*	*93*	*1.000*			
Feuerwehr Neubau Gerätehaus Farger Str.			*197*	*748*	*1.041*	*84*		
OS Nürnberger Straße, Umbau zusätzl. Klassen			*42*	*135*	*419*			
KTH+JFH Bispinger Str. Um- und Anbauten			*192*	*659*	*769*			
FÖZ Obervieland Lehrküche Gastronomie				*34*	*100*	*1.002*	*685*	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Schule Humannstraße Interimsmodulbauten			*707*	*65*	*500*	*910*		
Neubau KTH an der OS Helsinkistraße			*409*	*2.304*	*2.300*	*243*		
Neubau KTH Obervieland			*245*	*774*	*3.500*	*1.650*		
OS Lerchenstraße Mobilbauanlage			*337*	*257*	*357*	*200*		
Schule Landskronastraße Ausbau Ganztag				*222*	*750*	*2.000*	*215*	
Neubau KTH an der Schule Freiligrathstraße			*303*	*374*	*1.500*	*3.000*	*2.298*	
Amtsgericht Bremen IT-Schulungsraum 7. OG			*67*	*417*	*247*			
KuFZ Grolland Neubau (GU)			*309*	*552*	*3.700*	*2.500*	*397*	
KiTa beim Sattelhof Einrichtung tempo.			*33*	*191*	*800*	*638*		
Schule Oslebshauser Heerstr., Neubau Vorabmaßnahme			*32*	*178*	*637*			
Schule Freiligrathstraße Entwässerungskonzept			*10*	*12*	*200*	*160*		
Neubau Feuerwache Nord Ost Hochschulring			*7*	*859*	*1.094*			
Mobilbauten SZ Blumenthal Sek. II				*343*	*718*	*1.550*		
Oberschule a.d. Egge, Neubau Jahrgangshaus	*256*	*1.247*						
Schule Oslebshauser Heerstr., energet. Sanierung TH			*119*	*164*	*900*	*717*		
GS West+SZ Rübekamp Lehrküchen (KInvFG)			*556*	*1.377*	*827*			
Schule Düsseldorfer Str. energet. Sanierung TH			*59*	*708*	*641*			
Gesamtschule Ost, energet. Sanierung TH			*140*	*1.147*	*1.500*	*213*		
Neubau KuFZ August-Bebel-Allee (KInvFG)			*429*	*1.195*	*3.500*	*1.568*		
OS Sebaldsbrück Turnhallensanierung			*50*	*245*	*1.575*	*500*		
SZ Neustadt Umbau				*52*	*778*			
OS Roter Sand Sanierung Fassade, Fenster					*650*	*106*		
OS Roter Sand Neubau Mensa	*934*	*167*						
Bürger- und Sozialzentrum (BUS) Huchting					*800*	*205*		
Oberschule Hermannsburg, Neubau Hauptgebäude		*600*			*200*	*830*		
Schule am Baumschulenweg, Sanierung + Neubau		*300*			*809*			
GR Baumschulenweg, Interimscontainer		*100*	*71*		*392*			
Bürgerschaft Brandschutz					*500*	*1.500*		
GAV inkl. Planungsmittel							*2.350*	*2.350*
beendete Projekte und unter 250 T€	*5.847*	*2.900*	*23.115*	*14.322*				
Flüchtlingsprojekte beendet und unter 250 T€	*14.426*	*1.500*						
KInvFG-Projekte; beendet und unter 250 T€	*967*	*450*						
Fortführung von Maßnahmen erw. ES-Bau/EW-Bau:								
OS Lehmhorster Straße Erweiterung			*113*	*50*	*1.000*	*1.000*		
SZ Lehmhorster Str., Gesamtsanierung								
OS Lehmhorster Straße 6. Jahrgangshaus	*1.235*	*1.114*						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Schule Wigmodistraße, Mobilbauersatz+Ausbau			131				1.000	1.000
Schule an der Humannstraße Neubau				816	1.000	5.609	7.000	4.230
OS Helsinkistraße, Erweiterung Mensa					600	430	1.280	4.480
Alte Maßnahmen bis 2017:								
FFW Am Lehester Deich	1.265	404						
Schule Oslebshauser Park Umbau	2.466	618						
GS An der Gete Ganztag	1.798	272						
Flüchtlingsunterkunft Andernacher Str.	3.356	463						
Freiw. Feuerwehr Burgdamm, Neubau KiTa Burgdammer Str.	18	500						
SZ Horn Gesamtsanierung		1.046						
Alexander v. Humboldt Gymnasium offener Ganztag	135	883						
Alexander-v.-Humboldt Gymn., energ. Sanierung		150						
ÜWH Elsflether Str.	500	1.375						
Flüchtlingsunterkunft Ermlandstr.	5.984	255						
Neue Oberschule Gröpelingen		1.500						
Kulturzentrum Schlachthof Heizung	515	143						
ÜWH Friedr.-Rauers-Str.	705	2.562						
KTH Fritz-Gansberg	1.621	457						
Aufstockung QBZ Mobile Hemelingen	413	377						
Schule Karl-Lerbs-Straße	422	1.318						
ÜWH Am Rastplatz Klostermühlenweg	3.810	4.258						
SZ Sek. II KSA Erweiterungsbau	3.416	230						
KUFZ Hohentor Erweiterungsbau	1.165	492						
Sanierung Sozialraum, Umsetzung LMVT	16	411						
Flüchtlingsunterkunft Ludwig-Roselius Allee	6.042	1.183						
Marie-Mindermann-Str. Flüchtlingsunterkunft	3.708	1.832						
Flüchtlingsunterkunft Obervielander Str.	489	6.173						
ÜWH ASV Obervieland	2.537	999						
Neubau Kinder- und Freizeitzentrum (KuFZ) Schwedenhaus	210	240						
Amtsgericht Bremen Sicherheitssystem	564	342						
KUFZ St. Magnus Erweiterungsbau	727	247						
ÜWH Vinnenweg	3.362	901						
Schule a.d. Wigmodistr. Mobilbauersatz		20						
Sportanlage Ihletal, Ersatbau Umkleide		478						
Wilhelm-Wagenfeld-Schule, Umbau Küche		1.477						
JHF Sattelhof Unterbringung Flüchtlinge		349						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2016 bis 2023

Stand: 5. Mai 2020

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST				Anschlag		Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**19.176**	**49.187**	**30.983**	**24.474**	**39.316**	**39.163**	**46.630**	**47.060**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**38**	**38**	**38**	**38**	**0**	**0**	**0**	**0**
3988.56411-6 Zinsen Siemens Hochhaus	38	38	38	38				
nachr.: Saldo investive Rücklage	**16.717**	**-11.398**	**-518**	**-4.801**	**0**	**0**	**0**	**0**

ANLAGE

Produktplan-Werte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

Konsumtive Einnahmen
Investive Einnahmen

Personalausgaben
Konsumtive Ausgaben
Investive Ausgaben

Finanzplan 2019 bis 2023

Konsumtive Einnahmen nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

Stand: 5. Mai 2020

PPL	Bezeichnung	IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
01	Bürgerschaft	7.773	7.823	7.523	7.425	8.296	8.359	8.359	8.360
02	Rechnungshof	2.238	2.237	2.291	2.291	2.481	2.481	2.481	2.481
03	Senat, Senatskanzlei	5.806	5.786	5.203	5.195	5.325	5.194	5.176	5.177
04	Europa	0	0	0	0	39	39	39	39
05	Bundes- und Europaangelegenheiten	719	696	867	904	113	250	251	252
06	Datenschutz und Informationsfreiheit	2	3	0	0	0	0	0	0
07	Inneres	8.308	8.746	9.077	12.551	14.697	18.619	14.887	16.283
08	Gleichberechtigung der Frau	335	336	345	339	340	340	340	340
11	Justiz	55.322	100.317	46.018	51.582	45.239	45.382	45.123	44.999
21	Kinder und Bildung	21.011	20.605	22.940	26.255	20.265	20.265	20.297	20.328
22	Kultur	3.157	3.128	3.417	3.499	3.646	3.646	3.648	3.649
24	Hochschulen und Forschung	58.093	63.122	52.246	58.486	76.313	81.675	83.610	84.334
31	Arbeit	14.765	13.048	46.390	25.298	15.527	15.339	11.527	1.527
41	Jugend und Soziales	195.440	281.858	233.507	269.823	264.307	271.029	273.852	278.280
51	Gesundheit und Verbraucherschutz	9.771	9.800	9.437	9.521	11.156	11.261	11.251	11.298
68	Umwelt, Bau und Verkehr	36.387	40.991	43.588	46.090	46.233	45.016	44.529	44.321
71	Wirtschaft	5.271	14.926	3.660	5.425	3.848	4.148	4.761	5.074
81	Häfen	2.215	1.854	2.246	2.045	3.067	3.064	3.191	3.194
91	Finanzen/Personal	44.367	43.946	45.473	48.985	40.938	40.809	40.709	40.709
92	Allgemeine Finanzen	23.772	15.329	34.571	25.327	74.389	40.019	15.826	15.841
93	Zentrale Finanzen	68.890	74.339	69.413	118.244	466.925	466.920	466.143	467.262
95	Bremen-Fonds	0	0	0	0	50.000	0	0	0
96	IT-Budget der FHB	647	392	630	435	250	250	251	253
97	Immobilienwirtschaft und-management	4.832	4.748	4.619	4.628	4.632	4.632	4.632	4.632
	SUMME konsumtive Einnahmen Land	**569.122**	**714.032**	**643.460**	**724.346**	**1.158.025**	**1.088.736**	**1.060.885**	**1.058.634**
	davon EINN.KONSU (konsumtive Einnahmen)	*484.725*	*631.846*	*556.451*	*636.600*	*1.036.396*	*999.400*	*972.977*	*969.306*
	davon EINN.VERK1 (Einnahmen von Bremerhaven)	*3.237*	*2.589*	*2.738*	*3.059*	*3.016*	*3.104*	*3.114*	*3.124*
	davon EINN.VERK2 (Einnahmen von Stadt Bremen)	*81.160*	*79.597*	*84.271*	*84.687*	*118.613*	*86.232*	*84.793*	*86.204*

Finanzplan 2019 bis 2023

Konsumtive Einnahmen nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Stand: 5. Mai 2020

PPL	Bezeichnung	IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
03	Senat, Senatskanzlei	895	888	1.283	1.357	1.046	1.046	1.047	1.048
07	Inneres	46.338	45.692	47.742	52.728	46.081	47.855	46.635	46.770
12	Sport	415	477	526	630	278	278	279	281
21	Kinder und Bildung	458.109	474.130	503.997	542.194	635.486	646.875	646.838	648.790
22	Kultur	773	1.135	916	900	1.151	1.151	1.151	1.151
31	Arbeit	87	85	121	120	0	0	0	0
41	Jugend und Soziales	440.305	499.207	482.715	482.816	490.464	497.844	506.011	514.312
51	Gesundheit und Verbraucherschutz	3.899	3.560	3.204	3.138	2.553	2.555	2.572	2.592
68	Umwelt, Bau und Verkehr	22.026	26.160	27.250	26.777	25.025	24.196	23.775	23.749
71	Wirtschaft	211	173	2.391	2.532	2.402	2.615	2.640	2.489
81	Häfen	1.943	893	6.260	6.488	5.949	5.949	5.979	6.029
91	Finanzen/Personal	2.591	2.591	6.564	6.559	6.559	6.559	6.559	6.559
92	Allgemeine Finanzen	89.970	82.731	101.417	113.853	108.589	108.034	97.985	97.997
93	Zentrale Finanzen	557.926	541.540	575.609	594.314	603.070	625.071	635.680	655.094
96	IT-Budget der FHB	9	10	66	35	0	0	0	0
97	Immobilienwirtschaft und-management	26.548	26.325	26.551	26.367	25.805	25.705	25.705	25.705
	SUMME konsumtive Einnahmen Stadt	**1.652.043**	**1.705.597**	**1.786.612**	**1.860.808**	**1.954.459**	**1.995.734**	**2.002.857**	**2.032.565**
	davon EINN.KONSU (konsumtive Einnahmen)	*261.522*	*291.546*	*292.316*	*321.300*	*297.089*	*297.064*	*283.394*	*284.532*
	davon EINN.VERK1 (Einnahmen von Bremerhaven)	*0*	*0*	*10*	*1*	*0*	*0*	*0*	*0*
	davon EINN.VERK2 (Einnahmen vom Land Bremen)	*1.390.522*	*1.414.052*	*1.494.286*	*1.539.506*	*1.657.371*	*1.698.670*	*1.719.463*	*1.748.033*

Finanzplan 2019 bis 2023

Investive Einnahmen nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

Stand: 5. Mai 2020

PPL	Bezeichnung	IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
07	Inneres	55	91	215	117	0	0	0	0
11	Justiz	2	5	0	42	0	0	0	0
21	Kinder und Bildung	1.523	3.117	4.451	2.412	12.412	10.000	10.000	10.000
24	Hochschulen und Forschung	30.847	31.639	30.905	32.409	31.204	38.451	36.416	44.457
41	Jugend und Soziales	161	1.529	1.191	0	0	0	0	0
51	Gesundheit und Verbraucherschutz	2	4.739	849	107	0	0	0	0
68	Umwelt, Bau und Verkehr	50.553	44.529	39.100	55.470	36.358	38.590	38.597	36.730
71	Wirtschaft	29.167	54.571	40.233	40.527	39.513	40.713	43.113	44.313
81	Häfen	30.690	10.737	15.393	17.973	68.137	68.137	16.387	16.387
92	Allgemeine Finanzen	16	0	0	0	0	0	0	0
93	Zentrale Finanzen	4.186	8.656	7.708	11.229	15.348	0	0	0
	SUMME investive Einnahmen Land	**147.202**	**159.612**	**140.044**	**160.286**	**202.971**	**195.891**	**144.513**	**151.886**
	davon EINN.INVES (investive Einnahmen)	*111.008*	*134.355*	*112.213*	*132.432*	*175.316*	*168.235*	*116.857*	*124.964*
	davon EINN.VERI1 (Einnahmen von Bremerhaven)	*4.570*	*4.570*	*5.303*	*5.455*	*5.303*	*5.303*	*5.303*	*4.570*
	davon EINN.VERI2 (Einnahmen von Stadt Bremen)	*31.624*	*20.687*	*22.529*	*22.400*	*22.352*	*22.352*	*22.352*	*22.352*

Finanzplan 2019 bis 2023

Investive Einnahmen nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Stand: 5. Mai 2020

PPL	Bezeichnung	IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
03	Senat, Senatskanzlei	13	0	0	0	0	0	0	0
07	Inneres	2.807	2.848	2.980	3.062	2.969	2.969	3.027	3.087
21	Kinder und Bildung	1.543	3.032	12.795	11.531	20.386	10.234	10.234	10.234
41	Jugend und Soziales	415	1.711	1.844	754	0	0	0	0
68	Umwelt, Bau und Verkehr	3.183	3.527	14.475	16.088	10.033	14.361	10.305	10.284
71	Wirtschaft	11.789	12.339	14.528	16.033	3.860	7.860	3.427	3.496
81	Häfen	63.753	38.254	51.840	65.490	58.155	73.298	72.449	73.816
91	Finanzen/Personal	0	0	84	89	0	0	0	0
92	Allgemeine Finanzen	4	4	4	4	4	4	4	4
93	Zentrale Finanzen	2.374	5.746	7.073	9.628	28.221	13.507	13.150	12.751
97	Immobilienwirtschaft und-management	0	0	6.704	7.500	1.663	5.663	0	0
	SUMME investive Einnahmen Stadt	**85.880**	**67.460**	**112.326**	**130.178**	**125.290**	**127.895**	**112.596**	**113.671**
	davon EINN.INVES (investive Einnahmen)	*21.809*	*2.030*	*36.352*	*54.672*	*29.711*	*45.621*	*20.337*	*20.487*
	davon EINN.VERI1 (Einnahmen von Bremerhaven)	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
	davon EINN.VERI2 (Einnahmen vom Land Bremen)	*64.072*	*65.430*	*75.974*	*75.506*	*95.579*	*82.274*	*92.259*	*93.185*

Finanzplan 2019 bis 2023

Personalausgaben nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

Stand: 5. Mai 2020

PPL	Bezeichnung	IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
01	Bürgerschaft	12.008	12.383	12.796	13.894	15.428	15.508	15.800	16.802
02	Rechnungshof	2.390	2.410	2.356	2.585	3.258	3.288	3.291	3.293
03	Senat, Senatskanzlei	4.960	5.038	5.140	5.363	6.721	6.809	6.811	6.813
04	Europa					1.546	1.562	1.562	1.562
05	Bundes- und Europaangelegenheiten	2.685	3.037	2.992	3.228	1.908	1.967	1.968	1.969
06	Datenschutz und Informationsfreiheit	913	951	977	1.030	1.343	1.799	1.799	1.800
07	Inneres	132.831	138.892	148.394	158.574	166.026	167.865	166.014	164.096
08	Gleichberechtigung der Frau	783	872	852	859	1.202	1.225	1.225	1.226
09	Staatsgerichtshof	40	38	38	36	42	43	43	43
11	Justiz	68.927	72.435	76.467	81.630	83.083	83.761	83.151	83.013
12	Sport	0	0	0	0				
21	Kinder und Bildung	25.337	27.189	29.785	31.233	31.298	32.085	32.116	32.148
22	Kultur	4.303	4.449	4.543	4.746	5.177	5.528	5.530	5.532
24	Hochschulen und Forschung	2.767	2.874	2.967	3.365	3.073	3.467	3.468	3.470
31	Arbeit	8.645	8.905	9.187	9.165	3.649	3.692	3.694	3.696
41	Jugend und Soziales	14.028	13.985	14.599	16.235	18.773	19.546	19.557	19.566
51	Gesundheit und Verbraucherschutz	14.915	15.132	14.938	15.500	17.736	18.711	18.670	18.681
68	Umwelt, Bau und Verkehr	32.548	35.085	35.614	37.899	37.607	38.079	38.094	38.109
71	Wirtschaft	7.849	8.946	9.686	10.422	8.096	8.233	8.237	8.242
81	Häfen	2.577	2.724	2.924	3.256	3.753	3.786	3.789	3.791
91	Finanzen/Personal	77.651	80.677	83.098	86.963	86.670	83.792	79.477	76.071
92	Allgemeine Finanzen	210.862	220.142	228.138	241.423	258.886	272.645	312.302	348.470
	SUMME Personalausgaben Land	627.019	656.163	685.490	727.408	755.277	773.392	806.597	838.393

Finanzplan 2019 bis 2023

Personalausgaben nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Stand: 5. Mai 2020

PPL	Bezeichnung	IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
03	Senat, Senatskanzlei	3.003	3.201	3.684	4.129	4.438	4.727	4.727	4.728
07	Inneres	43.808	46.802	49.389	52.854	53.836	55.107	54.968	55.005
12	Sport	0	1	2	0				
21	Kinder und Bildung	275.293	287.584	304.024	330.020	373.496	386.937	388.616	388.893
22	Kultur	80	83	0	0	2.577	2.580	2.580	2.580
41	Jugend und Soziales	47.284	51.277	52.780	55.417	61.475	62.698	62.716	62.726
51	Gesundheit und Verbraucherschutz	9.472	9.071	9.308	9.761	10.937	11.490	11.491	11.492
68	Umwelt, Bau und Verkehr	16.021	16.135	16.635	17.248	19.029	19.053	19.058	19.062
71	Wirtschaft	0	0	1.147	1.524	1.090	1.108	1.108	1.108
81	Häfen	5.289	5.409	5.492	5.568	5.568	5.569	5.571	5.573
91	Finanzen/Personal	119	127	397	848	2	2	2	2
92	Allgemeine Finanzen	277.113	287.795	289.004	301.285	318.758	318.076	323.713	328.133
	SUMME Personalausgaben Stadt	677.482	707.484	731.863	778.654	851.206	867.347	874.550	879.300

Finanzplan 2019 bis 2023

Konsumtive Ausgaben nach Produktplänen (Land Bremen; in T€) Stand: 5. Mai 2020

PPL	Bezeichnung	IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
01	Bürgerschaft	8.807	8.398	8.482	8.882	10.405	10.113	9.752	9.978
02	Rechnungshof	274	235	213	218	270	266	272	279
03	Senat, Senatskanzlei	2.523	2.336	2.759	2.738	3.629	3.490	3.394	3.455
04	Europa	0	0	0	0	555	559	567	575
05	Bundes- und Europaangelegenheiten	2.754	2.738	2.805	2.791	1.763	1.714	1.749	1.796
06	Datenschutz und Informationsfreiheit	101	113	118	123	311	465	460	464
07	Inneres	63.070	65.990	66.881	73.216	73.766	80.436	78.776	82.983
08	Gleichberechtigung der Frau	173	179	179	196	244	247	252	258
09	Staatsgerichtshof	22	6	5	9	5	5	5	5
11	Justiz	49.580	51.572	52.935	54.259	58.613	59.684	60.645	61.753
12	Sport	146	146	145	145	241	243	246	250
21	Kinder und Bildung	608.500	629.269	663.289	706.195	825.083	848.389	854.503	845.835
22	Kultur	2.152	2.089	2.124	2.229	2.465	2.489	2.521	2.595
24	Hochschulen und Forschung	353.846	364.388	363.060	389.788	414.050	436.700	403.175	401.337
31	Arbeit	30.725	30.299	34.283	45.163	31.711	31.609	28.320	18.783
41	Jugend und Soziales	552.404	550.590	551.319	552.147	597.070	605.853	613.636	624.247
51	Gesundheit und Verbraucherschutz	8.952	9.861	11.033	10.779	21.979	20.852	23.215	24.330
68	Umwelt, Bau und Verkehr	43.205	45.290	49.750	50.238	61.875	63.656	65.794	67.434
71	Wirtschaft	25.757	28.557	20.950	25.109	24.119	24.976	26.265	26.866
81	Häfen	6.039	6.102	5.853	6.239	10.085	10.677	9.745	9.925
91	Finanzen/Personal	25.763	26.600	32.263	34.987	30.966	30.914	30.814	30.814
92	Allgemeine Finanzen	31.328	15.134	18.197	17.172	11.490	12.237	20.539	27.678
93	Zentrale Finanzen	717.765	684.211	735.909	748.971	747.276	775.066	793.878	818.345
95	Bremen-Fonds (Bundesmittel)	0	0	0	0	50.000	0	0	0
96	IT-Budget der FHB	35.424	38.383	43.446	47.495	47.481	47.561	44.293	45.464
97	Immobilienwirtschaft und-management	5.096	5.113	5.578	5.311	5.479	5.485	5.501	5.520
	SUMME konsumtive Ausgaben Land	**2.574.409**	**2.567.597**	**2.671.576**	**2.784.401**	**3.030.930**	**3.073.687**	**3.078.321**	**3.110.968**
	davon AUSG.KONSU (konsumtive Ausgaben)	*771.498*	*742.839*	*747.183*	*799.467*	*904.429*	*891.387*	*865.780*	*858.365*
	davon AUSG.VERK1 (Ausgaben an Bremerhaven)	*412.424*	*410.683*	*430.098*	*445.491*	*469.130*	*483.630*	*493.078*	*504.571*
	davon AUSG.VERK2 (Ausgaben an Stadt Bremen)	*1.390.487*	*1.414.075*	*1.494.295*	*1.539.443*	*1.657.371*	*1.698.670*	*1.719.463*	*1.748.033*

nachrichtlich:				
Landesprogramm 'Lebendige Quartiere'	2.000	2.000	2.000	2.000
Globale Mehrausgaben Handlungsfeld Klimaschutz	10.000	20.000	20.000	20.000
Globale Mehrausgaben Handlungsfelder Sichere/saubere Stadt, Digitalisierung, Bürgerservice	27.085	29.562	20.000	20.000
Globale Minderausgaben	-45.007	-29.000		
Globalmittel Corona-Pandemie (Bremen-Fonds)	900.000			
Summe Globale Mehr-/Minderausgaben	**894.077**	**22.562**	**42.000**	**42.000**

Finanzplan 2019 bis 2023

Konsumtive Ausgaben nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€) Stand: 5. Mai 2020

PPL	Bezeichnung	IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
01	Bürgerschaft	7.573	7.573	7.371	7.371	8.266	8.266	8.266	8.266
02	Rechnungshof	2.237	2.237	2.291	2.291	2.481	2.481	2.481	2.481
03	Senat, Senatskanzlei	7.326	7.490	7.174	7.324	7.006	7.007	7.050	7.093
07	Inneres	36.577	37.328	39.148	44.213	38.010	39.498	38.885	41.136
12	Sport	11.982	12.190	13.033	12.471	14.020	16.485	16.385	16.591
21	Kinder und Bildung	335.811	369.219	412.204	448.899	488.149	483.199	486.945	490.924
22	Kultur	75.199	76.940	79.011	80.183	83.568	83.873	84.582	85.306
31	Arbeit	114	128	127	140	0	0	0	0
41	Jugend und Soziales	930.305	938.354	937.124	954.552	973.473	992.462	1.009.429	1.026.654
51	Gesundheit und Verbraucherschutz	8.921	8.970	8.280	8.919	11.661	12.795	12.975	13.155
68	Umwelt, Bau und Verkehr	83.348	97.102	99.311	107.272	141.501	143.016	145.823	148.424
71	Wirtschaft	7.547	7.733	11.775	10.137	11.197	11.550	10.407	10.525
81	Häfen	22.406	23.481	24.846	28.570	46.486	36.102	37.120	37.874
91	Finanzen/Personal	22.353	22.643	24.687	24.522	24.465	24.473	24.473	24.473
92	Allgemeine Finanzen	69.880	66.078	60.439	54.737	67.023	41.466	50.316	60.446
93	Zentrale Finanzen	83	83	83	83	6.414	6.418	6.426	6.435
96	IT-Budget der FHB	10.350	11.104	13.117	17.041	14.200	12.872	15.438	15.824
97	Immobilienwirtschaft und-management	18.417	18.782	19.910	20.079	21.393	21.486	21.521	21.557
	SUMME konsumtive Ausgaben Stadt	**1.650.430**	**1.707.435**	**1.759.931**	**1.828.805**	**1.959.312**	**1.943.449**	**1.978.521**	**2.017.164**
	davon AUSG.KONSU (konsumtive Ausgaben)	*1.569.187*	*1.627.873*	*1.675.578*	*1.743.990*	*1.834.617*	*1.851.135*	*1.887.646*	*1.924.878*
	davon AUSG.VERK1 (Ausgaben an Bremerhaven)	*83*	*83*	*83*	*83*	*6.083*	*6.083*	*6.083*	*6.083*
	davon AUSG.VERK2 (Ausgaben an Land Bremen)	*81.160*	*79.480*	*84.271*	*84.732*	*118.613*	*86.232*	*84.793*	*86.204*

nachrichtlich:				
Globale Mehrausgaben 'Lebendige Quartiere'	500	750	750	750
Globale Mehrausgaben Handlungsfelder Sichere/saubere Stadt, Digitalisierung, Bürgerservice	13.206	13.032	15.000	15.000
Globale Minderausgaben	-30.000	-23.300		
Globalmittel Corona-Pandemie	300.000			
Summe Globale Mehr-/Minderausgaben	**283.706**	**-9.518**	**15.750**	**15.750**

Finanzplan 2019 bis 2023

Investive Ausgaben nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

Stand: 5. Mai 2020

PPL	Bezeichnung	IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
01	Bürgerschaft	561	533	2.178	377	1.858	2.118	959	962
02	Rechnungshof	68	1	4	0	15	10	10	10
03	Senat, Senatskanzlei	260	280	282	260	263	263	263	263
04	Europa	0	0	0	0	17	17	17	18
05	Bundes- und Europaangelegenheiten	58	65	23	371	1.765	58	59	60
06	Datenschutz und Informationsfreiheit	4	1	5	1	27	35	35	36
07	Inneres	4.815	4.138	6.756	8.329	4.277	3.747	4.656	5.101
08	Gleichberechtigung der Frau	14	5	3	15	4	4	4	4
11	Justiz	5.595	4.241	2.893	1.040	1.174	1.142	1.083	1.105
21	Kinder und Bildung	2.271	3.465	16.564	14.274	25.841	16.182	16.135	16.138
22	Kultur	65	47	75	62	168	70	118	120
24	Hochschulen und Forschung	63.475	65.650	74.882	70.771	92.881	99.362	102.924	105.370
31	Arbeit	1.053	446	502	255	0	0	0	0
41	Jugend und Soziales	1.934	3.716	3.438	2.688	3.742	3.327	4.848	4.943
51	Gesundheit und Verbraucherschutz	26.198	27.877	29.451	29.223	27.657	40.147	33.613	28.617
68	Umwelt, Bau und Verkehr	54.885	78.788	81.539	79.285	67.352	60.017	61.961	59.426
71	Wirtschaft	44.879	64.631	47.373	35.788	46.901	57.403	41.362	45.458
81	Häfen	48.072	81.114	70.413	55.253	68.318	80.374	100.347	93.573
91	Finanzen/Personal	471	974	955	1.953	894	794	721	731
92	Allgemeine Finanzen	200	219	418	271	360	360	360	360
93	Zentrale Finanzen	8.521	14.267	12.547	16.672	31.051	14.000	6.080	16.162
96	IT-Budget der FHB	3.542	5.327	11.466	5.688	6.298	5.054	5.324	5.336
97	Immobilienwirtschaft und-management	1.459	1.980	5.308	6.361	13.889	20.361	21.575	22.575
	Globale Mehrausgaben							27.963	81.139
	SUMME investive Ausgaben Land	**268.399**	**357.767**	**367.076**	**328.935**	**394.752**	**404.843**	**430.419**	**487.505**
	davon AUSG.INVES (investive Ausgaben)	*193.782*	*275.549*	*277.377*	*235.232*	*282.106*	*307.517*	*322.711*	*379.360*
	davon AUSG.VERI1 (Ausgaben an Bremerhaven)	*10.563*	*16.792*	*13.725*	*18.186*	*17.067*	*15.051*	*15.449*	*14.960*
	davon AUSG.VERI2 (Ausgaben an Stadt Bremen)	*64.054*	*65.426*	*75.974*	*75.517*	*95.579*	*82.274*	*92.259*	*93.185*

Finanzplan 2019 bis 2023

Investive Ausgaben nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Stand: 5. Mai 2020

PPL	Bezeichnung	IST				Anschlag		Plan	
		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
03	Senat, Senatskanzlei	881	610	550	587	1.334	1.334	1.359	1.384
07	Inneres	4.243	3.407	5.172	7.099	9.451	12.223	10.950	6.474
12	Sport	2.994	3.257	3.377	8.066	16.149	13.524	13.860	4.337
21	Kinder und Bildung	26.457	47.560	49.640	51.042	70.985	48.901	49.606	46.810
22	Kultur	2.153	2.439	3.400	2.418	2.484	2.933	3.305	4.613
41	Jugend und Soziales	39.398	29.872	5.382	8.205	5.065	5.065	6.520	6.675
51	Gesundheit und Verbraucherschutz	10.350	10.450	10.445	11.006	10.379	10.379	11.811	12.515
68	Umwelt, Bau und Verkehr	17.452	31.234	38.515	29.275	76.137	87.013	82.251	82.679
71	Wirtschaft	36.191	34.014	33.582	26.052	31.413	36.828	36.888	35.786
81	Häfen	54.944	32.381	52.100	47.408	59.678	86.360	55.636	55.637
92	Allgemeine Finanzen	19.802	22.812	106.460	92.956	3.068	3.068	3.068	3.068
93	Zentrale Finanzen	2.374	5.078	7.740	9.628	24.291	10.000	0	0
96	IT-Budget der FHB	1.633	1.487	2.215	2.594	1.451	1.451	1.288	1.305
97	Immobilienwirtschaft und-management	19.176	49.187	35.983	31.974	39.816	43.663	46.630	47.060
	Globale Mehrausgaben							29.018	54.754
	SUMME investive Ausgaben Stadt	**238.048**	**273.789**	**354.562**	**328.311**	**351.700**	**362.741**	**352.189**	**363.097**
	davon AUSG.INVES (investive Ausgaben)	*206.439*	*253.102*	*332.033*	*305.911*	*329.348*	*340.389*	*329.837*	*340.745*
	davon AUSG.VERI1 (Ausgaben an Bremerhaven)	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
	davon AUSG.VERI2 (Ausgaben an Land Bremen)	*31.609*	*20.687*	*22.529*	*22.400*	*22.352*	*22.352*	*22.352*	*22.352*